

Ist eine erfolgreiche Demokratisierung nur bei Bestehen einer freien Marktwirtschaft möglich?

Ausgangsbedingungen und Reformsequenz als Erklärung für erfolgreiche Demokratisierungen – eine empirische Untersuchung

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Universität Zürich

vorgelegt von

Hans-Jakob Boesch

von Zürich (ZH) und Ebnet-Kappel (SG)

Angenommen im Frühjahrssemester 2011 auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Dieter Ruloff und Herrn Prof. Dr. Carsten Schneider

Zürich, 2011

Abstract

Bei Diskussionen rund um das Thema Demokratisierungen von Staaten taucht auch die Frage nach der idealen Reihenfolge der Reformen auf: Müssen für eine erfolgreiche Demokratisierung die Reformen am politischen System vor oder nach der Implementierung einer freien Marktwirtschaft erfolgen?

In der vorliegenden Arbeit wird argumentiert, dass der Erfolg oder Misserfolg einer Demokratisierung von der Kombination aus der Reihenfolge der Reformen (Reformsequenz) und bestimmten Ausgangsbedingungen abhängt. Konkret wird vermutet, dass die Demokratisierung eines Staates dann erfolgreich verläuft, wenn die Reformen am politischen System vor der Implementierung einer freien Marktwirtschaft erfolgen und dabei eine hohe sozioökonomische Entwicklung, keine gesellschaftlichen Konflikte, starke pro-demokratische Akteure und keine Veto-Player bestehen. Ebenfalls zum Erfolg einer Demokratisierung führt gemäss dieser Annahme, wenn bei der Umsetzung der Reformen des politischen Systems bereits eine freie Marktwirtschaft vorhanden ist, die Wirtschaft-Reformen also bereits vorgängig implementiert wurden.

Zur empirischen Überprüfung dieser theoretisch begründeten Kausalbeziehungen zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ausgang einer Demokratisierung werden 18 Transformationen auf diese Beziehung hin miteinander verglichen. Diese Querschnittsanalyse wird mit Hilfe der Methode fsQCA (fuzzy-set Qualitative Comparative Analysis) durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Analyse zeigen, dass für eine erfolgreiche Demokratisierung idealerweise eine der drei folgenden Konstellationen aus Ausgangsbedingungen und Reformsequenz geben sein sollte:

- Bei Beginn der Reformen am politischen System besteht bereits eine freie Marktwirtschaft, d.h. die Wirtschaft-Reformen wurden vor den Reformen am politischen System umgesetzt. Mit der freien Marktwirtschaft konnte sich auch ein starker Mittelstand entwickeln, der sich nun klar – und erfolgreich – für weitere Reformen hin zu einer Demokratie einsetzt. Hierbei ist auch hilfreich, dass die mit den Wirtschaft-Reformen zusammenhängenden Schwierigkeiten nun bereits überwunden sind.

- Existieren starke pro-demokratische Akteure und sind keine Veto-Player aktiv, bestehen ebenfalls klare Kräfteverhältnisse zu Gunsten einer Demokratisierung. In einem solchen Fall können die Reformen am politischen System bereits vor den Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden, was ebenfalls zu einer erfolgreichen Demokratisierung führt.
- In dieser Reihenfolge können die Reformen auch dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn nebst starken pro-demokratischen Akteuren zusätzlich eine hohe sozioökonomische Entwicklung besteht und keine Konflikte in der Gesellschaft vorkommen. Die pro-demokratischen Akteure werden in einer solchen Situation (passiv) durch ein starkes Bildungsbürgertum unterstützt und gleichzeitig besteht nicht die Gefahr, dass es im Zuge der Reformen zu Verteilungskämpfen zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen kommt, bzw. dass die Gegner einer Demokratisierung solche Konflikte für ihre Zwecke instrumentalisieren können.

Somit kann die eingangs gestellte Forschungsfrage wie folgt beantwortet werden: Der Erfolg einer Demokratisierung ist davon abhängig, welche Ausgangsbedingungen bestehen und in welcher Reihenfolge die Reformen umgesetzt werden. Wie oben gezeigt können hierbei drei verschiedene solcher Konstellationen als besonders vielversprechend für eine erfolgreiche Demokratisierung angesehen werden.

Danksagung

Obwohl das Reglement der Philosophischen Fakultät vorschreibt, dass die vorliegende Arbeit alleine von mir selbst verfasst sein muss, so haben trotzdem – und unvermeidlich – verschiedene Personen einen Beitrag zu ihrem erfolgreichen Abschluss geleistet. Ihnen allen sei an dieser Stelle und in diesem Sinne für ihre – vielleicht aus ihrer Sicht unbemerkte – Hilfe herzlichst gedankt! Zu nennen sind insbesondere die folgenden Personen:

- Wolfgang Merkel, der mich auf die Forschungsidee brachte und mich allgemein inspirierte und motivierte, über Demokratisierungen zu forschen.
- Matthias Vonmoos, der beiläufig die Datenauswertungsmethode QCA erwähnte, wodurch sich im letzten Moment ein methodentechnischer Ausweg ergab.
- Dieter Ruloff und Carsten Schneider, die sich in jahrelanger Geduld übten und mir damit Vertrauen entgegenbrachten.
- Die Geschäftsleitung von Ecoplan, dank derer Anstellung ich mein Studentendasein finanzieren konnte und den Bezug zur Realität nie ganz verlor.
- Adrian Ronner, Andreas Huber, Christian Schader, Christoph Boner, Daniela Köppel, Dorothea und Martin Boesch Pankow, alle Arbeitskollegen von Ecoplan, Eugen Brunner, Fabienne Rio, Fabienne Schaffner, Felix Siegrist, Jan Fivaz, Kathrin Schneider Boesch mit Familie, Lore Pankow, Marc und Barbara Bürgler Jungi, Matthias Boesch mit Familie, Matthias Vonmoos, Mike und Maria Rüdiger Trionfini, Pascal Lüthi, Peggy Terletzik, Sebastian Mayr, Tamara Scheibli, Marc Schönenberger, Tobias Keller, Ueli und Sandra Rickenbach Papachristos, die mir ein normales Leben neben der Dissertation ermöglichten und auf deren Unterstützung ich jederzeit zählen konnte.
- Salome Studer, die der Arbeit den letzten Schliff verpasste (Korrektorat).
- Und natürlich all diejenigen, die schon immer ganz genau wussten, dass ich nie eine Dissertation (zu Ende) schreiben werde – nichts ist motivierender.

Vielen Dank!

Zürich, Dezember 2010

Hans-Jakob Boesch

Inhaltsübersicht

I.	Einleitung und Forschungsfrage	1
1	Einleitung	1
2	Forschungslücke und Forschungsfrage	3
II.	Theorie	10
3	Eine allgemeine Theorie zu Transformationen	10
4	Forschungsmodell: Reformsequenz und Conditions	47
III.	Empirische Untersuchung	110
5	Untersuchungsanordnung	110
6	Analyse mit fsQCA (Datenerhebung und Datenauswertung)	178
IV.	Schlussfolgerungen	223
7	Diskussion der Analyse-Ergebnisse	223
8	Zusammenfassung	246
V.	Anhang	254
9	Anhang A: Detaillierte Übersicht über die Institutionen-Wahl	254
10	Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions	266
11	Anhang C: Ausprägungen der Fallauswahl	274
12	Anhang D: Grund- und Rohdaten	280
13	Anhang E: Weitere Ergebnisse der fsQCA-Datenauswertungen	329
14	Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen	330
15	Anhang G: Darstellung der drei Konstellationen	351
	Literaturverzeichnis	354

Inhaltsverzeichnis

Abstract	III
Danksagung	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis.....	XII
Abbildungsverzeichnis.....	XIV
Tabellenverzeichnis.....	XVI
 I. Einleitung und Forschungsfrage.....	1
1 Einleitung	1
2 Forschungslücke und Forschungsfrage	3
2.1 Forschungslücke.....	3
2.1.1 Die offene Frage nach der idealen Reformstrategie	3
2.1.2 Theoretische Erklärungsansätze	4
2.2 Forschungsfrage	8
2.2.1 Von der Forschungslücke zur Forschungsfrage	8
2.2.2 Verwertungszusammenhang	9
 II. Theorie.....	10
3 Eine allgemeine Theorie zu Transformationen.....	10
3.1 Die Gesellschaft – das Objekt einer Transformation	10
3.1.1 Veränderung der gesamten Gesellschaft	10
3.1.2 Gesellschaft als System begriffen.....	11
3.1.3 Subsysteme der Gesellschaft	13
3.2 Unterscheidung der Gesellschaftssysteme nach Typen	14
3.2.1 Grundlegende Unterteilung und Unterscheidungskriterien	14
3.2.2 Ausprägungen des demokratischen Systems.....	21
3.2.3 Ausprägungen des autokratischen Systems.....	22
3.3 Transformation als Prozess.....	24
3.3.1 Transformation – ein Wechsel oder ein Wandel des Systemtyps	24
3.3.2 Grund für eine Transformation: fehlende Stabilität	26
3.3.3 Die verschiedenen Phasen der Transformation im Überblick	30
3.3.4 Institutionalisierung: Reformen der staatlichen Institutionen	37

3.3.5	Konsolidierung: informelle und nicht-staatliche Institutionen	40
3.4	Begriffserklärungen rund um die Transformation	44
4	Forschungsmodell: Reformsequenz und Conditions	47
4.1	Forschungsidee: Ausgangsbedingungen als zusätzliche Erklärung	47
4.1.1	Einleitung: Reformsequenz als Erklärungsansatz	47
4.1.2	Zusätzlicher Erklärungsansatz: die Ausgangsbedingungen	50
4.2	Forschungsmodell.....	59
4.2.1	Von der Forschungsidee zum Forschungsmodell.....	59
4.2.2	Forschungsmodell	66
4.3	Die einzelnen Elemente des Forschungsmodells im Detail	70
4.3.1	Ausgangsbedingungen (die Conditions).....	70
4.3.2	Reformsequenzen	73
4.3.3	Ergebnis der Transformation (der Outcome)	83
4.3.4	Zusammenfassung und Ergänzung des Forschungsmodells	86
4.4	Wahl der Conditions.....	88
4.4.1	Vorgehen.....	88
4.4.2	Nennung potentieller Conditions in der Literatur.....	89
4.4.3	Auswahl der Conditions aufgrund theoretischer Argumente.....	95
4.5	Zusammenfassung: das Forschungsmodell mit allen Details	104
III.	Empirische Untersuchung.....	110
5	Untersuchungsanordnung.....	110
5.1	Hypothesen, Untersuchungsdesign und Geltungsbereich	110
5.1.1	Hypothesen	110
5.1.2	Art des Designs	113
5.1.3	Geltungsbereich	116
5.2	Konzeptspezifikation (Spezifizierung der Hypothesen).....	117
5.2.1	Konzeptspezifikation der Conditions.....	117
5.2.2	Konzeptspezifikation des Outcomes.....	118
5.2.3	Konzeptspezifikation der Messzeitpunkte T1 und T3	119
5.2.4	Konzeptspezifikation der Reformen.....	121
5.2.5	Konzeptspezifikation der Reformsequenz	124
5.3	Operationalisierung.....	125
5.3.1	Allgemeine Informationen zu den Operationalisierungen	125

5.3.2	Operationalisierung der Conditions.....	128
5.3.3	Operationalisierung des Outcomes.....	134
5.3.4	Operationalisierung der Messzeitpunkte T1 und T3	137
5.3.5	Operationalisierung der Reformen.....	142
5.3.6	Operationalisierung der Reformsequenz	147
5.4	Fallauswahl	150
5.4.1	Kriterien der Fallauswahl	150
5.4.2	Fallauswahl.....	157
5.5	Methode der Datenauswertung.....	161
5.5.1	Wahl der Methode für die Datenauswertung.....	161
5.5.2	fsQCA – Grundidee und die wichtigsten Schritte der Analyse	163
6	Analyse mit fsQCA (Datenerhebung und Datenauswertung).....	178
6.1	Datenerhebung	178
6.1.1	Quellen und Erhebungsverfahren	178
6.1.2	Allgemeines Vorgehen bei der Datenerhebung	182
6.2	Datenauswertung mit fsQCA.....	184
6.2.1	Einleitung.....	184
6.2.2	Auswertung nach dem Outcome „erfolgreiche Demokratisierung“....	186
6.2.3	Auswertung nach dem Outcome „gescheiterte Demokratisierung“...	211
6.2.4	Sensitivitätsanalyse	217
IV.	Schlussfolgerungen.....	223
7	Diskussion der Analyse-Ergebnisse	223
7.1	Interpretation der Analyse-Ergebnisse	223
7.1.1	Generelle Interpretation der Analyse-Ergebnisse	223
7.1.2	Interpretation ausgewählter Fälle.....	229
7.2	Beantwortung der Forschungsfrage	234
7.3	Bedeutung der Resultate für die PoD.....	239
7.4	Ausblick.....	242
8	Zusammenfassung	246
V.	Anhang	254
9	Anhang A: Detaillierte Übersicht über die Institutionen-Wahl.....	254
10	Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions.....	266

11	Anhang C: Ausprägungen der Fallauswahl.....	274
12	Anhang D: Grund- und Rohdaten.....	280
13	Anhang E: Weitere Ergebnisse der fsQCA-Datenauswertungen.....	329
14	Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen.....	330
15	Anhang G: Darstellung der drei Konstellationen.....	351
	Literaturverzeichnis	354

Abkürzungsverzeichnis

allg.	allgemein
BFS	Bundesamt für Statistik
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Bsp.	Beispiel
BTI	Bertelsmann Transformation Index
bzw.	beziehungsweise
C1	sozioökonomische Entwicklung (Condition 1 der Untersuchung)
C2	gesellschaftliche Konflikte (Condition 2 der Untersuchung)
C3	pro-demokratische Akteure (Condition 3 der Untersuchung)
C4	Veto-Player (Condition 4 der Untersuchung)
CAP	Center for Applied Policy Research
csQCA	crisp-set Qualitative Comparative Analysis
d.h.	das heisst
e.g.	exempli gratia (for example)
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EG	Europäische Gemeinschaft
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
evtl.	eventuell
ff.	folgende
fsQCA	fuzzy-set Qualitative Comparative Analysis
GDP	gross domestic product
Hrsg.	Herausgeber
i.e.	id est (that is)
IMF	International Monetary Fund
inkl.	inklusive
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
LDC	least developed countries
mind.	mindestens
mvQCA	multi-value Qualitative Comparative Analysis
Nato	North Atlantic Treaty Organization
NGO	non-governmental organisation
No.	numero (number)
Nr.	Nummer
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
p1, p2, p3, p5	Phasen eines Transformationsprozesses

PoD	promotion of democracy
polit.	politisch
PPP	purchasing-power parities
QCA	Qualitative Comparative Analysis
resp.	respektive
S.	Seite
sic	sic (thus written)
sog.	sogenannt
staatl.	staatlich
t0, t1, t2, t2b, t3	Zeitpunkte innerhalb einer Transformation
T1, T3	Messzeitpunkte der Untersuchung
u.a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
UNO	United Nations Organization
US\$	United States Dollar
USA	United States of America
vgl.	vergleiche
Vol.	Volumen
vs.	versus
W	Reformsequenz bzw. Wirtschaftssystem (Bedingungsfaktor in der Untersuchung)
Y	Systemtyp (Outcome der Untersuchung)
z.B.	zum Beispiel
z0, z4	Zustände eines Transformationsprozesses

Für die Abkürzungen der in der Untersuchung analysierten Fälle vgl. Tabelle 5-23 in Kapitel 5.4.2. Die Abkürzungen der verwendeten Indikatoren finden sich bei der jeweiligen Operationalisierung in Kapitel 5.3.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Die Phasen des Transformationsprozesses	31
Abbildung 3-2: Die Phasen des Transformationsprozesses – die Institutionalisierung und Konsolidierung im Detail (Beispiel)	34
Abbildung 3-3: Schematische Darstellung möglicher Reformsequenzen bestehend aus Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen	35
Abbildung 3-4: Das allgemeine Modell einer Transformation inkl. Reformsequenzen	36
Abbildung 4-1: Der Zusammenhang zwischen Reformsequenz und Ergebnis einer Transformation	49
Abbildung 4-2: Der Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ergebnis einer Transformation	55
Abbildung 4-3: Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ergebnis einer Transformation, dargestellt an vier fiktiven Fällen.....	57
Abbildung 4-4: Die Umsetzung der Wirtschaft-Reformen in Bezug auf die Umsetzung der Demokratie-Reformen	62
Abbildung 4-5: Das Forschungsmodell in der Übersicht.....	68
Abbildung 4-6: Zusammenhang zwischen dem zeitlichen Ablauf der Reformen, der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems und dem Typ der Reformsequenz	75
Abbildung 4-7: Das Forschungsmodell ergänzt um die Elemente Conditions, Outcome, Zeitpunkte und Erhebung der Reformsequenz	87
Abbildung 4-8: Das Forschungsmodell mit allen Details gemäss bisheriger Diskussion	106
Abbildung 4-9: Darstellung einer erfolgreichen Reformsequenz Demokratie	107
Abbildung 4-10: Darstellung einer gescheiterten Reformsequenz Demokratie ...	108
Abbildung 4-11: Darstellung einer erfolgreichen Reformsequenz Wirtschaft	109
Abbildung 5-1: Pfeildiagramme zu den fünf Hypothesen.....	111
Abbildung 5-2: Notwendige und hinreichende Bedingungen in der Mengenlehre	164
Abbildung 5-3: Venn-Diagramm der Condition-Kombination einer hinreichenden Bedingung eines fiktiven Transformationsprozesses	165
Abbildung 5-4: Fiktives Beispiel eines x-y-Plots	174
Abbildung 5-5: Intersection zwischen Empirie und Theorie und deren Interpretation	176
Abbildung 6-1: X-y-Plot – mittlere Lösungsformel des Outcomes Y ohne Reformsequenz W.....	199
Abbildung 6-2: X-y-Plot – mittlere Lösungsformel des Outcomes Y	203

Abbildung 6-3: X-y-Plot – Lösungspfad 1 („W“) der mittleren Lösungsformel für den Outcome Y	204
Abbildung 6-4: X-y-Plot – Lösungspfad 2 („C3*c4“) der mittleren Lösungsformel für den Outcome Y	205
Abbildung 6-5: X-y-Plot – Lösungspfad 3 („C1*c2*C3“) der mittleren Lösungsformel für den Outcome Y	206
Abbildung 6-6: Venn-Diagramme mit den Fällen der Lösungsformel für Outcome Y bzw. für Outcome y	207
Abbildung 6-7: Venn-Diagramm zu den Lösungsformeln der Theorie und der Empirie im Vergleich	209
Abbildung 6-8: Die Schnittmenge zwischen Theorie und Empirie	211
Abbildung 6-9: X-y-Plot – mittlere Lösungsformel des Outcomes y	217
Abbildung 7-1: Die drei Konstellationen aus Conditions bzw. Ausgangsbedingungen und Reformsequenz, die eine erfolgreiche Demokratisierung ermöglichen	236
Abbildung 8-1: Das Forschungsmodell	249
Abbildung 15-1: Darstellung der 1. Konstellation für eine erfolgreiche Demokratisierung	351
Abbildung 15-2: Darstellung der 2. Konstellation für eine erfolgreiche Demokratisierung	352
Abbildung 15-3: Darstellung der 3. Konstellation für eine erfolgreiche Demokratisierung	353

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1:	Die theoretischen Argumente zu den Reformsequenzen	5
Tabelle 3-1:	Die sechs Herrschaftskriterien und ihre Beschreibungen	17
Tabelle 3-2:	Die Ausprägung eines demokratischen Herrschaftssystems	21
Tabelle 3-3:	Die Ausprägung eines autokratischen Herrschaftssystems	23
Tabelle 4-1:	Die zentralen staatlichen Institutionen	79
Tabelle 4-2:	Zusammensetzung der Reformschritte aus den zentralen staatlichen Institutionen gemäss den betroffenen Subsystemen.	82
Tabelle 4-3:	Übersicht über potentielle Conditions in der Literatur	90
Tabelle 4-4:	Überarbeitet Zusammenstellung potentieller Condition, inkl. Nennung von deren Einfluss auf den Verlauf und das Ergebnis einer Transformationen	94
Tabelle 4-5:	Zusammenfassende Übersicht über die theoretischen Argumente der verschiedenen Reformsequenzen (Repetition, ohne Reformsequenz parallel)	97
Tabelle 4-6:	Kausalbeziehungen zwischen potentiellen Conditions und dem Outcome abgeleitet von den theoretischen Argumenten der Reformsequenz Wirtschaft	98
Tabelle 4-7:	Die vier Conditions der Reformsequenz Demokratie	101
Tabelle 4-8:	Kausalbeziehungen zwischen der Reformsequenz Wirtschaft und dem Outcome zum Zeitpunkt t1 abgeleitet von den theoretischen Argumenten der Reformsequenz Wirtschaft	103
Tabelle 5-1:	Konzeptspezifikation der Conditions (Grundlage: Tabelle 4-7)..	117
Tabelle 5-2:	Konzeptspezifikation des Outcomes	118
Tabelle 5-3:	Konzeptspezifikation der Messzeitpunkte	121
Tabelle 5-4:	Konzeptspezifikation der einzelnen Reformen	122
Tabelle 5-5:	Konzeptspezifikation der Reformsequenz	124
Tabelle 5-6:	Einteilungen der Set-Membership (basierend auf Schneider, 2009: 136, und Ragin, 2009: 90-92)	127
Tabelle 5-7:	Operationalisierung der Conditions – Teil 1	129
Tabelle 5-8:	Operationalisierung der Conditions – Teil 2	130
Tabelle 5-9:	Operationalisierung der Conditions – Teil 3	131
Tabelle 5-10:	Operationalisierung des Outcomes	135
Tabelle 5-11:	Operationalisierung der Messzeitpunkte – Teil 1	138
Tabelle 5-12:	Operationalisierung der Messzeitpunkte – Teil 2	139
Tabelle 5-13:	Mögliche Ausprägungen im Zusammenhang mit dem Indikator T3-stab und deren Einstufung (Analyseleitfaden)	140
Tabelle 5-14:	Operationalisierung der Reformen – Teil 1	143

Tabelle 5-15:	Operationalisierung der Reformen – Teil 2	144
Tabelle 5-16:	Operationalisierung der Reformen – Teil 3	145
Tabelle 5-17:	Operationalisierung der Reformen – Teil 4	146
Tabelle 5-18:	Operationalisierung der Reformsequenz bzw. des Wirtschaftssystems	148
Tabelle 5-19:	Übersicht über die Kriterien der Fallauswahl und deren Konzeptspezifikation und Operationalisierung – Teil 1.....	154
Tabelle 5-20:	Übersicht über die Kriterien der Fallauswahl und deren Konzeptspezifikation und Operationalisierung – Teil 2.....	155
Tabelle 5-21:	Übersicht über die Kriterien der Fallauswahl und deren Konzeptspezifikation und Operationalisierung – Teil 3.....	156
Tabelle 5-22:	Quellen und Erhebungsverfahren der einzelnen Kriterien der Fallauswahl	157
Tabelle 5-23:	Übersicht über die für die Analyse ausgewählten Fälle (in alphabetischer Reihenfolge)	159
Tabelle 5-24:	Kriterien der Fallauswahl, die am häufigsten nicht erfüllt werden	160
Tabelle 5-25:	Fiktives Beispiel einer Truth Table mit 5 verschiedenen Conditions (C1, C2, C3, C4, C5 und W), dem Outcome Y und 18 Fällen	167
Tabelle 6-1:	Quellen und Erhebungsverfahren der einzelnen Indikatoren für die Datenerhebung	178
Tabelle 6-2:	Theoretisch mögliche Analyse-Ergebnisse und deren Interpretation (nur hinreichende Bedingungen).....	185
Tabelle 6-3:	Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“	187
Tabelle 6-4:	Die verschiedenen Lösungspfade in ihrem Vergleich	188
Tabelle 6-5:	Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y	190
Tabelle 6-6:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y	191
Tabelle 6-7:	Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y	193
Tabelle 6-8:	Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y	194
Tabelle 6-9:	Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“ unter Ausschluss der Reformsequenz W	197
Tabelle 6-10:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y unter Ausschluss der Reformsequenz W	198
Tabelle 6-11:	Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y unter Ausschluss der Reformsequenz W	198
Tabelle 6-12:	Die Lösungsformel für Outcome Y unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Wirtschaft	200

Tabelle 6-13:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Demokratie.....	201
Tabelle 6-14:	Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Demokratie.....	201
Tabelle 6-15:	Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „autokratisches System“ bzw. „gescheiterte Demokratisierung“	212
Tabelle 6-16:	Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome y	213
Tabelle 6-17:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome y	214
Tabelle 6-18:	Die einfachste Lösungsformel für Outcome y	215
Tabelle 9-1:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 1	254
Tabelle 9-2:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 2	255
Tabelle 9-3:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 3	256
Tabelle 9-4:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 4	257
Tabelle 9-5:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 5	258
Tabelle 9-6:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 6	259
Tabelle 9-7:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 7	260
Tabelle 9-8:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 8	261
Tabelle 9-9:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 9	262
Tabelle 9-10:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 10	263

Tabelle 9-11:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 11	264
Tabelle 9-12:	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 12	265
Tabelle 10-1:	Erläuterungen der Autoren zu den in der Literatur genannten potentiellen Conditions.....	266
Tabelle 10-2:	Begründung für den Ausschluss potentieller Conditions	270
Tabelle 11-1:	Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 1.....	274
Tabelle 11-2:	Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 2.....	275
Tabelle 11-3:	Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 3.....	276
Tabelle 11-4:	Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 4.....	277
Tabelle 11-5:	Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 5.....	278
Tabelle 11-6:	Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 6.....	279
Tabelle 12-1:	Grunddaten zu Äquatorialguinea (EQG)	280
Tabelle 12-2:	Grunddaten zu Argentinien (ARG)	282
Tabelle 12-3:	Grunddaten zu Armenien (ARM).....	285
Tabelle 12-4:	Grunddaten zu Brasilien (BRA).....	288
Tabelle 12-5:	Grunddaten zu Chile (CHL).....	290
Tabelle 12-6:	Grunddaten zu Ghana (GHA).....	293
Tabelle 12-7:	Grunddaten zu Guinea-Bissau (GNB).....	295
Tabelle 12-8:	Grunddaten zu Guyana (GUY).....	297
Tabelle 12-9:	Grunddaten zu Kirgisistan (KYR)	299
Tabelle 12-10:	Grunddaten zu Madagaskar (MAG)	302
Tabelle 12-11:	Grunddaten zu Mali (MLI)	304
Tabelle 12-12:	Grunddaten zu Mongolei (MON)	307
Tabelle 12-13:	Grunddaten zu Paraguay (PAR)	309
Tabelle 12-14:	Grunddaten zu Sambia (ZAM)	312
Tabelle 12-15:	Grunddaten zu Tansania (TAZ).....	315
Tabelle 12-16:	Grunddaten zu Togo (TOG).....	317
Tabelle 12-17:	Grunddaten zu Uruguay (URU).....	321
Tabelle 12-18:	Grunddaten zu Usbekistan (UZB)	323
Tabelle 12-19:	Rohdaten, unkalibriert.....	326
Tabelle 12-20:	Rohdaten, kalibriert.....	327
Tabelle 12-21:	Rohdaten, kalibriert und zu Indizes verrechnet (sofern notwendig)	328

Tabelle 13-1:	Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“ unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Wirtschaft	329
Tabelle 13-2:	Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“ unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Demokratie.....	329
Tabelle 14-1:	Truth Table – Sensitivitätsanalyse 1.....	330
Tabelle 14-2:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 1	330
Tabelle 14-3:	Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 1	331
Tabelle 14-4:	Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 1	331
Tabelle 14-5:	Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold	332
Tabelle 14-6:	Truth Table – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold	333
Tabelle 14-7:	Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold.....	333
Tabelle 14-8:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold.....	334
Tabelle 14-9:	Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold.....	334
Tabelle 14-10:	Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold	335
Tabelle 14-11:	Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold	335
Tabelle 14-12:	Truth Table – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold.....	336
Tabelle 14-13:	Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold.....	336
Tabelle 14-14:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold.....	337
Tabelle 14-15:	Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold.....	337
Tabelle 14-16:	Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold	338
Tabelle 14-17:	Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 3	338
Tabelle 14-18:	Truth Table – Sensitivitätsanalyse 3.....	339
Tabelle 14-19:	Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3.....	339
Tabelle 14-20:	Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3.....	340

Tabelle 14-21: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3.....	340
Tabelle 14-22: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3	341
Tabelle 14-23: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 4	341
Tabelle 14-24: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 4	342
Tabelle 14-25: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4.....	342
Tabelle 14-26: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4.....	343
Tabelle 14-27: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4.....	343
Tabelle 14-28: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4	344
Tabelle 14-29: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 5	344
Tabelle 14-30: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 5	345
Tabelle 14-31: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5.....	345
Tabelle 14-32: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5.....	346
Tabelle 14-33: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5.....	346
Tabelle 14-34: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5	347
Tabelle 14-35: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 6	347
Tabelle 14-36: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 6	348
Tabelle 14-37: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6.....	348
Tabelle 14-38: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6.....	349
Tabelle 14-39: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6.....	349
Tabelle 14-40: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6	350

I. Einleitung und Forschungsfrage

1 Einleitung

Transformationen von Staaten sind hochkomplexe Prozesse, deren Ursprung, Verlauf und Ausgang nur zum Teil vollumfänglich verstanden und erklärt werden können. Entsprechend schwierig gestaltet es sich, in konkreten Fällen Handlungsempfehlungen zu formulieren. Dabei sind gerade Demokratisierungen, also der in einem Transformationsprozess vorstattengehende Wechsel von einer Autokratie hin zu einem demokratischen Staat, von besonderem Interesse, denn hierbei ändern sich die innergesellschaftlichen Verhältnisse radikal und eröffnen damit den betroffenen Bürgern und der Staatenwelt neue Perspektiven. Zudem ist aus liberaler Sicht der Erfolg einer Demokratisierung normativ als positiv zu beurteilen. Umfassendes, gesichertes Wissen über Transformationen – und im Speziellen über Erfolg und Misserfolg von Demokratisierungen – wäre deshalb wünschenswert.

Eine Frage, die sich im Zusammenhang mit Erfolg und Misserfolg von Demokratisierungen immer wieder stellt, ist, in welcher Reihenfolge idealerweise die verschiedenen Reformen, die während einer Demokratisierung implementiert werden müssen, umgesetzt werden sollten. Als besonders relevant wird dabei das zeitliche Verhältnis zwischen der Implementierung einer freien Marktwirtschaft und der Reformen am politischen System angesehen: Muss für eine erfolgreiche Demokratisierung eine freie Marktwirtschaft bereits bestehen, bevor mit der Umsetzung der Reformen am politischen System begonnen wird? Oder ist es vielmehr das politische System, das zuerst geändert werden sollte, bevor die Reformen am Wirtschaftssystem in Angriff genommen werden?

In der vorliegenden Arbeit wird versucht, auf diese Frage eine Antwort zu finden. Hierzu werden 18 verschiedene Fälle, also Transformationen jüngerer Datums, mit Hilfe der Methode fsQCA (fuzzy-set Qualitative Comparative Analysis) miteinander systematisch auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten in ihren Transformationsprozessen verglichen und daraus Schlussfolgerungen zur Beantwortung der Forschungsfrage abgeleitet. Das Vorgehen gestaltet sich wie folgt:

Im nachfolgenden Kapitel (Kapitel 2) wird umfassend die oben angesprochene Forschungslücke bzw. den entsprechenden Stand der Forschung dargestellt und hiervon die forschungsleitende Fragestellung abgeleitet und begründet. Dies bildet den Ausgangspunkt für die gesamte Analyse.

Im zweiten Teil der Arbeit wird versucht, eine theoretisch begründet Antwort auf die gestellte Forschungsfrage zu formuliert. Als Grundlage wird hierzu als erstes eine allgemeine Theorie zu Transformationen von Staaten präsentiert (Kapitel 3). Darauf aufbauend wird ein theoretisches Forschungsmodell entwickelt (Kapitel 4). Dieses soll zwei Ansprüchen gerecht werden: Zum einen muss das Modell eine solide, theoretisch begründete Erklärung für die gestellte Forschungsfrage liefern, zum anderen muss es die empirische Untersuchung genau dieser postulierten (Kausal-) Zusammenhänge ermöglichen, d.h. es muss eine Entsprechung in der Empirie aufweisen.

Der dritte Teil umfasst die empirische Untersuchung selbst. Als Übergang vom theoretischen Forschungsmodell zur Empirie wird dabei die Untersuchungsanordnung aufgezeigt und erklärt sowie alle relevanten Indikatoren spezifiziert und operationalisiert (Kapitel 5). Auf die Auswahl der zu untersuchenden Fälle folgen die Datenerhebung und die Datenauswertung (Kapitel 6). Letzteres geschieht mit der Methode fsQCA, die sich für die Untersuchung komplexer Kausalbeziehungen – wie sie gemäss theoretischem Modell vermutet werden – besonders gut eignet.

Eine intensive, mehrstufige Diskussion und Interpretation der Analyse-Ergebnisse folgt im vierten und letzten Teil der Arbeit (Kapitel 7). Hierzu gehört die eigentliche Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfrage. Im Anschluss daran folgen eine Erörterung über die Verwertung der hier gewonnen Erkenntnisse für Policymakers sowie ein Ausblick über mögliche weitergehende bzw. vertiefende (empirische) Untersuchungen in diesem Bereich. Eine Zusammenfassung der gesamten Analyse schliesst die Arbeit ab (Kapitel 8).

2 Forschungslücke und Forschungsfrage

2.1 Forschungslücke

2.1.1 Die offene Frage nach der idealen Reformstrategie

Dank intensiver Forschung und Debatte ist das Verständnis von Transformationen bzw. Demokratisierungen sowohl auf theoretischer wie auch empirischer Ebene heute ziemlich umfassend. Dennoch bestehen gerade im Bereich der praktischen Politikumsetzung bzw. -beratung zwecks Förderung von Demokratisierungen (Promotion of Democracy, PoD) noch viele Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, die eine effiziente Unterstützung von in Transformation befindlichen Ländern hindern oder sogar verunmöglichen. Dies ist besonders schwerwiegend, da Transformationen tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben der betroffenen Bürger und auf die regionalen und internationalen Beziehungen haben können. So ist es beim heutigen Forschungsstand z.B. nach wie vor schwierig, in einem konkreten Transformationsfall zu sagen, wer was wann tun sollte, damit eine Demokratisierung erfolgreich verläuft (vgl. Bertelsmann Stiftung 2006b: 67): Wer sollte und wer muss beim Prozess teilhaben (alte oder neue Regime-Eliten, externe Akteure, die breite Bevölkerung etc.), welche Subsysteme einer Gesellschaft müssen reformiert werden, und wann müssen die einzelnen Reformen durchgeführt werden (Bertelsmann Stiftung 2006b: 67)?

Vor allem für Länder, in denen für eine erfolgreiche Demokratisierung sowohl ein Wechsel hin zu einer freien Marktwirtschaft als auch ein Wechsel hin zu einem demokratischen und rechtsstaatlichen politischen System stattfinden müssen, ist die Frage nach der idealen Reformsequenz (Reihenfolge der Reformen) zentral (vgl. Beyme und Nohlen 1995: 636). Denn eine solche „doppelte“ Transformation ist entsprechend komplex und damit „fehleranfällig“. Aufgrund der Erfahrungen mit Westeuropa und Ostasien gingen dabei viele Experten bisher davon aus, dass die Einführung der freien Marktwirtschaft (Wirtschaft-Reformen) für eine erfolgreiche Demokratisierung zwingend vor den Reformen im politischen System (Demokratie-Reformen) kommen müsste (Orenstein 2001: 1-3, 14-17). Beispiele in Mittel- und Osteuropa, bei denen die Demokratie-Reformen vor oder parallel zu den Wirtschaft-Reformen erfolgten, zeigten aber, dass diese Annahme nicht

generell gelten kann (Bertelsmann Stiftung 2006b: 78-79; vgl. Orenstein 2001: 6).

Allgemein zeigen die empirischen Beispiele, dass bezüglich der Abfolge von Reformen unterschiedliche Reformstrategien bzw. -reihenfolgen zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen können (Bertelsmann Stiftung 2006b: 73-74, 78-79, vgl. 70).¹ Andererseits scheint aber auch keine der Reformsequenzen eine Garantie dafür zu sein, dass sich im Zuge einer Transformation immer eine Demokratie etabliert. Dies kann u.a. bei den Transformationen in den ehemaligen kommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas beobachtet werden, die zwar alle eine vergleichbare Reformsequenz aufweisen, sich aber nur teilweise ein demokratisches System durchsetzen konnte (z.B. Polen und Ungarn) und in den anderen Fällen die Demokratisierung scheiterte (z.B. Weissrussland) (Bertelsmann Stiftung 2006b: 78-79; Havrylyshyn 2006: 57-58). Auch andere Autoren weisen anhand unterschiedlicher empirischer Beispiele darauf hin, dass es nicht eine ideale Reformsequenz hin zu einer Demokratie gibt, sondern verschiedene Reihenfolgen zu einer stabilen Demokratie führen können, keine davon aber zwingend in allen Fällen erfolgreich ist (u.a. Nuscheler 2005: 424; Carothers 2002: 15; Matthes und Terletzki, 2005: 370; Rustow 1970: 346; vgl. Havrylyshyn 2006: 264-272; Weidenfeld 2001b: 14-15).²

Die Frage nach der idealen Reformstrategie lässt sich somit nicht ohne weiteres beantworten.

2.1.2 Theoretische Erklärungsansätze

Es gibt in der Literatur verschiedene theoretische Ansätze – teilweise auf empirische Erkenntnisse aus Fallstudien abgestützt –, die eine Erklärung liefern, welche Reihenfolge aus Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen besonders geeignet ist, damit eine Demokratisierung erfolgreich verläuft. Diese theoretischen Argumente für die eine oder andere Reformsequenz lassen sich wie folgt zusammenfassen:

¹ Siehe auch Bertelsmann Stiftung (2008: 67, 69); Tang (2008); Mansfield und Snyder (2007: 5, 7); Inglehart und Welzel (2005: 15-145, vgl. 180-186, 186-204); Nuscheler (2005: 424); Wiesenenthal (2002: 7-16); Orenstein (2001: 144); Wiesenenthal et al. (2001: 11-14); Merkel und Puhle (1999: 128-130, 240); Müller (1999: 8); Chua (1998); Melo und Gelb (1997: 63-64); Habermas (1996: 294); Kraus (1996: 279); Rodrik (1996: 31-38); Lipset (1994: 2-3, 6-9, 16); Offe (1994: 66-71, 73); Welzel (1994: 67); Fischer und Gelb (1991: 98, 100).

² „There are multiple paths to democracy“ (Munck 2004: 71, vgl. 70).

Tabelle 2-1: Die theoretischen Argumente zu den Reformsequenzen³

Reformsequenz	Theoretische Argumente
Demokratie-Reformen vor Wirtschaft- Reformen	<p>Nur in Demokratien bestehen genügend stabile Staats- und Gesellschaftsstrukturen, insbesondere eine Rechtsstaatlichkeit, die das Funktionieren einer Marktwirtschaft erlauben (vgl. Sunde 2006: u.a. 5-14, 18).</p> <p>Nur demokratische Entscheidungsprozesse können Wirtschaft-Reformen legitimieren und damit ihre nachhaltige Umsetzung garantieren (Bertelsmann Stiftung 2006b: 78; vgl. Orenstein 2001 144; Offe 1994: 73).</p>
Wirtschaft-Reformen vor Demokratie- Reformen	<p>Wirtschaft-Reformen führen aufgrund der tiefgreifenden Umgestaltung des Wirtschaftssystems in der Regel zuerst zu vielen Verlieren (sowohl im ökonomischen wie auch sozialen Sinne) und erst längerfristig zu einem höheren und wachsenden Wohlstand (Havrylyshyn 2006: 78-120; Balcerowicz 1997: 161; Melo und Gelb 1997: 65-66, 66-68; Zecchini 1997b: 6, 7; Bos 1994: 98; Offe 1994: 76, 92; Hesse 1993c: 222; Przeworski 1991 136-138; vgl. Fischer et al. 1997: 80-81; Nolte 1996: 300).[*] Dies kann zu ernsthaften gesellschaftlichen Konflikten führen, weshalb, so das Argument, Wirtschaft-Reformen nur von einer starken, sprich autokratischen Hand durchgeführt werden können (Bertelsmann Stiftung 2006b: 77-78; Orenstein 2001: 1-3, 14-17; Merkel und Puhle 1999: 129-130; vgl. Rodrik 1996: 31-38). In demokratischen Systemen dagegen würden solche Reformen gar nicht erst durchgeführt, da die Verlierer der Reformen dagegen stimmen, bzw. die Politiker kein Interesse an einer Umsetzung von Reformen haben, deren Nutzen erst viel später resultiert (u.a. Bertelsmann Stiftung 2006b: 77-78; Merkel und Puhle 1999: 129-130). Und selbst wenn die Durchführung der Reformen einem demokratischen System (vorerst) gelingen sollte, so scheitert es an den daraus resultierenden gesellschaftlichen Konflikten und dem allgemeinen Verlust an Unterstützung (vgl. u.a. Acemoglu und Robinson 2006: 32; Stern 1997: 50).</p>

³ Vgl. Bertelsmann Stiftung 2008; Acemoglu et al. 2007; Busch 2007; Bertelsmann Stiftung 2006b; Cervellati et al. 2006; Havrylyshyn 2006: 55-58; Ross 2006; Sunde 2006; Acemoglu et al. 2005; Aghion und Durlauf 2005; Inglehart und Welzel 2005; Mackóv 2005; Nuscheler 2005; Wolf 2004; Feng 2003; Knack 2003a; Vanhanen 2003; World Bank 2002; Obinger 2001; Orenstein 2001; Przeworski et al. 2000; Merkel und Puhle 1999; Barro 1997; Przeworski und Limongi 1997; Kraus 1996; Melo et al. 1996; Rueschemeyer et al. 1996; Ravich 1996; Rodrik 1996; World Bank 1996a; Koch 1994; Lipset 1994; Offe 1994; Welzel 1994; Diamond 1992; Waisman 1992; Przeworski 1991; Sørensen 1990; Arat 1988; Domínguez 1987; Huntington 1987; Owens 1987.

Es ist dabei zu beachten, dass unter „Wirtschaft“ nicht alle genannten Autoren das gleiche verstehen, und entsprechen auch nicht immer genau die gleichen Beziehungen diskutiert werden (vgl. u.a. Tang 2008: 106-108, 114). Viele Autoren verstehen zwar darunter eine freie Marktwirtschaft (z.B. Bertelsmann Stiftung 2008), oft wird dies aber auch als ökonomisches Wachstum (Wachstum des BIP) (z.B. Cervellati et al. 2006) oder als sozioökonomische Entwicklung (z.B. Ross 2007) aufgefasst. Vereinzelt sind damit auch Wohlstand (BIP) (z.B. Knack 2003a) und Wirtschaftsstrukturen (z.B. Sørensen 1990) gemeint. Gewisse Autoren verwenden den Begriff auch mit unterschiedlicher bzw. wechselnder Bedeutung (z.B. Busch 2007). Kommt hinzu, dass bei der jeweiligen Erklärung der (angeblichen) Kausalbeziehung zwischen Wirtschaft und Demokratisierung, die (unabhängige) Variable Wirtschaft häufig nur als Auslöser angesehen wird für eine gesellschaftliche Entwicklung, welche dann erst zur Demokratisierung führen soll (dies gilt insbesondere für die klassische Modernisierungstheorie; vgl. Tang 2008: 108). Dies vergrößert die Vielfalt an Interpretationen bzw. Erklärungsmuster noch weiter.

Im vorliegenden Text selbst werden Wirtschaft bzw. Wirtschaft-Reformen immer und explizit in Bezug auf eine freie Marktwirtschaft verstanden (vgl. die Kapitel 3.2.1 und 3.3.3); dies zeigt sich auch in der Operationalisierung (vgl. Kapitel 5.3.5).

<p>Wirtschaft-Reformen vor Demokratie-Reformen (Fortsetzung)</p>	<p>Die freie Marktwirtschaft führt zu einer ökonomischen Entwicklung, die sich in Veränderungen der sozialen Strukturen und der Kultur einer Gesellschaft niederschlägt und so zur Entstehung eines Mittelstands führt (Inglehart und Welzel 2005; Potter 1997: 11; Kraus 1996: 279; Lipset 1994; Offe 1994: 66-71; Welzel 1994: 67; vgl. Mueller 2003: 70-72). Die Mitglieder des Mittelstands sind aufgrund ihrer ökonomischen und soziokulturellen Interessen an einer Öffnung des politischen Systems interessiert und setzten sich deshalb für entsprechende Reformen ein – und führen so zu einer Demokratisierung (Inglehart und Welzel 2005; Potter 1997: 11; Kraus 1996: 279; Lipset 1994; Offe 1994: 66-71; Welzel 1994: 67; vgl. Acemoglu et al. 2007: 1-2; Mueller 2003: 70-72).**</p> <p>Dank dem Vorhandensein einer Marktwirtschaft erhält der Einzelne mehr (ökonomische) Freiheiten und lernt mit der Zeit damit umzugehen und sie zu schätzen. Als Folge davon verlangen diese Akteure nach und nach mehr Selbst- bzw. Mitbestimmung und dies auch im nicht-ökonomischen Bereich (also insbesondere im politischen). Dies kumuliert letztendlich im Ruf nach einer Öffnung des politischen Systems (Ravich 1996; vgl. Zecchini 1997b: 6; Offe 1994: 66-67; Nuscheler 2005: 223).</p> <p>Eine bestehende Marktwirtschaft ist für das Durchführen von Demokratie-Reformen deshalb vorteilhaft, weil nebst der politischen Transformation nicht auch noch die Wirtschaft transformiert werden muss, was eine zusätzliche Belastung für die gesamte Gesellschaft bzw. eine Gefahr für den Erfolg einer Demokratisierung darstellt (Merkel und Puhle 1999: 82-83, 104, 129; vgl. Matthes und Terletzki 2005: 398; Mueller 2003: 77-78; Offe 1994: 19-20, 60, 63, 75, 76; Elster 1993: 172-174). Oder wie es Balcerowicz (1997: 161-162) ausdrückt: „Countries differed, therefore, in the amount of economic pain felt during the transition and generated by different inherited conditions.“</p>
<p>Demokratie-Reformen parallel zu Wirtschaft-Reformen</p>	<p>Die Demokratie-Reformen und die Wirtschaft-Reformen müssen zusammen erfolgen, da sich diese gegenseitig bedingen und legitimieren (Bertelsmann Stiftung 2006b: 78-79; Bertelsmann Stiftung 2008: 67, 69; Offe 1994: 71; vgl. Wiesenenthal 2002: 7-12; Wiesenenthal et al. 2001: 11-14; Melo et al. 1996: 419-421).</p>

* Dieser Übergang wird deshalb in der Literatur auch als „Tal der Tränen“ bezeichnet (vgl. z.B. Offe 1994). Mangott und Neuhold (1995: 339): „To make matters worse, the state of the economy must obviously deteriorate even further before it can improve over the pretransformation levels and performance. The resulting problems have been exacerbated by high expectations for a quick change for the better.“

** Diese Theoriesicht geht auf Lipset (1959) zurück und entspricht der Modernisierungstheorie.

Wie in Kapitel 2.1.1 erwähnt kommen alle drei Reformsequenzen in der Realität vor und können jeweils zu erfolgreichen Demokratisierungen führen (u.a. Bertelsmann Stiftung 2006b: 78-79; Havrylyshyn 2006: 45). Entsprechend kann keine der obigen Theorien von vornherein widerlegt werden; eine eindeutige Erklärung für den Erfolg von Demokratisierungen kann aber auch keine davon liefern: Da alle drei Theorieströmungen implizit oder explizit die zwei jeweils anderen Strömungen negieren und die Erklärung von erfolgreichen Demokrati-

sierungen einzig in der jeweiligen Reformsequenz sehen, wird deren Erklärungskraft durch das Vorhandensein eines „abweichenden“ oder „negativen“ Falles in der Empirie relativiert. Die Frage, ob in einem konkreten Fall die Wirtschafts-Reformen vor oder nach den Demokratie-Reformen erfolgen sollten, kann damit nicht beantwortet werden (u.a. Bertelsmann Stiftung 2008: 78; Havrylyshyn 2006: 45): „Die meisten Industrieländer haben zwar sowohl die wirtschaftliche Entwicklung⁴ als auch die Demokratisierung der Staaten der sogenannten Dritten Welt als Ziele ihrer Entwicklungspolitik festgeschrieben, jedoch herrscht Uneinigkeit im Hinblick auf die Priorität dieser Ziele und ihre konkrete Umsetzung in praktische Politik“ (Sunde 2006: 1).

Gewisse Autoren vertreten deshalb auch die Meinung, dass Reformsequenzen in Bezug auf den Erfolg einer Demokratisierung gar keine Rolle spielen, sondern Demokratien unabhängig vom Verlauf der Reformen „entstehen“ (González 2008: 12-14; vgl. Bertelsmann Stiftung 2006b: 68-69; Wiesenthal und Terletzki 2002). Aufgrund ihrer Komplexität, so das Argument, können Transformationen bzw. die dahinterliegende Reformsequenz weder ideal geplant werden, noch lassen sie sich entsprechend steuern, vielmehr ist von einer „turbulent democratization“ (Mansfield und Snyder 2007: 5) auszugehen.⁵ Carothers (2002: 15) dazu: „Moreover, the various assumed component processes of consolidation – political party development, civil society strengthening, judicial reform, and media development – almost never conform to the technocratic ideal of rational sequences on which the indicator frameworks and strategic objectives of democracy promoters are built. Instead they are chaotic processes of change that go backwards and sideways as much as forward, and do not do so in any regular manner.“ Allerdings ist auch dies nur ein theoretisches Argument und stützt sich auf keine umfassende empirisch-vergleichende Untersuchung (vgl. u.a. González 2008; Mansfield und Snyder 2007: 5; Carothers 2002).⁶

⁴ Zur Begriffsverwendung vgl. den Kommentar in Fussnote 3.

⁵ „Although we are willing to believe that economic development may open the possibility for transition to democracy, even when the conditions for democracy are ripe, the outcomes of political conflicts are indeterminate“ (Przeworski et al. 2000: 137).

⁶ Zudem muss klar unterschieden werden zwischen dem Feststellen einer (allfälligen) idealen Reformsequenz im Vorfeld einer Transformation und der anschliessenden konkreten Umsetzung dieser Reformen: „The ‚optimal‘ transition approach is a notion dear to academics and in principle

2.2 Forschungsfrage

2.2.1 Von der Forschungslücke zur Forschungsfrage

Eine generelle Erklärung, warum in einem konkreten Fall eine bestimmte Reformsequenz zu einer stabilen Demokratie führt oder eben nicht, gibt es bis jetzt somit nicht (Bertelsmann Stiftung 2006b: 66, 69-73, 73-79). Entsprechend kann auch bei einem konkreten Transformationsfall nicht gesagt werden, welche Reformen zu welchem Zeitpunkt (bzw. in welcher Reihenfolge) implementiert werden sollten,⁷ damit eine Demokratisierung erfolgreich verläuft (Bertelsmann Stiftung 2006b: 66-68, 80-81). Dabei ist die Frage nach der idealen Reformsequenz durchaus aktuell, wie beispielsweise die verschiedenen Diskussionsbeiträge in Zhao (2006) zum heutigen China zeigen.

Bertelsmann Stiftung (2008: 21, vgl. 78) zieht daraus den nüchternen Schluss: „Der BTI [(Bertelsmann Transformation Index)] kann keine optimale Reformreihenfolge empfehlen.“ Um nicht ratlos zu erscheinen, schlagen die Autoren an gleicher Stelle zwar vor, „[i]n allen Phasen des Wandels [...] die Ausweitung der individuellen und gesellschaftlichen Handlungsfreiheit als Weg in die richtige Richtung [zu] interpretier[en]“ (Bertelsmann Stiftung 2008: 21; vgl. Acemoglu und Robinson 2006: XIV; Jarquín und Echebarría 2007: 1-14) – eine befriedigende Antwort ist dies aber nicht.

Somit bleibt die Frage der idealen Reformsequenzen, insbesondere bezüglich der Reihenfolge zwischen Wirtschaft-Reformen und Demokratie-Reformen, sowohl theoretisch wie auch empirisch noch unbeantwortet – und für die PoD weiterhin zentral. In der folgenden Arbeit soll deshalb diese Forschungsfrage genauer untersucht werden:

In welcher Reihenfolge sollten in einer Transformation die Reformen umgesetzt werden, damit die Demokratisierung des betroffenen Staates erfolgreich verläuft?

useful for policy-makers, not as a guide for their actions (since we also not live in an optimal world), but as a benchmark against which to compare the transition path which is actually followed“ (Zecchini 1997b: 8; vgl. Berman 2007a: 28, 31, 37; Bertelsmann Stiftung 2006b: 67-68).

⁷ Die weiter oben angesprochene Frage nach dem „wer“ ist insofern weniger relevant, als diesbezüglich in einem Transformationsprozess häufig gar keine Wahl besteht, sondern diejenigen Akteure mit ihren Mitteln und Zielen am Prozess beteiligt sind, die effektiv zu diesem Zeitpunkt existieren (vgl. Kapitel 3.3). Aus diesem Grund steht diese Frage hier auch nicht im Vordergrund.

2.2.2 Verwertungszusammenhang

Mit der Beantwortung obiger Forschungsfrage kann eine wichtige Lücke in der Transformationsforschung geschlossen werden, bzw. die vorliegende Untersuchung liefert einen ersten Ansatz, um diese Lücke zu schliessen. Die Ergebnisse tragen auch allgemein dazu bei, die Transformationsprozesse besser zu verstehen, indem sie einen neuen Blickwinkel auf diese eröffnen. Im Anschluss an die Interpretation der Ergebnisse wird deshalb kurz auf mögliche Weiterentwicklungen des vorliegenden Forschungsmodells eingegangen und konkrete Vorschläge diesbezüglich gemacht (vgl. Kapitel 7.4).

Die Resultate sollen aber nicht nur für die weitere akademische Forschung nützlich sein, sie können auch in der praktischen Politikumsetzung verwendet werden, indem sie die Strategien bei der PoD⁸ zu verbessern helfen. Aufgrund der Forschungsergebnisse kann in einem konkreten Transformationsfall gesagt werden, welche Reformstrategie für eine erfolgreiche Demokratisierung eher eingeschlagen werden sollte, bzw. welche Probleme, und damit „Zusatzanstrengungen“, bestehen können, wenn die eine oder die andere Strategie verfolgt wird (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 21; Merkel und Puhle 1999: 107, 111).⁹ Damit kann die Unterstützung von Demokratisierungen verbessert bzw. effektiver gemacht werden (vgl. Kapitel 7.3). Da in der vorliegenden Analyse der Zusammenhang zwischen Wirtschaft-Reformen und Demokratie-Reformen eine wichtige Rolle spielte, kann sie evtl. auch dazu beitragen, „[to bridge] the longstanding divide between aid programs directed at democracy-building and those focused on social and economic development“ (Carothers 2002: 19).

⁸ Aus liberaler Sicht sprechen sowohl normative als auch praktische Gründe für die PoD. Normativ ist PoD wichtig, weil Demokratie ein universaler Wert ist und entsprechend auch universelle Verbreitung erfahren sollte (vgl. Kapitel 3.2.1): „Democratization is generally a good thing and [...] democracy is the best form of government“ (Diamond 1999: 2, vgl. 3; vgl. Schraeder 2003: 22). Der praktische Grund, der für PoD spricht, ist die bessere Problemlösungskapazität in den internationalen Beziehungen. So sind Demokratien grundsätzlich stabiler (vgl. Kapitel 3.3.2), lösen Konflikte eher friedlich (Diamond 1999: 5-6), sind eher an der Lösung globaler oder regionaler Probleme interessiert (vgl. Diamond 1995: 3-4) und lösen Probleme effektiver (Diamond 1999: 6-7; vgl. dazu auch Schraeder 2003: 31-36). Vgl. dazu auch Diamond (2008: 127-128; 1995: 13-27, 31-38) über die von den USA für PoD eingesetzten Mittel.

⁹ „Democracy aid must proceed from a penetrating analysis of the particular core syndrome that defines the political life of the country in question, and how aid interventions can change that syndrome“ (Carothers 2002: 19).

II. Theorie

3 Eine allgemeine Theorie zu Transformationen

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird in Kapitel 4 ein Forschungsmodell entwickelt, das alle relevanten Elemente enthält und als theoretische Grundlage für die empirische Analyse dient (vgl. Abschnitt III). In einem ersten Schritt wird für diese Aufgabe in den folgenden Kapiteln der Gegenstand „Transformation“ in Form einer allgemeinen Transformationstheorie umfassend erklärt und alle grundlegenden Begriffe definiert.

3.1 Die Gesellschaft – das Objekt einer Transformation

3.1.1 Veränderung der gesamten Gesellschaft

Betrachtet man verschiedene Beispiele von Transformationen der jüngeren Vergangenheit, z.B. Polen, Chile oder Taiwan, so lässt sich leicht erkennen, dass sich im Zuge des Wechsels nicht nur die grundlegenden politischen Institutionen, wie beispielsweise das Rechtssystem oder das Regierungssystem, fundamental geändert haben, sondern dass sich diese Änderungen in der gesamten Gesellschaft manifestierten (vgl. Merkel 1999: 73; Merkel und Puhle 1999: 68, 128, 240; Zecchini 1997b: 6; Offe 1994: 19): die Wirtschaftsordnung änderte sich, der gesellschaftliche Diskurs in der Öffentlichkeit wurde möglich, die Bürger erhielten die Freiheiten zur individuellen Entfaltung etc. Selbst wenn ein Wechsel vorerst nur eng auf den politischen Bereich beschränkt bleiben sollte, so wirken sich diese Veränderungen über die getroffenen politischen Entscheidungen trotzdem über kurz oder lang auch auf die übrige Gesellschaft aus und „(...) verändert (...) den gesamten sozialen Aufbau einer Gesellschaft“ (Rüb 1996: 65). Eine Transformation spielt sich also in der gesamten Gesellschaft ab resp. es ist die Gesellschaft, die sich in einer Transformation fundamental ändert.

Es ist deshalb nur folgerichtig, dass eine Theorie bzw. ein Modell zur Transformation nicht nur die Änderungen der politischen Institutionen thematisiert, sondern dass sie sich auf die gesamte betroffene Gesellschaft bezieht. Die Gesellschaft ist das eigentliche Objekt eines Wechsels. Bleibt diese umfassende

Sicht auf Veränderungen in der gesamten Gesellschaft aus, werden wichtige Prozesse, Änderungen und Interaktionen einer Transformation nicht berücksichtigt; eine solche Theorie kann dementsprechend nur ein unvollständiges Bild wiedergeben. Damit laufen auch empirische Untersuchungen, die eine solche Theorie als Grundlage verwenden, Gefahr, diese „Kurzichtigkeit“ zu übernehmen. Die im folgenden Kapitel dargestellte Theorie versucht deshalb, diesem Anspruch gerecht zu werden und explizit die gesamte Gesellschaft zum Gegenstand und zum Ausgangspunkt einer Transformationstheorie zu machen.

3.1.2 Gesellschaft als System begriffen

Die Gesellschaft kann als System im Sinne der Systemtheorie nach Easton beschrieben werden (Merkel 1994b: 12).¹⁰ Nach dieser Theorie lassen sich Systeme durch zwei Elemente charakterisieren: ihre spezifischen Strukturen, Funktionen und Prozesse (vgl. Nohlen 1998b: 635; Sandschneider 1994: 29; Waschkuhn 1987: 24) und ihre Beziehung zur Umwelt (vgl. Merkel 1999: 58-59; Waschkuhn 1998: 357).

Unter der Struktur wird dabei der innere Aufbau eines Systems verstanden (vgl. Waschkuhn 1987: 24), z.B. die verschiedenen Akteure und informellen Regeln und Normen der Öffentlichkeit. Die Funktion bezieht sich wiederum auf die spezifische Aufgabe eines Systems (vgl. Waschkuhn 1987: 24), z.B. die Ressourcenallokation in der Wirtschaft (Waschkuhn 1987: 135-137), und unter Prozesse sind die Abläufe innerhalb eines Systems gemeint, die „mit einer gewissen Regelmässigkeit und zeitlichen Kontinuität“ ablaufen (Waschkuhn 1987: 24), z.B. das Durchführen von Parlamentswahlen.

Die System-Umwelt-Beziehung wiederum beschreibt das Verhältnis bzw. Gleichgewicht zwischen einem System und dessen Umwelt. Obwohl sich ein System aufgrund der oben genannten Charakterisierungen jeweils klar von der Umwelt abgrenzen lässt, sind diese nicht völlig getrennt voneinander (vgl. Nohlen 1998b: 635), sondern üben vielmehr gegenseitigen Einfluss aufeinander aus

¹⁰ Der hier verwendete Begriff System ist nicht völlig deckungsgleich mit demjenigen in der allgemeinen Systemtheorie (für eine Einführung in dieses Thema siehe u.a. Treibel 1993), er ist aber auf diesen zurückzuführen, insbesondere bezüglich der hier angesprochenen System-Umwelt-Beziehung. Ausführlich zur Systemtheorie nach Easton und deren verschiedenen Entwicklungen siehe u.a. Waschkuhn (1987).

(Merkel 1999: 58-59; Waschkuhn 1998: 357).¹¹ Veränderungen in der Umwelt können einen Einfluss auf das allgemeine Funktionieren eines Systems haben (z.B. wenn gewisse Prozesse nicht mehr ablaufen können). Damit ein System seine Funktionsfähigkeit langfristig nicht einbüsst und damit seine Existenz hinfällig wird, muss es adäquat auf solche Veränderungen reagieren und seine Funktionsfähigkeit wieder vollständig herzustellen versuchen (vgl. Merkel 1999: 57-58; Nohlen 1998b: 635; Waschkuhn 1998: 11-12; Sandschneider 1994: 29, 31; Waschkuhn 1987: 62). „Dysfunktionale Anreize [der Umwelt] zwingen zu einer Systemreaktion im Sinne einer Reizabwehr oder einer Anpassung des Systems an die strukturellen und funktionalen Erfordernisse zur Neutralisierung und Absorption eines Reizes“ (Sandschneider 1994: 30). Das System selbst versucht natürlich wiederum, seine Umwelt so zu beeinflussen, dass nur solche Änderungen in der Umwelt erfolgen, die die Existenz des Systems nicht gefährden (vgl. Merkel 1999: 57-58; Nohlen 1998b: 635; Waschkuhn 1998: 11-12; Sandschneider 1994: 29, 31; Waschkuhn 1987: 62).

Ist ein System in der Lage, die Veränderungen bzw. Reize aus der Umwelt so zu verarbeiten, dass das System in seinem Grundsatz existieren bleibt, so spricht man von einem stabilen System (vgl. Merkel 1999: 57-58). Es besteht also ein Gleichgewicht zwischen System und Umwelt (vgl. Merkel 1999: 57-58).

Diese zwei Eigenschaften der Systemtheorie, die spezifische Charakterisierung eines Systems nach Struktur, Funktion und Prozesse sowie die System-Umwelt-Beziehung, sind für die Transformationstheorie von grossem Nutzen. Ersteres erlaubt eine klare Beschreibung der Gesellschaft und seiner verschiedenen Teile (Subsysteme) und wird damit der obigen Bedingung gerecht, dass eine Transformationstheorie umfassend alle Veränderungen in der Gesellschaft bzw. in ihren Teilen abbilden sollte (vgl. Merkel 1999: 23; Merkel 1994b: 12; Waschkuhn 1987: 24). Letzteres ermöglicht der Frage nach der Stabilität und Instabilität eines Systems nachzugehen, und damit zu beantworten, warum es zu einer Transformation überhaupt kommt und wieso und wann dieser Prozess wieder endet (vgl. Merkel 1999: 12, 57, 73-74) (vgl. Kapitel 3.3.2).

¹¹ Diese Beziehung wird auch als Input-Output-Relation bezeichnet (Merkel 1999: 58-59; Waschkuhn 1998: 357).

3.1.3 Subsysteme der Gesellschaft

Wie oben gesehen kann die Gesellschaft als System verstanden werden, also als ein Gesellschafts-System. Dieses kann wiederum „intern in Subsysteme [...] differenziert“ werden (Waschkuhn 1987: 25, vgl. 57; vgl. Nohlen 1998b: 635). Dabei sind diese Subsysteme „alle funktionale Segmente der sog. Gesamtgesellschaft“ (Waschkuhn 1987: 57), d.h. jedes Subsystem hat eine spezifische Funktion oder Aufgabe innerhalb der Gesamtgesellschaft resp. verarbeitet ganz bestimmte Reize aus der Umwelt. Selbstverständlich weist jedes dieser Subsysteme entsprechend der je spezifischen Funktionen auch unterschiedliche Strukturen und Prozesse auf (vgl. Weiss 2005: 868; Merkel und Puhle 1999: 240; Beyme und Nohlen 1995: 636). Die einzelnen Subsysteme stellen dabei keine isolierten Elemente innerhalb der Gesellschaft dar, sondern es bestehen unzählige direkte und indirekte Beziehungen und gegenseitige Abhängigkeiten zwischen ihnen.

Gewisse Subsysteme einer Gesellschaft sind aufgrund ihrer spezifischen Funktionen bezüglich einer Transformation bedeutender als andere. D.h. Veränderungen in diesen Subsystemen haben einen grösseren Effekt auf den gesamten Wechsel eines Systems, resp. ein solcher Wechsel drückt sich am stärksten in den Veränderungen dieser Subsysteme aus. Wie noch in Kapitel 3.2.1 beschrieben wird, manifestieren sich diese Veränderungen in den Subsystemen letztendlich im veränderten Grad an Freiheit, die ein Individuum innerhalb eines Subsystems geniessen kann. Dabei können die vier folgenden Subsysteme einer Gesellschaft als besonders relevant angesehen werden (vgl. u.a. Berg-Schlosser 2004b: 26; Merkel 1999: 27; Waschkuhn 1987: 57):¹²

- Das *politische System*: Das politische System kann als „Gesamtheit der polit. Institutionen (Strukturen), der polit. Prozesse und der Inhalte polit. Entscheidungen“ (Nohlen und Thibaut 2005: 776) definiert werden und ist „funktional auf die Erzeugung gesellschaftlicher Macht bezogen und auf die Herstellung bindender Entscheidungen spezialisiert“ (Waschkuhn 1987: 24, vgl. 100, 217, 223, 226; vgl. Waschkuhn 1998: 12-13, 364, 372; Nohlen und Thibaut 2005:

¹² Weitere Subsysteme der Gesellschaft sind z.B. das System Kultur und das Wissenschaftssystem.

776; Schubert 1998a: 495-496; Merkel 1999: 23, 57, 59, 73). Da diese Entscheidungen bindend für die gesamte Gesellschaft sind, resp. Einfluss auf die Strukturen, Prozesse und Funktionen aller anderen Subsysteme der Gesellschaft haben (vgl. Rüb 1996: 65), ist das politische System innerhalb des Gesellschaftssystems und in Bezug auf Transformationen sehr bedeutend (vgl. Merkel 1999: 23; Waschkuhn 1998: 13).

- Das *Wirtschaftssystem*: Die primäre Funktion des Wirtschaftssystems besteht in der Versorgung der Gesellschaft, also der verschiedenen Subsystemen und der einzelnen Individuen, mit Ressourcen (Waschkuhn 1987: 135-137).
- Das *System Öffentlichkeit*: Das System Öffentlichkeit ermöglicht den Bürgern freien Diskurs und die Organisation unabhängiger Interessengruppen. Sie können hier also miteinander interagieren und kommunizieren, sich öffentlich äussern und informieren, sich organisieren, vereinen und versammeln (vgl. Kleinsteuber 2005: 669-670; Kohler 1999: 210-217; Schüttemeyer 1998: 435).
- Das *System Individualsphäre*: Im Subsystem Individualsphäre können die einzelnen Individuen ihre eigenen Interessen verfolgen, und sich nach ihren persönlichen Vorstellungen und Wünschen entfalten (vgl. Kohler 2001: 257-258, 260).

Dank dieser Darstellung der Gesellschaft als System und Subsysteme innerhalb einer Umwelt mit ihren verschiedenen gegenseitigen Interaktionen ist es möglich, in einer Theorie „die vielfältigen Interdependenzen der Transformationsprozesse politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Teilsysteme in das analytische Blickfeld [zu] rücken“ (Merkel 1999: 73).

3.2 Unterscheidung der Gesellschaftssysteme nach Typen

3.2.1 Grundlegende Unterteilung und Unterscheidungskriterien

a) Unterteilung in Demokratien und Autokratien

Obwohl grundsätzlich alle Systeme das Ziel der langfristigen Systemerhaltung verfolgen (vgl. Kapitel 3.1.2), sind nicht alle Gesellschaftssysteme identisch. Sie unterscheiden sich vielmehr in ihrer inneren Zusammensetzung und Ausstattung, also ihren Strukturen, Funktionen und Prozesse, und damit in der Frage, welche

Akteure in einem Gesellschaftssystem mit welchen Mitteln auf welcher Grundlage welche Entscheidungen fällen und durchsetzen können und welche Handlungen sie durchführen dürfen. Diese Unterschiede zwischen den Gesellschaftssystemen wirken sich zum einen auf deren Fähigkeit aus, gegenüber der Umwelt dysfunktionale Anreize verarbeiten zu können (vgl. die Kapitel 3.1.2 und 3.3.2), zum anderen sind davon aber auch direkt die Lebensbedingungen der Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft, also der Bürger, betroffen. Der Systemtyp, also die Art der inneren Organisation eines Gesellschaftssystems, ist folglich eine relevante Grösse.

Besonders bedeutend ist hierbei die Unterscheidung zwischen demokratisch-liberalen Systemen¹³ und autokratischen Systemen¹⁴, da sie einen diametral verschiedenen Ansatz bezüglich des Verhältnisses zwischen Bürger und System verfolgen (vgl. Merkel et al. 2003: 42). In demokratisch-liberalen Systemen werden die Bürger – gemäss der Philosophie des Liberalismus – als freie und gleiche Individuen angesehen, die je selbständig und unabhängig ihre (Lebens-) Ziele verfolgen können und sollen (vgl. u.a. Kohler 2001; Beetham 1999: 4, 154-155; Kersting 1996: 180-216, 109-139; Kant 1988). Entsprechend soll auch jeder Bürger die gleiche Mitsprache bei gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen besitzen, bzw. solche Entscheide sollen letztendlich durch diese hervorgebracht werden (Guggenberger 2005: 144; Kohler 2001: 255-256). Diesen normativen Grundprinzipien gemäss ist dann auch das gesamte Gesellschaftssystem einer Demokratie, also alle Subsystem dieser Gesellschaft, ausgestaltet.¹⁵ Die Institutionen der verschiedenen Subsysteme sind demnach so geschaffen, dass sie allen Bürgern gleichermassen ermöglichen, ihre Freiheit und Selbst- und

¹³ Dieser Systemtyp kann vereinfacht als Demokratie bezeichnet werden.

¹⁴ Die autokratischen Systeme können weiter in autoritäre und totalitäre Systeme unterteilt werden (Merkel 1999: 63-67). Da sie sich aber bezüglich des hier relevanten Verhältnisses zwischen Bürger und System nur graduell unterscheiden, und sich damit eine solche weitere Unterscheidung nicht aufdrängt, wird im Folgenden immer nur zusammenfassend von autokratischen Systemen die Rede sein (vgl. Merkel 1999: 63-67).

¹⁵ Die Demokratie wird hier also explizit – und dies auch in Übereinstimmung mit Kapitel 3.1.2 – als umfassende Gesellschaftsform verstanden, die sich nicht nur auf das politische System bezieht. Insbesondere eine freie Marktwirtschaft (Bertelsmann Stiftung 2008: 76; Fried 2001: 232-233; Merkel und Puhle 1999: 109-110, 128, 240; Zecchini 1997b: 6; Lipset 1994: 3; vgl. Gonzáles 2008: 4-5), eine Öffentlichkeit (vgl. Kleinsteuber 2005: 669-670; Kohler 1999: 210-217; Schüttemeyer 1998: 435) und eine geschützte Individualsphäre (vgl. u.a. Kohler 2001: 257-258, 260) sind aufgrund ihrer Bedeutung für die freie, individuelle Entfaltung nebst dem demokratisch-liberalen politischen System wesentliche Bestandteile einer Demokratie (vgl. Kapitel 3.2.2).

Mitbestimmung auch tatsächlich „auszuleben“ (vgl. Kohler 2001: 258; Waschkuhn 1998: 521-586; Kersting 1996: 180-216, 109-139). Dies zeigt sich beispielsweise im Bestehen eines Wahlsystems und den Grund- und Freiheitsrechten.¹⁶

Im Gegensatz zu einer Demokratie steht bei Autokratien nicht eine möglichst grosse Freiheit und Selbst- und Mitbestimmung der Bürger im Zentrum, sondern die Machterhaltung der Herrschenden und/oder eine bestimmte Ideologie (Merkel 2010: 40-54; vgl. Waschkuhn 1998: 94-95). Die Institutionen der Subsysteme sind entsprechend dieser Ziele ausgestaltet, was sich u.a. in einem auf die Kontrolle der Bürger ausgerichteten Polizei- und Geheimdienstapparat und einem nur den herrschenden Eliten offenen politischen System manifestiert. Folglich werden in solchen Systemen die für eine Demokratie zentralen Normen mehr oder weniger stark verletzt.

Gesellschaftssysteme lassen sich also aufgrund ihrer Strukturen, Funktionen und Prozesse grob in diese zwei Systemtypen gruppieren, in denen sich das jeweilige Grundverständnis zwischen Bürger und System widerspiegelt. Da wie gesehen je nach Systemtyp die Bürger radikal andere Lebensbedingungen vorfinden und insbesondere mehr oder weniger Freiheiten sowie Selbst- und Mitbestimmungen geniessen, wird nun auch offensichtlicher, warum Systemwechsel, also Änderungen des Systemtyps, für sie eine besonders grosse Bedeutung erlangen. Als Hilfe für die Zuteilung zu diesen zwei Systemtypen sowie für deren detaillierte Beschreibung können die im nachfolgenden Absatz beschriebenen Unterscheidungskriterien verwendet werden.

b) Unterscheidungskriterien

Für die Unterscheidung bzw. der genauen Beschreibung der zwei Systemtypen Demokratie und Autokratie kann auf die Definition von Merkel (1999: 25-26, 28, vgl. 23-56, 75; vgl. Merkel et al. 2003; Nohlen 1994: 389) zurückgegriffen werden. Diese ist sehr systematisch aufgebaut und ermöglicht, das gesamte Gesellschaftssystem in Bezug auf die vorhandene Freiheit und Selbst- und Mitbestimmung zu

¹⁶ Die normativen Grundprinzipien eines demokratisch-liberalen Gesellschaftssystems sind universell gültig und sind nicht auf den „Westen“ beschränkt (vgl. u.a. Diamond 2008: 17-20, 26-38; Linder 2003: 7-8; Diamond et al. 2001; Manglapus 1987). Entsprechend gilt dies auch für die institutionelle Ausgestaltung des Gesellschaftssystems.

charakterisieren – und damit auch den Typ des Gesellschaftssystems. Es kommen hierfür die sechs in Tabelle 3-1 aufgeführten Herrschaftskriterien zur Anwendung:

Tabelle 3-1: Die sechs Herrschaftskriterien und ihre Beschreibungen¹⁷

Herrschaftskriterium	Beschreibung
Ausgestaltung des Herrschaftszugangs	Grad der Offenheit des Herrschaftszugangs in Bezug auf die Gesamtbevölkerung (Können alle Bürger aktiv und passiv am Prozess zur Bestimmung der „Regierenden“ teilnehmen, oder ist dies nur einigen wenigen Personen erlaubt?)
Ausgestaltung der Herrschaftsstruktur	Grad der Machtkonzentration und Machtverteilung zwischen den Institutionen (Ist die Macht der „Regierenden“ klar auf mehrere Akteure verteilt, die sich gegenseitig kontrollieren, oder liegt sie konzentriert bei ganz wenigen Akteuren?)
Ausgestaltung des Herrschaftsanspruchs	Grad der Machtausübung des politischen Systems in den verschiedenen Subsystemen (Ist die Machtausübung klar auf einzelne Bereiche und Aufgaben begrenzt, so dass in vielen Subsystemen ein grosser Freiraum für (nicht-staatliche) Selbstregulierung besteht, oder erfolgen alle Regulierungen in allen Subsystemen zentral und umfassend durch das politische System?)
Ausgestaltung der Herrschaftsweise	Das Grössenverhältnis repressiver Machtausübung und rechtsstaatlicher Machtausübung (Muss die Machtausübung rechtsstaatlichen Prinzipien folgen, oder erfolgt sie willkürlich und unter Anwendung von Repression?)
Ausgestaltung des Herrschaftsmonopols	Art der Akteure, bei denen das Herrschaftsmonopol (die zentrale politische Macht) liegt (Liegt die zentrale politische Macht bei den Akteuren der demokratisch legitimierten Institutionen, oder bei Führern und Oligarchen?)
Ausgestaltung der Herrschaftslegitimation	Ideologie, die die Herrschaft legitimiert (Gründet die Legitimation der Machtausübung auf dem Liberalismus, oder auf einer autokratischen, anti-liberalen Ideologie?)

Die sechs Kriterien sind in ihrer Ausrichtung stark auf die Art und Weise der politischen Machtausübung bzw. auf das politische System fokussiert. Allerdings ist das politische System eng mit den übrigen Subsystemen verbunden, weil in

¹⁷ Nach Merkel (1999: 25-26, 28).

ihm wie gesehen der „gesamtgesellschaftliche(...) Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess [strukturiert wird]“ (Waschkuhn 1987: 217, vgl. 223). Dadurch sind die Subsysteme direkt oder indirekt durch die Machtausübung im politischen System betroffen; mehr noch: Die Gestalt der verschiedenen Subsysteme wird massgeblich durch das politische System festgelegt.

Dies trifft insbesondere auf das Kriterium Herrschaftsanspruch zu, das explizit das Verhältnis zu den übrigen Subsystemen zum Gegenstand hat: Je nach dem wie weit sich der Herrschaftsanspruch erstreckt, besteht im Wirtschaftssystem Raum für freie Marktentscheidungen (investieren, konsumieren, verkaufen etc.), im Subsystem Öffentlichkeit sind freier Diskurs und die Organisation unabhängiger Interessengruppen möglich, und im Subsystem Individualsphäre können die eigenen Interessen gelebt werden. Kurz: Der Grad an individueller Freiheit und Selbst- und Mitbestimmung im jeweiligen Subsystem hängt vom Grad bzw. von der Art und Weise des Herrschaftsanspruchs ab (vgl. Waschkuhn 1987: 217, 223). Diejenigen Bereiche, die nicht der Selbstregulierung durch die jeweiligen Subsysteme (bzw. deren Akteure) überantwortet werden, werden wiederum durch spezifische Institutionen des politischen Systems reguliert, z.B. durch ein Wettbewerbsrecht im Wirtschaftssystem oder durch Versammlungsverbote im Subsystem Öffentlichkeit. Somit beschreiben die Herrschaftskriterien durchaus auch die übrigen Subsysteme und charakterisieren folglich das gesamte Gesellschaftssystem.

c) Detailliertere Beschreibung – Verwendung von Institutionen

Die Beschreibung der beiden Systemtypen kann – falls verlangt¹⁸ – noch präziser vorgenommen werden, indem jedem dieser Herrschaftskriterien spezifische Institutionen¹⁹ zugewiesen werden. Je nach Systemtyp werden sich dabei diese

¹⁸ Eine solche Zuweisung von Institutionen zu den einzelnen Herrschaftskriterien und damit eine präzisere Beschreibung des Systemtyps erfolgt teilweise für den Systemtyp Demokratie in Kapitel 4.3.2. Für die Unterscheidung zwischen Demokratien und Autokratien genügt hingegen in der vorliegenden Arbeit die Charakterisierung der Systemtypen mittels grober Beschreibung der einzelnen Herrschaftskriterien.

¹⁹ Institutionen können allgemein als „dauerhaftes Muster oder normatives Regelwerk sozialer Beziehungen, die als legitim angesehen sind (oder erzwungen sind) und entsprechendes Problemlösungs- und Regulierungspotential enthalten“ (Rüb 1994: 116) beschrieben werden (vgl. Peters 2001: 28; Schubert 1998b: 513-514). Sie legen also zum einen „normative Standards“ fest und ermöglichen zum anderen das Fällen von Entscheidungen (Rüb 1994: 116; vgl. Peters 2001:

Institutionen unterscheiden, bzw. es ergeben sich aufgrund der Unterschiede in den Institutionen unterschiedliche Systemtypen. Relevant sind hierbei drei verschiedene Arten von Institutionen:

Als wichtiger Bestandteil der Herrschaftskriterien und damit der Beschreibung der Systemtypen können jene Institutionen angesehen werden, „in denen und durch die bindende Entscheidungen hergestellt und durchgeführt werden“ (Rüb 1994: 116), d.h. die Verfassung, das Regierungssystem, die Grundrechte, die Wahlgesetze, die Gerichtsbarkeit und im weiteren Sinne sogar alle Gesetze (Rüb 1994: 116, vgl. Czada 2005: 382; Carothers 2002: 15; Göhler 1997c: 29; Offe 1994: 60-65; Waschkuhn 1987: 217, 223, 226), kurz: das „gesamte(...) System staatl. verbürgter Ordnung“ (Czada 2005: 382). Diese Institutionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie formal-juristischer (und nicht informeller) Natur sind, dass sie Bestandteil des politischen Systems resp. Ergebnis von Entscheidungen des politischen Systems sind, und dass ihre Ausprägung wesentlich den Typ eines Gesellschaftssystems beeinflusst (vgl. Meyer 2006b: 14-17; siehe auch Meyer 2006a). Sie können als staatliche Institutionen bezeichnet werden.

Mit diesen staatlichen Institutionen kann zwar ein wichtiger Teil des Systemtyps charakterisiert werden, die Charakterisierung weist in dieser Form aber zwei bedeutende Lücken auf: Damit die staatlichen Institutionen und damit das gesamte Gesellschaftssystem funktionieren kann, müssen passende Verknüpfungen zu den informellen Institutionen (in der gesamten Gesellschaft) und zu den nicht-staatlichen Institutionen (in den übrigen Subsystemen) bestehen. Ersteres ist nötig, da die staatlichen Institutionen nur den formal-juristischen Rahmen festlegen, innerhalb dessen dann die informellen Institutionen die

29, 146; Sandschneider 1996: 420). Hierzu gehört auch, dass Institutionen Kommunikationskanäle bereitstellen, Partizipationsmöglichkeiten bieten und die sozialen Beziehungen strukturieren (Sandschneider 1996: 423). Dabei müssen sie nicht zwingend formal strukturiert sein, sondern können auch informellen Charakter haben (Peters 2001: 28). Aufgrund all dieser Eigenschaften sind Institutionen „verhaltensregulierend(...)“ und erzeugen eine gewisse „Erwartungssicherheit“ innerhalb eines Systems (Czada 2005: 381; vgl. Sandschneider 1996: 423) – „Institutionen sind Hort der Stabilität in der Vielfalt sozialer Aktionen und Beziehungen, sie sichern Kontinuität in der Abfolge der Situationen“ (Göhler 1997c: 21). Spezifisch beschrieben werden können einzelnen Institutionen aufgrund ihrer „institutionellen Konfiguration“ (Göhler 1997c: 24-25), d.h. ihrer Struktur, ihrer Funktionsweise, der Art und Weise ihrer Präsentation, ihrer Symbole, ihrer Akteure und ihrer Adressaten (Göhler 1997c: 24-25).

stattfindenden Abläufe und Interaktionen detaillieren (Merkel et al. 2003: 28).²⁰ D.h. erst das Zusammenspiel zwischen den zwei Arten von Institutionen kann ein adäquates Bild vom politischen System wiedergeben. Besonders deutlich wird dies bei Vorliegen von grösseren Widersprüchen zwischen den staatlichen Institutionen und den informellen Institutionen: In einem solchen Zustand blockieren sich die Institutionen nämlich gegenseitig und verhindern so, dass die für die Problemlösung und Regulierung nötigen Prozesse und Handlungen nicht oder nur unzureichend ablaufen können (vgl. Meyer 2006b: 14-17; Meyer 2006a; Merkel et al. 2003: 28). Für die Beschreibung eines Systemtyps muss somit bekannt sein, wie sich das Verhältnis zwischen staatlichen Institutionen und informellen Institutionen im Gesamten präsentiert.

Bei der zweiten Ergänzung, den nicht-staatlichen Institutionen, geht es um ein ähnliches Verhältnis zu den staatlichen Institutionen wie bei den informellen Institutionen. Wie gesehen legen die staatlichen Institutionen insbesondere durch das Kriterium Herrschaftsanspruch formal-juristisch fest, welche Freiräume im Gesellschaftssystem bestehen, die nicht durch das politische System auf irgendeine Weise reguliert werden.²¹ Sie sagen aber nichts darüber aus, ob und wie diese Freiräume tatsächlich genutzt werden. Welche Normen und Regeln gelten, welche Organisationen und Prozesse gibt es, welche Akteure sind aktiv; kurz: Welche nicht-staatlichen (formellen und informellen) Institutionen bestehen (vgl. Merkel und Puhle 1999: 160; Waschkuhn 1994: 192)? Analog zu den informellen Institutionen müssen dabei auch die nicht-staatlichen Institutionen in einem spannungsarmen Verhältnis zu den staatlichen Institutionen stehen, damit das Gesellschaftssystem als ganzes seine Aufgaben (effizient) erledigen kann. Somit gilt auch hier, dass die staatlichen Institutionen nur in Kombination mit den nicht-staatlichen Institutionen die tatsächlichen Verhältnisse im Gesellschaftssystem und damit den Systemtyp korrekt wiedergeben.

²⁰ Auch bei den informellen Institutionen handelt es sich um Normen, Regeln, Organisationen und Prozesse, die gesamtgesellschaftlich gültig sind, allerdings sind sie nicht formal-juristisch festgelegt, sondern „informell“ in der Gesellschaft vorhanden. Sie können in diesem Zusammenhang auch als die politische Kultur einer Gesellschaft aufgefasst werden (vgl. dazu auch Tabelle 10-1 im Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions).

²¹ Je nach Systemtyp sind wie gesehen diese Freiräume grösser oder kleiner, in totalitären Systemen können sie auch (fast) vollständig abwesend sein (vgl. Kapitel 3.2.3).

Für die detaillierte Beschreibung der Herrschaftskriterien und damit für die Charakterisierung eines Gesellschaftssystems müssen folglich nicht nur die staatlichen Institutionen berücksichtigt werden, sondern es müssen auch die informellen Institutionen und die nicht-staatlichen Institutionen bzw. deren Verhältnisse zueinander beachtet werden.²² Die reine Analyse einer formal-juristischen Verfassung wäre hingegen ungenügend: „All [these] (...) countries (...) have democratic institutions – elections, legislatures, several parties, and so on. But in practice, full polyarchy requires more than democratic institutions; it requires citizens who are able to make those institutions work“ (Coppedge 1997: 198; vgl. Merkel und Puhle 1999: 135; Elster 1993: 176-178).

3.2.2 Ausprägungen des demokratischen Systems

Ausgehend von den sechs Herrschaftskriterien kann ein demokratisches Gesellschaftssystem wie folgt beschrieben werden (vgl. Merkel 1999: 26-28, 30-34):

Tabelle 3-2: Die Ausprägung eines demokratischen Herrschaftssystems

Herrschaftskriterium	Ausprägung in einem demokratischen Gesellschaftssystem
Ausgestaltung des Herrschaftszugangs	Der Herrschaftszugang ist offen, d. h. jeder (erwachsene) Bürger hat das Recht, an den Wahlen zur Zusammensetzung der Legislative, Exekutive und Judikative teilzunehmen (teilweise sind die Wahlen auch nur indirekt), und in ein solches Amt gewählt zu werden (Merkel 1999: 26-28, 61, vgl. 30-34) – „open, pluralistic competition for central power positions is the distinguishing difference between democracy and autocracy“ (Merkel 2004: 38).
Ausgestaltung der Herrschaftsstruktur	Die Machtstruktur ist pluralistisch, d.h. die Macht ist auf verschiedene Institutionen bzw. Akteure verteilt, die sich gegenseitig in ihrer Machtausübung hemmen und kontrollieren (Merkel 1999: 26-28, vgl. 30-34).
Ausgestaltung des Herrschaftsanspruchs	Der Herrschaftsanspruch ist eng begrenzt, d.h. das politische System reguliert nur klar umrissene Bereiche des Gesellschaftssystems, wodurch viele Freiräume entstehen, die nicht der staatlichen Kontrolle unterliegen (Merkel 1999: 26-28, 61, vgl. 30-34; vgl. Fukuyama 2005: 14-15). Besonders bedeutend sind die Freiräume im Subsystem Öffentlichkeit, Wirtschaft und Individualsphäre (vgl. Merkel 1999: 61): <ul style="list-style-type: none"> - Im Subsystem Öffentlichkeit können Bürger miteinander interagieren und kommunizieren, sich öffentlich äussern und informieren, sie können sich organisieren, vereinen und versammeln; die Regulierung erfolgt durch gesellschaftliche Werte und gemeinsame Übereinkünfte der jeweils Beteiligten (vgl. Kleinstauber 2005: 669-670; Kohler 1999: 210-217; Schüttemeyer 1998: 435).

²² Diese Unterscheidung zwischen staatlichen Institutionen und nicht-staatlichen und informellen Institutionen ist auch für die (theoretische) Beschreibung von Transformationsprozessen nützlich (vgl. die Kapitel 3.3.4 und 3.3.5).

Ausgestaltung des Herrschaftsanspruchs (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> - Im Wirtschaftssystem besteht eine freie Marktwirtschaft*, d.h. jede Person hat freien Zutritt zu den verschiedenen Märkten, ist frei in seinem ökonomischen Handeln (vgl. Andersen 2005b: 539) und hat das Recht auf Privateigentum (Esser 2005: 428; vgl. Havrylyshyn 2006: 60); das System ist durch den freien Wettbewerb bzw. ein freies Preissystem geregelt (Andersen 2005b: 539; vgl. Havrylyshyn 2006: 60; Andersen 2005a; Esser 2005: 428). - Im Subsystem Individualsphäre kann sich jeder Bürger nach seinen persönlichen Vorstellungen und Wünschen entfalten; persönlicher Glaube und Ethik sind handlungsleitend (vgl. Kohler 2001: 257-258, 260).
Ausgestaltung der Herrschaftsweise	Die Herrschaftsweise ist rechtsstaatlich, d.h. alles politische Handeln richtet sich nach den geltenden Gesetzen, gegen Übertretungen kann juristisch vorgegangen werden (Merkel 1999: 26-28, vgl. 30-34).
Ausgestaltung des Herrschaftsmonopols	Das Herrschaftsmonopol liegt bei demokratisch legitimierten Institutionen, d.h. es gibt keine Akteure, die ausserhalb der verfassungsmässigen Ordnung politische Macht ausüben können (Merkel 1999: 26-28, vgl. 30-34).
Ausgestaltung der Herrschaftslegitimation	Die Herrschaftslegitimation erfolgt über die Volkssouveränität (Merkel 1999: 26-28, vgl. 30-34), d.h. „die Herrschaft [geht] aus dem Volk hervorgeht (of), (...) [wird] durch das Volk (by) und in seinem Interessen (for) ausgeübt (...)“ (Guggenberger 2005: 135; vgl. Offe 1994: 62).

* Der Begriff Kapitalismus kann synonym für freie Marktwirtschaft verwendet werden (Andersen 2005b: 539). Vgl. dazu auch die Definition bei Przeworski (1991: 101): „By ‚capitalism‘ I mean any economic system in which (1) the optimal division of labour is so advanced that most people produce for the needs of others, (2) the means of production and the capacity to work are owned privately, and (3) there are markets in both.“

Ein demokratisches Gesellschaftssystem muss alle diese sechs Bedingungen erfüllen, um tatsächlich demokratisch zu sein (Merkel et al. 2003: 15; vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 81). Entsprechend müssen auch in allen sechs Bereichen Institutionen bestehen, die eine solche Ausprägung in der Freiheit und Selbst- und Mitbestimmung tatsächlich ermöglichen. Die konkrete institutionelle Ausgestaltung kann dabei zwar von Demokratie zu Demokratie verschieden sein, ohne dass das eine System demokratischer ist als das andere (z.B. präsidentielles vs. parlamentarisches Regierungssystem), die oben genannten Bedingungen müssen dabei aber zwingend erfüllt werden (vgl. Hillenbrand 2001: 30; Weidenfeld 2001a: 48-49; Merkel 1999: 153).

3.2.3 Ausprägungen des autokratischen Systems

Analog zum demokratischen Gesellschaftssystem können mit den sechs Herrschaftskriterien auch autokratische Gesellschaftssysteme beschrieben

werden (Merkel 1999: 26-28, 34-54; vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 92; Carothers 2002: 11-12):

Tabelle 3-3: Die Ausprägung eines autokratischen Herrschaftssystems

Herrschaftskriterium	Ausprägung in einem autokratischen Gesellschaftssystem
Ausgestaltung des Herrschaftszugangs	Der Herrschaftszugang ist geschlossen oder zumindest stark eingeschränkt, d. h. es besteht, wenn überhaupt, nur ein sehr begrenztes aktives oder passives Wahlrecht, alle oder die meisten Ernennungen in Ämter erfolgen durch die Regime-Eliten selbst (Merkel 1999: 26-28, 34-54).
Ausgestaltung der Herrschaftsstruktur	Die Machtstruktur ist semipluralistisch oder gar monistisch, d.h. die Macht ist nur auf ganz wenige Institutionen bzw. Akteure verteilt (ohne verankerte Kontrollmechanismen), oder liegt gar in der Hand einer einzigen Person oder Personengruppe (Merkel 1999: 26-28, 34-54).
Ausgestaltung des Herrschaftsanspruchs	<p>Der Herrschaftsanspruch ist sehr umfangreich oder gar unbegrenzt, d.h. das politische System reguliert (fast) alle Bereiche des Gesellschaftssystems, und es bestehen keine oder nur sehr wenige Freiräume, bei denen Selbstregulation zugelassen ist (Merkel 1999: 26-28, 34-54; vgl. Fukuyama 2005: 14-15). „Autoritäre politische Systeme, sind gekennzeichnet durch [...] einen begrenzten Pluralismus ökonomischer, sozialer und politischer Sphären“ (Rüb 1994: 114, Betonung geändert). Insbesondere bestehen keine Freiräume in den Subsystemen Öffentlichkeit und Individualsphäre (vgl. Merkel 1999: 61); im Wirtschaftssystem hingegen kann eine freie Marktwirtschaft bestehen, muss aber nicht (vgl. González 2008) (für die Beschreibung der freien Marktwirtschaft vgl. Kapitel 3.2.2).</p> <p>Falls das Wirtschaftssystem umfassend durch das politische System reguliert wird, so handelt es sich um eine Planwirtschaft.* D.h. „ein Wirtschaftssystem[,] bei dem eine zentrale Institution mit Hilfe eines verbindlichen Plans die gesamte Wirtschaftstätigkeit zu steuern versucht“ (Andersen 2005c: 687; vgl. Melo und Gelb 1997: 61-62). Entsprechend spielen hier weder freier Wettbewerb noch freies Preissystem eine handlungsleitende Rolle (vgl. Melo und Gelb 1997: 61-62). Ebenfalls gibt es auch kein oder kaum Privateigentum, insbesondere an Produktionsmitteln (Melo und Gelb 1997: 61-62).</p>
Ausgestaltung der Herrschaftsweise	Die Herrschaftsweise erfolgt willkürlich und stützt sich mehr oder weniger stark auf repressive Mittel (Merkel 1999: 26-28, 34-54).
Ausgestaltung des Herrschaftsmonopols	Das Herrschaftsmonopol liegt bei Führern oder Oligarchen, die ihre Macht auf Ideologien stützen und über Repression absichern (Merkel 1999: 26-28, 34-54).
Ausgestaltung der Herrschaftslegitimation	Die Herrschaftslegitimation erfolgt über Mentalitäten oder geschlossene Weltanschauung/Ideologien (Merkel 1999: 26-28, 34-54).

* Vgl. dazu auch die Definition bei Przeworski (1991: 101): „By ‚socialism‘ I mean any system in which (1) the division of labour is equally advanced [as in the case of capitalism], (2) the means of production are owned publicly, and (3) most productive resources, at least other than labour services, are allocated by centralized command.“

Da unter Autokratien sowohl autoritäre als auch totalitäre Systeme zusammengefasst werden (vgl. Kapitel 3.2.1), beschreiben obige Kriterien nicht genau eine Ausprägung, sondern einen bestimmten Bereich, innerhalb dessen eine Ausprägung möglich ist. Entsprechend gibt es verschiedene Typen von Autokratien mit je spezifischen Ausprägungen in den einzelnen Kriterien (z.B. mit oder ohne freie Marktwirtschaft). Die Extremform ist der Totalitarismus.²³ Auch bei den autokratischen Gesellschaftssystemen finden die jeweiligen Ausprägungen in den sechs Herrschaftskriterien ihre Entsprechung in den Institutionen.

3.3 Transformation als Prozess

3.3.1 Transformation – ein Wechsel oder ein Wandel des Systemtyps

In den vorangegangenen Kapiteln wurde aufgezeigt, dass sich eine Transformation jeweils in der gesamten Gesellschaft abspielt und dass diese als System aufgefasst werden kann (vgl. Kapitel 3.1). Zudem wurde beschrieben, wie anhand von sechs Kriterien Gesellschaftssysteme kategorisiert werden können, und dass dabei insbesondere die Unterscheidung zwischen den zwei Systemtypen Demokratie und Autokratie zentral ist (vgl. Kapitel 3.2). Im folgenden Kapitel soll nun detailliert auf den Prozess einer Transformation eingegangen werden. Dabei kann grob zwischen zwei Arten von Transformationen unterschieden werden: dem Systemwechsel und dem Systemwandel.²⁴

Bei einem Systemwechsel wird im Verlauf der Transformation das alte Gesellschaftssystem durch ein neues Gesellschaftssystem ersetzt (Merkel 1999: 75). Dabei ändert sich der Systemtyp, d.h. das neue System weist grundlegend andere Ausprägungen der sechs Herrschaftskriterien auf als das alte (Merkel 1999: 25-26,

²³ Ein weiterer Spezialfall sind defekte Demokratien (Merkel et al. 2003: u.a. 14; Carothers 2002: 10-11; vgl. Merkel und Croissant 2000). Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie zwar eine „Institutionalisierung als Demokratie“ durchliefen, dann aber eine „Konsolidierung als defekte Demokratie“ folgte (Merkel und Puhle 1999: 165; vgl. Merkel et al. 2003: 13-15, 28-29). D.h. defekte Demokratien „[weisen] einen Kernbestand demokratischer Regelsysteme auf(...)“ (Merkel et al. 2003: 66; vgl. 39), in allen anderen Bereichen sind sie hingegen undemokratisch (vgl. Merkel et al. 2003: 33; 68-73) und somit in der Summe nicht-demokratisch, also autokratisch (vgl. Merkel et al. 2003: 15; Merkel und Croissant 2000). Für weitere Kategorisierungen innerhalb der autokratischen Systeme siehe Merkel (1999: 37-43, 50-52).

²⁴ Folglich ist der Begriff Transformation nicht gleichzusetzen mit Systemwechsel; eine Transformation ist vielmehr der „Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels“ (Merkel 1999: 76; vgl. Sandschneider 1994: 23).

75; vgl. Bernhard 1998d: 638; Beyme und Nohlen 1995: 636; Sandschneider 1994: 24). Entsprechend müssen im Verlauf des Prozesses die jeweils relevanten Institutionen eines Systemtyps geändert bzw. sich angepasst haben (vgl. Sandschneider 1994: 23). Somit liegt dann ein Systemwechsel vor, wenn sich in Folge der Änderungen der Institutionen alle Herrschaftskriterien grundlegend geändert haben (vgl. Göhler 1997b: 8).

Eine spezielle Form des Systemwechsels, und gleichzeitig wichtiger Untersuchungsgegenstand vorliegender Analyse, ist die Demokratisierung (Nohlen 2005a: 1006). Sie bezeichnet einen Systemwechsel, bei der im Zuge der Transformation ein autokratisches Gesellschaftssystem durch ein demokratisches Gesellschaftssystem ersetzt wird (Nohlen 2005a: 1006; vgl. Nohlen 1998a: 117). Wichtig dabei ist, dass erst mit Etablieren des neuen demokratischen Systems von einer Demokratisierung gesprochen werden kann, denn „[not] any country moving away from dictatorial rule can be considered a country in transition toward democracy“ (Carothers 2002: 6, vgl. 17). Somit kann diese Kategorisierung erst rückblickend vorgenommen werden.

Im Unterschied zum Systemwechsel findet beim Systemwandel, die zweite Art von Transformationen, kein Wechsel des Systemtyps statt (Merkel 1999: 74-75). Hier entspricht das neue Gesellschaftssystem dem alten Gesellschaftssystem (Merkel 1999: 74-75). Wie der Begriff sagt, finden natürlich auch hier Veränderungen in den Institutionen des Gesellschaftssystems statt; diese sind aber nie so tiefgreifend und umfassend, dass wie beim Systemwechsel daraus ein neues Gesellschaftssystem hervorgehen würde (Merkel 1999: 74). Es ist vielmehr ein „Prozess der evolutionären Anpassung (...) an veränderte Umweltbedingungen“ (Bernhard 1998c: 638), bzw. ein Prozess, „um eine Dysfunktionalität zu kompensieren“ (Sandschneider 1994: 24), ohne dass sich dabei das Gesellschaftssystem grundlegend ändert.

Häufig kann bei einem Systemwandel nicht im Vornherein gesagt werden, ob es sich tatsächlich um einen solchen handelt, denn der Übergang zu einem Systemwechsel kann mitunter sehr fließend vonstatten gehen (Merkel 1999: 74; Sandschneider 1994: 24; vgl. Bernhard 1998c: 638). D.h. eine Transformation beginnt mit vereinzelt Änderungen und Anpassungen an den Institutionen, also

einem Systemwandel, dieser Prozesse gewinnt dann mit der Zeit eine Eigendynamik, die dazu führt, dass sämtliche Institutionen einer Änderung unterliegen, und so in einem Systemwechsel endet. Ob es sich also im konkreten Fall um einen Systemwandel (und nicht um einen Systemwechsel) handelt, kann häufig erst mit Abschluss des vollständigen Transformationsprozesses gesagt werden. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen auf Transformationen im Allgemeinen und nicht spezifisch auf Systemwechsel oder Systemwandel.

3.3.2 Grund für eine Transformation: fehlende Stabilität

Wie gesehen sind Transformationen, insbesondere Systemwechsel, per definitionem mit sehr tiefgreifenden Veränderungen und Umwälzungen in der gesamten Gesellschaft verbunden. Damit eine solch radikale Umgestaltung einer ganzen Gesellschaft „in Angriff genommen wird“, müssen demzufolge schwerwiegende Gründe vorliegen: die kompromisslose Ablehnung des alten Gesellschaftssystems (vgl. Merkel 1999: 57).

Wie alle sozialen Systeme, so ist auch das politische System auf ein gewisses Mass an Unterstützung durch die Betroffenen angewiesen, die seine Existenz und seine Handlungen legitimieren (Merkel 1999: 74, vgl. 57-58; Sandschneider 1994: 29; Welzel 1994: 63). Geht diese Unterstützung nun verloren, bedeutet dies nichts anderes, als dass das politische System in den Augen der Betroffenen keine Existenzberechtigung mehr hat (Merkel 1999: 74; vgl. Sandschneider 1994: 29) und damit faktisch auch das gesamte herrschende Gesellschaftssystem abgelehnt wird (vgl. Rüb 1996: 42) (vgl. Kapitel 3.1.2).²⁵ Es verliert seine politische Durchsetzungskraft und damit Funktionsfähigkeit und „gerät unter Transformationsdruck“ (Merkel 1999: 74). D.h. es drängen sich radikale Änderungen am politischen System auf, mit Hilfe derer die nötige Legitimation und damit Funktionsfähigkeit wieder zurückerlangt werden sollen.

Die Unterstützung für das politische System kann in zwei verschiedenen Formen erfolgen (vgl. Merkel 1999: 58-59, 73-74; Merkel und Puhle 1999: 177): Erstens,

²⁵ Aufgrund dieser engen Verknüpfung zwischen politischem System und dem gesamten Gesellschaftssystem (vgl. Kapitel 3.2.1) können die Legitimation bzw. Stabilität und die Instabilität des politischen Systems immer auch gleichgesetzt werden mit denjenigen des Gesellschaftssystems.

die Bürger unterstützen das System, weil sie mit seinen „fundamentalen Normen, Regeln und Verfahrensweisen“ einverstanden sind (Merkel 1999: 74; vgl. Waschkuhn 1998: 12-13), d.h. sie befinden den bestehenden Systemtyp an sich als gut. Diese Form der Unterstützung kann als „diffuse Unterstützung“ bezeichnet werden (Merkel 1999: 74). Oder, zweitens, das politische System erfährt Unterstützung durch die Bürger, da diese mit den effektiven Leistungen des politischen Systems zufrieden sind und ihre Forderungen an das System als erfüllt ansehen (Merkel 1999: 57-58, 74, vgl. 58; vgl. Diamond 1999: 77-93; Waschkuhn 1998: 12-13). Diese Form der Unterstützung kann als „spezifische Unterstützung“ beschrieben werden (Merkel 1999: 74). Selbstverständlich kann ein politisches System beide Formen der Unterstützung gleichzeitig erfahren;²⁶ in diesem Fall ist seine Legitimation am höchsten.

Mit dem Grad an Legitimation, die ein politisches System via diffuser und spezifischer Unterstützung erfährt, sind wie gesehen direkt die Funktionsfähigkeit und die Existenz des politischen Systems verbunden. In diesem Sinne kann die Grösse der erhaltenen Legitimation in Analogie gesetzt werden mit der Stabilität²⁷ des politischen Systems: Je grössere die Legitimation ist, desto stabiler ist das System bzw. desto kleiner ist der oben erwähnte Transformationsdruck auf das System (Merkel 1999: 57-58, 74; vgl. Sandschneider 1994: 29).²⁸ Ein Verlust an

²⁶ Die spezifische und die diffuse Unterstützung können aufeinander gegenseitigen Einfluss ausüben: Kann das politische System beispielsweise über längere Zeit den Forderungen der Bürger nicht nachkommen, so leidet darunter nicht nur die spezifische Unterstützung, sondern auch die diffuse Unterstützung wird zurückgehen (System-immanentes Versagen) (vgl. Merkel 1999: 63-64; Waschkuhn 1987: 57). Andererseits kann die diffuse Unterstützung verhindern, dass ein politisches System „nur“ aufgrund (vorübergehender) schlechter Leistungen mit der spezifischen Unterstützung auch seine gesamte Legitimation einbüsst (vgl. Merkel 1999: 60).

²⁷ Schneider (2009: 10-11) verwendet den Begriff „persistence“ an Stelle von Stabilität, um auf den Umstand hinzuweisen, dass die Systeme gerade um stabil zu sein, oder eben fortbestehen zu können, nicht statisch sein dürfen, sondern sich ständig an die neuen Umwelteinflüsse anpassen müssen (vgl. Kapitel 3.1.2). Da sich aber der Begriff Stabilität in der Literatur etabliert hat, wird auch hier weiterhin von stabil bzw. Stabilität gesprochen. Vgl. dazu: Allerdings „[bezeichnet] Stabilität [...] insofern keinen statischen Systemzustand, sondern eine Systemeigenschaft, die ganz wesentlich von dem Vorhandensein von Systemfähigkeiten zum kontrollierten Umgang mit endogenen und exogenen Anreizen geprägt ist“ (Sandschneider 1994: 29), der „Fähigkeit[,] sich adaptiv und koevolutiv zu verändern und gleichzeitig die eigene Identität zu bewahren“ (Sandschneider 1994: 32). D.h. die Systeme sind aufgrund der Umwelt-Einflüsse im ständigen Wandel und sind eben genau nicht strukturell stabil (Sandschneider 1994: 32): „Evolution ist so gesehen ein zwingender Prozess, der nicht verhindert werden kann. Allenfalls sind Verzögerungen möglich“ (Sandschneider 1994: 31-32).

²⁸ Auf den Einfluss der Repression auf diese Beziehung zwischen Legitimation und Stabilität wird weiter unten eingegangen.

Legitimation führt wiederum zu einer Destabilisierung des Systems und – ab einem bestimmten Niveau (vgl. Thompson 2004: 112-113) – zu einer Transformation, d.h. Änderung des Systems: „Mangelt es dem politischen System (...) längerfristig an hinreichender spezifischer und diffuser Unterstützung, kann es seine Funktionen nicht mehr ausreichend erfüllen und wird instabil“ (Merkel 1999: 60, vgl. 58).

So wie die Legitimation und damit Stabilität eines politischen Systems durch die Unterstützung der Bürger zustande kommt, so büsst ein System mit dem Verlust dieser Unterstützung an Stabilität ein (und wird zu Systemänderungen gezwungen). Dabei kann das politische System aus folgenden Gründen an Unterstützung verlieren:

- Aufgrund geänderter Wertvorstellungen in der Bevölkerung wird auch die Funktionsweise und die Art der Legitimierung des politischen Systems anders beurteilt, und ihm (gegebenenfalls) entsprechend die diffuse Unterstützung entzogen (Merkel 1999: 126-127, vgl. 123, 126; Sandschneider 1996: 425). Auch als von der Bevölkerung als illegitim empfundene Handlungen des Regimes (z.B. Menschenrechtsverletzungen oder Korruption) können zu einem solchen Schritt führen (Merkel 1999: 126-127, vgl. 123, 126; Sandschneider 1996: 425).
- Ein Verlust an spezifischer Unterstützung kann erfolgen, wenn das politische System die Erwartung der Bürger bezüglich seiner Leistungen nicht erfüllen kann (Merkel 1999: 125, 126). Dies kann auf die Ineffizienz des politischen Systems ebenso zurückgehen, wie auf eine gesteigerte Erwartungshaltung seitens der Bürger, oder aber durch externe Einflüsse verursacht sein (z.B. Weltwirtschaftskrisen) (Merkel 1999: 125, 126; vgl. Acemoglu und Robinson 2006: 31-32; Rüb 1996: 42).

Förderlich bzw. auslösend für solche Unterstützungsverluste können auch einzelne bedeutende Ereignisse sein, wie eine militärische Niederlagen oder der Tod des Herrschers (Merkel und Puhle 1999: 77-78, vgl. 93-95, 102-103; vgl. Huntington 1991: 593), Unstimmigkeiten unter bzw. Machtkämpfe zwischen den Akteuren des politischen Systems (Merkel 1999: 71, 126-127) oder der Wegfall der Unterstützung durch (ehemals) verbündete Staaten (Merkel 1999: 127-129).

Je nach Ursache und Verlauf kann dabei der Verlust an Legitimation und damit die Destabilisierung des politischen Systems schneller oder langsamer und mehr oder weniger radikal erfolgen (Merkel 1999: 129-134).²⁹

Ist ein politisches System erst einmal destabilisiert, bestehen nur zwei Möglichkeiten, um die Stabilität wiederherzustellen und es damit erneut funktionsfähig zu machen (Waschkuhn 1987: 56):

- Das politische System wird so geändert, dass es den Forderungen der Bürger wieder genügt, d.h. genügend Unterstützung erfährt, um legitimiert und damit stabil zu sein.
- Die Stabilität wird durch Anwendung purer Repression wiederhergestellt, indem Systemkritiker zum Schweigen gebracht werden, die Unterstützung wird also quasi erzwungen (vgl. Rüb 1996: 45; Sandschneider 1994: 35). Dies ist allerdings eine zweiseitige Massnahme, da die Anwendung von Repression häufig zu einem (weiteren) Verlust an Legitimation führt (Thompson 2004: 82; Merkel 1999: 67, 428; Merkel und Puhle 1999: 86; Sandschneider 1994: 35).

Welche dieser beiden Möglichkeiten in welcher Form zur Herstellung der Stabilität verfolgt wird, ist sehr stark von den beteiligten Akteuren abhängig und den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (vgl. Merkel 1999: 129-134; Rüb 1996: 45),

²⁹ Demokratische Gesellschaftssysteme sind aufgrund ihres spezifischen Systemtyps besser in der Lage, auf die Forderungen der Bürger adäquat zu reagieren, und büßen deshalb im Vergleich zu Autokratien in der Regel weniger schnell an Unterstützung ein (Welzel 1994: 50-56, vgl. 64; vgl. Rose und Mishler 2002: 17). So können sie aufgrund des offenen Herrschaftszugangs Forderungen aus der Bevölkerung schneller aufnehmen (Schmidt 2000: 525; Merkel 1999: 61). Gleichzeitig müssen sie dank der Ausdifferenzierung der Gesellschaft (beschränkter Herrschaftsanspruch) auch nicht alle Leistungen selbst erbringen, sondern dies erfolgt jeweils in dem dafür „spezialisierten“ Subsystemen (z.B. dem Wirtschaftssystem) (Merkel 1999: 28, 61). Und „[d]urch die politischen Beteiligungschancen wird unter den Bürgern eine generelle Zustimmung zum demokratischen System erzeugt, auch wenn diese nicht mit allen Politikentscheidungen und Politikergebnissen zufrieden sein mögen“ (Merkel 1999: 62). Merkel (1999: 61) spricht deshalb in diesem Zusammen von einer „endogene Stabilität demokratischer Systeme“. Bei Autokratien besteht hingegen das Problem, dass sie aufgrund ihrer ideologischen Fixiertheit („künstliche, konstruierte und geschlossene Wirklichkeiten, die ihrem Charakter nach erfunden sind“, Rüb 1996: 40) betreffend der Forderungen der Bürger vermehrt Fehlbeobachtungen und Fehleinschätzungen machen (Sandschneider 1994: 31, 35; vgl. Rokkan 2000: 278-279, 299-300; Merkel 1999: 63, vgl. 65-66; Rüb 1996: 40, 43; Lipset 1994: 9; Welzel 1994: 67-68). „[D]as politische System [(von Autokratien)] schliesst sich partiell gegenüber seiner gesellschaftlichen Umwelt ab und isoliert auf diese Weise staatliches Handeln von gesellschaftlichen Forderungen“ (Welzel 1994: 65), „[d]adurch wird ein funktionales Ungleichgewicht zwischen blockierten gesellschaftlichem Input und ungehindertem staatlichen Output zementiert“ (Welzel 1994: 65; vgl. Sandschneider 1994: 36).

sowie ihren Zielen. Generell dürften die Akteure des alten Systems primär an einem Machterhalt interessiert sein und deshalb vor allem auf einen Systemwandel hinarbeiten, d.h. nur „moderate“ Änderungen am System vornehmen und nötigenfalls Repression anwenden. Akteure wiederum, die dem System ihre Unterstützung verweigerten, werden im Allgemeinen versuchen, einen Systemwechsel herbeizuführen. Entsprechend unterschiedlich werden Transformationen verlaufen.

Unabhängig aber davon, wie eine Transformation abläuft, als Ziel jedes Transformationsprozesses steht die Wiederherstellung der Stabilität des politischen Systems und damit des gesamten Gesellschaftssystems,³⁰ damit die Systeme wieder ihren jeweiligen Aufgaben nachkommen können (vgl. Merkel 1999: 57-58; Waschkuhn 1987: 62). So wie die Destabilisierung des politischen Systems den Beginn einer Transformation markiert (vgl. Sandschneider 1994: 29), so stellt das Wiedererlangen eines stabilen Systems das Ende einer Transformation dar (vgl. Merkel 1999: 12, 57, 73-74). Eine Transformation kann somit auch als Prozess der Re-Stabilisierung angesehen werden.

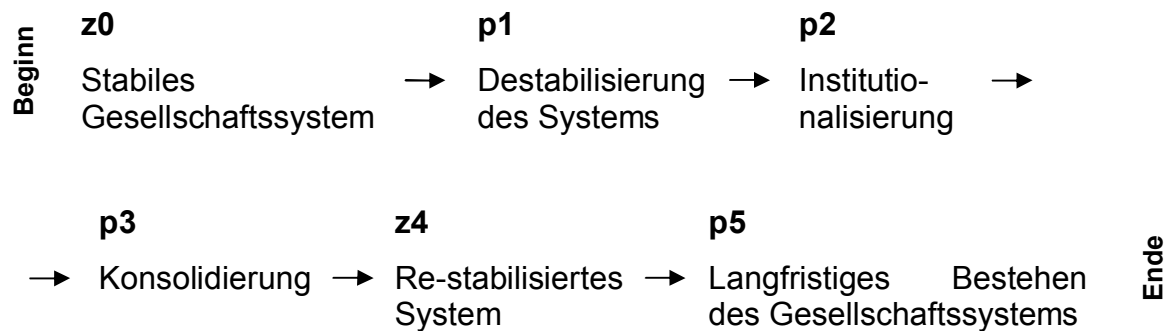
3.3.3 Die verschiedenen Phasen der Transformation im Überblick

Der Transformationsprozess, also die Zeit zwischen zwei stabilen Systemen, kann in verschiedene Phasen aufgeteilt werden, in denen jeweils ein bestimmter Prozess abläuft bzw. bestimmte Elemente des Systemtyps geändert werden (vgl. Kapitel 3.3.1). Diese Einteilung ist nicht bei allen Autoren identisch, insbesondere die Abgrenzungen zwischen den einzelnen Phasen können sich stark unterscheiden (vgl. Schneider 2009: u.a. 2, 3, 8-16; Inglehart und Welzel 2005: 206-208, 209; Hadenius und Berg-Schlosser 2004: 98; Munck 2004: 73, 74; Merkel 1999: 122, Merkel und Puhle 1999: 93, 136; Merkel et al. 1996: 13; Rüb 1996: 38, 47; Bos 1994: 86; Lipset 1994: 7; Offe 1994: 74; Huntington 1991: 593-599; Karl und Schmitter 1991: 269). In ihrem Kernbestand decken aber alle Definitionen die gleichen Elemente ab. Da sich bisher die Theorie der Transformation sehr stark auf die Ausführungen von Merkel (1999) bezog, soll auch bei der Beschreibung des

³⁰ Ob dies dann letztendlich gelingt, ist eine andere Frage, vgl. dazu Kapitel 3.3.3 zum Verlust des staatlichen Gewaltmonopols.

Prozesses dieses Werk als Grundlage dienen. Dies auch deshalb, weil hier ein allgemeines Modell eines Transformationsprozesses beschrieben wird, das auf verschiedene Variationen von Systemwechsel und Systemwandel anwendbar ist und sich nicht spezifisch auf eine Art von Systemwechsel beschränkt. Die verschiedenen Phasen eines Transformationsprozesses können dabei wie folgt beschrieben werden:

Abbildung 3-1: Die Phasen des Transformationsprozesses



Wie bereits im Kapitel 3.3.2 beschrieben, steht die Destabilisierung des politischen Systems für das auslösende Moment eines Systemwechsels; sie bildet somit die erste Phase in jeder Transformation (p1) (vgl. Merkel 1999: 120, 122).³¹ Mit dem Niedergang des alten Systems und dessen Strukturen öffnet sich die Möglichkeit für die Etablierung neuer Institutionen, die das Funktionieren des Systems neu definieren und damit auch einen Wandel oder Wechsel im Systemtyp institutionell festlegen (Merkel 1999: 119). In dieser Phase werden also die (neuen) staatlichen Institutionen errichtet. Diese zweite Transformationsphase wird deshalb als Institutionalisierung (p2) bezeichnet (Merkel 1999: 120, 122). Im Anschluss daran folgt die Phase der Konsolidierung (p3) (Merkel 1999: 120, 122). Zentraler Prozess in dieser Phase ist das Erlangen von Legitimation für die neuen Institutionen, dabei müssen sich die neuen Institutionen innerhalb der Entscheidungsprozesse als die relevanten Regeln und Normen, Organisationen

³¹ Es ist natürlich auch denkbar, dass eine Transformation nur deshalb initiiert wird, weil die herrschenden Regime-Eliten fälschlicherweise vermuten, dass das politische System instabil sei, und deshalb mit solchen Reformen einen Systemwandel durchzuführen versuchen, um ihre Macht zu erhalten. Oder aber eine Transformation wird durchgeführt, weil die Regime-Eliten ganz bewusst einen Systemwechsel herbeiführen möchten – obwohl das System an sich stabil ist und somit diesbezüglich keinen Anlass für einen Wechsel bestehen würde (wie dies beispielsweise in Bhutan geschehen ist). Dies sind aber Ausnahmen bzw. Spezialfälle.

und Prozesse durchsetzen und auch tatsächlich funktionieren können (Merkel 1999: 120, 122; vgl. Zecchini 1997b: 30-31). Mit der Konsolidierung der neuen Institutionen erfolgt auch die Re-Stabilisierung des politischen Systems und damit des gesamten Gesellschaftssystems. Mit der erneuten Etablierung der Stabilität (z4) ist das Ziel der Transformation erreicht und damit der Prozess abgeschlossen.³² Der gesamte Prozess von der Destabilisierung bis zur vollständigen Re-Stabilisierung kann mitunter sehr lange dauern („ein langwieriger und hindernisreicher Prozess[...]“, Bertelsmann Stiftung 2008: 41), dies trifft insbesondere auf die Phase der Konsolidierung zu (Merkel 1999: 146).

Viele Autoren sagen, dass der Phase Institutionalisierung eine Phase der Liberalisierung, d.h. die Gewährung gesellschaftlicher und politischer Rechte, vorhergehen kann (z.B. Schneider 2009: 20-21, 33; Merkel 1999: 122, 136; Merkel und Puhle 1999: 105; Merkel et al. 1996: 13; Rüb 1996: 38; Bos 1994: 85-86; Rüb 1994: 114-115). Da aber auch hier neue Institutionen, also neue Normen, etabliert werden, kann diese Phase vollständig in die Phase Institutionalisierung integriert werden.³³ Dadurch wird nicht nur das Modell eines Systemwechsels einfacher, sondern es wird auch generalisierbarer (Merkel 1999: 136).

Sobald das politische System wieder stabil ist, kann gesagt werden, ob sich im Laufe des Prozesses ein neues System etablierte, also ein Systemwechsel stattfand, oder aber nur leichte Anpassungen am alten System vorgenommen wurden, ohne den Systemtyp wirklich zu ändern (Systemwandel).³⁴ Auch wieweit es sich bei einem (allfälligen) Systemwechsel um eine Demokratisierung handelt, kann ebenfalls erst zu diesem Zeitpunkt festgestellt werden. Diese Einschätzungen können wie gesehen deshalb erst bei Vorliegen eines re-stabilisierten Systems vorgenommen werden, weil in allen vorangehenden Phasen nicht mit Sicherheit

³² Es gilt zu beachten, dass es zu jedem Zeitpunkt während des Transformationsprozesses zur Anwendung von Repression kommen kann (z.B. von Seiten der alten Regime-Eliten), die zu einem Abbruch des Systemwechsels führen können (Merkel 1999: 131-132), wobei in solchen Fällen die Re-Stabilisierung somit primär mittels Repression erfolgt.

³³ Bzw. der Transformationsphase Destabilisierung des politischen Systems (p1) zugeordnet werden, falls mit Liberalisierung Machtkämpfe innerhalb des Regimes und Rückgang an Repression gemeint sind (vgl. Havrylyshyn 2006: 43).

³⁴ Dies kann theoretisch soweit gehen, dass gar keine Änderungen am alten System erfolgten, sondern dieses direkt wieder stabilisiert wurde (z.B. durch Repression). In diesem Fall kommen im Transformationsprozess die beiden Phasen Institutionalisierung und Konsolidierung nicht vor.

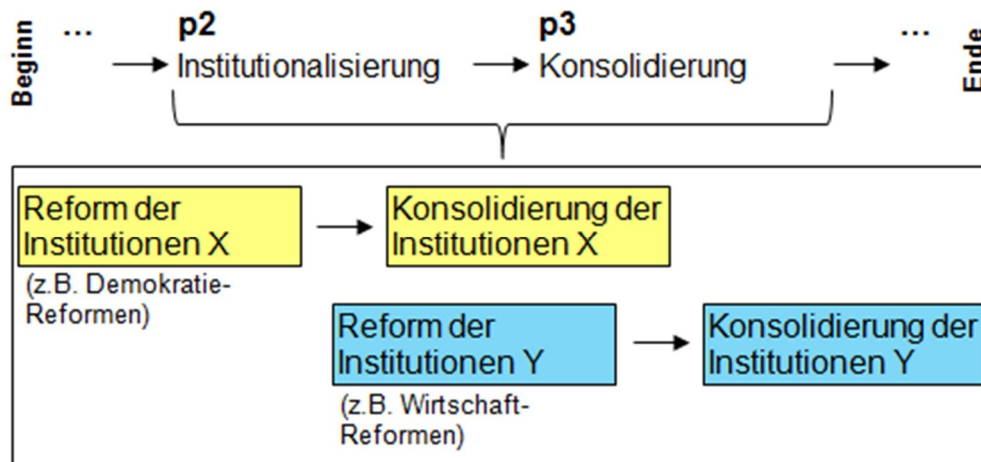
gesagt werden kann, ob nicht noch weitere Veränderungen im Gesellschaftssystem folgen werden.

Nicht mehr direkt Bestandteil eines Transformationsprozesses sind der Zustand stabiles Gesellschaftssystem (z_0) und die Phase langfristiges Bestehen eines Gesellschaftssystems (p_5) (vgl. Abbildung 3-1). Beide Elemente werden aber in die Abbildung aufgenommen, um die Einbettung des Transformationsprozesses klar zu machen: Vor und nach dem Prozess besteht, wie in Kapitel 3.3.2 beschrieben, ein stabiles Gesellschaftssystem, das dysfunktionale Anreize aus der Umwelt ohne Schwierigkeiten verarbeiten kann. Sie werden deshalb im Folgenden ebenfalls zu den Zuständen bzw. Phasen der Transformation gezählt (allerdings nicht immer explizit in den Erklärungen und Abbildungen erwähnt).

Die beiden Transformationsphasen Institutionalisierung und Konsolidierungen sind in den meisten Fällen in ihrem zeitlichen Ablauf nicht so klar getrennt, sondern können sich überlappen (Merkel 1999: 143; Merkel und Puhle 1999: 135, Merkel et al. 1996: 12, 13).³⁵ Wie gesehen beginnt die Konsolidierung der neuen Institutionen mit dem Ende der Etablierung dieser neuen Institutionen. Wenn nun die Etablierung der neuen Institutionen nicht auf einen Schlag erfolgt, sondern sich schrittweise über längere Zeit hinzieht (z.B. zuerst die Institutionalisierung der Wirtschaft-Reformen kommt und dann diejenige der Demokratie-Reformen), so erfolgt auch die Konsolidierung dieser neuen Institutionen nicht zum gleichen Zeitpunkt, sondern entsprechend gestaffelt je nach Zeitpunkt der jeweiligen Etablierung. Dadurch ist es möglich, dass zum Zeitpunkt der Konsolidierung der einen Institutionen, eine andere Institution gerade erst „in Entstehung“ ist. Die Abbildung 3-1 über die Phasen der Transformation kann deshalb (beispielhaft) wie folgt angepasst werden:

³⁵ So wurden beispielsweise während der Konsolidierungen in Ungarn das Wahlsystem für das Präsidentenamt und in Polen das Wahlsystem für das Parlament signifikant abgeändert (Rüb 1994: 133; vgl. Merkel und Puhle 1999: 125, 143; Bos 1994: 100-101).

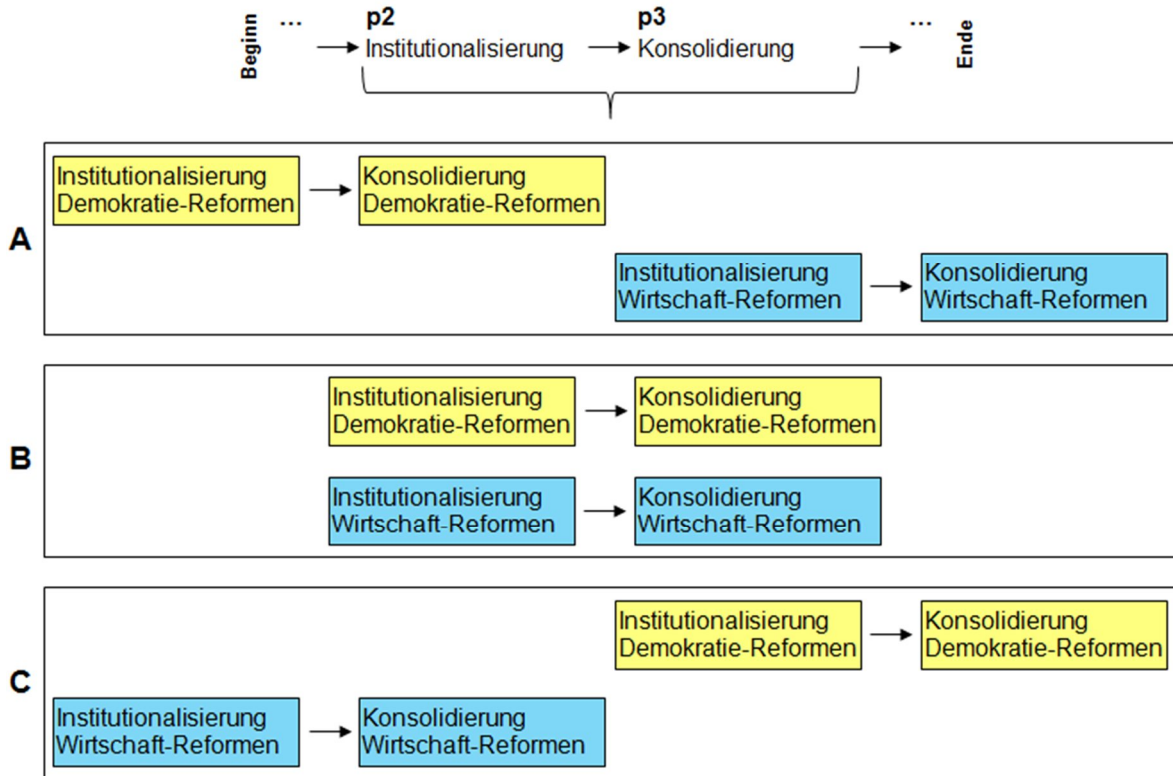
Abbildung 3-2: Die Phasen des Transformationsprozesses – die Institutionalisierung und Konsolidierung im Detail (Beispiel)



Die Diskussion rund um die Forschungslücke und die Forschungsfrage (vgl. Kapitel 2) lässt nun vermuten, dass es bezüglich dieses Ablaufs der Reformen für den weiteren Verlauf der Transformation bzw. für den Erfolg einer Demokratisierung insbesondere relevant ist, in welcher Reihenfolge die Reformen am politischen System und am Wirtschaftssystem umgesetzt werden. Vereinfacht gesprochen geht es darum, ob während der Phasen der Institutionalisierung und der Konsolidierung eine freie Marktwirtschaft nach (vgl. Bsp. A in der Abbildung 3-3), parallel zu (vgl. Bsp. B) oder vor (vgl. Bsp. C) den Demokratie-Reformen etabliert wird.³⁶ Jede dieser drei spezifischen Abfolgen kann dabei als eine Reformsequenz aufgefasst werden: als Reformsequenz Demokratie, wenn die Demokratie-Reformen vor den Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden, als Reformsequenz parallel, wenn dies gleichzeitig geschieht, und als Reformsequenz Wirtschaft, wenn die Wirtschaft-Reformen vor den Demokratie-Reformen etabliert werden.

³⁶ Wobei selbstverständlich auch Abfolgen denkbar sind, bei denen sich die Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen in ihrer Abfolge stärker überlappen als diese in den Punkte A und C der Abbildung 3-3 der Fall ist, diese Abfolgen liegen also sozusagen zwischen A und B bzw. B und C.

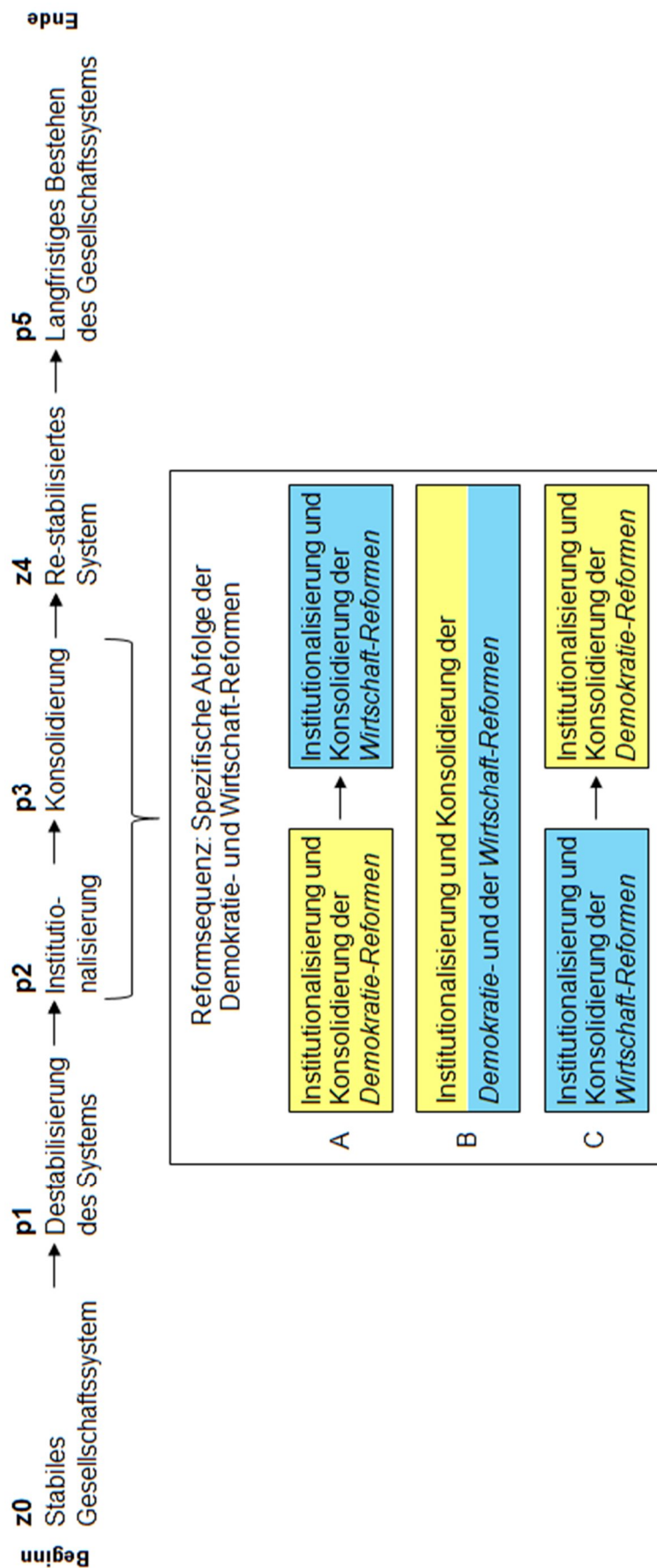
Abbildung 3-3: Schematische Darstellung möglicher Reformsequenzen bestehend aus Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen



Zusammenfassend können somit Transformationen und deren Reformsequenz im Allgemeinen mit dem folgenden Modell dargestellt werden:³⁷

³⁷ Mit diesem Modell sind explizit auch die folgenden Transformationen abgedeckt: 1) Fälle, bei denen es zu keiner Institutionalisierung und Konsolidierung kommt, sondern das System unmittelbar nach der Destabilisierung wieder stabilisiert werden kann (vgl. Kapitel 3.3.2). 2) Fälle, in denen Demokratie-Reformen und/oder Wirtschaft-Reformen in Angriff genommen werden, diese aber nicht zu Ende geführt werden (vgl. Fussnote 32). 3) Fälle, bei denen mit den Reformen an den Institutionen ein autokratisches System etabliert oder gestärkt werden soll, die also quasi „negative“ Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen sind (vgl. Kapitel 4.3.2, Absatz c)).

Abbildung 3-4: Das allgemeine Modell einer Transformation inkl. Reformsequenzen



Da die beiden Phasen Institutionalisierung und Konsolidierung im vorliegenden Forschungsmodell zentral sind, werden sie in den beiden folgenden Kapiteln detailliert beschrieben.

3.3.4 Institutionalisierung: Reformen der staatlichen Institutionen

Die Transformationsphase der Institutionalisierung (p2) beginnt, sobald das bestehende System destabilisiert ist und die ersten staatlichen Institutionen des politischen Systems geändert oder neu etabliert werden (Merkel 1999: 120, 136-137; vgl. Rüb 1994: 115).³⁸ Diese Phase dauert solange an, wie Änderungen an den staatlichen Institutionen erfolgen; es kann daher nicht für alle Transformationen verallgemeinernd festgehalten werden, wie viele der Institutionen in welchem Zeitraum, wie oft geändert werden. Hingegen ist die Bedeutung dieser Phase für die Transformation in allen Fällen gleich gross, da hier die staatlichen Institutionen geändert werden (können) und damit die Grundlage für eine Änderung oder einen Wandel des Typs des Gesellschaftssystems gelegt werden (Bernhard 1998a: 544; Balcerowicz 1997: 153; Göhler 1997c: 21; vgl. Waschkuhn 1994: 189, 190-191) (vgl. Kapitel 3.3.1).

Diese Änderungen an den staatlichen Institutionen können als Reformen bezeichnet werden (Bernhard 1998a: 543-544; vgl. Glotz und Schultze 1995: 519, 520),³⁹ die Akteure im Rahmen ihrer Möglichkeiten bewusst durchführen (Peters 2001: 33, 54-57; vgl. Rüb 1996: 49-50; Bos 1994: 91-94). Allerdings vollziehen sich diese Reformen, anders als bei Bernhard's Definition, nicht zwingend „innerhalb des Rahmens und mit den vorgesehenen Mitteln der jeweils geltenden polit. und rechtlichen Ordnung“ (Bernhard 1998a: 544), sondern können auch von „ausserlegalen“ Akteuren in „ausserlegalen“ Prozessen (Bernhard 1998a: 544) ausgearbeitet und implementiert werden, wie diese z.B. in Polen mit dem „runden Tisch“ aus Opposition und alten Regime-Eliten geschah.⁴⁰ Denn gerade aufgrund

³⁸ Wobei sich diese beiden Phasen auch leicht überlappen können (Merkel 1999: 120; vgl. Merkel et al. 1996: 12, 13).

³⁹ „Reformen zielen zunächst formal auf Veränderungen des gesellschaftlichen Regelgefüges (Gesetze – bis hin zu Verfassung –, aber auch Zugangs- und Beteiligungsregeln) sowie des Institutionengefüges (bzw. sie drängen [...] auf Schaffung von Regeln und Institutionen überhaupt zum Zweck der Eingrenzung zuvor unkontrollierter Macht [...])“ (Glotz und Schultze 1995: 520).

⁴⁰ Bernhard (1998a: 544) bezeichnet solche Änderungen als Revolution. Diese begriffliche

der Instabilität des Systems und der damit einhergehenden Delegitimation der (ehemals) bestehenden Institutionen und deren Akteure ist es in Transformationen häufig gar nicht möglich, dass die Reformen an den staatlichen Institutionen, also die Institutionalisierung, in einem „legalen“ Rahmen ablaufen.

Je nach bisherigem Verlauf der Transformation können unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Motiven und Möglichkeiten in einem unterschiedlichen Umfeld diese Reformen durchführen, z.B. durch die alten Regime-Eliten und nach den alten Entscheidungsprozessen oder durch nicht-gewählte Oppositionelle und nach ad-hoc Verfahren (vgl. Peters 2001: 32-33, 54-57; Bos 1994: 91-94; Inglehart und Welzel 2005: 159-160). Entsprechend diesen unterschiedlichen Konstellationen fallen auch die Reformen bzw. die Änderungen an den Institutionen unterschiedlich aus: die Zahl der betroffenen Institutionen, die Art der betroffenen Institutionen (z.B. nur Institutionen des Wirtschaftssystems) und die Art der Veränderung (z.B. „demokratisch“ oder „autokratisch“, d.h. zu einem demokratischen resp. autokratischen Gesellschaftssystem gehörend).

Unabhängig davon, wie die Reformen der staatlichen Institutionen tatsächlich im Konkreten ausfallen, kann die Phase der Institutionalisierung (p2) dann als abgeschlossen betrachtet werden, wenn keine weiteren Änderungen an diesen Institutionen geplant sind bzw. durchgeführt werden (vgl. Merkel 1999: 137; Merkel und Puhle 1999: 105).

Das Gesellschaftssystem ist nun mit Abschluss der Institutionalisierung insofern wieder stabil, als bezüglich der grundlegenden institutionellen Ausgestaltung des politischen Systems keine Unsicherheit mehr besteht und damit die Legitimation, Konstitution und Ausübung der politischen Macht im formal-juristischen Sinne festgelegt sind (vgl. Merkel 1999: 120, 143; Merkel et al. 1996: 12; Rüb 1996: 47). Hingegen ist das neue politische System, und damit auch das neue Gesellschaftssystem,⁴¹ nur bedingt legitimiert und kann sich entsprechend auch nur bedingt mit

Unterscheidung zwischen Reform und Revolution wird hier aber nicht übernommen. Zur Diskussion über die Unterscheidung zwischen Reformen und Revolutionen siehe z.B. Weiss (1998: 563); Göhler (1997c: 23); Glotz und Schultze (1995: 519-521); Wolf und Zürn (1995: 552-553).

⁴¹ Streng genommen kann deshalb in dieser Phase der Transformation auch noch nicht von einem neuen politischen System und einem neuen Gesellschaftssystem gesprochen werden, denn hierfür muss es eben zuerst auch noch konsolidiert werden.

„seinen“ Entscheidungen durchsetzen (u.a. Schultze 2005: 387, 388; vgl. Merkel 1999: 148-149, 149-151).⁴² Zur Erlangung der Legitimation und damit der vollen Funktionsfähigkeit sind nämlich zwei Bedingungen notwendig: Zum einen muss ein „Apparat mit geeignetem Personal zu deren [(d.h. Institutionen)] Durchsetzung“ bestehen (Czada 2005: 382; vgl. Coppedge 1997: 198).⁴³ Zum anderen müssen, und das hängt mitunter vom Erfolg des ersten Schritts ab (vgl. Merkel 1999: 144), die Institutionen von den Betroffenen eine gewisse Zustimmung erhalten (Czada 2005: 382; Merkel und Puhle 1999: 325). Die entsprechenden Prozesse hierzu finden in der Phase Konsolidierung statt (vgl. Kapitel 3.3.5).

Trotz (noch) fehlender vollständiger Legitimation und Durchsetzungsfähigkeit üben die neuen staatlichen Institutionen bereits einen gewissen Einfluss auf die Akteure aus (Göhler 1997c: 21, vgl. 21-22).⁴⁴ Denn „Institutionalisierung bedeutet zunächst und vor allem eine Neuverteilung von (politischer) Macht durch die Zuteilung von Rechten, Ressourcen und Respekt“ (Rüb 1996: 48), womit „Machtpositionen festgelegt, Handlungsmöglichkeiten ausgegrenzt, gesellschaftliche Freiheitschancen eröffnet und individuelle Freiheitsschranken errichtet [werden]“ (Waschkuhn 1994: 188-189, vgl. 217, 223; vgl. Acemoglu und Robinson 2006: 173-175; Merkel 1999: 143; Merkel 1996b: 76; Merkel et al. 1996: 13).⁴⁵ Zudem können mit den neuen Institutionen auch neue Akteure, die mit diesen Institutionen verbunden sind (vgl. Sandschneider 1996: 423), entstehen (vgl. Welzel 1994: 67). Die (Macht-) Verhältnisse zwischen den Akteuren und deren Handlungsspielräume werden also durch die neuen Institutionen (stark) verändert (vgl. Bos 1994: 101, 102; Merkel und Puhle 1999: 64).⁴⁶ was insbesondere all jene Akteure betrifft, die direkt in bzw. mit diesen neuen Institutionen tätigen sind (Peters 2001:

⁴² Carothers (2002: 15) weist treffend auf den bedeutenden Unterschied zwischen dem Bestehen formaler Institutionen und deren tatsächlichen Funktionieren hin: „In many ‚transitional countries,‘ [sic] reasonably regular, genuine elections are held but political participation beyond voting remains shallow and governmental accountability is weak“ (vgl. Whitehead 2004: 33-35).

⁴³ „Es reicht zur Errichtung einer funktionsfähigen Wirtschaftsordnung nämlich nicht allein aus, nur neue Institutionen zu verankern. Diese müssen auch mit Leben gefüllt werden“ (Leschke und Sauerland 1993: 58-60, 97).

⁴⁴ Vgl. hierzu auch die verschiedenen Theorien in Tabelle 2-1.

⁴⁵ Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, als „Veränderungen einzelner Institutionen (...) auf Veränderungen des institutionellen Arrangements [wirken] und umgekehrt“ (Göhler 1997c: 27; vgl. Waschkuhn 1994: 193) und somit deren Auswirkungen nicht allein auf die neuen Institutionen beschränkt bleiben.

⁴⁶ Die Grösse dieser Veränderung hängt u.a. davon ab, wie stark sich die staatlichen Institutionen verändert haben.

30, 146; Rüb 1994: 118).⁴⁷ Es sind aber auch die „normalen“ sozioökonomischen Lebensbedingungen der einzelnen Bürger, die sich aufgrund der Reformen teilweise dramatisch verändern können (vgl. u.a. Havrylyshyn 2006: 78-120; Balcerowicz 1997: 161; Melo und Gelb 1997: 65-68; Zecchini 1997b: 6, 7).

Auch die (politische) Sozialisierung wird durch die neuen Institutionen beeinflusst, und damit sehr umfassend und nachhaltig bis zu einem gewissen Grad das Verhalten und die Ziele mehr oder weniger aller Akteure des Gesellschafts-systems (Wiesenthal et al. 2001: 15; Zecchini 1997b: 2; Waschkuhn 1994: 192; vgl. Carothers 2007b: 19; Czada 2005: 382; Wasmuth 2005: 761; Peters 2001: 146; Göhler 1997c: 44-45, 47, 48; Merkel 1996b: 106; Karl und Schmitter 1991: 272-273). So zeigt beispielsweise Lindberg (2006: u.a. 2-3, 17-19; vgl. Carothers 2002: 17) in einem Vergleich afrikanischer Staaten, dass das (mehrmalige) Durchführen von Wahlen sich positiv auf die politische Kultur, die Qualität der Wahlen und damit auch auf die demokratische Entwicklung auswirken, auch selbst dann, wenn die Wahlen (vorerst) nicht allen demokratischen Ansprüchen genügen: „The socialization of actors into the rules of a new set of institutions seems to redirect and reformulate actors' behaviour, making it more and more in accordance with democratic expectations over successive electoral cycles“ (Lindberg 2006: 17). D.h. die informellen Institutionen werden durch die neuen staatlichen Institutionen verändert bzw. diese müssen sich an die neuen Institutionen anpassen.

Die Institutionalisierung zeichnet sich durch (tiefgreifende) Veränderungen an den staatlichen Institutionen aus, die sich in unterschiedlicher Form auf den weiteren Transformationsprozess – insbesondere die Konsolidierung – auswirken.

3.3.5 Konsolidierung: informelle und nicht-staatliche Institutionen

Mit der Etablierung der staatlichen Institutionen ist der Transformationsprozess noch nicht zu Ende. Vielmehr müssen diese neuen Institutionen nun noch konsolidiert werden, bevor der Transformationsprozess abgeschlossen ist (vgl. Merkel 1999: 120). Die Phase der Konsolidierung erfüllt dabei zwei zentrale

⁴⁷ So „konstituieren und legitimieren [die Institutionen beispielsweise] (...) administrative Akteure, indem sie ihnen die zur Erfüllung bestimmter Aufgaben notwendige Autorität, Deutungsmuster, Verhaltensregeln und soziale Bindungen zuweisen [...]“ (Czada 2005: 382).

Aufgaben: Erstens müssen die neuen Institutionen zum effizienten Funktionieren gebracht werden (Czada 2005: 382; vgl. Coppedge 1997: 198); und zweitens müssen sie eine gewisse Zustimmung durch die Betroffenen erfahren (Czada 2005: 382; Merkel und Puhle 1999: 64, 139, 140, 175, 325). Dabei spielen sich beiden Prozesse parallel resp. iterativ ab: Durch die institutionalisierten Abläufe und der Art der politischen Entscheide kann das neue politische System Unterstützung der verschiedenen Akteure erlangen (Merkel 1999: 144, 152, 164-165; Waschkuhn 1994: 192); gleichzeitig ist ein (effizientes) Funktionieren der neuen Institutionen nur gewährleistet, wenn die verschiedenen Akteure sich an die durch die Institutionen vorgegebenen Regeln halten und gar selbst aktiv Aufgaben innerhalb oder ausserhalb dieser Institutionen übernehmen (vgl. Meyer 2006b: 14-17; Fukuyama 2005: 9, 7-19, 23-25; Merkel et al. 2003: 28; Merkel 1999: 155-162, 164-169; Waschkuhn 1994: 192).⁴⁸

Die neuen staatlichen Institutionen des politischen Systems, also die formal-juristischen Institutionen eines Gesellschaftssystems (vgl. Meyer 2006b: 14-17; Meyer 2006a), „definieren [wie gesehen] immer nur einen Rahmen, der durch informelle Institutionen und Interaktionen weiter ausgefüllt wird“ (Merkel et al. 2003: 28) (vgl. Kapitel 3.2.1). Für ein reibungsloses Funktionieren des gesamten Gesellschaftssystems ist es deshalb wichtig, dass die formalen und informalen Institutionen übereinstimmen, denn „[f]ormale und informale Institutionen stehen (...) in einem ‚komplementären‘, wenn auch klar ‚subsidiären‘ Verhältnis zueinander“ (Merkel et al. 2003: 28; vgl. Meyer 2006b: 14-17; Meyer 2006a). Da sich aufgrund der Institutionalisierung die staatlichen Institutionen geändert haben, ist es nötig, dass sich nun die informellen Institutionen an diese neuen formellen Institutionen anpassen oder zumindest nicht fundamental zuwiderlaufen (Meyer 2006b: 14-17; vgl. Meyer 2006a; Merkel und Puhle 1999: 112; Waschkuhn 1994: 192).⁴⁹ Hierfür ist es unter anderem nötig, dass die verschiedenen Akteure

⁴⁸ Die Anwendung von Repression ist für die Konsolidierung eines demokratischen Systems grundsätzlich keine Option, da diese den grundlegenden Normen einer Demokratie zuwiderläuft und damit genau die Konsolidierung selbst gefährden würde (vgl. Kapitel 3.2.2). Bei Konsolidierungen von Autokratien kann hingegen Repression durchaus ein probables Mittel sein.

⁴⁹ Wie in Kapitel 3.3.2 gesehen kann ein System deshalb destabilisiert werden, weil sich die Wertvorstellungen in der Bevölkerung geändert haben. Werden nun zwecks Stabilisierung des Systems in einem solchen Fall die Institutionen geändert und an die neuen Wertvorstellungen angepasst, so fällt die Angleichung der informellen Institutionen während der Konsolidierung

(gegebenenfalls) ihre Handlungen und ihr Verhalten an diese neuen Begebenheiten anpassen und evtl. sogar einen Wertewandel im Sinne einer Sozialisation durchlaufen (Bos 1994: 98; vgl. Peters 2001: 29-30; Merkel 1999: 162-169; Merkel und Puhle 1999: 138-140) (vgl. Kapitel 3.3.4). Dies gilt insbesondere für alle ehemaligen und neuen Akteure des politischen Systems („alle politisch signifikanten Gruppen“, Merkel und Puhle 1999: 135), denn ihre Einstellung den neuen staatlichen Institutionen gegenüber hat wegen ihrer politischen Macht besonderes Gewicht (Merkel und Puhle 1999: 135, 175, vgl. 64; vgl. Merkel 1999: 162-164; Lipset 1994: 7).

Selbstverständlich ist diese Angleichung der informellen Institutionen an die staatlichen Institutionen nicht determiniert, sondern sie kann auch scheitern, z.B. weil gewisse Akteure diesen Prozess bewusst hintertreiben. In diesem Fall widersprechen die informellen Regeln den formellen, bzw. erstere „degenerieren“ letztere (Merkel et al. 2003: 28; vgl. Merkel und Croissant 2000: 16-20; Göhler 1997c: 37). Diese Divergenz ist bei Demokratisierungen häufig der Grund für das Entstehen sogenannter defekter Demokratien (Merkel et al. 2003: 28), also der „Institutionalisierung als Demokratie“ und der „Konsolidierung als defekte Demokratie“ (Merkel und Puhle 1999: 165; vgl. Merkel und Croissant 2000). Whitehead (2004: 39-40) nennt in diesem Zusammenhang Mexiko als Beispiel, wo die formalen Institutionen mit den informellen Regeln nicht übereinstimmen und deshalb das ganze System nicht richtig funktioniert. Auch Russland, die Slowakei, Weissrussland und Peru sind bzw. waren Beispiele defekter Demokratien, in denen jeweils einzelne Akteure (meist der Präsident) im Zuge der Konsolidierung die demokratische Ordnung „stürzten“, indem sie sich über die Verfassung stellten (Merkel und Puhle 1999: 182).

Aufgrund des Rückzugs des Staates aus der (umfassenden) Regulierung der Subsysteme sind grosse Freiräume entstanden.⁵⁰ Damit hier kein Machtvakuum entsteht, müssen diese Freiräume gefüllt werden (vgl. Merkel und Puhle 1999: 113; Segert 1996: 135), allerdings – und das ist zentral – genau nicht durch

selbstverständlich entsprechend weniger umfassend aus.

⁵⁰ Dies gilt natürlich nur, wenn es sich um eine Demokratisierung handelt. Bei einem Systemwandel oder einem Systemwechsel zwischen zwei autokratischen Systemen verschieben sich allenfalls die (wenigen) Freiräume, sie werden aber in der Regel kaum substantiell grösser.

staatliche Akteure und Institutionen, sondern durch nicht-staatliche Akteure und Institutionen. Die nicht-staatlichen Akteure müssen also für eine erfolgreiche Konsolidierung diese Freiräume durch eigene Normen und Selbstregulierung, eigene Organisationen und eigene Prozesse füllen, d.h. nicht-staatliche Institutionen (sowohl formelle als auch informelle⁵¹) errichten (vgl. Merkel 1999: 155-162, 164-169; Merkel und Puhle 1999: 160; Waschkuhn 1994: 192).⁵² Dies ist insbesondere für das Subsystem Öffentlichkeit (z.B. Verbände) und das Subsystem Wirtschaft (z.B. Unternehmer) sehr wichtig, da gerade hier das alte politische System eine starke oder gar totalitäre Kontrolle ausübte, und gleichzeitig sich hier die individuelle Freiheit besonders stark entfalten kann (vgl. die Kapitel 3.2.2 und 3.2.3). Auch dieser Prozess ist wie die Angleichung der informellen Institutionen an die staatlichen Institutionen nicht zwingend vorgegeben, sondern kann jederzeit scheitern.

Gelingt dieser komplexe Prozess der Angleichung zwischen formellen und informellen Institutionen und der Schaffung der nötigen nicht-staatlichen Institutionen, während gleichzeitig das politische System eine als gut befundene Output-Performance liefert (z.B. eine gute Wirtschaftspolitik), so kann daraus die erforderliche Legitimation des neuen Gesellschaftssystems generiert werden (vgl. hierzu auch Lovell 2001): Die geschaffene Funktionsfähigkeit und damit Effizienz des neuen Systems bringt dank des guten Outputs des Systems spezifische Unterstützung zugunsten des Systems hervor, die Werteangleichung wiederum verstärkt die diffuse Unterstützung (vgl. Merkel 1999: 152; Merkel et al. 1996: 10; Rüb 1994: 117) (vgl. Kapitel 3.3.2). Es erfolgt also gleichzeitig eine „Bestätigung und Stärkung der neu geschaffenen [(demokratischen)] Institutionen“ (Bos 1994: 97).

So wie die neuen bzw. geänderten staatlichen Institutionen in der Phase der Institutionalisierung über Veränderungen in den Machtverhältnissen, den Lebensbedingungen und der (politischen) Sozialisation einen Einfluss auf die Akteure

⁵¹ Die Überschneidung zwischen informellen und nicht-staatlichen Institutionen ist durchaus gewollt, denn es handelt sich hier eben nicht um klar getrennte Bereiche, sondern um ein Set von Institutionen, die sich gegenseitig beeinflussen und bedingen und so auch eine gewisses Mass an Übereinstimmung aufweisen.

⁵² Evtl. ist es hierfür auch nötig, dass dabei neue Akteure, wie beispielsweise unabhängige Medien, überhaupt erst entstehen (vgl. Merkel und Puhle 1999: 145).

ausüben (vgl. Kapitel 3.3.4), so wirken in ähnlicher Weise auch die neuen bzw. geänderten informellen Institutionen und nicht-staatlichen Institutionen auf die Akteure. Gleichzeitig ist der Verlauf dieses Prozesses wie gesehen auch wiederum sehr stark davon abhängig, welche Akteure sich wie verhalten.

Wird die Konsolidierung vollständig abgeschlossen, d.h. die neuen Institutionen funktionieren effizient und erfahren breite Unterstützung durch die Betroffenen, so ist das politische System und damit das Gesellschaftssystem wieder vollständig stabil und gegenüber Krisen, wie z.B. dysfunktionale Anreize aus der Umwelt, resistent (Merkel 1999: 146) (vgl. Kapitel 3.3.2).⁵³ Es beginnt nun quasi der „normale Alltag“ für das Gesellschaftssystem; die Transformation ist zu Ende.

3.4 Begriffserklärungen rund um die Transformation

Gemäss Nohlen (2005b: 1038) und Beyme und Nohlen (1995: 636) wird in der Literatur häufig keine klare begriffliche Trennung zwischen den verschiedenen Bezeichnungen der Transformationstheorie gemacht, bzw. die Begriffe als mehr oder weniger identisch verwendet (vgl. Huntington 1991: 583-584). In dieser Arbeit wird hingegen versucht, sehr klar definierte und abgegrenzte Begriffe zu verwenden, um so auch eine präzise Beschreibung der Transformationstheorie und des Forschungsmodells möglich zu machen. Im Folgenden sollen deshalb nochmals alle wichtigen Begriffe im Zusammenhang mit dem hier verwendeten Transformationsmodell aufgeführt und kurz definiert werden.

Transformation: „Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels“ (Merkel 1999: 76; vgl. Sandschneider 1994: 23).

Systemwechsel: Tiefgreifende und umfassende Änderungen der Institutionen eines Gesellschaftssystems aufgrund derer der Systemtyp wechselt (vgl. Kapitel 3.3.1).

Demokratisierung: Ist im engeren Sinne eine Spezialform des Systemwechsels,

⁵³ Hierzu Sandschneider (1994: 24): „Abgeschlossen ist dieser Prozess erst, wenn sich die neuen Systemstrukturen als fähig und ausreichend erweisen, dysfunktionale Anreize so zu kompensieren, dass der neue Systemtyp ein Stabilitätsgleichgewicht erreicht.“

bei dem ein autokratisches Gesellschaftssystem durch ein demokratisches Gesellschaftssystem ersetzt wird (vgl. Kapitel 3.3.1). Im weiteren Sinne können damit aber auch alle Transformationen bezeichnet werden, bei denen versucht wird, einen Systemwechsel hin zu einem demokratischen Gesellschaftssystem zu erwirken – was entweder gelingen (erfolgreiche Demokratisierung) oder misslang (gescheiterte Demokratisierung) kann.

Systemwandel: Eine institutionelle Anpassung eines Gesellschaftssystems, ohne dass es dabei zu einer Änderung im Systemtyp kommt (vgl. Kapitel 3.3.1).

Regime / Regimewechsel: Regime „definieren die Zugänge zur politischen Herrschaft ebenso, wie die Machtbeziehungen zwischen den Herrschaftseliten und das Verhältnis der Herrschaftsträger zu den Herrschaftsunterworfenen“ (Merkel 1999: 71; vgl. Bernhard 1998b: 549). Entsprechend verändert sich bei einem Regimewechsel auch nur der Herrschaftszugang und die Machtbeziehungen und lässt die übrigen Subsysteme sowie den Systemtyp (weitgehend) unverändert (vgl. Merkel 1999: 71-72, 73; vgl. Bernhard 1998b: 549). Im Vergleich dazu meint ein Systemwechsel wie gesehen eine Veränderung des gesamten Gesellschaftssystems, also insbesondere auch der Subsysteme Wirtschaft, Öffentlichkeit und Individualsphäre, und damit die Veränderung des Systemtyps. Der Übergang zwischen Regime- und Systemwechsel ist fließend.⁵⁴

Systemtransformation: Ist identisch zu Transformation.

Transformationsprozess: Bezeichnet explizit den Ablauf bzw. Verlauf einer Transformation.

Transformationstheorie: Theorien, die einen bestimmten Aspekt der Transformation zum Gegenstand haben oder aber generelle theoretische Erklärungen zu Transformationen liefern.

Transformationsforschung: Bezeichnet die gesamte Forschung, die sich mit dem Gegenstand Transformation in all seiner Breite und Detailtiefe beschäftigt. In

⁵⁴ Die Regime-Eliten bezeichnen demzufolge diejenigen Akteure, die die zentrale politische Macht besitzen bzw. ausüben (Herrschaftsmonopol) (Merkel, 1999: 71, verwendet den Begriff Herrschaftseliten). Die Eliten bzw. System-Eliten sind wiederum umfassender, indem auch die Eliten der übrigen Subsysteme darin enthalten sind (somit auch allfällige oppositionelle Eliten).

vielen Fällen fokussiert sich das Forschungsinteresse allerdings auf Demokratisierungen (Nohlen 2005b: 1037-1038).

Nebst diesen Begriffen sind in der Literatur vereinzelt auch noch weitere Bezeichnungen im Zusammenhang mit Transformationen zu finden, wie „Transition“ (Rüb 1996: 38) oder „Replacement“ und „Transplacement“ (Huntington 1991: 582-583). Diese haben sich aber (noch) nicht durchgesetzt, und es besteht im Rahmen dieser Arbeit auch keine Notwendigkeit für deren Verwendung, weshalb sie hier weggelassen werden.

4 Forschungsmodell: Reformsequenz und Conditions

Im Kapitel 3 wurde umfassend auf die Theorie der Transformation eingegangen: Der Begriff wurde generell erklärt und die Hintergründe und Abgrenzungen des Gegenstands Transformation erörtert, es wurden Definitionen zu den einzelnen Elementen einer Transformation geliefert und die Transformation als Prozess detailliert beschrieben. Als Repetition und als Grundlage für die weiteren Ausführungen sei insbesondere auf Abbildung 3-4 in Kapitel 3.3.3 verwiesen, in der das allgemeine Modell einer Transformation dargestellt ist.

In den folgenden Kapiteln wird auf die Forschungsidee und das Forschungsmodell der vorliegenden Arbeit eingegangen.

4.1 Forschungsidee: Ausgangsbedingungen als zusätzliche Erklärung

4.1.1 Einleitung: Reformsequenz als Erklärungsansatz

Wie bereits ausführlich in Kapitel 2.1 diskutiert wurde, gibt es verschiedene Theorien, die – mit unterschiedlichen Begründungen – argumentieren, dass der Erfolg einer Demokratisierung, also die erfolgreiche Etablierung eines demokratischen Gesellschaftssystems, abhängig davon ist, in welcher Reihenfolge während der Transformation die einzelnen Reformen umgesetzt werden. Nur wenn jeweils die „richtige“ Reihenfolge der Reformen (Reformsequenz) zur Anwendung kommt – so die Theorien –, kann es zu einem Systemwechsel hin zu einer Demokratie kommen; in allen anderen Fällen scheitert die Demokratisierung und es etabliert sich erneut ein autokratisches System.

Konkret geht es bei diesen Theorien um die Frage, ob für einen erfolgreichen Systemwechsel die Wirtschaft-Reformen vor, nach oder parallel zu den Demokratie-Reformen erfolgen müssen bzw. ob bei Beginn der Demokratie-Reformen bereits eine freie Marktwirtschaft bestehen sollte oder eben gerade nicht.⁵⁵ Es können also drei Gruppen von Theorien unterschieden werden, die je

⁵⁵ Wie in Kapitel 3.3.3 gesehen sind mit Wirtschaft-Reformen alle jene Reformen gemeint, die sich auf das Wirtschaftssystem beziehen, während die Demokratie-Reformen die Reformen am politischen System bezeichnen.

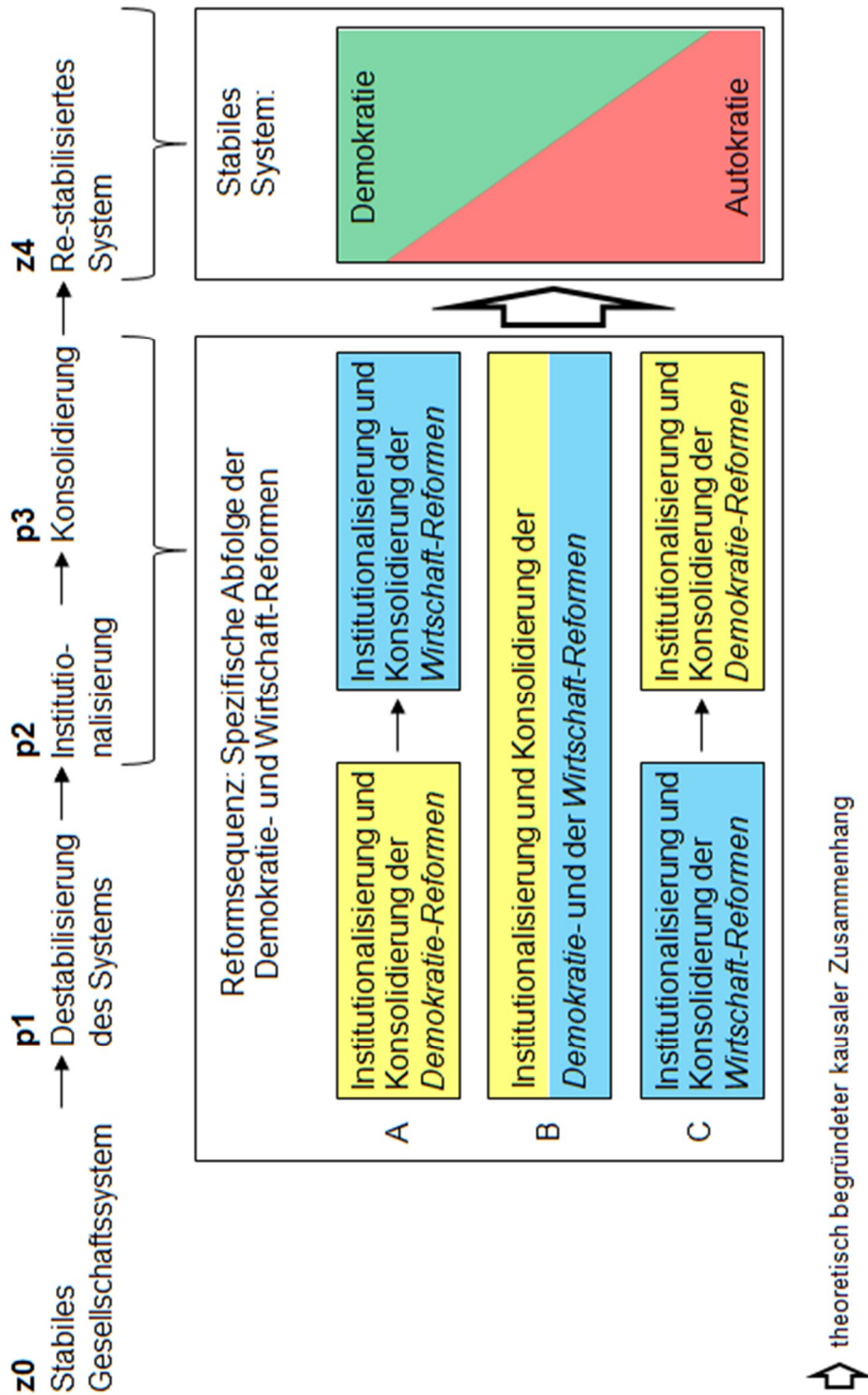
genau eine der drei genannten Reformsequenzen als ideal für eine erfolgreiche Demokratisierung betrachten und die beiden anderen als hinderlich – entsprechend stehen diese drei Gruppen von Theorien im Widerspruch zu einander. Gemeinsam ist allen Theorien, dass sie die Reformsequenz als den entscheidenden Faktor für den Ausgang einer Transformation betrachten. Ausgehend von der in Kapitel 3 dargestellten allgemeinen Transformationstheorie lässt sich dieser Einfluss der Reformsequenz auf eine Demokratisierung (theoretisch) wie folgt begründen:

Die im Zuge einer Transformation neu hervorgebrachten oder veränderten staatlichen Institutionen beeinflussen wie gesehen den Handlungsspielraum der Akteure, die Lebensbedingungen der einzelnen Bürger und die (politische) Sozialisation bzw. die informellen Institutionen stark. Veränderungen in diesen drei Aspekten wirken sich dann wiederum direkt auf den gesamten weiteren Verlauf eines Transformationsprozesses aus (vgl. Kapitel 3.3.4 und 3.3.5).⁵⁶ Es kann nun angenommen werden, dass dieser Einfluss und Wirkungszusammenhang je nach staatlicher Institution, die betroffen ist, und je nach Art der durchgeführten Reformen jeweils anders ausfallen wird. So hat beispielsweise ein neues Wahlsystem (vermutlich) eine andere Wirkung auf die Akteure, die Lebensbedingungen der Bürger und die Sozialisation, als ein neues Preissystem. Analog dazu kann dies auch von den Wirtschaft-Reformen und Demokratie-Reformen als Ganzes gesagt werden und damit von den jeweils gesamten Reformsequenzen: Je nach Reformsequenz ist eine andere Wirkung auf den (weiteren) Verlauf einer Transformation und damit auf deren Ausgang beobachtbar.

Aus theoretischer Sicht kann also ein Zusammenhang zwischen Reformsequenz und Ergebnis einer Transformation vermutet werden. Dieser Zusammenhang lässt sich schematisch wie folgt auf den Transformationsprozess übertragen:

⁵⁶ Nuscheler (2005: 220) zeigt beispielhaft am Vergleich zwischen Lateinamerika und Taiwan und Südkorea, dass Agrarreformen zur Entmachtung der Agraroligarchie und gleichzeitig zur Stärkung der Industrie und der Staatsmacht führten und damit entscheidend zum Erfolg der Demokratisierung beitrugen.

Abbildung 4-1: Der Zusammenhang zwischen Reformsequenz und Ergebnis einer Transformation



4.1.2 Zusätzlicher Erklärungsansatz: die Ausgangsbedingungen

Obwohl ein kausaler Zusammenhang zwischen Reformsequenz und Ergebnis einer Demokratisierung theoretisch vermutet werden kann, so kann für eine konkrete Transformation aufgrund der sich widersprechenden Theorien trotzdem nicht eindeutig begründet werden, welche Abfolge von Reformen für eine erfolgreiche Demokratisierung am zielführendsten sind. Und auch die Empirie lässt diesbezüglich keine präzise Schlüsse zu – im Gegenteil (vgl. Kapitel 2.1): Etliche Fallbeispiele zeigen nämlich, dass alle drei Reformsequenzen grundsätzlich zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen können, aber durchaus auch scheitern können. Das bedeutet nun aber nichts anderes, als dass die Reformsequenz, bzw. das Bestehen oder Nichtbestehen einer freien Marktwirtschaft, für sich alleine nicht den Erfolg oder Misserfolg einer Demokratisierung erklären kann. Dies schliesst selbstverständlich nicht aus, dass die Reformsequenzen einen bedeutenden Einfluss auf die Transformationsprozesse haben; beim jetzigen Forschungsstand muss aber sowohl aus theoretischer wie auch empirischer Sicht vermutet werden, dass die Reformsequenz keine hinreichende Bedingung⁵⁷ für den Erfolg einer Demokratisierung ist und folglich weitere Faktoren für den Ausgang einer Transformation relevant sein müssen.

Ein möglicher zusätzlicher Erklärungsfaktor lässt sich aus den Transformationstheorien ableiten. Und zwar werden Transformationen – von Beginn weg – massgeblich durch die Handlungen der verschiedenen beteiligten Akteure geprägt (Merkel et al. 1996: 18; Lipset 1994: 18; vgl. Merkel und Puhle 1999: 239; Kraus 1996: 277-278, 280; Bos 1994: 91-94; Sandschneider 1994: 35; Elster 1993: 213-214), insbesondere „[d]ie Entscheidungen über die Struktur politischer Institutionen wird von politischen Kräften getroffen“ (Rüb 1996: 49, vgl. 49-50)⁵⁸. Dabei ist entscheidend, welche Akteure tatsächlich an diesem Prozess beteiligt sind, und wie viel Macht und Einfluss die einzelnen Akteure haben. Denn je nach Disposition aus Akteuren und Machtverteilung werden unterschiedliche Reformen mit unterschiedlichem Erfolg durchgeführt, was wie gesehen wiederum eine

⁵⁷ Für eine ausführlichere Erklärung der beiden Begriffe hinreichend und notwendig vgl. Kapitel 5.5.2.

⁵⁸ Dieses Zitat geht weiter mit „die [(die politischen Kräfte)] unmittelbar anschliessend innerhalb dieses institutionellen Rahmens den Zugang zur Macht suchen“ (Rüb 1996: 49), was darauf hinweist, wie viel für die einzelnen Akteure in diesem Prozess auf dem Spiel steht.

unterschiedliche Wirkung auf den weiteren Verlauf eines Transformationsprozesses erwarten lässt (vgl. Acemoglu und Robinson 2006: XIV; Peters 2001: 33, 54-57; Merkel 1996b: 106; Bos 1994: 91-94).⁵⁹

Die oben angesprochene Machtverteilung zwischen den Akteuren bzw. den Spielraum, den die einzelnen Akteure haben, widerspiegelt sich in den soziostrukturellen und politisch-institutionellen Gegebenheiten bzw. wird von diesen festgelegt (Schneider 2009: u.a. 4; Merkel und Puhle 1999: 239; Merkel et al. 1996: 18; Karl und Schmitter 1991: 271-272; vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 33; Inglehart und Welzel 2005: 159-160; Vanhanen 2003: 89-100; Vanhanen 1997: 59-60): „Societal characteristics shape different politically relevant collective actors, their relative size, their rights, resources, and needs, and their position in relation to one another“ (Schneider 2009: 4). „This is because societal features define who the relevant actors are (different ethnic groups, social classes, etc.), how intensive the differences between diverging interests are, and what kind of cognitive and practical resources for reaching a consensus are available to actors“ (Schneider 2009: 17). Auch Karl und Schmitter (1991: 272) weisen auf die Bedeutung hin, die Strukturen und Institutionen auf den Handlungsspielraum der Akteure haben: „It is merely to claim that historically-created structures may constitute, confining conditions‘ that restrict (or in some cases enhance) the choices available. In other words, they may determine the range of options available to decision-makers and even predispose them to choose a specific option.“ Die bestehenden Institutionen und Strukturen zeigen also die Machtverhältnisse und die Handlungsspielräume der beteiligten Akteure einer Transformation auf.

Die beteiligten Akteure und die bestehenden Institutionen und Strukturen – sie können zusammen als die Ausgangsbedingungen einer Transformation bezeichnet werden – scheinen gemäss obigen Ausführungen einen grossen

⁵⁹ Vgl. dazu Carothers (2002: 15): „The wide gulf between political elites and citizens in many of these countries turns out to be rooted in structural conditions, such as the concentration of wealth or certain sociocultural traditions, [sic] that elections themselves do not overcome. It is also striking how often electoral competition does little to stimulate the renovation or development of political parties in many gray-zone countries. Such profound pathologies as highly personalistic parties, transient and shifting parties, or stagnant patronage-based politics appear to be able to coexist for sustained periods with at least somewhat legitimate processes of political pluralism and competition.“

Einfluss auf den Verlauf und Ausgang einer Transformation zu haben. Entsprechend kann angenommen werden, dass diese Ausgangsbedingungen aufgrund ihrer Bedeutung für die Transformation der erwähnte zusätzliche Erklärungsfaktor sind.

Dieser Annahme widersprechen allerdings verschiedene Autoren, die die Ausgangsbedingungen vielmehr als Faktoren ansehen, die allenfalls die Wahrscheinlichkeit für den Erfolg einer Demokratisierung beeinflussen,⁶⁰ die aber keinesfalls „preconditions“ sind, „without which democratization cannot advance significantly“ (Carothers 2007a: 24; vgl. Lipset 1994: 17).⁶¹ Vielmehr werden bei diesen Autoren die Ausgangsbedingungen betrachtet als „core facilitators or nonfacilitators [...] making democratization harder or easier, and not either certain or impossible“ (Carothers 2007a: 24). Als Beweis für diese Argumentation werden Beispiele aufgeführt, in denen Demokratien trotz ungünstiger Ausgangsbedingungen erfolgreich etabliert werden konnten bzw. bestehen konnten, z.B. Indien trotz seiner Armut, Norwegen trotz „highly concentrated sources of national wealth“, die Schweiz trotz kultureller Fragmentiertheit, die Mongolei trotz Fehlen historischer Erfahrungen mit Demokratie und Costa Rica trotz autokratischer Nachbarländern (Carothers 2007a: 24-25).⁶² Ob dem tatsächlich so ist, soll die vorliegende Untersuchung zeigen; zumindest aus theoretischer Sicht kann aber wie gesehen angenommen werden, dass es sich bei den Ausgangsbedingungen um wichtige Einfluss- bzw. Erklärungsfaktoren von Transformationen handelt.⁶³

⁶⁰ „Taken together they form a continuum of likelihood of democratic success“ (Carothers 2007a: 24).

⁶¹ Zur Diskussion über notwendige und hinreichende Bedingungen und Wahrscheinlichkeiten siehe auch Berman (2007a: 28-30).

⁶² Dieses Argument wird mit dem concept of causal complexity entkräftet, das sagt, dass nicht nur eine bestimmte Bedingung (oder Kombination von Bedingungen) für den Erfolg einer Demokratisierung notwendig bzw. hinreichend ist, sondern mehrere verschiedene (vgl. Kapitel 4.3.1). Welzel (1994: 72) schreibt beispielsweise diesbezüglich zu Indien: „Demzufolge können Kompensationen existieren, die modernisierungstheoretisch defizitäre Demokratiebedingungen ausgleichen.“ So sei Indien trotz Fehlen eines Mittelstands erfolgreich demokratisiert worden, was auf das pro-demokratische internationale Umfeld und den Lerneffekt der Eliten aus gescheiterten Entwicklungen zurückzuführen sei (Welzel 1994: 72; vgl. Munck 2004: 86-87; Vanhanen 2003: 7-24; Vanhanen 1997: 10-21; Karl und Schmitter 1991: 269, 270).

⁶³ Unabhängig von dieser Diskussion bzw. ihrer empirischen Beantwortung ist die Frage, welche Konsequenz daraus gezogen wird. Carothers (2007a: 13-27) befürchtet nämlich, dass unter Verweis auf nicht gegebene (angeblich) notwendige und hinreichende Ausgangsbedingungen Autokratien nicht zu demokratisieren versucht werden und eine Demokratisierung auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Selbstverständlich wird in dieser Untersuchung eine solche Interpretation

Entsprechend kann mit den Ausgangsbedingungen – so die Vermutung – auch erklärt werden, warum eine Transformation mit einer ganz bestimmten Reformsequenz in einem Fall zu einer erfolgreichen Demokratisierung führt, während die Demokratisierung in einem anderen Fall trotz gleicher Reformsequenz scheitert. Und zwar werden die Reformen in den zwei Fällen wegen den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen unterschiedlich umgesetzt (resp. evtl. gar nicht erst umgesetzt) und konsolidiert; entsprechend entfalten sie auch eine unterschiedliche Wirkung auf den weiteren Transformationsprozess – mit dem Effekt, dass sich im einen Fall ein neues demokratisches System etablieren kann, während dies im anderen Fall nicht möglich ist. Es wird somit behauptet, dass für eine erfolgreiche Demokratisierung bestimmte Ausgangsbedingungen gegeben sein müssen, wobei sich diese je nach Reformsequenz unterscheiden, da aufgrund der unterschiedlichen Abfolgen der einzelnen Reformen sich auch die Wirkungen der Ausgangsbedingungen unterscheiden müssen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2006b: 80-81; Bertelsmann Stiftung 2008: 21; Merkel und Puhle 1999: 130; Merkel 1999: 24-25; Müller 1999: 8, 10; Balcerowicz 1997: 155; Merkel 1996b: 106; Fischer und Gelb 1991: 101).

Aufgrund der Annahme, die Wirkungen sowohl der Ausgangsbedingungen als auch der Reformen (bzw. der Reformsequenz) fallen je nach deren Ausprägung bzw. Art unterschiedlich aus, und aufgrund der empirischen Erkenntnisse, dass, erstens, Demokratisierungen mit der gleichen Reformsequenz nicht zwingend immer zum gleichen Ergebnis führen müssen, und zweitens, dass Demokratisierungen mit verschiedenen Reformsequenzen je erfolgreich verlaufen können, kann folgende Vermutung aufgestellt werden:⁶⁴ Der Erfolg einer Demokratisierung

abgelehnt. Falls es aber tatsächlich notwendige und hinreichende Ausgangsbedingungen für Demokratisierung gibt, sollte man sich bei der PoD allerdings auch nicht der Illusionen hingeben, dass Demokratisierungen immer gelingen können. Vielmehr sollte bei Fehlen dieser Ausgangsbedingungen darauf hingearbeitet werden, dass diese gegeben sind, und dabei ein nicht-demokratisches System als notwendiges Übel akzeptieren (eine Demokratisierung zu diesem Zeitpunkt würde ja unmittelbar wieder in einer Autokratie enden) (vgl. Berman 2007b: 15-16; Mansfield und Snyder 2007: 7, vgl. 9; Sunde 2006: 1; Fukuyama 2005: 23-26, 161-163; Merkel und Puhle 1999: 107, 111) – das Ziel bleibt aber weiterhin die erfolgreiche Demokratisierung (vgl. Fussnote 68). Wobei Berman (2007a: 39; 2007b: 16) dem entgegenhält, dass eine Demokratisierung so oder so durchgeführt werden sollte, da auch ein gescheiterte Demokratisierung besser ist, als eine bestehende Autokratie zu stabilisieren.

⁶⁴ Die erste empirische Erkenntnis zeigt, dass die Reformsequenz keine (ausreichende) Erklärung für den Erfolg einer Demokratisierung ist. Da aber unterschiedliche Ausgangsbedingungen auf einen Transformationsprozess auch eine unterschiedliche Wirkung haben, kann der Erfolg von

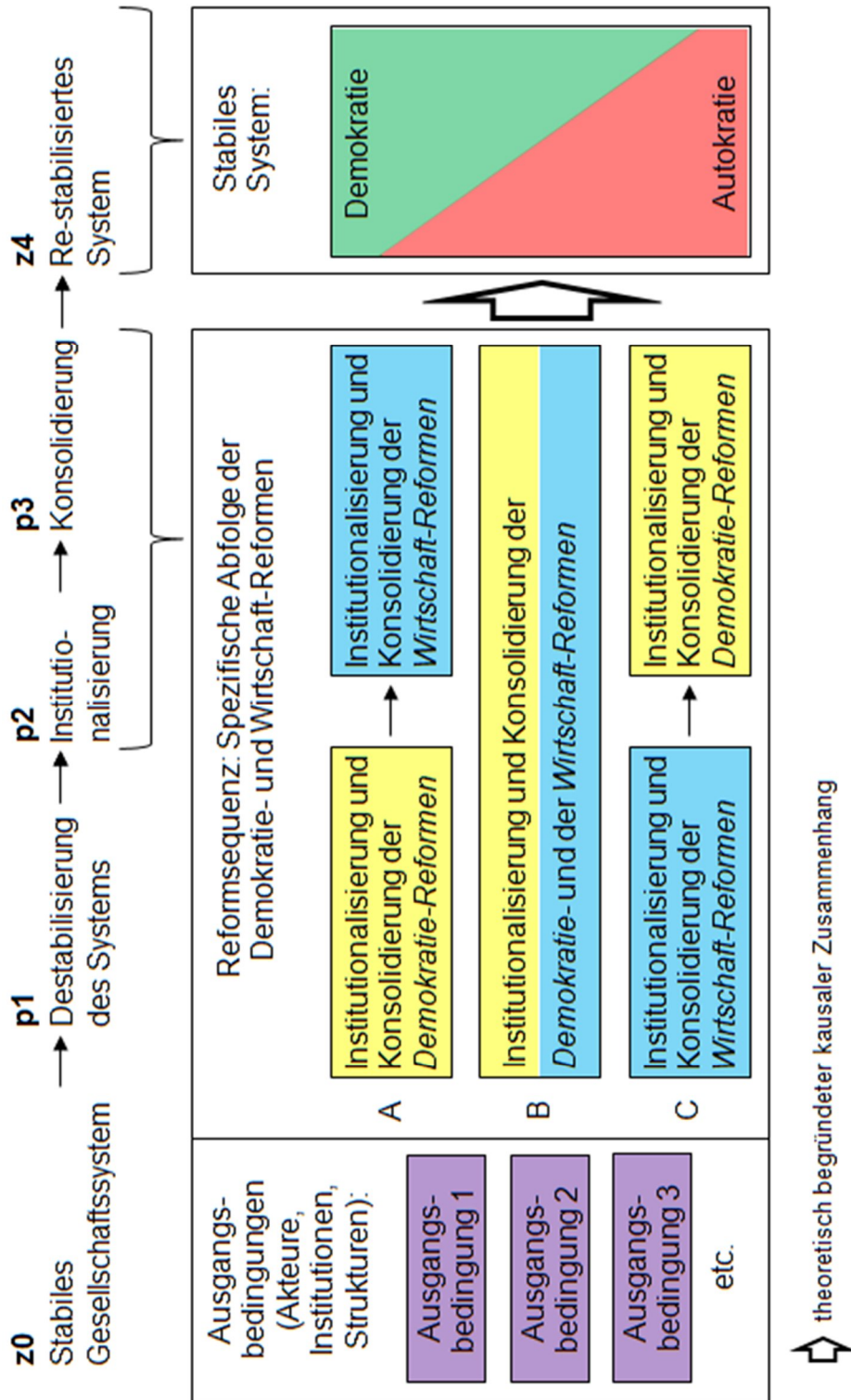
hängt von der Kombination aus den bestehenden Ausgangsbedingungen und der jeweils verfolgten Reformsequenz ab, bzw. der Erfolg einer bestimmten Reformsequenz ist davon abhängig, welche Ausgangsbedingungen bestehen (vgl. Berman 2007a: 28; Kraus 1996: 281).⁶⁵

Dieser Kausalzusammenhang aus Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ergebnis einer Demokratisierung kann nun wie folgt ins allgemeine Modell einer Transformation integriert werden:

Demokratisierungen mit gleicher Reformsequenz von den Ausgangsbedingungen abhängig gemacht werden. Da gemäss zweiter empirischer Erkenntnis verschiedene Reformsequenzen zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen, und dabei deren Reformsequenzen je eine unterschiedliche Wirkung auf den Transformationsprozess haben, kann vermutet werden, dass sich die für eine erfolgreiche Demokratisierung nötigen Ausgangsbedingungen von Reformsequenz zu Reformsequenz unterscheiden, da diese ebenfalls unterschiedliche Wirkungen haben.

⁶⁵ „The key analytical category in this model should be the initial (inherited) conditions; i.e. those which existed during the political breakthrough“ (Balcerowicz 1997: 155).

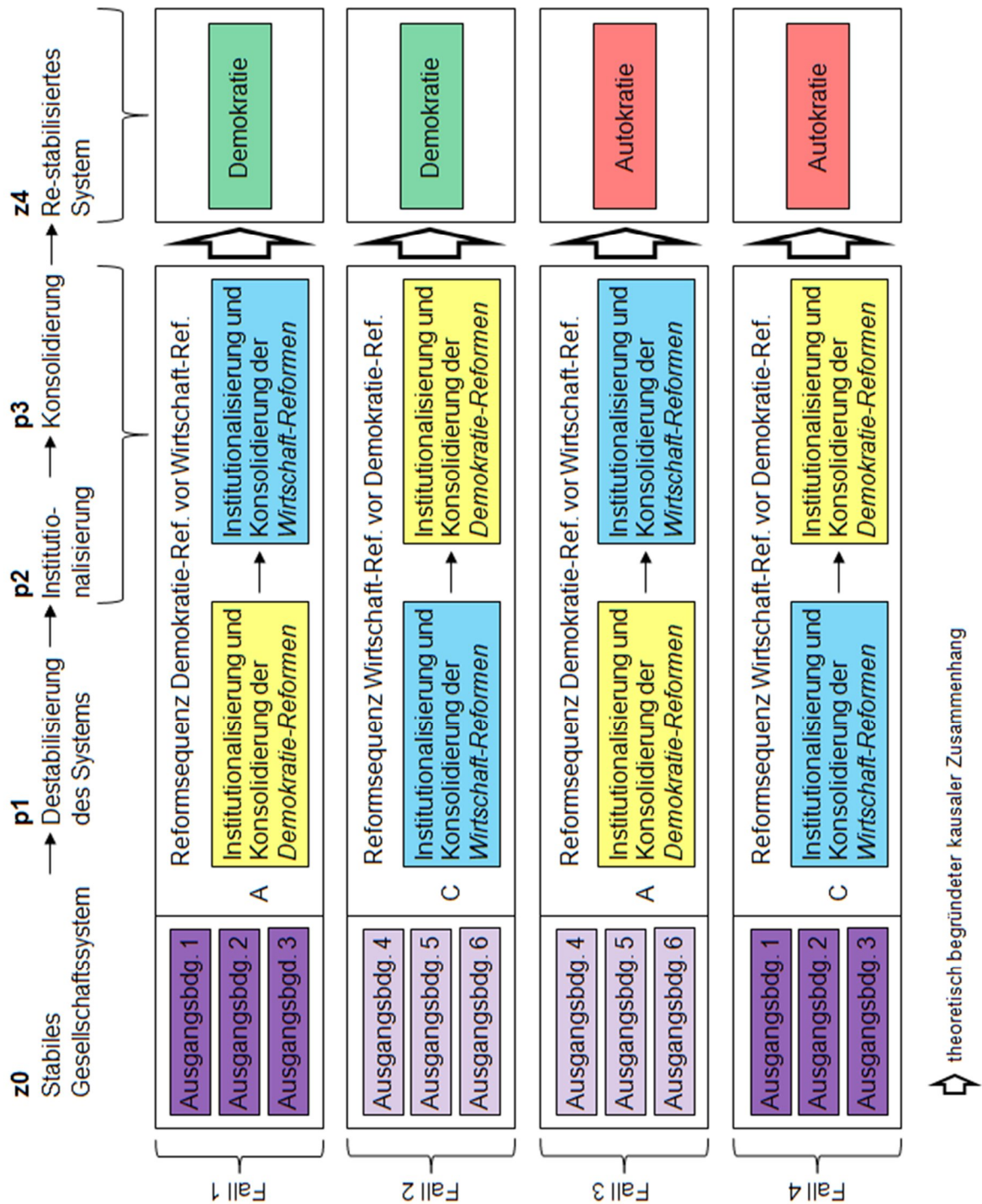
Abbildung 4-2: Der Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ergebnis einer Transformation



Mit dieser Forschungsidee bzw. mit diesem zusätzlichen Erklärungsfaktor sollte nun die in Kapitel 2.2 formulierte Forschungsfrage nach der idealen Reihenfolge der Reformen für eine erfolgreiche Demokratisierung beantwortet werden können: Demnach gibt es nicht per se eine ideale Reformsequenz für alle Demokratisierungen, sondern diese ist abhängig davon, welche Ausgangsbedingungen bestehen. Je nach Ausgangsbedingungen ist also eine andere Reformsequenz ideal für die erfolgreiche Etablierung eines demokratischen Systems.

Dieser Zusammenhang zwischen den Ausgangsbedingungen, der Reformsequenz und dem Ergebnis einer Transformation soll im Folgenden anhand eines Beispiels mit vier verschiedenen Transformationen (Fällen) nochmals erklärt werden:

Abbildung 4-3: Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ergebnis einer Transformation, dargestellt an vier fiktiven Fällen



Wie die vier fiktiven Beispiele in Abbildung 4-3 zeigen, ist der Erfolg einer Demokratisierung von der Kombination aus Ausgangsbedingungen und der Reformsequenz abhängig. Für alle Reformsequenzen, also Abfolgen der Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen,⁶⁶ ist – bei den entsprechend idealen Ausgangsbedingungen – eine erfolgreiche Demokratisierung möglich (Fälle 1 und 2). Je nach Reformsequenz unterscheiden sich allerdings die für eine erfolgreiche Demokratisierung nötigen Ausgangsbedingungen (Ausgangsbedingungen 1 bis 3 bzw. Ausgangsbedingungen 4 bis 6). Entsprechen die Ausgangsbedingungen hingegen nicht dieser idealen Zusammensetzung in Bezug auf eine bestimmte Reformsequenz bzw. sind die nötigen Ausgangsbedingungen nicht gegeben, so ist eine erfolgreiche Demokratisierung nicht möglich (Fälle 3 und 4). Somit wären Fälle, die erfolgreich demokratisiert wurden, mit einer anderen Reformsequenz und bei gleichbleibenden Ausgangsbedingungen oder mit anderen Ausgangsbedingungen und bei gleicher Reformsequenz nicht erfolgreich verlaufen.⁶⁷ Fälle, deren Demokratisierungen scheiterten, hätten mit einer Sequenz, die den Ausgangsbedingungen entsprochen hätte, wiederum erfolgreich demokratisiert werden können.⁶⁸ Weder eine bestimmte Reformsequenz noch eine bestimmte Ausgangsbedingung können alleine, also ohne entsprechende Ausgangsbedingungen resp. entsprechende Reformsequenz, zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen.⁶⁹

⁶⁶ In dieser Abbildung werden nur zwei der drei möglichen Reformsequenzen gezeigt. Die Reformsequenz, bei der die Demokratie-Reformen und die Wirtschaft-Reformen parallel erfolgen, wurde aus Platzgründen weggelassen; die beschriebenen Zusammenhänge und Folgerungen gelten aber auch hier.

⁶⁷ Wie noch in Kapitel 4.3.1 gezeigt wird, wird allerdings angenommen, dass es pro Reformsequenz mehrere verschiedene ideale Ausgangsbedingungen bzw. Kombinationen von Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung gibt; entsprechend ist der zweite Teil obiger Aussagen demgemäss abzuschwächen.

⁶⁸ Es ist allerdings auch durchaus möglich, dass die Ausgangsbedingungen für keine der Reformsequenzen ideal sind, und somit eine Demokratisierung nicht erfolgreich durchgeführt werden kann. In diesen Fällen müssten vor den Wirtschaft-Reformen und Demokratie-Reformen zuerst die Ausgangsbedingungen „verbessert“ werden. „[...] [G]erade in den armen Ländern [sind] die Voraussetzungen für gutes Transformationsmanagement durch die mangelnde Ressourcenausstattung – wie insbesondere eine funktionierende Verwaltung – stark eingeschränkt und werden durch weitere strukturelle Hemmnisse erschwert“ (Bertelsmann Stiftung 2008: 69; vgl. 43, 127, 185, 186).

⁶⁹ Womit implizit auch gesagt wird, dass das Akteursverhalten ebenfalls keine hinreichende Bedingung für den Erfolg einer Demokratisierung ist, wie dies beispielsweise Przeworski und Limongi (1997: 177) postulieren.

4.2 Forschungsmodell

4.2.1 Von der Forschungsidee zum Forschungsmodell

Die in Kapitel 4.1.2 dargestellte Forschungsidee, also der theoretisch begründete Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ergebnis einer Demokratisierung, soll nun in ein konkretes Forschungsmodell überführt werden. Dieses Modell muss dabei so aufgebaut sein, dass damit reale Fälle von Transformationen auf obigen Zusammenhang hin untersucht werden können und hierbei die eingangs gestellt Forschungsfrage beantwortet werden kann, welches die ideale Reformsequenz in einer Demokratisierung ist, bzw. ob eine freie Marktwirtschaft vor oder nach den Demokratie-Reformen etabliert werden sollte. Zu diesem Zweck werden in einem ersten Schritt verschiedene Fallbeispiele⁷⁰ analysiert und der Forschungsidee, wie sie insbesondere in Abbildung 4-2 dargestellt ist, gegenübergestellt. Erkenntnisse aus diesem Vergleich werden dann für die Ausarbeitung des eigentlichen Forschungsmodells verwendet.

a) Spezifische Form der Demokratie-Reformen

Die Analyse der Fallbeispiele und auch die bisherigen Erfahrungen aus der Transformationsforschung zeigen, dass in vielen Transformationen die Institutionalisierung der Demokratie-Reformen primär in Form einer Inkraftsetzung einer neuen (demokratischen) Verfassung oder einer Wiederinkraftsetzung einer bestehenden (demokratischen) Verfassung erfolgt (z.B. Südkorea bzw. Argentinien). In aller Regel ist eine Verfassung nämlich „die rechtliche Grundordnung des Staates“ (Haller und Kölz 1999: 95, Betonung geändert), d.h. in ihr sind alle jene staatlichen Institutionen „aufgezählt“, die charakteristisch sind für den jeweiligen Typ des Gesellschaftssystems (vgl. Mueller 2003: 76-78) (vgl. Kapitel 3.2.1). Wird entsprechend eine Verfassung verändert oder gar komplett durch eine neue ersetzt, so ist das nichts anderes als die Veränderung bestehender resp. die Etablierung neuer staatlicher Institutionen, was gemäss Kapitel 3.3.4 der Transformationsphase Institutionalisierung entspricht.⁷¹ Werden

⁷⁰ Es sind dies u.a. die im Zusammenhang mit der Fallauswahl genannten Transformationsprozesse (vgl. Kapitel 5.4.2).

⁷¹ „Die Demokratisierungsphase beginnt, wenn die Kontrolle der politischen Entscheidungen den alten autoritären Herrschaftseliten entgleitet und demokratischen Verfahren überantwortet wird, deren substantiellen Ergebnisse sich a priori nicht mehr bestimmen lassen. (...). [Und sie] (...)“

mit einer solchen Verfassungsänderung staatliche Institutionen einer Demokratie geschaffen, entspricht dies der Institutionalisierung der Demokratie-Reformen. Somit kann gesagt werden, dass in vielen Transformationsprozessen die Institutionalisierung der Demokratie-Reformen (bzw. ein wesentlicher Teil davon)⁷² in Form der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung erfolgt, sofern diese Verfassung – logischerweise – diese Demokratie-Reformen umfasst.⁷³

b) Unterschiedliche Umsetzung der Wirtschaft-Reformen

Bezüglich der Wirtschaft-Reformen hat die Fallanalyse wiederum gezeigt, dass diese je nach Transformation in sehr unterschiedlicher Form erfolgen können: Sie können in relativ kurzer Zeit umgesetzt werden (wie dies z.B. in Chile und in der Mongolei geschah) oder aber schrittweise über mehrere Jahrzehnte (wie z.B. in Argentinien), wobei dies wie gesehen vor, während oder nach den Demokratie-Reformen geschehen kann. Auch ist es möglich, dass alle Wirtschaft-Reformen (lange) vor der eigentlichen Transformation realisiert wurden, dass also bei Beginn der Transformation bzw. der Demokratie-Reformen bereits eine freie Marktwirtschaft besteht (beispielsweise in Uruguay).⁷⁴ Andere Beispiele (u.a. Ungarn⁷⁵) zeigen wiederum Mischformen, d.h. ein Teil der Wirtschaft-Reformen ist bei Beginn der Transformation bereits umgesetzt, während der andere Teil während der Transformation erst noch umgesetzt werden muss.⁷⁶

endet, wenn die neue, demokratische Verfassung verabschiedet ist und diese den politischen Wettbewerb wie die politischen Entscheidungsverfahren verbindlich normiert“ (Merkel 1999: 137, vgl. 119-120, 143).

⁷² Selbstverständlich ist es durchaus möglich, dass die mit der Verfassung geschaffenen Institutionen im Laufe des Prozesses noch ergänzt oder Teile davon auch wieder geändert werden, weshalb die Institutionalisierung nicht zwingend mit der Etablierung einer neuen Verfassung auch abgeschlossen sein muss.

⁷³ Damit sind explizit auch Wiederinkraftsetzungen von bestehenden Verfassungen gemeint. Entsprechend bezieht sich im folgenden Text die Formulierung Inkraftsetzung einer neuen Verfassung immer auch auf die Wiederinkraftsetzung einer bestehenden Verfassung.

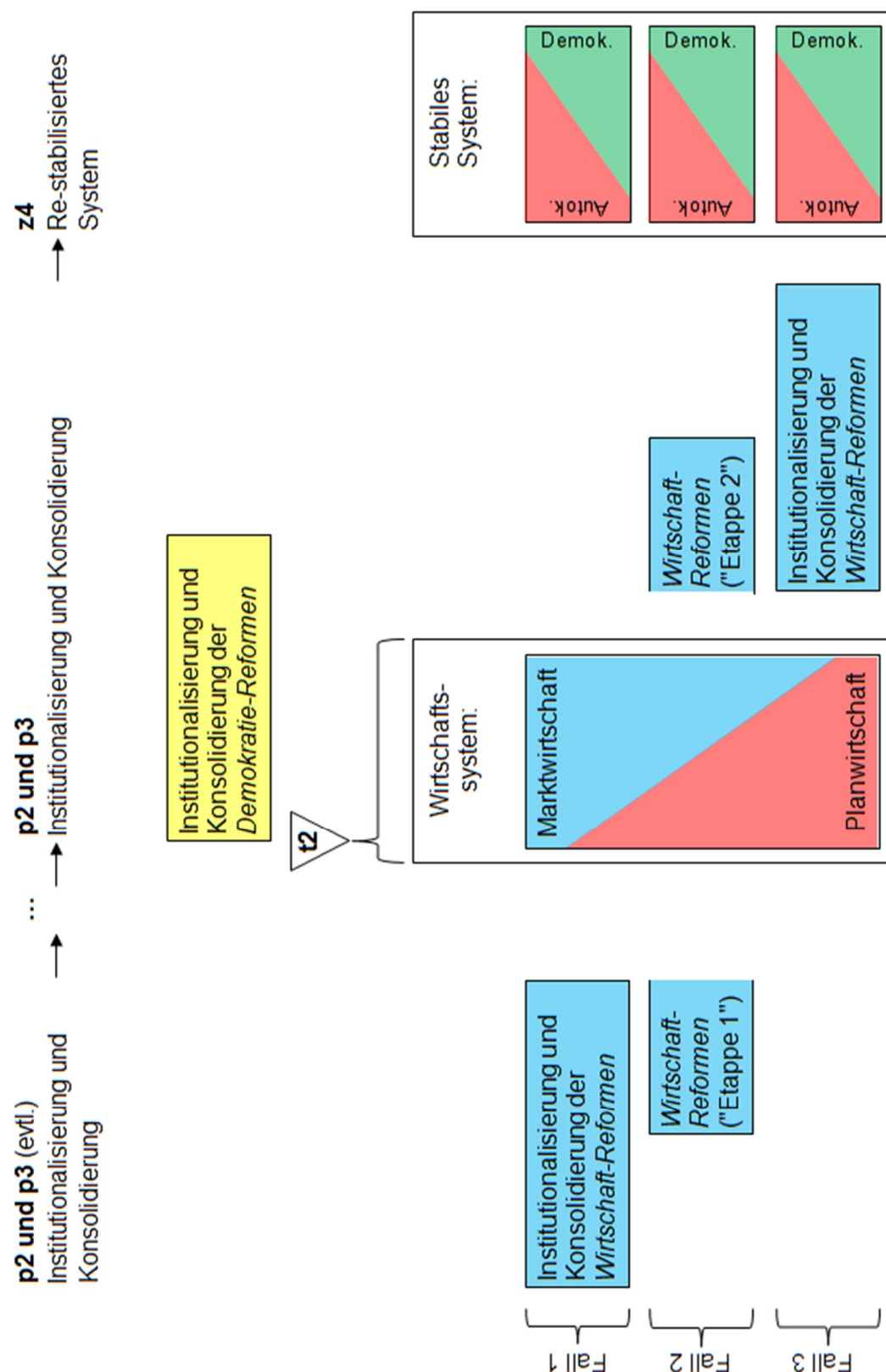
⁷⁴ In diesen Fällen handelt es sich somit um Autokratien mit einer freien Marktwirtschaft (vgl. Kapitel 3.2.3)

⁷⁵ Ungarn hat bereits 1968 mit einzelnen Marktreformen begonnen, was zu einer gewissen ökonomischen Liberalisierung und dadurch zur Bildung von kleinen Privatunternehmen führte (Matthes und Terletzki 2005: 374). Obwohl das Wirtschaftssystem als Ganzes beim Wechsel noch eine Planwirtschaft war, bestand dank dieser frühen Reformen trotzdem bereits ein anderes Ausgangsniveau bezüglich Marktwirtschaft als in anderen (ex-) kommunistischen Ländern (Matthes und Terletzki 2005: 374).

⁷⁶ Entsprechend muss auch die Preisliberalisierung bzw. die Zulassung eines freien Marktzutritts nicht zwingend zusammen mit der Privatisierung bzw. dem Zulassen von Privateigentum erfolgen (vgl. beispielsweise Armenien).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Wirtschaft-Reformen in sehr unterschiedlichen Formen bzw. zu unterschiedlichen Zeitpunkten bezüglich der Demokratie-Reformen erfolgen können, wobei diese in Form des Inkrafttretens einer neuen Verfassung erfolgen. In Abbildung 4-4 sind diese verschiedenen Möglichkeiten grobschematisch dargestellt:

Abbildung 4-4: Die Umsetzung der Wirtschaft-Reformen in Bezug auf die Umsetzung der Demokratie-Reformen



Das in Abbildung 4-4 mit t_2 beschriftete Dreieck markiert den Zeitpunkt innerhalb einer Transformation, in dem die Institutionalisierung der Demokratie-Reformen begonnen wird, also eine neue Verfassung in Kraft tritt. Anschliessend folgt die Konsolidierung dieser neuen Institutionen. Die Institutionalisierung und Konsolidierung der Wirtschaft-Reformen erfolgen wiederum vor oder nach diesem Zeitpunkt t_2 , also vor oder nach dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung, oder aber aufgeteilt auf zwei „Etappen“.⁷⁷ Womit implizit auch gesagt wird, dass die Reformsequenz, in der die Demokratie-Reformen und die Wirtschaft-Reformen parallel erfolgen, in diesem Modell nicht vorkommen kann, da die Umsetzung der Wirtschaft-Reformen über eine bedeutend längere Zeitstrecke erfolgt, als dies bei der Institutionalisierung der Demokratie-Reformen, d.h. bei der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung der Fall ist.

Je nach dem wie umfassend bereits vor dem Zeitpunkt t_2 , also vor Beginn der Institutionalisierung der Demokratie-Reformen, die Wirtschaft-Reformen realisiert wurden, präsentiert sich logischerweise im Zeitpunkt t_2 das Wirtschaftssystem mehr oder weniger „marktwirtschaftlich“ (vgl. Abbildung 4-4): In den beiden Extremfällen besteht bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung entweder bereits eine vollständig freie Marktwirtschaft, was bedeutet, dass alle Wirtschaft-Reformen institutionalisiert und konsolidiert wurden (Fall 1), oder aber es besteht eine komplett staatlich kontrollierte Planwirtschaft, d.h. es wurden keine der Wirtschaft-Reformen auch nur im Ansatz umgesetzt (Fall 3).

Wie gesehen zeigen die Fallbeispiele, dass bei Fällen, in denen bereits Wirtschaft-Reformen vor dem Zeitpunkt t_2 umgesetzt wurden, nicht verallgemeinernd gesagt werden kann, wann bzw. in welcher Transformationsphase dies geschehen ist. Häufig wurden solche Reformen ganz oder teilweise während einer früheren, unterdessen aber abgeschlossenen Transformation durchgeführt (beispielsweise in Ghana). In anderen Fällen geschah dies wiederum im Zuge der gleichen Transformation, wie die Demokratie-Reformen umgesetzt wurden (z.B. in Armenien und Guayana). Die Übergänge zwischen diesen Varianten sind hierbei fließend und es kommen oft auch Kombinationen aus diesen Varianten vor.

⁷⁷ In der Abbildung 4-4 sind drei solcher möglicher Fälle illustrativ dargestellt, es sind selbstverständlich weitere Kombinationen innerhalb dieses Rahmens denkbar.

Entsprechend kann nicht generell gesagt werden, wieviel und welche Phasen zwischen einer (ersten) Umsetzung der Wirtschaft-Reformen und der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung vorkommen (vgl. Abbildung 4-4).

c) Bestimmung der Reformsequenz

Für die Bestimmung der Art der Reformsequenz haben obige Beobachtungen eine wichtige Implikation: Da die Wirtschaft-Reformen in vielen, zeitlich voneinander getrennten Etappen erfolgen können, diese Etappen zudem in unterschiedlichen Transformationsprozessen vorkommen können und entsprechend sich gesamthaft die Wirtschaft-Reformen bis zur effektiven Etablierung einer freien Marktwirtschaft über einen sehr langen Zeitraum hinziehen können, ist eine Bestimmung der Art der Reformsequenz auf der Grundlage dieser Informationen sehr schwierig und zeitaufwendig. Wie gesehen kann aber von der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems zum Zeitpunkt t_2 (Inkrafttreten einer neuen Verfassung) abgeleitet werden, wie umfangreich die in der Vergangenheit erfolgten Wirtschaft-Reformen waren – unabhängig von der Anzahl Etappen und Transformationen und der Gesamtdauer. Je mehr nämlich das Wirtschaftssystem in Zeitpunkt t_2 einer freien Marktwirtschaft entspricht, desto umfangreicher waren die bisherigen Wirtschaft-Reformen und umgekehrt. Folglich kann vom Zustand des Wirtschaftssystems auch die Reformsequenz abgeleitet werden: Ist das Wirtschaftssystem in Zeitpunkt t_2 eher eine freie Marktwirtschaft denn eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft, so erfolgte der grössere Teil der Wirtschaft-Reformen vor den Demokratie-Reformen, was der Reformsequenz Wirtschaft entspricht (Wirtschaft-Reformen vor Demokratie-Reformen). Von einer Reformsequenz Demokratie kann hingegen gesprochen werden, wenn das Wirtschaftssystem in Zeitpunkt t_2 (in der Tendenz) eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft ist und somit die Wirtschaft-Reformen (mehrheitlich) nach den Demokratie-Reformen umgesetzt werden. Für die Bestimmung der Art der Reformsequenz kann also die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems in Zeitpunkt t_2 verwendet werden.

d) Zeitliche Positionierung der Ausgangsbedingungen

Dass die Wirtschaft-Reformen oft in mehreren Etappen, in verschiedenen Transformationsprozessen und über eine längere Zeitspanne hinweg erfolgen, ist auch

für die zeitliche Positionierung der Ausgangsbedingungen von Relevanz. In der bisherigen Diskussion wurde nämlich implizit angenommen (vgl. z.B. Abbildung 4-3), dass diese zeitlich gesehen kurz vor Beginn der Reformsequenz bzw. der Institutionalisierung zu positionieren sind. Diese vermeintliche Kongruenz zwischen Beginn der Reformsequenz und Beginn der Institutionalisierung entspricht nun wie gesehen aber nicht immer der Realität, denn teilweise erfolgen erste Wirtschaft-Reformen – und damit der Start der Reformsequenz – bereits viel früher als der aktuelle Transformationsprozess bzw. dessen Institutionalisierungsphase. Aus Sicht der Forschungsidee, die einen kausalen Zusammenhang zwischen den Ausgangsbedingungen und Reformsequenz und dem Ausgang einer Transformation postuliert, spielt der Beginn der Institutionalisierung an sich keine Rolle und es ist einzig der Beginn der Reformsequenz von Relevanz (dies zeigt sich auch sehr deutlich bei der Interpretation der Resultate in Kapitel 7.1). Somit ist der Zeitpunkt der Ausgangsbedingungen klar in zeitlicher Relation zur Reformsequenz zu setzen und nicht zur Institutionalisierung.

Allerdings können wie gesehen der Beginn der Wirtschaft-Reformen und damit der Beginn einer Reformsequenz sehr weit in der Vergangenheit liegen, woraus sich eine relativ lange Zeitspanne zwischen Ausgangsbedingungen und Ende einer Transformation ergibt. Entsprechend gross dürfte die Zahl „intervenierender Variablen“ sein, was den in der Forschungsidee postulierten Einfluss der Ausgangsbedingungen auf den Erfolg einer Demokratisierung stark relativiert. Es ist deshalb sinnvoll, den Zeitpunkt der Ausgangsbedingungen zeitlich näher beim Ende des Transformationsprozesses anzusiedeln – ohne dabei aber die in der Forschungsidee genannte Kausalität zu Reformsequenz und Ergebnis einer Demokratisierung in Frage zu stellen. Diese zwei unterschiedlichen Bedingungen können erfüllt werden, wenn als Zeitpunkt der Ausgangsbedingungen der Beginn der Demokratie-Reformen angenommen wird:

- Der zeitliche Abstand zwischen Beginn der Demokratie-Reformen und Ende einer Transformation ist verhältnismässig klein.
- Dadurch, dass im gleichen Zeitpunkt sowohl die Reformsequenz (über die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems) als auch die Ausgangsbedingungen bestimmt werden, stehen die Ausgangsbedingungen weiterhin in einem klaren

zeitlichen Verhältnis zur Reformsequenz (vor Beginn der Demokratie-Reformen). Entsprechend kann ein unkontrollierter Einfluss der Reformsequenz auf die Ausgangsbedingungen (und umgekehrt) und damit eine Verfälschung der vermuteten Kausalität zwischen den Ausgangsbedingungen und Reformsequenz und dem Ergebnis einer Transformation ausgeschlossen werden.

Der Bezugspunkt der Ausgangsbedingungen innerhalb der Reformsequenz ist somit der Beginn der Demokratie-Reformen (Zeitpunkt t2). Um die Datenerhebung zu den Ausgangsbedingungen und zur Ausgestaltung des Wirtschaftssystems bzw. Reformsequenz trotzdem klar vom Beginn der Demokratie-Reformen unterscheiden zu können und damit auch zu betonen, dass inhaltlich bzw. kausal zwischen den beiden kein Bezug besteht, soll hierfür ein eigener Zeitpunkt t1 definiert werde. Dieser Zeitpunkt t1 liegt zeitlich unmittelbar vor dem Zeitpunkt t2 (vgl. Abbildung 4-5).

Die verschiedenen, hier beschriebenen Erkenntnisse aus der Fallanalyse können nun mit der Forschungsidee kombiniert und so das Forschungsmodell aufgestellt werden.

4.2.2 Forschungsmodell

Die im vorhergehenden Kapitel hergeleiteten Implikationen für das Forschungsmodell, die sich aus der Konkretisierung der Forschungsidee aufgrund von Fallanalysen ergeben, können wie folgt zusammengefasst werden, wodurch das in dieser Untersuchung zur Anwendung kommende Forschungsmodell konkret beschrieben wird (vgl. Abbildung 4-5):

- Die Demokratie-Reformen erfolgen in Form einer Inkraftsetzung einer neuen Verfassung und deren anschließenden Konsolidierung; damit ist explizit auch eine Wiederinkraftsetzung einer bereits bestehenden Verfassung gemeint. Transformationen, in denen dies nicht der Fall ist (z.B. Mexiko), werden entsprechend auch nicht in der Fallauswahl mitberücksichtigt (vgl. Kapitel 5.4). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung wird mit t2 bezeichnet.

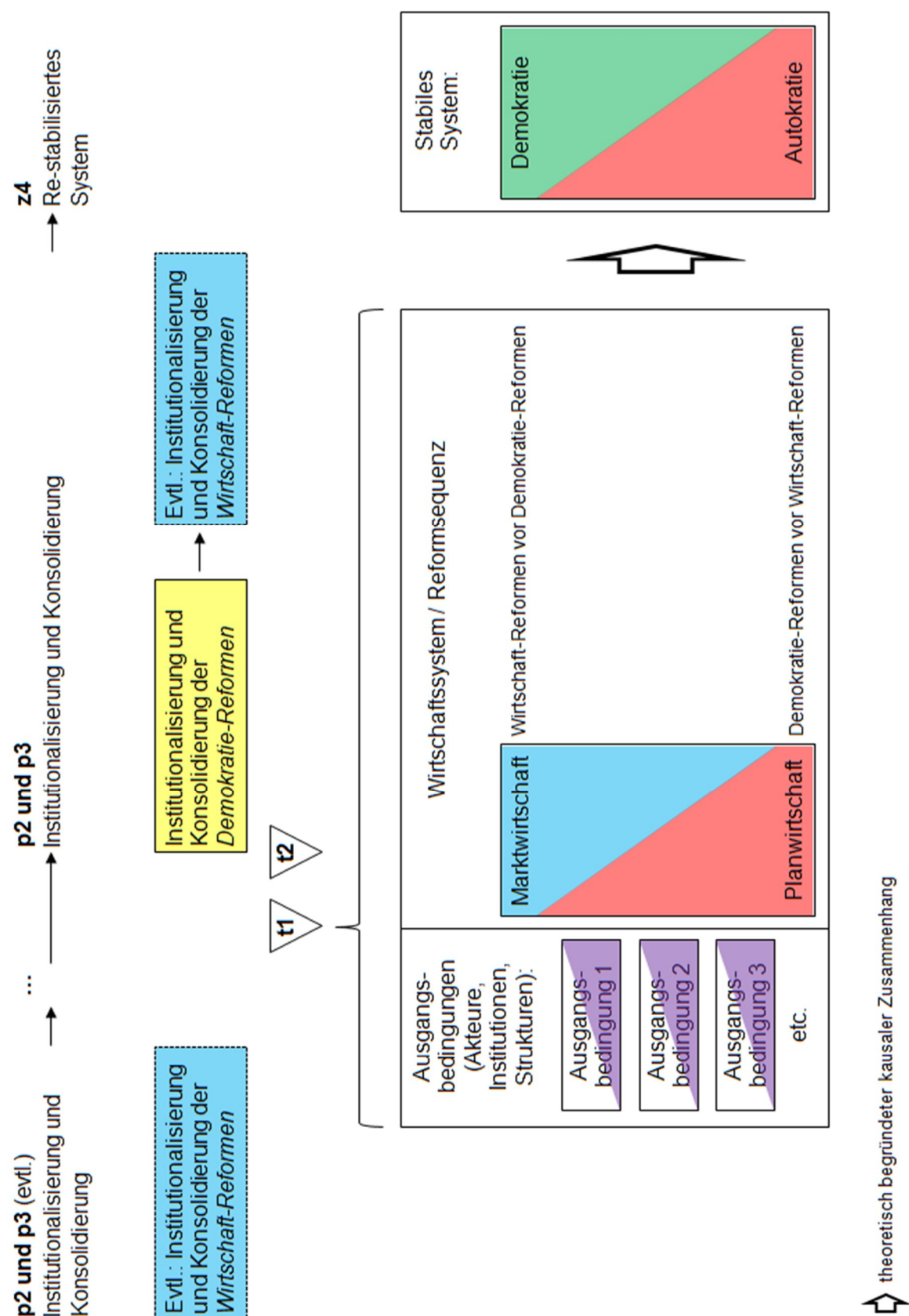
- Die Art der Reformsequenz wird über die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems zum Zeitpunkt kurz vor Beginn der Demokratie-Reformen ermittelt (Zeitpunkt t_1): Besteht zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich oder vollständig eine freie Marktwirtschaft, handelt es sich um die Reformsequenz Wirtschaft (Wirtschaft-Reformen vor Demokratie-Reformen). Besteht hingegen mehrheitlich oder vollständig eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft, handelt es sich um die Reformsequenz Demokratie (Demokratie-Reformen vor Wirtschaft-Reformen).

Über die jeweilige Ausgestaltung des Wirtschaftssystems lassen sich somit alle Fälle eindeutig der Reformsequenz Demokratie oder der Reformsequenz Wirtschaft zuweisen. Eine Reformsequenz parallel (Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen erfolgen zeitlich parallel) kommt somit bei Transformationen, bei denen die Demokratie-Reformen in Form einer Inkraftsetzung einer neuen Verfassung erfolgen, nicht vor.

- Die Ausgangsbedingungen werden – gleich wie die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems – zum Zeitpunkt kurz vor Beginn der Demokratie-Reformen ermittelt (Zeitpunkt t_1). Damit bezieht sich die Erklärungskraft der Ausgangsbedingungen im Gegensatz zur Forschungsidee nicht mehr zwingend auf den gesamten Reformprozess, sondern („nur“) auf den Teil der Transformation ab Inkrafttreten einer neuen Verfassung bzw. ab Beginn der Demokratie-Reformen. Die Forschungsidee, dass die Ausgangsbedingungen in Kombination mit der Reformsequenz, bzw. der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems, einen Einfluss auf den Ausgang einer Transformation haben, behält aber weiterhin ihre Gültigkeit.

Aufbauend auf der Forschungsidee kann das Forschungsmodell graphisch nun wie folgt dargestellt werden:

Abbildung 4-5: Das Forschungsmodell in der Übersicht



Basierend auf diesem Modell kann nun mittels einer Querschnittsanalyse verschiedener Transformationen bzw. Fälle der postulierte Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Erfolg einer Demokratisierung untersucht werden:

- Was sind die notwendigen und hinreichenden Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung, wenn bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung eine Planwirtschaft besteht, bzw. wenn es sich um eine Reformsequenz Demokratie handelt?
- Was sind die notwendigen und hinreichenden Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung, wenn bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung eine freie Marktwirtschaft besteht, bzw. wenn es sich um eine Reformsequenz Wirtschaft handelt?
- Unterscheiden sich die notwendigen und hinreichenden Ausgangsbedingungen dieser zwei Sequenzen und liefern damit die Erklärung dafür, warum in spezifischen Transformationsfällen die eine oder die andere Reformsequenz zu einer erfolgreichen Demokratisierung führt?

Sofern die Ergebnisse der Untersuchung tatsächlich zeigen sollten, dass für eine erfolgreiche Demokratisierung eine spezifische Kombination aus Ausgangsbedingungen und Reformsequenz relevant ist und somit die Forschungsfrage demgemäss beantwortet werden kann,⁷⁸ so können davon auch folgende Empfehlungen abgeleitet werden: Von einem konkreten autokratischen Land kann ausgehend von dessen spezifischen Ausgangsbedingungen und dessen Ausprägung des Wirtschaftssystems gesagt werden, ob und welche der beiden Reformsequenzen eher zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen, bzw. ob es im Hinblick auf den Erfolg der Demokratisierung sinnvoll ist, unmittelbar die Demokratie-Reformen umzusetzen, oder aber zuerst (weitere) Wirtschafts-Reformen durchzuführen.

⁷⁸ Sollten nicht diese Ergebnisse aus der Untersuchung resultieren, so zeigt dies, dass die Ausgangsbedingungen und/oder die Reformsequenzen für den Ausgang einer Transformation nicht relevant sind. Es müssten dann andere Erklärungen für die Beantwortung der Forschungsfrage gefunden werden (vgl. die Kapitel 6.2 und 7.1).

4.3 Die einzelnen Elemente des Forschungsmodells im Detail

In den folgenden Kapiteln werden die verschiedenen Elemente des Forschungsmodells gemäss Abbildung 4-5 im Detail beschrieben.

4.3.1 Ausgangsbedingungen (die Conditions)

a) Conditions

Gemäss Forschungsmodell entsprechen die Ausgangsbedingungen den Akteuren, Institutionen und Strukturen, die einen Einfluss auf den Ausgang bzw. den Erfolg einer Demokratisierung haben (vgl. Kapitel 4.1.2). Sie sind in dieser Untersuchung die „unabhängigen Variablen“ bzw. die Conditions.⁷⁹ Diese können wie folgt charakterisiert werden:

- Sie sind Akteure, staatliche, nicht-staatliche und informelle Institutionen sowie Strukturen.^{80 81}
- Sie beschreiben einen Zustand kurz bevor die Demokratie-Reformen umgesetzt werden, also kurz vor Inkrafttreten einer neuen Verfassung.
- Sie sind notwendige und/oder hinreichende Bedingungen für den Erfolg einer Demokratisierung einer ganz bestimmten Reformsequenz⁸², indem sie die an der Transformation beteiligten Akteure und deren Machtverhältnisse abbilden.⁸³ Entsprechend kann nicht mit einer erfolgreichen Demokratisierung gerechnet werden, falls die nötigen Conditions bezüglich einer ganz be-

⁷⁹ Bei QCA, der in dieser Untersuchung angewendeten Datenauswertungsmethode, spricht man nicht von unabhängigen Variablen sondern von Conditions, ihre Funktion innerhalb einer Analyse ist aber vergleichbar (vgl. Kapitel 5.5.2).

⁸⁰ Vgl. Munck (2004: 75-76), der bei Transformationen zwischen „short-term“-, „medium-term“- und „long-term“-Faktoren unterscheidet, sowie zwischen politischen und ökonomischen Faktoren, zwischen innerstaatlichen und internationalen Faktoren und zwischen Eliten-zentrierten und Massen-zentrierten Faktoren. Die hier betrachteten Conditions können aus allen diesen Bereichen kommen, es gibt diesbezüglich keine Präferenzierung oder gar Beschränkung.

⁸¹ Mit der Berücksichtigung von Strukturen und Institutionen als mögliche Einflussfaktoren auf Demokratisierungen wird diese Analyse auch der Kritik von Doorenspeet (2004: 310-311) und Gasiorowski und Power (1998: 741) gerecht, die eine Akteurs-Zentriertheit bei vielen der Erklärung von Demokratisierung bemängeln.

⁸² Der Ausdruck „Erfolg einer Demokratisierung einer bestimmten Reformsequenz“ kann auch mit „Erfolg einer bestimmten Reformsequenz“ verkürzt werden.

⁸³ Somit beschränkt sich die Wirkung einer Conditions nicht spezifisch auf eine bestimmte Phase, also die Institutionalisierung oder die Konsolidierung, sondern allgemein auf eine Reformsequenz (vgl. Munck 2004: 71, 85; Merkel und Puhle 1999: 108, 137).

stimmten Reformsequenz nicht gegeben bzw. abwesend sind.⁸⁴

- Sie können auch „negativ“ sein, d.h. die Abwesenheit des entsprechenden Merkmals ist eine notwendige und/oder hinreichende Bedingung für den Erfolg einer Reformsequenz (z.B. die Abwesenheit grösserer Konflikte innerhalb der Gesellschaft) – wobei dies letztendlich eine Frage des Vorzeichens bzw. der genauen Definition der Conditions ist.
- Sie stehen in einer komplexen Kausalbeziehung zu den Ergebnissen einer Demokratisierung einer bestimmten Reformsequenz („causal complexity“) (Schneider 2009: 57, vgl. 59-60; vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 8, 9; Schneider und Wagemann 2007: 21; Wagemann und Schneider 2007: 13; Ragin 1987: 23-26, 26-27):
 - Conjunctural: Es können nicht nur einzelne Conditions eine notwendige oder hinreichende Bedingung für den Erfolg einer Reformsequenz sein, sondern auch die Kombination aus mehreren Conditions zusammen (Schneider 2009: 57; vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 8, 9).⁸⁵
 - Equifinality: Es können pro Reformsequenz verschiedene Conditions und Kombinationen von Conditions notwendige oder hinreichende Bedingungen für deren Erfolg sein; es gibt nicht zwingend nur einen bestimmten Pfad hin zu Demokratie (Schneider 2009: 57; vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 8, 9).⁸⁶
 - Multifinality: Eine einzelne Condition kann je nach Kombination mit anderen Conditions eine unterschiedliche Wirkung auf das Ergebnis einer Reformsequenz haben, d.h. in einem Fall zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen, im anderen Fall zu einer gescheiterten Demokratisierung (vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 9).⁸⁷
 - Asymmetry: Die Gegenstücke der notwendigen und hinreichenden Conditions und Kombinationen von Conditions einer erfolgreichen Reformsequenz sind nicht (zwingend) die notwendigen und hinreichenden Bedingungen für die gescheiterte Reformsequenz (Schneider 2009: 57; vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 8, 9).

⁸⁴ In der empirischen Untersuchung können die Conditions (grundsätzlich) alle Ausprägungen zwischen den beiden Extremwerten „Condition gegeben/anwesend“ und „Condition nicht gegeben/abwesend“ annehmen; es handelt sich hierbei also um eine stetige „Variable“ (Schnell et al. 1999: 124).

⁸⁵ Bei Simpson (1997) ist die ökonomische Entwicklung nur in Kombination mit anderen Faktoren eine hinreichende Bedingung für das Ergebnis einer Transformation.

⁸⁶ Vgl. hierzu in Fussnote 62 Welzel (1994: 72) über die Demokratisierung in Indien. Weitere Beispiele sind u.a. bei Merkel und Puhle (1999: 240), Turan (1997) und Diamond (1992: 451; vgl. 452) zu finden, die zeigen, dass je nach Fallgruppe (z.B. verschiedene Regionen) die Bedingungen von Demokratisierung unterschiedliche Thresholds aufweisen, also faktisch eine andere Kombination von Conditions relevant ist (vgl. Lipset 1994: 16).

⁸⁷ Ein solches Beispiel ist bei Muller (1997: u.a. 134, 137, 151-153) zu finden: Es zeigt auf, dass die ökonomische Entwicklung nicht immer den gleichen Effekt auf den Erfolg einer Demokratisierung hat, sondern diese von weiteren Bedingungen abhängt.

b) Bedingungen der Demokratisierung

Von den Ausgangsbedingungen bzw. den Conditions sind die sogenannten Bedingungen der Demokratisierung klar zu unterscheiden. Die Bedingungen der Demokratisierung können hierbei wie folgt definiert werden:

- Wie die Conditions so sind auch die Bedingungen der Demokratisierung Akteure, staatliche, nicht-staatliche und informelle Institutionen sowie Strukturen.
- Ebenfalls beschreiben sie in der Regel einen Zustand kurz bevor die Demokratie-Reformen umgesetzt werden, also kurz vor Inkrafttreten einer neuen Verfassung.
- Im Unterschied zu den Conditions ist der Einfluss von Bedingungen der Demokratisierung auf den Erfolg einer Demokratisierung bei allen Transformationen gleichermassen relevant – unabhängig von der entsprechenden Reformsequenz (vgl. Vanhanen 1997: 21-22). Entsprechend besteht hier auch keine komplexe Kausalbeziehung.

Bedingungen der Demokratisierung werden in der Fallauswahl als Kriterien mitberücksichtigt (vgl. Kapitel 5.4.1), damit sich diesbezüglich alle Fälle ähnlich sind und die Kausalbeziehung zwischen Conditions, Reformsequenz und Ergebnis einer Demokratisierung nicht verzerrt wird (vgl. Kapitel 5.1.3).

c) Weitere Abgrenzungen gegenüber Begriffen der Transformationsforschung

Um obige Beschreibungen noch zu konkretisieren und allfällige Fehlinterpretationen auszuschliessen, soll der Begriff Condition (und der Begriff Bedingungen der Demokratisierung) definitorisch klar von den folgenden Begriffen der Transformationsforschung abgegrenzt werden:⁸⁸

⁸⁸ Bei Acemoglu und Robinson (2006: 1-2, 15, 19, 35-37) werden beispielsweise die Gründe für eine Destabilisierung eines Systems und für den Wechsel eines Systemtyps nicht voneinander unterschieden. Da sich aber einzelne Faktoren je nach Transformationsphasen und Systemzustände jeweils anders verhalten resp. einen anderen Einfluss haben können, führt eine solche unklare Trennung unweigerlich auch zu unklaren Begründungen und Aussagen über Zusammenhänge. So zeigen Acemoglu und Robinson (2006: 35-38) beispielsweise, dass die innergesellschaftliche Ungleichheit in der Phase Destabilisierung einen positiven Einfluss hat, da sie den Druck auf das bestehende System erhöht, dass sie sich in der Phase Konsolidierung hingegen negative auf die Demokratisierung auswirkt.

- Unterscheidungskriterien des Systemtyps:
Jene Elemente, deren Ausprägung den Typ eines Systems bestimmen, also die Herrschaftskriterien gemäss Kapitel 3.2.1.
- Bedingungen für die Destabilisierung:
Faktoren, die für die Destabilisierung eines (politischen) Systems notwendig oder hinreichend sind.⁸⁹ Sie sind somit relevant in der Transformationsphase Destabilisierung des Systems (p1) und spielen entsprechend in dieser Untersuchung keine (direkte) Rolle.
- Bedingungen für das Bestehen einer Demokratie:
Faktoren, die für das längerfristige Bestehen von bereits stabilen Demokratien notwendig oder hinreichend sind.⁹⁰ Sie sind somit relevant in der Transformationsphase langfristiges Bestehen des Gesellschaftssystems (p5) und werden somit in dieser Untersuchung nicht speziell berücksichtigt.
- Folgen von Demokratie:
Resultieren aufgrund des Bestehens bzw. Funktionierens einer Demokratie.⁹¹ Diese Unterscheidung ist insbesondere wichtig bei der Klärung von Kausalitäten zwischen Bedingungen und Ergebnisse resp. Folgen⁹² und wird somit bei der Begründung der Wahl der Conditions mitberücksichtigt (vgl. Kapitel 4.4).

4.3.2 Reformsequenzen

a) Reformsequenzen: zeitliche Abfolge von Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen

Ein weiteres zentrales Element des Forschungsmodells sind die Reformsequenzen; wie die Conditions habe auch sie einen Einfluss auf das Ergebnis einer Demokratisierung und stellen demnach einen sogenannten Bedingungsfaktor im

⁸⁹ Für Beispiele möglicher solcher Bedingungen siehe u.a. Karl und Schmitter (1991).

⁹⁰ Vgl. dazu Rustow (1970: 346): „The factors that keep a democracy stable may not be the ones that brought it into existence: explanations of democracy must distinguish between function and genesis.“ Und Diamond (1990: 49): „But founding a democracy and preserving it are two different things.“ Vgl. hierzu auch Przeworski und Limongi (1997: 177) die argumentieren, dass die sozio-ökonomische Entwicklung keine Bedingung der Demokratisierung wohl aber der Stabilität einer Demokratie ist.

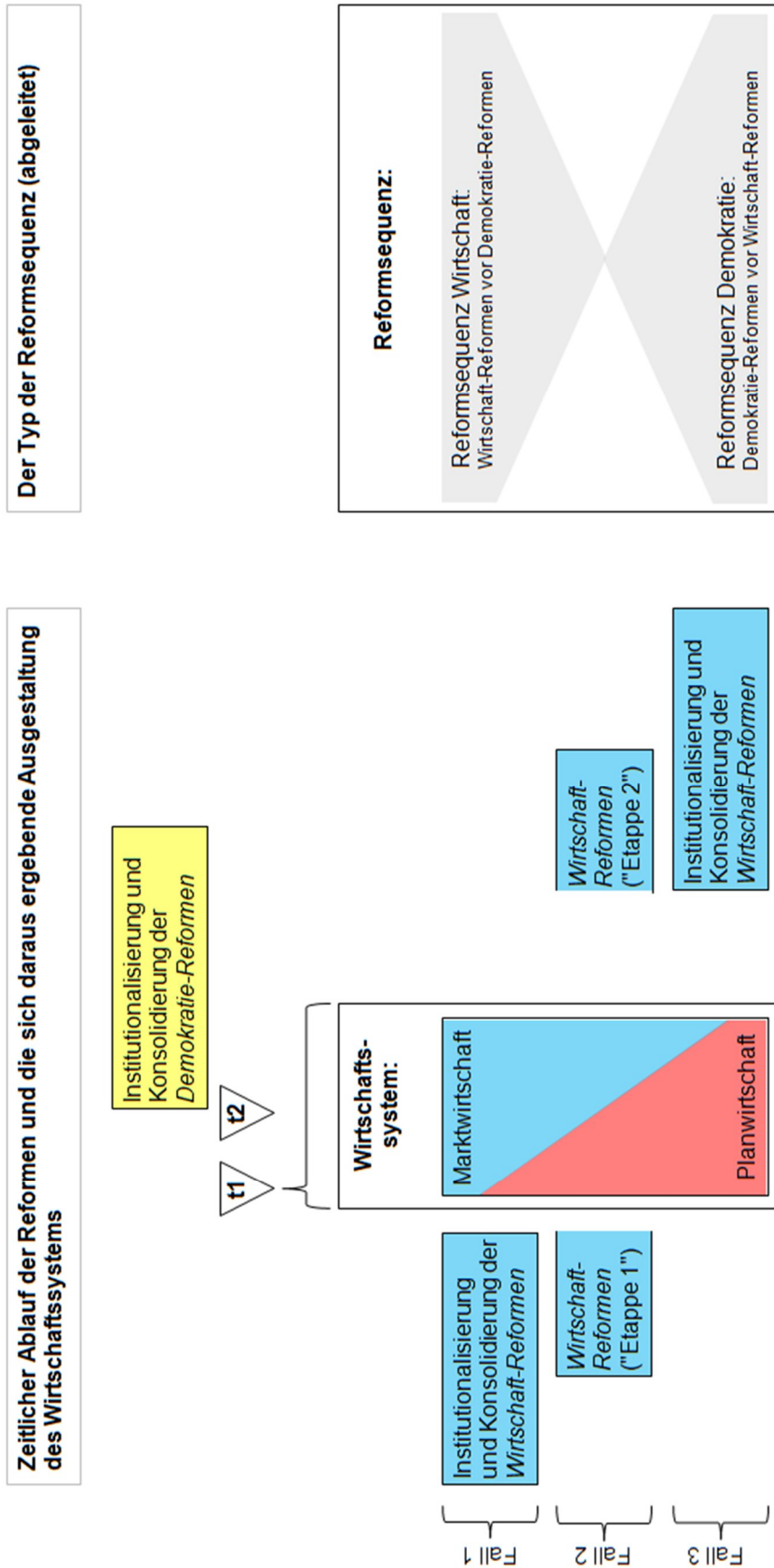
⁹¹ Beispielsweise kann beobachtet werden, dass in Demokratien innergesellschaftliche Konflikte (grossmehrfach) friedlich gelöst werden und dass diese auch keine Kriege gegeneinander führen (Ruloff 2004: 198-200).

⁹² So fragt beispielsweise Sunde (2006) treffend: „Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?“

Modell dar (vgl. Kapitel 5.1.1). Wie gesehen kann eine Reformsequenz als eine bestimmte zeitliche Abfolge der Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen bezeichnet werden (vgl. Kapitel 3.3.3). In dieser Untersuchung ist dabei vor allem von Interesse, ob die Wirtschaft-Reformen vor oder nach den Demokratie-Reformen erfolgen, also ob es sich um eine Reformsequenz Wirtschaft oder eine Reformsequenz Demokratie handelt. Aus der Perspektive einer Reformsequenz können dabei alle Demokratie-Reformen zusammen und alle Wirtschaft-Reformen zusammen je als ein Reformschritt aufgefasst werden.

Wie in Kapitel 4.2.1 beschrieben lässt sich die Art der Reformsequenz davon ableiten, welches Wirtschaftssystem kurz vor Beginn der Demokratie-Reformen besteht (vgl. Abbildung 4-6): Ist das Wirtschaftssystem zu diesem Zeitpunkt eher eine freie Marktwirtschaft denn eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft, so erfolgte der grössere Teil der Wirtschaft-Reformen vor den Demokratie-Reformen, was der Reformsequenz Wirtschaft entspricht (Fall 1). Handelt es sich beim Wirtschaftssystem hingegen eher um eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft denn um eine freie Marktwirtschaft, sind bis anhin keine oder nur der kleinere Teil der Wirtschaft-Reformen umgesetzt worden, womit in diesen Fällen eine Reformsequenz Demokratie vorliegt (Fall 3).

Abbildung 4-6: Zusammenhang zwischen dem zeitlichen Ablauf der Reformen, der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems und dem Typ der Reformsequenz



Aus obigen Formulierungen und auch aus der Abbildung 4-6 wird klar, dass es sich hierbei nicht um eine dichotome Einteilung zwischen den beiden Extrempositionen handelt, sondern dass auch alle zwischen diesen Extremen angesiedelten Kombinationen adäquat mitberücksichtigt werden können („stetige Variable“, Schnell et al. 1999: 124). D.h. bei Fällen, bei denen die Wirtschaft-Reformen in zwei „Etappen“ vor und nach dem Demokratie-Reformen erfolgen, wird dies gemäss dem Umfang bzw. Anteil der Wirtschaft-Reformen innerhalb der einzelnen „Etappen“ in der jeweiligen Ausgestaltung des Wirtschaftssystems entsprechend abgebildet. Analog kann auch der Typ der Reformsequenz (grundsätzlich) jeden beliebigen Wert zwischen den beiden Extremen annehmen (vgl. Fall 2 in der Abbildung 4-6). Mit dieser kontinuierlichen Einteilung kann sichergestellt werden, dass die spezifische Reihenfolge der Reformen von jeder Transformation bzw. Fall ohne Verzerrungen berücksichtigt werden kann.

Ebenfalls gilt es hier nochmals zu betonen, dass mit den Begriffen Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen grundsätzlich die Institutionalisierung und die Konsolidierung der jeweiligen Institutionen gemeint sind (wie dies in den verschiedenen Abbildungen auch explizit formuliert ist). Denn wie u.a. im Kapitel 3.3.5 über die Konsolidierungsphase gezeigt wurde, sind diese Reformen nur nachhaltig, wenn die entsprechenden Institutionen auch konsolidiert werden. Folglich ist auch eine Reformsequenz erst zu Ende, wenn die Institutionen, die aus den Demokratie-Reformen und die Wirtschaft-Reformen hervorgehen, vollständig konsolidiert sind und damit – gemäss allgemeiner Theorie eines Transformationsprozesses – wieder ein re-stabilisiertes Gesellschaftssystem besteht.

In der bisherigen Diskussion wurde jeweils nur sehr allgemein davon gesprochen, dass sich die Demokratie-Reformen auf (staatliche) Institutionen des politischen Systems beziehen würden, während die Wirtschaft-Reformen einen Bezug zu den (staatlichen) Institutionen des Wirtschaftssystems hätten. Im Folgenden soll dieser Bezug bzw. die Abgrenzung zwischen den Demokratie-Reformen und den Wirtschaft-Reformen konkretisiert werden.

b) Die zentralen staatlichen Institutionen

Gemäss Transformationstheorie bezeichnet ein Systemwechsel eine tiefgreifende Neugestaltung eines Gesellschaftssystems, d.h. eine Änderung aller oder vieler der für ein Gesellschaftssystem besonders relevanter Institutionen. Wie in Kapitel 3.2.1 gesehen betrifft dies sowohl die staatlichen Institutionen als auch die informellen und die nicht-staatlichen Institutionen. Die staatlichen Institutionen werden hierbei während der Institutionalisierungsphase „reformiert“ und geben dabei den Typ des (neuen) Gesellschaftssystems grob vor. Die Änderungen bzw. Anpassungen der informellen und nicht-staatlichen Institutionen ergeben sich wiederum im Rahmen der Konsolidierung und in Bezug auf die (neuen) staatlichen Institutionen (vgl. die Kapitel 3.3.3, 3.3.4 und 3.3.5). Wenn im Zusammenhang mit Transformationen von Reformen die Rede ist, interessieren also vorerst die Reformen an den staatlichen Institutionen.

Innerhalb der staatlichen Institutionen gibt es bezüglich Transformationsprozesse und deren Ergebnisse relevantere und weniger relevante Institutionen. Als in diesem Sinne besonders relevant können demnach solche staatliche Institutionen angeschaut werden, die sehr entscheidend auf die Gestalt des Systemtyps wirken und somit auch bezüglich des in Kapitel 4.1.1 genannten Einflusses auf den Handlungsspielraum der Akteure und den weiteren Verlauf einer Transformation sehr bedeutend sind (vgl. Offe 1994: 60-65). Zusätzlich sind solche Institutionen wegweisend für die Reformen der übrigen staatlichen Institutionen, sie können also bis zu einem gewissen Grad die Richtung für die nachfolgenden Änderungen an den staatlichen Institutionen vorgeben.⁹³ Institutionen, die gemäss diesen Merkmalen als relevant angesehen werden, können als die zentralen staatlichen Institutionen eines Gesellschaftssystems bezeichnet werden; sie haben entsprechend auch im Forschungsmodell eine spezielle Stellung. Im Folgenden werden die zentralen staatlichen Institutionen aufgelistet und beschrieben.

Da die zentralen staatlichen Institutionen einen wesentlichen Einfluss auf die Gestalt des Systemtyps bzw. auf den Grad an individueller Freiheit der Bürger

⁹³ Diese Bedingungen dürften z.B. mehrheitlich auf Gesetzesnormen höherer Stufe zutreffen, also auf die Verfassungsnormen und allenfalls auf Gesetze, wohl aber kaum auf Verordnungen (vgl. Offe 1994: 60-65). Auch allfälligen Institutionen auf Provinz- und Gemeindeebenen zählen demnach eher nicht dazu.

haben, umfasst nicht jeder Systemtyp die genau gleichen zentralen staatlichen Institutionen (vgl. Kapitel 3.2.1). Folglich kann sich eine konkrete Beschreibung der zentralen staatlichen Institutionen immer nur auf einen bestimmten Systemtyp beziehen. In der vorliegenden Untersuchung interessieren primär Systemwechsel hin zu einem demokratischen Gesellschaftssystem (Demokratisierungen), weshalb im Folgenden nur die zentralen staatlichen Institutionen genannt werden, die für eine Demokratie gelten müssen.

Ausgehend von der Definition eines demokratischen Systems (vgl. Kapitel 3.2.2) können aus der Literatur all diejenigen staatlichen Institutionen ermittelt werden, die für eine Demokratie zentral im Sinne der Systemtypologisierung sind. Dieser Vorgang kann für jedes Herrschaftskriterium durchgeführt werden. Eine spezielle Stellung wird dabei dem Wirtschaftssystem eingeräumt:

Grundsätzlich wird das Wirtschaftssystem – wie alle anderen Subsysteme der Gesellschaft auch – durch sein Verhältnis zum politischen System definiert, was sich im Kriterium Herrschaftsanspruch ausdrückt (vgl. Kapitel 3.2.1). Die freie Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem der Demokratie ist aber im Gegensatz zu den anderen Subsystemen nicht bereits durch die Institutionalisierung von Freiheitsrechten ausreichend definiert, sondern benötigt hierfür weitere zentrale staatliche Institutionen.⁹⁴ Zudem kann eine freie Marktwirtschaft wie gesehen auch in Autokratien bestehen (vgl. Kapitel 3.2.3), was bedeutet, dass sich das Wirtschaftssystem bzw. das Verhältnis zwischen politischem System und Wirtschaftssystem in diesen Fälle bei einer Demokratisierung nicht (wesentlich) zu ändern braucht (wohl aber die Verhältnisse zu allen anderen Subsystemen). Aus diesen Gründen wird das Wirtschaftssystem im Folgenden als eigenständiges Herrschaftskriterium behandelt.⁹⁵

Es können somit die folgenden zentralen staatlichen Institutionen für eine Demokratie definiert werden:

⁹⁴ „In some areas, such as financial markets, reform may require a greater state role than before“ (Fischer und Gelb 1991: 100; vgl. Stern 1997: 50).

⁹⁵ Dies ist selbstverständlich auch deshalb vorteilhaft, weil dadurch klar zwischen Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen unterschieden werden kann (vgl. weiter unten).

Tabelle 4-1: Die zentralen staatlichen Institutionen⁹⁶

Herrschaftskriterium	Zentrale staatliche Institutionen	Erklärung / Definition
Herrschaftszugang	Freies und faires Wahlsystem mit einem allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrecht	Wahladministration, die ein solches System resp. die Ausübung der Wahlrechte ermöglichen, und Gesetzenormen, die das Wahlrecht garantieren (im Sinne von „one man one vote“).
Herrschaftsstruktur	Gewaltenteilung, Gewaltenhemmung und Gewaltenkontrolle im Regierungssystem	Regierung ist organisiert nach Exekutive, Legislative und Judikative, wobei „the three bodies check each other reciprocally, without one body dominating or interfering with the constitutionally defined core-sphere of the others“ (Merkel 2004: 41; vgl. Berg-Schlosser 2004c: 60).
Herrschaftsanspruch	Grundlegende Menschenrechte	Gesetzesnormen, die das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit garantieren und die Garantie der Menschenwürde gewährleisten.
	Politische Rechte (ausgenommen Wahlrecht)	Gesetzesnormen, die die Meinungsäusserungsfreiheit, Informationsfreiheit, die Medienfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Demonstrationenfreiheit und das Petitionsrecht garantieren.
	Freiheitsrechte der Subsysteme (ausgenommen politisches System, System Öffentlichkeit und Wirtschaftssystem)	Gesetzesnormen, die das Recht auf selbstbestimmte Entfaltung der Persönlichkeit garantieren, u.a. die Ehefreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Sprachenfreiheit, Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit, Wissensfreiheit, Kunstfreiheit.
Herrschaftsweise	Gleicher Zutritt zu den Gerichten, Gleichheit vor dem Gesetz und an die Gesetze gebundenes staatliches Handeln (nur institutioneller Teil)	<p>Gesetzesnormen, die die Rechtsweggarantie, die Rechtsgleichheit und das Verbot der Diskriminierung gewährleisten.</p> <p>Gerichtsbarenheiten für die verschiedenen Gesetzeskodifikationen.</p> <p>Gesetzesnormen, die die Garantie fairer administrativer und gerichtlicher Verfahren, das Verbot des Rechtsmissbrauchs, das Willkürverbot und das Prinzip von Treu und Glaube und die Garantie der öffentlichen Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung gewährleisten.</p>

⁹⁶ Eine detaillierte Tabelle mit den jeweiligen Nennungen der Autoren, den Erklärungen zu den vorgenommenen Abgrenzungen und den Institutionen, die nicht berücksichtigt wurden, findet sich im Anhang A: Detaillierte Übersicht über die Institutionen-Wahl.

Herrschaftsmonopol	(keine)	(Beschreibt die Akteure, bei denen die zentrale politische Macht liegt; vgl. Merkel 1999: 26)
Herrschaftslegitimation	(keine)	(Beschreibt die Ideologie, auf der das gesamte Gesellschaftssystem begründet und all ihre Teile legitimiert, u.a. die Institutionen der Macht und damit die Macht selbst; vgl. Merkel 1999: 25)
Wirtschaftssystem	Wirtschaftliche Freiheitsrechte	Gesetzesnormen, die die Eigentums-garantie (insbesondere der Produktions-mittel), die Wirtschaftsfreiheit (Wirtschaft-sordnung des freien Wettbewerbs und Teilnahme des Einzelnen am Wett-bewerb) und die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gewährleisten.
	Marktsystem basierend auf Angebot und Nachfrage (freie Bildung der Preise im Markt)	Regulierung des Güter- und Dienst-leistungsmarkts, des Arbeitsmarkts, des Finanz-/Kapitalmarkts und des Aussen-handels im Sinne der Wirtschaftlichen Freiheitsrechte (damit einhergehend auch die De-Institutionalisierung der staatlichen Preisregulierung). Unabhängige Zentralbank, Wirtschafts- und Betriebsprüfung, Gerichtsbarkeit für Wirtschaftsdelikte.
	Privatisierung staatlicher Produktionsmittel	De-Institutionalisierung der staatlichen Produktionsmittel.*

* Selbstredend sind davon natürliche Monopole ausgeschlossen (z.B. die klassischen Netzindustrien wie Telekommunikation und Eisenbahn).

Wie bereits in der Diskussion um die Ausprägungen eines demokratischen Systems angesprochen, schreibt die Definition von Demokratie nicht vor, wie die einzelnen Institutionen im Detail ausgestaltet sein müssen (z.B. ein Proporz- vs. ein Majorzwahlssystem).⁹⁷ Es geht nur darum, dass die Institutionen im Kern jeweils den oben genannten Definitionen bzw. Bedingungen entsprechen. Ein Vergleich demokratischer Regierungssysteme zeigt dann auch, dass diese sehr verschiedene Formen annehmen können, sie alle aber den demokratischen Normen und Anforderungen (mehr oder weniger) gleichermassen entsprechen,

⁹⁷ Da bei den Kriterien Herrschaftsmonopol und Herrschaftslegitimation keine zentralen staatlichen Institutionen vorkommen, werden sie bei Diskussionen rund um diese Institutionen nicht mehr erwähnt.

also die Freiheit und Selbst- und Mitbestimmung der einzelnen Bürger garantieren bzw. ermöglichen (vgl. Mueller 2003: 99-128, vgl. 81-89).⁹⁸

c) Die Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen und deren zentrale staatliche Institutionen

Im vorliegenden Forschungsmodell sind die Demokratie-Reformen und die Wirtschaft-Reformen klar voneinander zu unterscheiden. Dies kann nun vereinfachend mit Hilfe der zentralen staatlichen Institutionen geschehen, indem diese auf die beiden Reformschritte aufgeteilt werden. Die Demokratie-Reformen und die Wirtschaft-Reformen können somit im Modell als die Institutionalisierung und Konsolidierung der jeweiligen zentralen staatlichen Institutionen angesehen werden; implizit sind damit aber immer auch die jeweiligen informellen und nicht-staatlichen Institutionen sowie alle übrigen staatlichen Institutionen mitgemeint.

Das Kriterium für diese Gruppierung der zentralen staatlichen Institutionen ist hierbei, ob sich diese – analog zu den Reformschritten – auf das politische System (und alle übrigen Subsysteme der Gesellschaft) beziehen oder auf das Wirtschaftssystem.⁹⁹ Es kann folgende Gruppierung und damit Definition der Reformschritte vorgenommen werden:¹⁰⁰

⁹⁸ Es gibt in der Literatur verschiedene Diskussionen über die unterschiedlichen Wirkungen der verschiedenen Formen zentraler staatlicher Institutionen eines demokratischen Gesellschaftssystems auf die Akteure (z.B. parlamentarisches System vs. präsidentielles System) (u.a. Schneider 2009; Munck 2004: 71, 85; Mueller 2003: 99-128, vgl. 81-89; Merkel und Puhle 1999: 116-118; Lipset 1994: 10-12; Offe 1994: 242-243; vgl. Guggenberger 2005; Whitehead 2002: 269; Beetham 1999: 1-2). Im Vergleich zum Unterschied, der zwischen Institutionen eines demokratischen Gesellschaftssystems und solchen eines autokratischen Gesellschaftssystems besteht, sind diese aber vernachlässigbar.

⁹⁹ „The essence of both political and economic transition is a change in a country's institutional system, i.e. its legal and organisational framework, which is conventionally divided into a political and economic system“ (Balcerowicz 1997: 153).

¹⁰⁰ Die zentralen staatlichen Institutionen der Demokratie-Reformen könnten noch weiter aufgegliedert werden, und zwar in solche Institutionen, die auf die Organisation der Staatsführung und deren Konstituierung zielen, also den Herrschaftszugang und die Herrschaftsstruktur betreffen (vgl. Merkel 2004: 38; Elster 1993: 176), und solche, die mehr auf die Beziehung des politischen Systems zu den anderen Subsystemen und die Freiheitsrechte ausgerichtet sind, also den Herrschaftsanspruch und die Herrschaftsweise betreffen (vgl. Bos 1994: 85-86). Die erste dieser Untergruppen könnte dann als Demokratie (im engeren Sinne) bezeichnet werden, die zweite als Rechtsstaat (Bertelsmann Stiftung 2006b: 74-79; vgl. auch die Gliederungen bei Fukuyama 2007: 11; Elster 1993; Bos 1994: 85-86; Rüb 1994: 114, 115). Eine solche Aufteilung ist dann sinnvoll, wenn Fragen nach der idealen Reihenfolge von Rechtsstaat und Demokratie (im engeren Sinne) interessieren (vgl. u.a. Bertelsmann Stiftung 2006b: 74-77; Zhao 2006) oder das Verhältnis zwischen Reformen des Rechtsstaats und des Wirtschaftssystems (vgl. u.a. Bertelsmann Stiftung 2006b: 74-75; Cervellati et al. 2006: 30-33; Fischer und Gelb 1991: 98, 100). Im der vorliegenden

Tabelle 4-2: Zusammensetzung der Reformschritte aus den zentralen staatlichen Institutionen gemäss den betroffenen Subsystemen

Reformschritt	Herrschaftskriterium	Zentrale staatliche Institutionen
Reformschritt Demokratie	Herrschaftszugang	Freies und faires Wahlsystem mit einem allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrecht
	Herrschaftsstruktur	Gewaltenteilung, Gewaltenhemmung und Gewaltenkontrolle im Regierungssystem
	Herrschaftsanspruch	Grundlegende Menschenrechte
		Politische Rechte (ausgenommen Wahlrecht)
		Freiheitsrechte der Subsysteme (ausgenommen politisches System, System Öffentlichkeit und Wirtschaftssystem)
	Herrschaftsweise	Gleicher Zutritt zu den Gerichten, Gleichheit vor dem Gesetz und an die Gesetze gebundenes staatliches Handeln (nur institutioneller Teil)
Reformschritt Wirtschaft	Wirtschaftssystem	Wirtschaftliche Freiheitsrechte
		Marktsystem basierend auf Angebot und Nachfrage (freie Bildung der Preise im Markt)
		Privatisierung staatlicher Produktionsmittel

d) Die Umsetzung einer Reform

Wie gesehen können die beiden Reformschritte als die Institutionalisierung und Konsolidierung der jeweiligen zentralen staatlichen Institutionen verstanden werden. Dies bedeutet nun aber umgekehrt auch, dass die Institutionalisierung zentraler staatlicher Institutionen und deren anschliessende Konsolidierung ein Indiz dafür sind, dass die Demokratie-Reformen bzw. Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden. Die Institutionalisierung zentraler staatlicher Institutionen kann also in der Untersuchung als Indikator dafür verwendet werden, ob im entsprechenden Zeitpunkt mit der Umsetzung bzw. Institutionalisierung von Demokratie-Reformen oder Wirtschaft-Reformen begonnen wird – wie später noch

Untersuchung interessieren hingegen die Demokratie-Reformen im umfassenden Sinn (vgl. die Forschungslücke und die Forschungsfrage in Kapitel 2; siehe auch entsprechend bei Bertelsmann Stiftung 2008 und Weidenfeld 2001).

gezeigt wird, ist dies insbesondere für die Festlegung der Messzeitpunkte der Untersuchung sehr hilfreich (vgl. die Kapitel 5.2.3 und 5.3.4). Die Umsetzung bzw. Institutionalisierung einer einzelnen zentralen staatlichen Institution kann hierbei als eine Reform bezeichnet werden.

Aus dem eingangs formulierten Zusammenhang zwischen Demokratie-Reformen und der Institutionalisierung und Konsolidierung der entsprechenden zentralen staatlichen Institutionen kann noch eine weitere Folgerung abgeleitet werden: Da gemäss Forschungsmodell die Institutionalisierung der Demokratie-Reformen in Form einer Inkraftsetzung einer neuen Verfassung erfolgt (die anschliessend konsolidiert wird), müssen in einer solchen neuen Verfassung grundsätzlich all jene zentralen staatlichen Institutionen berücksichtigt sein, die gemäss Tabelle 4-2 den Demokratie-Reformen zugeordnet werden, ansonsten kann nicht von der Umsetzung der Demokratie-Reformen gesprochen werden. Somit kann der Begriff „Inkrafttreten einer neuen Verfassung“ ebenfalls klar definiert werden (vgl. Kapitel 5.3.4).

4.3.3 Ergebnis der Transformation (der Outcome)

a) Typ eines stabilen Systems

Das Ergebnis der Transformation ist in diesem Forschungsmodell die „abhängige Variable“ bzw. der Outcome.¹⁰¹ Er gibt an, welcher Systemtyp in Folge der Transformation entstanden ist. Hierbei ist vor allem von Interessen, ob es sich um ein demokratisches System handelt und somit die Demokratisierung erfolgreich verlief, oder aber, ob sich ein autokratisches System etabliert hat und entsprechend die Demokratisierung gescheitert ist.¹⁰² Selbstverständlich können als Ergebnis eines Systemwechsels auch Mischformen aus diesen zwei „Extremtypen“ Demokratie und Autokratie resultieren. Es handelt sich dabei um Gesellschaftssysteme, die gleichzeitig sowohl demokratische als auch autokratische Elemente aufweisen, also bei den Herrschaftskriterien Ausprägungen demokratischer und autokratischer Systeme zeigen. Entsprechend kann der

¹⁰¹ Bei QCA, die in dieser Untersuchung angewendete Datenauswertungsmethode, spricht man bei der abhängigen Variable von Outcome (vgl. 5.5.2).

¹⁰² Für eine ausführliche Beschreibung dieser zwei Systemtypen sei auf die Kapitel 3.2.2 und 3.2.3 verwiesen.

Outcome kontinuierliche Werte annehmen (wie dies in den verschiedenen Abbildungen auch grafisch dargestellt ist).

Unabhängig von der jeweiligen Ausprägung ist bei allen Systemtypen zentral, dass ihr jeweiliges System auch tatsächlich stabil ist, denn nur dann kann davon gesprochen werden, dass der Transformationsprozess tatsächlich abgeschlossen ist (vgl. Kapitel 3.3.2). Die Stabilität eines politischen Systems ist wie gesehen dann erreicht, wenn das System breite diffuse und spezifische Unterstützung erfährt. Über die Frage, wann dieser Zustand genau erreicht ist, gehen die Meinungen in der Lehre allerdings auseinander (vgl. Merkel und Puhle 1999: 135). Gemäss Merkel und Puhle (1999: 175) ist vor allem zu Beginn die Haltung bzw. der Unterstützungsgrad der Eliten sehr entscheidend für den Legitimationszuwachs des neuen Gesellschaftssystems. Entsprechend ist „[e]in demokratisches Regime (...) hinreichend(...) konsolidiert (...), wenn alle politisch signifikanten Gruppen die zentralen politischen Institutionen des Regimes als legitim ansehen und die Spielregeln der Demokratie befolgen, die Demokratie also sozusagen ‚the only game in town‘ (Przeworski) ist“ (Merkel und Puhle 1999: 135-136; vgl. Schneider 2008: 12, 18; Hadenius und Berg-Schlosser 2004: 98; Merkel 1999: 146; Rüb 1996: 39).

Diese Definition kann nun auf alle Systemtypen übertragen werden, also auch auf autokratische Systeme (vgl. u.a. Merkel et al. 2003: 26, 27; Rüb 1996: 39; Schneider 2009: 18), wobei bei letzteren die „Unterstützung“ auch mittels Repression sichergestellt werden kann (vgl. Kapitel 3.3.2). Entsprechend kann ein System dann als konsolidiert, oder eben stabil angesehen werden, wenn die grosse Mehrheit der System-Eliten – und hier wird bewusst ein weiterer Begriff als bei Merkel und Puhle (1999: 135-136) verwendet – das (neue) System unterstützen, bzw. ihre Ablehnung wegen Repression nicht öffentlich äussern und politisch einfordern können.¹⁰³ Sobald ein System in diesem Sinne stabil ist, kann

¹⁰³ Die Bildung einer Bürgergesellschaft wird bei dieser Definition bewusst ausgeklammert (vgl. Merkel und Puhle 1999: 138-140), da dies in aller Regel bedeutend länger dauert (Merkel 1999: 146; vgl. Merkel und Puhle 1999: 179; Merkel et al. 1996: 12, 13). Allenfalls ist deshalb bei Demokratien die Konsolidierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig abgeschlossen und die informellen und nicht-staatlichen Institutionen müssen teilweise noch weiter entwickelt werden (vgl. Merkel 1999: 146; Merkel und Puhle 1999: 138, 179). Entsprechend ist eine solchermassen konsolidierte Demokratie noch nicht restlos stabil.

dessen Typ bzw. Ausprägung bestimmt werden; der Zeitpunkt hierzu wird mit t3 bezeichnet.

b) Verlust des staatlichen Gewaltmonopols

Nebst den Ausprägungen (stabile) Demokratie und (stabile) Autokratie gibt es beim Outcome noch eine dritte mögliche Ausprägung, die bisher noch nicht erwähnt wurde: der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols. Damit ist gemeint, dass das staatliche Gewaltmonopol, also die Staatsgewalt im staatsrechtlich-juristischen Sinne (vgl. Haller und Kölz 1999: 10),¹⁰⁴ nicht (mehr) auf mindestens den überwiegenden Teil des Staatsterritoriums ausgedehnt ist, sondern sich – wenn überhaupt – auf einzelne Gebiete davon beschränkt (Bertelsmann Stiftung 2008: 80; vgl. Whitehead 2004: 34). D.h. der Staat kann seine Normen und Entscheidungen gar nicht mehr oder nur noch in einem beschränkten Gebiet durchsetzen (vgl. Fukuyama 2007: 11-13; Leininger 2005: 966); in den übrigen Gebieten besteht dann überhaupt keine zentrale (Staats-) Gewalt mehr, alle politischen und administrativen Institutionen sind verschwunden, und es herrscht Anarchie (das Recht des Stärkeren), oder aber diese „ordnende“ Funktion wird durch pseudo-staatliche Institutionen wie Warlords (Bsp. Afghanistan, Somalia), Bürgerkriegsparteien (Bsp. Afghanistan, Sudan) oder Guerilla- bzw. Terrororganisationen (Bsp. Sri Lanka, Kolumbien) ausgeübt.

Gleichgesetzt werden mit dem Verlust des staatlichen Gewaltmonopols kann auch ein Zustand, bei dem die Kontrolle über das Staatsterritorium (oder zumindest über den grösseren Teil davon) bei externen Akteuren liegt, und somit trotz des Bestehens staatlicher Strukturen, der Kontrolle des Territoriums und der Durchsetzung der Normen und Entscheidungen nicht von einem souveränen, unabhängigen Staat gesprochen werden kann (vgl. Merkel et al. 2003: 58, Merkel und Puhle 1999: 108). Damit sind militärische Besetzungen durch andere Staaten gemeint, aber auch Peacekeeping- und Peaceenforcing-Operationen.

¹⁰⁴ Fukuyama (2005: 8; vgl. Leininger 2005: 966) beschreibt das Gewaltmonopol treffend: „The essence of stateness is, in other words, enforcement in the ultimate ability to send someone [...] to force people to comply with the state's laws.“ Und weiter: „State-building in a strict sense is about creating the Weberian monopoly of legitimate violence over a defined territory, and therefore has at its core the concentration of means of coercion – in practical terms, armies and police – under the control of a central political authority“ (Fukuyama 2007: 11).

Da die Staatsgewalt zentrales Element jedes Staates bzw. Gesellschaftssystems ist (vgl. Haller und Kölz 1999: 7) (vgl. Kapitel 3.1.2), hört mit dem Verlust derselben faktisch auch das System auf zu existieren (vgl. Fukuyama 2007: 11-13; Leininger 2005: 966).¹⁰⁵ Dadurch ist aber auch ein Systemwechsel oder Systemwandel nicht mehr möglich: Mit dem Verlust des staatlichen Gewaltmonopols kommt also auch die Transformation zu einem Ende – unabhängig von der Phase, in der sich die Transformation in dem Moment befindet (Merkel 1999: 131-132).

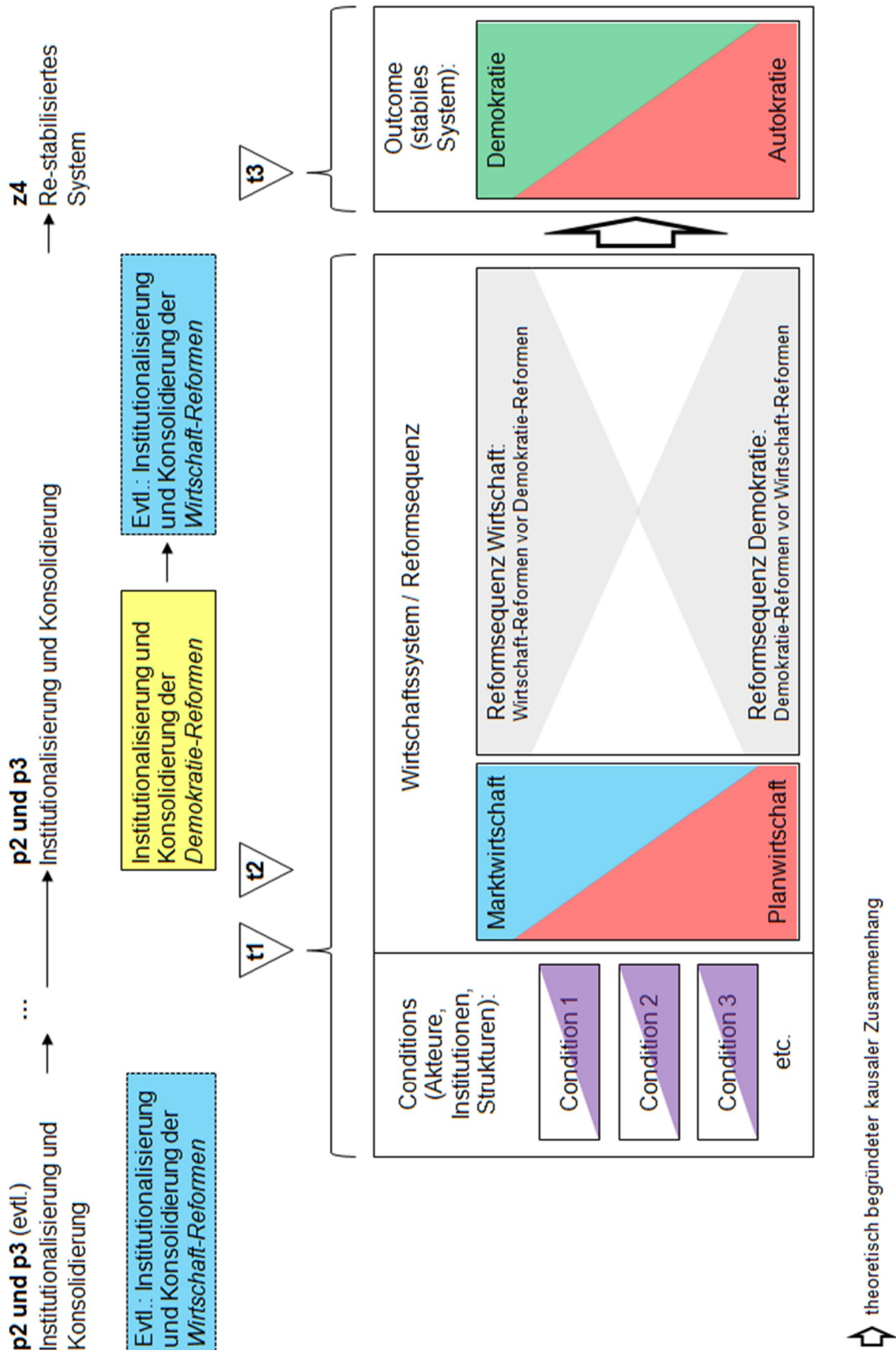
Die Outcome-Ausprägung Verlust des staatlichen Gewaltmonopols kann in der Analyse gleichgesetzt werden mit der Ausprägung Autokratie, da beide Systemtypen als „Nicht-Demokratien“ aufgefasst bzw. zusammengefasst werden können.

4.3.4 Zusammenfassung und Ergänzung des Forschungsmodells

Aufgrund der Diskussion über die Details der einzelnen Elemente des Forschungsmodells in den vorangegangenen Kapiteln kann dieses nun noch weiter präzisiert werden: Die Ausgangsbedingungen entsprechen den „unabhängigen Variablen“ im Modell, weshalb für sie auch der Begriff Conditions verwendet werden kann. Des Weiteren wird das Ergebnis der Transformationsprozesse neu als Outcome bezeichnet, um damit dessen Funktion als „abhängige Variable“ in der Untersuchung hervorzuheben. Dieser Outcome wird hierbei im Zeitpunkt t3 bei Vorliegen eines re-stabilisierten Systems erhoben. Auch kann nochmals explizit darauf hingewiesen werden, dass der Typ der Reformsequenz von der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems in t1 abgeleitet werden kann. Das Forschungsmodell kann somit neu wie folgt dargestellt werden:

¹⁰⁵ Häufig wird im Zusammenhang mit dem Verlust des staatlichen Gewaltmonopols auch von Destabilität eines Staates gesprochen. Diese Form der (De-) Stabilität ist von derjenigen in dieser Analyse klar zu unterscheiden: Wie in Kapitel 3.3.2 gesehen, bezieht sich die (De-) Stabilität im Zusammenhang mit Transformationen auf den Systemtyp. D.h. die Art und Weise, wie das System aufgebaut ist und funktioniert (also die sechs Herrschaftskriterien gemäss Kapitel 3.2.1 betreffend), werden abgelehnt, und entsprechend besteht eine Unsicherheit über die zukünftige Ausgestaltung des Systems. Die Existenz eines staatlichen Gewaltmonopols, bzw. im übertragenen Sinne die Existenz eines Systems, wird dabei hingegen nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern von allen Beteiligten als notwendig angesehen. Bei der (De-) Stabilität in Verbindung mit dem staatlichen Gewaltmonopol stehen hingegen die grundlegenden Elemente der Staatsdefinition aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt (Haller und Kölz 1999: 7) zur Disposition. Ein Beispiele, bei dem die Transformation zu einem Verlust des staatlichen Gewaltmonopols führte bzw. die Destabilität des Systemtyps die Destabilität der Staatlichkeit zur Folge hatte, ist das ehemalige Jugoslawien (im Falle der Tschechoslowakei wurde in einer ähnlichen Situation hingegen die Frage der Staatlichkeit friedlich gelöst).

Abbildung 4-7: Das Forschungsmodell ergänzt um die Elemente Conditions, Outcome, Zeitpunkte und Erhebung der Reformsequenz



Mit diesem ergänzten Forschungsmodell wird nun auch klarer, welcher Zeitraum innerhalb einer Transformation in dieser Untersuchung von Relevanz ist: der Zeitraum zwischen den beiden Zeitpunkte t1 und t3, also zwischen Beginn der Demokratie-Reformen (Erhebung der Conditions und des Wirtschaftssystems) und der Re-Stabilisierung des System (Erhebung des Outcome).¹⁰⁶ Somit bleiben die Phasen Destabilisierung des Systems (p1) und Langfristiges Bestehen des Gesellschaftssystems (p5) ausgeklammert. Auch allfällige bereits früher durchgeführte Institutionalisierungen und Konsolidierungen von Wirtschaft-Reformen sowie allgemein in früheren Jahren erfolgte Transformationen werden in dieser Analyse ebenfalls nicht direkt mitberücksichtigt. Indirekt können solche Ereignisse in der Zeit vor dem Zeitpunkt t1 aber durchaus für die Untersuchung von Interessen sein, denn sie können Einfluss auf die Fallauswahl haben (vgl. Kapitel 5.4.1) oder sich in den Ausprägungen der einzelnen Conditions und der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems widerspiegeln (vgl. die Kapitel 5.3.2 und 5.3.6). Zusätzlich können solche Informationen auch für die qualitative Beurteilung der Fälle und der Analyseergebnisse nützlich sein (vgl. die Kapitel 6.2 und 7.1).

4.4 Wahl der Conditions

4.4.1 Vorgehen

Ein zentrales Element des Forschungsmodells sind die Conditions. Bisher wurden diese erst allgemein definiert (vgl. Kapitel 4.3.1), und es wurde nicht gesagt, welche Conditions konkret in der Analyse untersucht werden sollen. Dies soll nun im Folgenden geschehen.

Die Wahl der Conditions für das vorliegende Forschungsmodell erfolgt dabei gemäss theoretischen Argumenten, d.h. die im Modell postulierten Kausalitäten zwischen den Conditions – in Kombination mit der Reformsequenz – und dem Ausgang einer Demokratiesierung (Outcome) werden theoretisch begründet (vgl. Wagemann und Schneider 2007: 21-22). Erst die empirische Untersuchung wird dann zeigen, ob diese Zusammenhänge auch in der Empirie Geltung haben.

¹⁰⁶ Vgl. dazu Rustow (1970: 346): „Empirical data in support of a genetic theory must cover, for any given country, a time period from just before until just after the advent of democracy.“

Das Vorgehen zur Auswahl der Conditions stützt sich weitgehend auf die Empfehlungen von Berg-Schlosser und De Meur (2009: 25-28; vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 8-9; Yamasaki und Rihoux 2009: 125-130). Hierbei wird in zwei Schritten vorgegangen: In einem ersten Schritt werden aus der Literatur alle Nennungen zusammengetragen, die im Weitesten einen Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen und Demokratisierung beschreiben bzw. postulieren. Diese potentiellen Conditions werden dann daraufhin untersucht, ob sie der Definition einer Condition gemäss Kapitel 4.3.1 auch tatsächlich entsprechen. Im zweiten Schritt werden die Kausalbeziehungen genauer analysiert und geschaut, ob sie mit dem Forschungsmodell und der dahinterstehenden Theorie – insbesondere dem Zusammenhang zwischen den Conditions und Reformsequenz und dem Erfolg einer Demokratisierung – vereinbar sind bzw. diese optimal ergänzen. Potentielle Conditions, die auch diese Bedingung erfüllen, werden als Condition in das Forschungsmodell aufgenommen.¹⁰⁷

4.4.2 Nennung potentieller Conditions in der Literatur

Im ersten Schritt bei der Auswahl der Conditions werden alle möglichen Faktoren, Bedingungen, Wirkungen und Abhängigkeiten in Zusammenhang mit Demokratisierungen aus der Literatur zusammengetragen (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 26). Mit dieser umfassenden Übersicht möglicher potentieller Conditions soll verhindert werden, dass gewisse Einflussgrössen von vornherein von der Auswahl ausgeschlossen werden;¹⁰⁸ die Auswahl der Conditions soll alleine aufgrund theoretischer Argumente erfolgen. Dieses Vorgehen kann auch eher sicherstellen, dass – im theoretischen Forschungsmodell – letztendlich alle notwendigen und hinreichenden Conditions der einzelnen Reformsequenzen mitberücksichtigt werden, und somit grundsätzlich mit ihnen die gesamte (theoretische) Beziehung zwischen Conditions und Outcome erklärt werden kann (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 26).

¹⁰⁷ Bei diesem Auswahlverfahren wird auch mitberücksichtigt, welche Kriterien für die Fallauswahl gelten (vgl. Kapitel 5.4.1), bzw. die Festlegung der Conditions und der Fallauswahlkriterien erfolgte iterativ (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 23-25; Schneider und Wagemann 2007: 123).

¹⁰⁸ Es wird trotzdem nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben; die Auswahl bezieht sich nur auf die als relevant angesehene Literatur.

Folglich können diese Nennungen potentieller Conditions sowohl theoretisch begründet sein, als auch auf eine empirische Untersuchung zurückgehen.¹⁰⁹ Auch bezüglich des Objekts dieser Einflüsse, also ob eine bestimmte Transformationsphase,¹¹⁰ ein spezifischer Reformschritt,¹¹¹ ein bestimmter Systemzustand oder eine gesamte Transformation beeinflusst wird, wird hier keine Selektion vorgenommen.¹¹² Für die Auswahl vorerst ebenfalls irrelevant ist, ob es sich bei dieser Beziehung um eine Wahrscheinlichkeit oder aber um eine notwendige oder hinreichende Bedingung handelt.¹¹³ Die Zusammenstellung dieser Einflüsse, also potentieller Conditions, ist in Tabelle 4-3 ersichtlich.

Tabelle 4-3: Übersicht über potentielle Conditions in der Literatur¹¹⁴

Potentielle Condition*	Nennungen in der Literatur**
Akteursverhalten	Bertelsmann Stiftung (2006: 72-73); Merkel und Puhle (1999: 93); Merkel (1996b: 85-90); Merkel et al. (1996: 18); Rüb (1996: 49, vgl. 49-50); Huntington (1991: 590); vgl. Merkel (2004: 52); Segert (1996: 116-122); Bos (1994: 98, 99)
Armut	Merkel (2004: 44, 52-53); vgl. Bertelsmann Stiftung (2008: 43); Nolte (1996: 304)
Art des Systemwechsels	Merkel (1999: 141); Bos (1994: 90, 91); Offe (1994: 242-243); Karl und Schmitter (1991: 276-280); vgl. Diamond (2008: 90-94); Acemoglu und Robinson (2006: 31-32); Merkel (2004: 54); Merkel und Puhle (1999: 93, 114-115); Schubert und Thompson (1996: 408); Glotz und Schultze (1995: 522); Rüb (1994: 120-128)
Aussicht auf EU-Integration	Bertelsmann Stiftung (2008: 24, 42, vgl. 36); Diamond (2008: 136-140); Havrylyshyn (2006: 203-230); Fischer und Sahay (2000: 22); Offe (1994: 242-243); vgl. Merkel (2004: 54)
Big-Bang-Reformen	Havrylyshyn (2006: 158-167); Fischer und Sahay (2000: 11-17); Merkel und Puhle (1999: 133); Stern (1997: 52); vgl. Müller (1999: 4-5); Roland (1997: 185); Offe (1994: 242-243); Fischer und Gelb (1991: 98-99)

¹⁰⁹ Einzelne der Einflüsse werden auch von theoretischen oder empirischen Aussagen über Zusammenhänge zwischen verschiedenen Reformen bzw. Reformschritten abgeleitet; es handelt sich hierbei also nicht um explizit von den Autoren genannte Einflüsse.

¹¹⁰ Die Faktoren bei Merkel und Puhle (1999: 74-75, 104) beziehen sich beispielsweise spezifisch auf die Ablösung eines Regimes (vgl. Munck 2004: 71, 86).

¹¹¹ Wie bereits im Zusammenhang mit den Wirtschaft-Reformen gezeigt wurde (vgl. Fussnote 3) entspricht nicht bei allen Autoren die Definition der Reformschritte der hier verwendeten Definition (vgl. z.B. Lipset 1994: 16; Melo und Gelb 1997: 63-64; Offe 1994: 71). Da hier aber eine möglichst umfassende Übersicht möglicher Einflüsse angestrebt wird, ist diese Vielfalt auch klar gewollt.

¹¹² Bei etlichen Nennungen ist auch unklar, auf was genau sich der jeweilige Einfluss beziehen sollte.

¹¹³ Für ein Beispiel einer Wahrscheinlichkeit siehe u.a. Merkel und Puhle (1999: 10, 112), die das Entwicklungsniveau, die demokratische Tradition und die politische Kultur nicht als notwendige oder hinreichende Bedingung für eine Demokratisierung betrachten, sondern als Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Demokratisierung erhöhen.

¹¹⁴ Für genauere Erläuterungen zu den einzelnen potentiellen Conditions vgl. Tabelle 10-1 in Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions.

Bildung	Berg-Schlosser (2004b: 26); Merkel (2004: 45); Merkel und Puhle (1999: 104); vgl. Arat (1988: 21)
Demokratische Erfahrungen in der Vergangenheit	Schneider (2009: 50-51); Carothers (2007a: 24); Carothers (2002: 16); Merkel (1999: 121, 141); Merkel und Puhle (1999: 74-75, 80-81, 104); vgl. Przeworski et al. (2000: 127); Offe (1994: 242-243); Sørensen (1990: 29)
Eliten-Konsens	Merkel (1999: 62, 148); Rüb (1996: 54, vgl. 61); Fischer und Gelb (1991: 94); vgl. Merkel (2004: 54); Merkel und Puhle (1999: 121, 123); Lipset (1994: 9)
Fehlen von Marktwirtschaft	Merkel und Puhle (1999: 82-83, 104); Lipset (1994: 3, vgl. 4)
Fehlende Talente	Wolf (2004: 148); Zecchini (1997b: 10); vgl. Stern (1997: 43-44); Fischer und Gelb (1991: 98, 100)
Funktionierende Staatsinstitutionen	Bertelsmann Stiftung (2008: 21); Collier (2007: 64-75); Cervellati et al. (2006: 30-33); Wolf (2004: 146); Knack (2003b); Carothers (2002: 8, 16); Fried (2001: 233); Merkel und Puhle (1999: 79, 101, 119, 133); Müller (1999: 7-10); Kraus (1996: 279); Schubert und Thompson (1996: 405-406); Lipset (1994: 6, 16); Toonen (1993: 158, 164-166); vgl. Diamond (2008: 160-166); Acemoglu et al. (2007: 5-6); Berman (2007b: 15); Carothers (2007a: 19); Fukuyama (2007: 7-19); Mansfield und Snyder (2007: 5, 7, 9); Berg-Schlosser (2004b: 26); Stern (1997: 43); Nolte (1996: 301); Elster (1993: 213-214); Sørensen (1990: 29)
Geographische und topographische Schwierigkeiten	Bertelsmann Stiftung (2008: 127, 186); Acemoglu et al. (2005: 399-400); Wolf (2004: 146-147)
Gesellschaftliche Konflikte	Schneider (2009: 48-49); Tilly (2009: 327-328); Berman (2007a: 28); Carothers (2007a: 24); Collier (2007: 17-37); Fukuyama (2007: 11); Acemoglu und Robinson (2006: 35-38); Bertelsmann Stiftung (2006b: 75-76); Cervellati et al. (2006: 30-33); Sunde (2006: u.a. 18); Berg-Schlosser (2004b: 26, vgl. 18); Merkel (2004: 44, 52-53); Munck (2004: 71); Carothers (2002: 15, 17); Merkel und Puhle (1999: 74-75, 93, 104); Chua (1998); Muller (1997: u.a. 151-153); Simpson (1997); Kraus (1996: 277-278); Offe (1994: 242-243); Elster (1993: 170); vgl. Bertelsmann Stiftung (2008: 80, 82, 185); Mansfield und Snyder (2007: 5, 7); Thiery (2006: 25); Horowitz (2000); Przeworski et al. (2000: 125); Wolff (1998: 13ff.); Lipset (1994: 2); Rustow (1970: 350-351)
Grösse des Legitimationsverlustes	Lipset (1994: 8); vgl. Munck (2004: 71, 85); Merkel und Puhle (1999: 104); Merkel et al. (1996: 18)
Grösse des politischen Freiraums	Merkel und Puhle (1999: 85); vgl. Kraus (1996: 278, 280); Offe (1994: 242-243)
Internationales Umfeld	Schneider (2009: 51); Carothers (2007a: 24); Collier (2007: 53-63, vgl. 38-52); Havrylyshyn 2006: 203-230; Merkel (2004: 47-48, 54); Whitehead (2004: 35-36); Merkel (1999: 141); Merkel und Puhle (1999: 79, 81-82, 104); Balcerowicz (1997: 155); Kraus (1996: 278, 279); Merkel (1996b: 90-91); Offe (1994: 66, 67-70, 77, 78, 242-244; vgl. 231, 232); Welzel (1994: 72); Sørensen (1990: 29); vgl. Diamond (2008: 107-134, 135-149); Berg-Schlosser (2004b: 18); Doorenspeet (2004: 316-317, 317-318); Whitehead (2004: 44-46); Przeworski et al. (2000: 127); Lipset (1994: 16)
Interne Umverteilung / Sozialstaat	Offe (1994: 78, 79); vgl. Rüb (1996: 65, 66)
Kontinuität der alten Eliten	Offe (1994: 242-243)
Konzentration von Bodenschätzen	Carothers (2007a: 24); Collier (2007: 38-52)

Länge und Intensität eines nicht-demokratischen Regimes	Merkel (2004: 54); Fischer und Sahay (2000: 22); Merkel (1999: 121); Nolte (1996: 300); Elster (1993: 170-171); vgl. Mansfield und Snyder (2007: 9); Merkel und Puhle (1999: 77-78, 103)
Macht der alten Eliten	Merkel (1999: 138, 141); Merkel und Puhle (1999: 74-75, 120-121); Merkel et al. (1996: 17, 18); Offe (1994: 71, vgl. 64); Rüb (1994: 131); vgl. Fukuyama (2005: 44); Munck (2004: 71, 85); Pinkney (2003: 24, 110); Przeworski et al. (2000: 126); Stern (1997: 50); Elster (1993: 170, 213-214)
Medien	Merkel und Puhle (1999: 145); vgl. Mansfield und Snyder (2007: 9); Berg-Schlosser (2004b: 23)
Mittelschicht	Acemoglu und Robinson (2006: 38-40); Doorenspeet (2004: 314-315)
Modernisierungsgrad der Gesellschaft	Merkel und Puhle (1999: 83-84)
Neue Institutionen	Azariadis und Stachurski (2005: 367-372); Gasiorowski und Power (1998: 751-752)
Ökonomische Abhängigkeit vom Ausland	Collier (2007: 38-52); Merkel und Puhle (1999: 111); Balcerowicz (1997: 155); Schmelzer (1997: 309); Vogel (1997: 201); Nolte (1996: 300); vgl. Acemoglu und Robinson (2006: 40-42)
Politische Kultur	Bertelsmann Stiftung (2006b: 71, 80-81); Acemoglu et al. (2005: 400-402); Fukuyama (2005: 40, 47, vgl. 39); Inglehart und Welzel (2005: 180-186); Berg-Schlosser (2004b: 20, 26); Merkel (2004: 53); Carothers (2002: 15, 17); Wiesenthal (2002: 7-12); Merkel und Puhle (1999: 101, 102, 104, vgl. 91-92, 181-182); Putnam (1995, 1993); Lipset (1994: 2-3, 5-7, 8, 9); Offe (1994: 66-67, 71, 77, 78, 242-243); Welzel (1994: 67); Sørensen (1990: 29); vgl. Bertelsmann Stiftung (2008: 186); Diamond (2008: 98-102, 154-157); Berman (2007a: 28); Linder und Bächtiger (2005: 863-870, 875); Fried (2001: 233-244); Kraus (1996: 279, 281); Merkel (1996b: 106); Fischer und Gelb (1991: 101); Diamond (1990: 49)
Pro-demokratische Akteure	Diamond (2008: 102-105, 157-160); Acemoglu und Robinson (2006: 31); Munck (2004: 71, 85); Whitehead (2004: 42-44); Wiesenthal (2002: 7-12); Merkel und Puhle (1999: 79, 84-91, 104, 106, 113); Kraus (1996: 280, 281, 278); Segert (1996: 135); Lipset (1994: 2-3, 7; vgl. 12-14, 14-15); Offe (1994: 66-71, 79, 80); Welzel (1994: 67); Przeworski (1991: 180-187); vgl. Tilly (2009: 328-329); Bos (1994: 102); Diamond (1990: 49)
Qualität der Reformen	Bertelsmann Stiftung (2008: 33, 64, 65; vgl. 203); Bos (1994: 101); vgl. Bertelsmann Stiftung (2006b: 10-12, 80, 81); Beyer (2001: u.a. 37-38); Merkel und Puhle (1999: 133); Koen (1997: 190); Laski (1997); Stern (1997: 42, 44); Zecchini (1997b: 6, 7, 9-11); Fischer und Gelb (1991: 98, 100, 102); Gelb und Gray (1991: 12, 14); Przeworski (1991: 162-180); Lipton und Sachs (1990: 99-103)
Reformwilligkeit des Regimes	Wolf (2004: 148-149); Mahoney (2001: 53-107); Bos (1994: 101); vgl. Glotz und Schultze (1995: 522); Sandschneider (1994: 35)
Regimeart	González (2008: 12-14; vgl. 220-222, 223-227, 227); Munck (2004: 71); Merkel (1999: 121); Merkel und Puhle (1999: 77-78); vgl. Schneider (2009: 49-50); Rüb (1996: 40, 43); Huntington (1991: 584-588)
Säkularismus	Bertelsmann Stiftung (2006b: 71); Merkel et al. (2003: 61-62)
Schlechte Infrastruktur	Schmelzer (1997: 309); vgl. Arat (1988: 22)
Soziale Struktur	Berg-Schlosser (2004b: 26); Sørensen (1990: 29)

Sozio- ökonomische Entwicklung	Schneider (2009: 47-48); Tang (2008: u.a. 107); Berman (2007a: 28); Sunde (2006: 18); Nuscheler (2005: 223); Coppedge (1997: 178, 185, 197-198); Kraus (1996: 279); Lipset (1994: 2-3, 7, vgl. 6, 16); Welzel (1994: 67); vgl. Bertelsmann Stiftung (2008: 43, 82); Sunde (2006: 18); Inglehart und Welzel (2005: 160); Linder und Bächtiger (2005: 863-870); Wolf (2004: 139ff., 148); Durth et al. (2002: 43ff.); Pryeworski et al. (2000: 98, 101, 106); Merkel (1999: 62); Merkel und Puhle (1999: 240; vgl. 68-70, 82-83, 91-92); Balcerowicz (1997: 164); Barro (1997: 19-22, 22ff.); Offe (1994: 242-243); Diamond (1992: 470); Arat (1988: 22)
Struktur des Landbesitzes	Berman (2007a: 28); Acemoglu und Robinson (2006: 32-33); vgl. Merkel (2004: 52); Müller (1999: 8)
Urbanisierung	vgl. Arat (1988: 22)
Verteilung der Machtressourcen	Merkel et al. (2003: 213, vgl. 200-206, 244, 266); Vanhanen (1997: 42-60)
Veto-Player	Acemoglu und Robinson (2006: 34); vgl. Bertelsmann Stiftung (2006b: 77); Havrylyshyn (2006: 177-202); Tsebelis (2000: 446); Merkel und Puhle (1999: 77-78, 129-130)
Wirtschaftsstruktur	Merkel (2004: 44, 52); Munck (2004: 71, 85); Fischer und Sahay (2000: 22); Merkel und Puhle (1999: 68-70, 82-83, 104, 240, vgl. 128, 129); Müller (1999: 8); Gasiorowski und Power (1998: 751); Balcerowicz (1997: 161-162); Fischer et al. (1997: 81); Muller (1997: u.a. 151-153); Offe (1994: 242-243); Fischer und Gelb (1991: 92-93, 96-98, 101); vgl. Havrylyshyn (2006: u.a. 126); Acemoglu et al. (2005: 397-399); Merkel und Puhle (1999: 128, 129); Balcerowicz (1997: 156); Merkel (1996b: 106); Sørensen (1990: 29)
Wirtschafts- wunder	Offe (1994: 77); vgl. Acemoglu und Robinson (2006: 31-32)
Wohstand	Diamond (2008: 94-97); Carothers (2007a: 24); Merkel (2004: 44, 52); Carothers (2002: 16); Merkel und Puhle (1999: 74-75, 104; vgl. 240); Rüb (1996: 65, 66); Lipset (1994: 2-3, 7); Welzel (1994: 67); vgl. Przeworski et al. (2000: 123); Gasiorowski und Power (1998: 751); Nolte (1996: 300)
Zeitpunkt des Machtwechsels	Merkel und Puhle (1999: 118-119); vgl. González (2008); Merkel (1999: 122, 129-130); Huntington (1991: 593ff.)
Zivile Kontrolle des Militärs	Nolte (1996: 300)

* Die vorliegend Aufzählung ist nicht abschliessend.

** Bei sehr vielen Autorennennungen werden nicht alle Autoren genannt, sondern nur die jeweils bedeutendsten Vertreter. Bei einzelnen Conditions wird deren Bedeutung für die Demokratisierung nicht von allen Autoren gleichermassen geteilt (z.B. Inglehart und Welzel (2005) über die politische Kultur oder Beyer (2001: 37-38) über Big-Bang).

Gewisse der in dieser Zusammenstellung genannten potentiellen Conditions können nun von der weiteren Auswahl ausgeschlossen werden, da sie der Definition einer Condition gemäss Kapitel 4.3.1 widersprechen (z.B. nicht die Akteure oder deren Machtverhältnisse wiedergeben). Hierbei sollen insbesondere all jene potentiellen Conditions von der Auswahl ausgeschlossen werden, von denen angenommen werden muss, dass sie generell einen (grossen) Einfluss auf

Transformationen haben, es sich hierbei also um Bedingungen der Demokratisierung handelt; diese Faktoren werden in der Fallauswahl berücksichtigt (vgl. Kapitel 5.4.1). Ebenso sollen potentielle Conditions, die als Bestandteil eines anderen Einflusses bzw. einer anderen potentiellen Condition angesehen werden können, in diese integriert bzw. mit diesen kombiniert werden (vgl. dazu Berg-Schlosser und De Meur 2009: 28). Von potentiellen Conditions, die weiter berücksichtigt werden, kann nun auch noch zusätzlich deren Einfluss auf den Verlauf und das Ergebnis einer Transformation angegeben werden. Die Zusammenstellung potentieller Conditions kann somit wie folgt angepasst werden:¹¹⁵

Tabelle 4-4: Überarbeitet Zusammenstellung potentieller Condition, inkl. Nennung von deren Einfluss auf den Verlauf und das Ergebnis einer Transformationen

Potentielle Condition	Einfluss auf den Verlauf und das Ergebnis einer Transformationen
Gesellschaftliche Konflikte	Laut Schneider (2009: 48-49) erhöht die ethnisch-sprachliche Vielfalt in der Zusammensetzung der Gesellschaft die Gefahr politischer Konflikten entlang genau dieser Grenzen, da keine dieser Gruppen von der Macht ausgeschlossen werden möchte; entsprechend ist eine Einigung über die neue institutionelle Ausstattung im Rahmen einer Transformation viel schwieriger (vgl. Collier 2009: 51-73; Tilly 2009: 327-328; Fukuyama 2007: 11, 12-13; Whitehead 2004: 37-38; Horowitz 2000; Chua 1998). Materielle Armut wiederum führt zum Ausschluss der Betroffenen vom politischen Prozess (Merkel 2004: 44, 52-53; Simpson 1997; vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 82; Wolff 1998: 13ff.) und damit ebenfalls zu Konflikten um die institutionelle Ausstattung.
Politische Kultur	„Democracy requires a supportive culture, the acceptance by the citizenry and political elites of principles underlying freedom of speech, media, assembly, religion, of the rights of opposition parties, of the rule of law, of human rights, and the like“ (Lipset 1994: 3; vgl. Diamond 1990: 49). Entsprechend, so Inglehart und Welzel (2005: 300), ist „[d]emocracy (...) not simply the result of clever elite bargaining and constitutional engineering. It depends on deep-rooted orientations among the people themselves. These orientations motivate them to press for freedom, effective civil and political rights, and genuinely responsive government [...]“. Es ist also damit auch eine tiefere Überzeugung der Bürger verbunden, dass ein demokratisches politisches System gut und folglich erstrebenswert ist (vgl. Fukuyama 2005: 47; Merkel und Puhle 1999: 101, 102, 181-182; Lipset 1994: 9).
Pro-demokratische Akteure	„Die Institutionalisierung der Demokratie setzt demokratiefähige Akteure voraus, auf der Elitenebene ebenso wie auf der Massenebene“ (Merkel und Puhle 1999: 106; vgl. Diamond 1990: 49), denn nur so kann ein Machtvakuum verhindert und nicht-demokratische Kräfte von der Machtübernahme abgehalten werden (Merkel und Puhle 1999: 113; vgl. Segert 1996: 135). Dies gilt auch für die Konsolidierung (Kraus 1996: 278). Selbstverständlich sind die pro-demokratischen Akteure umso einflussreicher, je mehr Macht sie haben (vgl. Munck 2004: 71; Merkel und Puhle 1999: 84-91).

¹¹⁵ Die Begründungen, warum potentielle Conditions von der weiteren Auswahl ausgeschlossen werden, finden sich in Tabelle 10-2 in Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions.

Sozio- ökonomische Entwicklung	Die sozioökonomische Entwicklung führt zu „changes in people's living conditions“, insbesondere einem autonomen individuellen Leben (Inglehart und Welzel 2005: 160) bzw. zur Herausbildung eines (Bildungs-) Bürgertums (Welzel 1994: 67; vgl. The Economist 2008: 16-18; Merkel und Puhle 1999: 68-70, 82-83). Mit diesem Zuwachs an Selbständigkeit und Selbstverantwortung im privaten und ökonomischen Bereich steigt dann mit der Zeit auch das Verlangen dieser Akteure nach (mehr) politischer Mitsprache (Schneider 2009: 47). Gleichzeitig erhöht sich damit das Verständnis für die Individualität der Mitbürger, was die Bereitschaft zu friedlicher Konfliktlösung (vgl. Schneider 2009: 48; Lipset 1994: 2) und zur gemeinsamen politischen Machtausübung (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 82; Lipset 1994: 2) vergrößert. Dadurch nehmen auch die Forderungen nach neuen demokratischen Institutionen zu (Schneider 2009: 47). Werden demokratische Institutionen erst einmal etabliert, so wirkt sich ein (Bildungs-) Bürgertum sehr positiv auf deren Konsolidierung aus (Coppedge 1997: 198): „in the countries at the lower levels of socioeconomic development the citizens lack the power to force the government to provide clean elections, fair competition, freedom of speech, and diverse information, even though the electoral machinery is in place.“ Kurz: „[D]ie sozioökonomische Entwicklung (...) [bringt] Trägergruppen für Demokratisierungsprozesse [hervor]“ (Nuscheler 2005: 223).
Veto-Player	Veto-Player haben aufgrund ihrer Machtposition die Möglichkeit, einen Transformationsprozess negativ zu beeinflussen, zu blockieren oder gar zu verhindern (vgl. Acemoglu und Robinson 2006: 34).
Wirtschaftsstruktur	Die Wirtschaftsstruktur gibt den Zustand des Wirtschaftssystems in Bezug auf die (potentielle) Produktivität bzw. das (potentielle) BIP-Wachstum wieder (vgl. Merkel und Puhle 1999: 68-70, 82-83; Balcerowicz 1997: 161, 162). Es weist aber genauso sehr auch auf Strukturprobleme hin, die über kurz oder lang das Wirtschaftswachstum bremsen (Fischer et al. 1997: 81; vgl. Fischer und Gelb 1991: 92-93, 96-97). Folglich fallen bei einer guten Wirtschaftsstruktur die Reformen weniger schmerzhaft aus (d.h. tiefere soziale Kosten), und das Wachstum der Wirtschaft beginnt wieder früher und stärker (u.a. Balcerowicz 1997: 161-162); beides ist der Demokratisierung zuträglich, da weniger Verteilungskonflikte entstehen und das Wohlstandsniveau nur kurzfristig zurückgeht (vgl. Merkel und Puhle 1999: 68-70, 82-83; Balcerowicz 1997: 161, 162; Fischer und Gelb 1991: 92-93, 96-97). Zudem haben je nach Wirtschaftsstruktur bzw. Modernisierungsgrad unterschiedliche Akteure wirtschaftliche (und politische) Macht.

4.4.3 Auswahl der Conditions aufgrund theoretischer Argumente

Im zweiten Schritt der Auswahl werden aufgrund theoretischer Argumente aus der Zusammenstellung potentieller Conditions die „tatsächlichen“ Conditions ausgewählt (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 25). Dabei geht es darum, eine (theoretische) Kausalität zwischen einzelnen Conditions und dem Outcome (Ergebnis einer Demokratisierung) unter Berücksichtigung der Reformsequenz herzustellen und so den jeweiligen Einfluss aufzuzeigen.¹¹⁶ Potentielle Conditions,

¹¹⁶ Diese Arbeit ist keinesfalls trivial, da verschiedene Beispiele zeigen, dass solche Kausalitäten nicht unumstritten bzw. eindeutig sind: Ist der starke und der Demokratie zuträglich Staat in den

bei denen keine gut begründete Kausalbeziehung zum Outcome besteht, werden nicht weiter berücksichtigt. Alle anderen Conditions stehen hingegen für konkrete Bedingungen, die theoretisch gegeben sein müssen, damit eine Transformation mit einer ganz bestimmten Reformsequenz zu einer erfolgreichen Demokratisierung führt; sie können in das Forschungsmodell integriert werden.

Grundlage für diese Arbeit bildet die erarbeitete Zusammenstellung potentieller Conditions und deren in der Literatur genannten Einflüsse auf das Ergebnis einer Demokratisierung (vgl. Tabelle 4-4). Des Weiteren werden die in Kapitel 2.1.2 präsentierten Theorien bezüglich Erfolg und Misserfolg einer bestimmten Reformsequenz verwendet; zwecks Repetition werden in der folgenden Tabelle 4-5 diese Theorien zusammenfassend nochmals in der Übersicht dargestellt (ohne Nennung ausgewählter Autoren).¹¹⁷

südostasiatischen Ländern auf den Konfuzianismus zurückzuführen, wie Fukuyama (2007: 10) argumentiert, oder aber auf den japanischen Kolonialismus, wie dies Berman (2007b: 15) vermutet? Und Merkel und Puhle (1999: 112, vgl. 112-113; Coppedge 1997: 178) stellen die Frage nach Kausalität zwischen demokratischen Institutionen und politischer Kultur: „Als Regel dürfte jedoch eher gelten, dass ein hinreichend langes Funktionieren demokratischer Institutionen und die Effizienz eines demokratischen Systems eine demokratische politische Kultur produzieren [statt umgekehrt].“ Auch zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Demokratie besteht laut Coppedge (1997: 178, vgl. 198) keine eindeutige Kausalität: „All aspects of socioeconomic development – per-capita GDP, income distribution, life expectancy, infant mortality, industrialization, occupational diversification, urbanization, literacy, school enrolments, and access to mass media – correlate with democracy, and most of these aspects of development are intercorrelated as well. There is some evidence that democracy may be as much a cause of some aspects of socioeconomic development as it is their effect.“ Oder wie es zusammenfassend Karl und Schmitter (1991: 270) formulieren: „In other words, what have been emphasized as independent variables in the past might be more fruitfully conceived as dependent variables in the future.“

¹¹⁷ Wie in Kapitel 4.2.2 diskutiert beschränkt sich das Forschungsmodell auf die beiden Reformsequenzen Demokratie und Wirtschaft und lässt die Reformsequenz mit den beiden Reformschritten parallel unberücksichtigt. Entsprechend wird im Folgenden – auch in der Tabelle 4-5 – nicht mehr weiter auf diese dritte Reformsequenz eingegangen.

Tabelle 4-5: Zusammenfassende Übersicht über die theoretischen Argumente der verschiedenen Reformsequenzen (Repetition, ohne Reformsequenz parallel)

Reformsequenz	Theoretisches Argument
Demokratie	Nur in Demokratien bestehen genügend stabile Staats- und Gesellschaftsstrukturen, insbesondere eine Rechtsstaatlichkeit, die das Funktionieren einer Marktwirtschaft erlauben.
	Nur demokratische Entscheidungsprozesse können Wirtschafts-Reformen legitimieren.
Wirtschaft	Aufgrund der grossen sozialen Kosten sind Wirtschafts-Reformen nur von Autokratien durchführbar. In demokratischen politischen Systemen werden deshalb solche Reformen gar nicht erst in Angriff genommen oder aber sie scheitern dabei.
	Erst die durch die Marktwirtschaft ausgelöste sozioökonomische Entwicklung verändert die Machtkonstellation einer Gesellschaft so, dass Demokratie-Reformen möglich werden.
	Dank dem Vorhandensein einer Marktwirtschaft wachsen die Wertschätzung für Selbst- bzw. Mitbestimmung und dadurch der Ruf nach Demokratie-Reformen.
	Dank dem Bestehen einer Marktwirtschaft können sich alle Kräfte auf die Durchführung der Demokratie-Reformen konzentrieren.

Obige Theorien begründen jeweils die Vorteile einer bestimmten Reformsequenz aufgrund ihrer spezifischen Abfolge der Reformen. Um nun davon Argumente für die Condition-Wahl ableiten zu können, kann bei jeder dieser Theorien überlegt werden, welche potentiellen Conditions aufgrund ihrer in der Literatur genannten Einflüsse wohl nötig sein würden, damit die umgekehrte Reformsequenz (ebenfalls) erfolgreich verlaufen könnte. Es geht also darum, die in den Theorien genannten Defizite einer Reformsequenz mit den in der Literatur genannten theoretischen Einflüssen potentieller Conditions wieder wett zu machen.¹¹⁸ Entsprechend werden von den Theorien über die Reformsequenz Demokratie Conditions abgeleitet, die (theoretisch) hinreichend und/oder notwendig für die Reformsequenz Wirtschaft sind, und umgekehrt (vgl. die nachfolgenden Absätze).

¹¹⁸ Vgl. dazu auch Schneider (2009: 109, vgl. 47-51) über die für seine Analyse durchgeführte Wahl der Conditions: „The research on the causes of CoD [(consolidation of democracy)] that I have presented in this book has been performed under the premise that rather than concentrating on one particular type of hypothesis at the expense of others (e.g. the role of economic development, ethno-linguistic heterogeneity, or the executive format), the aim should be to combine some of the most prominent hypotheses into a more coherent set of propositions.“

a) Conditions im Zusammenhang mit der Reformsequenz Demokratie

Ausgehend von den theoretischen Argumenten der Reformsequenz Wirtschaft können in Bezug auf die Reformsequenz Demokratie die folgenden potentiellen Conditions abgeleitet werden:

Tabelle 4-6: Kausalbeziehungen zwischen potentiellen Conditions und dem Outcome abgeleitet von den theoretischen Argumenten der Reformsequenz Wirtschaft

Theoretisches Argument	Potentielle Conditions und ihre Kausalbeziehung
Aufgrund der grossen sozialen Kosten sind Wirtschaft-Reformen nur von Autokratien durchführbar. In demokratischen politischen Systemen werden deshalb solche Reformen gar nicht erst in Angriff genommen oder aber sie scheitern dabei.	<p>Eine hohe <i>sozioökonomische Entwicklung</i> bringt ein Bildungsbürgertum hervor, das für friedliche Konfliktlösung und gemeinsame politische Machtausübung einsteht. Entsprechend können gesellschaftliche Konflikte im Zusammenhang mit den Reformen bereits im Vorfeld oder später im Prozess entschärft und so Widerstände gegen die Reformen verringert werden.</p> <p>Eine gute <i>Wirtschaftsstruktur</i> kann die sozialen Kosten der Reformen mildern, Verteilkonflikte entschärfen und so Widerstände gegen die Reformen verringern.</p> <p>Die Abwesenheit von <i>Veto-Playern</i> reduziert die Widerstände gegen die Demokratisierung (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen).</p> <p>Die Abwesenheit <i>gesellschaftlicher Konflikte</i> kann verhindern, dass es aufgrund der Reformen zu Verteilkämpfen zwischen gesellschaftlichen Gruppen um die Macht kommt, bzw. dass solche zumindest nicht eskalieren und den Reformprozess blockieren.</p>
Erst die durch die Marktwirtschaft ausgelöste sozioökonomische Entwicklung verändert die Machtkonstellation einer Gesellschaft so, dass Demokratie-Reformen möglich werden.	<p>Eine hohe <i>sozioökonomische Entwicklung</i> weist auf relativ selbständige, gebildete Bürger hin, die ein Interesse an politischer Mitsprache haben. Sie setzen sich deshalb für Reformen ein, unterstützen die pro-demokratischen Akteure und leisten einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der neuen Institutionen.*</p> <p><i>Pro-demokratische Akteure</i> setzen sich für die Demokratisierung ein.</p> <p>Die Abwesenheit von <i>Veto-Playern</i> reduziert die Widerstände gegen die Demokratisierung (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen).</p>
Dank dem Vorhandensein einer Marktwirtschaft wachsen die Wertschätzung für Selbst- bzw. Mitbestimmung und dadurch der Ruf nach Demokratie-Reformen.	<p><i>Pro-demokratische Akteure</i> setzen sich für die Demokratisierung ein.</p> <p>Eine pro-demokratische <i>politische Kultur</i> widerspiegelt die zentralen Normen und Prinzipien eines demokratischen Systems. Entsprechend setzen sich Bürger für Reformen ein, unterstützen die pro-demokratischen Akteure und leisten einen Beitrag zur Konsolidierung der neuen Institutionen.</p> <p>Eine hohe <i>sozioökonomische Entwicklung</i> weist auf relativ selbständige, gebildete Bürger hin, die ein Interesse an politischer Mitsprache haben. Sie setzen sich deshalb für Reformen ein, unterstützen die pro-demokratischen Akteure und leisten einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der neuen Institutionen.</p>

<p>Dank dem Bestehen einer Marktwirtschaft können sich alle Kräfte auf die Durchführung der Demokratie-Reformen konzentrieren.</p>	<p>Während einer Transformation muss das neue bzw. neu entstehende System sehr hohen Anforderungen gerecht werden und ist sehr hohen Belastungen ausgesetzt. Aus diesem Grund wirkt allgemein die Abwesenheit zusätzlicher Schwierigkeiten und Probleme und das Vorhandensein guter Ausgangsbedingungen unterstützend:</p> <p>Eine hohe <i>sozioökonomische Entwicklung</i> bringt ein Bildungsbürgertum hervor, das für politische Mitsprache, friedliche Konfliktlösung und gemeinsame politische Machtausübung einsteht. Entsprechend setzt sich das Bildungsbürgertum für Reformen ein, unterstützt die pro-demokratischen Akteure und leistet einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der neuen Institutionen. Zudem können gesellschaftliche Konflikte im Zusammenhang mit den Reformen bereits im Vorfeld oder später im Prozess entschärft und so Widerstände gegen die Reformen verringert werden.</p> <p>Eine gute <i>Wirtschaftsstruktur</i> kann die sozialen Kosten der Reformen mildern, Verteilkonflikte entschärfen und so Widerstände gegen die Reformen verringern.</p> <p><i>Pro-demokratische Akteure</i> setzen sich für die Demokratisierung ein.</p> <p>Die Abwesenheit von <i>Veto-Playern</i> reduziert die Widerstände gegen die Demokratisierung (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen).</p> <p>Die Abwesenheit <i>gesellschaftlicher Konflikte</i> kann verhindern, dass es aufgrund der Reformen zu Verteilungskämpfen zwischen gesellschaftlichen Gruppen um die Macht kommt, bzw. dass solche zumindest nicht eskalieren und den Reformprozess blockieren.</p> <p>Eine pro-demokratische <i>politische Kultur</i> widerspiegelt die zentralen Normen und Prinzipien eines demokratischen Systems. Entsprechend setzen sich Bürger für Reformen ein, unterstützen die pro-demokratischen Akteure und leisten einen Beitrag zur Konsolidierung der neuen Institutionen.</p>
--	---

* Zwar führt eine freie Marktwirtschaft langfristig zu höherem Wirtschaftswachstum und ermöglicht so eine grössere sozioökonomische Entwicklung, als das in einer Planwirtschaft der Fall ist (vgl. z.B. World Bank 1996a: 22, Melo et al. 1996: 407, Sunde 2006: 18; zur allgemeinen Wachstumstheorie siehe z.B. Aghion und Durlauf 2005 oder Barro und Sala-i-Martin 2004). Das bedeutet aber nicht, dass eine gewisse sozioökonomische Entwicklung nur in einer freien Marktwirtschaft möglich ist, was sich u.a. an den verschiedenen Indikatoren der sozioökonomischen Entwicklung für die Staaten Mittel- und Osteuropas zur Zeit der kommunistischen Herrschaft zeigen lässt (vgl. die World Development Indicators, World Bank 2008; vgl. Perzeworski et al. 2000: 179). Aus diesem Grund kann hier die sozioökonomische Entwicklung als potentielle Condition berücksichtigt werden.

Wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich ist, kann grundsätzlich für alle potentiellen Conditions eine Kausalbeziehung zum Outcome gefunden werden. Allerdings ist deren Begründung nicht in allen Fällen gleich gut und überzeugend,

weshalb weitere Vereinfachungen möglich und zweckmässig sind:¹¹⁹

- Bei der Wirtschaftsstruktur wird im Vergleich zu den anderen potentiellen Conditions klar der deutlich kleinste Einfluss auf den Outcome erwartet. Gleichzeitig handelt es sich dabei um den gleichen, ähnlich begründeten Einfluss wie bei der sozioökonomischen Entwicklung und den gesellschaftlichen Konflikten, weshalb die Wirtschaftsstruktur auch kaum eine zusätzliche Erklärungsperspektive präsentieren kann (vgl. Merkel und Puhle 1999: 68-70, 82-83). Diese potentielle Condition soll deshalb nicht weiter berücksichtigt werden.
- Wie in der Zusammenstellung der potentiellen Conditions ersichtlich ist (vgl. Tabelle 4-4), ist die Begründung für den Einfluss der politischen Kultur auf den Outcome relativ ähnlich zu derjenigen der sozioökonomischen Entwicklung. Obige Diskussion zeigt nun, dass bei der politischen Kultur auch die gleiche, wenn auch weniger umfassende Wirkung vermutet wird. Auch gegenüber der potentiellen Condition pro-demokratische Akteure besteht ein solcher, allerdings weniger starker Zusammenhang. Somit liefert die potentielle Condition politische Kultur nur bedingt einen zusätzlichen Aspekt in der Erklärung von Transformationen (vgl. Kraus 1996: 279; Nuscheler 2005: 223; Rüb 1996: 37). Gleichzeitig besteht aber die Gefahr von Doppelzählungen und einem zu komplexen Forschungsmodell. Aus diesem Grund wird auch diese potentielle Condition von der Auswahl ausgeschlossen.

Aufgrund obiger Diskussion werden demnach als Conditions der Reformsequenz Demokratie die folgenden vier Bedingungen bzw. Faktoren gewählt:

¹¹⁹ Für die Untersuchung mit fsQCA ist es sinnvoll, wenn die Zahl der Conditions nicht zu gross ist im Verhältnis zur Fallanzahl (vgl. Fussnote 168). Aus diesem Grund ist eine solche Vereinfachung auch aus Sicht der Datenauswertung anzustreben.

Tabelle 4-7: Die vier Conditions der Reformsequenz Demokratie

Condition	Erklärung / Definition*	Erwarteter Einfluss
Sozioökonomische Entwicklung	Sozioökonomische Entwicklung der Gesellschaft: Bildungsstand der Bevölkerung, Gesundheitszustand der Bevölkerung, Modernisierungsgrad der Gesellschaft, Modernisierungsgrad der Wirtschaft, Wohlstand	Eine hohe sozioökonomische Entwicklung bringt ein Bildungsbürgertum hervor, das für politische Mitsprache, friedliche Konfliktlösung und gemeinsame politische Machtausübung einsteht. Entsprechend setzt sich das Bildungsbürgertum für Reformen ein, unterstützt die pro-demokratischen Akteure und leistet einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der neuen Institutionen. Zudem können gesellschaftliche Konflikte im Zusammenhang mit den Reformen bereits im Vorfeld oder später im Prozess entschärft und so Widerstände gegen die Reformen verringert werden.
Gesellschaftliche Konflikte	Konflikte zwischen sozialen Klassen, Ethnien/Nationalitäten, Religionen/Glaubensansichten, Sprachen oder Clans, oder aufgrund von Einkommensunterschieden	Die Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte kann verhindern, dass es aufgrund der Reformen zu Verteilungskämpfen zwischen gesellschaftlichen Gruppen um die Macht kommt, bzw. dass solche zumindest nicht eskalieren und den Reformprozess blockieren.
Pro-demokratische Akteure	Akteure, die sich aktiv für die Demokratisierung einsetzen	Pro-demokratische Akteure setzen sich für die Demokratisierung ein.
Veto-Player	Akteure, die sich aktiv gegen die Demokratisierung einsetzen (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen)	Die Abwesenheit von Veto-Playern reduziert die Widerstände gegen die Demokratisierung (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen).

* Die Erklärung bzw. Definition der einzelnen Conditions leitet sich jeweils aus den Erläuterungen der Autoren (vgl. Tabelle 10-1 in Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions) und aus dem Einfluss der potentiellen Conditions auf das Ergebnis einer Transformation gemäss Tabelle 4-4 und Tabelle 4-6 ab.

b) Conditions im Zusammenhang mit der Reformsequenz Wirtschaft

Aufgrund des hier verwendeten Forschungsmodells können aus den Theorien zur Reformsequenz Demokratie nicht direkt Conditions für die Reformsequenz Wirtschaft abgeleitet werden. Denn der Zeitpunkt t_1 , in dem die Ausprägungen der Conditions gemessen werden, liegt wie gesehen in allen Fällen unmittelbar vor Inkrafttreten einer neuen Verfassung bzw. vor Beginn des Reformschritts Demokratie (vgl. Kapitel 4.2.1), die von den Theorien über die Reformsequenz Demokratie abgeleiteten Conditions beziehen sich hingegen alle auf einen Zeitpunkt vor Beginn des Reformschritts Wirtschaft und somit – es handelt sich hier immer um Fälle mit einer Reformsequenz Wirtschaft – zeitlich klar vor dem Zeitpunkt t_1 . Folglich muss daher für die Bestimmung der Conditions zur Reformsequenz Wirtschaft auf andere Theorien abgestützt werden.

Als Alternative bieten sich die Theorien zur Reformsequenz Wirtschaft an, da sich diese zum Übergang von den Wirtschaft-Reformen zu den Demokratie-Reformen äusseren und sich entsprechend auf den Zeitpunkt t_1 beziehen. Es können somit die in diesen Theorien postulierten Kausalbeziehungen zwischen der Reformsequenz Wirtschaft und dem Outcome zum Zeitpunkt t_1 aufgezeigt und analog zu Absatz a) die Überlegung angestrengt werden, welche Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung in diesen Fällen gegeben sind bzw. zusätzlich noch gegeben sein müssen:

Tabelle 4-8: Kausalbeziehungen zwischen der Reformsequenz Wirtschaft und dem Outcome zum Zeitpunkt t1 abgeleitet von den theoretischen Argumenten der Reformsequenz Wirtschaft

Theoretisches Argument	Kausalbeziehung zwischen Reformsequenz und Outcome
Aufgrund der grossen sozialen Kosten sind Wirtschaft-Reformen nur von Autokratien durchführbar. In demokratischen politischen Systemen werden deshalb solche Reformen gar nicht erst in Angriff genommen oder aber sie scheitern dabei.	Die durch die Wirtschaft-Reformen verursachten Veränderungen in der Wirtschaft haben Auswirkungen auf die sozioökonomische Situation der einzelnen Bürger (insbesondere auf die Beschäftigung und das Einkommen). Bürger, bei denen diese Reformen zu einer Verschlechterung der Lebenssituation führen (würden), werden sich höchstwahrscheinlich dagegen wehren. Mit Bestehen einer freien Marktwirtschaft ist nun diese <i>Gefahr gebannt</i> , dass „Reformverlierer“ den (weitere) <i>Reformprozess blockieren</i> .
Erst die durch die Marktwirtschaft ausgelöste sozioökonomische Entwicklung verändert die Machtkonstellation einer Gesellschaft so, dass Demokratie-Reformen möglich werden.	Dank der Wirtschaft-Reformen kann sich eine freie Marktwirtschaft etablieren. Aus diesem Prozess geht auch ein <i>Mittelstand</i> hervor, der wirtschaftlich unabhängig ist und für den individuelle Selbstverantwortung und Selbstbestimmung zentrale Werte sind. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten des Mittelstands finden (mehrheitlich) direkt zwischen Privaten statt, sind also unabhängig vom politischen System. Ein Mittelstand hat entsprechend grosses Interesse, seine Freiheit und Unabhängigkeit auch auf andere Bereiche der Gesellschaft auszudehnen – insbesondere auf das politische System – und unterstützt folglich eine Demokratisierung. Dank seiner wirtschaftlichen Macht hat der Mittelstand dabei ein besonderes Gewicht.
Dank dem Vorhandensein einer Marktwirtschaft wachsen die Wertschätzung für Selbst- bzw. Mitbestimmung und dadurch der Ruf nach Demokratie-Reformen.	
Dank dem Bestehen einer Marktwirtschaft können sich alle Kräfte auf die Durchführung der Demokratie-Reformen konzentrieren.	Im Zeitpunkt t1, wenn die Wirtschaft-Reformen umgesetzt sind und eine freie Marktwirtschaft besteht, können sich die pro-demokratisch eingestellten Akteure voll und ganz <i>auf die Demokratie-Reformen konzentrieren</i> und entsprechend ihre Kräfte bündeln.

Die Umsetzung der Wirtschaft-Reformen im Zuge einer Reformsequenz Wirtschaft führt dazu, dass im Zeitpunkt t1, also kurz vor der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung, eine freie Marktwirtschaft besteht. Wie die obige Zusammenstellung zeigt, ist damit auch verbunden, dass sich zum einen in der gleichen Zeit ein Mittelstand etablieren konnte, und zum anderen im weiteren Transformationsprozess „nur“ noch die Realisierung der Demokratie-Reformen anstehen. Diese beiden Faktoren ermöglichen nun – so wird argumentiert – einen weiteren und erfolgreichen Verlauf der Demokratisierung. Eine freie Marktwirtschaft stellt also die erforderliche Ausgangsbedingung in t1 für eine erfolgreiche Demokratisierung mit der Reformsequenz Wirtschaft dar – wobei sich diese wie gesehen direkt aus der Umsetzung der Wirtschaft-Reformen ergibt. Zusätzliche Bedingungen bzw.

Conditions scheinen hingegen für den Erfolg einer Demokratisierung in dieser Situation nicht nötig zu sein.

c) Die Conditions des Forschungsmodells (Zusammenfassung)

Im Forschungsmodell werden als Conditions die vier folgenden Bedingungen bzw. Faktoren verwendet: sozioökonomische Entwicklung, gesellschaftliche Konflikte, pro-demokratische Akteure und Veto-Player. Wie gesehen stellen diese Conditions gemäss Theorie die hinreichenden und notwendigen Bedingungen dar,¹²⁰ damit eine Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie erfolgreich verlaufen kann. Für die Reformsequenz Wirtschaft werden hingegen keine Conditions bestimmt, da bei dieser Sequenz aufgrund der umgesetzten Wirtschaft-Reformen im Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung bereits optimale Bedingungen für eine (weitere) Demokratisierung bestehen.

4.5 Zusammenfassung: das Forschungsmodell mit allen Details

Mit Vorliegen der Conditions kann das Forschungsmodell in seiner abschliessenden Form, d.h. mit all seinen Details dargestellt werden (vgl. Abbildung 4-8): Für den Erfolg einer Demokratisierung ist entscheiden, welche Bedingungen bzw. Conditions vorhanden sind und in welcher Reihenfolge die beiden Reformschritte Demokratie und Wirtschaft umgesetzt werden, bzw. ob zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung bereits eine freie Marktwirtschaft besteht oder eine Planwirtschaft. Je nach Kombination aus Conditions und Reformsequenz ist eine erfolgreiche Demokratisierung möglich oder aber die Transformation endet wieder mit einem autokratischen System.

Konkret wird gemäss Theorie erwartet, dass bei Abwesenheit einer freien Marktwirtschaft (Reformsequenz Demokratie) für eine erfolgreiche Demokratisierung eine hohe sozioökonomische Entwicklung, keine gesellschaftliche Konflikte, pro-demokratische Akteure und keine Veto-Player gegeben sein müssen (vgl. Abbildung 4-9). Sind diese Conditions so nicht vorhanden, wird eine

¹²⁰ Wobei es zu beachten gilt, dass vermutete wird, dass es die *Abwesenheit* von gesellschaftlichen Konflikten und die *Abwesenheit* von Veto-Player sind, die für eine erfolgreiche Demokratisierung notwendig und hinreichend sind.

Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie hingegen scheitern, d.h. sie wird wieder zu einem autokratischen System führen (vgl. Abbildung 4-10). Besteht andererseits bereits eine freie Marktwirtschaft (Reformsequenz Wirtschaft), so kann eine Demokratisierung erfolgreich verlaufen unabhängig davon, welche Conditions gegeben sind (vgl.

Abbildung 4-11).

Ob sich diese theoretischen kausalen Zusammenhänge auch in der Empirie wieder finden lassen, muss nun die empirische Untersuchung zeigen.

Abbildung 4-8: Das Forschungsmodell mit allen Details gemäss bisheriger Diskussion

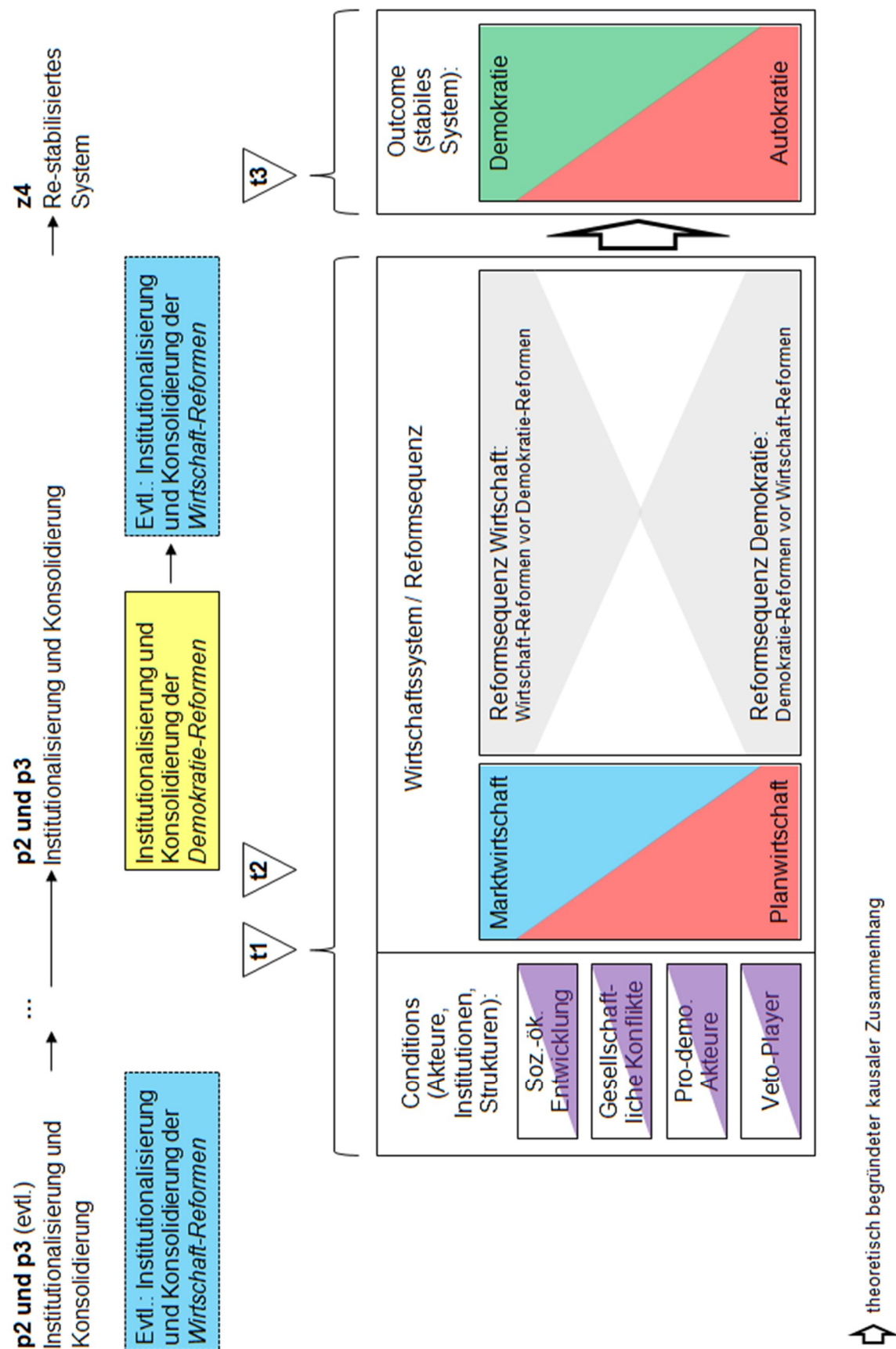


Abbildung 4-9: Darstellung einer erfolgreichen Reformsequenz Demokratie

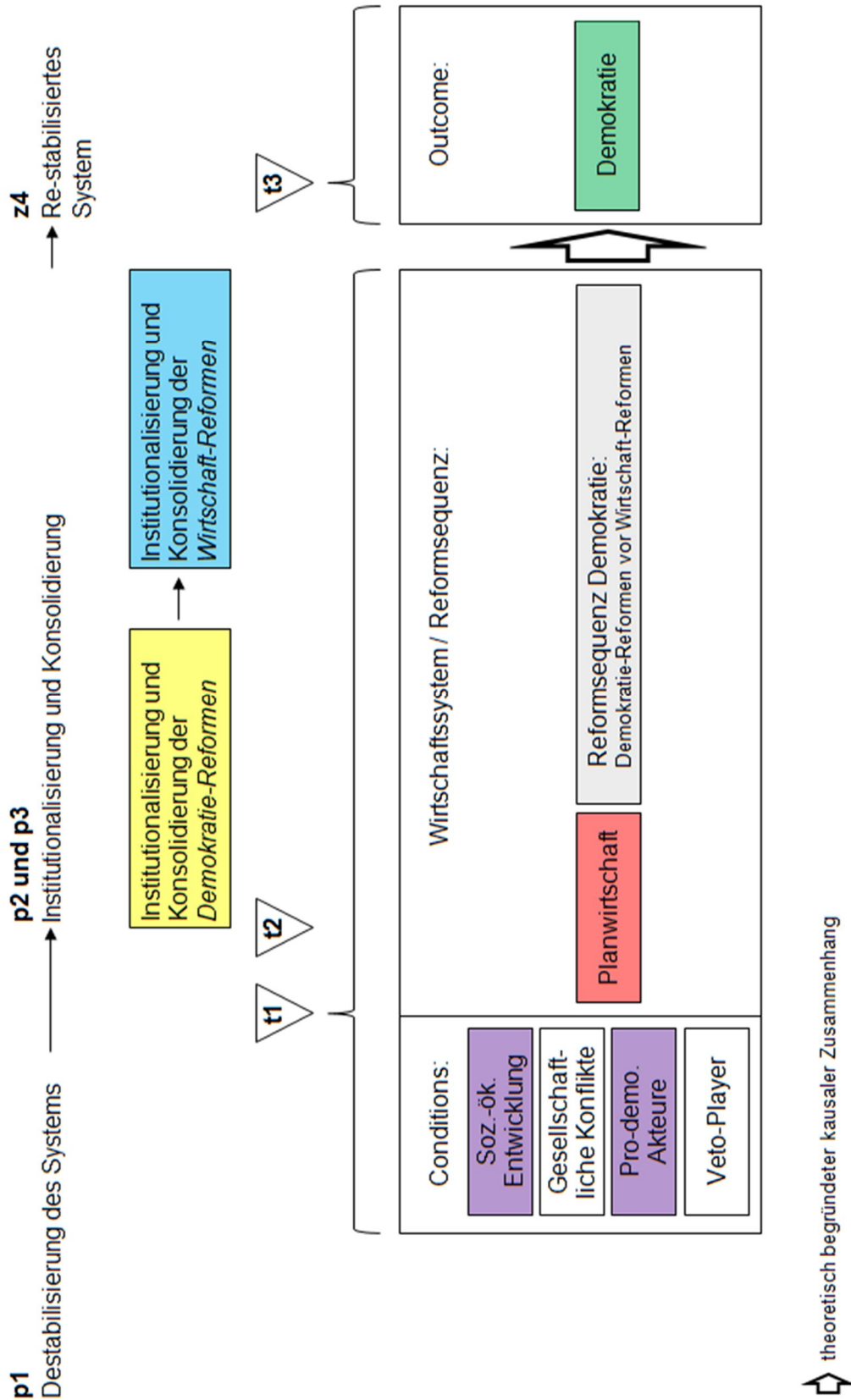


Abbildung 4-10: Darstellung einer gescheiterten Reformsequenz Demokratie

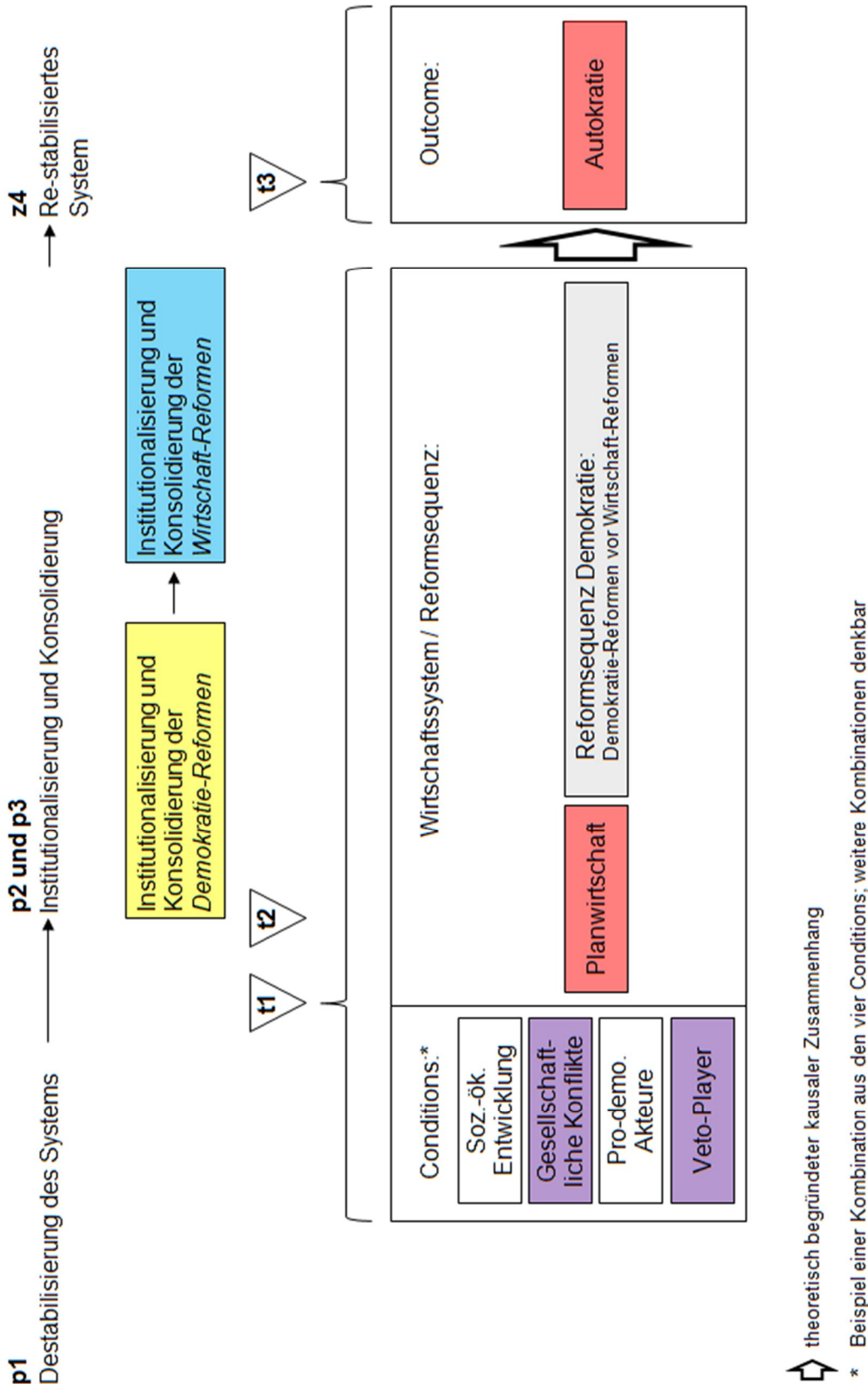
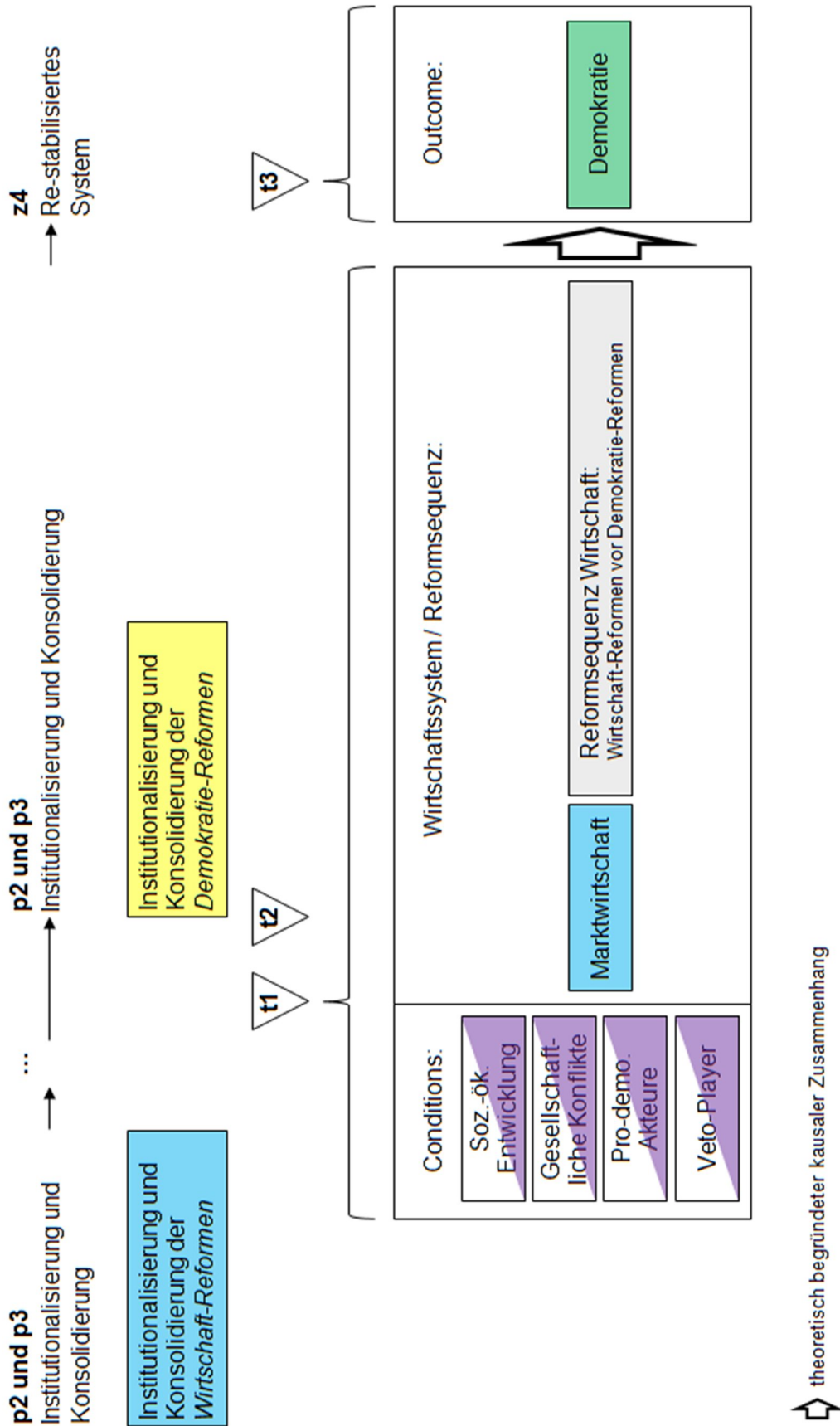


Abbildung 4-11: Darstellung einer erfolgreichen Reformsequenz Wirtschaft



III. Empirische Untersuchung

5 Untersuchungsanordnung

In den beiden bisherigen Abschnitten I und II wurden die in dieser Untersuchung zu beantwortende Forschungsfrage diskutiert, eine allgemeine Theorie zu Transformationen und Transformationsprozessen präsentiert sowie ausgehend von einer Forschungsidee das (theoretische) Forschungsmodell entwickelt. Basierend auf diesen (theoretischen) Grundlagen wird nun in Abschnitt III zuerst die Untersuchungsanordnung ausgearbeitet (Kapitel 5), bevor dann in Kapitel 6 die eigentliche empirische Untersuchung mit Datenerhebung und Datenauswertung durchgeführt wird. Bestandteile der Untersuchungsanordnung sind die Formulierung der Hypothesen, die Nennung des Untersuchungsdesigns und des Geltungsbereichs, die Konzeptspezifikationen, die Operationalisierungen, die Fallauswahl und die Wahl der Methode für die Datenauswertung.

Da die kommenden Kapitel auf den vorhergehenden aufbauen, sei an dieser Stelle nochmals auf das Forschungsmodell gemäss Abbildung 4-8ff. in Kapitel 4.5 verwiesen. Wie gesagt soll die empirische Untersuchung zeigen, was die notwendigen und hinreichenden Bedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung sind, wenn bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung eine freie Marktwirtschaft resp. eine Planwirtschaft besteht, und wieweit sich diese Bedingungen je nach Reformsequenz unterscheiden.

5.1 Hypothesen, Untersuchungsdesign und Geltungsbereich

5.1.1 Hypothesen

Mit Vorliegen des vollständigen Forschungsmodells können nun die Hypothesen formuliert werden, die im Rahmen dieser Untersuchung zwecks Beantwortung der Forschungsfrage konkret überprüft werden sollen (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 28):

- 1) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie), kann eine Demo-

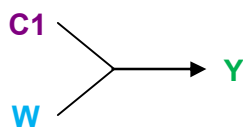
kratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn eine *hohe sozioökonomische Entwicklung* besteht.

- 2) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie), kann eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn *keine gesellschaftlichen Konflikte* bestehen.
- 3) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie), kann eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn *pro-demokratische Akteure* bestehen.
- 4) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie), kann eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn *keine Veto-Player* bestehen.
- 5) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung bereits eine *freie Marktwirtschaft* besteht (Reformsequenz Wirtschaft), kann eine Demokratisierung erfolgreich verlaufen unabhängig davon, welche Ausprägungen die einzelnen Conditions aufweisen.

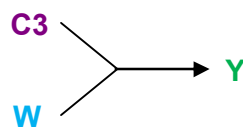
Mit Pfeildiagrammen können die fünf Hypothesen wie folgt dargestellt werden:

Abbildung 5-1: Pfeildiagramme zu den fünf Hypothesen¹²¹

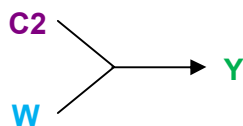
Hypothesen 1 und 5:



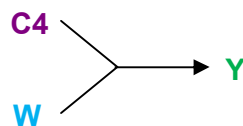
Hypothesen 3 und 5:



Hypothesen 2 und 5:



Hypothesen 4 und 5:



Legende:

- C1-C4 Conditions 1 bis 4
- W Reformsequenz
- Y Outcome

¹²¹ Vgl. Tacq (1997: u.a. 15-17, 34-35).

Wie bereits bei der Herleitung des Forschungsmodells gezeigt können die Conditions („unabhängige Variablen“, C1-C4) Ausprägungen aufweisen zwischen den beiden Extremwerten „Condition ist vollständig gegeben“ und „Condition ist vollständig nicht gegeben“. Bei der Reformsequenz (Bedingungsfaktor, W) kann es sich wiederum entweder um eine Reformsequenz Demokratie (bzw. Nicht-Bestehen einer freien Marktwirtschaft) oder eine Reformsequenz Wirtschaft (bzw. Bestehen einer freien Marktwirtschaft) handeln, wobei auch hier kontinuierliche Werte möglich sind. Die Ausprägungen beim Outcome („abhängige Variable“, Y) können alle Werte zwischen den beiden Extrema „demokratisches Gesellschaftssystem“ und „autokratisches Gesellschaftssystem“ annehmen, wobei diese gleichzusetzen sind mit „erfolgreicher Demokratisierung“ und „gescheiteter Demokratisierung“.

Die fünf Hypothesen weisen die nachstehende Typologisierung auf: Es handelt sich bei allen um eine *irreversible* Beziehung, da die Umkehrung der Richtung keinen Sinn ergibt. Der Outcome folgt bei allen Hypothesen zeitlich auf die Conditions und die Reformsequenz, die „Variablen“ sind also zeitlich *aufeinanderfolgend*. Des Weiteren handelt es sich um *stochastische* Hypothesen, da grundsätzlich von einer gewissen Eintretenswahrscheinlichkeit bei der Beziehung zwischen den Conditions und der Reformsequenz sowie dem Outcome ausgegangen werden muss (vgl. Schneider 2009: 68). Bei den Hypothesen kann zudem von *bedingten Hypothesen* gesprochen werden, da die Reformsequenz (also das Bestehen oder Nicht-Bestehen einer freien Marktwirtschaft) ein Bedingungsfaktor der Beziehung zwischen Conditions und Outcome ist. Es wird zudem angenommen, dass die vier Conditions bzw. deren Hypothesen zusammen eine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie sind; jede einzelne davon ist demnach ein notwendiger Teil dieser Bedingung (vgl. Schneider 2009: 61). Auch bei der fünften Hypothese wird eine hinreichende Bedingung für den Outcome vermutet. Entsprechend sind die vier ersten Hypothesen zusammen sowie die fünfte Hypothese in Bezug auf den Outcome *substituierbar*, ein demokratisches System kann also auf „beide Arten“ erfolgreich etabliert werden.¹²² Wie bereits gesehen

¹²² Dies sind alles theoretische Annahme: Es ist gerade das Ziel der vorliegenden Untersuchung,

handelt es sich hier auch immer um *kausale* Beziehungen, wobei diese teils *positiv* (Hypothesen 1, 3 und 5), teils *negativ* (Hypothesen 2 und 4) sind.

5.1.2 Art des Designs

Die Art des Untersuchungsdesigns ergibt sich aus der Art und Anzahl der Variablen, der Anzahl Erhebungszeitpunkte und der Anzahl zu untersuchenden Fälle (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 19):¹²³

- Die in dieser Analyse untersuchten Beziehungen setzen sich aus drei verschiedenen Arten von „Variablen“ zusammen:¹²⁴ den Conditions („unabhängige Variablen“), der Reformsequenz (Bedingungsfaktor) und dem Outcome („abhängige Variable“). Wie gesehen beschreiben vier verschiedene Conditions die Ausgangsbedingungen eines Transformationsprozesses, nämlich die sozioökonomische Entwicklung, die gesellschaftlichen Konflikte, die pro-demokratischen Akteure und die Veto-Player. Die Information über die Abfolge der Demokratie-Reformen und Wirtschaft-Reformen innerhalb eines Transformationsprozesses ist wiederum in der Art der Reformsequenz enthalten. Das Ergebnis eines Transformationsprozesse, also ob eine Demokratisierung erfolgreich oder nicht erfolgreich ablief, bzw. ob sich ein demokratische oder ein autokratisches System etablierte, wird im Outcome erfasst. *Gesamthaft kommen somit sechs verschiedene „Variablen“ in der Untersuchung vor.*
- Die Conditions und die Art der Reformsequenz treten in der zeitlichen Abfolge eines Transformationsprozesses klar vor dem Output auf, demzufolge werden deren Ausprägungen auch zum Zeitpunkt t1 ermittelt, also früher als diejenigen des Outcomes (Zeitpunkt t3). Obwohl somit zwei Messzeitpunkte im Forschungsmodell vorliegen, gibt es gesamthaft betrachtet doch nur eine Erhebung pro Fall. D.h. die Ausprägungen der Conditions, der Reformsequenz

die Art der Beziehungen zwischen den „Variablen“ herauszufinden. Folglich kann die Untersuchung auch durchaus ergeben, dass z.B. die vier ersten Hypothesen *substituierbar* sind, oder dass die fünfte Hypothese effektiv eine *notwendige* Bedingung ist (vgl. Kapitel 4.3.1 über das concept of causal complexity).

¹²³ Siehe dazu auch Schnell et al. 1999: 203-246.

¹²⁴ Wie bereits mehrmals angesprochen werden im Sprachgebrauch der hier verwendeten Datenauswertungsmethode fsQCA grundsätzlich nicht die Begriffe unabhängige Variable und abhängige Variable verwendet, sondern Condition und Outcome (vgl. Kapitel 5.5.2).

und des Outcomes werden je Fall nur ein Mal erhoben und nicht mehrmals zu unterschiedlichen Zeitpunkten. *Somit gibt es in dieser Untersuchung einen Erhebungszeitpunkt.*¹²⁵

- Wie gesehen beziehen sich die vier Conditions, die Reformsequenz und der Outcome, also die sechs „Variablen“, auf abgeschlossene Transformationsprozesse. Entsprechend sind die Untersuchungseinheiten dieser Analyse bzw. die hier zu untersuchenden Fälle abgeschlossene Transformationsprozesse.¹²⁶ Aufgrund des Untersuchungsmodells und der zur Anwendung kommenden Auswertungsmethode (bzw. zwecks Kontrolle auf „Störfaktoren“) muss allerdings diese Grundgesamtheit an möglichen Fällen stark eingeschränkt werden (vgl. ausführlich dazu Kapitel 5.4), so dass in der Auswahlgesamtheit sich letztendlich noch 18 Fälle befinden. *Von diesen 18 Fällen wird eine „Vollerhebung“ durchgeführt* (d.h. es wird von diesem Sample keine Stichprobe gezogen).

Bei vorliegender Untersuchung sollen also 18 Fälle zu einem Erhebungszeitpunkt in Bezug auf sechs verschiedene „Variablen“ miteinander verglichen werden. Diese Anordnung entspricht einer *multivariaten Querschnittsanalyse* bzw. einem *Survey-Design* und wird auch als nicht-experimentelles oder ex-post-facto-Design bezeichnet (vgl. Schnell et al. 1999: 218-226).

Im Unterschied zu experimentellen Designs müssen Survey-Designs immer auch auf allfällige unerwünschte bzw. unerwartete Einflüsse durch Störfaktoren bzw. Drittvariablen kontrolliert werden (Schnell et al. 1999: 220, 222-226), also auf Faktoren, die die theoretisch begründete Kausalbeziehung zwischen Conditions, Reformsequenz und Output (bzw. zwischen unabhängigen Variablen, Bedingungsfaktor und abhängiger Variable) mit beeinflussen oder eben „stören“.

¹²⁵ Die Zeitpunkte t1 und t3 der verschiedenen Fälle sind datumsmässig nicht identisch zueinander. In Bezug auf den jeweiligen Transformationsprozess beschreiben diese beiden Zeitpunkte aber bei allen Fällen exakt die zwei gleichen Momente (Inkrafttreten einer neuen Verfassung und Zeitpunkt der Stabilität). Zudem wird in der Fallauswahl auch darauf geachtet, dass die Fälle zeitlich nicht zu weit auseinanderliegen (vgl. Kapitel 5.4.1).

¹²⁶ Streng genommen sind es nur abgeschlossene erfolgreiche und gescheiterte Demokratisierungen und nicht generell all abgeschlossenen Transformationen (vgl. Kapitel 5.4.1). Der Einfachheit halber wird in diesem Zusammenhang diese Unterscheidung aber nicht gemacht, zumal eine Transformation immer als eine Chance für eine Demokratisierung angesehen werden kann und somit letztendlich auch immer als eine erfolgreiche resp. eine gescheiterte Demokratisierung aufgefasst werden kann.

In der vorliegenden Untersuchung erfolgt diese Kontrolle auf drei Arten:

- Erstens werden bei der Fallauswahl u.a. solche Kriterien verwendet, die möglicherweise Störfaktoren sind (vgl. Kapitel 5.4.1). Konkret werden all jene Faktoren, von denen vermutet werden kann, dass sie massgeblich den Outcome einer Transformation beeinflussen und somit gemäss Definition Bedingungen der Demokratisierung sind (vgl. Kapitel 4.3.1), als Kriterien der Fallauswahl bestimmt. So kann (theoretisch) sichergestellt werden, dass in Bezug auf die Bedingungen der Demokratisierung alle Fälle die gleichen Ausprägungen haben, bzw. innerhalb einer bestimmten Bandbreite liegen, und es diesbezüglich zu keinen „Störungen“ der Kausalbeziehung kommen sollte (vgl. Schnell et al. 1999: 225-226).¹²⁷
- Zusätzlich wurden bereits bei der Auswahl der Conditions aufgrund theoretischer Argumente und empirischer Erkenntnisse all jene Faktoren aus der Literatur gewählt, von denen ein bedeutender Einfluss auf den Outcome erwartet werden kann (vgl. Kapitel 4.4). Dank diesem Vorgehen kann das Potential, dass Störfaktoren auftreten, die mit einer gewissen Relevanz auf die Kausalbeziehung einwirken, kleiner gehalten werden.
- Die dritte Kontrolle auf Störfaktoren erfolgt durch die Datenauswertung selbst. Aus den Ergebnissen der fsQCA-Untersuchung kann abgeleitet werden, zu welchen Anteilen die Conditions und die Reformsequenz den Outcome tatsächlich erklären können (vgl. Kapitel 5.5.2). Beim Anteil, der nicht erklärt werden kann, müssen demnach Störfaktoren bzw. andere Erklärungen vermutet werden. Aufgrund der im Zusammenhang mit der Datenerhebung erfolgenden qualitativen Beurteilung der einzelnen Fälle sowie aufgrund der Erkenntnisse bei der Wahl der Conditions können hierzu allenfalls bereits erste Vermutungen gemacht werden, um welche (Stör-) Faktoren es sich dabei handeln könnte (vgl. Kapitel 7.1.2).

Das Wissen über das Untersuchungsdesign, also über die Art und Anzahl der

¹²⁷ Im Gegensatz zu statistischen Methoden, bei denen zwecks Kontrolle solcher Störfaktoren möglichst viele unabhängige bzw. intervenierende Variablen miteinbezogen werden, muss diese Kontrolle bei der hier zur Anwendung kommenden Auswertungsmethode fsQCA (u.a.) über die relativ strenge Fallauswahl erfolgen, da die Anzahl Variablen bzw. Conditions hier nicht beliebig erhöht werden kann bzw. sollte (vgl. Kapitel 5.5.2).

Variablen, die Anzahl Erhebungszeitpunkte und die Anzahl zu untersuchender Fälle, wird nun dazu verwendet, um den Geltungsbereich der Studie zu beschreiben (vgl. Kapitel 5.1.3) und um eine sinnvolle Methode für die Datenauswertung auszuwählen (vgl. Kapitel 5.5). Zudem zeigt die gesamte Forschungsanordnung, dass es notwendig ist, nebst den eigentlichen „Variablen“, also den Conditions, der Reformsequenz und dem Outcome, auch die beiden Messzeitpunkte (t1 und t3) sowie die einzelnen Reformen zu spezifizieren und zu operationalisieren (vgl. die Kapitel 5.2 und 5.3), da ihnen bei der Datenerhebung grosse Bedeutung zukommt.

5.1.3 Geltungsbereich

Aufgrund des komplexen Forschungsmodells und der gewählten Auswertungsmethode müssen die Fälle wie gesehen relativ viele Kriterien erfüllen, um zur Auswahlgesamtheit gezählt werden zu können (vgl. Kapitel 5.4.1). Entsprechend umfasst die Auswahlgesamtheit dann auch nur 18 Fälle, was eine relativ kleine Teilmenge der Grundgesamtheit bestehend aus allen abgeschlossenen Transformationsprozessen darstellt. Diese Konstellation hat auch Folgen für den Geltungsbereich der vorliegenden Studie:

Der Geltungsbereich beschränkt sich streng genommen nur auf Fälle der Auswahlgesamtheit. D.h. die Ergebnisse der Untersuchung können nur auf solche Transformationsprozesse generalisiert werden, die ebenfalls alle Bedingungen der Fallauswahl erfüllen – was faktisch einem ziemlich beschränkten Geltungsbereich entspricht (vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 12; Schneider 2009: 109-110, vgl. 59). Folglich lässt sich die eingangs formulierte Forschungsfrage grundsätzlich nur bezüglich dieser spezifischen Fallauswahl beantworten.

Trotz dieses engen Geltungsbereichs ist es aber zulässig, von den Resultaten der Studie auch auf alle übrigen Fälle bzw. Transformationsprozesse Rückschlüsse zu ziehen. Allerdings muss hierbei immer darauf verwiesen werden, dass aufgrund der Unterschiede in den Fallauswahlkriterien solche Rückschlüsse bzw. Interpretationen nur mit Vorbehalten gültig sind (Berg-Schlosser et al. 2009: 12). Solche Generalisierungen sind umso weniger problematisch, je mehr ein konkreter Transformationsprozess bezüglich der Auswahlkriterien mit den Fällen der

Auswahlgesamtheit übereinstimmt. Und selbst bei solchen Transformationsprozessen, die sich bezüglich Kriterien der Fallauswahl sehr stark von der Auswahlgesamtheit unterscheiden und sich somit kaum für generelle Rückschlüsse eignen, liefert die vorliegende Untersuchung zumindest eine gute Grundlage für eine an diese Fälle angepasste analoge Analyse (vgl. Schneider 2009: 109-110).¹²⁸ Insofern ist die Aussage, der Geltungsbereich der Studie sei stark eingeschränkt, zu relativieren.

5.2 Konzeptspezifikation (Spezifizierung der Hypothesen)

In den nachfolgenden Kapiteln werden die verschiedenen Konzepte (bzw. Konstrukte) der Hypothesen spezifiziert.

5.2.1 Konzeptspezifikation der Conditions

Die Spezifizierung der Conditions erfolgte bereits durch deren Definition im Kapitel 4.4.3. An dieser Stelle soll deshalb nur nochmals die Tabelle 4-7 (in gekürzter Form) wiedergegeben werden:

Tabelle 5-1: Konzeptspezifikation der Conditions (Grundlage: Tabelle 4-7)

Condition	Konzeptspezifikation
Sozioökonomische Entwicklung	Sozioökonomische Entwicklung der Gesellschaft: Bildungsstand der Bevölkerung, Gesundheitszustand der Bevölkerung, Modernisierungsgrad der Gesellschaft, Modernisierungsgrad der Wirtschaft, Wohlstand
Gesellschaftliche Konflikte	Konflikte zwischen sozialen Klassen, Ethnien/Nationalitäten, Religionen/Glaubensansichten, Sprachen oder Clans, oder aufgrund von Einkommensunterschieden
Pro-demokratische Akteure	Akteure, die sich aktiv für die Demokratisierung einsetzen
Veto-Player	Akteure, die sich aktiv gegen die Demokratisierung einsetzen (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen)

Bei den Conditions pro-demokratische Akteure und Veto-Player sind jeweils alle möglichen Arten von Akteuren denkbar, z.B. Einzelpersonen, Parteien, Interessensorganisationen, lose Gruppen, juristische Personen (Firmen), staatliche

¹²⁸ Zur Diskussion über die Vor- und Nachteile von Untersuchungen mit grosser und kleiner Fallanzahl siehe Coppedge (1999) (vgl. dazu auch Bertelsmann Stiftung 2006b: 66-67).

Institutionen etc. Der Begriff Akteure ist also nicht auf eine bestimmte Gruppe von Akteuren beschränkt, sondern ist sehr weit gefasst; das entscheidende Merkmal ist deren Engagement für bzw. gegen eine Demokratisierung. In beiden Fällen ist es deshalb auch möglich, dass solche Akteure zu den herrschenden Eliten gehören (z.B. Oppositionspolitiker, der vor der Verfassungsänderung zum Präsidenten gewählt wird, oder höhere Armeeoffiziere, die wichtige Positionen im Staat innehaben und diese weiterhin behalten möchten).¹²⁹

5.2.2 Konzeptspezifikation des Outcomes

Der Outcome in der Analyse ist der Systemtyp, der in Folge einer Transformation resultiert. Er kann basierend auf den Definitionen aus den Kapiteln 3.2.1 und 4.3.3 wie folgt spezifiziert werden:¹³⁰

Tabelle 5-2: Konzeptspezifikation des Outcomes

Outcome	Konzeptspezifikation
Systemtyp	Art und Weise des Herrschaftszugangs, der Herrschaftsstruktur, des Herrschaftsanspruchs, der Herrschaftsweise, des Herrschaftsmonopols und der Herrschaftslegitimation

Diese Spezifikation lässt als mögliche Ausprägung des Systemtyps explizit auch den Verlust des staatlichen Gewaltmonopols zu (vgl. Kapitel 4.3.3).

Die Spezifizierung über die Herrschaftskriterien darf nicht gleichgesetzt werden mit den jeweiligen zentralen staatlichen Institutionen gemäss Kapitel 4.3.2, da wie in Kapitel 3.2.1 gesehen die Definition des Systemtyps nebst diesen Institutionen auch die nicht-staatlichen Institutionen und die informellen Institutionen umfasst.

¹²⁹ Es könnte vermutet werden, dass die Ausprägungen der beiden Conditions pro-demokratische Akteure und Veto-Player jeweils umgekehrt proportional zueinander sind, dass also bei vielen pro-demokratischen Akteuren wenige Veto-Player bestehen und umgekehrt. Ein solcher Zusammenhang lässt sich aber weder theoretisch begründet, noch zeigt er sich in der vorliegenden Analyse (vgl. Kapitel 6.2.2). Auch zwischen der Differenz oder der Summe der beiden Ausprägungen und dem Outcome besteht kein eindeutiger Zusammenhang (dies gilt auch unter Berücksichtigung der Zeitspanne von t1 bis t3). Eine Korrelation zwischen den beiden Conditions kann deshalb weitestgehend ausgeschlossen werden.

¹³⁰ Analog zur Vielfalt an Definitionen von Demokratie bzw. Systemtypen gibt es auch unzählige Messverfahren hierfür (für eine Übersicht siehe z.B. Vanhanen 2003: 48-56; Vanhanen 1997: 31-42). Das hier verwendete Konzept lehnt sich aber direkt an die in Kapitel 3.2.1 vorgenommene Definition, damit die empirische Analyse mit dem theoretischen Modell übereinstimmen.

5.2.3 Konzeptspezifikation der Messzeitpunkte T1 und T3

Der zeitliche Ausgangspunkt des gesamten Modells ist der Zeitpunkt t2 (vgl. Kapitel 4.2.2). Dieser Zeitpunkt markiert in allen Transformationen den Beginn der Demokratie-Reformen, die in Form einer Inkraftsetzung einer neuen Verfassung erfolgen. Er stellt in der Datenerhebung einen Hilfs-Messzeitpunkt dar, da hier keine Daten erhoben werden, er aber für die Bestimmung der eigentlichen Messzeitpunkte sehr wichtig ist.

Im Zeitpunkt t1 sollen die Daten zu den Conditions und zur Reformsequenz erhoben werden. Dieser Zeitpunkt t1 liegt wie in Kapitel 4.2.2 beschrieben unmittelbar vor Beginn der Demokratie-Reformen, also der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung, und somit unmittelbar vor Zeitpunkt t2. Folglich kann als Messzeitpunkt T1 derjenige Zeitpunkt definiert werden, der einen Tag vor dem Zeitpunkt t2 liegt.

Die Ausprägung des Outcomes wird wie gesehen im Zeitpunkt t3 gemessen. Gemäss Forschungsmodell wird der Zeitpunkt t3, und somit der Messzeitpunkt T3, als der Moment definiert, in dem das politische System wieder stabil ist oder aber das staatliche Gewaltmonopol verloren gegangen ist (vgl. Kapitel 4.3.3). Die Definition von Verlust des staatlichen Gewaltmonopols wurde bereits in Kapitel 4.3.3 ausführlich diskutiert. Die Spezifizierung kann in Analogie dazu vorgenommen werden: Ein Verlust des staatlichen Gewaltmonopols liegt dann vor, wenn das staatliche Gewaltmonopol fehlt oder territorial stark begrenzt ist, oder wenn die Kontrolle über das Staatsgebiet durch externe Akteure ausgeübt wird.

Die Stabilität des politischen Systems wurde bereits dahingehend definiert, als damit die Unterstützung der grossen Mehrheit der Eliten für das neue System gemeint ist (vgl. Kapitel 4.3.3). Diese diffuse und/oder spezifische Unterstützung kann dabei wie folgt interpretiert werden (vgl. Merkel 1999: 146, 152, 163; Merkel und Puhle 1999: 135-136): Die zentralen staatlichen Institutionen werden von der grossen Mehrheit der Eliten als legitim angeschaut, d.h. sie lehnen deren Werte, Normen, Organisationen und Prozesse nicht grundsätzlich ab, und/oder sie befinden die Entscheidungen, die in bzw. durch die Institutionen gefällt werden, als gut (bzw. sind indifferent diesbezüglich). Folglich halten sich die Eliten an die „normative Standards“ (Rüb 1994: 116) der zentralen staatlichen Institutionen (vgl.

Merkel und Puhle 1999: 135-136) und haben kein Interesse an deren (erneuten) Änderung. Oder aber jegliche öffentliche Äusserung von Dissens diesbezüglich wird durch harte Repression verhindert und die „Unterstützung“ auf diese Weise sichergestellt. D.h.:

- Die grosse Mehrheit der Eliten lehnt das (neue) System resp. dessen zentralen staatlichen Institutionen nicht ab und möchte es entsprechend auch nicht ersetzen,
- bzw. wegen der Anwendung von Repression kann eine solche Ablehnung nicht öffentlich artikuliert und politisch eingefordert werden.

Diese zwei Bedingungen müssen über einen gewissen Zeitraum gelten, damit tatsächlich von Stabilität des Systems gesprochen werden kann. Da u.a. in diesem Zeitraum auch die Konsolidierung der neuen Institutionen stattfindet, sollte er auch diesbezüglich nicht zu kurz sein, so dass es als realistisch angesehen werden kann, dass die informellen und die nicht-staatlichen Institutionen sich entsprechend formieren können. Es wird ein Zeitraum von fünf Jahren festgelegt.

Gemäss Theorie des Transformationsprozesses liegt dieser Zeitraum im Anschluss an die Phase Institutionalisierung, d.h. nach der Implementierung aller zentralen staatlichen Institutionen (vgl. Kapitel 3.3.3). Im vorliegenden Forschungsmodell markiert wie gesehen die Inkraftsetzung einer neuen Verfassung diesen Zeitpunkt, also t_2 (vgl. Kapitel 4.2.1). Somit kann der Messzeitpunkts T_3 bestimmt werden als der Endpunkt eines Zeitraums von fünf Jahren, innerhalb dessen das System immer die Unterstützung gemäss obiger Definition erfährt und der nach dem Zeitpunkt t_2 beginnt.

Eine leicht abweichende Definition wird für all jene Fälle mit der Reformsequenz Demokratie angewendet. Da hier nach der Inkraftsetzung der neuen Verfassung grundsätzlich noch die Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden, ist nämlich die Institutionalisierung nicht bereits im Zeitpunkt t_2 (grossmehrheitlich) abgeschlossen. Aus diesem Grund soll hier der genannte Zeitraum von fünf Jahren nicht bereits ab dem Zeitpunkt t_2 gemessen werden, sondern erst ab dem Zeitpunkt, an dem nach Inkrafttreten einer neuen Verfassung (erneut) Wirtschaft-Reformen

durchgeführt werden.¹³¹ Dieser Zeitpunkt wird als t2b bezeichnet.

Somit ist der Messzeitpunkt T3 dann, wenn entweder nach dem Zeitpunkt t2 das erste Mal die Situation eines Verlusts des staatlichen Gewaltmonopols auftritt, oder wenn nach t2 bzw. t2b (bei der Reformsequenz Demokratie) sich ein stabiles politisches Systems etablieren konnte.

Tabelle 5-3 zeigt in einer Übersicht nochmals die (Mess-) Zeitpunkte und deren Spezifizierung.

Tabelle 5-3: Konzeptspezifikation der Messzeitpunkte

Messzeitpunkt	Definition	Konzeptspezifikation
T1	Zeitpunkt unmittelbar vor Beginn des Reformschritts Demokratie.	t2 minus 1 Tag.
t2 (Hilfs-Messzeitpunkt)	Zeitpunkt des Beginns des Reformschritts Demokratie.	Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (die mindestens die Mehrheit aller Demokratie-Reformen umfasst).
t2b (Hilfs-Messzeitpunkt)	Zeitpunkt der ersten Wirtschaft-Reformen nach t2 (bei Reformsequenzen Demokratie).	Zeitpunkt der ersten Wirtschaft-Reformen nach dem Zeitpunkt t2, d.h. nach der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung (bei Reformsequenzen Demokratie).
T3	Erster Zeitpunkt nach t2 bzw. t2b (bei Reformsequenzen Demokratie) bei dem wieder ein stabiles politisches System besteht, oder aber erster Zeitpunkt nach t2 bei dem das staatliche Gewaltmonopol verloren gegangen ist.	Zeitpunkt, an dem gilt: Keine Ablehnung der zentralen staatlichen Institutionen durch die grosse Mehrheit der Eliten über die letzten 5 Jahre seit t2 bzw. t2b. Oder an dem gilt: Verlust des staatlichen Gewaltmonopols nach t2: Das staatliche Gewaltmonopol fehlt oder ist territorial stark begrenzt, oder die Kontrolle über das Staatsgebiet wird durch externe Akteure ausgeübt.

5.2.4 Konzeptspezifikation der Reformen

Für die Bestimmung der Zeitpunkte t2 und t2b und damit indirekt für die Bestimmung der Messzeitpunkte T1 und T3 muss bekannt sein, wann während des Transformationsprozesses welche Reformen stattfanden (vgl. Kapitel 5.2.3). Aus

¹³¹ Werden in einem konkreten Fall mit der Reformsequenz Demokratie nach der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung keine (weiteren) Reformen des Reformschritts Wirtschaft umgesetzt, so wird der Zeitraum zur Bestimmung eines stabilen Systems bereits ab dem Zeitpunkt t2 gemessen.

diesem Grund wird für den ganzen Prozess ermittelt, ob, wann und welche zentralen staatlichen Institutionen verändert wurden.

Wie in Kapitel 4.3.2 beschrieben wird mit Reformen die Umsetzung der zentralen staatlichen Institutionen bezeichnet. Somit kann für die Spezifizierung der Reformen grundsätzlich auf die jeweilige Definition der zentralen staatlichen Institutionen gemäss Tabelle 4-1 zurückgegriffen werden und diese jeweils um das Element der Umsetzung ergänzt werden. Der Verständlichkeit halber wird allerdings bei der Bezeichnung und der Spezifizierung der Reformen auf dieses Element verzichtet, d.h. es wird für die Reformen die gleiche Bezeichnung und Spezifikation bzw. Definition verwendet wie für die zentralen staatlichen Institutionen; erst bei der Operationalisierung dieser Reformen wird explizit erwähnt, dass es sich um die entsprechende Umsetzung derselben handelt (vgl. Kapitel 5.3.5). Somit können an dieser Stelle nochmals die Informationen zu den zentralen staatlichen Institutionen zusammengefasst¹³² werden:

Tabelle 5-4: Konzeptspezifikation der einzelnen Reformen

Reformen (Umsetzung der zentralen staatlichen Institutionen)	Konzeptspezifikation	Zuordnung
Freies und faires Wahlsystem mit einem allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrecht	Politisch neutrale und unabhängige Wahl-administration. Gesetzesnormen für ein allgemeines und gleiches aktives und passives Wahlrecht.	Reformschritt Demokratie
Gewaltenteilung, Gewaltenhemmung und Gewaltenkontrolle im Regierungssystem	Regierung ist organisiert nach Exekutive, Legislative und Judikative und nach dem Grundsatz von check and balances (gegenseitige Kontrolle, Unabhängigkeit, keine Dominanz).	Reformschritt Demokratie
Grundlegende Menschenrechte	Gesetzesnormen, die das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit garantieren (inkl. Garantie der Menschenwürde).	Reformschritt Demokratie
Politische Rechte (ausgenommen Wahlrecht)	Gesetzesnormen, die die Meinungsäusserungsfreiheit*, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit garantieren.	Reformschritt Demokratie

¹³² Vereinzelt werden längere Aufzählungen von Gesetzesnormen zwecks Vereinfachung zusammengefasst.

Freiheitsrechte der Subsysteme (ausgenommen politisches System, System Öffentlichkeit und Wirtschaftssystem)	Gesetzesnormen, die das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit, Bewegungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit garantieren.	Reformschritt Demokratie
Gleicher Zutritt zu den Gerichten, Gleichheit vor dem Gesetz und an die Gesetze gebundenes staatliches Handeln (nur institutioneller Teil)	Gesetzesnormen, die die Rechtsweggarantie und die Rechtsgleichheit** gewährleisten. Gerichtsbarkeiten für die verschiedenen Gesetzeskodifikationen. Gesetzesnormen, die die Garantie fairer administrativer und gerichtlicher Verfahren***, das Verbot des Rechtsmissbrauchs**** und die Garantie der öffentlichen Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung gewährleisten.	Reformschritt Demokratie
Wirtschaftliche Freiheitsrechte	Gesetzesnormen, die die Eigentumsgarantie (insbesondere der Produktionsmittel), die Wirtschaftsfreiheit (Wirtschaftsordnung des freien Wettbewerbs und Teilnahme des Einzelnen am Wettbewerb) und die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gewährleisten.	Reformschritt Wirtschaft
Marktsystem basierend auf Angebot und Nachfrage (freie Bildung der Preise im Markt)	Regulierung des Güter- und Dienstleistungsmarkts, des Arbeitsmarkts, des Finanz-/Kapitalmarkts und des Aussenhandels im Sinne der Wirtschaftlichen Freiheitsrechte (damit einhergehend auch die De-Institutionalisierung der staatlichen Preisregulierung). Unabhängige Zentralbank, Wirtschafts- und Betriebsprüfung, Gerichtsbarkeit für Wirtschaftsdelikte.	Reformschritt Wirtschaft
Privatisierung staatlicher Produktionsmittel	De-Institutionalisierung der staatlichen Produktionsmittel.	Reformschritt Wirtschaft

* Darin sind explizit oder implizit auch die Informationsfreiheit, die Medienfreiheit, die Demonstrationsfreiheit und das Petitionsrecht enthalten.

** Darin ist explizit oder implizit auch das Verbot der Diskriminierung enthalten.

*** Darin ist explizit oder implizit auch das Willkürverbot enthalten.

**** Darin ist explizit oder implizit auch das Prinzip von Treu und Glaube enthalten.

Diese Informationen zur Umsetzung der einzelnen Institutionen sind selbstverständlich auch sehr nützlich für die allgemeinen Kenntnisse über einen konkreten Fall, was bei qualitativen Beurteilungen im Rahmen der Datenerhebung und bei der Interpretation sehr hilfreich sein kann (vgl. die Kapitel 6.1.2 und 7.1). Auch für die Bestimmung des Messzeitpunkts T3 kann der Reformablauf einen Hinweis darauf geben, ob eine gewisse Stabilität bereits erreicht wurde oder nicht. So ist häufiges (und radikales) Ändern der zentralen staatlichen Institutionen

tendenziell ein Zeichen für schwachen Elitenkonsens über die Grundsätze der Gesellschaft und damit für mangelnde Stabilität (vgl. Kapitel 5.3.4).

Nicht direkt erfasst in der Datenerhebung werden Wirtschaft-Reformen, die vor dem Messzeitpunkt T1 erfolgen, da sie für die Bestimmung des Zeitpunktes t2b und des Messzeitpunkts T3 nicht relevant sind. Das Wissen über diese Reformen kann aber für die Bestimmung des Wirtschaftssystems hilfreich sein (vgl. Kapitel 5.2.5).¹³³ Demokratie-Reformen, die vor dem Messzeitpunkt T1 erfolgen (z.B. grössere Meinungs- und Pressefreiheit), sind wiederum kaum zu erwarten, da die Demokratie-Reformen gemäss Forschungsmodell grossmehrheitlich zusammen in Form einer Inkraftsetzung einer neuen Verfassung umgesetzt werden. Sollte es trotzdem Fälle geben, bei denen gewisse Demokratie-Reformen vor T1 durchgeführt wurden, so manifestieren sich deren allfälligen Auswirkungen auf den weiteren Verlauf einer Transformation in den Ausprägungen der Conditions pro-demokratische Akteure und Veto-Player (vgl. Kapitel 4.1.1).

5.2.5 Konzeptspezifikation der Reformsequenz

Die Unterscheidung der Transformationsprozesse bzw. Fälle gemäss ihrer Reformsequenz ist zentrales Element der Forschungsfrage und damit der gesamten Untersuchung. Es ist deshalb wichtig, dass jeder Fall klar der einen oder der anderen Reformsequenz zugeordnet werden kann. In Kapitel 4.1.1 wurde bereits eine allgemeine Definition bzw. Spezifikation der Reformsequenz gegeben, und zwar:

Tabelle 5-5: Konzeptspezifikation der Reformsequenz

Reformsequenz	Konzeptspezifikation
Reformsequenz bzw. Art des Wirtschaftssystems (in t2)	Abfolge der beiden Reformschritte Demokratie und Wirtschaft. bzw. Ausgestaltung des Wirtschaftssystems bei Umsetzung des Reformschritts Demokratie: Anteil des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Grad des freien Marktzutritts bzw. Vorhandenseins eines Preissystems.

¹³³ Für die Bestimmung der Reformsequenz wird wie in Kapitel 4.2.1 beschrieben primär die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems verwendet (vgl. Kapitel 5.2.5).

Wie in Kapitel 4.2.2 beschrieben kann an Stelle der Abfolge der beiden Reformschritte vereinfachend die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems zum Zeitpunkt t_1 für die Bestimmung der Reformsequenzen verwendet werden (vgl. Tabelle 5-5). Die Spezifikation des Wirtschaftssystems geht auf die Beschreibungen des demokratischen und des autokratischen Systems in den Kapiteln 3.2.2 und 3.2.3 zurück.

5.3 Operationalisierung

5.3.1 Allgemeine Informationen zu den Operationalisierungen

Die in den vorangegangenen Kapiteln spezifizierten Konzepte müssen nun im Hinblick auf die empirische Analyse noch operationalisiert werden, so dass für jedes Konzept messbare Indikatoren vorliegen; erst diese Indikatoren erlauben eine Datenerhebung und Datenauswertung (vgl. Schnell et al. 1999: 121-131).¹³⁴ Die Bestimmung der Indikatoren bzw. die Operationalisierung erfolgt hierbei in einem iterativen Prozess zusammen mit der Sichtung möglicher Datenquellen (vgl. Kapitel 6.1.1), denn nur so ist garantiert, dass die gewählten Indikatoren auch effektiv erhoben werden können.

Wichtiger Bestandteil der Operationalisierung ist, dass zu jedem Indikator die nachstehenden Angaben gemacht werden:

- Die für die Untersuchung relevanten Ausprägungen (bzw. Messwerte) eines Indikators.
- Das Messniveau eines Indikators (sofern vorhanden).
- Die Gewichtung und die Art der Indexbildung, falls ein Konzept mit mehreren verschiedenen Indikatoren operationalisiert wird (vgl. Schnell et al. 1999: 128-129, 160-169).
- Der Zeitpunkt innerhalb eines Transformationsprozesses, an dem die Indikatoren gemessen werden (Messzeitpunkte).¹³⁵
- Eine Diskussion zur Validität (Gültigkeit) und Reliabilität (Verlässlichkeit) der jeweiligen Indikatoren.

¹³⁴ Aus diesem Grund werden die Konzepte bzw. Konstrukte auch als theoretische Variablen bezeichnet, wohingegen die Indikatoren auch empirische Variablen genannt werden.

¹³⁵ Die Messzeitpunkte selbst werden ebenfalls operationalisiert (vgl. Kapitel 5.3.4); selbstverständlich kann für diese kein Messzeitpunkt angegeben werden.

Bei den Angaben zu den relevanten Ausprägungen eines Indikators geht es vor allem darum, nochmals zu betonen, welche Informationen, die aus der Datenerhebung gewonnen werden, effektiv für die (weitere) Untersuchung benötigt werden. Sie dienen also primär als Hilfestellungen für die Datenerhebung und -auswertung und nur in zweiter Linie zur Präzisierung der Operationalisierungen. Bei den Indikatoren der Conditions, der Reformsequenz und des Outcomes fallen diese Angaben zu den relevanten Ausprägungen etwas umfassender aus:

Bei der in dieser Untersuchung zu Anwendung kommenden Datenauswertungsmethode fsQCA muss für alle „Variablen“ eine sogenannte Set-Membership definiert werden (Ragin 2009: 90) (ausführlich dazu in Kapitel 5.5.2). D.h. es muss festgelegt werden, ab welchem Messwert eines Indikators die entsprechende Condition, Reformsequenz oder Outcome als vollständig gegeben angesehen werden kann, also einer vollen Mitgliedschaft in einer Menge entspricht (z.B. umfassendes demokratisches Gesellschaftssystem beim Outcome). Analog dazu muss auch der Messwerte bei den einzelnen Indikatoren bestimmt werden, ab welchem jeweils die Mitgliedschaft in einer Menge vollständig nicht mehr gegeben ist (z.B. umfassendes autokratisches Gesellschaftssystem beim Outcome). Diese Messwerte können als Maximalwerte resp. Minimalwerte bezeichnet werden; sie werden für die fsQCA-Datenauswertung mit 1 resp. mit 0 kalibriert (Ragin 2009: 90-91).

Als dritter Wert wird zusätzlich noch ein Threshold definiert, der derjenigen Ausprägung zwischen diesen beiden Extremwerten entspricht, bei der weder eine Mitgliedschaft noch eine Nicht-Mitgliedschaft besteht (ambivalente Zuteilung; z.B. ein Gesellschaftssystem beim Outcome, das zu gleichen Teilen sowohl demokratische als auch autokratische Elemente aufweist) (Ragin 2009: 90-91). Dieser Ausprägung wird der fsQCA-Wert 0.5 zugewiesen. Mit diesen drei Werten, also dem Maximalwert, dem Minimalwert und dem Threshold, kann nun die Set-Membership eindeutig festgelegt werden.¹³⁶

Allerdings ist dies nur der Fall für Indikatoren mit einer Ratioskala oder einer

¹³⁶ Wobei – gegeben die Extremwerte und der Threshold – für die Kalibrierung die Software fs/QCA 2.5 von Kriss A Drass, Charles Ragin und Sean Davey verwendet werden kann (Ragin 2009: 118; ausführlich dazu auch in Ragin 2008a: 85-105). Siehe dazu auch die Fussnote 184.

Intervallskala. Liegen hingegen ordinalskalierte Indikatoren vor, müssen weitere (Zwischen-) Kategorien zwischen den beiden Extremwerten und dem Threshold definiert werden, damit auch hier eine klare Zuordnung der jeweiligen Ausprägungen zur Set-Membership möglich ist. Hierzu kann die folgende Tabelle als Hilfsmittel für die Einteilung innerhalb eines Sets verwendet werden:¹³⁷

Tabelle 5-6: Einteilungen der Set-Membership (basierend auf Schneider, 2009: 136, und Ragin, 2009: 90-92)

Anzahl Stufen innerhalb einer Menge (Verwendung)	Bedeutung jeder Stufe bezüglich Mitgliedschaft in einer Menge* (Zahl entspricht der Kalibrierung bzw. dem fsQCA-Wert)				
	Maximalwert		Threshold		Minimalwert
4 Stufen („Four value fuzzy set“) (für ordinalskalierte Indikatoren)	„fully in“ (= 1)	„more in than out“ (= 0.67)	--**	„more out than in“ (= 0.33)	„fully out“ (= 0)
Keine Stufen / kontinuierlich („Continuous fuzzy set“) (für ratioskalierte und intervallskalierte Indikatoren)	„fully in“ (= 1)	„Degree of membership is ‚more in than out‘“ (= $0.5 < x < 1$)	„neither in nor out (crossover)“ (= 0.5)	„Degree of membership is ‚more out than in‘“ (= $0 < x < 0.5$)	„fully out“ (= 0)

* Der Grad der Mitgliedschaft in einer bestimmten Menge ist klar zu unterscheiden von der Angabe einer Wahrscheinlichkeit (Schneider 2009: 62).

** Damit bei ordinalskalierten Indikatoren jede Ausprägung der einen oder anderen Seite zugewiesen werden muss, wird beim 4-stufigen Fuzzy-set bewusst auf eine (weitere) Stufe beim fsQCA-Wert 0.5 verzichtet.

Bei allen Indikatoren der Conditions, der Reformsequenz und des Outcomes müssen somit also diejenigen Ausprägungen festgelegt werden, die – theoretisch begründet(!) – dem Maximalwert, dem Minimalwert und dem Threshold bzw. zwei

¹³⁷ Grundsätzlich könnten mehr als nur zwei (Zwischen-) Kategorien zwischen den beiden Extremwerten eingefügt werden (z.B. ein „six-value fuzzy set“; vgl. Schneider 2009: 136). Dadurch könnten die tatsächlichen Ausprägungen der einzelnen Indikatoren mit weniger grosser „Rundungsdifferenz“ einem der fsQCA-Werte zugewiesen werden, was die Qualität der fsQCA-Daten erhöhen würde. Da allerdings die Daten solcher Conditions in der vorliegenden Untersuchung jeweils qualitativ bzw. mittels Dokumentanalysen erhoben werden müssen (vgl. die nachfolgenden Kapitel), ist eine feinstufigere Einteilung kaum zweckmässig und würde nur einen Grad an Präzision vorgeben, der aufgrund der Datenlage und Datenerhebung effektiv gar nicht gegeben ist.

weiteren (Zwischen-) Kategorien entsprechen und so die jeweilige Set-Membership definieren (Ragin 2009: 90-91, 92-94; Rihoux und Lobe 2009: 483; Schneider 2009: 62-63; Wagemann und Schneider 2007: 22-23; vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 20-21, 23-24, 25-28; Berg-Schlosser et al. 2009: 13).¹³⁸ Mit diesen Werten kann die Kalibrierung in fsQCA-Werte vorgenommen und die relevanten Ausprägungen eines Indikators bestimmt werden.

5.3.2 Operationalisierung der Conditions

Die vier Conditions werden, ausgehend von der Konzeptspezifikation und der Condition-Beschreibungen in Kapitel 4.4.2, wie folgt operationalisiert (vgl. Tabelle 5-7ff.):

¹³⁸ Vgl. hierzu ausführlich Ragin (2009: 89-94) und Rihoux und De Meur (2009: 42).

Tabelle 5-7: Operationalisierung der Conditions – Teil 1

Condition	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen (Extremwerte und Threshold bzw. zwei weitere Kategorien)	T*
Sozioökonomische Entwicklung	Bildungsstand der Bevölkerung	Alphabetisierungsrate der erwachsenen Bevölkerung (älter als 15 Jahre) (vgl. World Bank 2008). „alph“	1) 99% 0.5) 80% (vgl. Berg-Schlosser und Mitchell 2002: 324) 0) 54%	T1
	Gesundheitszustand der Bevölkerung	Lebenserwartung bei Geburt. „lebox“	1) 76 Jahre 0.5) 67 Jahre 0) 51 Jahre	T1
	Modernisierungsgrad der Gesellschaft	Geburtenrate (Geburten pro Frau). „fert“	1) 1.7 Geburten 0.5) 2.7 Geburten 0) 5.8 Geburten	T1
	Modernisierungsgrad der Wirtschaft	Anteil des 1. Sektors am BIP. „agr“	1) 3% 0.5) 21% 0) 36%	T1
	Wohlstand	BIP pro Kopf (in US\$ 2005, PPP). „bip“	1) 6'000 US\$** 0.5) 2'300 US\$ 0) 365 US\$***	T1

* Messzeitpunkt

** Dieser Wert wird als Threshold bei Whitehead (2004: 34) und Diamond (1992: 467) verwendet. Gemäss The Economist (2008: 4) kann in den Entwicklungsländern (z.B. China) bei einem Einkommen von 2 bis 13 US-Dollar pro Kopf und Tag von Mittelschicht bzw. von nicht-mehr-arm gesprochen werden. In Schwellenländer („emerging markets“, z.B. Brasilien) und entwickelten Länder liegt dieser Wert wiederum bei 12 bis 50 US-Dollar pro Kopf und Tag (The Economist 2008: 4).

*** Dies entspricht einem Einkommen von 1 US\$ pro Tag, was gemäss UNO als Indikator für absolute Armut gilt (United Nations; <http://www.un.org/millenniumgoals/poverty.shtml> (Stand 20. 3. 2009)).

Tabelle 5-8: Operationalisierung der Conditions – Teil 2

Condition	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen (Extremwerte und Threshold bzw. zwei weitere Kategorien)	T*
Gesellschaftliche Konflikte	Konflikte zwischen sozialen Klassen, Ethnien/Nationalitäten, Religionen/Glaubensansichten, Sprachen oder Clans, oder aufgrund von Einkommensunterschieden	Intensität von Konflikten zwischen verschiedenen sozialen Klassen, Ethnien/Nationalitäten, Religionen/Glaubensansichten, Sprachen oder Clans einer Gesellschaft bezüglich der institutionellen Ausgestaltung, insbesondere bezüglich der Definition des Staatsvolks bzw. des Staatsgebiets und die Art und Weise der Willensbildung und Entscheidungsfindung (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 80; CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 16). ** „konf1“	<p>1) Es besteht ein solcher Konflikt, der bisher auch gewalttätig ausgetragen wurde und entsprechend zu mehreren Todesopfern geführt hat.</p> <p>0.67) Es besteht ein solcher Konflikt, der bisher aber ausschliesslich mit friedlichen Mitteln ausgetragen wird.</p> <p>0.33) Die Gesellschaft lässt sich klar in zwei oder mehr Gruppen bezüglich sozialer Klasse, Ethnie, Religion, Sprache oder Clanzugehörigkeit einteilen, die je einen bedeutenden Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen und entsprechende Ansprüche an die institutionellen Ausgestaltung haben (vgl. Schneider 2009: 48-49; Munck 2004: 71, 85).</p> <p>0) Die Gesellschaft lässt sich in ihrer grossen Mehrheit nicht in klare Gruppen bezüglich sozialer Klasse, Ethnie, Religion, Sprache oder Clanzugehörigkeit einteilen und weist allenfalls höchstens zwei, drei kleinere Minderheiten auf.</p>	T1
		Verteilung des Einkommens gemäss Gini-Koeffizient. „gini“	<p>1) Gini = 0.55***</p> <p>0.5) Gini = 0.4</p> <p>0) Gini = 0.25</p>	T1

* Messzeitpunkt

** Siehe dazu Rustow (1970: 350): „It simply means that the vast majority of citizens in a democracy-to-be must have no doubt or mental reservations as to which political community they belong to.“

*** Dieser Wert ist abgeleitet von Muller's Analyseergebnisse (1997: 152): „All 17 democracies with upper quintile income shares of less than 45 percent were stable; 7 of the 10 democracies with upper quintile income shares in the range of 45 percent to 55 percent were stable; and all 6 democracies with upper quintile income shares greater than 55 percent were unstable.“

Tabelle 5-9: Operationalisierung der Conditions – Teil 3

Condition	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen (Extremwerte und Threshold bzw. zwei weitere Kategorien)	T*
Pro-demokratische Akteure	Akteure, die sich aktiv für die Demokratisierung einsetzen	Existenz pro-demokratischer Akteure, also Akteure, die sich aktiv für die Demokratisierung einsetzen, und deren politischen Einflussmöglichkeiten. „prodem“ (bzw. C3)	<p>1) Es fand ein Wechsel der Regime-Eliten hin zu pro-demokratischen Regime-Eliten statt, zudem sind weitere pro-demokratische Akteure in der Öffentlichkeit präsent.</p> <p>0.67) In der Öffentlichkeit sind viele pro-demokratische Akteure präsent, die ihren politischen Einfluss geltend machen können.</p> <p>0.33) Es existieren einige pro-demokratische Akteure, diese sind aber wenig präsent in der Öffentlichkeit und haben entsprechend geringen politischen Einfluss.</p> <p>0) Pro-demokratische Akteure sind faktisch inexistent (in der Öffentlichkeit) (resp. keine Hinweise, dass es anders sein könnte).</p>	T1
Veto-Player	Akteure, die sich aktiv gegen die Demokratisierung einsetzen (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen)	Existenz von Veto-Playern, also Akteuren, die sich aktiv gegen die Demokratisierung einsetzen (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen), und deren politischen Einflussmöglichkeiten. „veto“ (bzw. C4)	<p>1) Es existieren Veto-Player, die bedeutenden politischen Einfluss haben bzw. viele, wichtige Machtmittel kontrollieren (z.B. Parlament, Justizapparat, Geheimdienste, Polizei).</p> <p>0.67) Es existieren Veto-Player, die politischen Einfluss haben bzw. wichtige Machtmittel kontrollieren (z.B. Parlament, Justizapparat, Geheimdienste, Polizei).</p> <p>0.33) Es existieren Veto-Player, diese haben aber wenig politischen Einfluss bzw. kontrollieren kaum Machtmittel (z.B. Parlament, Justizapparat, Geheimdienste, Polizei).</p> <p>0) Es existieren keine Veto-Player (resp. keine Hinweise, dass es anders sein könnte).</p>	T1

* Messzeitpunkt

Bei den Indikatoren der Condition sozioökonomische Entwicklung werden die Extremwerte und der Threshold jeweils wie folgt festgelegt: Der Maximum-Wert entspricht dem Durchschnittswert aller OECD-Staaten, da diese als „modern“ bzw. „voll entwickelt“ angesehen werden können. Das tiefste Niveau sozio-ökonomischer Entwicklung kann wiederum in den LDC (least developed countries) beobachtet werden, folglich bildet der Durchschnitt der Ausprägungen dieser Staaten das Minimum. Für die Bestimmung des Thresholds zwischen „entwickelt“ und „nicht entwickelt“ werden die Länder mit einem „lower middle income“ (World Bank 2008) herangezogen; auch hier wird der entsprechende Durchschnittswert verwendet.¹³⁹ Bei allen Indikatoren handelt es sich um ratioskalierte Daten.

Auch beim Indikator Verteilung des Einkommens gemäss Gini-Koeffizienten handelt es sich um ratioskalierte Daten. Hier werden die Ausprägungen aufgrund der Erkenntnisse der Untersuchung von Muller (1997: 152) festgelegt (vgl. die Anmerkungen in der Tabelle 5-8). Bei allen übrigen Indikatoren werden die Extremwerte sowie die zwei weiteren (Zwischen-) Kategorien „qualitativ“ beschrieben. Diese Daten sind somit ordinalskaliert.

Wie bereits in Kapitel 4.4.3 geschrieben sind es die *Abwesenheit* von gesellschaftlichen Konflikten und die *Abwesenheit* von Veto-Player, von denen angenommen wird, dass sie notwendig und hinreichend für den Erfolg einer Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie sind. Dies entspricht gemäss obigen Operationalisierungen somit jeweils dem fsQCA-Wert 0 (Minimum). Bei den Conditions sozioökonomische Entwicklung und pro-demokratische Akteure wird hingegen die Anwesenheit der Conditions bzw. der fsQCA-Wert 1 (Maximum) als notwendig und hinreichend für den Erfolg einer Demokratisierung angesehen.

¹³⁹ Die Zeitreihen der Indikatoren zeigen, dass sich die Werte in allen drei Ländergruppen, also OECD-Staaten, LDC und „lower middle income“-Länder, über die Zeit tendenziell erhöhen. So nimmt beispielsweise in allen drei Ländergruppen die Lebenserwartung im Schnitt von Jahr zu Jahr zu. Diese Entwicklung muss beim Setzen des Thresholds und der Extremwerte berücksichtigt werden. Pro Ländergruppe wird deshalb jeweils der Durchschnittswert der Periode zwischen 1980 und 2000 verwendet. Eine Ausnahme von diesem Verfahren gilt einzig für den Indikator Wohlstand (gemessen mittels BIP pro Kopf): Hier wird ein Maximalwert gewählt, der bereits in anderen Studien zur Anwendung kam (vgl. Whitehead 2004: 34; Diamond 1992: 467) und der Minimalwert wird aufgrund einer Definition von absoluter Armut der UNO festgelegt (vgl. auch die Anmerkungen in der Tabelle 5-7); der Threshold entspricht hingegen dem wie oben beschriebenen Durchschnittswert der „lower middle income“-Länder.

Die einzelnen Indikatoren der Condition sozioökonomische Entwicklung werden für die Bestimmung des Condition-Werts mit je gleichem Gewicht aufsummiert. Auch bei der Condition gesellschaftliche Konflikte handelt es sich um einen additiven Index bestehend aus den zwei Indikatoren. Allerdings wird hier der Indikator „gini“ (Verteilung des Einkommens gemäss Gini-Koeffizient) nur mit einem Drittel gewichtet, da dieser nur den kleineren Teilaspekt gesellschaftlicher Konflikte abdeckt.

Bezüglich der Reliabilität und der Validität kann zu den Indikatoren der Conditions folgendes gesagt werden:¹⁴⁰ Bei den Indikatoren der Condition sozioökonomische Entwicklung und dem Indikator „gini“ ist vor allem eine grosse intersubjektive Reliabilität gegeben, da diese Werte von verschiedenen Personen bzw. Institutionen ermittelt und plausibilisiert werden.¹⁴¹ Zudem besteht hier der Vorteil, dass die Art und Weise, wie diese Werte generiert werden, über alle Länder und über die Zeit hinweg eine relativ hohe Konstanz aufweisen, es könnte deshalb in diesem Zusammenhang gewissermassen auch von intertemporaler Reliabilität gesprochen werden.

Der Indikator „konf1“ sowie die Indikatoren der Conditions pro-demokratische Akteure und Veto-Player weisen wiederum eine hohe interinstrumentelle Reliabilität auf, werden diese doch aus verschiedenen Quellen erhoben. Selbstverständlich ist die Verlässlichkeit hierbei auch davon abhängig, wie viele verschiedene Quellen tatsächlich vorhanden sind und in welcher Qualität diese vorliegen. Bei Verwenden von Nachschlagewerken, wie beispielsweise dem Fischer Weltalmanach, kann zudem eine gewisse Konstanz in der Messung bzw. Datenerhebung zwischen den Fällen hergestellt werden, da hier ähnliche Standards gelten.

Die Validität ist bei allen Indikatoren in Form der Konstruktvalidität gegeben, d.h. sie lässt sich aus dem Grad der Plausibilität ableiten, wie die theoretischen Konzepte operationalisiert wurden. Bei den Indikatoren „konf1“, „prodem“ und „veto“ ist zudem der Bezug zu den Konstrukten so eng, dass diese auch logische Gültigkeit haben.

¹⁴⁰ Für die Beurteilung der Reliabilität siehe auch die Diskussion über die Quellen und die Erhebungsverfahren in Kapitel 6.1.1.

¹⁴¹ Siehe hierzu auch Bertelsmann Stiftung (2008: 94).

5.3.3 Operationalisierung des Outcomes

Für die Messung des Systemtyps, also des Outcomes, kann auf zwei bereits seit längerem bestehende Indizes zurückgegriffen werden (vgl. Tabelle 5-10): den Polity IV-Index (Polity IV 2009) und den Freedom House-Index (Freedom House 2009). Dabei ergänzen sich diese beiden Indizes sehr gut, da Polity IV vor allem die Bereiche Herrschaftszugang und Herrschaftsstruktur abdeckt, während Freedom House eher die Bereich Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise betrifft (Tang 2008: 113; vgl. Acemoglu et al. 2007: 7-8); das Herrschaftsmonopol und die Herrschaftslegitimation sind wiederum (indirekt) in beiden Indizes enthalten.

Tabelle 5-10: Operationalisierung des Outcomes

Outcome	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen (Extremwerte und Threshold bzw. zwei weitere Kategorien)	T*
Systemtyp	Art und Weise des Herrschaftszugangs, der Herrschaftsstruktur, des Herrschaftsanspruchs, der Herrschaftsweise, des Herrschaftsmonopols und der Herrschaftslegitimation	<p>Grad der Offenheit des Herrschaftszugangs in Bezug auf die Gesamtbevölkerung</p> <p>Grad der Machtkonzentration und Machtverteilung zwischen den Institutionen</p> <p>Grad der Machtausübung des politischen Systems in den verschiedenen Subsystemen</p> <p>Das Größenverhältnis repressiver Machtausübung und rechtsstaatlicher Machtausübung</p> <p>Art der Akteure, bei denen die zentrale politische Macht liegt</p> <p>Ideologie, die die Herrschaft legitimiert</p>	<p>Polity IV-Index: 1) +7 (vgl. Marshall und Jagers 2007: 34) 0.5) 0 0) -7 oder: Polity IV-Wert -66 oder -77 -> 0 (fsQCA-Wert) (Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, vgl. die Operationalisierung des Messzeitpunkts T3 in Kapitel 5.3.4) „outcome1“ und Freedom House-Index: 1) 2** 0.5) 4 0) 6 „outcome 2“</p>	T3

* Messzeitpunkt

** Vgl. die dreiteilige Kategorisierung von Freedom in the World in „free“, „partly free“ und „not free“ (Freedom House 2009).

Bei der Festlegung der Extremwerte steht im Vordergrund, klar zwischen demokratischen und autokratischen Systemen unterscheiden zu können; der Grad eines demokratischen bzw. autokratischen Systems ist hingegen bei dieser Fragestellung weniger relevant (vgl. dazu Lindberg 2006: 24-27). Zusätzlich muss beachtet werden, dass gerade die neuen Systeme noch sehr „jung“ sind, sich also noch nicht lange etabliert haben. Bei Demokratien kann dies sogar bedeuten, dass sich die Bürgergesellschaft noch nicht (vollständig) konsolidiert hat (vgl. Kapitel 4.3.3). Folglich entsprechen die Extremwerte für eine vollwertige Demokratie bzw. Autokratie in dieser Untersuchung nicht dem Maximum und Minimum der beiden Indizes, sondern einem etwas tieferen resp. höheren Wert. Diese Daten sind ratioskaliert.

Da sich die beiden Indizes ideal ergänzen, werden die Indikatoren gleichgewichtet aufsummiert, also der Durchschnittswert aus beiden Bewertungen gebildet.

Um einen Spezialfall des Systemtyps handelt es sich beim Verlust des staatlichen Gewaltmonopols (vgl. Kapitel 4.3.3). Ein solcher Verlust kann wie gesehen als Extremform einer nicht-erfolgreichen Demokratisierung aufgefasst werden und wird deshalb mit dem Minimum bewertet, also einem fsQCA-Wert 0.

Bei den beiden Indikatoren handelt es sich um Indizes, die jeweils von einer grösseren Personengruppe erstellt werden, weshalb von einer sehr hohen intersubjektiven Reliabilität ausgegangen werden kann. Obwohl die beiden Indizes nicht exakt die gleichen Ausprägungen eines Systemtyps messen, so können diese doch zu einem gewissen Grad miteinander verglichen und damit gegenseitig überprüft werden; insbesondere grosse Unterschiede zwischen den beiden Index-Werten wären stark erklärungsbedürftig. Somit ist zum Teil auch interinstrumentelle Reliabilität gegeben. Hinzu kommt, dass – wie dies auch bei den Indikatoren zur Condition sozioökonomische Entwicklung beobachtet werden kann – für alle Staaten zu allen (Mess-) Zeitpunkten immer das gleiche Messverfahren zur Anwendung kommt, was die Verlässlichkeit der Daten weiter erhöht.

Die Konstruktvalidität des Outcomes kann als relativ hoch angesehen werden, da die Autoren der verwendeten Indizes (Polity IV 2009 und Freedom House 2009) genau diese Unterscheidung zwischen demokratischem und autokratischem

System zu erfassen versuchen. Zusätzliche Gültigkeit erhalten die Indikatoren noch dadurch, dass beide Indizes schon sehr lange für die Messung des Systemtyps verwendet werden, was auf eine gute Erfassung des Phänomens hinweist (empirische Validität).

5.3.4 Operationalisierung der Messzeitpunkte T1 und T3

Die Operationalisierungen der (Mess-) Zeitpunkte ergeben sich direkt aus dem Forschungsmodell und der Konzeptspezifikation (vgl. Tabelle 5-11ff.):

Tabelle 5-11: Operationalisierung der Messzeitpunkte – Teil 1

Messzeitpunkt	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen
T1	t2 minus 1 Tag	t2 minus 1 Tag. „T1“	Datum
t2 (Hilfs-Messzeitpunkt)	Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (die mindestens die Mehrheit aller Demokratie-Reformen umfasst)	Tag, Monat und Jahr des Zeitpunkts, an dem mindestens die Mehrheit der Reformen des Reformschritts Demokratie in Form einer Inkraftsetzung* einer neuen Verfassung umgesetzt wurden. Unter einer Verfassung wird „die rechtliche Grundordnung des Staates“ verstanden (Haller und Kölz 1999: 95, Betonung geändert); „[s]ie umfasst die obersten Rechtsnormen eines Staates“ (Haller und Kölz 1999: 95). Für die Spezifizierung und Operationalisierung der Reformen des Reformschritts Demokratie vgl. die Kapitel 5.2.4 und 5.3.5. „t2“	Datum der Inkraftsetzung einer solchen Verfassung
t2b (Hilfs-Messzeitpunkt)	Zeitpunkt der ersten Wirtschafts-Reformen nach dem Zeitpunkt t2, d.h. nach der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung (bei Reformsequenzen Demokratie)	Tag, Monat und Jahr des Zeitpunkts, an dem nach t2 mindestens eine Reform* des Reformschritts Wirtschaft umgesetzt wurde. Für die Spezifizierung und Operationalisierung der Reformen des Reformschritts Wirtschaft vgl. die Kapitel 5.2.4 und 5.3.5. „t2b“	Datum der Umsetzung der ersten dieser Reformen

* Damit ist auch explizit die Wiederinkraftsetzung von bereits bestehenden aber nicht angewendeten Gesetznormen gemeint (also auch die Aufhebung eines Ausnahmezustandes).

Tabelle 5-12: Operationalisierung der Messzeitpunkte – Teil 2

Messzeitpunkt	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen
T3	Zeitpunkt an dem gilt: Keine Ablehnung der zentralen staatlichen Institutionen durch die grosse Mehrheit der Eliten über die letzten 5 Jahre seit t2 bzw. t2b	Tag, Monat und Jahr des Endpunkts eines Zeitraums nach t2 bzw. t2b von fünf Jahren, innerhalb dessen zutrifft, dass die grosse Mehrheit der Eliten das (neue) System resp. dessen zentralen staatlichen Institutionen nicht ablehnt und nicht ersetzen möchte, bzw. wegen der Anwendung von Repression eine solche Ablehnung nicht öffentlich artikuliert und politisch eingefordert werden kann. „T3-stab“	Datum des Endpunkts dieses Zeitraums, innerhalb dessen es nie zu einer solchen Ablehnung kam (resp. kein Hinweis, dass es anders sein könnte) (vgl. Tabelle 5-13).
	Oder an dem gilt: Verlust des staatlichen Gewaltmonopols nach t2: Das staatliche Gewaltmonopol fehlt oder ist territorial stark begrenzt, oder die Kontrolle über das Staatsgebiet wird durch externe Akteure ausgeübt	Tag, Monat und Jahr des Zeitpunkts (nach t2), an dem Organisationen (z.B. Guerilla-Gruppen, Paramilitärs, Mafia, Terrororganisationen, Clans) existieren, die die Hälfte* oder mehr des staatlichen Territoriums kontrollieren (vgl. CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 16), bzw. ab dem eine militärische Besetzung besteht, oder eine Peacekeeping- oder Peaceenforcing-Operation im Gange ist. „T3-verl“	Datum des Zeitpunkts, an dem zutrifft ... Polity IV-Index: -77 der Variable Polity weist auf fehlendes Gewaltmonopol in mind. 50% des Territoriums hin. Und -66 der Variable Polity weist auf militärische Besetzung hin. und Es existieren solche Organisationen, bzw. es besteht eine militärische Besetzung, oder eine Peacekeeping- oder Peaceenforcing-Operation ist im Gange.

* Es wurde als Annahme getroffen, dass ab einem Anteil von 50% nicht mehr von einem Gewaltmonopol gesprochen werden kann.

Selbstverständlich ist bei allen Indikatoren der (Mess-) Zeitpunkte die Ausprägung ein Datum; somit kann bei diesen Indikatoren auch kein eigentliches Messniveau angegeben werden. Allerdings ergeben sich diese Datumsangaben teilweise erst aus dem Vorliegen weiterer Bedingungen. Es gilt hier also zusätzlich zu prüfen, ob diese Bedingungen erfüllt sind oder nicht – die jeweiligen Ausprägungen sind entsprechend formuliert.

Für die Erhebung des Indikators T3-stab (Messzeitpunkt T3) kann als Hilfsmittel der in Tabelle 5-13 zusammengestellt Analyseleitfaden verwendet werden:

Tabelle 5-13: Mögliche Ausprägungen im Zusammenhang mit dem Indikator T3-stab und deren Einstufung (Analyseleitfaden)

Mögliche Ausprägung	Einstufung
Proteste/Streiks gegen die Regierungspolitik (können auch gewalttätig sein)	<p>In Demokratien ist dies grundsätzlich keine Destabilisierung, da dies normalem demokratischem „Alltag“ entspricht. Falls aber diese Proteste sehr heftig ausfallen (z.B. Todesopfer fordern) und gleichzeitig weitere destabilisierende Ereignisse erfolgen, dann ist dies destabilisierend bzw. Ausdruck für die schwache Stellung des Systems.</p> <p>Auch bei Autokratien ist erst die Kombination von sehr heftigen Protesten und weiteren destabilisierenden Ereignissen Ausdruck für die Systemablehnung.</p> <p>Ein Ausdruck für Systemablehnung sind Proteste hingegen dann zwingend (sowohl in Demokratien als auch Autokratien), wenn damit explizit eine Änderung des Systemtyps eingefordert wird.</p>
Politischer Mord	<p>Falls damit ein Regierungswechsel angestrebt wird, ist dies wie ein Putsch/Putschversuch/Rebellion zu werten. Funktioniert das System hingegen „normal“ weiter, d.h. die Nachfolgeregelung und die juristische Aufarbeitung laufen gemäss vorgesehenen Prozessen ab, und kommt es nicht zu einer Häufung solcher Taten bzw. finden nicht gleichzeitig noch andere destabilisierende Ereignisse statt, so ist dies nicht als Destabilisierung anzusehen.</p>
Putsch/Putschversuch/Rebellion	<p>In Autokratien ist dies nur destabilisierend, wenn diese immer wieder erfolgen bzw. sehr umfassend sind (und einen gewissen Support aufweisen), was darauf hinweisen, dass das bestehende Regime die Situation nicht unter Kontrolle hat.</p> <p>In Demokratien ist dies hingegen ganz klar als Destabilisierung anzusehen, da ein Regierungswechsel mit Gewalt herbeigeführt werden möchte, obwohl hierzu andere Wege und Mittel zur Verfügung stehen.</p>

Wahlboykotte (wegen Unzufriedenheit mit dem Wahlprozedere)	Grundsätzlich Ausdruck für die Ablehnung des Systems. Bei mehreren Wahlboykotts in Folge, die jeweils das Regime zu keinen Konzessionen bewegen, und allenfalls nur noch dazu führten, dass die Opposition nicht (mehr) im Parlament vertreten ist (Ausschluss von der politischen Macht), ist dies aber eher kein Ausdruck von Instabilität mehr, sondern weist vielmehr auf die Schwäche der Opposition hin.
Proteste/Streiks gegen die Regierung wegen Wahlbetrugs (können auch gewalttätig sein)	Grundsätzlich ist dies ein Ausdruck für die Ablehnung des Systems. Bei mehreren solcher Proteste in Folge, die jeweils das Regime zu keinen Konzessionen bewegen, ist dies aber kein Ausdruck von Instabilität mehr (sondern von der Schwäche der Opposition).
Verfassungs- oder Gesetzesänderungen, die zu einer Änderung des Systemtyps führen	Sie zeigen, dass der Systemtyp und die damit zusammenhängende Machtstrukturen noch nicht feststehen; somit kann nicht von der Stabilität des Systems ausgegangen werden (Änderungen, die mit dem Systemtyp konform sind, sind hingegen kein Ausdruck einer Ablehnung).
Befehlsverweigerung seitens der Sicherheitskräfte	Klarer Ausdruck dafür, dass die Autorität des Regimes bzw. des Systems angezweifelt wird. In Demokratie kann dies auch öffentliche Kritik seitens der Sicherheitskräfte an der Politik der Regierung oder an der Arbeit der Gerichte sein.
Machtkampf innerhalb der Regime-Elite um die grundlegende Ausrichtung der Regierungspolitik bzw. des Systems	Klarer Ausdruck dafür, dass der bestehende Systemtyp nicht mehrheitlich akzeptiert wird.
Bewaffnete Konflikte zwischen Regierung und Aufständischen	Das ist ein klarer Ausdruck für die Ablehnung des Systems (wobei der Konflikt bzw. die involvierten Aufständischen ein gewisses Gewicht haben müssen, z.B. zahlreich, gut bewaffnet und aus einem wichtigen Gebiet stammen müssen). Solche Konflikte sind klar von einem Verlust der Staatlichkeit zu unterscheiden, da das Regime hier weiterhin mehrheitlich die Kontrolle über das Land innehat.
Bewaffnete Konflikte zwischen Ethnien	An sich stellen solche Konflikte keine direkte Ablehnung der zentralen staatlichen Institutionen dar, wegen der von ihnen ausgehenden Gefahr eines Bürgerkrieges, können sie aber indirekt als eine solche Ablehnung aufgefasst werden. Es muss also eine reale Gefahr für Bürgerkrieg bestehen, andererseits ist die Schwelle zum Bürgerkrieg natürlich (noch) nicht erreicht (ansonsten würde es sich um einen Verlust der Staatlichkeit handeln).

Bei der Verwendung dieses Analyseleitfadens gilt es unbedingt zu beachten, dass die Einschätzung, ob es sich um eine solche Ablehnung handelt oder nicht, letztendlich immer auch kontextabhängig ist. Entsprechend geben die in Tabelle 5-13 genannten möglichen Ausprägungen und ihre Einstufung nur eine generelle Richtung bei der Beurteilung vor. Zentral ist immer bzw. muss immer sein, dass

sich das herrschende Regime ihres Herrschaftsanspruchs und ihrer Herrschaftsausübung aufgrund der Opposition nicht mehr sicher sein kann. Entsprechend muss die Gegnerschaft eine gewisse Breite aufweisen (z.B. mehrere Eliten umfassen), über eine gewisse Zeitspanne bestehen (beispielsweise mehr als nur eine einmalige Protestveranstaltung) und eine gewisse Intensität entwickeln (die z.B. zu Konzessionen seitens des Regimes führt).

Die interinstrumentelle Reliabilität ist bei allen Indikatoren der (Mess-) Zeitpunkte relativ hoch, da für die Datenerhebung auf viele verschiedene Quellen zurückgegriffen wird.¹⁴² Selbstverständlich ergeben sich aber je nach Fall Unterschiede in der Reliabilität aufgrund unterschiedlicher Anzahl und Qualität der Quellen.¹⁴³ Bei den Indikatoren der (Mess-) Zeitpunkte T1, t2 und t2b besteht logische Validität; die Gültigkeit ist hier also unbestritten. Auch die Indikatoren von T3 weisen eine hohe Validität auf. Diese ist darauf zurückzuführen, dass sich die Operationalisierung wie gesehen direkt aus dem Forschungsmodell bzw. der Konzeptspezifikation ableiten lässt (Konstruktvalidität).

5.3.5 Operationalisierung der Reformen

Ausgehend von den Konzeptspezifikationen und den allgemeinen Erläuterungen zu den Institutionen (vgl. insbesondere Tabelle 4-1 in Kapitel 4.3.2) können die Reformen wie folgt operationalisiert werden (vgl. Tabelle 5-14ff.):

¹⁴² Für die Beurteilung der Reliabilität siehe auch die Diskussion über die Quellen und die Erhebungsverfahren in Kapitel 6.1.1.

¹⁴³ Bei einzelnen Fällen (z.B. Armenien und Chile) konnte aus den analysierten Quellen nicht in Erfahrung gebracht werden, wann eine neue Verfassung tatsächlich in Kraft getreten ist. Hier wurde als Annäherungswert jeweils das Datum der Annahme dieser Gesetzesnormen in einem Referendum oder in einer Parlamentsabstimmung verwendet. Ebenso ist nicht bei allen Fällen das exakte Datum des Inkrafttretens einer neuen Verfassung bekannt (z.B. bei Argentinien und Ghana). Beides führt aber nicht zu einer grossen bzw. relevanten Verminderung der Verlässlichkeit, da sich die Ausprägungen der Conditions und des Outcomes jeweils auf ein ganzes Jahr beziehen und entsprechend diese Ungenauigkeiten bei den (Mess-) Zeitpunkten vernachlässigbar für das Ergebnis der Analyse sind.

Tabelle 5-14: Operationalisierung der Reformen – Teil 1

Reformen	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen	T*
Freies und faires Wahlsystem mit einem allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrecht	Politisch neutrale und unabhängige Wahladministration	Bilden einer Wahladministration, die von ihrer institutionellen Ausgestaltung und Organisation her politisch neutral und unabhängig ist. „DR1“	Datum, an dem eine solche Administration gebildet wird, oder eine bestehende aufgelöst wird.	t2 bis T3
	Gesetzesnormen für ein allgemeines und gleiches aktives und passives Wahlrecht	Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die für die Besetzung der wichtigsten politischen Ämter eine Wahl vorsehen, an der mind. 75% der erwachsenen Bevölkerung aktiv und passiv teilnehmen können (vgl. Merkel et al. 2003: 80). „DR2“	Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3
Gewaltenteilung, Gewaltenehemmung und Gewaltenkontrolle im Regierungssystem	Regierung ist organisiert nach Exekutive, Legislative und Judikative und nach dem Grundsatz von check and balances (gegenseitige Kontrolle, Unabhängigkeit, keine Dominanz)	Es wird ein Regierungssystem gebildet, das dreigeteilt ist in Exekutive, Legislative und Judikative. Die drei Staatsgewalten haben je einen klaren, aber begrenzten Handlungsspielraum und zwischen ihnen ist eine gegenseitige Kontrolle ihres Handelns vorgesehen (vgl. Merkel et al. 2003: 91). „DR3“	Datum, an dem ein solches System gebildet wird, oder ein bestehendes aufgelöst wird.	t2 bis T3
Grundlegende Menschenrechte	Gesetzesnormen, die das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit garantieren (inkl. Garantie der Menschenwürde)	Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die allen Menschen der Bevölkerung das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit garantieren (vgl. Merkel et al. 2003: 87). „DR4“	Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3
Politische Rechte (ausgenommen Wahlrecht)	Gesetzesnormen, die die Meinungsäußerungsfreiheit**, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit garantieren	Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die allen Menschen der Bevölkerung die Meinungsäußerungsfreiheit, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit garantieren (vgl. Merkel et al. 2003: 80, 84). „DR5“	Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3

* Messzeitpunkt

** Darin sind explizit oder implizit auch die Informationsfreiheit, die Medienfreiheit, die Demonstrationsfreiheit und das Petitionsrecht enthalten.

Tabelle 5-15: Operationalisierung der Reformen – Teil 2

Reformen	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen	T*
Freiheitsrechte der Subsysteme (ausgenommen politisches System, System Öffentlichkeit und Wirtschaftssystem)	Gesetzesnormen, die das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit, Bewegungsfreiheit und Wissens- und Kunstfreiheit garantieren	Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die allen Menschen der Bevölkerung die Glaubens- und Wissensfreiheit, Bewegungsfreiheit und Kunstfreiheit gewährleisten. „DR6“	Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3
Gleicher Zutritt zu den Gerichten, Gleichheit vor dem Gesetz und an die Gesetze gebundenes staatliches Handeln (nur institutioneller Teil)	Gesetzesnormen, die die Rechtsweggarantie und die Rechtsgleichheit** gewährleisten	Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die die Rechtsweggarantie und die Rechtsgleichheit allen Menschen der Bevölkerung*** gewährleisten (vgl. Merkel et al. 2003: 87). „DR7“	Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3
	Gerichtsbarkeiten für die verschiedenen Gesetzeskodifikationen	Es werden Gerichtsbarkeiten für die verschiedenen Gesetzeskodifikationen gebildet. „DR8“	Datum, an dem solche Administrationen gebildet werden, oder bestehende aufgelöst werden.	t2 bis T3
	Gesetzesnormen, die die Garantie fairer administrativer und gerichtlicher Verfahren****, das Verbot des Rechtsmissbrauchs***** und die Garantie der öffentlichen Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung gewährleisten	Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die die Garantie fairer administrativer und gerichtlicher Verfahren, das Verbot des Rechtsmissbrauchs und die Garantie der öffentlichen Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung gewährleisten. „DR9“	Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3

* Messzeitpunkt

** Darin ist explizit oder implizit auch das Verbot der Diskriminierung enthalten.

*** Bei Rechtsnormen, die nur an die (erwachsenen) Staatsbürger und nicht an alle Menschen der Bevölkerung adressiert sind, ist dies selbstredend auch nur für diesen Personenkreis gültig.

**** Darin ist explizit oder implizit auch das Willkürverbot enthalten.

***** Darin ist explizit oder implizit auch das Prinzip von Treu und Glaube enthalten.

Tabelle 5-16: Operationalisierung der Reformen – Teil 3

Reformen	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen	T*
Wirtschaftliche Freiheitsrechte	Gesetzesnormen, die die Eigentumsgarantie (insbesondere der Produktionsmittel), die Wirtschaftsfreiheit (Wirtschaftsordnung des freien Wettbewerbs und Teilnahme des Einzelnen am Wettbewerb) und die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gewährleisten	Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die die Eigentumsgarantie (insbesondere der Produktionsmittel), die Wirtschaftsfreiheit (Wirtschaftsordnung des freien Wettbewerbs und Teilnahme des Einzelnen am Wettbewerb) und die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber der erwachsenen Bevölkerung gewährleisten (vgl. EBRD 2009a; CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 30). „WR1“	Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3
Marktsystem basierend auf Angebot und Nachfrage (freie Bildung der Preise im Markt) – Teil 1	Regulierung des Güter- und Dienstleistungsmarkts, des Arbeitsmarkts, des Finanz-/Kapitalmarkts und des Aussenhandels im Sinne der Wirtschaftlichen Freiheitsrechte (damit einhergehend auch die De-Institutionalisierung der staatlichen Preisregulierung)	Die Preise (mit Ausnahme von Wohnungswesen, Transport und natürlichen Monopolen) sind im Prozess der Liberalisierung (vgl. EBRD 2009a; CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 27). Zinsen und Kreditsystem sind im Prozess der Liberalisierung (vgl. EBRD 2009a; CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 27). Tarifäre und nicht-tarifäre Handelsschranken sind für Import- und Exportprodukte im Prozess des Abbaus (vgl. EBRD 2009a). Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die die Ausnützung von Marktmacht und die Bildung von Kartellen/Monopolen verhindern. Bestehende Monopole (sofern nicht natürliche) sind im Prozess der Auflösung (vgl. EBRD 2009a; CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 27). „WR2“	Datum, an dem solche Prozesse in Gang gesetzt werden, oder bestehende Liberalisierungen rückgängig gemacht werden. Datum, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3

* Messzeitpunkt

Tabelle 5-17: Operationalisierung der Reformen – Teil 4

Reformen	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen	T*
Marktsystem basierend auf Angebot und Nachfrage (freie Bildung der Preise im Markt) – Teil 2	Unabhängige Zentralbank, Wirtschafts- und Betriebsprüfung, Gerichtsbarkeit für Wirtschaftsdelikte	Es wird eine unabhängige Zentralbank gebildet. Inkrafttreten von Gesetzesnormen, die eine effektive Wirtschafts- und Betriebsprüfung durch private Institutionen sicherstellen, sowie die Durchsetzung und Abwicklung von Konkursfällen (vgl. EBRD 2009a). Es wird eine Gerichtsbarkeit für Wirtschaftsdelikte gebildet. „WR3“	Datum, an dem solche Administrationen gebildet werden, oder bestehende aufgelöst werden. Zeitpunkt, an dem solche Gesetzesnormen in Kraft treten, oder bestehende aufgehoben werden.	t2 bis T3
Privatisierung staatlicher Produktionsmittel	De-Institutionalisierung der staatlichen Produktionsmittel	Firmen, die sich im Staatsbesitz befinden, werden privatisiert (sowohl KMUs** als auch Grossunternehmen) (vgl. EBRD 2009a). „WR4“	Datum, an dem solche Prozesse in Gang gesetzt werden, oder Privatbesitz an Produktionsmitteln verstaatlicht wird.	t2 bis T3

* Messzeitpunkt

** KMUs sind Firmen, die weniger als 250 Beschäftigte haben (vgl. BFS 2009).

Bei allen Indikatoren der Reformen ist die Ausprägung der Zeitpunkt, an dem die jeweilige Reform umgesetzt bzw. die entsprechende Institution etabliert wurde oder aber an dem solche wieder rückgängig gemacht wurden. Die Wiederinkraftsetzung von bereits bestehenden aber nicht angewendeten Gesetzenormen wird hierbei explizit auch als eine Umsetzung einer Reform verstanden (z.B. die Aufhebung eines Ausnahmezustandes und damit die Wiederinkraftsetzung der Versammlungsfreiheit). Wie bei den (Mess-) Zeitpunkten so kann auch bei den Reformen kein eigentliches Messniveau angegeben werden, handelt es sich doch wie gesehen bei den Ausprägungen um Daten bzw. Jahreszahlen.

Wie bereits in Kapitel 5.2.4 diskutiert wurde, müssen für die Datenerhebung grundsätzlich die Reformen nur für den Zeitraum von t_2 bis T_3 erhoben werden. Um ein möglichst umfassendes Bild der Entwicklung und Veränderung in den zentralen staatlichen Institutionen eines Falles zu erhalten, sollte von den Fällen aber auch ungefähr bekannt sein, ob und wann vor dem Zeitpunkt T_1 Reformen umgesetzt wurden.¹⁴⁴ Aus dem gleichen Grund wird bei den Fällen auch erhoben, ob einzelne dieser Reformen wieder rückgängig gemacht wurden.

Wie bei allen anderen über Quellenangaben ermittelten Indikatoren so besteht auch bei den Indikatoren der Reformen eine hohe interinstrumentelle Reliabilität, die sich aus der Anzahl bzw. Verschiedenheit der Quellen und deren Qualität ergibt.¹⁴⁵ Zudem weisen die Indikatoren eine logische Validität auf.

5.3.6 Operationalisierung der Reformsequenz

Aus der Diskussion rund um die verschiedenen Typen von Gesellschaftssystemen (vgl. Kapitel 3.2) kann die Operationalisierung für die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems – und damit indirekt für die Reformsequenz – abgeleitet werden: der Grad an ökonomischer Freiheit.

¹⁴⁴ Wobei diese Informationen dann grundsätzlich nicht in die Daten zu den Reformen einfließen, sondern in die Daten der davon betroffenen „Variablen“, insbesondere der Conditions pro-demokratische Akteure und Veto-Player sowie der Reformsequenz bzw. des Wirtschaftssystems (vgl. Kapitel 5.2.4).

¹⁴⁵ Für die Beurteilung der Reliabilität siehe auch die Diskussion über die Quellen und die Erhebungsverfahren in Kapitel 6.1.1.

Tabelle 5-18: Operationalisierung der Reformsequenz bzw. des Wirtschaftssystems

Reformsequenz	Konzeptspezifikation	Operationalisierung / Indikator (inkl. Abkürzung)	Ausprägungen (Extremwerte und Threshold bzw. zwei weitere Kategorien)	T*
Reformsequenz bzw. Art des Wirtschafts- systems (in t2)	Ausgestaltung des Wirtschaftssystems bei Umsetzung des Reformschritts Demokratie	Grad der ökonomischen Freiheit. „rsequ“ (bzw. W)	Index of Economic Freedom und Economic Freedom-Index**: 1) 60*** 0.5) 50 0) 40	T1
		Bei fehlenden Daten und zwecks Überprüfung der Werte der Indizes wird zusätzliche folgender Indikator verwendet: Anteil des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Grad des freien Marktzutritts bzw. Vorhandenseins eines Preissystems:**** Anteil der in Privatbesitz befindenden KMUs***** und Grossunternehmen (mit Ausnahme der natürlichen Monopole), und Anteil der liberalisierten Preise (hierzu zählen auch die Faktorpreise und die Wechselkurse, ebenso spielen allfällige Handelschranken bei Import und Export eine Rolle; ausgenommen davon sind die natürlichen Monopolen sowie die Wirtschaftsbereiche Wohnungswesen, Transportwesen und Landwirtschaft) (vgl. EBRD 2009a; CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 27, 29; Burnside und Dollar 2000: 849-850; Melo et al. 1996: 403; Pomfret 1996: 85, 86). „rsequ“ (bzw. W)	1) 80% der KMUs und 70% der Grossunternehmen privatisiert und 80% der Preise liberalisiert (vgl. EBRD 2009a; CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 27). 0.67) 60% der KMUs und 50% der Grossunternehmen privatisiert und 60% der Preise liberalisiert (vgl. EBRD 2009a). 0.33) 40% der KMUs und 30% der Grossunternehmen privatisiert und 40% der Preise liberalisiert (vgl. EBRD 2009a). 0) 20% der KMUs und 10% der Gross- unternehmen privatisiert und 20% der Preise liberalisiert (vgl. EBRD 2009a).	T1

* Messzeitpunkt

** Der Economic Freedom-Index wird hierbei um den Faktor 10 kalibriert.

*** Dies entspricht dem tiefsten (gewichteten) Durchschnittswert aus den beiden Indizes, den ein Land der OECD 2006 erreicht (vgl. The Heritage Foundation und The Wall Street Journal 2009; Gwartney et al. 2008); von diesen Ländern kann angenommen werden, dass sie im Grundsatz freie Marktwirtschaften haben.

**** Für eine freie Marktwirtschaft müssen gleichzeitig sowohl die Produktionsmittel mehrheitlich im privaten Besitz sein, als auch ein freier Marktzutritt bestehen (bzw. die Preise frei sein) (vgl. Pomfret 1996: 82, 85; World Bank 1994: 7). Es müssen somit beide Bedingungen gleichzeitig gelten; entsprechend handelt es sich in der Beschreibung der Ausprägungen um ein logisches „Und“.

***** KMUs sind Firmen, die weniger als 250 Beschäftigte haben (vgl. BFS 2009).

Für die Messung der ökonomischen Freiheit können die beiden Indizes Index of Economic Freedom (The Heritage Foundation und The Wall Street Journal 2009) und Economic Freedom des Fraser Instituts (Gwartney et al. 2008) verwendet werden. Da beide Indizes den Grad an ökonomischer Freiheit eines Landes angeben, können jeweils pro Fall die beiden Werte gleichgewichtet zu einem Index-Wert aufsummiert werden. Es handelt sich dabei um ratioskalierte Daten.

Weil allerdings nicht für alle Jahrgänge und/oder Staaten Daten der beiden Indizes vorliegen, muss zusätzliche eine alternative Operationalisierung des Konzepts Ausgestaltung des Wirtschaftssystems vorgenommen werden (vgl. Tabelle 5-18). Bei diesem – ordinalskalierten – Indikator gilt es dabei zu beachten, dass für eine freie Marktwirtschaft zwingend gleichzeitig sowohl das Privateigentum an Produktionsmitteln als auch der freie Marktzutritt bzw. Preissysteme gegeben sein müssen.¹⁴⁶ Selbstverständlich kann dieser Indikator auch dazu verwendet werden, die Daten der beiden Indizes zu plausibilisieren (und notfalls zu justieren, vgl. die Kapitel 6.1.1 und 6.1.2).

Wie bei den Indikatoren der Condition sozioökonomische Entwicklung so orientiert sich auch bei den Indikatoren der Reformsequenz der Maximalwert an den realen Ausprägungen der OECD-Staaten. Konkret wird angenommen, dass alle OECD-Staaten eine (mehr oder weniger) freie Marktwirtschaft aufweisen, und entsprechend der Maximalwert der Ausprägungen an die tiefsten Werte aller OECD-Staaten angeglichen wird. Der Threshold ergibt sich aus dem Mittelwert der Index-Reihen bzw. es werden zwei (Zwischen-) Kategorien beschrieben. Da es sich um ratioskalierte Indizes handelt, soll der Minimalwert wiederum die gleiche Differenz zum Mittelwert aufweisen wie der Mittelwert zum Maximalwert.

Erfolgt die Datenerhebung mittels des Index of Economic Freedom und des Economic Freedom-Index, so ist sowohl eine relativ hohe intersubjektive als auch

¹⁴⁶ Ist in einem Staat zwar das Preissystem liberalisiert, die Mehrheit der Betriebe aber direkt oder indirekt vom Staat subventioniert und kontrolliert bzw. bestehen eigentliche Staatsmonopole, so werden über kurz oder lang die Privatunternehmen wegen nicht-konkurrenzfähiger Preis vom „Markt“ verdrängt und damit sämtliche (Angebots-) Preise von den Staatsbetrieben vorgegeben (Pomfret 1996: 82, 85; World Bank 1994: 7). Dominieren hingegen in einer Wirtschaft zwar die Privatbetriebe, die Preissysteme sind aber vollständig oder sehr stark vom Staat reguliert, so können die wahren (Produktions-) Kosten nicht im „Markt“ abgebildet werden, was zu ineffizienten Ressourcenallokationen und damit letztendlich zu umfassendem Marktversagen führt (Pomfret 1996: 82, 85; Waisman 1992: 502-512; vgl. Andersen 2005c: 687).

eine gewisse interinstrumentelle Reliabilität gegeben. Zudem besteht bei beiden Indizes eine hohe Konstanz in den Daten über die Zeit und im Querschnitt aller Fälle, was die Verlässlichkeit weiter erhöht. Beim alternativen Indikator, der über Dokumentanalysen erhoben wird,¹⁴⁷ liegt vor allem eine interinstrumentelle Reliabilität vor. Diese ist dabei umso grösser je mehr Quellen dabei verwendet werden und je höher deren Qualität ist. Die Validität ist wiederum bei beiden Indikatoren über die Konzeptspezifikation und das Forschungsmodell theoretisch begründet (Konstruktvalidität); diese kann als relativ hoch angesehen werden.

5.4 Fallauswahl

5.4.1 Kriterien der Fallauswahl

Die Untersuchungseinheiten dieser Analyse sind abgeschlossene Transformationsprozesse (vgl. Kapitel 5.1.2). Entsprechend können grundsätzlich alle abgeschlossenen Transformationen als Fälle in das Untersuchungssample aufgenommen werden, bzw. diese bilden die Grundgesamtheit. Allerdings schränkt das Forschungsmodell die Fallauswahl in verschiedenen Punkten ein (vgl. Kapitel 4.5), was sich in den folgenden Kriterien der Fallauswahl zeigt:

- 1) Alle Fälle müssen bei Beginn ihrer Transformation ein nicht-demokratisches Gesellschaftssystem gemäss der Definition in Kapitel 3.2.3 aufweisen (mit oder ohne freie Marktwirtschaft), da bestehende Demokratien in dieser Untersuchung nicht von Interesse sind.¹⁴⁸
- 2) Das staatliche Gewaltmonopol muss über mindestens einen Grossteil des Territoriums bestehen, da bei Verlust desselben eine Transformation gar nicht stattfinden kann (vgl. Fukuyama 2007: 11-13; Leininger 2005: 967; Nuscheler 2005: 222, 426; Berg-Schlosser 2004b: 14; Segert 1996: 114) (vgl. Kapitel 4.3.3). Somit sind alle Formen von „failed states“ bzw. „conflict states“ von der Fallauswahl ausgeschlossen (vgl. u.a. Carothers 2007b: 20; vgl. Merkel und Puhle 1999: 108). In diesem Kriterium miteingeschlossen ist auch, dass der Staat gegenüber anderen Staaten souverän und unabhängig sein muss

¹⁴⁷ Für die Beurteilung der Reliabilität siehe auch die Diskussion über die Quellen und die Erhebungsverfahren in Kapitel 6.1.1.

¹⁴⁸ Mit den Kriterien 1 (nicht-demokratische Gesellschaft) und 3 (Reformschritt Demokratie) wird auch sichergestellt, dass es sich bei den Fällen tatsächlich um Transformationen handelt.

(Merkel et al. 2003: 58, Merkel und Puhle 1999: 108). Folglich sind auch alle Fälle, in denen Peacekeeping- oder Peaceenforcing-Operationen stattfinden oder Staaten militärisch besetzt sind, von der Auswahl ausgeschlossen.

- 3) In allen Fällen wurde der Reformschritt Demokratie in Angriff genommen, indem mindestens die Mehrheit der Reformen dieses Reformschritts in Form einer neuen Verfassung umgesetzt wurde, bzw. eine solche wieder in Kraft gesetzt wurde (vgl. Kapitel 4.2.2). Entsprechend werden Fälle, in denen nur Wirtschaft-Reformen durchgeführt wurden, nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für Fälle, in denen die Demokratie-Reformen seriell und über längere Zeit erfolgten, oder in denen gar keine Reformen durchgeführt wurden (z.B. Re-Stabilisierung durch Repression).
- 4) In allen Fällen wurde die Transformation abgeschlossen, d.h. das politische System ist wieder stabil, oder aber es handelt sich um einen Fall von Verlust des staatlichen Gewaltmonopols (vgl. Kapitel 4.3.3).¹⁴⁹ Mit dieser Bedingung sollen all jene Fälle von der Auswahl ausgeschlossen werden, die sich noch in Transformation befinden, und deren Outcome somit noch unbekannt oder zumindest unsicher ist.
- 5) Aus messtechnischen Überlegungen sollten die Fälle möglichst jung/aktuell sein, denn damit steigt die Chance, dass alle benötigten Daten in ausreichender Qualität vorliegen. Gleichzeitig muss aber auch darauf geachtet werden, dass der Messzeitpunkt T3 nicht zu aktuell ist, so dass noch kaum Daten vorliegen.

Um die einzelnen Fälle mit der Methode fsQCA vergleichen zu können, müssen die Fälle ähnlich in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Conditions, Reformsequenz und Outcome sein (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 20-21, vgl. 21-23, 28-31; Yamasaki und Rihoux 2009: 124-125; Wagemann und Schneider 2007: 21): „[T]he cases must share enough background characteristics, which in turn can be considered as ‚constants‘ in the analysis“ (Berg-Schlosser und De Meur 2009: 20). D.h. es sollten nur solche Fälle miteinander verglichen werden, bei denen sich der Einfluss auf den Outcome auf die Conditions und die Reform-

¹⁴⁹ Streng genommen müsste dieses Kriterium nicht erwähnt werden, da sich bereits die Grundgesamtheit aus abgeschlossenen Transformationen zusammensetzt. Da aber bei der effektiven Fallauswahl (zuerst) auf die Zugehörigkeit zur Grundgesamtheit geachtet werden muss, ist auch auf dieses Kriterium zu berücksichtigen (vgl. hierzu auch Fussnote 148).

sequenz beschränkt und nicht noch weitere Faktoren umfasst bzw. bei denen diese weiteren Faktoren über alle Fälle hinweg konstant sind (Kontrolle von „Störfaktoren“, vgl. Kapitel 5.1.2). Konkret sollen sich alle Fälle der Untersuchung in Bezug auf die Ausprägungen der verschiedenen Bedingungen der Demokratisierung gleichen (vgl. Kapitel 4.4.2);¹⁵⁰ Fälle, die davon abweichen, werden entsprechend ausgeschlossen. Es handelt sich hierbei um die folgenden Kriterien:¹⁵¹

- 6) In allen Fällen sollen mindestens grundlegende Verwaltungsstrukturen im Grossteil des Landes existieren. Damit soll sichergestellt werden, dass nur solche Fälle berücksichtigt werden, die auch tatsächlich in der Lage sind, die verschiedenen Reformen durchzuführen und im ganzen Land zu implementieren. Staaten, in denen das nicht der Fall ist, dürften hingegen bedeutend mehr Schwierigkeiten mit Transformationen haben und sich somit grundsätzlich von anderen Transformationen unterscheiden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 80; Leininger 2005: 966; Berg-Schlosser 2004b: 14).
- 7) Die Fälle der Auswahl dürfen zur Zeit der Transformation keine realistische EU-Beitrittsperspektive haben, da diese einen sehr starken Einfluss auf den Outcome ausübt (vgl. Kapitel 4.4.2).
- 8) Fälle, die sehr starke von der Hilfe und Unterstützung anderer Staaten profitieren, werden ausgeschlossen, da dies einen bedeutenden Einfluss auf den Transformationsverlauf haben kann und somit der Vergleich mit Staaten ohne solche Hilfe und Unterstützung verzerrt wäre (vgl. Kapitel 4.4.2).
- 9) Bei den Fällen darf auch der Anteil der gesamten Bergbauproduktion (u.a. Erdöl, Gas, Edelmetalle und Diamanten) am Total des BIP nicht zu gross sein. Diese Produktion kann relativ einfach kontrolliert werden (wenige inländische Arbeitnehmer, keine langwierige Verarbeitung stattdessen rascher Export) und wirft gleichzeitig sehr hohe Gewinne ab, weshalb ein grosser Anreiz für Akteure besteht, politische Macht zwecks Ausbeutung dieser Rohstoffe zu erlangen und zu missbrauchen (vgl. Carothers 2007a: 24; Collier 2007: 38-52).

¹⁵⁰ Hingegen müssen die Ausprägungen der Conditions, der Reformsequenz und des Outcomes zwischen den gewählten Fälle natürlich variieren (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 21).

¹⁵¹ Die Fallauswahl ist bewusst nicht auf eine bestimmte Region begrenzt (z.B. Osteuropa), da der Faktor „Region“ nicht per se als eine Bedingung der Demokratisierung angesehen wird (vgl. Schneider 2009: 115). Allerdings gibt es Bedingungen der Demokratisierung, die nur in einer bestimmten Region relevant sind (z.B. Ausschluss von EU-Kandidaten) bzw. regionenspezifisch zum Ausdruck kommen können (z.B. ähnlicher Systemtyp).

In Staaten mit einer ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur sind solche Anreize hingegen nicht zu finden; entsprechend dürften sich im Falle einer Transformation die Zusammensetzung der Akteure und deren Motive unterscheiden.

- 10) Die Fälle müssen vor der Transformation einen ähnlichen Systemtyp aufweisen, d.h. einen ähnlichen Grad an eingeschränkten Freiheiten und Selbst- und Mitbestimmung haben, denn totalitäre Systeme „verhalten“ sich in Transformationen anders als defekte Demokratien (vgl. Merkel 1999: 121; Bertelsmann Stiftung 2008: 83-85) bzw. die nötigen Reformanstrengungen sind unterschiedlich. Diese Ähnlichkeit bezieht sich explizit nicht auf das Wirtschaftssystem, denn gemäss dem Forschungsmodell können Autokratien mit funktionierenden Marktwirtschaften in der Untersuchung vorkommen (vgl. Kapitel 4.2.1).
- 11) Fälle, in denen in unmittelbarer Vergangenheit ein Bürgerkrieg herrschte oder ein Bürgerkrieg gar zur Instabilität führte, werden von der Auswahl ausgeschlossen, da hier andere bzw. zusätzliche Bedingungen erfüllt sein müssen, wie z.B. die Wiederherstellung des Verständnis als Staatsvolk oder der Staatlichkeit im Allgemeinen (vgl. u.a. Kumar und Zeeuw 2006; Zeeuw 2005; Paris 2004) (vgl. Kapitel 4.3.3).
- 12) Fälle, die eine chronische Instabilität aufweisen, d.h. in den vergangenen 50 Jahren häufig Phasen von Destabilisierung bzw. Systemwandel und -wechsel erlebten, werden von der Fallauswahl ausgeschlossen, da hier angenommen werden muss – aus welchen Gründen auch immer –, dass ein stabiles politisches System nur sehr schwer zu erreichen ist (vgl. Kapitel 4.4.2).
- 13) Die Fälle der Auswahl sollten zeitlich möglichst eng beieinander liegen (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 21), um auch diesbezüglich nicht-kontrollierte Einflüsse zu vermeiden, bzw. eine gewisse Generalisierbarkeit der Analyseresultate zu ermöglichen (vgl. Kapitel 5.1.3).

In der Tabelle 5-19ff. sind nochmals alle Kriterien der Fallauswahl zusammenfassend aufgeführt, wobei zusätzlich noch angegeben wird, wie die einzelnen Kriterien „spezifiziert“ und „operationalisiert“ werden.¹⁵²

¹⁵² Normalerweise werden bei einer Fallauswahl die jeweiligen Kriterien nicht wie eine Variable spezifiziert und operationalisiert. Da in dieser Untersuchung der Fallauswahl wie gesehen jedoch eine grosse Bedeutung zukommt, werden auch die Kriterien der Fallauswahl relativ genau definiert.

Tabelle 5-19: Übersicht über die Kriterien der Fallauswahl und deren Konzeptspezifikation und Operationalisierung – Teil 1

Kriterium Fallauswahl	Konzeptspezifikation	Operationalisierung	Ausprägungen	Zeitpunkt
Nicht-demokratische Gesellschaft	Der Systemtyp ist eine Autokratie (mit oder ohne Marktwirtschaft).	Für die Spezifizierung und Operationalisierung des Systemtyps vgl. die Kapitel 5.2.2 und 5.3.3.	Der fsQCA-Wert ist grösser als 0.5, oder er ist kleiner 0.5.	t0
Staatliches Gewaltmonopol	Es liegt kein Verlust des staatlichen Gewaltmonopols vor.	Für die Spezifizierung und Operationalisierung von Verlust des staatlichen Gewaltmonopols vgl. die Kapitel 5.2.3 und 5.3.4.	Es liegt kein Verlust des staatlichen Gewaltmonopols vor, oder es liegt ein solcher Verlust vor (vgl. dazu auch Kapitel 5.3.4).	t1
Reformschritt Demokratie	Der Reformschritt Demokratie wurde in Angriff genommen.	Es gibt einen Zeitpunkt t2. Für die Spezifizierung und Operationalisierung des Zeitpunkts t2 vgl. die Kapitel 5.2.3 und 5.3.4.	Es gibt einen Zeitpunkt t2, oder es gibt keinen solchen Zeitpunkt.	t2
Transformation abgeschlossen	Das politische System ist wieder stabil, oder aber es handelt sich um einen Fall von Verlust des staatlichen Gewaltmonopols.	Der Messzeitpunkt T3 ist für den konkreten Fall bestimmbar. Für die Spezifizierung und Operationalisierung des Messzeitpunkts T3 vgl. die Kapitel 5.2.3 und 5.3.4.	Der Messzeitpunkt T3 ist bestimmbar, oder er ist nicht bestimmbar.	t3
Möglichst junge/aktuelle Fälle	Der Zeitpunkt T1 sollte nicht zu weit in der Vergangenheit liegen. Der Zeitpunkt T3 sollte nicht jünger als 2 bis 3 Jahre sein.	T1 liegt jeweils kurz vor oder kurz nach 1989; T3 liegt zwischen 1990 und 2007.* Für die Spezifizierung und Operationalisierung der Zeitpunkte T1 und T3 vgl. die Kapitel 5.2.3 und 5.3.4.	T1 und T3 liegen im entsprechenden Zeitraum, oder sie liegen nicht im entsprechenden Zeitraum.	--
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	Es existieren grundlegende Verwaltungsstrukturen im Staat.	Es existiert in mindestens der Hälfte** des staatlichen Territoriums eine staatliche Administration für Verwaltungsangelegenheiten (policy-Umsetzung und Entscheide auf Verwaltungsebene) und mit Gerichtsbarkeit (vgl. CAP und Bertelsmann Stiftung 2008: 17).	Dieser Anteil wird erreicht (resp. keine Hinweise, dass es anders sein könnte), oder er wird nicht erreicht.	t1

* Das entspricht in etwa dem Zeitraum der 3. Welle der Demokratisierungen (vgl. Huntington 1991).

** Es wird die Annahme getroffen, dass erst ab einem Anteil von 50% von einer grundlegenden Verwaltungsstruktur gesprochen werden kann.

Tabelle 5-20: Übersicht über die Kriterien der Fallauswahl und deren Konzeptspezifikation und Operationalisierung – Teil 2

Kriterium Fallauswahl	Konzeptspezifikation	Operationalisierung	Ausprägungen	Zeitpunkt
Keine EU-Beitrittsperspektive	Es darf zur Zeit der Transformation keine realistische EU-Beitrittsperspektive bestehen.*	Alle Staaten, die nicht zum geographischen Europa gehören (inkl. Russland und Türkei, aber exkl. Kasachstan).	Es besteht eine Zugehörigkeit zu diesem Raum, oder es besteht keine solche Zugehörigkeit.	t1
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten	Der Umfang an Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten zu Gunsten des Regimes darf nicht zu gross sein.	Das Gesamtvolumen an (Hilfs-) Gelder externer Akteure zu Gunsten des Regimes erreicht höchstens einen Anteil von einem Drittel der Staatsausgaben (bzw. die gesamten Entwicklungshilfsgelder entsprechen höchstens der Hälfte des BIP).	Genannter Anteil wird erreicht, oder er wird nicht erreicht (resp. keine Hinweise, dass es anders sein könnte).	t1
		Die Militärhilfe externer Akteure erreicht höchstens einen Anteil von einem Drittel des gesamten Militärbudgets. Oder: Es sind keine bedeutende Anteile ausländischer Truppen im Land stationiert.	Genannter Anteil wird erreicht, oder er wird nicht erreicht (resp. keine Hinweise, dass es anders sein könnte).	t1
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	Der Anteil der gesamten Exporterlöse aus der Bergbauproduktion (u.a. Erdöl, Gas, Edelmetalle und Diamanten) am Total des BIP darf nicht zu gross sein.	Der gesamte Exporterlös aus der Bergbauproduktion (u.a. Erdöl, Gas, Edelmetalle und Diamanten) entspricht höchstens der Hälfte des BIP.	Genannter Anteil wird erreicht, oder er wird nicht erreicht (resp. keine Hinweise, dass es anders sein könnte).	t1
Ähnlicher Systemtyp	Der Systemtyp weist bei allen Fällen einen ähnlichen Grad an eingeschränkten Freiheiten und Selbst- und Mitbestimmung auf.	Alle Fälle sollten einen Systemtyp aufweisen, der innerhalb der Bandbreite zwischen 0 und 0.25 der fsQCA-Skala liegt.** Für die die Spezifizierung und Operationalisierung des Systemtyps vgl. Kapitel 5.2.2 und 5.3.3.	Der Fall liegt innerhalb dieser Bandbreiten, oder er liegt nicht innerhalb dieser Bandbreiten.	t0

* Damit sind auch alle Vorgängerorganisationen der EU miteingeschlossen.

** Beim Polity IV-Index wird eine Änderung von 3 Punkten innerhalb von 3 oder weniger Jahren als Regime-Wechsel angesehen (Marshall und Jaggers 2007: 29). Diese Definition wurde zur Festlegung der Bandbreite verwendet.

Tabelle 5-21: Übersicht über die Kriterien der Fallauswahl und deren Konzeptspezifikation und Operationalisierung – Teil 3

Kriterium Fallauswahl	Konzeptspezifikation	Operationalisierung	Ausprägungen	Zeitpunkt
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	Es herrscht kein Bürgerkrieg innerhalb der letzten 5 Jahre vor dem Zeitpunkt t1 bzw. das staatliche Gewaltmonopol ist innerhalb dieses Zeitraums immer existent oder zumindest nicht stark begrenzt.	Es existieren keine Organisationen (z.B. Guerilla-Gruppen, Paramilitärs, Mafia, Terrororganisationen, Clans), die im genannten Zeitraum die Hälfte oder mehr des staatlichen Territoriums kontrollieren (vgl. dazu die Kapitel 5.2.3 und 5.3.4).	Polity IV-Index: -77 der Variable Polity weist auf fehlendes Gewaltmonopol in mind. 50% des Territoriums hin. und Es existieren solche Organisationen (während des entsprechenden Zeitraums), oder es existieren keine solche Organisationen (resp. keine Hinweise, dass es anders sein könnte).	t1-5Jahre bis t1
Keine chronische Instabilität	Kein Häufung von Destabilisierung bzw. Systemwandel und -wechsel in den vergangenen 50 Jahren.	Der Systemtyp änderte sich im genannten Zeitraum höchstens vier Mal.* Für die die Spezifizierung und Operationalisierung des Systemtyps vgl. Kapitel 5.2.2 und 5.3.3.	Der Systemtyp ändert sich höchstens vier Mal (im genannten Zeitraum), oder er ändert sich mehr als vier Mal.	t1-50Jahre bis t1
Zeitlich möglichst eng beieinander	Die Zeitpunkte T1 und T3 der verschiedenen Fälle sollten möglichst nah beieinander liegen.	T1 liegt jeweils kurz vor oder kurz nach 1989; T3 liegt zwischen 1990 und 2007. Für die Spezifizierung und Operationalisierung der Zeitpunkte T1 und T3 vgl. die Kapitel 5.2.3 und 5.3.4.	T1 und T3 liegen im entsprechenden Zeitraum, oder sie liegen nicht im entsprechenden Zeitraum.	--

* Damit ist auch explizit der Systemtyp „Verlust des staatlichen Gewaltmonopols“ gemeint (vgl. Kapitel 5.3.3).

Die meisten dieser Kriterien beziehen sich auf den Zeitpunkt t1, also auf den Zeitpunkt, an dem die Conditions gemessen werden. Die Kriterien 11 „kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit“ und 12 „chronische Instabilität“ berücksichtigen je eine bestimmte Zeitspanne bis zum Zeitpunkt t1, und die Kriterien 3 „Reformschritt Demokratie“ und 4 „Transformation abgeschlossen“ sind wiederum per definitionem erst im Zeitpunkt t2 bzw. t3 ersichtlich. Für die beiden Kriterien 1 „nicht-demokratische Gesellschaft“ und 10 „ähnlicher Systemtyp“ ist ein zusätzlicher Zeitpunkt notwendig: Da sich diese Kriterien auf den Systemtyp vor der Transformation beziehen, liegt der entsprechende Zeitpunkt im Zustand Stabiles Gesellschaftssystem. Dieser Zeitpunkt, t0, kann dabei in Analogie zur Definition der Stabilität (vgl. die Kapitel 4.3.3, 5.2.3 und 5.3.4) als denjenigen Zeitpunkt definiert werden, kurz bevor das alte System erstmals offen und relativ gewichtig in Frage gestellt wird, bzw. kurz bevor erste Reformen in Angriff genommen werden.

Gemäss obigen Kriterien kann nun die Fallauswahl vorgenommen werden, d.h. aus der Grundgesamtheit aller abgeschlossenen Transformationen werden die Fälle ausgewählt, die alle Kriterien erfüllen; diese Fälle bilden die Auswahlgesamtheit und werden in der vorliegenden Analyse untersucht.

5.4.2 Fallauswahl

In Tabelle 5-22 sind für alle Kriterien der Fallauswahl die Erhebungsverfahren und die Quellen zusammengefasst. Bei gewissen Kriterien kann bei der Fallauswahl auf die Daten der (Mess-) Zeitpunkte zurückgegriffen werden (vgl. die Kapitel 6.1.1 und 6.1.2); bei allen übrigen Kriterien kommen bei der Auswahl Sekundäranalyse oder Dokumentanalyse zur Anwendung.

Tabelle 5-22: Quellen und Erhebungsverfahren der einzelnen Kriterien der Fallauswahl

Kriterium Fallauswahl	Quelle*	Erhebungsverfahren
Nicht-demokratische Gesellschaft	Polity IV (Variable Polity), Freedom in the World (Durchschnitt aus den Variablen PR und CL) Und qualitativ überprüfen: „Länderberichte“, Encyclopaedia Britannica	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse

Staatliches Gewaltmonopol	Polity IV (Variable Polity) Und qualitativ überprüfen: „Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse
Reformschritt Demokratie	Daten zum Zeitpunkt t2	Vgl. Kapitel 6.1.1
Transformation abgeschlossen	Daten zu T3	Vgl. Kapitel 6.1.1
Möglichst junge/aktuelle Fälle	Daten zu T1 und zu T3	Vgl. Kapitel 6.1.1
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	„Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica Oder Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach	Dokumentanalyse
Keine EU-Beitrittsperspektive	Encyclopaedia Britannica	Dokumentanalyse
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	World Development Indicators	Sekundäranalyse
	„Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica Oder Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach	Dokumentanalyse
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	„Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica Oder Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach	Dokumentanalyse
Ähnlicher Systemtyp	Polity IV (Variable Polity), Freedom in the World (Durchschnitt aus den Variablen PR und CL) Und qualitativ überprüfen: „Länderberichte“, Encyclopaedia Britannica	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	Polity IV (Variable Polity) Und qualitativ überprüfen: „Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse
Keine chronische Instabilität	Polity IV (Variable Polity), Freedom in the World (Durchschnitt aus den Variablen PR und CL) Und qualitativ überprüfen: „Länderberichte“, Encyclopaedia Britannica	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse
Zeitlich möglichst eng beieinander	Daten zu T1 und zu T3	Vgl. Kapitel 6.1.1

* Zur Zitierweise der einzelnen Quellen vgl. Kapitel 6.1.1.

Mit den so erhobenen Angaben können insgesamt die folgenden Fälle aus der Grundgesamtheit der abgeschlossenen Transformationsprozesse für die Analyse ausgewählt werden:¹⁵³

Tabelle 5-23: Übersicht über die für die Analyse ausgewählten Fälle (in alphabetischer Reihenfolge)

Ländername	Zeitperiode	Abkürzung*
Äquatorialguinea	1991-1998	EQG
Argentinien	1982-1995	ARG
Armenien	1995-2001	ARM
Brasilien	1988-1995	BRA
Chile	1989-2000	CHL
Ghana	1992-2000	GHA
Guinea-Bissau	1991-1998	GNB
Guyana	1992-2004	GUY
Kirgistan	1993-1999	KYR
Madagaskar	1992-1999	MAG
Mali	1992-2002	MLI
Mongolei	1992-1998	MON
Paraguay	1992-2005	PAR
Sambia	1991-1998	ZAM
Tansania	1992-2006	TAZ
Togo	1992-2003	TOG
Uruguay	1985-1990	URU
Usbekistan	1992-1998	UZB

* Die Abkürzungen entsprechen den Ländercodes bei Polity IV (2009).

¹⁵³ Tabelle 11-1ff. in Anhang C: Ausprägungen der Fallauswahl zeigt für alle in dieser Untersuchung analysierten Fälle die Ausprägungen je Kriterium der Fallauswahl in einer Übersicht.

Aus Tabelle 5-23 ist ersichtlich, dass aus dem Raum Ostasien und Europa kein Land in der Fallauswahl vertreten ist. Diese Regionen werden aber nicht grundsätzlich von der Auswahl ausgeschlossen, sondern es lassen sich bei den gewählten Fallauswahlkriterien einfach keine Fälle aus diesen Regionen finden. Für europäische Staaten liegt der Grund hierbei primär beim Einfluss der EG bzw. EU (Kriterium Nr. 7). Bei den Staaten in Ostasien sind hingegen jeweils unterschiedliche Kriterien der Fallauswahl nicht erfüllt; zu nennen sind hier insbesondere Taiwan (Reformschritt Demokratie erfolgt schrittweise, Kriterium Nr. 3), Südkorea (das Land weist eine hohe Präsenz US-Amerikanischer Truppen auf, Kriterium Nr. 8) und Indonesien (Reformschritt Demokratie erfolgt schrittweise, Kriterium Nr. 3).

Allgemein zeigt sich, dass viele Staaten, in denen in der jüngeren Vergangenheit eine Transformation in der einen oder anderen Form stattfand, vor allem aufgrund der sechs folgenden Kriterien ausgeschlossen werden müssen:

Tabelle 5-24: Kriterien der Fallauswahl, die am häufigsten nicht erfüllt werden

Kriterium	Betroffene Fälle (Beispiele)*
Nr. 3 Reformschritt Demokratie	Bolivien, Indonesien, Mexiko, Peru, Taiwan, Tansania
Nr. 2 Staatliches Gewaltmonopol	Angola, Demokratische Republik Kongo (Kongo Kinshasa), Dominikanische Republik, Libanon, Tadschikistan
Nr. 7 Keine EU-Beitrittsperspektive	(alle Staaten Europas)
Nr. 8 Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	Benin, Gabun, Honduras, Kambodscha, Libanon, Malawi, Nicaragua, Panama, Südkorea
Nr. 9 Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	Aserbeidschan, Demokratische Republik Kongo (Kongo Kinshasa), Gabun, Kasachstan, Republik Kongo (Kongo Brazzaville), Turkmenistan
Nr. 11 Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	Angola, Demokratische Republik Kongo (Kongo Kinshasa), El Salvador, Guatemala, Kambodscha, Libanon, Mocambique, Nicaragua, Rwanda, Uganda

* Mehrfachnennungen sind möglich, sofern zwei oder mehr Kriterien gleich grosses Gewicht haben.

5.5 Methode der Datenauswertung

5.5.1 Wahl der Methode für die Datenauswertung

Wie in Kapitel 5.1.2 gesehen sollen in dieser Analyse 18 Fälle (d.h. 18 abgeschlossene Transformationsprozesse) bezüglich ihrer Beziehung zwischen den Conditions und Reformsequenz und dem Outcome untersucht werden. Dabei wird angenommen, dass es sich hierbei um komplexe Kausalbeziehungen handelt, d.h. diese Beziehungen können conjunctural, equifinal, multifinal und asymmetrical sein (vgl. Kapitel 4.3.1). Entsprechend handelt es sich gemäss Forschungsmodell bei den Conditions – je nach Reformsequenz – um notwendige und hinreichende Bedingungen für den Outcome Systemtyp (vgl. Kapitel 5.1.1).

Für die Analyse solcher komplexer Kausalbeziehungen eignet sich die Methode fsQCA, fuzzy-set Qualitative Comparative Analysis,¹⁵⁴ am besten (Schneider 2009: 59-60; Schneider und Wagemann 2007: 21, vgl. 43, 267; Ragin 1987: 23-26, 26-27; vgl. Berg-Schlosser et al. 2009: 16; Rihoux und Lobe 2009: 473; Ragin 2008a: 15-17, 20-23, 23-25, 190-208; Wagemann und Schneider 2007: 11).¹⁵⁵ Als zusätzlicher Vorteil der Methode fsQCA erweist sich im Zusammenhang mit der vorliegenden Untersuchungsanordnung zudem, dass diese Methode explizit (auch) für die Analyse einer limitierten Anzahl Fälle („small N“ und „medium N“) verwendet werden kann (Berg-Schlosser et al. 2009: 4, 5; Schneider und Wagemann 2007: 26; vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 25, 27; Mahoney 2000; Aarebrot und Bakka 1997: 2-4, 5).

¹⁵⁴ Die Methode fsQCA ist eine von mehreren Methoden für qualitative comparative analyses; weitere Methoden sind u.a. csQCA (crisp-set QCA) und mvQCA (multi-value QCA) (ausführlich dazu u.a. Berg-Schlosser und De Meur 2009; Rihoux und De Meur 2009; Cronqvist und Berg-Schlosser 2009). Gegenüber csQCA hat fsQCA vor allem den Vorteil, dass partielle Mitgliedschaften in einer Menge möglich sind, also die „Variablen“ auch „fuzzy“ Werte annehmen können, was eher der Realität sozialwissenschaftlicher Fälle entspricht (Ragin 2009: 119; Ragin 2008a: 29-33, vgl. Schneider 2009: 68). Die Methode mvQCA hat wiederum gegenüber fsQCA den Nachteil, dass aufgrund der Vielfalt an Ausprägungen je Condition sehr viele verschiedene Condition-Kombinationen für die Erklärung des Outcomes theoretisch möglich sind, für die bei kleiner Fallanzahl aber grossmehrheitlich keine entsprechenden empirischen Fälle vorliegen können (vgl. Cronqvist und Berg-Schlosser 2009: 75-76, 84) (vgl. Fussnote 168).

¹⁵⁵ Bisher wurde die Methode fsQCA noch kaum im Zusammenhang mit Demokratisierungen resp. Transformationen angewendet. Eines der wenigen Beispiele ist bei Berg-Schlosser und De Meur (1994), Berg-Schlosser (1998) und Berg-Schlosser und Mitchell (2000; 2002) zu finden, bei dem der Niedergang von Demokratien aufgrund von verschiedenen Bedingungskonstellationen abhängig gemacht wird. Ein Beispiel jüngeren Datums stammt von Schneider (2009), in dem der Erfolg der Konsolidierung von jungen Demokratien anhand unterschiedlicher Bedingungen erklärt wird.

Im Unterschied zur Methode fsQCA ist es mit statistischen Analysemethoden wie beispielsweise Regressionen nicht möglich, komplexe Kausalbeziehungen zu untersuchen (Schneider 2009: 59). Diese gehen vielmehr von einer linearen bzw. symmetrischen,¹⁵⁶ additiven¹⁵⁷ und unifinalen¹⁵⁸ Beziehung zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable aus („causal simplicity“, Schneider 2009: 59) (Schneider 2009: 58-59, vgl. Ragin 2009: VII). Folglich ist es mit solchen statistischen Analysemethoden auch nicht möglich, notwendige und hinreichende Bedingungen eines bestimmten Outcomes zu erfassen (vgl. Schneider 2009: 59). Und selbst wenn ein Regressionsmodell mit „interaction terms“ erweitert wird, also um nicht-additive Faktoren bzw. Indikatoren ergänzt wird, so stösst diese Methodik gerade wegen dieser Erweiterungen aufgrund limitierter Fallanzahl schnell an ihre (statistischen) Grenzen (Schneider 2009: 59).

Die Methode fsQCA teilt mit Case Studies den Ansatz, die einzelnen Fälle von Interesse einer vertieften qualitativen Analyse zu unterziehen (Berg-Schlosser et al. 2009: 6, 13, 14; Ragin 2008a: 110-112; Wagemann und Schneider 2007: 18). So spielt bei fsQCA insbesondere bei der Fallauswahl bzw. der Definition der Kriterien für die Fallauswahl, bei der Festlegung der Extremwerte und des Thresholds, bei der Datenerhebung und bei der Interpretation der Analyse-Ergebnisse das „Fall-Wissen“ eine entscheidende Rolle (Berg-Schlosser et al. 2009: 6, 13, 14; vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 24; Schneider 2009: 66; Ragin 1987: 84). Im Gegensatz zu Case Studies ist mit fsQCA aber zusätzlich eine systematisch-analytische Auswertung über alle Fälle bezüglich der relevanten Dimensionen und Zusammenhänge möglich, ohne dabei die Fallanzahl reduzieren zu müssen (Schneider 2009: 72). Dies erlaubt nicht nur eine einheitliche strukturierte und damit reproduzierbare Auswertung aller Fälle, sondern lässt auch

¹⁵⁶ Der Einfluss eines Faktors bzw. Variable x auf das Ergebnis bzw. die abhängige Variable y nimmt kontinuierlich bzw. proportional zum Wert von x zu oder ab, d.h. je grösser x ist, desto grösser bzw. kleiner ist auch y, und je kleiner x ist, desto kleiner bzw. grösser ist auch y (vgl. Ragin 2008a: 15, 110-111, vgl. 16-17).

¹⁵⁷ Der Einfluss eines bestimmten Faktors bzw. Indikators auf das Ergebnis bzw. die abhängige Variable ist immer gleich gross, unabhängig davon, welche Werte andere, ebenfalls für die abhängige Variable relevante Faktoren bzw. Indikatoren aufweisen (Berg-Schlosser et al. 2009: 8).

¹⁵⁸ Das Ergebnis bzw. die abhängige Variable hängt nur von einer einzigen Kombination verschiedener Faktoren bzw. Indikatoren ab, entsprechend ist auch nur der Netto-Effekt aller dieser Faktoren bzw. Indikatoren zusammen für das Ergebnis bzw. die abhängige Variable relevant, die Werte der einzelnen Faktoren bzw. Indikatoren können sich also gegenseitig kompensieren (vgl. Schneider 2009: 59).

– in einem gewissen Rahmen (vgl. Kapitel 5.1.3) – Generalisierungen bezüglich anderer, nicht untersuchter Fälle zu, was mit Case Studies nur äusserst begrenzt vorgenommen werden kann (Wagemann und Schneider 2007: 11).

Die Datenauswertungsmethode fsQCA weist also im Kontext der vorliegenden Untersuchung verschiedene Vorteile gegenüber anderen Methoden auf, die sie zur ideal(st)en Methode für die Datenauswertung werden lässt. Im nachfolgenden Kapitel 5.5.2 soll ausführlicher auf die Grundidee und die Grundmechanismen von fsQCA eingegangen werden.

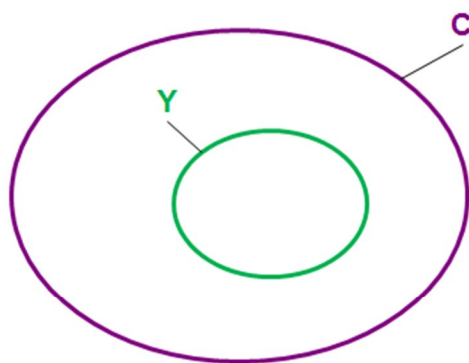
5.5.2 fsQCA – Grundidee und die wichtigsten Schritte der Analyse

a) Grundidee von fsQCA

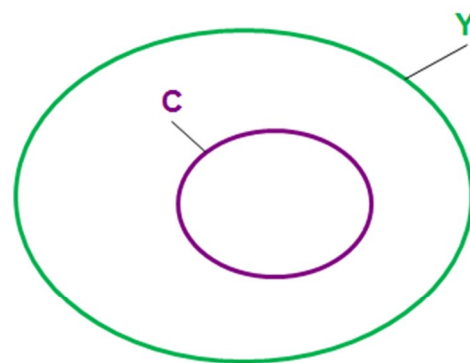
Mit der Datenauswertungsmethode fsQCA können komplexe Kausalbeziehungen zwischen verschiedenen Faktoren, konkret: zwischen Conditions und einem Outcome untersucht werden (vgl. Kapitel 5.5.1). Als Ergebnis einer Datenauswertung mit fsQCA resultieren entsprechende Aussagen dazu, welche Conditions und Kombinationen von Conditions notwendig und/oder hinreichend¹⁵⁹ sind für den Outcome (vgl. Schneider 2009: 57, 58). Solche Aussagen können hierbei auch mit Hilfe der Mengenlehre ausgedrückt werden (vgl. Ragin 2008a: 13-14, 18-19) (vgl. Abbildung 5-2): Bei einer notwendigen Condition ist der Outcome eine Teilmenge dieser Condition, da hier der Outcome nur immer dann gegeben ist, wenn auch die notwendige Condition vorhanden ist (vgl. Schneider 2009: 58). Umgekehrt ist eine hinreichende Condition eine Teilmenge des Outcomes, da bei Vorliegen der Condition immer auch der Outcome gegeben ist (vgl. Schneider 2009: 58).

¹⁵⁹ „A cause is defined as necessary if it must be present for a certain outcome to occur. A cause is defined as sufficient if by itself it can produce a certain outcome“ (Ragin 1987: 99). Wenn der Outcome gegeben ist, ist somit per definitionem immer auch die notwendige Bedingung vorhanden; hingegen gilt die Umkehrung nicht, dass also der Outcome gegeben ist, immer dann wenn die notwendige Bedingung vorhanden ist (Schneider 2009: 58; Schneider und Wagemann 2007: 37-39). Ist eine hinreichende Bedingung vorhanden, so ist per definitionem auch immer der Outcome gegeben; umgekehrt gilt hierbei aber nicht, dass wenn der Outcome gegeben ist, immer auch die hinreichende Bedingung vorhanden ist (Schneider 2009: 58; Schneider und Wagemann 2007: 32-36).

Abbildung 5-2: Notwendige und hinreichende Bedingungen in der Mengenlehre



C ist eine notwendige Bedingung von Y.



C ist eine hinreichende Bedingung von Y.

Legende:

C Condition

Y Outcome

Diese Möglichkeit, komplexe Kausalbeziehungen bzw. hinreichende und notwendige Bedingungen mittels Mengenlehre zu beschreiben, werden bei fsQCA genutzt (vgl. Schneider 2009: u.a. 57-58, 59, 60; Ragin 2008a: 114-121).¹⁶⁰ So können in den Untersuchungen die Conditions und der Outcome als Mengen aufgefasst werden, von denen die einzelnen Fälle (hier also Transformationsprozesse) ein Element bzw. Mitglied sind oder nicht. D.h. je nach dem, ob bei einem Fall eine Condition oder der Outcome gegeben ist oder nicht gegeben ist (bzw. an- oder abwesend ist), ist dieser Fall Mitglied oder Nicht-Mitglied der entsprechenden Menge.¹⁶¹ Hierzu ein fiktives Beispiel:

¹⁶⁰ Entsprechend wird bei fsQCA auch die Notifikation der Mengenlehre übernommen: Ein logisches Und wird mit einem * geschrieben und meint die Schnittmenge zweier Mengen; ein + steht wiederum für das logische Oder und damit für die Vereinigungsmenge; Kleinbuchstaben beschreiben die Abwesenheit eines Faktors bzw. einer Menge, während Grossbuchstaben demzufolge die Anwesenheit eines Faktors bzw. einer Menge bezeichnen (Ragin 2009: 94-99; Rihoux und De Meur 2009: 34-35; Schneider 2009: 61, vgl. 64). Wie in Kapitel 5.3.1 geschrieben kann zudem die (volle) Mitgliedschaft in einer Menge mit 1 und die (volle) Nicht-Mitgliedschaft mit 0 kalibriert werden.

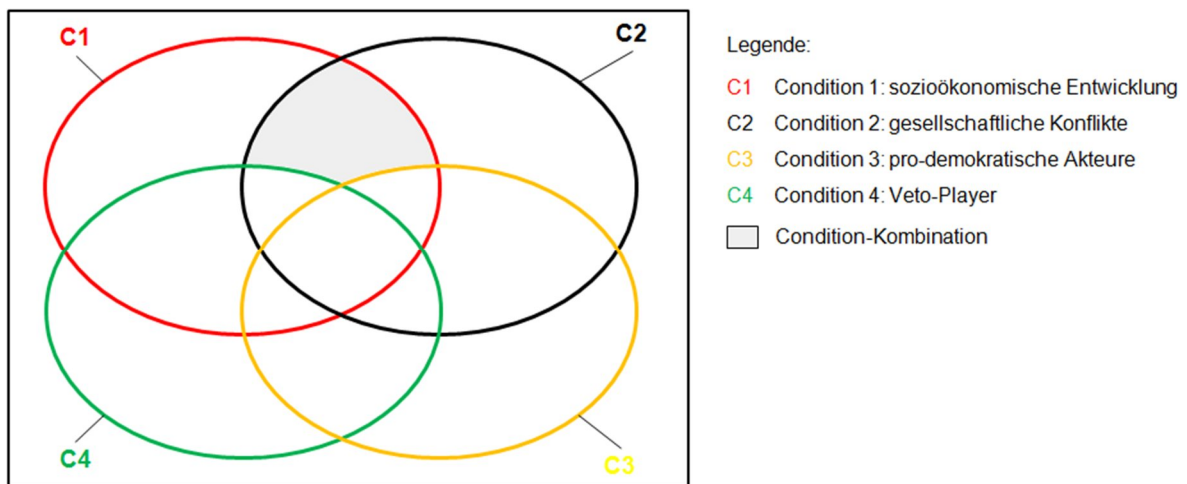
¹⁶¹ Aus diesem Grund ist es nötig, dass im Zusammenhang mit der Operationalisierung der „Variablen“ jeweils auch festgelegt wird, welche Ausprägungen einer vollen Mitgliedschaft, einer vollen Nicht-Mitgliedschaft sowie dem Threshold entsprechen, dass also die Set-Membership definiert wird (vgl. Kapitel 5.3.1). Dabei ist wie gesehen bei fsQCA – darauf weist auch der Name hin – eine partielle Mitgliedschaft in einer Menge denkbar, also grundsätzlich können alle Werte zwischen den beiden Extrema „volle Mitgliedschaft“ (= 1) und „volle Nicht-Mitgliedschaft“ (= 0)

Angenommen bei einem Transformationsprozess ergibt die Datenerhebung, dass eine hohe sozioökonomische Entwicklung (Condition C1), gesellschaftliche Konflikte (Condition C2), keine pro-demokratische Akteure (Condition C3) und keine Veto-Player (Condition C4) bestehen, und dass als Ergebnis ein stabiles demokratisches Gesellschaftssystem (Outcome Y) resultiert, so ist dieser Fall Mitglied der Mengen C1, C2 und Y und Nicht-Mitglied der Mengen C3 und C4. In der Schreibweise der Mengenlehre kann dies auch wie folgt ausgedrückt werden (vgl. Fussnote 160):

$$C1 * C2 * \neg C3 * \neg C4 \rightarrow Y$$

Der Pfeil weist dabei darauf hin, dass die Condition-Kombination aus der Anwesenheit von C1, der Anwesenheit von C2, der Abwesenheit von C3 und der Abwesenheit von C4 eine hinreichende Bedingung für den Outcome demokratisches Gesellschaftssystem bzw. für eine erfolgreiche Demokratisierung ist, dass sie also eine Teilmenge des Outcomes Y ist. In einem Venn-Diagramm lässt sich diese Condition-Kombination wiederum wie folgt darstellen:

Abbildung 5-3: Venn-Diagramm der Condition-Kombination einer hinreichenden Bedingung eines fiktiven Transformationsprozesses



vorkommen (vgl. Ragin 2009: 87-88, 89; Schneider 2009: 62). Für die Bestimmung der (Nicht-) Mitgliedschaft in einer Menge ist allerdings nur relevant, ob der jeweilige Wert grösser oder kleiner als der Threshold ist. Die partielle Mitgliedschaft spielt dann vor allem bei der Bewertung der Beziehungen zwischen Conditions und Outcome eine Rolle (vgl. Absatz d)).

Wird nun von allen zu untersuchenden Fällen diese Angaben der jeweiligen Condition-Kombination für eine erfolgreiche Demokratisierung bzw. für einen Outcome demokratisches Gesellschaftssystem zusammengestellt, können diese Kombinationen auf eine systematische Art und Weise miteinander auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede verglichen und unter Zuhilfenahme Boolescher Algebra zu allgemeinen Aussagen über notwendige und hinreichende Bedingungen bzw. über Mitgliedschaften in Teilmengen in Bezug auf den Outcome zusammengefasst werden: Conditions bzw. Condition-Kombinationen, die bei allen Fällen mit einer erfolgreichen Demokratisierung vorkommen, können als notwendige (und allenfalls hinreichende) Bedingungen angesehen werden; Conditions bzw. Condition-Kombinationen, die nur bei bestimmten Fällen mit einer erfolgreichen Demokratisierung auftreten, beschreiben eine hinreichende Bedingung (vgl. Abbildung 5-2 und Fussnote 159).

Die wichtigsten Schritte in diesem Prozess werden im Folgenden kurz beschrieben.

b) Truth Table – Ausgangspunkt jeder Datenauswertung mit fsQCA¹⁶²

Ausgangspunkt jeder Analyse mit fsQCA ist eine einheitliche Datentabelle mit den Werten, die die Mitgliedschaften in den Conditions, im Outcome sowie – im vorliegenden Fall – in der Reformsequenz¹⁶³ aller zu untersuchenden Fälle wiedergeben, und die, wie in Kapitel 5.3.1 beschrieben, auf fsQCA-Werte kalibriert wurden (vgl. Rihoux und De Meur 2009: 39-44). Als erster Schritt für den systematischen Vergleich der Fälle und damit auch am Beginn der eigentlichen Datenauswertung können diese Daten in einer sogenannten *Truth Table* dargestellt werden:¹⁶⁴

¹⁶² Für weitere bzw. vertiefte Erklärungen betreffend Technik und Vorgehen sowie auch zur Grundidee der Auswertungsmethode fsQCA siehe u.a. Ragin (2000: 309-333; 1987: 86-102), Rihoux und De Meur (2009: 39-66), Rihoux und Lobe (2009: 479-488), Schneider und Wagemann (2007: 173-228) und Wagemann und Schneider (2007: 16-29).

¹⁶³ Für eine ausführliche Erklärung dazu vgl. Kapitel 6.2.1.

¹⁶⁴ Bei der Auswertungsmethode fsQCA haben alle Fälle das gleiche Gewicht und werden entsprechend mit gleicher Bedeutung in der Analyse mitberücksichtigt; Ausreisser aufgrund von geringer Häufigkeit gibt es hier im Gegensatz zu statistischen Methoden nicht (Berg-Schlosser et al. 2009: 6, 7, 8-9; vgl. Ragin 1987: 15).

Tabelle 5-25: Fiktives Beispiel einer Truth Table mit 5 verschiedenen Conditions (C1, C2, C3, C4, C5 und W), dem Outcome Y und 18 Fällen

Zeile	Conditions					Outcome Y	Fiktive empirische Fälle*
	C1	C2	C3	C4	W		
1	1	1	1	1	1	1	A
2	1	1	1	1	0	1	B, C und D
3	1	1	1	0	0	0	E und F
4	1	1	0	0	0	0	G
5	1	0	0	0	1	0	H, I und J
6	0	0	0	0	1	0	K
7	0	0	0	1	1	0	L
8	0	0	1	1	0	0	M und N
9	0	1	1	1	0	1	O
10	0	1	0	1	1	1	P, Q und R

* Transformationsprozesse

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Jede Zeile der Truth Table steht für eine bestimmte Kombination der Conditions (Schneider 2009: 65), wobei aus den Spalten ersichtlich ist, ob die jeweilige Condition in der vorliegenden Condition-Kombination gegeben ist (= 1) oder nicht (= 0). Die einzelnen Fälle können nun gemäss ihrer Condition-Kombination einer Zeile der Truth Table zugeordnet werden (vgl. Schneider 2009: 65).¹⁶⁵ Der Wert des Outcomes je Zeile bzw. je Condition-Kombination ist in der zweitletzten Spalte zu sehen und ergibt sich daraus, ob bei den jeweiligen Fällen ein demokratisches (= 1) oder ein autokratisches Gesellschaftssystem (= 0) hervorging.¹⁶⁶ Von Zeilen

¹⁶⁵ Da in der vorliegenden Untersuchung die Fälle partielle Mitgliedschaften bei den einzelnen Conditions, der Reformsequenz und dem Outcome aufweisen und somit grundsätzlich jeden Wert zwischen 0 und 1 annehmen können, verlangt die Zuteilung eines Falles zu einer Condition-Kombination bzw. Zeile der Truth Table ein etwas komplexeres Verfahren unter Anwendung eines sogenannten „fuzzy set truth table algorithm“ (Schneider 2009: 70; ausführlich dazu auch in Ragin 2009: 99-102, 103-109; Ragin 2008a: 126-135; Schneider und Wagemann 2007: 173-228). Dabei muss auch festgelegt werden, ab welchem Wert eine Condition-Kombination als genügend konsistent angeschaut wird, um als hinreichende Bedingung für den Outcome gelten zu können. Für dieses ganze Verfahren kann die Software fs/QCA 2.5 von Charles Ragin, Kriss Drass und Sean Davey verwendet werden (Schneider 2009: 70).

¹⁶⁶ Es ist denkbar, dass zwei oder mehr Fälle, die die gleiche Condition-Kombination aufweisen, einen unterschiedlichen Outcome haben. Dies wird eine Contradictory Configuration genannt (u.a. Berg-Schlosser et al. 2009: 15-16; Rihoux und De Meur 2009: 44-45). Während bei der Methode csQCA solche Contradictory Configurations geklärt werden müssen (siehe hierzu ausführlich u.a. in Rihoux und De Meur 2009: 48-56; Yamasaki und Rihoux 2009: 132-135; Ragin 1987: 115-118), ist bei fsQCA diesbezüglich grundsätzlich kein spezielles Verfahren nötig (Wagemann und

bzw. Condition-Kombinationen, für die keine empirischen Fälle vorliegen, kann somit kein Outcome angegeben werden. Solche Zeilen werden als Logical Remainders bezeichnet und sind kein Bestandteil einer Truth Table (Rihoux und De Meur 2009: 44-45; Schneider 2009: 66); aus diesem Grund weist obige Tabelle nur 10 statt 32 Zeilen auf.

Eine solche Truth Table kann bereits analysiert werden und liefert erste Informationen über die Beziehung zwischen den Conditions und dem Outcome (Berg-Schlosser et al. 2009: 15; Rihoux und De Meur 2009: 46-47, vgl. 44-45). So ist bei Zeilen mit einem Outcome-Wert von 1 die entsprechende Condition-Kombination eine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung (Schneider 2009: 65; vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223-224).¹⁶⁷ Im obigen fiktiven Beispiel trifft dies auf die Zeilen 1, 2, 9 und 10 zu, bzw. auf die Transformationsprozesse A, B, C und D, O sowie P, Q und R, was wie gesehen auch wie folgt geschrieben werden kann:

$$\left. \begin{array}{l} C1 * C2 * C3 * C4 * W \\ + \\ C1 * C2 * C3 * C4 * w \\ + \\ c1 * C2 * C3 * C4 * w \\ + \\ c1 * C2 * c3 * C4 * W \end{array} \right\} \rightarrow Y \text{ (vier hinreichende Bedingungen für Outcome Y)}$$

Ebenfalls geben Condition-Kombinationen, für die keine empirischen Fälle vorliegen, also die Logical Remainders, Aufschluss darüber, welche Condition-Kombinationen in der Empirie nicht vorkommen (können); dies ist vor allem im

Schneider 2007: 23, vgl. 25-26). Allerdings drücken sich hier Contradictory Configurations in einer tiefen Consistency aus, d.h. die entsprechenden Lösungspfade haben nur limitierte Aussagekraft (Ragin 2009: 109) (zu Consistency siehe weiter unten). Möchte dies vermieden werden, so kann bereits bei der Erstellung der Truth Table ein höherer Consistency-Schwellenwert für das Auftreten eines Outcome-Werts 1 gewählt werden (vgl. Ragin 2009: 109, 113, 118; Wagemann und Schneider 2007: 28-29) (vgl. dazu Fussnote 165), dadurch reduziert sich aber die Coverage, d.h. die Lösungsformel kann nun nur noch einen (beschränkten) Teil des Outcomes erklären (zu Coverage siehe weiter unten). Unabhängig vom gewählten Verfahren sollten Fälle, die eine Contradictory Configuration aufweisen, bei der Interpretation speziell berücksichtigt werden (vgl. Rihoux und De Meur 2009: 48-56).

¹⁶⁷ Während umgekehrt bei einem Outcome-Wert von 0 grundsätzlich von einer hinreichenden Bedingung für eine gescheiterte Demokratisierung gesprochen werden kann (vgl. die Fussnote 165 und 170).

Hinblick auf die Interpretation der Lösungsformeln von Relevanz (Schneider 2009: 66; Ragin 2008a: 158; Ragin und Sonnett 2004: 2).¹⁶⁸ Wie aus Tabelle 5-25 ersichtlich ist, kommen im fiktivem Beispiel von den insgesamt 32 ($= 2^5$) möglichen Condition-Kombinationen 10 davon tatsächlich vor; die übrigen 22 Kombinationen sind demnach Logical Remainders.

c) Logical Minimization

Die Truth Table erlaubt zwar bereits die Auflistung der verschiedenen hinreichenden Bedingungen für den Outcome, allerdings können so nur bedingt Vergleiche zwischen den einzelnen Fälle bzw. den einzelnen hinreichenden Bedingungen angestellt werden; entsprechend sind auch kaum generalisierbare Schlussfolgerungen ableitbar. Um dies zu erreichen, können die Condition-Kombinationen der Truth Table mittels Boolescher Algebra zusammengefasst und logisch redundante Elemente gestrichen werden (Rihoux und De Meur 2009: 35-36, vgl. 34, 36-39; Schneider 2009: 65; Ragin 2008b: 37-41; Schneider und Wagemann 2007: 65-69, 69-71).¹⁶⁹ Dieser Vorgang wird als *Logical Minimization* bezeichnet (Schneider 2009: 65); es kann hierfür die Software fs/QCA 2.5 von Kriss A. Drass, Charles Ragin und Sean Davey angewendet werden (vgl. Rihoux und De Meur 2009: 56-57, 58-59).

Bei dem hier verwendeten fiktiven Beispiel kann die Truth Table zu folgender minimalen *Lösungsformel* zusammengefasst werden:¹⁷⁰

¹⁶⁸ Logical Remainders können aber auch ein Zeichen dafür sein, dass das Verhältnis zwischen Anzahl Conditions und Anzahl Fällen zu gross ist (sogenanntes Problem der „limited diversity“) (Berg-Schlosser und De Meur 2009: 27): Bei k Conditions gibt es total 2^k mögliche Condition-Kombinationen (Schneider 2009: 65). Liegen als z.B. 5 Conditions vor, so sind es gesamthaft 32 verschiedene Condition-Kombinationen; kommt eine 6. Condition dazu, steigt diese Zahl bereits auf 64 mögliche Kombinationen. Je mehr Conditions für die Erklärung des Outcomes herangezogen werden, wird bei kleiner bis mittlerer Fallzahl die Zahl von Condition-Kombinationen, für die aufgrund der (viel) kleineren Fallzahl zwingend keine empirischen Fälle vorliegen können, somit unweigerlich grösser. Es ist deshalb wichtig, dass die Anzahl Conditions und die Anzahl Fälle in einem sinnvollem Verhältnis zueinander stehen (Berg-Schlosser und De Meur 2009: 27).

¹⁶⁹ Eine ausführliche Beschreibung zur Booleschen Algebra und deren Anwendung im Zusammenhang mit fsQCA findet sich auch in Ragin (1987: 86-102) sowie in Schneider und Wagemann (2007: 49-73).

¹⁷⁰ Da es sich hier um asymmetrische Kausalbeziehungen handelt, muss für die Analyse der hinreichenden und notwendigen Bedingungen des Outcomes 0 eine separate Logical Minimization durchgeführt werden (Rihoux und De Meur 2009: 56-57, 58-59; vgl. Ragin 2009: 111-118). Auch wenn in den meisten Untersuchungen primär die Beziehungen zwischen den Conditions und dem vorhandenen Outcome (also Outcome 1) interessieren dürfte, kann gerade mit Blick auf die

$C2 * C4 \rightarrow Y$ (hinreichende Bedingung für Outcome Y)

$C2 * C4 \leftarrow Y$ (notwendige Bedingung für Outcome Y)

Die Condition-Kombination aus den Conditions C2 und C4 ist demnach eine hinreichende und notwendige Bedingung für den Outcome Y.¹⁷¹ Alle übrigen Conditions sind hingegen für das Auftreten des Outcomes nicht relevant.

Bei der Minimization spielt der Umgang mit den Logical Remainders eine wichtige Rolle. Wie gesehen kann von diesen aufgrund fehlender empirischer Fälle nicht gesagt werden, welchen Outcome diese haben. Dadurch ist es auch nicht möglich, sie bei der Minimization ohne Weiteres mitzuberücksichtigen – mit der Konsequenz, dass die Truth Table auch nur beschränkt zusammengefasst werden kann (vgl. Rihoux und De Meur 2009: 59; Schneider 2009: 67). Werden die Logical Remainders also bei der Minimization weggelassen, resultiert entsprechend als Lösungsformel nicht eine minimal einfache Formel (wie oben präsentiert), sondern eine relativ komplexe (vgl. Schneider 2009: 67). Im vorliegenden fiktiven Beispiel hat diese relativ komplexe Lösungsformel die folgende Form:¹⁷²

$$\left. \begin{array}{l} C1 * C2 * C3 * C4 \\ + \\ C2 * C3 * C4 * w \\ + \\ c1 * C2 * c3 * C4 * W \end{array} \right\} \rightarrow Y \quad \begin{array}{l} \text{(drei hinreichende Bedingungen für Outcome Y;} \\ \text{jede dieser Bedingung stellt einen möglichen} \\ \text{Lösungspfad dar)} \end{array}$$

$C2 * C4 \leftarrow Y$ (notwendige Bedingung für Outcome Y)

Interpretation die Analyse des Outcomes 0 allenfalls noch zusätzliche interessante Erkenntnisse liefern. Es ist deshalb in den meisten Fällen sinnvoll, nebst der Analyse nach dem Outcome 1 auch eine solche für den Outcome 0 durchzuführen.

¹⁷¹ Bei der Methode fsQCA muss die Analyse der notwendigen Bedingungen separat und vorgängig zur Analyse der hinreichenden (minimalen) Bedingungen durchgeführt werden (Schneider und Wagemann 2007: 112-115; vgl. Ragin 2009: 109-110; Wagemann und Schneider 2007: 24).

¹⁷² Um die Interpretation zu vereinfachen, kann die Lösungsformel auch anders gruppiert werden. So können insbesondere Conditions, die in zwei oder mehr Lösungspfaden vorkommen, „ausgeklammert“ werden (Rihoux und De Meur 2009: 57-58; Rihoux und Lobe 2009: 485-486; vgl. Wagemann und Schneider 2007: 14, 24). Die vorliegende Lösungsformel könnte beispielsweise auch wie folgt geschrieben werden: $C2 * C4 * (C1 * C3 + C3 * w + c1 * c3 * W) \rightarrow Y$.

Ebenfalls kann es für die Interpretation sinnvoll sein, den einzelnen Lösungspfaden die jeweiligen Fälle zuzuweisen (Rihoux und De Meur 2009: 57-58; Schneider 2009: 66; vgl. Ragin 2009: 112). So erklärt z.B. der erste Lösungspfad die Fälle A, B, C und D.

Um trotz Logical Remainders zu einer möglichst einfachen Lösungsformel zu kommen, müssen deshalb Annahmen bezüglich ihrer Outcome-Werte getroffen werden, sogenannte *Simplifying Assumptions*, damit sie ebenfalls bei der Minimization mitberücksichtigt werden können. Hierbei gibt es grob zwei Möglichkeiten:

- Der Outcome der einzelnen Logical Remainders wird – wie bei der ersten Lösungsformel geschehen – von der Software bestimmt, wobei die *Simplifying Assumptions* so festgelegt werden, dass eine möglichst einfache bzw. minimale Lösungsformel resultiert („most parsimonious solution“) (Rihoux und De Meur 2009: 60-63, vgl. 59-60; Ragin 2008b: 81).¹⁷³
- Aufgrund theoretischer Überlegungen – insbesondere bezüglich des vermuteten Einflusses der Conditions auf den Outcome – werden bei den Logical Remainders *Simplifying Assumptions* bestimmt (Ragin 2009: 110-111). Dabei werden häufig dort *Simplifying Assumptions* festgelegt, wo diese direkt mit dem Forschungsmodell und allenfalls aufgrund erster empirischer Erkenntnissen bezüglich der Kausalbeziehungen zwischen den Conditions und dem Outcome begründet werden können (Ragin 2008a: 163-172; Ragin 2008b: 50-53; Ragin und Sonnett 2004: 4-6, 6-14, 14-17; vgl. Yamasaki und Rihoux 2009: 135-136). Logical Remainders, über deren Outcome nur schwer eine theoretisch begründete Annahme getroffen werden kann, werden hingegen (meist) weiterhin von der Minimization ausgeschlossen.¹⁷⁴ Es resultiert hierbei eine mittlere Lösungsformel („intermediate solution“).¹⁷⁵

¹⁷³ Bei diesem Vorgehen kann es zu sogenannten Contradictory *Simplifying Assumptions* kommen, d.h. dass ein Logical Remainder sowohl für die Minimization des Outcomes 1 als auch des Outcomes 0 verwendet wird und dabei unterschiedliche bzw. eben kontradiktierende Annahmen bezüglich dessen Outcome-Werts getroffen werden (Rihoux und De Meur 2009: 63-64). Es ist deshalb bei Minimizations immer auf solche Contradictory *Simplifying Assumptions* zu prüfen (Rihoux und De Meur 2009: 64). Liegt eine Contradictory *Simplifying Assumption* vor, so ist aufgrund theoretischer Argumente zu entscheiden, welcher Outcome-Wert dieser Logical Remainder haben soll; dieser Wert gilt dann für beide Minimizations (Yamasaki und Rihoux 2009: 136-137; vgl. Delreux und Hesters 2010).

¹⁷⁴ Letztendlich ist es den Forschenden überlassen, wie viele Logical Remainders in die Minimization integriert werden (sofern diese wohl begründet sind); zumal hierbei ganz bewusst aufgrund der Forschungsfrage und dem Wunsch nach mehr oder weniger Generalisierbarkeit eine möglichst minimale oder eine eher komplexe Lösungsformel angestrebt werden kann (Schneider 2009: 65-66; Schneider und Wagemann 2007: 68-69)

¹⁷⁵ „This solution is the same as the one that a conventional case-oriented researcher would derive from this evidence, based on a straightforward interest in combinations of causal conditions that

Da das hier zur besseren Veranschaulichung verwendete fiktive Beispiel auf keiner Theorie basiert, ist es nicht möglich, eine mittlere Lösungsformel anzugeben. Die minimale Lösungsformel des fiktiven Beispiels entspricht hingegen wie bereits gesagt der weiter oben gezeigten Formel:

$C2 * C4 \rightarrow Y$ (hinreichende Bedingung für Outcome Y)

$C2 * C4 \leftarrow Y$ (notwendige Bedingung für Outcome Y)

d) Consistency und Coverage

Von den Lösungsformeln sowie auch von allen einzelnen Lösungspfaden kann als zusätzliche Information deren *Consistency* und deren *Coverage* angegeben werden (siehe u.a. Ragin 2008a: 44-68; Ragin 2006; Rihoux und De Meur 2009: 64).¹⁷⁶ Der Wert der Consistency zeigt dabei, wie stark der jeweilige Pfad von einer perfekten hinreichenden bzw. notwendigen Bedingung abweicht (Schneider 2009: 68; vgl. Schneider und Wagemann 2007: 203-207). D.h. – für eine hinreichende Bedingung – wie viele Fälle (relativ zu allen Fällen) mit welchem Gewicht zwar ebenfalls den entsprechenden Lösungspfad aufweisen, aber einen konträren Outcome haben (Menge eines Pfads, der nicht Teilmenge des Outcomes ist); bzw. – für eine notwendige Bedingung – wie viele Fälle (relativ zu allen Fällen) mit welchem Gewicht zwar ebenfalls den gleichen Outcome haben, aber konträre Lösungspfade haben (Menge des Outcomes, der nicht Teilmenge des Lösungspfades ist) (Schneider 2009: 68; vgl. Schneider und Wagemann 2007: 203-207). Die Consistency eines Lösungspfades oder einer Lösungsformel sollte hierbei grundsätzlich nicht tiefer als 0.7 sein (Schneider 2009: 69).

Mit der Coverage kann wiederum angegeben werden, wie viel des Outcomes durch den jeweiligen hinreichenden Lösungspfad bzw. notwendige Condition erklärt werden kann (Schneider 2009: 68; Schneider und Wagemann 2007: 208-211). Eine Abweichung dieses Werts von 1, also einer perfekten Coverage, deutet

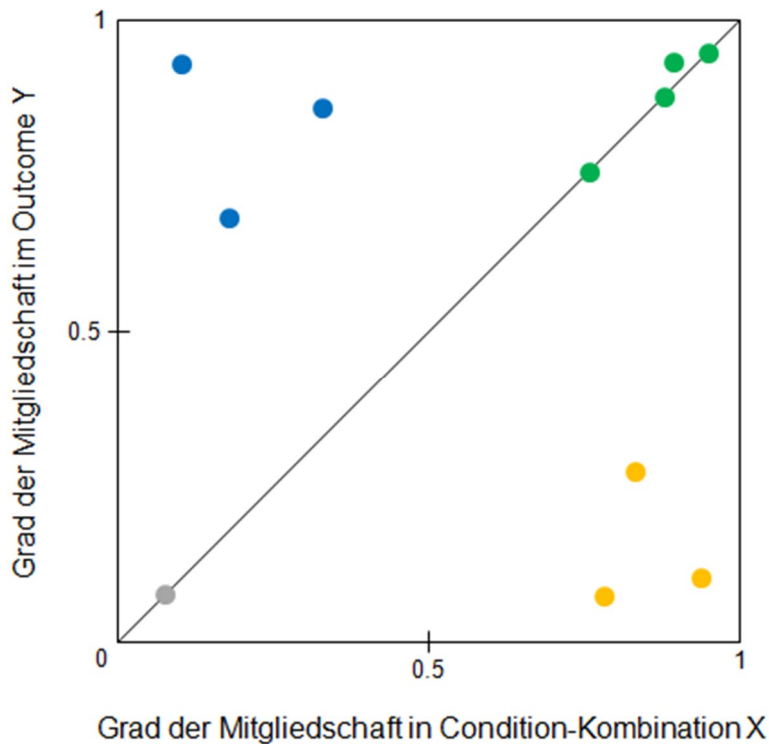
are (1) shared by the positive cases (or at least a subset of the positive cases), (2) believed to be linked to the outcome, and (3) not displayed by negative cases" (Ragin 2008b: 52).

¹⁷⁶ Für die Berechnung der Consistency und der Coverage siehe z.B. Ragin (2009: 108) oder Schneider (2009: 68-69); allgemein zu diesem Thema vgl. Ragin (2006). Ein Wert von 1 entspricht dabei einer perfekten Consistency bzw. einer perfekten Coverage, je näher hingegen dieser Wert bei 0 liegt, desto schwächer ist die Consistency resp. die Coverage.

– bei einer hinreichenden Bedingung – demnach darauf hin, dass der entsprechende Lösungspfad zwar eine hinreichende Bedingung ist, viele Fälle in der Empirie aber andere hinreichende Bedingungen aufweisen. Je nach dem, ob sich die Coverage auf die gesamte hinreichende Lösungsformel bezieht, auf einen einzelnen hinreichenden Lösungspfad oder aber auf den Teil des Outcomes, der einzig von einem bestimmten hinreichenden Lösungspfad erklärt werden kann, spricht man von *Solution Coverage*, *Raw Coverage* oder *Unique Coverage* (Schneider 2009: 68, 69; Schneider und Wagemann 2007: 208-211). Analog dazu ist bei einer notwendigen Condition eine tiefe Coverage wiederum ein Zeichen dafür, dass viele Fälle zwar diese Condition aufweisen, nicht aber den Outcome. Die notwendige Condition kommt bei einer tiefen Coverage somit in den meisten Fällen vor, unabhängig davon, ob der Outcome gegeben ist oder nicht. Bei sehr tiefer Coverage spricht man deshalb auch von einer trivialen notwendigen Bedingung, einer Bedingung also, die ohnehin immer gegeben ist („empirically irrelevant necessary condition“, Ragin 2008a: 62).

e) Graphische Darstellungen

Ein weiters nützliches Element für die Analyse der notwendigen und hinreichenden Bedingungen, insbesondere im Hinblick auf deren Interpretation, ist die grafische Darstellung der Ergebnisse in einem *x-y-Plot*:

Abbildung 5-4: Fiktives Beispiel eines x-y-Plots¹⁷⁷

Im x-y-Plot entspricht jeder Punkt einem Fall; es kann somit von jedem analysierten Fall seine genaue Position innerhalb des Plots bzw. den Grad der Mitgliedschaft angegeben werden. Hierbei gibt die Y-Achse die Outcome-Werte wieder und die X-Achse den Grad der Mitgliedschaft in einem Lösungspfad oder in einer gesamte Lösungsformel (Schneider 2009: 71).¹⁷⁸ Fälle in der rechten oberen Ecke (hier grün markiert) zeigen, dass die Condition-Kombination X eine notwendige oder hinreichende Bedingung des Outcomes Y ist; je näher sie dabei bei der Diagonale liegen, desto stärker trifft diese Aussage zu (vgl. Ragin 2009: 102-103; Schneider 2009: 71). Die blau markierten Fälle weisen zwar ebenfalls den Outcome auf, haben aber eine relativ tiefe Mitgliedschaft in der Condition-Kombination X. Bei diesen Fällen sind somit andere Erklärungen für das Auftreten

¹⁷⁷ Dieser x-y-Plot basiert nicht auf den gleichen (Fall-) Daten, wie sie für das fiktive Beispiel zur Darstellung der Truth Table und der verschiedenen Lösungsformeln verwendet wurden.

¹⁷⁸ Selbstverständlich kann mit der X-Achse die Mitgliedschaft irgendeiner Condition oder Condition-Kombination abgebildet werden; für die Interpretation der Analyse-Ergebnisse ist aber meist vor allem die Mitgliedschaft in der gesamten Lösungsformel und in den einzelnen Lösungspfaden am wertvollsten.

des Outcomes zu suchen; entsprechend verringern sie auch die Coverage der Condition-Kombination X (vgl. Schneider 2009: 71).¹⁷⁹ Die Consistency der zur Diskussion stehenden Condition-Kombination X wird im vorliegenden fiktiven Beispiel wiederum von den orange markierten Fällen reduziert, da diese zwar eine hohe Mitgliedschaft in der Condition-Kombination X aufweisen, gleichzeitig aber tiefe Outcome-Werte haben; sie widersprechen gewissermassen den grünen Fällen (vgl. Schneider 2009: 71).¹⁸⁰ Relativ unbedeutend für die Interpretation sind all jene Fälle, die in der unteren linken Ecke liegen (hier grau eingefärbt), da von diesen keine relevanten Informationen zur Forschungsfrage nach den notwendigen und hinreichenden Bedingungen des Outcomes Y gewonnen werden können.

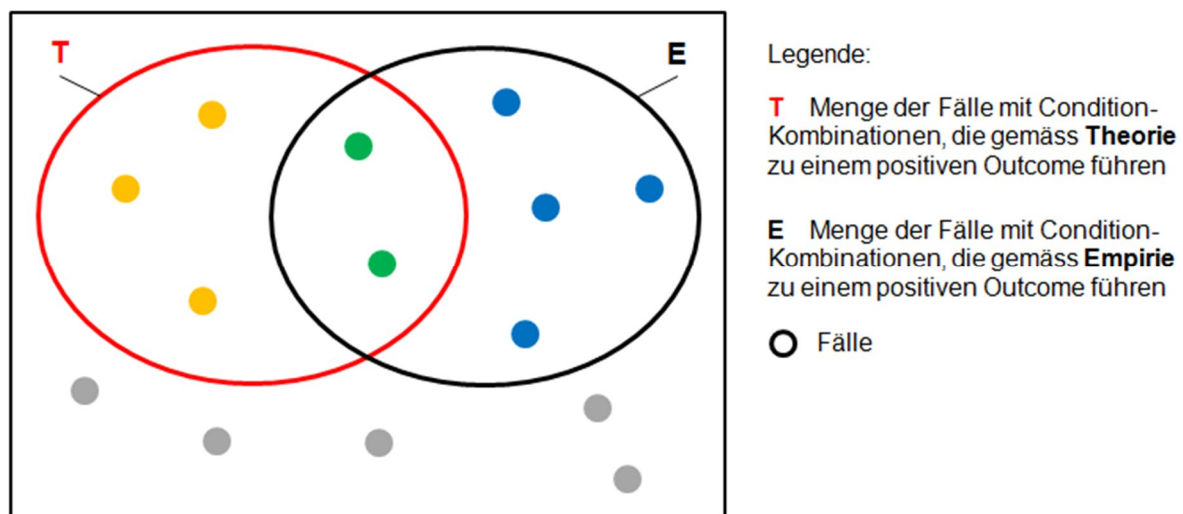
Da mit der Untersuchung letztendlich eine Forschungsfrage beantwortet bzw. ein theoretisches Forschungsmodell geprüft werden soll, kann die Lösungsformel der Theorie gegenüber gestellt und mit dieser verglichen werden. Konkret wird zwischen der empirischen Lösungsformel und den (theoretischen) Hypothesen eine *Intersection* gebildet (Schneider und Wagemann 2007: 118-123; Ragin 1987: 118-121). Aus einer solchen Intersection geht hervor (vgl. Abbildung 5-5):

- Diejenige Menge an empirischen Fällen, die einen positiven Outcome aufweisen, was aufgrund ihrer Kausalbeziehungen auch aus theoretischer Sicht vermutet wurde (grüne Punkte).
- Diejenige Menge an empirischen Fällen, von denen aus theoretischer Sicht aufgrund ihrer Kausalbeziehungen nicht erwartet werden konnte, dass sie einen positiven Outcome aufweisen (blaue Punkte).
- Diejenige Menge an empirischen Fällen, die aus theoretischer Sicht aufgrund ihrer Kausalbeziehungen einen positiven Outcome aufweisen müssten, dies in der Empirie aber nicht der Fall ist (orange Punkte).
- Diejenige Menge an empirischen Fällen, die keinen positiven Outcome aufweisen, was aufgrund ihrer Kausalbeziehung auch aus theoretischer Sicht vermutet wurde (graue Punkte) (Schneider und Wagemann 2007: 118-123; Ragin 1987: 118-121).

¹⁷⁹ Diese Aussage gilt so nur für hinreichende Bedingungen; bei notwendigen Bedingungen ist hier hingegen die Consistency betroffen (vgl. Ragin 2006; Schneider und Wagemann 2007: 203-211).

¹⁸⁰ Vgl. Fussnote 179.

Abbildung 5-5: Intersection zwischen Empirie und Theorie und deren Interpretation



f) Interpretation der Analyse-Ergebnisse

Mit Vorliegen der Intersection ist die Datenauswertung mit fsQCA abgeschlossen.¹⁸¹ Wie gesehen umfasst diese verschiedene Schritte, aus denen letztendlich die Analyse-Ergebnisse hervorgehen: die Truth Table, die verschiedenen Lösungsformeln (und -pfade), die Werte der Consistency und der Coverage, die x-y-Plots und die Intersection. Diese Analyse-Ergebnisse können nun interpretiert und damit die Forschungsfrage beantwortet werden. Hierbei gibt es ein paar allgemeine Punkte, auf die geachtet werden sollte:

- Die Interpretation kann sich sowohl eher an der Forschungstheorie orientieren als auch sich verstärkt auf die effektiven Fälle abstützen (Rihoux und De Meur 2009: 65-66; vgl. Wagemann und Schneider 2007: 27). Dies ist abhängig vom Forschungsziel.
- Aus den verschiedenen Lösungspfaden kann die Generalisierung bezüglich notwendiger und hinreichender Bedingungen abgeleitet werden (Rihoux und Lobe 2009: 478, 486, vgl. 472-473; vgl. Wagemann und Schneider 2007: 28). Welchem Pfad dabei mehr Bedeutung zukommen sollte, kann, was die Fallanzahl betrifft, aus den Werten der Coverage abgeleitet werden (Wagemann

¹⁸¹ Nicht angesprochen wurde bisher die Sensitivitäts-Analyse der Analyse-Ergebnisse, vgl. hierzu Kapitel 6.2.4.

und Schneider 2007: 27-28). Allerdings können aus theoretischer Sicht auch andere Lösungspfade wichtiger oder zumindest interessanter sein (Wagemann und Schneider 2007: 27-28).

- Allgemein sollte hierbei nicht vergessen werden, dass mit der Auswertungsmethode fsQCA keine Kausalitäten bewiesen werden. Die Analyse-Ergebnisse zeigen „lediglich“ Beziehungen zwischen Condition-Kombinationen und einem Outcome auf; die entsprechende Kausalität muss hingegen theoriegeleitet begründet werden (De Meur et al. 2009: 159-161; Wagemann und Schneider 2007: 29).
- Obwohl bei fsQCA der Vergleich zwischen den Fällen im Zentrum steht, sollte bei der Interpretation trotzdem nicht nur diese Vergleiche angeschaut werden, sondern auch die einzelnen Fälle selbst (Rihoux und Lobe 2009: 478, 486, vgl. 472-473; vgl. Wagemann und Schneider 2007: 28). Dieser fallspezifischen Interpretation kommt grosse Bedeutung zu, insbesondere:
 - bei Fällen, die eine hinreichende Bedingung mit einer relativ tiefen Coverage aufweisen (Schneider 2009: 69-70),
 - bei Fällen, deren positiver Outcome nicht mit einer hinreichenden Bedingung erklärt werden kann (vgl. Wagemann und Schneider 2007: 28),
 - bei Fällen, die zwar eine hinreichende Bedingung aufweisen, aber keinen positiven Outcome haben (vgl. Wagemann und Schneider 2007: 28).

6 Analyse mit fsQCA (Datenerhebung und Datenauswertung)

6.1 Datenerhebung

6.1.1 Quellen und Erhebungsverfahren

Zusammen mit der Operationalisierung werden für jeden Indikator in einem iterativen Prozess auch die jeweiligen Quellen für die Datenerhebung festgelegt (vgl. Kapitel 5.3.1). Hierbei werden verschiedene bestehende Datensätze von u.a. internationalen Organisationen, NGOs, Universitätsinstituten und privaten Firmen sowie allgemein zugängliche Dokumente auf ihre Nützlichkeit für die Datenerhebung geprüft. Die getroffene Auswahl je Indikator entspricht somit denjenigen Quellen, die sowohl eine Messung der gesuchten Ausprägungen effektiv zulassen, als auch verfügbar sind. Von der Operationalisierung und den Datenquellen können dann das jeweilige Erhebungsverfahren abgeleitet werden; in dieser Untersuchung kommen primär Dokumentanalysen und Sekundäranalysen zur Anwendung. In Tabelle 6-1 sind die Quellen und die Erhebungsverfahren für alle Indikatoren der Untersuchung zusammengefasst:

Tabelle 6-1: Quellen und Erhebungsverfahren der einzelnen Indikatoren für die Datenerhebung

Indikator	Abkürzung	Quellen	Erhebungsverfahren
Alphabetisierungsrate der erwachsenen Bevölkerung	alph	World Development Indicators	Sekundäranalyse
Lebenserwartung bei Geburt	lebex	World Development Indicators	Sekundäranalyse
Geburtenrate (Geburten pro Frau)	fert	World Development Indicators	Sekundäranalyse
Anteil des 1. Sektors am BIP	agr	World Development Indicators	Sekundäranalyse
BIP pro Kopf (in US\$ 2005, PPP)	bip	World Development Indicators	Sekundäranalyse
Konflikte zwischen sozialen Klassen, Ethnien/Nationalitäten, Religionen/Glaubensansichten, Sprachen oder Clans	konf1	„Länderberichte“, Encyclopaedia Britannica oder The Economist, Fischer Weltalmanach, Keesing's Archive	Dokumentanalyse

Verteilung des Einkommens gemäss Gini-Koeffizient	gini	World Development Indicators	Sekundäranalyse
Akteure, die sich aktiv für die Demokratisierung einsetzen (pro-demokratische Akteure)	prodem (bzw. C3)	„Länderberichte“, Encyclopaedia Britannica oder The Economist, Fischer Weltalmanach, Keesing's Archive	Dokumentanalyse
Akteure, die sich aktiv gegen die Demokratisierung einsetzen (bzw. gegen die Veränderung der Machtstrukturen) (Veto-Player)	veto (bzw. C4)	„Länderberichte“, Encyclopaedia Britannica oder The Economist, Fischer Weltalmanach, Keesing's Archive	Dokumentanalyse
Grad der ökonomischen Freiheit (Reformsequenz)	rsequ (bzw. W)	Index of Economic Freedom (Heritage Foundation), Economic Freedom (Fraser Institute) Und qualitativ überprüfen: „Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica, IMF Staff Country Report, World Bank Report, Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse
Ausgestaltung des Herrschaftszugangs, der Herrschaftsstruktur, des Herrschaftsanspruchs, der Herrschaftsweise, des Herrschaftsmonopols und der Herrschaftslegitimation (Systemtyp, Outcome)	outcome1 und outcome2 (bzw. Y)	Polity IV (Variable Polity), Freedom in the World (Durchschnitt aus den Variablen PR und CL) Und qualitativ überprüfen: „Länderberichte“, Encyclopaedia Britannica	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse
t2 minus 1 Tag (Messzeitpunkt T1)	T1	Daten zu t2	Berechnung
Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (Zeitpunkt t2)	t2	„Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica oder Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach	Dokumentanalyse
Zeitpunkt der ersten Wirtschaft-Reformen nach dem Zeitpunkt t2 (Zeitpunkt t2b)	t2b	Daten zu den einzelnen Reformen (vgl. unten)	Dokumentanalyse

Zeitpunkt, an dem gilt (Messzeitpunkt T3): Keine Ablehnung der zentralen staatlichen Institutionen durch die grosse Mehrheit der Eliten über die letzten 5 Jahre seit t2 bzw. t2b	T3-stab	„Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica Oder Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach	Dokumentanalyse
Oder an dem gilt (Messzeitpunkt T3): Verlust des staatlichen Gewaltmonopols nach t2	T3-verl	Polity IV (Variable Polity) Und qualitativ überprüfen: „Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica	Sekundäranalyse und Dokumentanalyse
Altes System ist gerade noch stabil (Zeitpunkt t0)	t0	„Länderbericht“, Encyclopaedia Britannica oder Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach	Dokumentanalyse

Bei den Indikatoren der einzelnen Reformen (DR1-DR9 und WR1-WR4, vgl. Kapitel 5.3.5) werden für die Datenerhebung immer die Quellen „Länderbericht“ und Encyclopaedia Britannica verwendet oder – falls erstere nicht verfügbar sind – die Quellen Keesing's Archive, The Economist, Fischer Weltalmanach, IMF Staff Country Report und World Bank Report. Es handelt sich hierbei um Dokumentanalysen.

Ergänzende Bemerkungen zu den oben erwähnten Quellen:

- Unter „Länderberichte“ werden Monographien über das betreffende Land verstanden, in denen spezifisch und ausführlich die jeweiligen Transformationsprozesse und deren Hintergründe beschrieben sind.
- Pro Land bzw. Transformationsprozess werden immer mindestens zwei „Länderberichte“ gewählt, um ein möglichst umfassendes und glaubwürdiges Bild zu erhalten. Hierbei wird darauf geachtet, dass sich die Texte je Transformationsprozess möglichst unterscheiden, d.h. insbesondere von verschiedenen Autoren mit unterschiedlichem Hintergrund (z.B. Ökonomen vs. Historiker, Einheimische vs. Ausländer) geschrieben sind und sich nicht aufeinander beziehen. Werke, die „Länderberichte“ gleich mehrerer unterschiedlicher Transformationen umfassen, werden bevorzugt, da hier eine

gewisse Konstanz über mehrere Fälle besteht, die sich auch in den so erhobenen Daten widerspiegelt. Und selbstverständlich spielt auch die Qualität der Texte eine Rolle bei der Auswahl.¹⁸²

- Allgemein wird, um die Qualität der Daten bzw. der Datenerhebung zu den einzelnen Fällen zu erhöhen, bei den einzelnen Indikatoren darauf geachtet, dass möglichst viele und möglichst verschiedenartige Quellen mitberücksichtigt werden können.
- Aus diesem Grund wird auch bei Vorliegen von Index-Werten, bei denen grundsätzlich nur eine Sekundäranalyse nötig wäre (wie z.B. beim Outcome), vielfach eine Plausibilisierung dieser Daten mittels der Erkenntnisse aus den übrigen Quellen bzw. den Dokumentanalysen vorgenommen.
- Bei den verwendeten Indizes (z.B. World Development Indicators) bestehen teilweise Datenlücken. In solchen Fällen wird versucht, aus der Datenreihe den gesuchten Wert möglichst genau abzuschätzen, in dem z.B. der Durchschnittswert aus den beiden Werten der Jahre unmittelbar vor und nach dem eigentlichen Erhebungszeitpunkt gebildet wird.¹⁸³ Diese Schätzwerte werden mit den aus den Dokumentanalysen gewonnenen Erkenntnissen verglichen und so plausibilisiert. Hilfreich hierbei sind auch Vergleiche zwischen den einzelnen Transformationsprozessen bezüglich des betroffenen Indikators. Auch hier werden also die Sekundäranalysen mit Dokumentanalysen ergänzt. In denjenigen Fällen, in denen eine solche Schätzung mittels Datenreihe nicht möglich ist, wird basierend auf den Erkenntnissen aus den Dokumentanalysen und im Quervergleich mit anderen Fällen direkt ein fsQCA-Wert geschätzt und

¹⁸² So werden u.a. die Book Reviews der letzten 15 Jahre wichtiger politikwissenschaftlicher Journals auf mögliche „Länderberichte“ durchsucht. Es sind dies die folgenden Journals: „Democratisation“, „Foreign Affairs“, „International Politics“, „Internationale Politik“, „Journal of Democracy“, „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“. Auch wird in der British Library for Development Studies (vgl. <http://blds.ids.ac.uk/search/country.html>, Stand: 8. 4. 2009), in der Encyclopaedia Britannica und in Fachbuchhandlungen nach geeigneten Texten geforscht. Zusätzlich wird spezifisch nach Werken von Autoren gesucht, die in der gesichteten Literatur als bedeutende Länder- oder Regionen-Experten genannt werden (vgl. z.B. Bertelsmann Stiftung 2008: 243-244). Insbesondere in solchen Fällen, bei denen bezüglich eines bestimmten Ereignisses Unsicherheiten oder gar Widersprüche bestanden, wird zwecks Klärung auch auf Nachschlagewerke zurückgegriffen (u.a. Brockhaus Enzyklopädie, Fischer Weltalmanach, Historical Dictionary und Keesing's Archive).

¹⁸³ Bei diesem Vorgehen muss selbstverständlich die Datenreihe sehr genau analysiert werden, u.a. auf „Ausschläge“ nach Unten und Oben. Dies gilt insbesondere bei solchen Indikatoren, die sich in relativ kurzer Zeit stark ändern können (z.B. das BIP). Bei Indikatoren hingegen, die sich nur innerhalb längerer Zeitspannen ändern können (z.B. die Alphabetisierungsrate oder die Lebenserwartung), ist eine solche Abschätzung bedeutend weniger kritisch.

plausibilisiert. Leider reduziert sich dadurch bei solchen Datenlücken etwas die Validität des entsprechenden Indikators.

- Die Zitierweise der einzelnen Quellen erfolgt wie folgt:

Economic Freedom (Fraser Institute)	Gwartney et al. (2008)
Encyclopaedia Britannica	Encyclopaedia Britannica (2009), jeder Artikel ist einzeln zitiert
Fischer Weltalmanach	Fischer Weltalmanach (verschiedene Jahrgänge), jeder Bericht ist einzeln zitiert
Freedom in the World	Freedom House (2009)
IMF Staff Country Report	IMF (verschiedene Jahrgänge), jeder Bericht ist einzeln zitiert
Index of Economic Freedom	The Heritage Foundation und The Wall Street Journal (2009)
Keesing's Archive	Keesing's Archive (verschiedene Jahrgänge), jeder Bericht ist einzeln zitiert
„Länderberichte“	Monographien (verschiedene Jahrgänge), jeder Bericht ist einzeln zitiert
Polity IV	Polity IV (2009)
The Economist	The Economist (verschiedene Jahrgänge), jeder Bericht ist einzeln zitiert
World Bank Report	World Bank (verschiedene Jahrgänge), jeder Bericht ist einzeln zitiert
World Development Indicators	World Bank (2008)

6.1.2 Allgemeines Vorgehen bei der Datenerhebung

Grundsätzlich könnten die Daten der Indikatoren mit Hilfe der Angaben zur Operationalisierung und zu den Datenquelle und den Erhebungsverfahren einzeln erhoben werden. Allerdings bestehen innerhalb eines Falls bzw. Transformationsprozesses gewisse Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Indikatoren, d.h. Informationen zu gewissen Indikatoren sind für die Erhebung anderer Indikatoren nötig. So müssen insbesondere die Werte der verschiedenen Messzeitpunkte vorgängig bekannt sein, um die Datenerhebung der übrigen Indikatoren zum jeweils verlangten Zeitpunkt durchführen zu können. Aus diesem Grund muss bei der Datenerhebung bei jedem einzelnen Transformationsprozess gemäss den folgenden Schritten vorgegangen werden:

- 1) Für jeden Fall wird der Zeitpunkt t_2 festgelegt (Inkrafttreten einer neuen Verfassung); er bildet den Ausgangspunkt der gesamten Datenerhebung.
- 2) Vom Zeitpunkt t_2 wird dann der Zeitpunkt t_1 abgeleitet.
- 3) Anschliessend können die Ausprägungen der Conditions zum Zeitpunkt t_1 erhoben werden.

- 4) Ebenfalls wird im Zeitpunkt t1 das bestehende Wirtschaftssystem und damit die Reformsequenz des entsprechenden Transformationsprozesses ermittelt.
- 5) Danach gilt es, den Zeitpunkt t3 festzulegen (re-stabilisiertes System); hierzu sind auch Angaben zu den einzelnen Reformen bzw. zum Zeitpunkt t2b nötig.
- 6) Als nächstes kann die Ausprägung des Systemtyps im jeweiligen Zeitpunkt t3 erhoben werden (Outcome).

Die nach diesem Verfahren erhobenen Daten bilden die Grunddaten.

Bei den Indikatoren der Conditions, der Reformsequenz und des Outcomes muss zusätzlich zur eigentlichen Datenerhebung auch noch eine Kalibrierung der erhobenen Werte in fsQCA-Werte gemäss den Angaben betreffend den Indikatoren-Ausprägungen vorgenommen werden (vgl. Kapitel 5.3.1). Je nach dem ob es sich hierbei um ordinalskalierte oder um ratioskalierte bzw. intervallskalierte Indikatoren handelt, erfolgt die Kalibrierung aufgrund qualitativer Argumente oder aber mittels der Software fs/QCA 2.5 von Kriss A. Drass, Charles Ragin und Sean Davey.¹⁸⁴ Bei fehlenden Daten erfolgt auch bei ratioskalierten und intervallskalierten Indikatoren die Kalibrierung qualitativ. Zusätzlich ist im Anschluss an die Kalibrierung – dort wo dies notwendig ist – der Gesamtwert der Indikatoren-Indizes gemäss den festgelegten Gewichtungen zu bilden (vgl. Kapitel 5.3.1). Damit liegen zu allen 18 Transformationen die kalibrierten und allenfalls indexierten Werte als Rohdaten bereit.

Bevor mit der eigentlichen Datenauswertung begonnen werden kann, werden alle Rohdaten nochmals eingehend auf ihre Plausibilität geprüft. So wird zum einen nochmals kontrolliert, ob die ermittelten Ausprägungen mit den jeweiligen Operationalisierungen tatsächlich übereinstimmen. Zum anderen wird in einem Quervergleich untersucht, ob die Ausprägungen je Indikator über alle Fälle hinweg und im Gesamtkontext konsistent sind (inkl. der Kalibrierung in fsQCA-Werte). Wo

¹⁸⁴ Bei Kalibrierung mit der Software fs/QCA 2.5 muss folgendes beachtet werden: Die beiden Extremwerte entsprechen hier aufgrund des dabei verwendeten Algorithmus nicht den fsQCA-Werten 1.0 und 0.0, sondern den Werten 0.95 und 0.05 (Ragin 2008b: 16-18; vgl. Schneider 2009: 63). Entsprechend können sich leichte Abweichungen in der Kalibrierung ergeben, da bei der Operationalisierung die zu definierenden Extremwerte den qualitativen Begriffen „fully in“ und „fully out“ gegenübergestellt werden, also den fsQCA-Werten 1.0 und 0.0 (vgl. Kapitel 5.3.1). Allerdings sind diese Abweichungen marginal und somit vernachlässigbar, wie verschiedene Sensitivitätstests ergeben haben.

nötig, werden aufgrund dieser Plausibilisierungen einzelne Werte angepasst.

Die nach diesem Verfahren erhobenen Daten, die Grunddaten und die Rohdaten, sind in Anhang D: Grund- und Rohdaten zusammengefasst.

6.2 Datenauswertung mit fsQCA

6.2.1 Einleitung

Die Datenauswertung orientiert sich an dem in Kapitel 5.5.2 aufgezeigten Vorgehen und den dort beschriebenen Grundmechanismen. Es kommt hierbei die Software fs/QCA 2.5 von Charles Ragin, Kriss Drass und Sean Davey zur Anwendung.¹⁸⁵ Die für die Auswertung benötigten Definitionen der Set-Membership bei den Conditions, der Reformsequenz und dem Outcome erfolgte wie gesehen bereits im Zusammenhang mit Operationalisierung (vgl. Kapitel 5.3). Ebenfalls bereits abgeschlossen ist die Erhebung der Daten und deren Zusammenstellung in einer Datentabelle (vgl. Kapitel 6.1.2). Alle weiteren Schritte der Datenauswertung sind in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben.

Die zu testenden Hypothesen sind in Kapitel 5.1.1 aufgeführt. Demnach kann – falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie, w) – eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen (Y), wenn eine hohe sozioökonomische Entwicklung (C1), keine gesellschaftlichen Konflikte (c2), pro-demokratische Akteure (C3) und keine Veto-Player (c4) bestehen. Ebenfalls erfolgreich verlaufen kann eine Demokratisierung auch (Y), falls eine freie Marktwirtschaft bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung bereits besteht (Reformsequenz Wirtschaft, W), unabhängig von den bestehenden Conditions. In der Schreibweise der Mengenlehre können diese Hypothesen wie folgt geschrieben werden (vgl. Rihoux et al. 2009: 175):

$$\left. \begin{array}{l} C1 * c2 * C3 * c4 * w \\ + \\ W \end{array} \right\} \rightarrow Y$$

¹⁸⁵ Vgl. dazu <http://www.compasss.org/pages/resources/software.html> (Stand 10.8.2010).

Wie aus obiger Darstellung ersichtlich ist, kann die Reformsequenz dabei wie eine „normale“ Condition aufgefasst werden. Dadurch wird die Datenauswertung vereinfacht, da kein separater Vergleich der Fälle gruppiert nach ihrer Reformsequenz durchgeführt werden muss, sondern dies zusammen in einer Analyse erfolgen kann. Selbstverständlich ist bei der Interpretation der besonderen Bedeutung der „Condition“ Reformsequenz Rechnung zu tragen (vgl. Tabelle 6-2). D.h. die Reformsequenz ist keine eigentliche Ausgangsbedingung, sondern sie gibt die spezifische Abfolge der Reformen während einer Transformation wieder.¹⁸⁶ Entsprechend kann auch anhand von ihr gezeigt werden, ob sich die Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie von denjenigen für eine erfolgreiche Demokratisierung mit der Reformsequenz Wirtschaft unterscheiden und damit eine Erklärung für die eingangs gestellte Forschungsfrage liefern.

Konkret kann sich bei der Datenauswertung die Interpretation der einzelnen Lösungsformeln und Lösungspfade für hinreichende Bedingungen an den folgenden Grundsätzen orientieren:

Tabelle 6-2: Theoretisch mögliche Analyse-Ergebnisse und deren Interpretation (nur hinreichende Bedingungen)

Ergebnis	Interpretation
Lösungspfad mit W	Hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung mit der Reformsequenz Wirtschaft; d.h. für eine erfolgreiche Demokratisierung müssen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung sowohl eine freie Marktwirtschaft bestehen als auch zusätzlich gewisse Ausgangsbedingungen gegeben sein.
Lösungspfad mit w	Hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie; d.h. für eine erfolgreiche Demokratisierung, bei der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung noch keine freie Marktwirtschaft besteht, müssen gewisse Ausgangsbedingungen gegeben sein.
Lösungspfad bestehend nur aus W	Die Reformsequenz Wirtschaft als hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung; d.h. für eine erfolgreiche Demokratisierung muss zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung eine freie Marktwirtschaft bestehen, spezielle Ausgangsbedingungen müssen hingegen nicht zusätzlich gegeben sein.

¹⁸⁶ Vgl. hierzu auch die Diskussion rund um die Zeitdimension, d.h. die zeitliche Abfolge der Conditions bei den QCA-Methoden (u.a. De Meur et al. 2009: 161-163).

Lösungspfad bestehend nur aus w	Die Reformsequenz Demokratie als hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung; d.h. für eine erfolgreiche Demokratisierung müssen die Demokratie-Reformen vor den Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden, spezielle Ausgangsbedingungen müssen hingegen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung nicht gegeben sein.
Lösungspfad ohne W und ohne w	Hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung unabhängig von der Reformsequenz; d.h. für eine erfolgreiche Demokratisierung müssen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung unabhängig von der Reformsequenz gewisse Faktoren gegeben sein; es handelt sich hier also um Bedingungen der Demokratisierung. Der Erfolg der Demokratisierung ist hingegen nicht abhängig von der Reihenfolge der Wirtschaft-Reformen und Demokratie-Reformen, d.h. von der Reformsequenz.
Lösungsformel mit sehr tiefer Consistency	Der Erfolg von Demokratisierungen kann nicht mit der Kombination aus Reformsequenz und Ausgangsbedingungen erklärt werden;* d.h. es müssen andere Erklärungen gesucht werden (z.B. andere Theorie oder andere Conditions verwendet werden).

* Dies gilt zumindest für die hier berücksichtigten Conditions.

6.2.2 Auswertung nach dem Outcome „erfolgreiche Demokratisierung“

a) Truth Table

Bei der Erstellung der Truth Table wird bei den Condition-Kombinationen eine Consistency von 0.8 als Bedingung einer konsistenten hinreichenden Bedingung für Outcome Y verwendet. Da es einen klaren „Bruch“ zwischen Condition-Kombinationen mit einer Consistency von kleiner 0.7 und solchen mit einem Wert grösser 0.8 gibt und gleichzeitig eine Consistency von 0.8 als genügend hoch angesehen werden kann, scheint diese Festlegung ideal zu sein (vgl. Ragin 2009: 109, 113, 118; Wagemann und Schneider 2007: 28-29). Somit ergibt sich folgende Truth Table:

Tabelle 6-3: Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“

Zeile	Conditions					Outcome Y	Empirische Fälle	Consi- stency*
	C1	C2	C3	C4	W			
1	1	0	1	0	1	1	URU	1
2	1	0	1	1	1	1	CHL, PAR	1
3	0	1	1	0	1	1	MLI	0.960049
4	0	1	0	0	1	1	GHA	0.951079
5	1	0	1	0	0	1	ARM	0.910203
6	1	0	1	1	0	1	ARG	0.866961
7	0	0	1	0	0	1	MON	0.845027
8	1	1	1	0	0	1	BRA	0.83936
9	0	1	1	0	0	1	MAG	0.815065
10	0	1	0	0	0	0	KYR, ZAM, GUY**, TAZ**	0.668705
11	0	1	1	1	0	0	TOG	0.630814
12	0	0	0	1	0	0	GNB	0.490984
13	0	1	0	1	0	0	EQG, UZB	0.412788

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Gesamthaft gibt es 13 verschiedene Condition-Kombinationen, für die empirische Fälle vorliegen. Bei total 32 ($= 2^5$) möglichen Kombinationen lassen sich somit 19 davon in dieser Untersuchung nicht mit der Empirie belegen; es sind Logical Remainders.

In Zeile 10 sind zwei der vier Fälle widersprüchlich, da diese einen positiven Outcome aufweisen, obwohl die entsprechende Condition-Kombination keine hinreichende Bedingung von Outcome Y ist.¹⁸⁷ Auf diesen Widerspruch ist im Folgenden noch einzugehen. Ansonsten weist die Truth Table keine „Unregelmäßigkeiten“ oder Probleme auf (vgl. Rihoux und De Meur 2009: 44-45).

Die in der Truth Table aufgelisteten Fälle können aufgrund ihres Outcomes und ihrer Reformsequenz auch wie folgt sortiert werden:

¹⁸⁷ Dies ist nicht nur auf den tiefen Consistency-Wert zurückzuführen, sondern auch der Vergleich mit den anderen Fällen bzw. mit den Lösungspfaden für einen positiven Outcome zeigt, dass für diese Condition-Kombination eher ein negativer Outcome zu erwarten ist und somit die Fälle KYR und ZAM „korrekt“ sind.

Tabelle 6-4: Die verschiedenen Lösungspfade in ihrem Vergleich

Outcome	Lösungspfad mit W	Lösungspfad mit w	Kommentar / Beurteilung
„Demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“	C1*c2*C3*c4*W (URU)	C1*c2*C3*c4*w (ARM)	unabhängig ob w oder W, also unabhängig von der Reformsequenz, ist der Lösungspfad erfolgreich
	C1*c2*C3*C4*W (CHL, PAR)	C1*c2*C3*C4*w (ARG)	unabhängig ob w oder W, also unabhängig von der Reformsequenz, ist der Lösungspfad erfolgreich
	c1*C2*C3*c4*W (MLI)	c1*C2*C3*c4*w (MAG)	unabhängig ob w oder W, also unabhängig von der Reformsequenz, ist der Lösungspfad erfolgreich
	--	C1*C2*C3*c4*w (BRA)	keine entsprechenden Fälle mit W bzw. mit einer Reformsequenz Wirtschaft; drei gute Ausgangsbedingungen
	--	c1*c2*C3*c4*w (MON)	keine entsprechenden Fälle mit W bzw. mit einer Reformsequenz Wirtschaft; drei gute Ausgangsbedingungen
	c1*C2*c3*c4*W (GHA)	--	mit w, also mit einer Reformsequenz Demokratie, ist der Lösungspfad nicht erfolgreich; eine gute Ausgangsbedingung
„Autokratisches System“ bzw. „gescheiterte Demokratisierung“	--	c1*C2*c3*c4*w (KYR, ZAM; GUY, TAZ)	mit W, also mit einer Reformsequenz Wirtschaft, ist der Lösungspfad erfolgreich; eine gute Ausgangsbedingung; zwei Fälle (GUY, TAZ) haben positiven Outcome und sind somit widersprüchliche
	--	c1*C2*C3*C4*w (TOG)	keine entsprechenden Fälle mit W bzw. mit einer Reformsequenz Wirtschaft; eine gute Ausgangsbedingung
	--	c1*c2*c3*C4*w (GNB)	keine entsprechenden Fälle mit W bzw. mit einer Reformsequenz Wirtschaft; eine gute Ausgangsbedingung
	--	c1*C2*c3*C4*w (EQG, UZB)	keine entsprechenden Fälle mit W bzw. mit einer Reformsequenz Wirtschaft; keine gute Ausgangsbedingung

Wie aus obiger Zusammenstellung ersichtlich ist, gibt es keine Fälle, die eine Reformsequenz Wirtschaft aufweisen und einen negativen Outcome haben. Das kann bedeuten, dass mit der Reformsequenz Wirtschaft eine Demokratisierung immer erfolgreich abläuft. Es ist aber auch denkbar, dass solche Fälle mit einem negativen Outcome zwar in der Empirie existieren, aber nicht in die Fallauswahl aufgenommen werden konnten. Zudem ist nur bei einer Condition-Kombination die Reformsequenz wahrscheinlich ausschlaggebend für den Outcome (grün

markiert), d.h. läuft bei gleichen Ausgangsbedingungen eine Demokratisierung nur mit einer Reformsequenz Wirtschaft erfolgreich ab. Bei drei Condition-Kombinationen scheint hingegen die Art der Reformsequenz von keiner relevanten Bedeutung für den Ausgang einer Demokratisierung zu sein (gelb markiert). Vermutlich spielt die Reformsequenz Wirtschaft somit zwar eine wichtige Rolle in Demokratisierungen, dies aber nur in gewissen Fällen und nur bis zu einem gewissen Grad.

Wie bereits erwähnt unterscheiden sich die gelb markierten Fälle nur aufgrund der Reformsequenz, ohne dass dies einen Einfluss auf den Outcome hätte. Bei all diesen Fällen gibt es mindestens zwei gute Ausgangsbedingungen; immer vorhanden ist die Anwesenheit pro-demokratischer Akteure (C3).

Auch bei den blau markierten Fällen sind pro-demokratische Akteure immer anwesend. Zusätzlich gibt es hier keine Veto-Player (c4) und eine dritte gute Ausgangsbedingung ist gegeben (C1 oder c2). Ein Vergleich mit Fällen, die bei gleicher Condition-Kombination eine Reformsequenz Wirtschaft aufweisen, ist leider nicht möglich. Trotzdem kann die Vermutung aufgestellt werden, dass mindestens drei bzw. zwei (vgl. die gelb markierten Fälle) gute Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung bei der Reformsequenz Demokratie gegeben sein müssen, und dass hiervon immer die pro-demokratischen Akteure anwesend sind.

Diese Vermutung wird gestützt durch die Fälle mit einem negativen Outcome: Hier ist immer nur maximal eine gute Ausgangsbedingung gegeben. Allerdings kommen zwei Fälle vor (GUY und TAZ), bei denen trotz drei schlechter Ausgangsbedingungen ein positiver Outcome resultiert, die Demokratisierung also erfolgreich abläuft. Bei diesen zwei widersprüchlichen Fällen muss somit eine alternative Erklärung gesucht werden.¹⁸⁸ Auffallend ist z.B., dass – und dies im Gegensatz zu den zwei anderen Fällen – bei Beiden die Verfassung bereits vor der Transformation bestand und somit allenfalls eine stärkere positive Wirkung auf den Prozess ausüben konnte. Es existieren also vermutlich bei diesen beiden

¹⁸⁸ Eine erneute Überprüfung der Daten hat gezeigt, dass diese korrekt erhoben und kalibriert wurden, und somit ein Datenfehler als Erklärung höchstwahrscheinlich ausgeschlossen werden kann.

Fällen zusätzliche positive Einflussfaktoren, die die ungünstigen Condition-Kombinationen mit nur einer guten Ausgangsbedingung kompensieren können (für eine ausführliche Diskussion der widersprüchlichen Fälle vgl. Kapitel 7.1.2).

Zwar ist wie bei den Fällen mit einem negativen Outcome auch beim grün markierten Fall nur eine gute Ausgangsbedingung gegeben (c4), in Kombination mit der Reformsequenz Wirtschaft führt dies aber trotzdem zu einem positiven Outcome. Hier ist wie bereits gesehen der Einfluss der Reformsequenz vermutlich entscheidend. Dieser Fall zeigt zudem auch, dass das Durchführen von Wirtschaft-Reformen nicht automatisch auch zu guten Ausgangsbedingungen, wie z.B. einer hohen sozioökonomischen Entwicklung oder der Existenz pro-demokratischer Akteure, führt (bzw. führen muss).

b) Logical Minimization (inkl. notwendige Bedingungen)

In Tabelle 6-5 ist die Auswertung nach den notwendigen Bedingungen für einen positiven Outcome, also für eine erfolgreiche Demokratisierung, abgebildet:

Tabelle 6-5: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.536627	0.893030
c1	0.632004	0.612997
C2	0.596857	0.639159
c2	0.594893	0.852165
C3	0.770172	0.822362
c3	0.398005	0.572360
C4	0.402538	0.579634
c4	0.710789	0.758221
W	0.562557	0.933083
w	0.590662	0.574009

Wie sich zeigt, liegt bei keinem der untersuchten Conditions eine genügend hohe Consistency für eine notwendige Bedingung vor. Die höchsten Werte lassen sich

bei den pro-demokratischen Akteuren (C3) und bei der Abwesenheit von Veto-Player (c4) finden (0.77 resp. 0.71). Dies deckt sich mit der Erkenntnis aus der obigen Truth Table, dass insbesondere die Condition pro-demokratische Akteure ein bedeutender Faktor zu sein scheint – um eine notwendige Bedingung handelt es sich aber wie gesagt nicht.

Dies gilt auch für die Reformsequenz: Weder die Reformsequenz Demokratie noch die Reformsequenz Wirtschaft sind eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung. Die im Zusammenhang mit der Diskussion der Theorien gemachte Feststellung, dass keine der Reformsequenzen für sich alleine den Erfolg einer Demokratisierung erklären kann (vgl. Kapitel 2.1), wird hier also bestätigt.

Bei den hinreichenden Bedingungen zeigt die Auswertung nach der komplexesten Lösungsformel das folgende Bild:

Tabelle 6-6: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C3*c4*w	0.439256	0.092838	0.862100	ARM, BRA, MAG, MON
C1*c2*C3	0.442823	0.140828	0.947311	ARG, CHL, PAR, URU
c1*C2*c4*W	0.324025	0.079782	0.964903	GHA, MLI

Solution Coverage 0.712209

Solution Consistency 0.910204

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Pro-demokratische Akteure (C3) in Kombination mit der Abwesenheit von Veto-Playern (c4) bzw. mit einer hohen sozioökonomischen Entwicklung (C1) und der Abwesenheit von gesellschaftlichen Konflikten (c2) sind gemäss den beiden ersten Lösungspfaden hinreichende Bedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung. Erster Lösungspfad tritt dabei nur bei Transformationen mit Reform-

sequenz Demokratie auf. Letzterer ist hingegen unabhängig von der Reformsequenz; entsprechend höher ist auch die Unique Coverage. Zudem fällt hier die Consistency besonders hoch aus (0.947).

Der dritte Lösungspfad ist bedeutend schwieriger zu interpretieren, da die hier vorkommenden Ausgangsbedingungen geringe sozioökonomische Entwicklung (c1) und Anwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (C2) aus theoretischer Sicht keine Erklärung für eine erfolgreiche Demokratisierung abliefern können. Dieser Pfad ist also eher dahingehend zu verstehen, dass trotz Vorhandensein nur einer einzigen guten Ausgangsbedingung (keine Veto-Player, c4) eine Demokratisierung dank der Reformsequenz Wirtschaft bzw. dank der Anwesenheit einer freien Marktwirtschaft erfolgreich verlaufen kann. Im Vergleich zu den beiden anderen Lösungspfaden kann diese Condition-Kombination sowohl bezüglich Raw Coverage als auch bezüglich Unique Coverage nur einen relativ kleinen Teil des Auftretens eines positiven Outcomes erklären.

Die Auswertung nach der einfachsten Lösungsformel hinreichender Bedingungen für Outcome Y bringt gegenüber der komplexesten Lösung eine sichtbare Klärung der Zusammenhänge (vgl. Tabelle 6-7):¹⁸⁹ Zum einen kristallisiert sich hier die Reformsequenz Wirtschaft (W) als hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung heraus – ohne Kombination mit weiteren Conditions. Zum anderen werden die beiden Lösungspfade mit der Condition pro-demokratische Akteure (C3) vereinfacht, d.h. diese ist in Kombination mit der Abwesenheit von Veto-Playern (c4) oder in Kombination mit der Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2) ebenfalls eine hinreichende Bedingung für einen positiven Outcome.

¹⁸⁹ Bei der Auswertung nach der einfachsten Lösungsformel muss zwischen den zwei Lösungspfaden („Prime Implicants“) C1 und c2*C3 als Erklärung für den Fall ARG entschieden werden (vgl. Ragin 2008b: 39-41, 65-66). Mit Blick auf den Verlauf des Transformationsprozesses von Argentinien (und auch im direkten Vergleich mit anderen Fällen) ist die Condition-Kombination aus der Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2) und dem Vorhandensein starker pro-demokratischer Akteure (C3) die überzeugendere Erklärung. Dies vor allem deshalb, weil den mächtigen Militärs der Junta eine überzeugende, geschlossene Front gegenüberstand. Es wird deshalb der „Prime Implicant“ c2*C3 gewählt (vgl. hierzu auch die Diskussion von Tabelle 6-4).

Tabelle 6-7: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.562557	0.111665	0.933083	CHL, GHA, MLI, PAR, URU
C3*c4	0.593382	0.056210	0.894126	BRA, MAG, MON
c2*C3	0.549108	0.021003	0.902185	ARG, ARM, MON

Solution Coverage 0.807948

Solution Consistency 0.884387

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Aus der Zuteilung der Fälle zu den einzelnen Lösungspfaden ist ersichtlich, dass bei allen Fällen, die eine Reformsequenz Wirtschaft bzw. eine freie Marktwirtschaft (W) aufweisen, genau dieser Faktor den Erfolg der Demokratisierung erklären kann. Bei einer Reformsequenz Demokratie muss gemäss Auswertung hingegen eine Kombination aus pro-demokratischen Akteuren (C3) und der Abwesenheit von Veto-Playern (c4) bzw. der Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2) gegeben sein, damit sich ein demokratisches System erfolgreich etablieren kann.¹⁹⁰ Allerdings zeigt der Unterschied zwischen der Raw Coverage und der Unique Coverage – und dies gilt für alle Lösungspfade –, dass die meisten Fälle in zwei oder gar allen drei Pfaden eine hohe Mitgliedschaft haben. Es trifft also bei vielen Fällen nicht nur ein Lösungspfad zu, sondern zwei oder alle drei und somit sind hier gleich mehrere erfolgsversprechende Condition-Kombinationen vorhanden (mit allerdings abgestufter Mitgliedschaft und somit Erklärungskraft bzw. Bedeutung).

Gesamthaft kann die einfachste Lösungsformel knapp 81% der Mitgliedschaft von erfolgreicher Demokratisierung (Y) erklären, was zeigt, dass grossmehrheitlich

¹⁹⁰ Da alle Fälle mit einer Reformsequenz Wirtschaft durch den ersten Lösungspfad erklärt werden, können die beiden anderen Pfade als primäre Erklärungen der Fälle mit einer Reformsequenz Demokratie verstanden werden, obwohl die Abwesenheit einer freien Marktwirtschaft (w) kein Faktor dieser beiden Pfade ist, wie dies in Tabelle 6-2 des Kapitels 6.2.1 verlangt wird.

tatsächlich die relevanten Erklärungsfaktoren als Conditions gewählt wurden. Gleichzeitig besteht ein relativ kleines Potential an Fällen bzw. Ausprägungen, die widersprüchlich zur Lösungsformel sind, was sich in einem relativ hohen Consistency-Wert (0.884) ausdrückt.

Wie in Kapitel 5.5.2 gesehen muss für die mittlere Lösungsformel bestimmt werden, welche die Simplifying Assumptions gelten sollen. Ausgehend von der Theorie bzw. den Hypothesen soll hier gelten, dass die Conditions sozio-ökonomische Entwicklung (C1) und pro-demokratische Akteure (C3) gegeben sein müssen, während die Conditions gesellschaftliche Konflikte (C2) und Veto-Player (C4) abwesend sein sollten; bezüglich der Reformsequenz wird hingegen keine Annahme getroffen, da grundsätzlich beide Sequenzen zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen können. Mit diesen Vorgaben resultiert die folgende mittlere Lösungsformel hinreichender Bedingungen für den Outcome Y:

Tabelle 6-8: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.409791	0.040798	0.972043	GHA, MLI
C3*c4	0.593382	0.093744	0.894126	ARM, BRA, MAG, MLI, MON
C1*c2*C3	0.442823	0.078936	0.947311	ARG, CHL, PAR, URU

Solution Coverage 0.713116

Solution Consistency 0.910308

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Im Unterschied zur einfachsten Lösungsformel ist hier die Reformsequenz Wirtschaft (W) nicht mehr alleine für die Erklärung des Outcomes Y zuständig, sondern kommt in Kombination mit der Abwesenheit von Veto-Player (c4) vor. Allerdings kann mit diesem Lösungspfad nun nur noch ein einziger Fall (GHA) vollständig abgedeckt werden (für MLI kommt auch der Lösungspfad C3*c4 in Frage).

Entsprechend werden nun auch alle anderen Fälle mit einer Reformsequenz Wirtschaft durch einen der beiden anderen Lösungspfade erklärt, wobei – das zeigt die Coverage der gesamten Lösungsformel – dadurch nur noch 71% der Mitgliedschaft in Outcome Y erklärt werden kann; die Reformsequenz Wirtschaft (W) als einzige Condition in diesem Lösungspfad hat demzufolge grössere Erklärungskraft (vgl. dazu auch die alternativen Minimizations in Absatz c)).

Der zweite Lösungspfad, pro-demokratische Akteure (C3) in Kombination mit der Abwesenheit von Veto-Player (c4), bleibt gegenüber der einfachsten Lösungsformel unverändert.

Beim dritten Lösungspfad wird zusätzlich die sozioökonomische Entwicklung (C1) in die hinreichende Bedingung aufgenommen. Insbesondere für die Erklärung des Falls ARG ist dieser „erweiterte“ Lösungspfad geeigneter bzw. adäquater, da auch die passive Unterstützung seitens des Bildungsbürgertums wichtig für den Erfolg der Demokratisierung war (vgl. Kapitel 7.1.1).¹⁹¹ Allgemein kann damit eher der (vermuteten) Bedeutung der sozioökonomischen Entwicklung für eine Demokratisierung gerecht werden, welche sich auch aus der Auswertung nach dem negativen Outcome, bei dem eine geringe sozioökonomische Entwicklung (c1) eine notwendige Bedingung ist (vgl. Kapitel 6.2.3), und aus den Sensitivitätsanalysen (vgl. Kapitel 6.2.4) ableiten lässt. Entsprechend steigt auch die Consistency dieses Lösungspfads. Gleichzeitig können mit diesem Lösungspfad aber die Fälle ARM und MON nur noch ungenügend bzw. gar nicht mehr erklärt werden; aus Sicht der effektiven Transformationsprozesse eignet sich die Condition-Kombination aus pro-demokratischen Akteuren (C3) und der Abwesenheit von Veto-Player (c4) hier jedoch ohnehin besser (vgl. Kapitel 7.1.1).¹⁹²

Der Erfolg einer Demokratisierung kann somit am besten mit der folgenden Lösungsformel erklärt werden (Lösungsformel zwischen der einfachsten und der mittleren Lösungsformel):

¹⁹¹ Vgl. hierzu auch Fussnote 189.

¹⁹² Ein weiterer Vorteil des Lösungspfades $C1 * c2 * C3$ liegt darin, dass es so zu keinen Contradictory Simplifying Assumptions mit dem negativen Outcome kommt (vgl. Kapitel 6.2.3).

$$\left. \begin{array}{l} W \\ + \\ C3 * c4 \\ + \\ C1 * c2 * C3 \end{array} \right\} \rightarrow Y$$

Für eine erfolgreiche Demokratisierung ist die Reformsequenz Wirtschaft bzw. das Bestehen einer freien Marktwirtschaft (W) für sich alleine eine hinreichende Bedingung. Entsprechend müssen in solchen Fällen keine weiteren Ausgangsbedingungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung gegeben sein. Werden hingegen die Demokratie-Reformen zuerst umgesetzt, besteht also zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung noch keine freie Marktwirtschaft (w), so müssen gewisse Ausgangsbedingungen gegeben sein, damit ein demokratisches System erfolgreich etabliert werden kann: entweder pro-demokratische Akteure (C3) in Kombination mit der Abwesenheit von Veto-Player (c4) oder die Kombination aus ersterem (C3) mit einer hohen sozioökonomischen Entwicklung (C1) und der Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2). Es müssen also in diesen Fällen immer die pro-demokratische Akteure (C3) und mindestens eine weitere gute Ausgangsbedingung bestehen.

Mit dieser Lösungsformel können fast 81% der Mitgliedschaft im Outcome Y, also des Erfolgs einer Demokratisierung, erklärt werden (Coverage von 0.806). Zugleich ist sie relativ konsistent (Consistency von 0.891), die Bedeutung widersprüchlicher Fälle also verhältnismässig gering.

c) Alternative Minimizations zwecks Plausibilisierung der Ergebnisse

Um obige Ergebnisse zu plausibilisieren werden verschiedene alternative Auswertungen durchgeführt.

In einer ersten Zusatzuntersuchung wird die Reformsequenz von der Auswertung ausgeschlossen; es verbleiben nur die vier Conditions C1 bis C4 als mögliche Erklärungsfaktoren für den Outcome Y. Die sich daraus ergebenden Resultate bestätigen dabei die Bedeutung der Reformsequenz Wirtschaft als hinreichende Bedingung für erfolgreiche Demokratisierungen (vgl. Tabelle 6-9ff.): Die Consistency der Lösungsformeln bleibt zwar gleich hoch wie bei der Originalaus-

wertung, die Coverage geht hingegen überall klar zurück. Zudem gehört nun der Fall GHA zu den widersprüchlichen Fällen, da dieser Fall ohne Reformsequenz anscheinend nicht wirklich erklärt werden kann. Die Reformsequenz Wirtschaft (W) trägt also einen wichtigen Beitrag zur Erklärung des Erfolgs einer Demokratisierung bei (und nicht nur die Ausgangsbedingungen).

Tabelle 6-9: Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“ unter Ausschluss der Reformsequenz W

Zeile	Conditions				Outcome	Empirische Fälle	Consistency*
	C1	C2	C3	C4	Y		
1	1	0	1	0	1	URU, ARM	0.936606
2	1	0	1	1	1	CHL, PAR, ARG	0.922778
3	1	1	1	0	1	BRA	0.872183
4	0	0	1	0	1	MON	0.869503
5	0	1	1	0	1	MLI, MAG	0.85119
6	0	1	0	0	0	KYR, ZAM, GHA**, GUY**, TAZ**	0.72309
7	0	1	1	1	0	TOG	0.689284
8	0	0	0	1	0	GNB	0.585558
9	0	1	0	1	0	EQG, UZB	0.47787

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Tabelle 6-10: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y unter Ausschluss der Reformsequenz W¹⁹³

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C3*c4	0.593382	0.229495	0.894126	ARM, BRA, MAG, MLI, MON
C1*c2*C3	0.442823	0.078936	0.947311	ARG, CHL, PAR, URU

Solution Coverage 0.672318

Solution Consistency 0.905380

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Tabelle 6-11: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y unter Ausschluss der Reformsequenz W

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C3*c4	0.593382	0.147174	0.894126	BRA, MAG, MLI, MON
c2*C3	0.549108	0.102901	0.902185	ARM, ARG, CHL, MON, PAR, URU

Solution Coverage 0.696283

Solution Consistency 0.900352

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

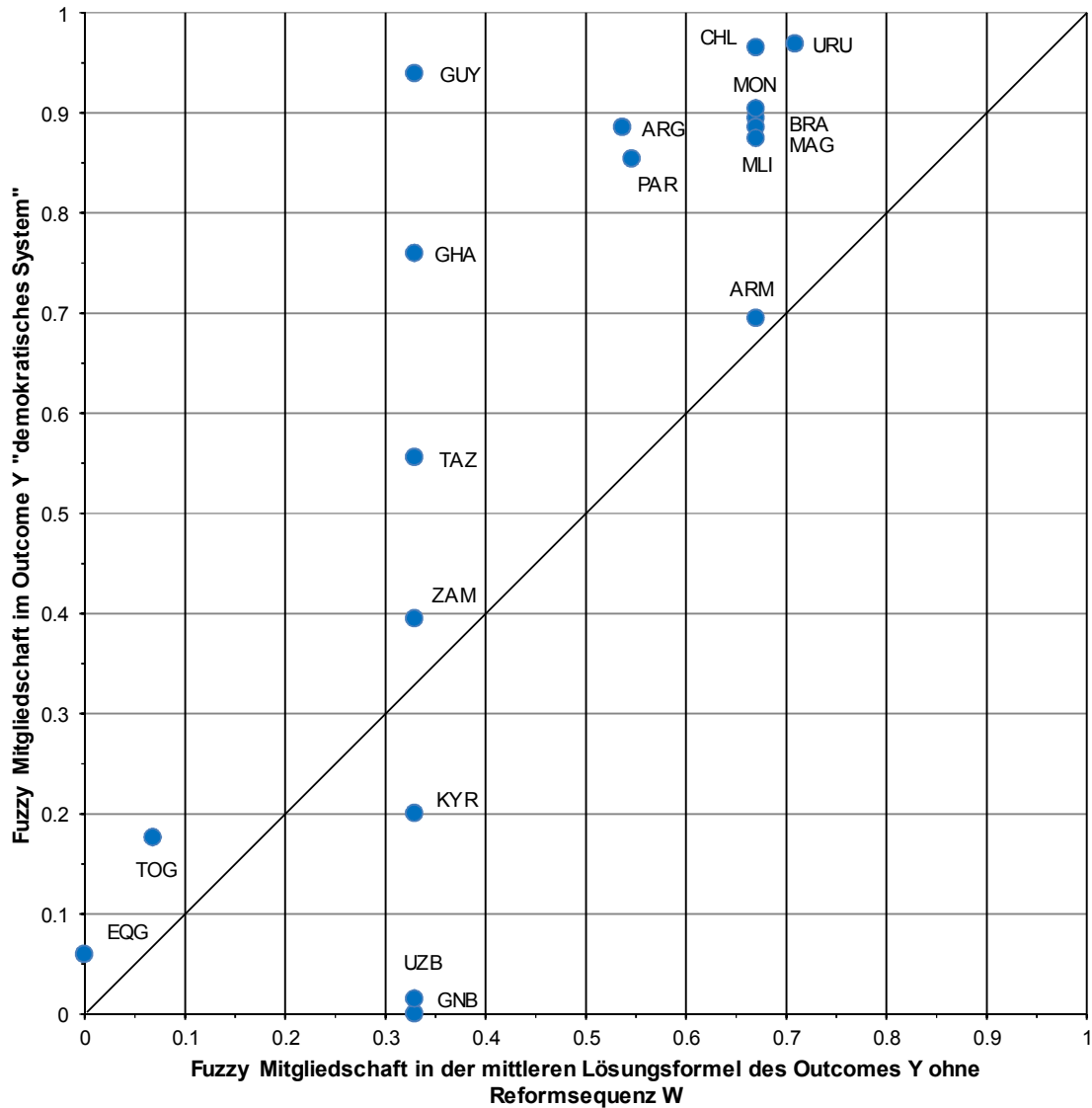
Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Die Darstellung dieser alternativen Lösungsformel im x-y-Plot in Abbildung 6-1 bestätigt obige Erkenntnis: Viele Fälle liegen zwar über der Diagonalen und stehen somit nicht im Widerspruch zur Lösungsformel, gleichzeitig weisen diese

¹⁹³ Diese Lösungsformel ist identisch mit der mittleren Lösungsformel. Es gelten dabei die gleichen Annahmen bezüglich der Simplifying Assumptions wie bei der Originalauswertung (vgl. Absatz b)).

aber auch häufig eine sehr grosse Distanz zu jener auf. Dies zeigt, dass ein grosser Anteil der Mitgliedschaft von Outcome Y bei Ausschluss der Reformsequenz W nicht erklärt werden kann.

Abbildung 6-1: X-y-Plot – mittlere Lösungsformel des Outcomes Y ohne Reformsequenz W



Zwei weitere alternative Auswertungen werden durchgeführt, bei denen jeweils nur die Fälle mit der gleichen Reformsequenz enthalten sind, also je eine separate Auswertung zu den Fällen mit einer Reformsequenz Wirtschaft und zu den Fällen mit einer Reformsequenz Demokratie. Die erste dieser beiden Auswertungen zeigt, dass für die Fälle mit Reformsequenz Wirtschaft zwar wie in der Originalaus-

wertung der Lösungspfad aus der Condition-Kombination hohe sozioökonomische Entwicklung (C1), Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2) und Anwesenheit pro-demokratischer Akteure (C3) sowie der Lösungspfad mit der Condition Abwesenheit von Veto-Player (c4) (bzw. deren Kombination mit geringer sozio-ökonomischer Entwicklung (c1) und Anwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (C2)) durchaus eine Erklärung für den positiven Outcome abgeben können (vgl. Tabelle 6-12, siehe auch Tabelle 13-1 in Anhang E: Weitere Ergebnisse der fsQCA-Datenauswertungen). Die Erklärungskraft dieser Lösungsformel ist aber klar kleiner als bei der Originalauswertung.

Tabelle 6-12: Die Lösungsformel für Outcome Y unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Wirtschaft

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c1*C2*c4	0.469454	0.297853	0.981108	GHA, MLI
C1*c2*C3	0.460565	0.288964	1.000000	CHL, PAR, URU

Solution Coverage 0.758418

Solution Consistency 0.988221

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Bei den Fällen mit einer Reformsequenz Demokratie trägt – ähnlich zur Originalauswertung – hingegen vor allem die Kombination aus pro-demokratischen Akteure (C3) und der Abwesenheit von Veto-Player (c4) viel zur Erklärung erfolgreicher Demokratisierungen (Y) bei (vgl. Tabelle 6-13 und Tabelle 6-14, siehe auch Tabelle 13-2 in Anhang E: Weitere Ergebnisse der fsQCA-Datenauswertungen). Der zweite Lösungspfad einer hinreichenden Bedingung mit hoher sozioökonomischer Entwicklung (C1), Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2) und Anwesenheit pro-demokratische Akteure (C3) (bzw. mit c2*C3) weist hingegen nur eine sehr kleine Unique Coverage auf; dieser Pfad kann dann auch einzig den Fall ARG (zusätzlich) erklären. Ebenfalls kommen hier nun die widersprüchlichen Fälle GUY und TAZ, die nicht mit der Lösungsformel erklärt

werden können, noch stärker zum Ausdruck, was sich am tiefen Wert der gesamten Coverage ablesen lässt.

Tabelle 6-13: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Demokratie¹⁹⁴

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C3*c4	0.638153	0.248801	0.844689	ARM, BRA, MAG, MON
C1*c2*C3	0.430936	0.041585	0.912872	ARG

Solution Coverage 0.679737

Solution Consistency 0.852792

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.75 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Tabelle 6-14: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Demokratie

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C3*c4	0.638153	0.140298	0.844689	BRA, MAG, MON
c2*C3	0.549584	0.051729	0.846812	ARM, ARG, MON

Solution Coverage 0.689881

Solution Consistency 0.842787

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.75 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

¹⁹⁴ Diese Lösungsformel ist identisch mit der mittleren Lösungsformel. Es gelten dabei die gleichen Annahmen bezüglich der Simplifying Assumptions wie bei der Originalauswertung (vgl. Absatz b)).

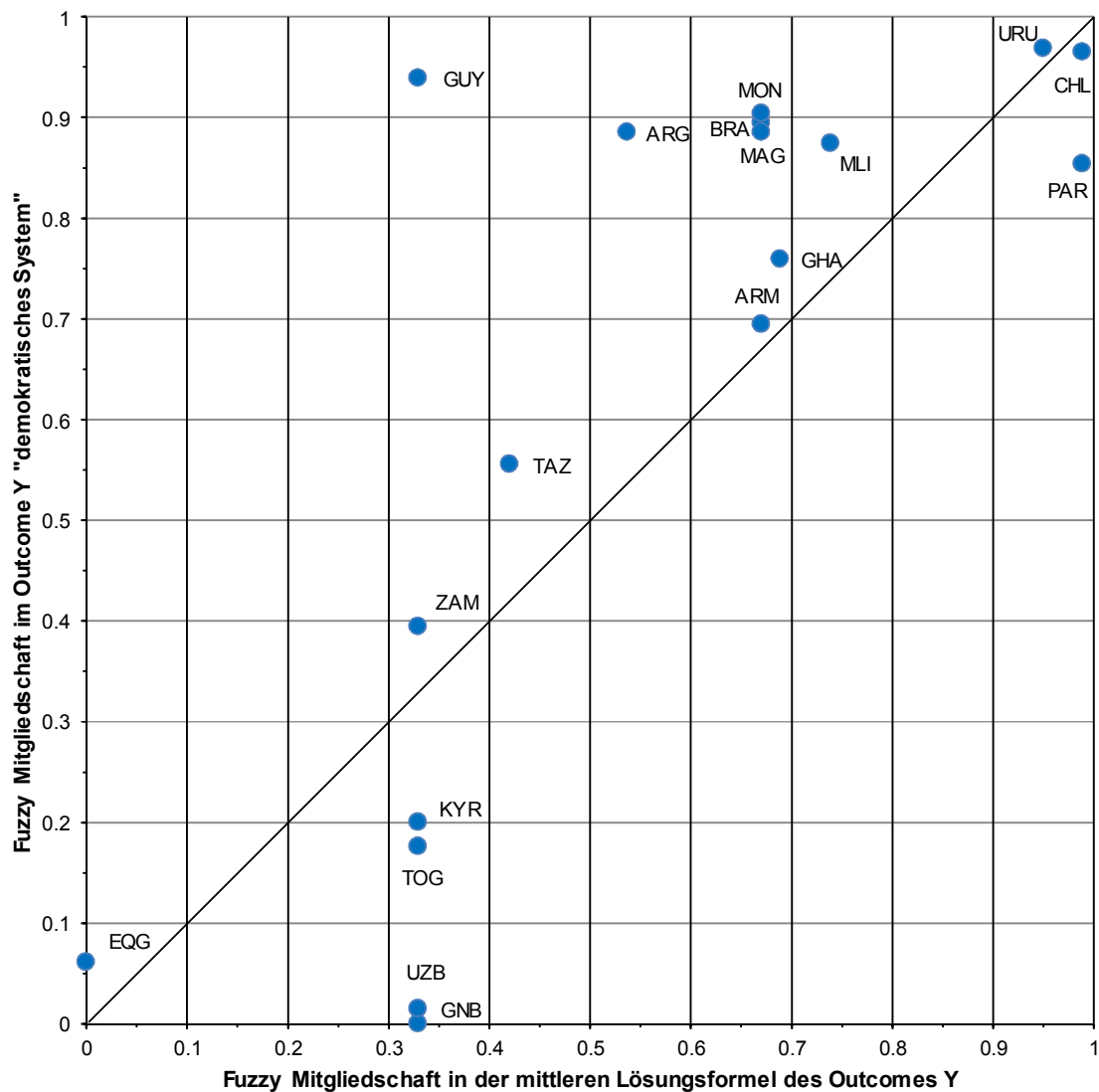
d) Graphische Darstellung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der (Original-) Auswertung können zusätzlich noch graphisch dargestellt werden, was deren Interpretation vereinfacht. So zeigt der x-y-Plot der Lösungsformel (vgl. Abbildung 6-2), dass bei den Fällen ARG, BRA, GUY, MAG, MLI, MON und TAZ die Lösungspfade (bzw. die gesamte Lösungsformel) nicht die gesamte Mitgliedschaft in Outcome Y erklären können.¹⁹⁵ Hier muss dann die Interpretation eine weitere Erklärung liefern (falls möglich).

Bezüglich Consistency ist aus dem gleichen x-y-Plot vor allem ersichtlich, dass von den positiven Fällen der Fall PAR am stärksten abweicht, wobei allerdings diese Abweichung sehr moderat ausfällt. Bei den Fällen mit einem negativem Outcome y widersprechen die Fälle KYR, TOG, UZB und GNB der Lösungsformel,¹⁹⁶ allerdings sind wie gesehen diese Fälle ohnehin für die Interpretation der Analyse-Ergebnisse kaum von Relevanz, weshalb auch keine spezielle Diskussion hierzu nötig ist.

¹⁹⁵ Bei den Fällen GUY und TAZ kann die Lösungsformel sogar überhaupt nichts zur Erklärung beitragen, da es sich hier um widersprüchliche Fälle handelt.

¹⁹⁶ Bei KYR ist der Wert von C3 zu hoch (Mitgliedschaft im Lösungspfad C3*c4), bei TOG ist der Wert von W zu hoch (Mitgliedschaft im Lösungspfad W) und bei UZB sowie GNB ist jeweils der Wert von C3 zu hoch bzw. der Wert von C4 zu tief (Mitgliedschaft im Lösungspfad C3*c4).

Abbildung 6-2: X-y-Plot – mittlere Lösungsformel des Outcomes Y

Die x-y-Plots zu den einzelnen Lösungspfaden veranschaulichen wiederum, dass – wie bereits in der Auswertung gesehen – die Pfade zwar sehr konsistent sind, aber jeweils nur einen gewissen Teil der gesamten Mitgliedschaft in Y erklären können (vgl. Abbildung 6-3ff.):

Abbildung 6-3: X-y-Plot – Lösungspfad 1 („W“) der mittleren Lösungsformel für den Outcome Y

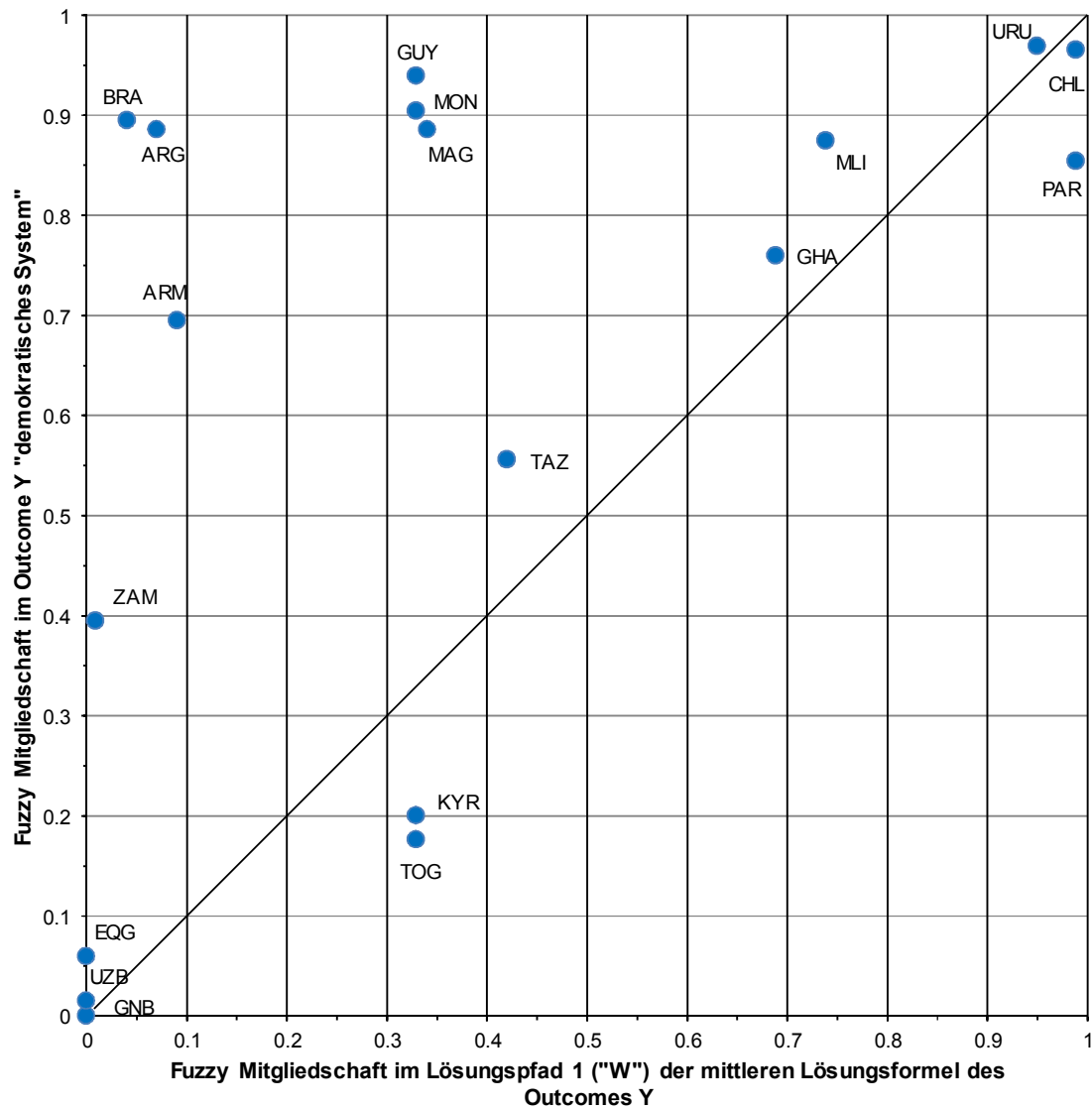


Abbildung 6-4: X-y-Plot – Lösungspfad 2 („C3*c4“) der mittleren Lösungsformel für den Outcome Y

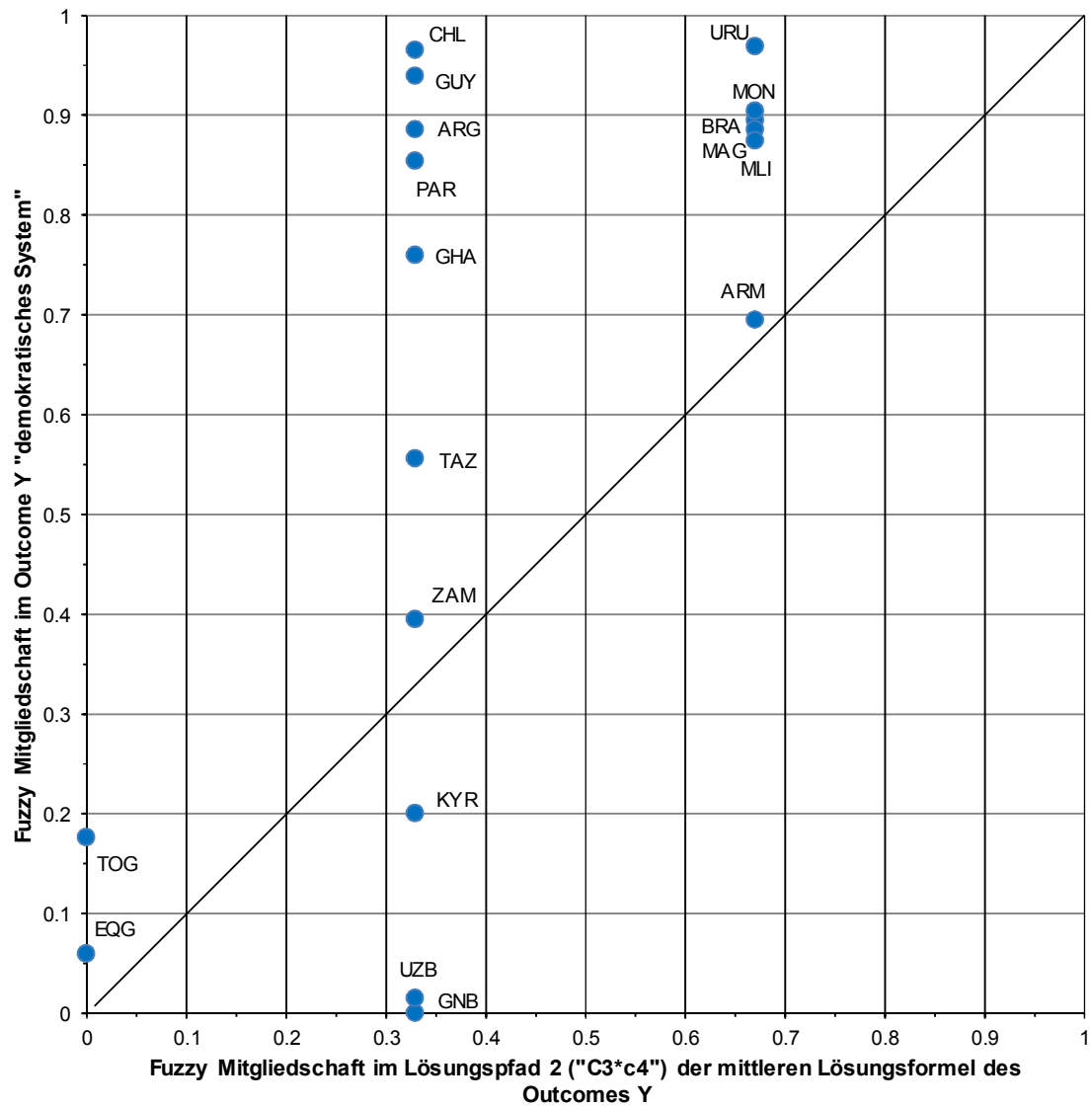
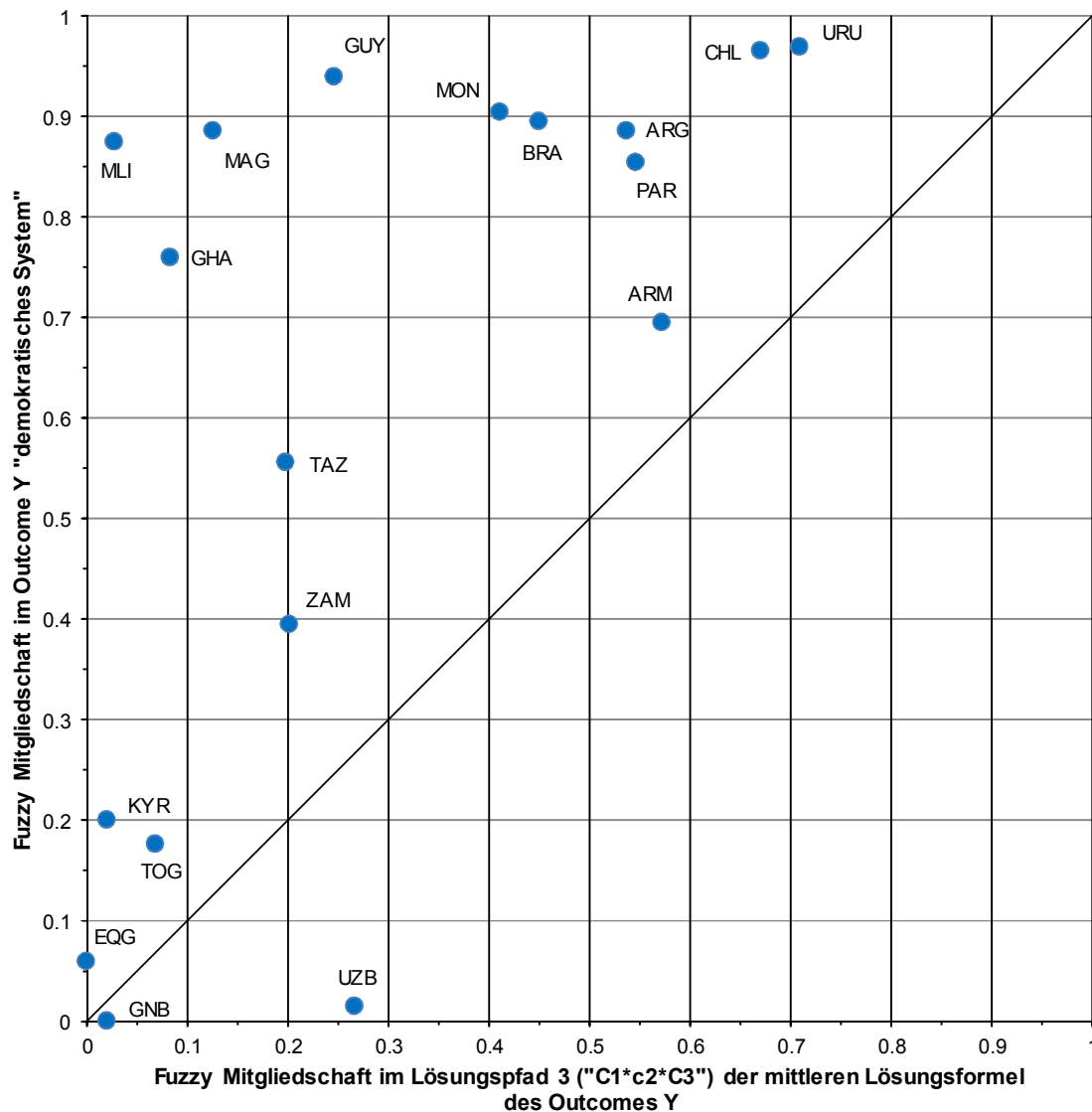
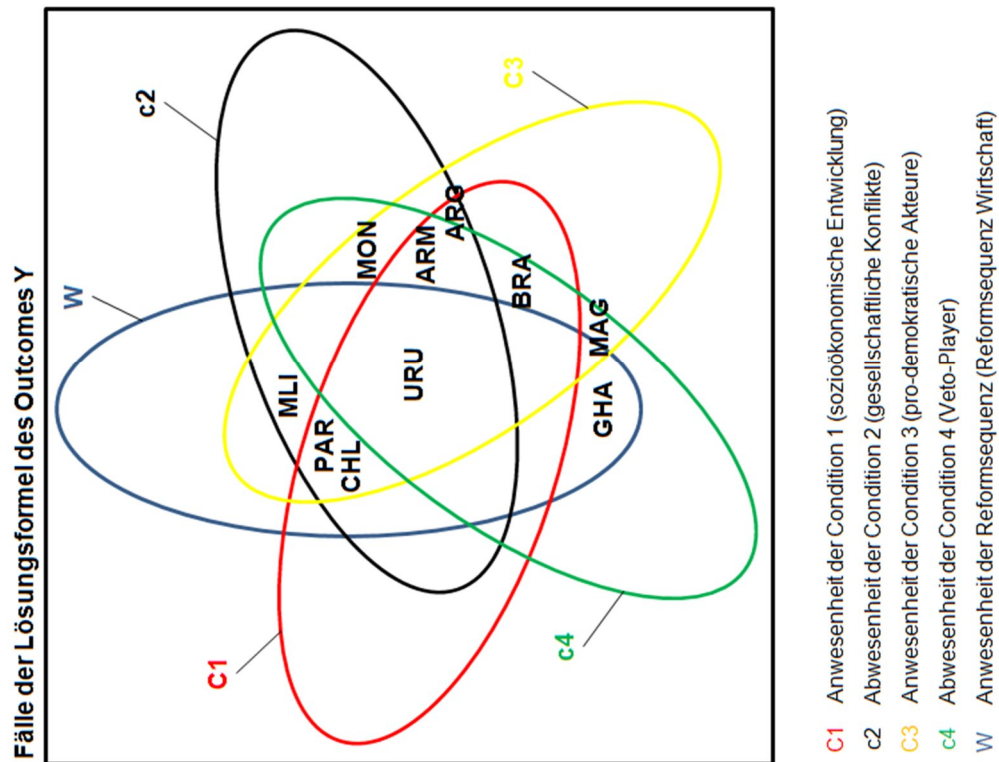
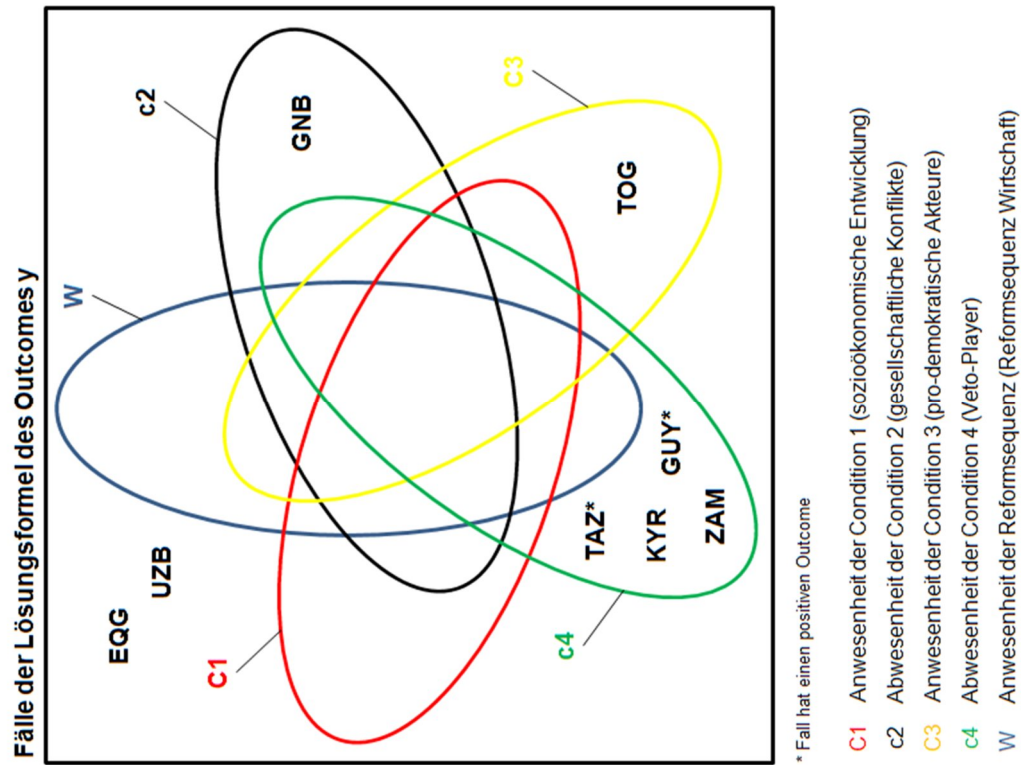


Abbildung 6-5: X-y-Plot – Lösungspfad 3 („C1*c2*c3“) der mittleren Lösungsformel für den Outcome Y



Mit den Venn-Diagrammen kann nun gezeigt werden, wo sich die Fälle der Lösungsformeln für einen positiven Outcome bzw. für einen negativen Outcome in Bezug auf die Mitgliedschaft in den einzelnen Conditions und in der Reformsequenz gruppieren:

Abbildung 6-6: Venn-Diagramme mit den Fällen der Lösungsformel für Outcome Y bzw. für Outcome y

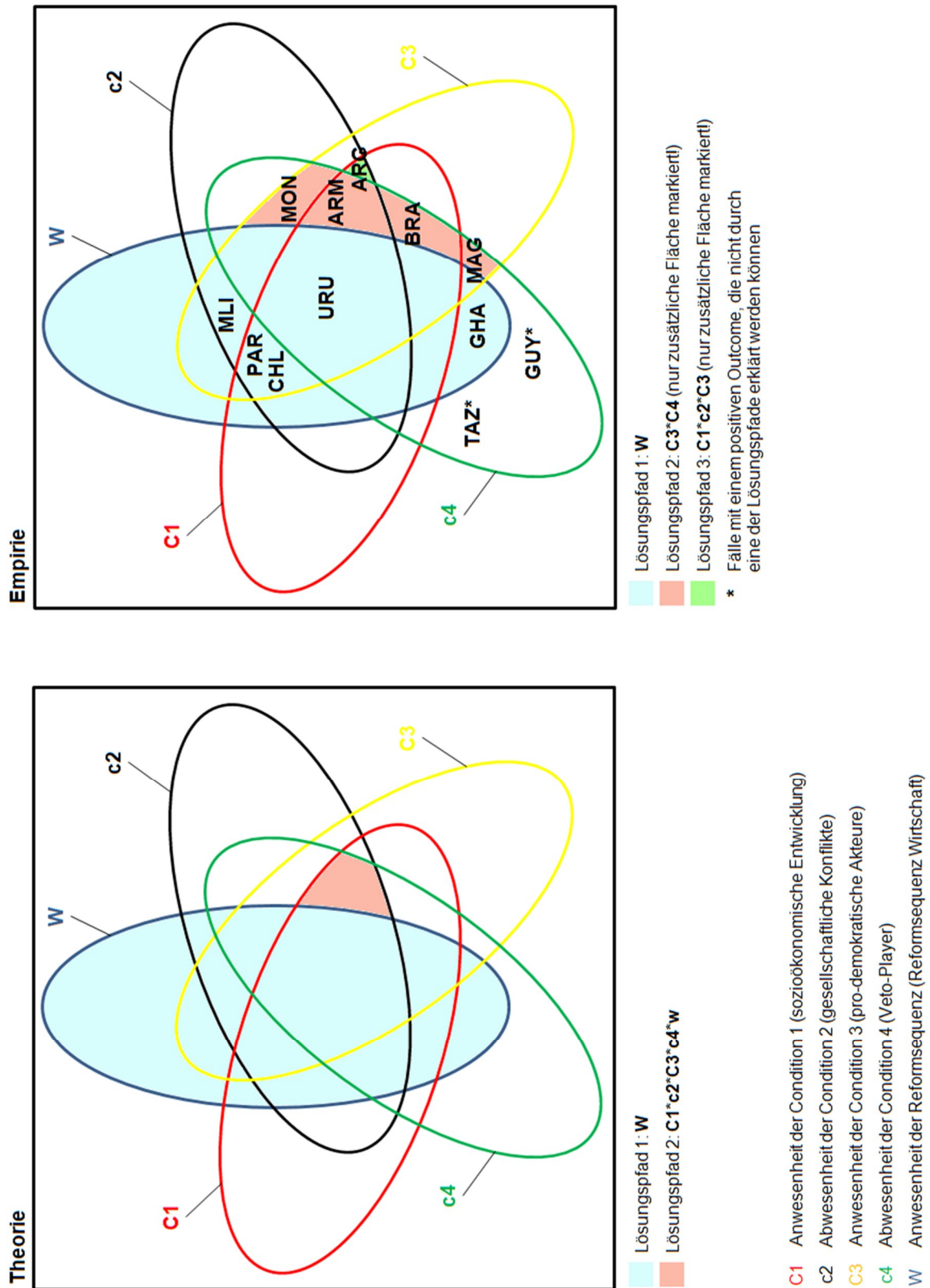


e) Vergleich der Ergebnisse mit der Forschungstheorie

Weitere interessante Erkenntnisse können auch aus dem Vergleich zwischen der Forschungstheorie und den Analyse-Ergebnissen gewonnen werden. Hierzu werden die Lösungspfade der Theorie bzw. der fünf Hypothesen (vgl. Kapitel 6.2.1) den Lösungspfaden der Empirie gegenübergestellt.

In Abbildung 6-7 sind die beiden Lösungsformeln in je einem Venn-Diagramm dargestellt; bei den Lösungspfaden der Empirie werden zusätzlich noch die betroffenen Fälle eingezeichnet:

Abbildung 6-7: Venn-Diagramm zu den Lösungsformeln der Theorie und der Empirie im Vergleich



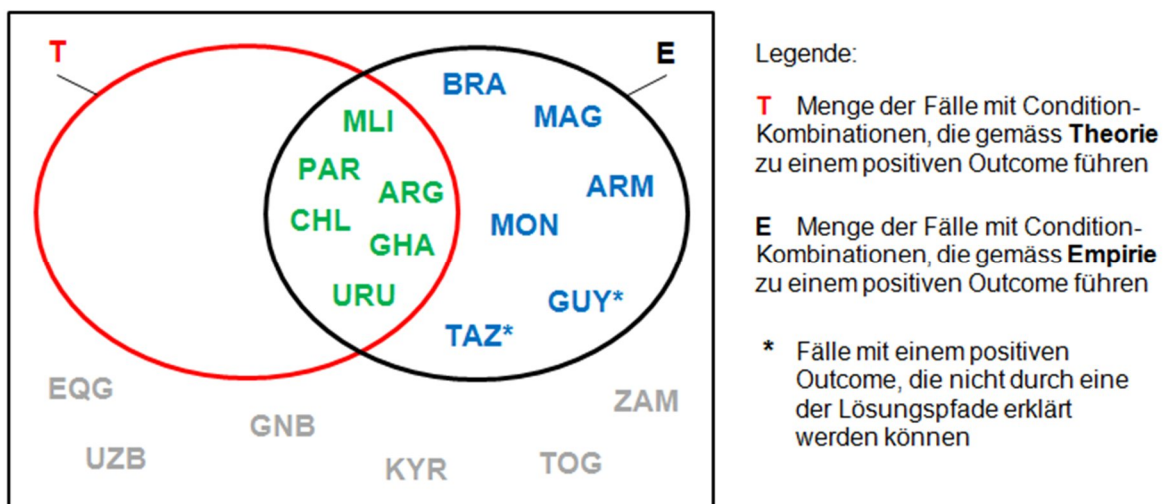
Wie aus der Abbildung ersichtlich ist, bestätigen die Fälle ARM, CHL, GHA, MLI, PAR und URU direkt alle fünf Hypothesen. Die Fälle ARG, BRA, MAG und MON hingegen weichen von den Erwartungen der Theorie ab. Sie zeigen umgekehrt aber auch, dass nicht nur die Kombination aus allen vier Conditions, also $C1*c2*C3*c4$, eine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung bei Fällen mit einer Reformsequenz Demokratie ist. Vielmehr sind gemäss Empirie bereits die beiden Pfade $C3*c4$ (pro-demokratische Akteure in Kombination mit der Abwesenheit von Veto-Player) und $C1*c2*C3$ (pro-demokratische Akteure in Kombination mit hoher sozioökonomischer Entwicklung und der Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte) je eine hinreichende Bedingung. Für den Erfolg einer Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie müssen also jeweils weniger Ausgangsbedingungen gegeben sein, als von der Theorie vermutet. Gesamthaft bestätigen die Fälle der Empirie die Theorie also ziemlich gut.

Einzig die Fälle GUY und TAZ weichen klar von der Theorie ab. Diese können aber wie gesehen auch nicht mit der Lösungsformel der Empirie erklärt werden. Entsprechend müssen für diese beiden Fälle wie bereits gesagt alternative Erklärungen gesucht werden, d.h. mit anderen Conditions oder einer völlig anderen Theorie.

Diese relativ gute Übereinstimmung zwischen theoretischen Erwartungen und Ergebnisse der empirischen Analyse zeigt sich auch bei der Intersection der beiden Lösungsformeln. So entspricht diese mit dem Ausdruck $W + C1*c2*C3*c4$ exakt der Theorie-Annahme.¹⁹⁷ Demzufolge treten auch keine Fälle auf, die gemäss Theorie einen positiven Outcome (erfolgreiche Demokratisierung) haben müssten, in der Empirie aber ein autokratisches System aufweisen und dadurch direkt den theoretischen Annahmen widersprechen würden. In Abbildung 6-8 ist dies an der leeren Fläche innerhalb der Menge T ersichtlich.

¹⁹⁷ Die Intersection zwischen den beiden Lösungsformeln wurde mit der Software Tosmana, Version 1.3.1.0, von Lasse Cronqvist berechnet.

Abbildung 6-8: Die Schnittmenge zwischen Theorie und Empirie



Sechs Fälle (ARG, PAR, URU, GHA, CHL und MLI) – in der Abbildung 6-8 grün markiert – weisen einen Lösungspfad identisch zur Intersection auf und bestätigen damit die Theorieannahmen. Indirekt trifft dies auch auf die grau markierten Fälle zu (EQG, GNB, KYR, TOG, UZB und ZAM), da bei ihnen wie von der Theorie erwartet die Demokratisierung scheiterte.

Bei den Fällen BRA, MON, MAG, ARM, GUY und TAZ (blau markiert) verlief die Demokratisierung entgegen den theoretischen Erwartungen erfolgreich. Entsprechend muss, wie bereits oben erwähnt, diesbezüglich eine Anpassung an der Theorie vorgenommen werden. Speziell sind hierbei die beiden Fälle GUY und TAZ, da diese mit keinem der Lösungspfade (widerspruchsfrei) erklärt werden können. Es handelt sich also um Fälle, die zwar einem positiven Outcome in der Empirie aufweisen, dieser aber theoretisch nicht genügend glaubwürdig erklärt werden kann. Bei der Interpretation der Analyse-Ergebnisse ist dies zu beachten.

6.2.3 Auswertung nach dem Outcome „gescheiterte Demokratisierung“

Wie in Kapitel 5.5.2 beschrieben kann es für die Interpretation der Analyse-Ergebnisse nützlich sein, auch die Auswertung nach dem Outcome y, also nach gescheiterten Demokratisierungen, zu kennen. Im Folgenden wird kurz auf diese Auswertung eingegangen.

Tabelle 6-15 zeigt die Truth Table für den negativen Outcome gescheiterte Demokratisierung. Für eine konsistente hinreichende Bedingung wird eine Consistency von mindestens 0.7 verlangt. Dieser Wert ist relativ tief, was sich in den folgenden Auswertungen auch in tiefen Consistency-Werten bei den Lösungspfaden widerspiegelt. Allerdings würde bei einer Consistency von 0.8 nur eine Condition-Kombination (bzw. zwei Fälle) den Outcome gescheiterte Demokratisierung aufweisen, was eine Auswertung hinfällig machen würde.

Tabelle 6-15: Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „autokratisches System“ bzw. „gescheiterte Demokratisierung“

Zeile	Conditions					Outcome y	Empirische Fälle	Consi- stency*
	C1	C2	C3	C4	W			
1	0	1	0	1	0	1	EQG, UZB	0.817888
2	0	0	0	1	0	1	GNB	0.762295
3	0	1	0	0	0	1	KYR, ZAM, GUY**, TAZ**	0.740741
4	0	1	1	1	0	1	TOG	0.715116
5	1	1	1	0	0	0	BRA	0.66801
6	0	1	1	0	0	0	MAG	0.657811
7	0	0	1	0	0	0	MON	0.627442
8	1	0	1	1	0	0	ARG	0.564479
9	0	1	0	0	1	0	GHA	0.56134
10	1	0	1	0	0	0	ARM	0.549912
11	0	1	1	0	1	0	MLI	0.518336
12	1	0	1	0	1	0	URU	0.396476
13	1	0	1	1	1	0	CHL, PAR	0.313693

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Die Auswertung nach notwendigen Bedingungen für den Outcome y zeigt (vgl. Tabelle 6-16), dass eine geringe sozioökonomische Entwicklung (c1) und die Reformsequenz Demokratie (w) je eine notwendige Bedingung sind. D.h. in allen Fällen, in denen die Demokratisierung scheitert, ist zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung die sozioökonomische Entwicklung des entsprechenden Landes auf einem sehr tiefen Niveau und es besteht eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft (bzw. die Demokratie-Reformen werden vor den Wirtschaft-Reformen durchgeführt).

Tabelle 6-16: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome y

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.368580	0.387598
c1	0.898278	0.550563
C2	0.836681	0.566181
c2	0.466762	0.422511
C3	0.529412	0.357212
c3	0.736729	0.669492
C4	0.641320	0.583551
c4	0.538020	0.362669
W	0.306313	0.321053
w	0.936155	0.574890

Zwar ist bei beiden notwendigen Bedingungen die Coverage relativ tief, was bedeutet, dass es auch viele Fälle gibt, die c1 oder w aufweisen, ohne auch gleichzeitig den Outcome y zu haben. Um triviale notwendige Bedingungen handelt es sich aber trotzdem nicht, haben doch jeweils mehr als die Hälfte der Fälle mit einer geringen sozioökonomischen Entwicklung (c1) oder einer Reformsequenz Demokratie (w) auch einen negativen Outcome y.

Die Minimization nach der komplexesten Lösungsformel bringt folgendes Ergebnis hervor:

Tabelle 6-17: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome y¹⁹⁸

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c1*c2*c3*w	0.617121	0.230512	0.808724	KYR, UZB, ZAM, GUY**, TAZ**
c1*c3*C4*w	0.444189	0.057580	0.837662	EQG, GNB, UZB
c1*C2*C4*w	0.505691	0.119082	0.782448	TOG, UZB

Solution Coverage 0.793783

Solution Consistency 0.798365

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.7 für eine hinreichende Bedingung für Outcome y

Nebst den beiden notwendigen Bedingungen geringe sozioökonomische Entwicklung (c1) und Reformsequenz Demokratie (w) enthalten die hinreichenden Bedingungen zusätzlich jeweils zwei schlechte Ausgangsbedingungen: die Abwesenheit pro-demokratischer Akteure (c3) in Kombination mit gesellschaftlichen Konflikten (C2) oder mit starken Veto-Playern (C4) oder aber die Kombination aus gesellschaftlichen Konflikten (C2) und starken Veto-Playern (C4).

Bei der Minimization nach der einfachsten Lösungsformel muss zur Erklärung des Falls TOG zwischen zwei verschiedenen Lösungspfaden („Prime Implicants“) entschieden werden: c1*C4 oder C2*C4. Da eine geringe sozioökonomische Entwicklung (c1) eine notwendige Bedingung für Outcome y ist, wird erstere gewählt; dies lässt sich auch mit Blick auf den Transformationsprozess von Togo begründen. Somit ergeben sich die folgenden Resultate:

¹⁹⁸ Diese Lösungsformel ist identisch mit der mittleren Lösungsformel. Bezüglich der Simplifying Assumptions wurde dabei – in Übereinstimmung mit der Theorie – festgelegt, dass für einen negativen Outcome (y) die Conditions C1 und C3 abwesend und die Conditions C2 und C4 anwesend sein müssen, bezüglich der Reformsequenz wird hingegen keine Annahme getroffen.

Tabelle 6-18: Die einfachste Lösungsformel für Outcome y

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c3*w	0.713773	0.269584	0.756079	EQG, GNB, KYR, UZB, ZAM, GUY**, TAZ**
c1*C4	0.619225	0.175036	0.699968	GNB, TOG

Solution Coverage 0.888809

Solution Consistency 0.684530

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.7 für eine hinreichende Bedingung für Outcome y

Da in den obigen einfachsten Lösungspfaden nicht jeweils beide notwendigen Bedingungen enthalten sind, sollten diese noch in die Pfade integriert werden (Schneider und Wagemann 2007: 112-115). Mit dieser Ergänzung kann gleichzeitig auch verhindert werden, dass bei der Minimization nach der einfachsten Lösungsformel sowohl für den Outcome Y als auch für den Outcome y die gleichen Simplifying Assumptions verwendet werden (c1*C4*W und c1*c2*C3*C4)¹⁹⁹ und diese sich somit widersprechen (vgl. Yamasaki und Rihoux 2009: 136-137; Vanderborght und Yamasaki 2003; Delreux und Hesters 2010) (vgl. Fussnote 173). Ebenfalls kann damit auch sichergestellt werden, dass keine Simplifying Assumptions vorkommen, die nicht mit der Theorie oder den Analyse-Ergebnissen konform sind (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 244-245).

Somit ergibt sich die folgende Lösungsformel für den Outcome gescheiterte Demokratisierung:

$$\left. \begin{array}{l} c1 * c3 * w \\ + \\ c1 * C4 * w \end{array} \right\} \rightarrow y \qquad c1 * w \leftarrow y$$

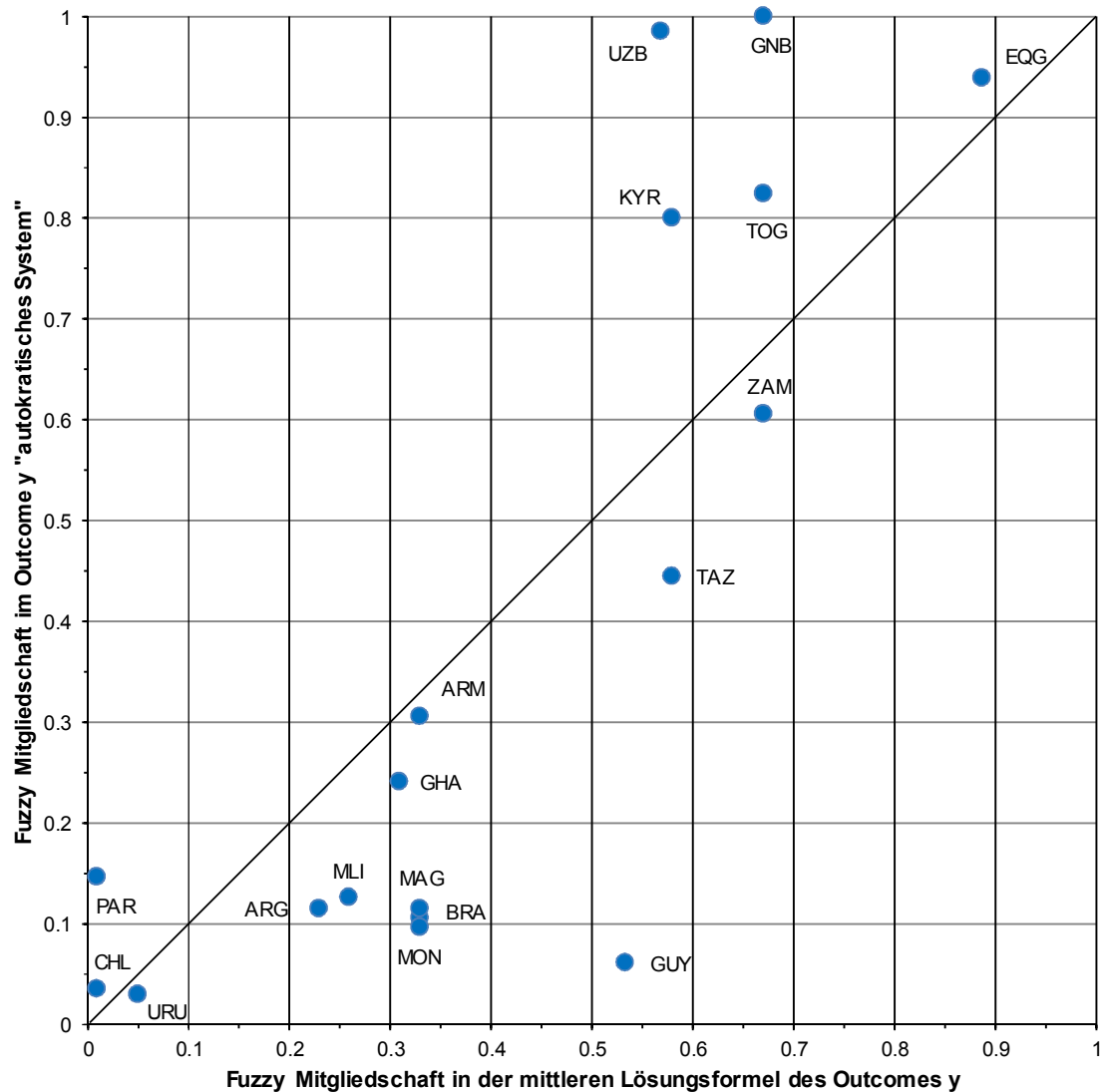
¹⁹⁹ Die Intersection zwischen den beiden Lösungsformeln wurde mit der Software Tosmana, Version 1.3.1.0, von Lasse Cronqvist berechnet.

Bei geringer sozioökonomischer Entwicklung (c1) in Kombination mit der Abwesenheit pro-demokratischer Akteure (c3) oder mit starken Veto-Playern (C4) führt die Reformsequenz Demokratie nicht zu einer erfolgreichen Demokratisierung, sondern es etabliert sich wieder ein autokratisches System (y).

Ein Blick auf das Venn-Diagramm mit den Fällen der Lösungsformel für Outcome y zeigt (vgl. Abbildung 6-6 in Absatz d)), dass – wie zu erwarten – alle Fälle in diesem Bereich der Lösungsformel liegen.

Die Coverage der Lösungsformel für den negativen Outcome beträgt 0.809; diese kann also rund 81% der Mitgliedschaft im Outcome y erklären (vgl. Abbildung 6-9). Allerdings ist wie bereits angesprochen die Consistency nicht besonders hoch (0.767). Dies liegt vor allem (aber nicht nur!) an den beiden widersprüchlichen Fällen GUY und TAZ, die, wie bereits bei der Auswertung nach dem positiven Outcome gesehen, nicht erklärt werden können (vgl. Abbildung 6-9). Wirklich robust ist somit nur die Aussage, dass die Condition-Kombination $c1 \cdot C2 \cdot c3 \cdot C4$ in Kombination mit einer Reformsequenz Demokratie zu einem negativen Outcome führt; damit können aber nur zwei Fälle erklärt werden (EQG und UZB). Somit scheinen die Conditions, die für die Erklärung erfolgreicher Demokratisierungen (Y) gewählt wurden, das Scheitern einer Demokratisierung nur mit Vorbehalten begründen zu können.²⁰⁰

²⁰⁰ Dies liegt allenfalls teilweise auch daran, dass zu den autokratischen Systemen, also gescheiterten Demokratisierungen, auch der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols gezählt wird (vgl. Kapitel 5.2.2).

Abbildung 6-9: X-y-Plot – mittlere Lösungsformel des Outcomes y

6.2.4 Sensitivitätsanalyse

Obige Ergebnisse der Datenauswertung sollen im Folgenden noch auf ihre Sensitivität hin untersucht werden, d.h. wie stark weichen diese ab, wenn sich die erhobenen und kalibrierten Daten ändern. Hierfür werden 6 verschiedene Sensitivitätsanalysen durchgeführt.²⁰¹

²⁰¹ Zwecks Plausibilisierung der Ergebnisse wird auch bei Untersuchungen mit QCA-Methoden empfohlen, eine Sensitivitätsanalyse durchzuführen (Yamasaki und Rihoux 2009: 138); allerdings bestehen diesbezüglich (noch) keine Standardverfahren.

a) Sensitivitätsanalyse 1: Consistency für die Bestimmung des Outcomes Y

Für die Bestimmung des Outcomes Y wurde bisher ein Consistency-Wert von 0.8 verwendet; möglich wären aber auch tiefere oder höhere Werte. Die Verwendung eines Consistency-Werts von 0.7 oder 0.75 verursacht allerdings keine Veränderung in den Daten bzw. Ergebnissen, da in der Truth Table ein klarer Bruch zwischen solchen Zeilen mit einer Consistency grösser als 0.8 und solchen mit einer Consistency kleiner als 0.7 besteht (vgl. Tabelle 6-3 in Kapitel 6.2.2). Eine Consistency tiefer als 0.7, also z.B. 0.65 oder gar 0.6, lässt sich hingegen nicht mehr rechtfertigen, da solche Condition-Kombinationen nicht mehr als genügend konsistente hinreichende Bedingungen für Outcome Y angesehen werden können (vgl. Ragin 2009: 109, 113, 118; Wagemann und Schneider 2007: 28-29).

Eine Consistency grösser als 0.8 führt wiederum dazu, dass viele Fälle nicht mehr mit der Lösungsformel erklärt werden können, da sie nun einen negativen Outcome aufweisen. Dies schränkt die Erklärungskraft und die Generalisierbarkeit der Analyse-Ergebnisse stark ein. So fällt beispielsweise bei einer Consistency von 0.85 der Lösungspfad C3*c4 für Outcome Y aus der Lösungsformel und die drei Fälle MAG, BRA und MON können nicht mehr erklärt werden; entsprechend tief ist hier dann auch die Coverage (vgl. Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen, Absatz a)).²⁰²

b) Sensitivitätsanalyse 2: Anpassung der Thresholds

Die Rohdaten, die Truth Table, die Ergebnisse der Minimization und die x-y-Plots lassen grundsätzlich kein Bedarf erkennen, die Thresholds (und Extremwerte) anzupassen: Die Consistency ist immer hoch, die Lösungspfade können immer sehr plausibel mit der Theorie erklärt werden und die theoretischen Erklärungen sind über alle Analysen hinweg konsistent. Einzige Ausnahme davon sind zwei widersprüchlichen Fälle, die aber mit anderen Faktoren halbwegs erklärt werden können (vgl. Kapitel 7.1.2); allenfalls müsste hier einzig überprüft werden, ob die Datenerhebung bzw. die anschliessende „manuelle“ Kalibrierung richtig war (vgl. Sensitivitätsanalyse 4 in Absatz d)).

²⁰² Auf die Analyse der notwendigen Bedingungen hat die Höhe der Consistency der Condition-Kombinationen keinen Einfluss.

Trotzdem soll getestet werden, ob sich mit leicht abweichenden Definitionen der Set-Memberships nicht doch andere Resultate ergeben. Besonders relevant ist hierbei, ob sich die Mitgliedschaft eines Falls in einer Condition, in der Reformsequenz oder im Outcome ändert. Aus diesem Grund werden in der zweiten Sensitivitätsanalyse die Thresholds derjenigen Indikatoren geändert, die keinen klar definierten bzw. „natürlichen“ Threshold aufweisen und deren Werte entsprechend grundsätzlich zur Diskussion stehen.²⁰³ Es sind dies alle Indikatoren der Condition C1 und der Indikator „gini“ (Verteilung des Einkommens gemäss Gini-Koeffizient).²⁰⁴ Konkret werden die Thresholds der genannten Indikatoren um je einen Viertel der Differenz zu den Extremwerten nach oben und unten angepasst und anschliessend die Daten analog zum Vorgehen in Kapitel 6.2.2 ausgewertet.

Die Threshold-Anpassung – insbesondere diejenige nach unten – führt dazu, dass bei verschiedenen Fällen die Mitgliedschaft in den Conditions 1 oder 2 ändert und sich entsprechen hier auch leicht andere Condition-Kombinationen ergeben (vgl. Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen, Absatz b)). Trotzdem führt die Auswertung sowohl der Truth Table als auch der Lösungsformeln bzw. -pfade zu analogen Interpretationen resp. zeigt gar häufig identische Ergebnisse wie in der Originalauswertung; einzig die Bedeutung der Condition C1 für einen positiven Outcome kann als etwas höher angesehen werden.

Aufgrund dieser sehr stabilen Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse 2 drängen sich keine Anpassungen der Thresholds auf.

c) Sensitivitätsanalyse 3: Gewichtung der Indizes

Eine weitere Diskussion bezüglich Sensitivität ist zu den Gewichtungen der Indizes zu führen. Indizes werden bei den Conditions C1 und C2, bei der Reform-

²⁰³ Eine Anpassung der Extremwerte führt hingegen nicht dazu, dass sich einzelne Mitgliedschaften ändern, sondern hat „nur“ Auswirkungen auf die Coverage und Consistency der Lösungsformel und der Lösungspfade. Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Sensitivitätsanalyse auf eine solche Überprüfung verzichtet.

²⁰⁴ Bei allen übrigen Indikatoren ist der Threshold durch die Index-Definition faktisch vorgegeben (Index of Economic Freedom und Economic Freedom (Fraser Institute) für die Reformsequenz W, Polity IV und Freedom House für den Outcome Y) oder aber mittels zweier Zwischenwerte qualitativ definiert (Indikator „konf1“ und die Conditions C3 und C4) (vgl. die jeweiligen Operationalisierungen in Kapitel 5.3).

sequenz W und beim Outcome Y gebildet; umstritten dürfte allerdings höchsten die Gewichtung bei der Condition C2 sein, da bei allen übrigen eine paritätische Gewichtung zum Zug kommt, die sich gut begründen lässt. Im Falle der Condition C2, gesellschaftliche Konflikte, könnte hingegen mit ebenfalls guten Argumenten für eine 3:1-Gewichtung an Stelle der effektiv verwendeten 2:1-Gewichtung der beiden Indikatoren „konf1“ (Intensität sozialer Konflikte) und „gini“ (Verteilung der Einkommen) plädiert werden. Eine Sensitivitätsanalyse soll deshalb zeigen, ob sich bei Verwendung einer 3:1-Gewichtung relevante Unterschiede in den Resultaten ergeben.

Die entsprechende Untersuchung ergibt einzig in einem Fall (Brasilien) eine relevante Änderungen gegenüber der Originalauswertung (vgl. Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen, Absatz c)): Die Mitgliedschaft von BRA in der Condition C2 wechselt von „more in than out“ (0.55) zu knapp „more out than in“ (0.495). Allerdings hat dies auf die Lösungsformeln und die Interpretation keine Auswirkungen – die für die Indikatoren der Condition C2 vorgesehene Gewichtung kann also ohne Probleme beibehalten werden.

d) Sensitivitätsanalyse 4: qualitativ erhobenen und kalibrierte Daten

Bei allen qualitativ erhoben und kalibrierten Daten stellt sich die Frage, wie zuverlässig und konsistent diese Arbeiten durchgeführt wurden. So gibt es bei verschiedenen Fällen Indikatoren- bzw. Condition-Werte, die mit einer gewissen Unsicherheit behaftet sind. Hier interessieren wiederum vor allem die Fälle, bei denen die betroffenen Werte allenfalls eine gegenteilige Mitgliedschaft aufweisen könnten. Zwecks Kontrolle wird deshalb eine Sensitivitätsanalyse mit einem Datensatz durchgeführt, bei dem alle „unsicheren“ bzw. umstrittenen qualitativ erhobenen und kalibrierten Daten geändert werden.

Die so durchgeführte Datenauswertung zeigt (vgl. Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen, Absatz d)), dass die beiden Fälle Guyana und Kirgistan eine neue Condition-Kombination aufweisen. Dadurch bestehen neu zwei Condition-Kombinationen mit einem umstrittenen Outcome-Wert. Zudem besteht mit Kirgistan nun erstmals ein Fall mit Reformsequenz Wirtschaft, bei dem der Outcome negativ ist – allerdings handelt es sich hier wie gesagt um einen

kontradiktierenden Fall. An der speziellen Interpretation dieser vier Fälle ändert sich dabei nichts und auch sonst sind die Ergebnisse der Minimization identisch zur Originalauswertung (mit jeweils leicht unterschiedlichen Consistency- und Coverage-Werten).

e) Sensitivitätsanalyse 5: umstrittene Werte bei den Fallauswahl-Kriterien

Damit ein Transformationsprozess überhaupt als Fall der Analyse in Frage kommt, muss dieser wie gesehen relativ viele Kriterien erfüllen (vgl. Kapitel 5.4.1). Auch bei diesem Vorgang gab es vereinzelt „unsichere“ bzw. strittige Entscheide. Eine weitere Sensitivitätsanalyse soll deshalb zeigen, wieweit die Fallauswahl einen relevanten Einfluss auf die Analyse-Ergebnisse hat (vgl. Berg-Schlosser und De Meur 2009: 23-24). Hierzu werden alle kritischen Fälle von der Datenauswertung ausgeschlossen:

- Guinea-Bissau und Tansania, da bei beiden kritisiert werden könnte, dass hier kaum Demokratie-Reformen durchgeführt wurden und dadurch die Reformsequenz Demokratie gar nie wirklich begann.
- Madagaskar und Mail, weil beide nach einer Phase der Stabilität, d.h. nach Zeitpunkt t_3 , wieder Anzeichen für Instabilität aufwiesen und damit in Frage stellen, ob diese Transformationsprozesse überhaupt je beendet wurden.

Abgesehen vom Offensichtlichen, dass nun vier Fälle weniger in der Truth Table und damit in der Analyse vorkommen, zeigen die Analyse-Ergebnisse keine wesentlichen Unterschiede gegenüber der Originalauswertung (vgl. Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen, Absatz e)). Einzig die Bedeutung der Condition C3 bzw. der Condition-Kombination $C3*c4$ für einen positiven Outcome ist etwas weniger stark ausgeprägt, da die Kombination $C3*c4$ hier nur zusammen mit C1 oder c2 einen hinreichenden Pfad bilden (vgl. mittlere Lösungsformel und komplexeste Lösungsformel) bzw. c2 bereits ohne C3 eine hinreichende Bedingung für Outcome Y ist (vgl. einfachste Lösungsformel).

f) Sensitivitätsanalyse 6: Auswirkungen aller Abweichungen zusammen

Bisher wurden alle genannten möglichen Optionen, Unsicherheiten und kritischen Einschätzungen bei den Daten, die zu Änderungen an den Analyse-Ergebnissen

führen könnten, einzeln analysiert. Aus diesem Grund werden mit der 6. und letzten Sensitivitätsanalyse alle Abweichungen gegenüber den Originaldaten zusammen ausgewertet, um so die grösstmögliche Abweichung von der Originalauswertung zu erhalten. Konkret werden bei den Conditions C1 und C2 die tieferen Threshold-Werte der Sensitivitätsanalyse 2 verwendet,²⁰⁵ alle Anpassungen an den qualitativ erhobenen und kalibrierten Daten werden übernommen (Sensitivitätsanalyse 4) und alle kritischen Fälle werden von der Auswertung ausgeschlossen (Sensitivitätsanalyse 5).²⁰⁶

In der Truth Table sind nun die Änderungen der einzelnen Sensitivitätsanalysen in der Summe zu sehen (vgl. Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen, Absatz f)). Bei den Lösungspfaden ist vor allem interessant, dass die Condition-Kombination C3*c4 keine wesentliche Rolle mehr für die Erklärung des Outcomes Y spielt und an deren Stelle die Kombination C1*C3 bzw. C1*c2*C3 tritt (die Condition C3 ist aber immer noch zentral!). Die Reformsequenz Wirtschaft bleibt hingegen weiterhin eine hinreichende Bedingung für einen positiven Outcome. Die bereits oben erwähnte Bedeutungs-Verlagerung für den Outcome weg von der Condition-Kombination C3*c4 hin zur Condition C1 zeigt sich nun vollends. Angesichts dieser Resultate ist es sicherlich sinnvoll, bei der Interpretation der Analyse-Ergebnisse die Bedeutung der Condition C1 nicht zu unterschätzen und diejenige der Condition-Kombination C3*c4 nicht zu „absolutieren“ (vgl. Kapitel 7.1).

Gesamthaft können von sehr stabilen Daten und von einer relativ konsistenten Datenauswertung ausgegangen werden – einzig unter Berücksichtigung aller Abweichungen ergibt sich eine gewisse Verschiebung bei den Lösungspfaden.

²⁰⁵ Bei Paraguay wird bei der Condition C1 der höhere Threshold verwendet und bei Brasilien kommt bei der Condition C2 wiederum der Wert aus der Sensitivitätsanalyse 3 zur Anwendung, da sich dadurch bei beiden Fällen ein Wechsel in der Mitgliedschaft ergibt.

²⁰⁶ Einen höheren Consistency-Wert von 0.85, wie dies in der Sensitivitätsanalyse 1 angewendet wurde, führt wie gesehen nicht zu anderen, sondern nur zu weniger Lösungspfaden mit entsprechend tiefer Solution Coverage. Eine solche Erhöhung kann deshalb hier unberücksichtigt bleiben.

IV. Schlussfolgerungen

7 Diskussion der Analyse-Ergebnisse

7.1 Interpretation der Analyse-Ergebnisse

Die Datenauswertung mit fsQCA liefert als Ergebnis keine Kausalitäten zwischen zwei oder mehr Faktoren, sondern zeigt – wie andere Auswertungsmethoden auch – „lediglich“ das gemeinsame Vorkommen oder Auftreten von Condition-Kombinationen und einem Outcome auf (De Meur et al. 2009: 159-161; Wagemann und Schneider 2007: 29). Die kausale Begründung dieser „Beziehungen“ muss hingegen vielmehr durch theorie- und empiriegestütztes Wissen erfolgen (De Meur et al. 2009: 159-161; Wagemann und Schneider 2007: 29). In den nachfolgenden beiden Kapiteln sollen deshalb die Analyse-Ergebnisse von Kapitel 6.2 interpretiert werden und so dann die eingangs gestellte Forschungsfrage beantwortet (vgl. Kapitel 7.2) sowie daraus weitere Schlussfolgerungen gezogen werden (vgl. die Kapitel 7.3 und 7.4).

7.1.1 Generelle Interpretation der Analyse-Ergebnisse

Die Datenauswertung mit der Methode fsQCA hat folgende Lösungsformel für den Zusammenhang zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Outcome hervorgebracht (vgl. Kapitel 6.2.2):

$$\left. \begin{array}{l} W \\ + \\ C3 * c4 \\ + \\ C1 * c2 * C3 \end{array} \right\} \rightarrow Y$$

Eine Demokratisierung kann demnach erfolgreich verlaufen (Y), wenn die Wirtschaft-Reformen vor den Demokratie-Reformen umgesetzt werden (Reformsequenz Wirtschaft), bzw. wenn zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung eine freie Marktwirtschaft besteht (W). Ebenfalls erfolgreich abgeschlossen werden kann eine Demokratisierung dann, wenn als Ausgangsbedingungen

pro-demokratische Akteure (C3) und keine Veto-Player (c4) vorhanden sind oder wenn erstere (C3) zusammen mit einer hohen sozioökonomischen Entwicklung (C1) und der Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2) gegeben sind. Hierbei können die Demokratie-Reformen vor den Wirtschaft-Reformen implementiert werden (w). Während also die Reformsequenz Wirtschaft ohne zusätzliche Ausgangsbedingungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung erfolgreich umgesetzt werden kann, ist der Erfolg der Reformsequenz Demokratie wie gesehen an gewisse Bedingungen geknüpft.

Die Auswertungen nach der Consistency dieser Lösungspfade und der Lösungsformel insgesamt zeigen hierbei, dass diese allgemein sehr konsistent sind,²⁰⁷ es also nur wenige Fälle gibt, die zu einem gewissen Grad der Lösungsformel bzw. deren Pfade widersprechen. Gemäss Angaben zur Coverage kann die Lösungsformel fast 81% des Erfolgs einer Demokratisierung erklären.²⁰⁸ Das grösste Gewicht hat hierbei mit knapp 60% der Lösungspfad C3*c4; allerdings weist von den drei Lösungspfaden die Reformsequenz Wirtschaft (W) die höchste Unique Coverage auf. Klar am wenigsten Fälle (bzw. Anteile am Outcome Y) werden wiederum durch den Lösungspfad C1*c2*C3 erklärt – nichtsdestotrotz ist aber auch dieser Pfad für die Interpretation von grosser Bedeutung (vgl. Wagemann und Schneider 2007: 27-28). Insgesamt hat obige Lösungsformel eine relativ hohe Erklärungskraft.

Die Lösungsformel kann wie folgt interpretiert werden (vgl. Rihoux und Lobe 2009: 472-473, 478, 486; Wagemann und Schneider 2007: 28):²⁰⁹

Mit dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung im Zuge einer Transformation werden die zentralen staatlichen Institutionen grundlegend neu definiert und damit die Grundlagen für ein neues, d.h. demokratisches Gesellschaftssystem gelegt.

²⁰⁷ Die Consistency der Lösungsformel ist 0.891, diejenigen der drei Lösungspfade sind 0.933, 0.894 resp. 0.947 (vgl. Kapitel 6.2.2).

²⁰⁸ Die Coverage der Lösungsformel ist 0.806, die Raw Coverage der drei Lösungspfade sind 0.563, 0.593 resp. 0.443 (vgl. Kapitel 6.2.2).

²⁰⁹ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die gesamten Erkenntnisse aus der Datenerhebung und Datenauswertung (vgl. die Kapitel 6.1 und 6.2), auf die allgemeine Transformationstheorie (vgl. Kapitel 3), auf die Forschungsidee (vgl. Kapitel 4.1) und das Forschungsmodell mit all seinen Elementen (vgl. die Kapitel 4.2 und 4.3) sowie auf die verschiedenen Theorien über die Wirkungen von Reformsequenzen und von Conditions auf Transformationen (vgl. Kapitel 4.4).

Entsprechend den damit verbundenen Änderungen im Herrschaftszugang, der Herrschaftsstruktur, dem Herrschaftsanspruch und der Herrschaftsweise werden sich auch die Verteilung der (politischen) Macht zwischen den verschiedenen Akteuren sowie allgemein die Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft ändern (neue Handlungsspielräume, geänderte Sozialisierung, andere Akteure). Damit sich diese neuen (Macht-) Verhältnisse und das demokratische System als Ganzes auch tatsächlich durchsetzen können, ist in dieser Situation entscheidend, dass die noch anstehenden Reformen und die Konsolidierung im Sinne der neuen Verfassung umgesetzt werden. Hierfür – das zeigt nun die Untersuchung – müssen bereits bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung Kräfte mit entsprechenden Handlungsspielräumen bestehen, die einen solchen Prozess unterstützen bzw. ermöglichen. Je nach dem, welche Reformen noch realisiert werden müssen, sollten dabei diese Kräfte unterschiedlich zusammengesetzt sein.

Konkret muss gemäss Analyse-Ergebnisse bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung eine der drei folgenden Ausgangssituationen gegeben sein, damit eine Demokratisierung – mit der entsprechenden Reformsequenz – tatsächlich erfolgreich verläuft, sich also ein demokratisches System etablieren kann:

1) Es besteht eine freie Marktwirtschaft (W).

Dank der bereits früher erfolgten Umsetzung der Wirtschaft-Reformen, hat sich bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung eine freie Marktwirtschaft etabliert. Dies führte auch dazu, dass sich ein Mittelstand herausbilden konnte, der sich durch wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit, durch individuelle Selbstverantwortung und Selbstbestimmung, sowie allgemein durch unabhängig vom politischen System stattfindenden Interaktionen und Handlungen zwischen Privaten bzw. Bürgern auszeichnet. Ein solcher Mittelstand lebt gemäss den normativen Bedingungen eines demokratischen Gesellschaftssystems – was sich allerdings primär auf das wirtschaftliche System innerhalb der Gesellschaft beschränkt (bzw. beschränke muss).

Im Falle einer Transformation, wenn es darum geht, demokratische Institutionen im gesamten System zu etablieren und zu konsolidieren, setzt sich ein Mittelstand aufgrund seiner Werte und Interessen klar für die Demokratisierung ein (so geschehen in Chile, Ghana, Mali, Paraguay und Uruguay). So

etablieren dessen Mitglieder bei neu entstandenen Freiräumen nicht-staatliche Institutionen und übernehmen darin Funktionen und Aufgaben, sie nutzen und bewahren die neuen staatlichen Institutionen und prägen damit die informellen Institutionen. Dank seiner wirtschaftlichen Macht und Unabhängigkeit sowie aufgrund der geteilten Normen ist das Gewicht des Mittelstands dabei genügend gross, um sich notfalls auch gegenüber Veto-Playern (C4) zu behaupten (wie in den Fällen Chile und Paraguay mit den Militärs), um offene gesellschaftliche Konflikte (C2) nicht eskalieren zu lassen (wie in den Fällen Mali und Ghana mit den ethnisch-gefärbten Unruhen) und um die Abwesenheit von starken pro-demokratischen Akteuren (c3) sowie von die Demokratie unterstützenden Bildungsbürgern (c1) wettzumachen (wie im Fall Ghana mit einer kaum existenten Opposition und dem völligen Fehlen eines Bildungsbürgertums).

Zusätzlich besteht bei dieser Konstellation der grosse Vorteil, dass „nur“ die Demokratie-Reformen und nicht auch noch die Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden müssen. Somit können sich alle pro-demokratisch eingestellten Kräfte auf Erstere konzentrieren. Gleichzeitig besteht hier nun keine Gefahr (mehr), dass es wegen den durch die Wirtschaft-Reformen verursachten tiefgreifenden Veränderungen zu „Reformverlierer“ in der Gesellschaft kommt, die entsprechend gegenüber einer (weiteren) Demokratisierung negativ eingestellt sind und somit allenfalls Widerstand leisten.

Eine freie Marktwirtschaft und das damit einhergehende Bestehen eines starken Mittelsstands ist somit eine gute Ausgangsbedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung; entsprechend ist die Reformsequenz Wirtschaft eine erfolgsversprechende Transformationsstrategie.

- 2) Es existieren starke pro-demokratische Akteure (C3) und es gibt keine Veto-Player (c4).

Angesichts der klaren Kräfteverhältnisse zwischen den Akteuren zugunsten eines demokratischen Systems, scheint es kaum verwunderlich zu sein, dass bei einer solchen Ausgangssituation eine Demokratisierung erfolgreich verlaufen wird. Die pro-demokratischen Akteure können ohne (grossen) Widerstand die weiteren Reformen und die Konsolidierung im Sinne des Liberalismus vorantreiben und steuern (dies erfolgte so in Armenien, Brasilien, Madagaskar und der Mongolei). Hierzu gehört auch das Durchführen der

Wirtschaft-Reformen; wobei entsprechend die pro-demokratischen Akteure während der Transformation nicht auf die Unterstützung eines Mittelstands (w) zählen können. Trotzdem ist eine erfolgreiche Demokratisierung bei diesen Ausgangsbedingungen selbst dann möglich, wenn – wie im Fall von Madagaskar – offene gesellschaftliche Konflikte (C2) bestehen und den pro-demokratischen Akteuren keine zusätzliche passive Unterstützung durch das Vorhandensein eines Bildungsbürgertums (c1) zukommt.²¹⁰

Existieren starke pro-demokratische Akteure und sind gleichzeitig keine Veto-Player vorhanden, so kann ein System mit Erfolg demokratisiert werden – selbst dann, wenn eine freie Marktwirtschaft erst noch implementiert werden muss. Die Reformsequenz Demokratie kann bei diesen Ausgangsbedingungen also erfolgreich umgesetzt werden.

- 3) Die sozioökonomische Entwicklung ist hoch (C1), es gibt keine gesellschaftlichen Konflikte (c2) und es sind starke pro-demokratische Akteure (C3) vorhanden.

Wie in der obigen Ausgangssituation so bestehen auch hier einflussreiche pro-demokratische Akteure, die sich aktiv für die noch anstehende Institutionalisierung und die Konsolidierung einsetzen. Ebenfalls muss auch in diesen Fällen eine freie Marktwirtschaft, also die Wirtschaft-Reformen, erst noch realisiert werden, weshalb wie gesehen die Unterstützung durch einen Mittelstand wegfällt (w). Dank der hohen sozioökonomischen Entwicklung (C1) können die pro-demokratischen Akteure aber auf die passive Unterstützung eines Bildungsbürgertums zurückgreifen. Denn mit einem höheren Bildungsniveau und einer moderneren Lebensweise gewinnen auch die eigene Lebensgestaltung, die Selbstbestimmung, die Toleranz gegenüber anderen sowie eine geistig-intellektuelle Unabhängigkeit immer mehr an Bedeutung und werden zu zentralen Werten – es formt sich ein Bildungsbürgertum. Diese Freiheit und Selbstbestimmung können allerdings nur in einem demokratischen System ohne (grössere) Einschränkungen gelebt werden, weshalb ein Bildungsbürgertum klar Position für die Demokratisierung und die pro-demokratischen Akteure bezieht.

Des weitern ist auch die Abwesenheit gesellschaftlicher Konflikte (c2) für den

²¹⁰ Ersteres ist auch bei Brasilien der Fall, und Letzteres trifft auch auf die Mongolei zu.

Demokratisierungsprozess vorteilhaft, da dadurch allfällige Veto-Player keine gesellschaftlichen Konflikte instrumentalisieren können und es nicht zu eskalierenden Verteilungskämpfen zwischen gesellschaftlichen Gruppen um die Macht kommen kann. Wie die Transformation in Argentinien beweist, sind diese Ausgangsbedingungen nun so vorteilhaft, dass selbst das Agieren starker Veto-Player (C4) (in diesem Fall die Militärs) den Erfolg einer Demokratisierung nicht zu gefährden vermögen.

Sollte bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung noch keine freie Marktwirtschaft besteht, so kann eine Demokratie (trotzdem) erfolgreich etabliert werden, falls keine gesellschaftlichen Konflikte vorhanden sind und gleichzeitig pro-demokratische Akteure und eine hohe sozioökonomische Entwicklung existieren. Auch hier zeigt sich also, dass bei entsprechenden Ausgangsbedingungen eine Reformsequenz Demokratie eine erfolgreiche Strategie für eine Demokratisierung sein kann.

Kurz gesagt: Für den Erfolg einer Demokratisierung ist entscheidend, welche Ausgangsbedingungen bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung bestehen und welche Reformstrategie bzw. Reformsequenz umgesetzt wird. Hierbei sind wie gesehen drei verschiedene Konstellationen möglich;²¹¹ bei allen dreien bestehen dabei klare Kräfteverhältnisse zu Gunsten einer Demokratisierung.

Trifft hingegen keine dieser drei Konstellationen zu, so ist eine erfolgreiche Demokratisierung kaum²¹² möglich: Über kurz oder lang werden sich alte Regime-Eliten, Veto-Player oder neue, autokratisch-eingestellte Akteure gegenüber den anderen Kräften durchsetzen und die mit der Verfassung neu etablierten Institutionen in ihrem Sinne ändern und konsolidieren. D.h. die Veränderungen in den Herrschaftskriterien und damit die (Macht-) Verhältnisse werden wieder rückgängig gemacht bzw. geändert und fest etabliert; es kann sich erneut eine Autokratie behaupten.²¹³

²¹¹ Es gilt zu beachten, dass die Fallauswahl der Untersuchung diese generelle Aussage in verschiedenen Aspekten einschränkt (vgl. Kapitel 7.2).

²¹² Bei den Transformationen in Guyana und Tansania entsprachen die Ausgangsbedingungen und die angewendete Reformstrategie nicht einer der drei idealen Konstellationen, trotzdem verlief jeweils die Demokratisierung erfolgreich (vgl. auch Kapitel 7.1.2).

²¹³ Bzw. es kommt zu einem „failed state“, da der Kampf um die (Staats-) Macht eskaliert.

Wie die untersuchten Transformationen zeigen, werden hierbei häufig die Machtbefugnisse der Exekutive schrittweise auf Kosten der anderen Gewalten im System erweitert. Dies geschieht, in dem gewisse Rechte missbraucht werden (z.B. Exekutivbefugnissen bzw. Notstandsbevollmächtigungen), andere nicht angewendet werden (z.B. die Unabhängigkeit von Wahlkommissionen), oder aber der Exekutive auf ganz legale Weise immer mehr Rechte zugesprochen werden (z.B. unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten und (Ab-) Berufungsrecht der höchsten Richter) (vgl. Lindberg 2006: 17). Besonders anfällig für einen solchen Verlauf sind Demokratisierungen, bei denen die Demokratie-Reformen vor den Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden (w) und dabei folgende Ausgangsbedingungen aufweisen (vgl. Kapitel 6.2.3):²¹⁴

- Es besteht kein Bildungsbürgertum (c1) und auch pro-demokratische Akteure existieren keine (c3), somit setzen sich hier weder passiv noch aktiv Kräfte für ein demokratisches System ein (trifft auf Äquatorialguinea, Guinea-Bissau, Kirgistan, Sambia und Usbekistan zu).
- Es besteht kein Bildungsbürgertum (c1) und gleichzeitig sind starke Veto-Player aktiv (C4), entsprechend können angesichts der Abwesenheit breiter passiver Unterstützung für eine Demokratisierung in dieser Situation die Veto-Player das Geschehen nach ihrem Gutdünken dominieren (zu beobachten in Äquatorialguinea, Kirgistan, Sambia, Togo und Usbekistan). Gegen diese Dominanz können selbst pro-demokratische Akteure (C3) nichts entgegenhalten (so geschehen in Togo).

7.1.2 Interpretation ausgewählter Fälle

Wie gesehen lassen sich für die in dieser Untersuchung analysierten Fälle nicht nur konsistente Lösungspfade finden, sondern die Analyse-Ergebnisse ermöglichen auch eine sinnvolle Erklärung der einzelnen Transformationsprozesse (vgl. Kapitel 7.1.1). Allerdings trifft dies nicht auf alle Fälle zu bzw. nicht immer im vollen Umfang:

- Bei den Fällen ARG, BRA, MAG, MLI und MON zeigt der x-y-Plot (vgl.

²¹⁴ Die Consistency dieser Lösungspfade ist wie gesehen eher tief, entsprechend ist auch die Interpretation dieser Fälle zu relativieren.

Abbildung 6-2 in Kapitel 6.2.2), dass der jeweilige Lösungspfad nur einen Teil des Outcomes Y erklären kann. Hier sind somit Anpassungen an den Erklärungen nötig (Schneider 2009: 71, vgl. 69-70; Wagemann und Schneider 2007: 28), sei dies in Form eines zusätzlichen Lösungspfades oder durch Weglassen einer Condition innerhalb eines bestehenden Lösungspfades.

- Für die beiden Fälle GUY und TAZ konnte kein Lösungspfad gefunden werden, entsprechend kann hier der Erfolg der Demokratisierungen auch nicht plausibel erklärt werden. Es muss deshalb nach einer alternativen Erklärung gesucht werden, d.h. nach einer anderen Theorie (z.B. völlig andere Conditions), oder die Fälle aufgrund eines zusätzlichen Kriteriums von der Fallauswahl ausgeschlossen werden.
- Der Fall PAR weicht relativ stark von „seinem“ Lösungspfad ab (vgl. Abbildung 6-3 in Kapitel 6.2.2), d.h. obwohl die hinreichende Bedingung vorhanden ist, tritt der Outcome Y nicht in der erwarteten Stärke auf. Diese Abweichung sollte z.B. mit Hilfe einer zusätzlichen Condition erklärt werden oder aber der Fall ist aufgrund eines zusätzlichen Kriteriums von der Fallauswahl auszuschließen (Schneider 2009: 71; Wagemann und Schneider 2007: 28).

Nachfolgend sollen mögliche ergänzende bzw. alternative Erklärungen für obige Fälle diskutiert werden – sie alle weisen auf denkbare weiterführende Untersuchungen hin (vgl. Kapitel 7.4):

a) Allgemeine Bemerkungen zu den Fällen ARG, BRA, MAG, MLI und MON

Das Weglassen von Conditions stellt in keinem der fünf Fälle eine sinnvolle Lösung für die offenen Erklärungen dar. Dies deshalb, weil zum einen bei jedem dieser Fälle eine andere Condition wegfallen müsste und dadurch keine identische Begründung gefunden werden kann, zum anderen – und das hängt mit dem ersten Punkt zusammen – lässt sich ein Lösungspfad bestehend aus nur einer guten Ausgangsbedingung auf dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse aller Fälle nur schwer interpretieren. Es muss deshalb zwingend nach alternativen Erklärungen gesucht werden oder nach Faktoren, die begünstigend auf die Transformationen einwirkten, ohne dass dies direkt in den Ausprägungen der einzelnen Conditions ersichtlich wäre, z.B. weil sie erst im Laufe des Prozesses aufgetreten sind.

b) Argentinien ARG (1982-1995)

Die lange Konsolidierungsphase in Argentinien, während derer die neuen demokratischen Institutionen ständig vor einer Übernahme durch die Militärs verteidigt werden mussten, macht es umso erstaunlicher, dass trotz relativ tiefer Mitgliedschaft im Lösungspfad, also eher nicht so günstiger Ausgangsbedingungen, ein demokratisches System institutionalisiert und konsolidiert werden konnte. Allenfalls hat aber das jahrzehntelange Bestehen einer Verfassung, die „nur“ von den Militärs ausser Kraft gesetzt wurde, begünstigend auf die Institutionalisierung gewirkt, da nicht alle Institutionen von Grund auf neu geschaffen werden mussten.

Auch könnten aufgrund des verlorenen Falkland-Kriegs die Militärs so stark in den Augen der Bevölkerung diskreditiert worden sein, dass deren erneuter Versuch, Einfluss auf die Politik zu nehmen, gar nie wirklich realistisch war, sie also keine so grosse Bedrohung für das neue System darstellten, wie vermutet. Drittens könnte auch schlicht der Zufall der jungen Demokratie geholfen haben: Dank gravierender strategischer Fehler seitens der Militärs bzw. strategisch besonders geschickten Handlungen auf pro-demokratischer Seite konnte eine eher nicht so günstige Situation doch mit einem klaren Erfolg für die Demokratiebewegung enden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 76-77; Carothers 2007a: 15-16; Mansfield und Snyder 2007: 6; Wiesenthal und Terletzki 2002: 6-11; Merkel und Puhle 1999: 239; Koen 1997: 190; Welzel 1994: 74; Huntington 1991: 601-602, 616).

c) Brasilien BRA (1988-1995)

In Brasilien wurden teilweise bereits vor dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung gewisse restriktive Gesetze abgeschwächt und Teile der alten Verfassung wieder in Kraft gesetzt. Beides könnte evtl. einen bedeutend grösseren positiven Effekt auf die sonst eher mässig günstigen Ausgangsbedingungen gehabt haben, als bisher angenommen. Auch muss konstatiert werden, dass im Vergleich zu den anderen Fällen bei Beginn der Transformation in Brasilien ein klar weniger restriktives System bestanden hatte – hier hätte bei der Fallauswahl gegebenenfalls konservativer entschieden werden müssen.

d) Madagaskar MAG (1992-1999)

Wie die jüngere Geschichte von Madagaskar zeigt (vgl. u.a. Encyclopaedia Britannica 2009j), konnte die Stabilität des neuen demokratischen Systems nur für eine gewisse Zeit vollständig gesichert werden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob während der Transformation allenfalls für kurze Zeit eine bedeutende Einflussnahme durch das Ausland (insbesondere durch Frankreich und die USA) stattfand, die die Akteure zwang, ein System zu institutionalisieren und zu konsolidieren, für das effektiv bedeutend weniger Unterstützung im Land bestand. Entsprechend brachen Kämpfe um Macht und Einfluss wieder aus, kaum fiel dieser externe Druck wieder weg, was das System wieder teilweise destabilisiert.

e) Mali MLI (1992-2002)

Auch bei Mali haben evtl. Frankreich und die USA über „stille Kanäle“ auf die bereits laufende Demokratisierung genügend Einfluss nehmen können, um ein demokratisches System zu etablieren, das alleine durch das Bestehen einer freien Marktwirtschaft bzw. eines Mittelstandes in diesem Ausmass so nicht möglich gewesen wäre. Im Gegensatz zu Madagaskar hielt bei Mali die ausländische Unterstützung allerdings auch nach der Transformation an, u.a. zwecks Bekämpfung islamistischer Terroristen (Imperato und Imperato 2008: LXIV-LXV), weshalb vermutlich hier eine erneute Destabilisierung verhindert werden konnte (vgl. Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: u.a. 71-72).

f) Mongolei MON (1992-1998)

Ähnlich zu den Fällen Madagaskar und Mail so muss allenfalls auch bei der Demokratisierung der Mongolei der Einfluss ausländischer Akteure auf die laufende Transformation als zusätzliche Erklärung für deren Erfolg berücksichtigt werden. Vor allem der IMF und die Weltbank hatten nach Inkrafttreten der neuen Verfassung bezüglich Umsetzung von Wirtschaft-Reformen wahrscheinlich einen starken Einfluss (vgl. Encyclopaedia Britannica 2009l; Davis 2005: 49-62; Rossabi 2005: 84; Jeffries 2001: 285, 286, 302-305; World Bank 1994b: 8-12), der sich allgemein positiv auf die Transformation ausgewirkt haben könnte. Dies widerspiegelt sich evtl. auch in der vergleichsweise schnellen Konsolidierung des neuen Systems.

g) Guyana GUY (1992-2004)

Der klare Erfolg der Demokratisierung in Guyana trotz ziemlich schlechten Ausgangsbedingungen wirft die grössten Fragen in dieser Untersuchung auf, da in diesem Fall aufgrund dieser Deutlichkeit kaum mit die Transformation begünstigenden Faktoren argumentiert werden kann. Denn selbst wenn in Rechnung gestellt wird, dass während des Prozesses (u.a. bei der Durchführung der Wahlen) ein gewisser positiver Einfluss durch ausländische Akteure bestand (Encyclopaedia Britannica 2009h; Carter 1993: 12, 14, 18-27), dass die neue Verfassung bereits existierte und „nur“ wieder in Kraft gesetzt werden musste (East 1991: 38673), und dass allenfalls tatsächlich Zufall bzw. strategische Fehler der Gegner einer Demokratisierung mit im Spiel waren, so können die sich aus der Analyse ergebenden Widersprüche doch nicht wirklich befriedigend erklärt werden. Auch der Rückgriff auf andere Conditions (vgl. Kapitel 4.4.2) drängt sich angesichts des Transformationsprozesses nicht auf, (zumal keiner dieser Faktoren nur alleine bei Guyana auftritt).

Für die Erklärung der erfolgreichen Demokratisierung in Guyana muss deshalb wohl auf eine andere Theorie zurückgegriffen werden; insbesondere ist zu überlegen bzw. zu prüfen, ob die Idee des „muddling through“ (Lindblom 1959) hier allenfalls doch bedeutend sein könnte (vgl. Kapitel 2.1.2). Die bekannten Demokratietheorien wie die Modernisierungstheorie oder die kulturalistischen Theorien scheinen auf alle Fälle auch keine befriedigende Antwort auf diese Frage geben zu können (vgl. Boesch 2005: 16-18).

h) Tansania TAZ (1992-2006)

Der zweite widersprüchliche Fall nebst Guyana ist Tansania. Da allerdings hier die Demokratisierung nur knapp erfolgreich verlief, also fast missglückte, fällt eine mögliche Erklärung dieser Abweichung bedeutend einfacher: Wie die Datenerhebung zeigt, existierten während der Transformation in Tansania weder (starke) pro-demokratische Kräfte, noch waren (relevante) Veto-Player aktiv. Diese Konstellation hat es allenfalls ermöglicht, dass dank der Kombination aus ausländischer Unterstützung – spätestens seit dem Anschlag auf ihre Botschaft 1998 durch die USA (vgl. Encyclopaedia Britannica 2009n; Lewis 1998: 42434) –, dem Bestehen einer alten Verfassung, welche im Zuge der Transformation wieder

in Kraft gesetzt wurde (Encyclopaedia Britannica 2009n), und dem Zufall bzw. strategischer Fehler einzelner Akteure die Demokratisierung als Ganzes besser verlief, als dies aufgrund der Ausgangsbedingungen zu erwarten war.

i) Paraguay PAR (1992-2005)

Obwohl bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung Paraguay eine vollentwickelte freie Marktwirtschaft hatte, fiel die Demokratisierung weniger erfolgreich aus, als dies erwartet werden konnte. Diese Differenz lässt sich evtl. dadurch erklären, dass die Wirtschaft-Reformen unmittelbar vor Inkrafttreten der neuen Verfassung erfolgten und sich dadurch in der relativ kurzen Zeit noch kein entsprechend dominanter Mittelstand bilden konnte. Die Ausprägung der Reformsequenz würde gemäss dieser Erklärung aufgrund der zeitlichen Verzögerung somit grösser sein, als deren (indirekte) Wirkung auf den Demokratisierungsprozess (vgl. Tang 2008: u.a. 108-109).

Eine weitere denkbare Erklärung ergibt sich aus dem relativ langen und äusserst turbulenten Prozess im Anschluss an das Inkrafttreten der neuen Verfassung: Wie in anderen Transformationen auch, vgl. insbesondere Argentinien, standen sich auch in Paraguay im Kampf um die weitere Entwicklung zwei starke und aktive Kräfte gegenüber. Zufall oder strategische Fehler könnten deshalb auch hier einen gewissen Einfluss auf das Ergebnis der Demokratisierung ausgeübt haben.

7.2 Beantwortung der Forschungsfrage

Ziel dieser Untersuchung ist es, eine Antwort auf folgende Frage zu finden (vgl. Kapitel 2.2.1):

In welcher Reihenfolge sollten in einer Transformation die Reformen umgesetzt werden, damit die Demokratisierung des betroffenen Staates erfolgreich verläuft?

Aus theoretischer Sicht wurde argumentiert, dass die für eine erfolgreiche Demokratisierung nötige Reformsequenz abhängig davon ist, welche Ausgangsbedingungen bei Inkrafttreten einer neuen Verfassung bestehen (vgl. die Kapitel 4.1.2 und 4.2.2). Es ist demnach – so das Argument – die Kombination aus Ausgangsbedingungen und Reformsequenz, die über Erfolg und Misserfolg einer

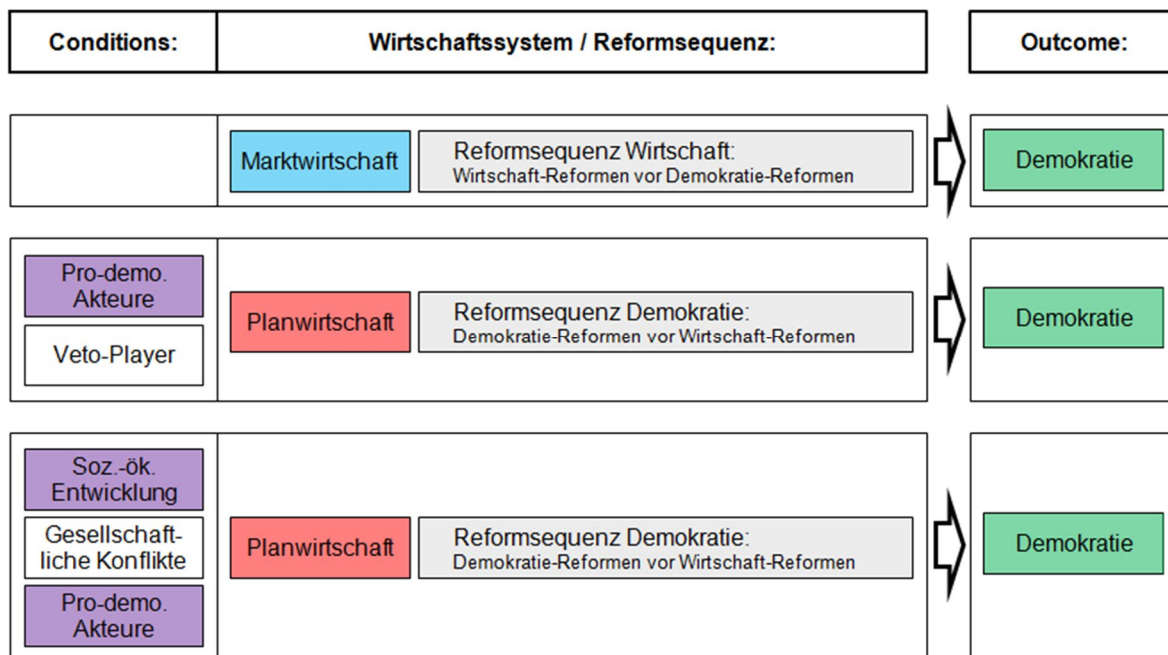
Demokratisierung „entscheiden“. Entsprechend wird erwartet, dass weder die Reformsequenz alleine, noch die Ausgangsbedingungen alleine den Erfolg einer Demokratisierung erklären können.

Mit der vorliegenden empirischen Analyse kann nun gezeigt werden, dass der Erfolg einer Demokratisierung *tatsächlich* von der Kombination aus Ausgangsbedingungen und Reformsequenz abhängig ist. Konkret kann mit einer erfolgreichen Demokratisierung immer dann gerechnet werden (vgl. Abbildung 7-1),

- wenn die Reformen gemäss Reformsequenz Wirtschaft umgesetzt werden und damit vor Inkrafttreten einer neuen Verfassung bereits eine freie Marktwirtschaft besteht,²¹⁵
- oder wenn die Demokratie-Reformen vor den Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden (Reformsequenz Demokratie) und dabei als Ausgangsbedingungen starke pro-demokratische Akteure und keine Veto-Player bestehen,
- bzw. wenn bei der gleichen Reformsequenz als Ausgangsbedingungen eine hohe sozioökonomische Entwicklung, keine gesellschaftlichen Konflikte und starke pro-demokratische Akteure existieren.

²¹⁵ Streng genommen handelt es sich bei dieser Konstellation nicht um eine Kombination aus Ausgangsbedingungen und Reformsequenz, da sich eine freie Marktwirtschaft direkt aus der Umsetzung der Wirtschaft-Reformen im Zuge einer Reformsequenz Wirtschaft ergibt (vgl. Kapitel 4.4.3, Absatz b)).

Abbildung 7-1: Die drei Konstellationen aus Conditions bzw. Ausgangsbedingungen und Reformsequenz, die eine erfolgreiche Demokratisierung ermöglichen²¹⁶



Bei allen übrigen Konstellationen aus Ausgangsbedingungen und Reformsequenz wird hingegen eine Demokratisierung höchstwahrscheinlich nicht erfolgreich verlaufen – insbesondere dann nicht,

- wenn bei geringer sozioökonomischer Entwicklung und Abwesenheit pro-demokratischer Akteure die Demokratie-Reformen vor den Wirtschaft-Reformen durchgeführt werden (Reformsequenz Demokratie),
- oder wenn die gleiche Reformsequenz bei geringer sozioökonomischer Entwicklung und der Existenz starker Veto-Player umgesetzt wird.

Die Forschungsfrage kann somit in diesem Sinne beantwortet werden. Allerdings müssen hierbei drei Vorbehalte bzw. Einschränkungen angebracht werden:

- Das Forschungsmodell und damit die gesamte Untersuchung orientiert sich am Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (vgl. Kapitel 4.2.2). Daraus ergibt sich, dass grundsätzlich nur bei Fällen, die zu diesem Zeitpunkt

²¹⁶ Für eine detailliertere Darstellung vgl. Abbildung 15-1, Abbildung 15-2 und Abbildung 15-3 in Anhang G: Darstellung der drei Konstellationen.

noch keine freie Marktwirtschaft aufweisen, noch eine Wahl besteht, welche der beiden Reformsequenzen umgesetzt werden sollte. Bei allen anderen wurde dies bereits „entschieden“. Gleichzeitig geht aus der Untersuchung nicht hervor, ob und welche hinreichenden und/oder notwendigen Bedingungen bestehen sollten, damit die Wirtschaft-Reformen erfolgreich umgesetzt werden können, sich also eine freie Marktwirtschaft etabliert. Entsprechend kann die vorliegende Analyse keine Antwort darauf liefern, ob in einem bestimmten Land zu einem konkreten Zeitpunkt mit der Umsetzung der Wirtschaft-Reformen begonnen werden sollte oder nicht – dies kann nur in Bezug auf die Demokratie-Reformen gemacht werden.

- Mit dem Forschungsmodell können nicht die gesamten Wirkungszusammenhänge von erfolgreichen Demokratisierungen begründet werden (wohl aber ein grosser Teil davon). Den Erfolg einer Transformation (GUY) kann damit sogar überhaupt nicht erklärt werden.
- Die Antwort auf die Forschungsfrage ist nur auf solche Transformationen generalisierbar, die bezüglich der Kriterien der Fallauswahl die gleichen oder zumindest sehr ähnlichen Ausprägungen aufweisen (vgl. Kapitel 5.1.3). Bei allen anderen Fällen ist eine direkte Übertragung der Analyseergebnisse nur unter Vorbehalt möglich.²¹⁷

Um die Forschungsfrage auch in diesen Punkten beantworten zu können, sind weitere, spezifische Analysen nötig (vgl. Kapitel 7.4).

In der vorliegenden Untersuchung kommen keine Fälle vor, die eine Reformsequenz Wirtschaft aufweisen, also eine freie Marktwirtschaft zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung haben, und deren Demokratisierung scheiterte. Dieser Befund sollte allerdings nicht vorschnell dahingehend interpretiert werden, dass es per se in der Empirie keine solchen Fälle geben könnten. So wurden bei der Fallauswahl all jene – theoretisch denkbaren – Transformationen vom Sample ausgeschlossen, in denen eine Demokratisierung mit Wirtschaft-Reformen begann, diese dann aber noch vor Inkrafttreten einer

²¹⁷ Dies bedeutet zudem auch, dass bei der Frage, ob und welche Reformsequenz umgesetzt werden sollte, nebst den genannten Ausgangsbedingungen auch diese Kriterien mitberücksichtigt werden müssen (vgl. Kapitel 7.3).

neuen Verfassung scheiterte (vgl. Kapitel 5.4.1). Es sollten deshalb weitere Untersuchungen durchgeführt werden, bevor diesbezüglich ein abschliessendes Urteil gefällt wird.

Keines Falls darf den Schluss gezogen werden, dass bei Bestehen einer freien Marktwirtschaft oder einer der beiden anderen Konstellationen es zwingend und quasi „automatisch“ zu einer Demokratisierung kommt, die zudem auch noch immer erfolgreich verläuft. Denn die vorliegende Untersuchung bezieht sich klar auf bereits laufende Transformationen, d.h. die Destabilisierung des Systems und damit der „Startschuss“ für eine Transformation ist bei allen Fällen bereits erfolgt und damit nicht mehr Gegenstand der Untersuchung (vgl. Kapitel 4.3.4). Zudem wurde gemäss Fallauswahl bei allen untersuchten Fällen eine neue Verfassung in Kraft gesetzt. Entsprechend wird keine Aussage dazu gemacht, wie und warum es je nach Fall zur jeweiligen Destabilisierung und zu einem Inkrafttreten einer neuen Verfassung kam. Es wird mit der vorliegenden Untersuchung einzig erklärt, was die Erfolgsbedingungen einer Demokratisierung sind, falls das System bereits destabilisiert ist und in der Folge Demokratie-Reformen in Form eines Inkrafttretens einer neuen Verfassung durchgeführt werden.

Die verwendeten Theorien und das Forschungsmodell werden mit der vorliegenden Untersuchung mehrheitlich bestätigt. Insbesondere scheinen die vier gewählten Conditions für den Erfolg einer Demokratisierung tatsächlich relevant zu sein und deren theoretisch begründeter Einfluss (vgl. Kapitel 4.4.3) zeigt sich in der Empirie.²¹⁸ Einzig bei einer Demokratisierung mittels Reformsequenz Demokratie müssen gemäss empirischer Erkenntnisse als Ausgangsbedingungen nicht alle vier Conditions zusammen gegeben sein, sondern „nur“ eine Kombination aus zwei resp. drei Conditions. Die pro-demokratischen Kräfte scheinen also widerstands- bzw. durchsetzungsfähiger zu sein, als ursprünglich angenommen. Das Modell ist in diesem Sinne leicht anzupassen (vgl. Kapitel 4.5).

Dass zwei verschiedene Kombinationen von Conditions hinreichende Bedingungen für eine erfolgreiche Demokratisierung sind, entkräftet klar all jene

²¹⁸ So ist es wie gesehen auch einzig bei der Condition sozioökonomische Entwicklung (C1) aufgrund gewisser Unsicherheiten allenfalls sinnvoll, noch weitere Fallbeispiele diesbezüglich zu analysieren (vgl. Kapitel 6.2.2).

Aussagen, die den Erfolg einer Demokratisierung ausschliesslich von einzelnen Faktoren abhängig machen (vgl. Tabelle 4-3 in Kapitel 4.4.2). So ist beispielsweise eine hohe sozioökonomische Entwicklung, wie die vorliegende Untersuchung zeigt, keine notwendige Ausgangsbedingung für die Reformsequenz Demokratie (vgl. Nuscheler 2005: 198-203).²¹⁹

Ebenfalls können nun auch all jene Theorien widerlegt werden, gemäss denen eine Demokratisierung einzig mit einer Reformsequenz Wirtschaft resp. einer Reformsequenz Demokratie erfolgreich verlaufen könne (vgl. Tabelle 2-1 in Kapitel 2.1.2). Denn zum einen ist keine der beiden Reformsequenzen eine notwendige Bedingung für den Erfolg einer Demokratisierung und es können grundsätzlich beide Reformsequenzen zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen. Zum anderen – dies betrifft explizit die Reformsequenz Demokratie – müssen hierzu aber auch zwingend gewisse Ausgangsbedingungen gegeben sein; die Reformsequenz alleine kann also den Erfolg einer Demokratisierung nicht erklären. Damit kann – das zeigen u.a. die Transformationen in Argentinien und Brasilien – auch klar der These widersprochen werden, dass angeblich nur Militärregimes bzw. allgemein nur autokratische Systeme Wirtschaft-Reformen erfolgreich durchführen und eine freie Marktwirtschaft implementieren könnten.

7.3 Bedeutung der Resultate für die PoD

Dank der Untersuchung ist es möglich zu beurteilen (mit Einschränkungen), bei welchen Ausgangsbedingungen eine Demokratisierung mit welcher Reformsequenz erfolgreich verlaufen kann und wann sie höchstwahrscheinlich zum Scheitern verurteilt ist. Dieses Wissen kann auch für die Promotion of Democracy (PoD) verwendet werden (vgl. Kapitel 2.2.2):

- Die Analyse-Ergebnisse können helfen zu entscheiden, ob eine laufende Transformation ganz generell unterstützt werden sollte oder nicht, bzw. ob

²¹⁹ Wobei damit natürlich keinesfalls auch gesagt wird, dass zusätzliche gute Ausgangsbedingungen nicht doch einen Vorteil haben könnten, indem dank diesen eine Demokratisierung allenfalls schneller und mit weniger Risiken von statten geht: „First, saying that socioeconomic development is neither necessary nor sufficient for CoD [(consolidation of democracy)] does not exclude the possibility that societal modernization makes CoD [(consolidation of democracy)] easier and faster“ (Schneider 2009: 112).

darauf hingearbeitet werden sollte, eine solche auszulösen oder nicht. Denn nur wenn in einem konkreten Fall eine ideale Ausgangssituation besteht, d.h. $W + C3*c4 + C1*c2*C3$, macht ein solches Engagement Sinn, kann also zu einer erfolgreichen Demokratisierung führen.

- Falls tatsächlich eine ideale Ausgangssituation vorhanden ist, kann des weitem beurteilt werden, gemäss welcher Reformsequenz sinnvollerweise die Reformen umgesetzt werden sollten: Bei Vorliegen einer freien Marktwirtschaft (W) erfolgen diese selbstverständlich gemäss Reformsequenz Wirtschaft, in den beiden anderen Situationen ($C3*c4 + C1*c2*C3$) gemäss der Reformsequenz Demokratie.²²⁰
- Falls hingegen keine der drei idealen Ausgangssituationen bestehen sollte, dann zeigen die Analyse-Ergebnisse wiederum, in welchen Bereichen (mindestens) weitere Fortschritte nötig sind, bevor an eine erfolgreiche Demokratisierung gedacht werden kann (vgl. Collier 2007: 175-192). Konkret müssten Wirtschaft-Reformen in Angriff genommen werden (um „W“ zu erreichen), pro-demokratische Akteure gebildet, gestärkt und unterstützt werden (für „C3“), Veto-Player in ihrer Aktivität und Macht eingeschränkt werden (für „c4“), die sozioökonomische Entwicklung forciert werden (für „C1“) und/oder gesellschaftliche Konflikte – falls möglich – entschärft werden (für „c2“).²²¹

Die Transformation von Togo ($c1*C2*C3*C4*w$) zeigt z.B., dass idealerweise, resp. wenn die Möglichkeiten bestanden hätten, zuerst die sozioökonomische Entwicklung vorangetrieben und die gesellschaftlichen Konflikte gelöst, die Veto-Player stark eingeschränkt oder aber die Wirtschaft-Reformen umgesetzt hätten werden sollen, bevor mit der Umsetzung der Demokratie-Reformen begonnen wurde.

²²⁰ Diese Entscheidung ist allerdings insofern trivial, als je nach dem, ob eine freie Marktwirtschaft besteht oder nicht, diese bereits vorgegeben ist. Es kann aber auch argumentiert werden, dass im Zweifelsfall besser immer die Reformsequenz Wirtschaft umgesetzt werden sollte.

²²¹ Es kann hier keine Aussage dazu gemacht werden, welche Bereiche in einem konkreten Fall tatsächlich angegangen werden sollten, z.B. ob bei der Kombination $c1*c2*C3*C4*w$ besser c1, C4 oder w zu verändern versucht werden sollte (vgl. Carothers 2002: 18-19; siehe dazu auch The Economist 2004). Auch bezüglich der konkreten Umsetzung kann vorliegende Studie keine Anhaltspunkte liefern.

Allgemein soll an dieser Stelle nicht auf die Diskussion eingegangen werden, ob eher die „hoffnungsvollen“ oder eher die „hoffnungslosen“ Ländern unterstützt werden sollten (vgl. Carothers 2002: 18-19; siehe dazu auch The Economist 2004).

- Bei diesen Entscheidungen sind jeweils auch die Kriterien der Fallauswahl mitzuberoücksichtigen, denn wie gesehen beziehen sich die Analyse-Ergebnisse primär auf eine klar definierte Gruppe von Transformationen. Sind entsprechend gewisse dieser Kriterien in einem konkreten Fall nicht gegeben, so ist es allenfalls nötig, vorgängig – wenn möglich – auch diesbezüglich Veränderungen herbeizuföhren. Insbesondere bei solchen Merkmalen, die klar einen negativen Einfluss auf eine Demokratisierung haben, wie z.B. die Abwesenheit eines staatlichen Gewaltmonopols in grossen Teilen des Territoriums oder das Fehlen grundlegender Verwaltungsstrukturen, sollten Verbesserungen angestrebt werden.²²²

Bei Kriterien, deren Wirkung auf eine Transformation nicht per se klar ist (beispielsweise bei umfassender Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten), oder die kaum bzw. gar nicht beeinflusst werden können (wie z.B. der Anteil der gesamten Bergbauproduktion am Total des BIP), sollte zumindest das Bewusstsein vorhanden sein, dass in solchen Fällen eine andere Ausgangssituation besteht und entsprechend bekannte Mechanismen und Zusammenhänge nicht mehr zwingend und in diesem Ausmass gelten müssen.

- Schlussendlich können die Analyse-Ergebnisse auch davon abhalten, dass bei Transformationen falsche Hoffnungen über deren Ausgang gehegt werden. Ist die Ausgangssituation wie gesehen für eine erfolgreiche Demokratisierung nicht ideal, ist zu akzeptieren, dass höchstwahrscheinlich die Institutionalisierung und Konsolidierung eines demokratischen Systems (vorerst) nicht (vollständig) gelingen wird (Merkel und Puhle 1999: 107, 111).

Unbeantwortet bleibt in diesem Zusammenhang die Frage, welche Akteure mit welchen Mitteln und welcher Strategie welche Veränderungen herbeiföhren sollten. Dies gilt insbesondere für alle externen Akteure. Vorliegende Untersuchung kann wie gesehen also primär die möglichen Ziele eines PoD-Engagements aufzeigen, aber nur sehr wenig zu deren Erreichen aussagen. Hierzu sind weitere Abklärungen nötig.

²²² „Dort, wo die Voraussetzungen für Demokratie und Marktwirtschaft noch nicht gegeben sind, kann gute Reformpolitik auch in der schrittweisen Schaffung solcher Voraussetzungen bestehen“ (Bertelsmann Stiftung 2008: 21).

7.4 Ausblick

Mit vorliegender Analyse konnte gezeigt werden, was die Gründe für den Erfolg oder Misserfolg der Demokratisierung in den untersuchten Fällen sind (vgl. Kapitel 7.1), es konnte damit die eingangs gestellte Forschungsfrage beantwortet und dabei die Theorie und das Forschungsmodell bestätigt²²³ werden (vgl. Kapitel 7.2), und es wurde möglich, entsprechende Empfehlungen bezüglich der PoD abzugeben (vgl. Kapitel 7.3). Allerdings mussten diese Erklärungen und Interpretationen an verschiedenen Stellen eingeschränkt werden und es ergaben sich neue Fragen. Es besteht deshalb ein Bedarf nach vertieften resp. zusätzlichen Abklärungen. Im Folgenden sollen die nicht beantworteten Fragen und die neu aufgetauchten Fragen zusammengefasst und damit der in diesem Gebiet (u.a.) noch bestehende Forschungsbedarf aufgezeigt werden.

a) Nicht beantwortete Fragen

- Aufgrund der Fallauswahl können die Analyse-Ergebnisse und deren Interpretation nicht auf alle Transformationen (direkt) übertragen werden. Die Tabelle 5-24 in Kapitel 5.4.2 zeigt diejenigen 6 Kriterien der Fallauswahl, die am häufigsten nicht erfüllt wurden. Es stellt sich deshalb insbesondere die Frage, welche Auswirkungen das Bestehen ausländischen Einflusses (betrifft die Kriterien Nr. 2, Nr.7 und Nr. 8), vergangene oder laufende Bürgerkriege (die Kriterien Nr. 2 und Nr. 11), eine hohe Rohstoffabhängigkeit (Kriterium Nr. 9) und die Umsetzung des Reformschritts Demokratie „in Raten“ (Kriterium Nr. 3)²²⁴ auf die Zusammensetzung der hinreichenden Bedingungen bzw. der Condition-Kombinationen je Reformsequenz haben.
- Im Zusammenhang mit Transformationen, in denen zuerst Wirtschafts-Reformen durchgeführt wurden, sind verschiedene Fragen offen: Allgemein sollte nochmals intensiv geprüft werden, ob tatsächlich keine Fälle gefunden werden können, bei denen die Demokratisierung scheiterte. Ebenso sind spezifisch solche Fälle zu analysieren, bei denen nur die Wirtschafts-Reformen durchgeführt wurden und es anschliessend nicht zu einer Umsetzung der

²²³ Bzw. Theorie und Forschungsmodell wurden nicht falsifiziert.

²²⁴ Mit Berücksichtigung von Fällen, in denen der Reformschritt Demokratie „in Raten“ umgesetzt wird und nicht in Form einer Inkraftsetzung einer neuen Verfassung, wird es auch möglich, die Reformsequenz parallel (wieder) ins Modell aufzunehmen (vgl. Kapitel 4.2.2).

Demokratie-Reformen kam (sei dies durch Inkrafttreten einer neuen Verfassung oder in einer anderen Form). Von besonderem Interesse dürften auch solche Transformationen mit der Reformsequenz Wirtschaft sein, die ähnlich zu Ghana keine oder nur eine gute Ausgangsbedingung aufweisen.

- Auch zu den hinreichenden und/oder notwendigen Bedingungen für die erfolgreiche Implementierung von Wirtschaft-Reformen im Rahmen einer Reformsequenz Wirtschaft kann zurzeit keine Aussage gemacht werden. Implizit wird angenommen, dass dies – vielleicht abgesehen von den Kriterien der Fallauswahl – immer möglich ist. Dies ist aber keinesfalls empirisch belegt.
- Die Bedeutung der Condition C1 „sozioökonomische Entwicklung“ für den Erfolg einer Demokratisierung ist noch nicht restlos geklärt. In diesem Zusammenhang wäre allgemein interessant zu wissen, ob es weitere erfolgreiche Demokratisierungen gibt, die durch die Condition-Kombination $C1 \cdot C2 \cdot C3$ erklärt werden können; von den untersuchten Fällen ist dies nur bei Argentinien der Fall.
- Die Auswertung nach dem Outcome y (autokratisches System) hat eine relativ tiefe Consistency. Obwohl die Ergebnisse dieser Auswertung nur bis zu einem gewissen Grad für die Interpretation der Auswertung nach dem Outcome Y (demokratisches System) verwendet werden können, sollte trotzdem nach präziseren bzw. konsistenteren Ergebnissen gesucht werden.^{225 226}

b) Neu aufgetauchte Fragen

- In der Untersuchung wurden Transformationen, bei denen „nur“ eine bereits bestehende Verfassung wieder in Kraft gesetzt wurde, nicht von solchen unterschieden, bei denen eine neue Verfassung implementiert werden musste. Die Diskussion der Fälle Argentinien und Tansania hat nun aber gezeigt, dass diese Unterscheidung allenfalls doch relevant ist im Hinblick auf den Erfolg einer Demokratisierung (vgl. Kapitel 7.1.2). Wirkt sich also die Wiederinkraftsetzung einer Verfassung spürbar begünstigend auf eine Transformation aus?

²²⁵ Bei einer solchen Auswertung müsste die Definition des Outcomes höchstwahrscheinlich angepasst werden, denn in der vorliegenden Untersuchung wird unter autokratischen Systemen auch der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols verstanden (vgl. Kapitel 5.2.2).

²²⁶ Von diesen Ergebnissen könnte dann auch abgeleitet werden, ob und wie allenfalls externe Akteure eine solche negative Entwicklung bei einer Demokratisierung verhindern können.

- Bei der Interpretation der Fälle Argentinien, Tansania und Paraguay wurde die Frage aufgeworfen, ob Zufälle bzw. strategische Fehler beteiligter Akteure während des Transformationsprozesses allenfalls mitberücksichtigt werden müssten (vgl. Kapitel 7.1.2): Haben also diese einen relevanten Einfluss auf den Ausgang einer Demokratisierung?²²⁷
- Wie gesehen stellt sich diese Frage bei den Fällen Madagaskar, Mali, Mongolei und Tansania auch in Bezug auf einen möglichen Einfluss des Auslandes. Dieser ergibt sich erst während des Transformationsprozesses, also nach dem Zeitpunkt t1 und damit nach der Messung der Conditions (vgl. Kapitel 7.1.2).²²⁸
- Im Zusammenhang mit der Interpretation des Falls Paraguay blieb unklar, ob sich der positive Effekt der Wirtschaft-Reformen, d.h. die Bildung eines Mittelstands, zeitlich erst relativ spät nach der Umsetzung derselben einstellt (vgl. Kapitel 7.1.2). Je nach dem müssten solche Zeiteffekte zukünftig in Untersuchungen mitberücksichtigt werden; allenfalls ist dies evtl. auch bei der sozioökonomischen Entwicklung und der damit zusammenhängenden Entstehung eines Bildungsbürgertums der Fall.
- Für die erfolgreiche Demokratisierung von Guayana muss noch eine überzeugende Erklärung gefunden werden, da es sich hier um einen widersprüchlichen Fall handelt, der nicht durch die Lösungsformel abgedeckt ist (vgl. Kapitel 7.1.2) – es sind alternative Theorien zu prüfen.
- Die Anmerkungen zur PoD zeigen, dass zwar Klarheit darüber besteht, welche Änderungen bzw. Verbesserungen bezüglich der Ausgangsbedingungen (und Kriterien der Fallauswahl) mit Blick auf eine erfolgreiche Demokratisierung sinnvoll wären. Es kann aber – zumindest auf der Basis der vorliegenden Studie – nicht gesagt werden, welche Akteure mit welcher Strategie und auf welche Weise diese Änderungen idealerweise herbeiführen sollten. Dies gilt es insbesondere für externe Akteure zu klären.

²²⁷ Vgl. hierzu auch die beiden potentiellen Conditions „Akteursverhalten“ und „Qualität der Reformen“ in Kapitel 4.4.2 bzw. in Tabelle 10-1ff. in Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions.

²²⁸ Hierbei sind unter „Ausland“ nicht nur ausländische Regierungen zu verstehen, sondern auch internationale Organisationen wie der IMF und die Weltbank sowie NGOs (vgl. hierzu auch Kapitel 4.4.2 bzw. Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions, insbesondere die potentielle Condition „internationales Umfeld“).

Wie aus obiger Zusammenstellung ersichtlich ist, besteht trotz bzw. gerade wegen der Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit rund um die Frage nach der idealen Reformsequenz für eine erfolgreiche Demokratisierung weiterhin ein grosser Forschungsbedarf.

8 Zusammenfassung

a) Forschungsfrage

Transformationen von Staaten, also der Wandel und Wechsel der Institutionen eines Gesellschaftssystems, bringen grosse innergesellschaftliche Veränderungen mit sich. Gleichzeitig führen sie auch zu einer mehr oder weniger tiefgreifenden Neubewertung der zwischenstaatlichen bzw. internationalen Beziehungen. Entsprechend gross ist der Kreis der von einer Transformation direkt oder indirekt betroffenen Akteure. Aufgrund ihrer Betroffenheit haben diese grundsätzlich das Bedürfnis, solche Transformationsprozesse in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. zu steuern.

Besonders radikal fallen die genannten Änderungen für die Betroffenen bei Demokratisierungen aus, da hier ein autokratisches Gesellschaftssystem komplett durch ein demokratisches System ersetzt wird, was sich in allen Belangen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Privatleben widerspiegelt. Es ist aber nicht nur diese Quantität an Änderungen, die eine Demokratisierung zu einer besonders bedeutenden Form einer Transformation macht, sondern auch deren normative Qualität: Nur in einem demokratischen Gesellschaftssystem können sich die Menschen grösstmöglich frei und selbstbestimmend entfalten. Aus liberaler Sicht besteht deshalb ein grosses Interesse, dass Demokratisierungen erfolgreich verlaufen und dass entsprechend Einfluss darauf genommen werden kann.

Eine zielgerichtete, effektive Einflussnahme auf Transformationsprozesse verlangt umfassendes Wissen über deren Start, Verlauf und Ausgang. Aus bisheriger Forschung und Theoriebildung konnten diesbezüglich bereits sehr viele Erkenntnisse gewonnen werden. Trotzdem bleiben verschiedene Aspekte, gerade im Bereich der Einflussnahme auf Demokratisierungen, noch unerklärt. So ist auch die Frage, ob für eine erfolgreiche Demokratisierung die Wirtschaft-Reformen idealerweise vor oder nach den Reformen am politischen System (Demokratie-Reformen) umgesetzt werden sollten, noch unbeantwortet.

Der Klärung dieser Frage wird in der vorliegenden Arbeit nachgegangen.

b) Forschungsmodell

In den Demokratisierungstheorien sind grob vier Ansätze zu finden, die eine (theoretische) Erklärung zu diesem Fragekomplex liefern:

- 1) Da die Entstehung einer freien Marktwirtschaft gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringt, die vorteilhaft für die Entwicklung einer Demokratie sind, bzw. weil eine freie Marktwirtschaft nur durch die starke Hand eines Autokraten überhaupt erst implementiert werden kann, müssen für eine erfolgreiche Demokratisierung die Wirtschaft-Reformen zwingend vor der Umsetzung der Reformen am politischen System erfolgen.
- 2) Die für die Umsetzung der Wirtschaft-Reformen nötige Legitimation kann nur vom politischen System selbst kommen; somit müssen konsequenterweise die Demokratie-Reformen vorgängig erfolgt sein.
- 3) Da sich die Reformen am politischen System und die Wirtschaft-Reformen gegenseitig bedingen und begünstigen, ist deren Umsetzung nur gemeinsam bzw. parallel möglich.
- 4) Bei Demokratisierungen handelt es sich um äusserst komplexe Prozesse, die kaum von den beteiligten Akteuren in irgendeiner Form gesteuert werden können. Entsprechend stellt sich die Frage nach der idealen Abfolge der Reformen überhaupt nicht; der Erfolg einer Demokratisierung ist von anderen Faktoren abhängig.

Verschiedene empirische Beispiele zeigen, dass genannte Theorieansätze jeweils nur gewisse Fälle bzw. Transformationen erklären können und bei anderen teilweise klar den empirischen Gegebenheiten widersprechen. Für die Beantwortung der gestellten Forschungsfrage muss deshalb eine alternative Theorie entwickelt werden.

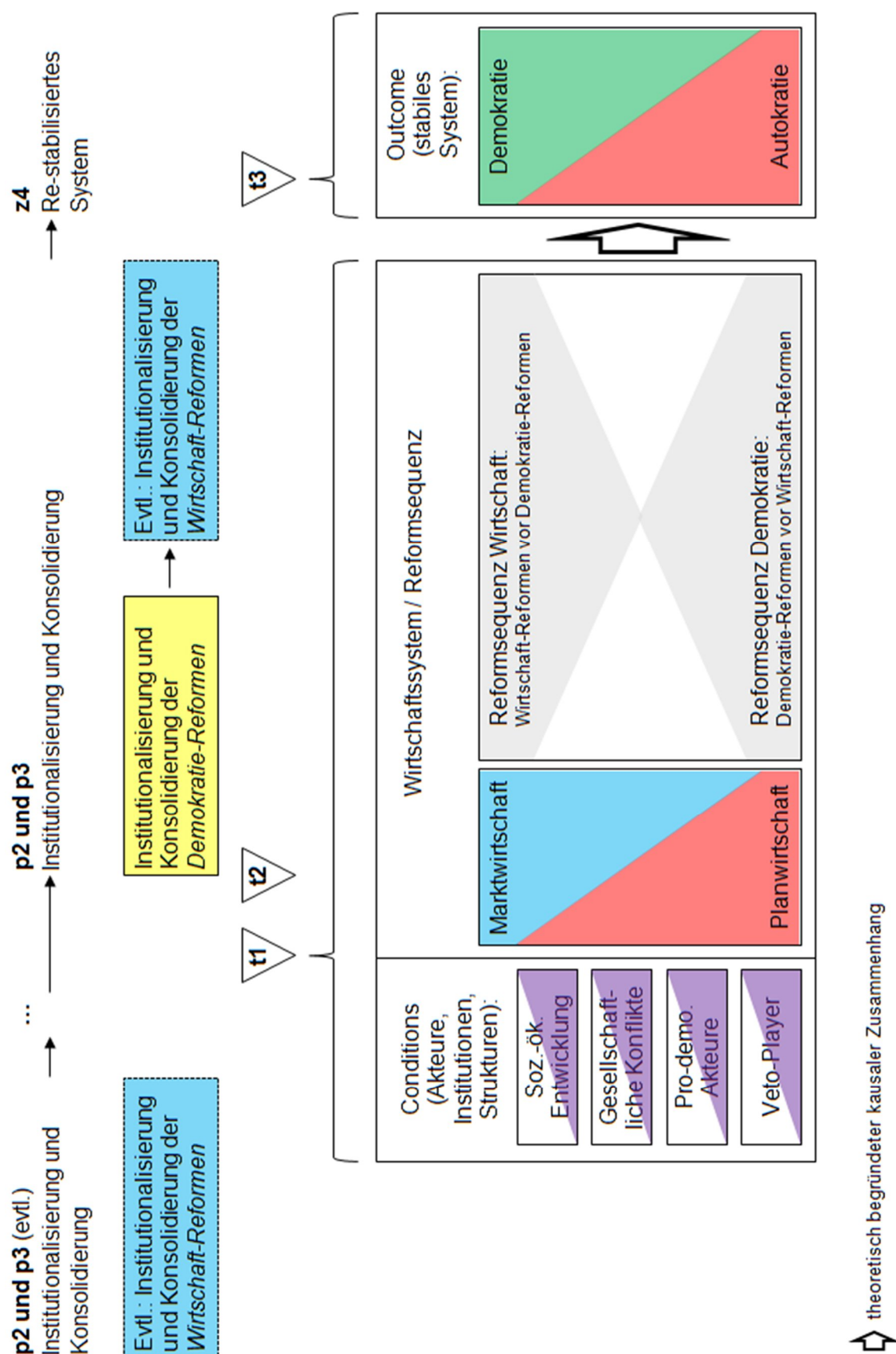
Aufbauend auf einer allgemeinen Theorie über Demokratisierungen (bzw. Transformationen) und in Abstimmung mit Erkenntnissen aus der Empirie wird die folgende theoretische Erklärung für die offene Frage hergeleitet: Der Erfolg einer Demokratisierung ist davon abhängig, in welcher Reihenfolge die Reformen umgesetzt werden und welche Ausgangsbedingungen dabei bestehen. Entscheidend für eine erfolgreiche Demokratisierung ist also gemäss dieser Theorie die Kombination aus Ausgangsbedingungen (Conditions) und Reformsequenz.

Konkret wird vermutet, dass zum einen eine Demokratisierung erfolgreich verlaufen kann, falls als Ausgangsbedingungen eine hohe sozioökonomische Entwicklung, keine gesellschaftliche Konflikte, starke pro-demokratische Akteure und keine Veto-Player bestehen und die Demokratie-Reformen vor den Wirtschaft-Reformen umgesetzt werden. Ebenfalls eine erfolgreiche Demokratisierung wird zum anderen dann erwartet, wenn vor den Reformen am politischen System bereits eine freie Marktwirtschaft besteht, die Wirtschaft-Reformen also vor den Demokratie-Reformen umgesetzt wurden.²²⁹

Das Forschungsmodell lässt sich somit wie folgt darstellen:

²²⁹ Vgl. hierzu auch Fussnote 215.

Abbildung 8-1: Das Forschungsmodell



c) Untersuchungsdesign und Analyse

Aus dem Forschungsmodell lassen sich fünf zu testende Hypothesen ableiten:

- 1) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie, w), kann eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn eine *hohe sozioökonomische Entwicklung* (C1) besteht.
- 2) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie, w), kann eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn *keine gesellschaftlichen Konflikte* (c2) bestehen.
- 3) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie, w), kann eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn *pro-demokratische Akteure* (C3) bestehen.
- 4) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung (noch) keine freie Marktwirtschaft besteht (Reformsequenz Demokratie, w), kann eine Demokratisierung nur erfolgreich verlaufen, wenn *keine Veto-Player* (c4) bestehen.
- 5) Falls zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer neuen Verfassung bereits eine *freie Marktwirtschaft* besteht (Reformsequenz Wirtschaft, W), kann eine Demokratisierung erfolgreich verlaufen unabhängig davon, welche Ausprägungen die einzelnen Conditions aufweisen.

Mittels einer Querschnittsanalyse werden das Forschungsmodell bzw. die fünf Hypothesen auf ihre „empirische Gültigkeit“ hin überprüft. Hierbei werden verschiedene Transformationen bezüglich des Zusammenhangs zwischen Ausgangsbedingungen, Reformsequenz und Ausgang einer Demokratisierung miteinander verglichen. Dieser Vergleich soll zeigen, ob und welche Ausgangsbedingungen für einen Erfolg einer Demokratisierung notwendig und/oder hinreichend sind und ob sich diese je nach Reformsequenz unterscheiden. Für die Datenauswertung kommt die Methode fsQCA (fuzzy-set Qualitative Comparative

Analysis) zur Anwendung.²³⁰ Diese Methode ist besonders geeignet, komplexe Kausalbeziehungen zu analysieren, wobei die Fälle systematisch auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Ausprägungen untersucht werden, was das Ziehen genereller Schlüsse zulässt.

Die Untersuchungseinheit der Analyse, also die Fälle, sind abgeschlossene Transformationsprozesse. Aus dieser Grundgesamtheit erfolgt die Auswahl der zu untersuchenden Fälle aufgrund verschiedener Kriterien. Zum einen ergeben sich diese Kriterien aus dem Forschungsmodell bzw. der Untersuchungsanordnung. Zum anderen werden solche Faktoren zusätzlich als Kriterien der Fallauswahl bestimmt, mit denen auf intervenierende Einflüsse („Störfaktoren“) kontrolliert werden kann. Gesamthaft werden so 18 Fälle ausgewählt. Aufgrund der relativ hohen Anzahl Auswahlkriterien wird die Generalisierbarkeit der Analyse-Ergebnisse leider etwas eingeschränkt.

d) Interpretation der Analyse-Ergebnisse

Die Datenauswertung mit fsQCA zeigt das folgende Resultat (Lösungsformel):

$$\left. \begin{array}{l} W \\ + \\ C3 * C4 \\ + \\ C1 * C2 * C3 \end{array} \right\} \rightarrow Y$$

Eine erfolgreiche Demokratisierung ist demnach dann zu erwarten, wenn eine der drei folgenden Konstellationen gegeben ist:

- Bei Beginn der Demokratie-Reformen besteht bereits eine freie Marktwirtschaft (W), wurden also die Wirtschaft-Reformen bereits vorgängig umgesetzt. Dank dieser Reformen konnte sich ein starker Mittelsstand entwickeln, der nun auch politische und gesellschaftliche Freiheiten verlangt und entsprechend eine Demokratisierung jederzeit – und erfolgreich – unterstützt bzw. vorantreibt. Auch ist nun die Gefahr gebannt, dass allfällige „Reformverlierer“ der

²³⁰ Die Datenerhebung erfolgt mittels Dokumentanalysen verschiedener Quellen und der Auswertung bestehender Daten (Sekundäranalyse).

Wirtschaft-Reformen sich gegen eine Demokratisierung zur Wehr setzen.

- Starke pro-demokratische Akteure (C3) und das Fehlen von Veto-Playern (c4) stellen eine gute Voraussetzung für eine Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie dar. Die Machtverhältnisse und Interessen sind in dieser Situation klar und eindeutig zu Gunsten einer erfolgreichen Demokratisierung; die pro-demokratischen Akteure können so den weiteren Verlauf entscheidend beeinflussen und kontrollieren, ohne dabei auf bedeutenden Widerstand zu stossen.
- Solche klaren Machtverhältnisse sind ebenfalls gegeben, wenn nebst starken pro-demokratischen Akteuren (C3) auch eine hohe sozioökonomische Entwicklung (C1) besteht und keine gesellschaftlichen Konflikte (c2) vorkommen. Ersteres weist darauf hin, dass sich ein Bildungsbürgertum im betroffenen Land etablieren konnte, für das individuelle Freiheit und Selbstbestimmung wichtige Werte sind; entsprechend wird auch eine Demokratisierung unterstützt. Die Abwesenheit von Konflikten in der Gesellschaft hilft wiederum, dass es im Zuge der Reformen nicht zu eskalierenden Verteilungskämpfen um Macht zwischen einzelnen Gesellschaftsgruppen kommt, bzw. dass allfällige Veto-Player eine solche Ausgangslage nicht für ihre Zwecke instrumentalisieren können. Ohne die Gefahr einer Konflikteskalation und mit der Unterstützung des Bildungsbürgertums ist es den pro-demokratischen Akteuren also möglich, den Demokratisierungsprozess in ihrem Sinne zu steuern. Entsprechend kann auch in dieser Situation eine Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie erfolgreich umgesetzt werden.

Die Datenauswertung zeigt desweiteren, dass zwei Konstellationen bestehen, die besonders ungünstig für eine Demokratisierung sind, bei denen also kaum mit dem Erfolg einer Demokratisierung gerechnet werden kann. Zum einen ist diese eine geringe sozioökonomische Entwicklung (c1), also das Fehlen eines Bildungsbürgertums, bei gleichzeitiger Abwesenheit pro-demokratischer Akteure (c3), zum anderen eine geringe sozioökonomische Entwicklung (c1) in Kombination mit starken Veto-Player (C4). In beiden Situationen sind die Machtverhältnisse eindeutig zu Ungunsten pro-demokratischer Kräfte, weshalb hier eine Demokratisierung mit der Reformsequenz Demokratie in der überwiegenden Zahl der Fälle zum Scheitern verurteilt ist.

e) Beantwortung der Forschungsfrage

Die Datenauswertung bestätigt weitestgehend die theoretischen Annahmen und das darauf basierende Forschungsmodell. Entsprechend kann die eingangs gestellt Forschungsfrage nach der idealen Reihenfolge der Reformen nun wie folgt beantwortet werden:

Eine Demokratisierung kann grundsätzlich mit beiden Reformsequenzen erfolgreich verlaufen; die Wirtschaft-Reformen können sowohl vor als auch nach den Demokratie-Reformen umgesetzt werden. Es gibt also keine Reformreihenfolge, die generell besser geeignet wäre als die andere. Mitentscheidend für den Erfolg einer Demokratisierung ist demnach vielmehr, welche Ausgangsbedingungen dabei bestehen. Denn nur bei bestimmten Kombinationen dieser Ausgangsbedingungen, können auch die jeweiligen Reformsequenzen erfolgreich verlaufen (vgl. Absatz d)). Welche Reformsequenz in Bezug auf den Erfolg einer Demokratisierung also besser geeignet ist, ergibt sich alleine aus den bestehenden Ausgangsbedingungen. Oder anders gesagt: Der Erfolg einer Demokratisierung ist abhängig von den bestehenden Ausgangsbedingungen in Kombination mit der Reformsequenz.

Aufgrund der relativ begrenzten Fallauswahl sind verschiedene Teilaspekte der Forschungsfrage noch unbeantwortet bzw. lassen sich die Ergebnisse dieser Analyse nicht ohne Einschränkungen auf alle Transformationen übertragen. Zudem haben sich zusätzlich verschiedene Fragen im Verlauf der Untersuchung, insbesondere bei der (fallspezifischen) Interpretation der Analyse-Ergebnisse, ergeben. In diesem Sinne ist obige Beantwortung der Forschungsfrage einzuschränken bzw. ihren Geltungsanspruch zu relativieren. Es zeigt sich damit auch das grosse Potential für weitere Forschungen auf diesem Gebiet.

Die in dieser Untersuchung gewonnen Erkenntnisse können auch für die Promotion of Democracy (PoD) verwendet werden. So lässt sich in einem konkreten Fall aufgrund der bestehenden Ausgangssituation beurteilen, ob und welche Reformsequenz für eine erfolgreiche Demokratisierung geeignet(er) ist. Ebenfalls ist es dank vorliegender Analyse möglich aufzuzeigen, in welchen Bereichen bei einer Autokratie die grössten Hindernisse für eine erfolgreiche Demokratisierung liegen und die idealerweise entsprechend beseitigt oder kompensiert werden sollten.

V. Anhang

9 Anhang A: Detaillierte Übersicht über die Institutionen-Wahl

Tabelle 9-1: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 1

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Herrschaftszugang: 1) freies und faires Wahlsystem mit einem allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrecht	Merkel (1999: 31): Freie und faire Wahlen, aktives und passives Wahlrecht (vgl. Merkel et al. 2003: 80).	Da es hier nur um die (staatlichen) Institutionen geht, spielt die de facto-Umsetzung keine Rolle (vgl. Merkel et al. 2003: 80), dies wird erst im Rahmen der Konsolidierungsphase berücksichtigt.
	Merkel (2004: 38): Electoral Regime: „regular, free, general, equal and fair elections“; allgemeines aktives und passives Wahlrecht, freie und faire Wahlen und „elected representatives“, „political rights“ (vgl. Merkel und Puhle 1999: 105-106; Bertelsmann Stiftung 2008: 80).	Da hier die „political rights“ als „right to vote“, also als das aktive und passive Wahlrecht, verstanden wird (Merkel 2004: 38), ist keine Abgrenzung gegenüber den politischen Rechten des Herrschaftsanspruchs notwendig.
	Berg-Schlosser (2004c: 60): „political equality“, also „equal opportunity in the electoral system“.	Sofern diese politische Gleichheit über das aktive und passive Wahlrecht hinausgeht, ist dies Gegenstand des Herrschaftsanspruchs.
	Rüb (1996: 47, 116): Wahlgesetz, Parteiengesetz (vgl. Merkel 1999: 122).	Die Parteiengesetze werden als sekundär angeschaut, da sie nicht zwingend sind für ein Wahlsystem und die Parteien als Akteure manchmal auch erst in der Konsolidierungsphase entstehen.
	Lipset (1994: 7): „workable democratic electoral [...] system“.	
	Offe (1994: 73): „Election“ und demokratische Partizipationsrechte.	
	Dahl (1989: 221): Freie Wahlen und gewählte Vertreter, aktives und passives Wahlrecht.	
	Haller und Kölz (1999):** aktives Wahlrecht (S. 317), passives Wahlrecht (S. 318), Stimmrecht (S. 318).	Das Stimmrecht wird nicht weiter berücksichtigt, da dies in den meisten realen Demokratien nicht oder nur marginalisiert vorkommt - obwohl es wichtiger Bestandteil der politischen Partizipation der Bürger ist.

255

Tabelle 9-3: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 3

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Herrschaftsanspruch:	Merkel (1999: 26, 26-27): Begrenzung der politischen Herrschaft gegenüber den anderen Subsystemen der Gesellschaft, in dem Freiheitsrechte definiert werden und staatliche Akteure sich aus diesen Sphären zurückziehen.	
1) Grundlegende Menschenrechte	Merkel (1999: 31): Assoziations- und Koalitionsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, Existenz alternativer/pluralistischer Informationsquellen (Informationsfreiheit), Recht der politischen Eliten auf Konkurrenz um Wählerstimmen und Unterstützung (vgl. Merkel et al. 2003: 84, hier zusätzlich Pressefreiheit und Freiheit der politischen Parteien; vgl. Carothers 2002: 19; Toonen 1993: 152).	Die Existenz von Informationsquellen wird nicht durch die Institutionen garantiert, wohl aber Rahmenbedingungen, die solche ermöglichen. Die tatsächliche Existenz von Informationsquellen erfordert nicht-staatliches Handeln/nicht-staatliche Akteure.
2) Politische Rechte (ausgenommen Wahlrechte)	Merkel (2004: 38): „political rights“, „[to] make the public arena an independent political sphere of action“, also eine Öffentlichkeit mit einer Zivilgesellschaft (Merkel 2004: 39). „The institutional core of political rights is the right to political communication and organization, which are vital parts of a complete democratic regime“ (Merkel 2004: 38), d.h. „freedom of speech and opinion“ und „the right to association, demonstration and petition“, was Verbände, Vereine und Parteien miteinschließt, sowie freier Informationsfluss und private Medien (Merkel 2004: 39; vgl. 42, 122).	
3) Freiheitsrechte der Subsysteme (ausgenommen politisches System, System Öffentlichkeit und Wirtschaftssystem)	Merkel (2004: 39): „civil rights“, also „basic constitutional rights“. „These rights protect the individual against the state executive and against acts of the elected legislator that infringe on an individual's freedom“ (Merkel 2004: 39). „[L]egal protection of life, freedom and property [...] as well as protection against illegitimate arrest, exile, terror, torture or unjustifiable intervention into personal life, both on behalf of the state and on behalf of private or anti-establishment forces and individual actors“ (Merkel 2004: 40, vgl. 42). Merkel et al. (2003: 87): individuelle Schutzrechte (Leben, Freiheit, Eigentum). Merkel und Puhle (1999: 105-106): die klassischen Menschenrechte.	Die Eigentumsrechte sind Teil des Herrschaftskriteriums Wirtschaftssystem. Die Eigentumsrechte sind Teil des Herrschaftskriteriums Wirtschaftssystem.
	Bertelsmann Stiftung (2008: 80): Unabhängige politische und zivilgesellschaftliche Gruppen können sich bilden und versammeln; freie Meinungsäußerung.	

Tabelle 9-4: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 4

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Herrschaftsanspruch: 1) Grundlegende Menschenrechte 2) Politische Rechte (ausgenommen Wahlrechte) 3) Freiheitsrechte der Subsysteme (ausgenommen politisches System, System Öffentlichkeit und Wirtschaftssystem)	Merkel und Puhle (1999: 105-106, vgl. 118-119): „gleiches Bürgerrecht mit hoher Einschlussrate“ und Bürgerrechte „einschliesslich Assoziationsfreiheit und Garantie für freie Information“. Bertelsmann Stiftung (2006b : 75): Minderheitenschutz.	Das Ausmass des gleichen Bürgerrechts widerspiegelt sich jeweils in den einzelnen Rechten, d.h. im Personenkreis, der sich auf das jeweilige Recht berufen kann. Somit muss das gleiche Bürgerrecht im Folgenden nicht noch separat aufgeführt werden. Minderheitenschutz ist nicht zwingend nur spezifisch ein Element des Herrschaftsanspruchs, sondern ist auch bezüglich Herrschaftszugang und Herrschaftsweise relevant. Minderheitenschutz kann aber als Element von „das gleiche Bürgerrecht“ (Merkel und Puhle 1999: 105-106) verstanden werden und deshalb dem Herrschaftsanspruch zugeordnet werden.
(Fortsetzung 1)	Berg-Schlosser (2004c: 60): „limited state power“.	Davon ausgenommen sind die Bereiche, die zum allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrecht gehören (Teil von Herrschaftszugang).
	Berg-Schlosser (2004c: 60): „political equality“, also „equal opportunity in the electoral system“.	Damit sind nur die formellen Gesetze/Institutionen gemeint; die Garantie ihrer konkreten Durchsetzung ist, sofern es die Akteure des politischen Systems betrifft, Teil der Herrschaftsweise.
	Rüb (1996: 47): „der rechtlich geregelte Zugang zu den Medien und die Garantie gleicher Chancen im Wahlkampf“.	Dies umfasst, nebst den genannten politischen und den Grund-Rechten, u.a. Freiheitsrechte in der Wissenschaft (jeder darf forschen etc.), der Kultur (jeder darf sich künstlerisch betätigen etc.), der Individualsphäre (jeder darf heiraten etc.) (u.a. Haller und Kölz 1999: 305-306).
	Offe (1994: 73): Freiheitsrechte (im Sinne von Rechten, etwas zu tun).	
	Elster (1993: 172): „constitutional guarantees for individual rights“.	
	Dahl (1989: 221): Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Vereinigungsfreiheit.	
	Haller und Kölz (1999: 305):** das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.	

Tabelle 9-5: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 5

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Herrschaftsanspruch:	Haller und Kölz (1999: 306):** Meinungsäusserungsfreiheit und Pressefreiheit, Petitionsrecht, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit.	
1) Grundlegende Menschenrechte	Haller und Kölz (1999: 305):** Bewegungsfreiheit, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Religionsfreiheit, die Ehefreiheit.	
2) Politische Rechte (ausgenommen Wahlrechte)	Müller und Schefer (2008):** Garantie der Menschenwürde („Es geht um das elementarste menschliche Gegengewicht gegen jede Arroganz der Macht.“) (S. 1), Recht auf Leben (S. 45), Körperliche und geistige Unversehrtheit (S. 57).	
3) Freiheitsrechte der Subsysteme (ausgenommen politisches System, System Öffentlichkeit und Wirtschaftssystem)	Müller und Schefer (2008):** Zensurverbot (S. 351), Medienfreiheit (S. 437), Informationsfreiheit (S. 517), Versammlungsfreiheit (S. 571), Vereinigungsfreiheit (S. 594).	
(Fortsetzung 2)	Müller und Schefer (2008):** Bewegungsfreiheit (S. 82), Selbstbestimmte Entfaltung der Persönlichkeit (S. 138; u.a. Gestaltung der Lebensführung und Pflege persönlicher Beziehungen, S. 142-163), Unverletzlichkeit der Wohnung (S. 183), Schutz von Familie und Ehe (S. 218), Glaubens- und Wissenschaftsfreiheit (S. 251), Sprachfreiheit (S. 292), Niederlassungsfreiheit (S. 307), Wissenschaftsfreiheit (S. 542), Kunstfreiheit (S. 554).	
Herrschaftsweise:	Merkel (1999: 26, 28): Rechtsstaatlichkeit, Ausübung der staatlichen Gewalt nach legitim gesetzten Normen.	
1) Gleicher Zutritt zu den Gerichten, Gleichheit vor dem Gesetz und an die Gesetze gebundenes staatliches Handeln (nur institutioneller Teil)	Merkel (2004: 40): „Equal access to the law and equal treatment by the law are basic civil rights.“ „Equality before the law“ (Merkel 2004: 42). Merkel (2004: 39): „To put it simply, the rule of law is the principle that the state is bound to uphold its laws effectively and to act according to clearly defined prerogatives.“ Dazu gehören Norm- und Amtshandlungs-Kontrollen (Merkel 2004: 40). Merkel et al. (2003: 87): Justizrechte (Zugang zu Gerichten, Gleichbehandlung vor Gericht). Zudem Vermeidung von Korruption (Merkel et al. 2003: 91). Merkel und Puhle (1999: 105-106, vgl. S. 132): Rechtsstaatlichkeit. Berg-Schlosser (2004c: 60): „transparency and rationality“, also „transparency of decision-making processes“, „rational discourses“ und „documented bureaucratic procedures“, zudem „rule of law“.	

Tabelle 9-6: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 6

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
<p>Herrschaftsweise:</p> <p>1) Gleicher Zutritt zu den Gerichten, Gleichheit vor dem Gesetz und an die Gesetze gebundenes staatliches Handeln (nur institutioneller Teil)</p>	<p>Lipset (1994: 15): „Essentially, the rule of law means: (1) that people and institutions will be treated equally by the institutions administering the law - the courts, the police, and the civil service; and (2), that people and institutions can predict with reasonable certainty the consequences of their actions, at least as far as the state is concerned.“</p> <p>Rüb (1994: 116, vgl. 113): Gerichtsbarkeit und Grundrechte (vgl. Rüb 1996: 47).</p>	<p>Nur diejenigen Bereiche, die nicht durch den Herrschaftsanspruch abgedeckt sind.</p>
<p>(Fortsetzung)</p>	<p>Hesse (1993b: V): Die Bürokratie funktioniert nach dem Prinzip von rule of law und ist den demokratisch gewählten Amtsträger verpflichtet. Dazu gehört, dass die Beamten nicht mehr gegenüber einer Partei verantwortlich sind, sondern dem Staat, der Demokratie bzw. der Verfassung etc. (Hesse 1993c: 220).</p>	
	<p>Toonen (1993: 153, vgl. 152): Anpassung der Kultur und Organisationsstruktur der Bürokratie und Änderung ihrer Verantwortlichkeit. Wichtig ist insbesondere, dass die Bürokratie von der Ideologie und Partei-Kontrolle befreit wird (Toonen 1993: 165, vgl. 161).</p>	
	<p>Müller und Schefer (2008):** Willkürverbot (S. 5), Prinzip von Treu und Glaube („Es ist eine Grundaufgabe des Rechts, zwischenmenschliches Handeln in einem gewissen Masse voraussehbar und verlässlich zu machen.“) (S. 25), Verbot des Rechtsmissbrauchs (S. 27), Garantie fairer administrativer und gerichtlicher Verfahren (S. 817; „fares Verfahren im Rahmen der Rechtsanwendung“, S. 821), Informations-, Einsichts-, Mitwirkungs- und Äusserungsrecht für von Verfahren betroffene Personen (S. 846), Rechtsweggarantie (S. 907), Garantie des verfassungsmässigen Richters (S. 927), Garantie der öffentlichen Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung (S. 964), Rechtsgleichheit und Verbot der Diskriminierung (S. 651).</p>	

Tabelle 9-7: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 7

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Herrschaftsmonopol: (keine zentralen staatlichen Institutionen)	Merkel (1999: 26, 28): demokratisch legitimierte Akteure/Institutionen, keine „extra-konstitutionelle Entscheidungen“ (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 80).	Die demokratische Legitimation der politischen Akteure wird (u.a.) im Herrschaftszugang sicher- gestellt. Die Abwesenheit von „extra-konstitutionellen Entscheidungen“ bzw. Akteuren ist dagegen keine institutionelle Komponente (sondern sollte sich spätestens im Rahmen der Konsolidierung ergeben). Somit weist dieses Herrschaftskriterium keine (eigenen) staatlichen Institutionen auf.
	Merkel (2004: 41, vgl. 42): „effective power to govern“, also keine „extra-constitutional actors“ mit Entscheidungsmacht resp. keine Politikbereiche, in denen nicht die Exekutive oder Legislative zumindest in letzter Instanz die Entscheidungsmacht hat (betrifft insbesondere das Militär und die Polizei).	
	Merkel et al. (2003: 95): zivile Kontrolle der Streitkräfte (keine institutionelle Veto-Position, keine direkte oder indirekte Intervention).	
	Merkel und Puhle (1999: 105-106): „ausschliessliche Ausübung politischer Macht durch gewählte und entsprechend verantwortliche und kontrollierbare Funktionsträger“.	Was das „gewählt“ und „verantwortlich“/ „kontrollierbar“ betrifft, ist dies Teil des Herrschaftszugangs bzw. der Herrschaftsstruktur.
	Lipset (1994: 7): „reducing the tensions with, and perhaps replacing, the old civil and military elites“.	
Herrschaftslegitimation: (keine zentralen staatlichen Institutionen)	Rüb (1994: 113): Dominanz der zivilen Regierung.	
	Merkel (1999: 25, 28): Volkssouveränität (Art und Weise der Legitimation der Herrschaft gegenüber der Bevölkerung resp. durch die Bevölkerung).	Dieses Herrschaftskriterium weist keine (eigenen) staatlichen Institutionen auf.

Tabelle 9-8: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 8

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
<p>Wirtschaftssystem:</p> <p>1) Wirtschaftliche Freiheitsrechte</p> <p>2) Freies, gemäss dem Preissystem funktionierendes Marktsystem</p> <p>3) Privatisierung von Staatseigentum</p>	<p>Wirtschaftliche Freiheitsrechte (u.a. freier Zutritt zu den verschiedenen Märkten und Recht auf Privateigentum) (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 82-83).</p> <p>Havrylyshyn (2006: 17): Eigentumsgarantie und stabiles Rechtssystem.</p> <p>Gelb und Gray (1991: 9): Eigentumsrechte.</p> <p>Fischer und Gelb (1991: 98, 101, 102): Preisreformen (Zulassen von Weltmarktpreisen) und Marktformen (Güter- und Dienstleistungsmarkt, Arbeitsmarkt, Finanzmarkt inkl. Regulierung für Privatinvestitionen) (vgl. Melo und Gelb 1997: 61-62; Stern 1997: 42, 43, 44; Offe 1994: 73, 95; Elster 1993: 172; Neuhold et al. 1995; Leschke und Sauerland 1993: 7-20; Lipton und Sachs 1990).</p> <p>Havrylyshyn (2006: 17): Preis- und Marktliberalisierung, Liberalisierung des Aussenhandels und des Wechselkurses.</p> <p>Bertelsmann Stiftung (2006b: 80): Liberalisierung.</p> <p>Melo und Gelb (1997: 61-62): unabhängige Zentralbank und flexible Wechselkurse.</p> <p>Zecchini (1997b: 7, 15, vgl. 9-11, 15-29): Liberalisierung bzw. funktionierendes Marktsystem.</p> <p>World Bank (1996a: 22): „Liberalization involves freeing prices, trade, and entry from state controls; stabilization means reducing inflation and containing domestic and external imbalances.“</p> <p>Gelb und Gray (1991: 9): Liberalisierung von Lohn- und Arbeitsmarkt, Preisreform und internationale Handelsliberalisierung, Reform des Bankensystems, anderer Finanzmärkten und des Zinssystems (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 82).</p>	<p>Nur solche Institutionen, die sich auf eine Gerichtsbarkeit für Wirtschaftsdelikte bezieht (alle übrigen sind Teil der Herrschaftsweise).</p> <p>Bezüglich makroökonomischer Stabilität siehe weiter unten unter „Nennungen, die gar nicht oder nur teilweise den Herrschaftskriterien zugeordnet werden können“.</p>

Tabelle 9-9: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 9

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
<p>Wirtschaftssystem:</p> <p>1) Wirtschaftliche Freiheitsrechte</p> <p>2) Freies, gemäss dem Preissystem funktionierendes Marktsystem</p> <p>3) Privatisierung von Staatseigentum</p> <p>(Fortsetzung)</p>	<p>Przeworski (1991: 136): „Rationalizing the allocation of resources requires organizing new markets, deregulating prices, attenuating monopolies, and lowering protection. Making the state solvent entails reducing public expenditures, increasing revenues, and at times selling public assets“ (vgl. Macków 2005: 109; Gelb und Gray 1991: 9).</p> <p>Fischer und Gelb (1991: 100, 101, vgl. 102): Wirtschaftsprüfung (vgl. Toonen 1993: 152; Gelb und Gray 1991: 9; Havrylyshyn 2006: 17).</p> <p>Fischer und Gelb (1991: 100, 101): Rechtsstaat für Eigentumsschutz und Schlichtung von Wirtschaftsfreiheiten.</p> <p>Fischer und Gelb (1991: 98, 100, 102): Privatisierung und Restrukturierung der (staatlichen) Firmen (vgl. Melo und Gelb 1997: 61-62; Stern 1997: 43; Zecchini 1997b: 7, vgl. 15-29; Offe 1994: 95; Elster 1993: 172; Toonen 1993: 152; Gelb und Gray 1991: 9), wobei zwischen „small scale privatisation“ und „large scale privatisation“ unterschieden werden kann (Fischer und Gelb 1991: 101, 102; vgl. Stern 1997: 43; Toonen 1993: 152).</p> <p>Bertelsmann Stiftung (2006b: 80): Privatisierung.</p> <p>Haller und Kölz (1999: 306):** Die Eigentumsgarantie, die Wirtschaftsfreiheit (u.a. freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes).</p> <p>Müller und Schefer (2008):** Eigentumsgarantie (S. 1007), Wirtschaftsfreiheit, d.h. Wirtschaftsordnung des freien Wettbewerbs (S. 1045), Teilnahme des Einzelnen am Wettbewerb, womit auch berufliche Entfaltung miteingeschlossen ist (S. 1047), Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber (S. 1087).</p>	<p>Bezüglich makroökonomischer Stabilität siehe weiter unten unter „Nennungen, die gar nicht oder nur teilweise den Herrschaftskriterien zugeordnet werden können“.</p> <p>Nur derjenige Teil an Institutionen, die nicht bereits bei den wirtschaftlichen Freiheitsrechten und bei der Herrschaftsweise vorkommen.</p> <p>Privatisierung ist keine Institution gemäss der Definition in Kapitel 4.3.2, sondern vielmehr der Rückzug des Staates/des politischen Systems aus dem Wirtschaftssystem. In dem Sinne handelt es sich hier um eine De-Institutionalisierung. Das Recht auf Privateigentum ist Teil der Wirtschaftlichen Freiheiten. Die Umstrukturierung der (ehemals) staatlichen Unternehmen ist nicht Aufgabe des Staates, sondern des neuen Managements, entsprechend handelt es sich hier nicht um eine staatliche Institution.</p> <p>vgl. Kommentar oben.</p>

Tabelle 9-10: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 10

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Nennungen, die gar nicht oder nur teilweise den Herrschaftskriterien zugeordnet werden können	<p>Berg-Schlosser (2004c: 60): „political efficiency and effectiveness“ („effective decision-making rules and institutional balance“, „sufficient resources“). Ebenso effiziente Administration (mit interner und externer Verantwortlichkeit) (Toonen 1993: 152, vgl. 153), funktionierende Administration (Lipset 1994: 7) und „state-building“ (Carothers 2002: 17) (vgl. dazu auch Bertelsmann Stiftung 2008: 81).</p> <p>Lipset (1994: 7): stabile politische Parteien (vgl. Carothers 2002: 19). Bei Merkel (1999: 122) zudem auch Verbände („territoriale und funktionale Repräsentation“) (vgl. Berg-Schlosser 2004b: 25-26; Bertelsmann Stiftung 2008: 81).</p> <p>Carothers (2002: 15, 19): alternative Eliten/Zentren gegenüber denjenigen des politischen Systems (inkl. Parteien).</p> <p>Fischer und Gelb (1991: 98, 100): neue Akteure, neue Berufe, „Umschulung“ von Beamten (vgl. Zecchini 1997b: 9-11, dieser nennt als neue Wirtschaftsakteure die Haushalte und die Firmen).</p> <p>Zecchini (1997b: 7, 15): ökonomische Entwicklung bzw. GDP-Wachstum (vgl. Lipset 1994: 7; Merkel und Puhle 1999: 128).</p>	<p>Eine gut funktionierende und effiziente Administration ist zwar wichtig für das allg. Funktionieren der Gesellschaft (insbesondere der Wirtschaft) (u.a. Toonen 1993: 157, 155-157, 166), sie ist aber kein singuläres Merkmal von demokratischen Systemen, sondern kann unabhängig vom Systemtyp auftreten oder nicht auftreten. Aus diesem Grund kann dieses Element nicht zu den zentralen Institutionen dazugezählt werden.</p> <p>Parteien und Verbände sind keine staatlichen Institutionen, sondern sie werden in und durch die Öffentlichkeit gebildet; entsprechend können sie nicht zu den zentralen Reformen für eine Demokratie dazugezählt werden (zudem formieren sie sich oft erst in der Konsolidierungsphase, Merkel 1999: 155-162). Das Etablieren von Freiheitsrechten, die das Entstehen (staatsunabhängiger) Parteien und Verbände ermöglicht, ist hingegen eine staatliche Institution und wird im Herrschaftsanspruch berücksichtigt.</p> <p>Dies sind nicht-staatliche Institutionen; staatliche Institutionen des Herrschaftsanspruchs (und des Wirtschaftssystems) müssen aber erst den Raum schaffen, dass solche alternativen Zentren/Eliten entstehen können.</p> <p>Sofern es sich dabei um nicht-staatliche Akteure handelt, muss dies hier nicht berücksichtigt werden. Was die Beamten betrifft, so sind die institutionellen Aspekte durch die Herrschaftskriterien abgedeckt, und die Festigung der neuen Prozesse, Werte etc. erfolgt in der Konsolidierungsphase.</p> <p>Zwar sind ökonomische Entwicklung und GDP-Wachstum gerade in Bezug auf die Output-Legitimation eines politischen Systems sehr nützlich (vgl. Kapitel 3.3.2), sie sind aber weder staatliche Institutionen, noch Definitions-Element einer Demokratie.</p>

Tabelle 9-11: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 11

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Nennungen, die gar nicht oder nur teilweise den Herrschaftskriterien zugeordnet werden können (Fortsetzung 1)	Fischer und Gelb (1991: 101, 102): makro-ökonomische Stabilität (Havrylyshyn 2006: 17; vgl. Gelb und Gray 1991: 9). Stern (1997: 42, 44) nennt in diesem Zusammenhang noch die Budgetdisziplin, Bertelsmann Stiftung (2006b: 80) die Inflationsbekämpfung (vgl. Offe 1994: 95) und Zecchini (1997b: 7, 15) die Normalisierung der Sparquote, welches Mittel bzw. Ausdruck der makroökonomischen Stabilität sind (vgl. Fischer et al. 1997: 89, 91; vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 82).	Makroökonomische Stabilität ist für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft zwar sehr wichtig (u.a. Stern 1997: 42, 44; Zecchini 1997b: 7, vgl. 15-29; World Bank 1996a: 22), dies gilt aber keines Falls nur für die freie Marktwirtschaft, sondern für alle Wirtschaftssysteme (vgl. Zecchini 1997b: 2). Zudem handelt es sich bei der makroökonomischen Stabilität um eine Policy der Wirtschaftspolitik und nicht um eine staatliche Institution. Entsprechend ist dies nicht Bestandteil der zentralen Institutionen / Reformen.
	Zecchini (1997b: 9-11): Reduzierung der staatlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen.	Das ist eine Folge der Privatisierung staatlicher Betriebe und keine Institution.
	Fischer und Gelb (1991: 101, 102): Sozialsystem (u.a. gegen Arbeitslosigkeit) (vgl. Zecchini 1997b: 15-29; Offe 1994: 19, 103; Toonen 1993: 152; Gelb und Gray 1991: 9). Oder nach Lipset (1994: 7): „[a] more equalitarian economy“ (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 75-76, 83). Müller und Schefer (2008) nennen in diesem Zusammenhang wiederum:** Recht auf Existenzsicherung (S. 763), Anspruch auf Grundschulunterricht (S. 782), Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege (S. 893).	Es ist umstritten, ob Sozialsysteme Teil der freien Marktwirtschaft sind, oder nicht (vgl. z.B. Orenstein 2001: 12-19). Ausgehend von der dieser Arbeit zugrundeliegenden Demokratie-Definition (vgl. Kapitel 3.2.1) wird hier der Standpunkt vertreten, dass ein Mindestmass an ökonomischen Ressourcen jeder Bürger besitzen muss (garantiert durch ein Sozialsystem), damit er auch tatsächlich am politischen Prozess teilhaben kann (u.a. Merkel 2004: 45; vgl. Bertelsmann Stiftung 2008: 82; vgl. Zecchini 1997b: 15-29). Aber: „In this regard and only in this regard do political arguments on distribution have a meaning for the political quality of a democratic state“ (Merkel 2004: 45). Daher ist es auch wichtig, „to offer every citizen a reasonable opportunity to define and attain his or her goals in life“ (Fried 2001: 232), z.B. in Form einer (Grund-) Schulbildung für alle (vgl. Zecchini 1997b: 15-29). Andererseits kann das Vorhandensein eines Sozialsystems kaum als zentral für den Systemtyp bezeichnet werden (vgl. Kapitel 3.2.1) (vgl. Andersen 2005b; Esser 2005), aus diesem Grund wird es hier nicht aufgeführt.

Tabelle 9-12: Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur und deren Gliederung entlang der Herrschaftskriterien – Teil 12

Gliederung (entlang der Herrschaftskriterien)*	Nennungen von Reformen demokratischer Institutionen in der Literatur	Kommentar
Nennungen, die gar nicht oder nur teilweise den Herrschaftskriterien zugeordnet werden können (Fortsetzung 2)	Fischer und Gelb (1991: 101, 102): Einführen eines Steuersystems und einer Steueradministration (an Stelle von Staatsbetriebsgewinne als Staatseinnahmen).	Das Vorhandensein eines Steuersystems und einer Steueradministration können kaum als zentral für den Systemtyp bezeichnet werden (vgl. Kapitel 3.2.1) (vgl. Andersen 2005b; Esser 2005), aus diesem Grund werden sie hier nicht aufgeführt.

* Die Gliederungen der Institutionen lehnt sich eng an Merkel (1999) an, nimmt aber auch Überlegungen anderer Autoren auf: Bertelsmann Stiftung (2006b: 74-79); Berg-Schlosser (2004b: 25-26); Berg-Schlosser (2004c: 60); Merkel et al. (2003); Carothers (2002: 7); Bos (1994: 85-86); Lipset (1994: 7); Offe (1994: 60, 61, 63, 65); Rüb (1994: 114, 115); Elster (1993: u.a. 176); Dahl (1989: 221). Beim Herrschaftskriterium Wirtschaftssystem bezieht sich die Gliederung der Institutionen vor allem auf Fischer und Gelb (1991), berücksichtigt aber auch Vorschläge anderer Autoren, d.h.: Bertelsmann Stiftung (2006b: 80); Mackó (2005); Melo und Gelb (1997: 61-62); Stern (1997: 42-44); Zecchini (1997b: 7, 9-11, 15-29); World Bank (1996a); Neuhold et al. (1995); Offe (1994: 73, 95); Elster (1993); Leschke und Sauerland (1993: 7-20); Gelb und Gray (1991: u.a. 9); Przeworski (1991); Lipton und Sachs (1990).

** Diese Autoren äussern sich nicht direkt dazu, welche Institutionen geändert werden müssen, damit von einem demokratischen System gesprochen werden kann, sondern sie stellen aus juristischer Sicht dar, welche Rechtsnormen ein demokratisches System ausmachen. Obwohl alle Autoren einen starken Bezug zur Schweiz haben bzw. sich direkt auf das schweizerische System beziehen, werden nur solche Normen übernommen, die auch in anderen demokratischen Staat so oder in ähnlicher Form vorkommen, also allgemeiner Natur sind. Selbstredend werden Normen, die keinen oder nur einen wenig bedeutenden Bezug zu den Herrschaftskriterien haben, nicht berücksichtigt.

10 Anhang B: Übersicht über die potentiellen Conditions

Tabelle 10-1: Erläuterungen der Autoren zu den in der Literatur genannten potentiellen Conditions

Potentielle Condition	Erläuterungen der Autoren
Akteursverhalten	Die Akteure und ihr Verhalten sind zentral, da „[d]ie Entscheidungen über die Struktur politischer Institutionen (...) von politischen Kräften getroffen [wird], die unmittelbar anschliessend innerhalb dieses institutionellen Rahmens den Zugang zur Macht suchen“ (Rüb 1996: 49, vgl. 49-50).
Armut	(keine spezifischen Angaben)
Art des Systemwechsels	Die Art des Systemwechsel kann verschieden ausfallen, z.B. mit einem Pakt zwischen den alten und den neuen Eliten, mit Verhandlungen zwischen alten Eliten und der Opposition, von den alten Eliten orchestriert (top-down), durch eine Revolution (bottom-up) etc. (Merkel 1999: 141; Bos 1994: 90, 91; Offe 1994: 242-243; Karl und Schmitter 1991: 276-280). Die genaue Art des Systemwechsels hängt für Rüb (1994: 119-120) davon ab, wie stark die alte Elite jeweils noch ist (siehe dazu auch die die potentielle Condition „Macht der alten Elite“) (vgl. Diamond 2008: 90-94). Wobei Merkel und Puhle (1999: 114-115) den Einfluss auf den Erfolg einer Demokratisierung bezweifeln.
Aussicht auf EU-Integration	Die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft hat eine sehr starke Wirkung auf den Erfolg einer Demokratisierung (Bertelsmann Stiftung 2008: 24, 42, vgl. 36; Havrylyshyn 2006: 203-230; vgl. Orenstein 2001: 130).
Big-Bang-Reformen	Werden alle Reformen auf ein Mal durchgeführt statt graduell, so ist dies erfolgsversprechender (Havrylyshyn 2006: 158-167; Fischer und Sahay 2000: 11-17). Allerdings gibt es auch sehr kritische Stimmen dazu: „Neither the gradualist approach nor the ‚shock therapy‘ [...] offer a panacea“ (Mangott und Neuhold 1995: 339; vgl. Beyrer 2001: 37-38; Müller 1999: 3-4, 4-5, 10; Roland 1997: 185; Zecchini 1997a: 215).
Bildung	(keine spezifischen Angaben)
Demokratische Erfahrungen in der Vergangenheit	Alte Erfahrungen mit der Demokratie können sich im Bewusstsein einer Gesellschaft – insbesondere demokratische Traditionen (Merkel und Puhle (1999: 74-75) – halten und so die Demokratisierung begünstigen (Carothers 2002: 16).
Eliten-Konsens	Ein Konsens unter den Eliten über die neuen Institutionen und Werte ist vor allem für die Konsolidierung wichtig (Merkel 1999: 62, 148; Rüb 1996: 54, vgl. 61). Es ist aber auch bereits für die Institutionalisierung nützlich (Merkel und Puhle 1999: 121), wobei vor allem die Haltung der Sicherheitskräfte von Bedeutung ist (Merkel und Puhle 1999: 123).
Fehlen von Marktwirtschaft	(keine spezifischen Angaben)
Fehlende Talente	Damit ist das Fehlen von geeigneten Akteuren für die neuen Institutionen gemeint, z.B. Manager, Fachleute/Beamte oder Haushalte (Wolf 2004: 148; Zecchini 1997b: 10).

Funktionierende Staatsinstitutionen	Mit „funktionierende Staatsinstitutionen“ sind die „specific institutional legacies from predecessor regimes“ (Carothers 2002: 16) gemeint. Wobei zentral ist, ob diese Institutionen schon vollständig funktionstüchtig sind und effizient arbeiten (vgl. Carothers 2002: 8; Merkel und Puhle 1999: 119, Huntington 1991: 581), also „the strength of state power, (...) the ability of states to plan and execute policies and to enforce laws clearly and transparently – what is now commonly referred to as state or institutional capacity“ (Fukuyama 2005: 9, vgl. 12). Dies kann sogar soweit gehen, dass bereits grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien bestehen, wie beispielsweise Garantie der Eigentumsrechte und Eindämmung der Korruption (Cervellati et al. 2006: 30-33; Knack 2003b: 12-13; Mansfield und Snyder 2007: 5, 7, 9; vgl. Collier 2007: 64-75; Knack 2003a).
Geographische und topographische Schwierigkeiten	(keine spezifischen Angaben)
Gesellschaftliche Konflikte	Die gesellschaftlichen Konflikte können grob in zwei Arten aufgeteilt werden (vgl. Acemoglu und Robinson 2006: 35-36): Zum einen sind dies Konflikte aufgrund von „identity-based divisions“ (Carothers 2007a: 24), also Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen oder zwischen unterschiedlichen Clans (Carothers 2007a: 24; vgl. Fukuyama 2007: 11). Diese Konflikte können soweit eskalieren, dass die Zugehörigkeit gewisser Gruppen zum (National-) Staat in Frage gestellt wird (Bertelsmann Stiftung 2008: 80; vgl. Merkel 2004: 53; Munck 2004: 71; Merkel und Puhle 1999: 74-75; Offe 1994: 242-243, vgl. 60; Rustow 1970: 350). Es können damit aber auch Klassenstrukturen gemeint sein, entlang derer gesellschaftliche Konflikte bestehen (vgl. Kraus 1996: 277). Zum anderen können solche Konflikte aufgrund grosser Ungleichheit in der Verteilung materiellen Wohlstands entstehen (Thierry 2006: 25; Carothers 2002: 15).
Grösse des Legitimationsverlustes	Je stärker das alte System delegitimiert wurde, desto grösser ist der Spielraum für etwas Neues, denn „der Weg zurück“ zum alten System ist sehr unattraktiv (Lipset 1994: 8).
Grösse des politischen Freiraums	Je nach dem wie gross der politische Freiraum ist, kann sich eine Opposition mehr oder weniger etablieren (Merkel und Puhle 1999: 85; vgl. Kraus 1996: 278, 280).
Internationales Umfeld	Das internationale Umfeld hat verschiedene Einflusskanäle auf eine Transformation, z.B. mittels positiver und negativer Sanktionen (Offe 1994: 77, 78; vgl. Merkel 2004: 54; Whitehead 2004: 44-46; Balcerowicz 1997: 155), als „Vorbilder“ erfolgreicher Systemwechsel (Diamond 2008: 107-111; Doorenspeet 2004: 317-318; Merkel 1999: 141; Welzel 1994: 72), mit der Aussicht auf eine Mitgliedschaft (u.a. EU oder Nato) (Havrylyshyn 2006: 203-230; Merkel 2004) oder mit direkter finanzieller, materieller oder ideologischer Unterstützung einzelner Akteure (Merkel und Puhle 1999: 74-75, 81-82, 104; vgl. Fukuyama 2005: 48). Dieser Einfluss kann in Bezug auf den Erfolg einer Demokratisierung positiv oder negativ intendiert sein bzw. ausfallen. Letztendlich wirkt sich das internationale Umfeld direkt oder indirekt auf die lokalen Akteure und so wiederum auf eine Transformation aus; eine direkte Einflussnahme – z.B. durch militärische Intervention – ist hingegen eher selten. Zudem ist die Wirkung auch davon abhängig, wie offen ein System bzw. Staat gegenüber dem Ausland ist (vgl. Merkel und Puhle 1999: 79; Offe 1994: 244).
Interne Umverteilung / Sozialstaat	Innengesellschaftliche Umverteilungen können das Armutsproblem und damit gesellschaftliche Konflikte mildern (Offe 1994: 78, 79).
Kontinuität der alten Eliten	(keine spezifischen Angaben)

Konzentration von Bodenschätzen	Die Produktion von Bergbauprodukten (u.a. Erdöl, Gas, Edelmetalle und Diamanten) kann relativ einfach kontrolliert werden (wenige inländische Arbeitnehmer, keine langwierige Verarbeitung stattdessen rascher Export) und wirft gleichzeitig sehr hohe Gewinne ab, weshalb ein grosser Anreiz für Akteure besteht, politische Macht zwecks Ausbeutung dieser Rohstoffe zu erlangen und zu missbrauchen (vgl. Carothers 2007a: 24; Collier 2007: 38-52).
Länge und Intensität eines nicht-demokratischen Regimes	Aufgrund der Länge und Intensität eines nicht-demokratischen Regimes werden schlechte Institutionen, Kulturen und informelle Regeln in der Gesellschaft verankert, was einen Systemwechsel erschwert (Merkel 2004: 54; vgl. Elster 1993: 170-171). Allerdings können sehr alte autokratische Regime aufgrund ihrer „Abnützung“ auch einfacher zu reformieren sein (Merkel und Puhle 1999: 103).
Macht der alten Eliten	Die Macht und damit die Einflussmöglichkeiten der alten Eliten sind wichtig für den Transformationsprozess (Merkel und Puhle 1999: 74-75, 81-82, 104; vgl. Fukuyama 2005: 48). So kann beispielsweise eine Fraktionierung der Eliten zu einem folgeschweren Machtverlust führen (Merkel und Puhle 1999: 77-78, 104).
Medien	(keine spezifischen Angaben)
Mittelschicht	(keine spezifischen Angaben)
Modernisierungsgrad der Gesellschaft	Art der Gesellschaft gemäss gesellschaftlicher Differenzierung und politischer Modernisierung und Entwicklung aufgrund der soziökonomischen, sozio-kulturellen und institutionellen Entwicklung (Merkel und Puhle 1999: 83-84).
Neue Institutionen	(keine spezifischen Angaben)
Ökonomische Abhängigkeit vom Ausland	Aufgrund von Auslandverschuldung, von zwingend notwendigen Ressourcen-Importe oder starker Ausrichtung der Wirtschaft auf den Export entsteht eine ökonomische Abhängigkeit vom Ausland (Collier 2007: 38-52; Merkel und Puhle 1999: 111; Balcerowicz 1997: 155; Schmelzer 1997: 309; Vogel 1997: 201; Nolte 1996: 300).
Politische Kultur	Unter politischer Kultur können allgemein Meinungen, Einstellungen und Werte in Bezug auf politisches Handeln verstanden werden (Berg-Schlosser 2005: 743), die „historically accumulated“ sind (Merkel 2004: 53). Im Zusammenhang mit Demokratisierung interessieren vor allem solche Werte und Normen, die für das Funktionieren eines demokratischen Gesellschaftssystems wichtig sind (vgl. Meyer 2006b: 14-17; Berg-Schlosser 2005: 744-746; Merkel et al. 2003: 28; Waschkuhn 1994: 192), bzw. die die Unterstützung für eine Demokratie ausmachen (Lipset 1994: 3). Inglehart und Welzel (2005: 299) nennen diesbezüglich „individual liberty“ (im Gegensatz zu „collective discipline“), „human diversity“ (im Gegensatz zu „group conformity“) und „civic autonomy“ (im Gegensatz zu „state authority“). Merkel (2004: 53) und Fried (2001: 233-244) wiederum betont weniger die individuelle Komponente der demokratischen politischen Kultur sondern das Vertrauen in die Mitbürger, wodurch erst Konflikte friedlich gelöst werden können und demokratische Mehrheitsentscheide als Entscheidungsverfahren akzeptiert werden können (vgl. Tilly 2009: 325-327). Putnam (1995, 1993) bezeichnet dies deshalb auch als „bridging capital“.
Pro-demokratische Akteure	Die pro-demokratischen Akteure sind sowohl auf der Eliten- und als auch auf der Massenebene zu finden (Merkel und Puhle 1999: 106). Dabei sind nicht nur die „politischen“ Eliten gemeint, sondern auch die Eliten der Wirtschaft, der Bürokratie, der Sicherheitskräften (u.a. Militär, Polizei und Geheimdienste) und der Gesellschaft (u.a. Intellektuelle) (vgl. Merkel und Puhle 1999: 113). Auf der Massenebene wiederum sind dies die Parteien, die Medien, die zivilgesellschaftlichen Akteure (z.B. Vereine oder lose, informelle Gruppen), sowie allg. öffentliche Unterstützung aus der Bevölkerung (vgl. Merkel und Puhle 1999: 84-91, 113).
Qualität der Reformen	Bei der Qualität der Reformen spielen die Effizienz des Mitteleinsatzes (Bertelsmann Stiftung 2008: 33, 64, 65; Koen 1997: 190) sowie der Ablauf der einzelnen Reformen innerhalb des Reformschritts Wirtschaft (u.a. Bertelsmann Stiftung 2006b: 10-12, 80, 81; Beyer 2001: u.a. 37-38; Zecchini 1997b: 6, 7, 9-11; Fischer und Gelb 1991: 98, 100, 102; Gelb und Gray 1991: 12, 14) eine Rolle.

Reformwilligkeit des Regimes	Reformen gegen den Willen des alten Regimes sind nur sehr schwer oder gar nicht durchführbar bzw. führen zu schlechten Institutionen (Bos 1994: 101). Aus diesem Grund sollten die Regime reformwillig sein oder aber durch pro-demokratische Kräfte ersetzt werden (Glotz und Schultze 1995: 522).
Regimeart	Je nach Regimeart, sind unterschiedliche Widerstände bei einer Transformation zu erwarten: Militärregime sind zwar aufgrund ihrer Kontrolle über die Sicherheitskräfte sehr stark, haben aber meist kein besonders grosses Interesse, für immer zu regieren (Merkel und Puhle 1999: 77-78). Zudem bestehen hier oft nur schwache institutionelle Bindungen (Merkel und Puhle 1999: 77-78). Autokratische Parteien sind hingegen sehr eng mit dem Staat verbunden, wodurch sich die Staatinstitutionen und die Staatsideologie mit den Parteiinstitutionen und der Parteiideologie vermischen oder gar deckungsgleich werden (Merkel und Puhle 1999: 77-78). Besonders schwierig ist ein Systemwechsel bei totalitären, also ideologisch sehr starren und auf das Durchsetzen utopischer Gesellschaftsvorstellungen fixierten Systemen, da hier keine Kompromisse möglich sind (Merkel 1999: 121).
Säkularismus	(keine spezifischen Angaben)
Schlechte Infrastruktur	Dazu zählen insbesondere schlechte Verkehrsbedingungen und Telekommunikation (Schmelzer 1997: 309).
Soziale Struktur	(keine spezifischen Angaben)
Sozio-ökonomische Entwicklung	Die sozioökonomische Entwicklung wird je nach Autor unterschiedlich operationalisiert, die Autoren stimmen aber alle darin überein, dass die sozioökonomische Entwicklung im Kern „changes in people's living conditions“ (Inglehart und Welzel 2005: 160; Przeworski et al. 2000: 1) bedeutet. Für Inglehart und Welzel (2005: 160) drückt sich das beispielsweise in der Armutsreduktion, der Zunahme im Bildungsstand und der Diversifizierung der sozialen Beziehungen aus und führt so zu einem autonomen individuellen Leben (vgl. Przeworski et al. 2000: 6; Wolff 1998: 93ff.; Welzel 1994: 67; Diamond 1992: 470). Als weitere oder alternative Komponenten sozioökonomischer Entwicklung werde genannt (Auswahl): gut ausgebauter Infrastruktur, Eindämmung von Krankheiten (z.B. Aids) (Bertelsmann Stiftung 2008: 43, 185), Verbesserung der Gesundheitspflege (u.a. Trink- und Abwasserinfrastruktur) (The Economist, 2004), Zulassung von Geburtenkontrolle (Wolf 2004: 165) bzw. allg. die Emanzipation der Frau (Wolff 1998: 93ff.), die ökonomische Modernisierung (ausgedrückt in einem gesteigerten Energieverbrauch), die Urbanisierung und eine Modernisierung in Kommunikation und Transportwesen (Diamond 1992: 470), eine starke Beteiligung am internationalen Handel (Gasiorowski und Power 1998: 751), oder ganz allgemein ein höheres Prokopfeinkommen (Tang 2008: 114; Gasiorowski und Power 1998: 751) (siehe auch Bertelsmann Stiftung 2008: 108, 124; World Bank 2008; Przeworski et al. 2000: 6; Rüb 1996: 37).
Struktur des Landbesitzes	Die ungleiche Verteilung im Landbesitz bzw. in den erwirtschafteten Einkommen aus der Landwirtschaftsproduktion führt zu grossen gesellschaftlichen Unterschieden, die sich auch in der politischen Macht widerspiegeln. Politische Veränderungen würden unmittelbar die Macht und den Besitz der (Agrar-) Eliten gefährden, weshalb sich diese gegen eine Demokratisierung wehren (vgl. Berman 2007a: 28; Acemoglu und Robinson 2006: 32-33).
Urbanisierung	(keine spezifischen Angaben)
Verteilung der Machtressourcen	Mit der Verteilung der Machtressourcen sind primär sozioökonomische Faktoren gemeint, die einen Einfluss auf die Existenz und Macht von Akteuren haben (Vanhanen 1997: 59-60).

Veto-Player	Veto-Player sind generell Akteure, die ein Veto darüber haben, ob ein Status-quo geändert werden kann oder nicht (Tsebelis 2000: 446; vgl. Matthes und Terletzki 2005). Im Zusammenhang mit Demokratisierungen können sie wiederum als Akteure verstanden werden, die zum einen aufgrund ihrer Machtposition einen Einfluss auf den Prozess ausüben können, zum anderen – und in Abgrenzung zu den pro-demokratischen Akteuren – nicht an einer Demokratisierung interessiert sind (vgl. Acemoglu und Robinson 2006: 34; Bertelsmann Stiftung 2006b: 77; Merkel und Puhle 1999: 129-130). Zu den Veto-Player können demnach all jene Akteure gezählt werden, die aufgrund einer Transformation ihre politischen und/oder ökonomischen Vorteile einbüßen würden und entsprechend sich (mehr oder weniger) aktiv dagegen wehren, z.B. Sicherheitskräfte, Wirtschafts-Eliten oder Parteikader – im Prinzip die gleichen Akteursgruppen wie bei den pro-demokratischen Akteuren, nur eben mit einer gegenteiligen Haltung (vgl. Merkel und Puhle 1999: 77-78).
Wirtschaftsstruktur	Die Wirtschaftsstruktur kann grob in drei Teile geteilt werden: 1) Den „Grad erreichter wirtschaftlicher Modernisierung, Differenzierung und Industrialisierung“ (Merkel und Puhle 1999: 68, vgl. 68-70, 82-83, 104). Hierzu gehört auch der Zustand der für die Wirtschaft relevanten Infrastruktur (Globerman und Shapiro 2002; vgl. Billet 1993: 54ff.). 2) „[R]epressed sectors which can quickly developed [sic] thanks to liberalisation and privatisation“ und so schnell zu Wachstum und Wohlstand beitragen („hidden treasures“) (Balcerowicz 1997: 161, vgl. 162). Oder aber institutionelle und ökologische Hinterlassenschaften, die viele Ressourcen absorbieren und so ein schnelles Wachstum bremsen (Stern 1997: 50-52), wie z. B. unrentable Kohlegruben und Industrien (Balcerowicz 1997: 162) oder Umweltprobleme (Wöhlicke 1997: u.a. 157-158, 161ff.; vgl. Brugger et al. 1993: 7-8). 3) Die interne und externe Makroökonomische Stabilität (Fischer und Gelb 1991: 92-93, 96-97; vgl. The Economist 2004), d.h. „external and internal account deficits“ (Zecchini 1997b: 6), Inflation und Währungsstabilität (Gasiorowski und Power 1998: 751; Zecchini 1997b: 6), Arbeitslosigkeit (Balcerowicz 1997: 161).
Wirtschaftswunder	(keine spezifischen Angaben)
Wohlstand	Je reicher ein Land ist, desto wahrscheinlicher ist eine Demokratie (Carothers 2007a: 24; vgl. Carothers 2002: 16).
Zeitpunkt des Machtwechsels	Ein Machtwechsel kurz vor der Institutionalisierung ist am besten, da dann die pro-demokratischen Akteure – sofern diese auch tatsächlich an die Macht kommen – den weiteren Verlauf der Transformation steuern können (Merkel und Puhle 1999: 118-119; vgl. González 2008).
Zivile Kontrolle des Militärs	Die zivile Kontrolle des Militärs ist vor allem für die Konsolidierung relevant (Nolte 1996: 300).

Tabelle 10-2: Begründung für den Ausschluss potentieller Conditions

Potentielle Condition	Begründung für den Ausschluss*
Akteursverhalten	Potentielle Condition wird nicht speziell berücksichtigt, da das Akteursverhalten im Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar ist, und die Akteure in „pro-demokratische Akteure“ bzw. „Veto-Player“ enthalten sind.
Armut	Potentielle Condition ist in „gesellschaftliche Konflikte“ enthalten.

Art des Systemwechsels	Potentielle Condition ist zum Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar, oder aber sie ist in „pro-demokratische Akteure“ bzw. „Veto-Player“ enthalten.
Aussicht auf EU-Integration	Potentielle Condition ist in der Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die keine Aussicht auf eine EU-Integration haben.
Big-Bang-Reformen	Potentielle Condition ist in der Struktur der Reformsequenzen enthalten (und zudem im Zeitpunkt t1 noch nicht messbar).
Bildung	Potentielle Condition ist in „sozioökonomischer Entwicklung“ enthalten.
Demokratische Erfahrungen in der Vergangenheit	Potentielle Condition ist in „politischer Kultur“ enthalten.
Eliten-Konsens	Potentielle Condition ist entweder zum Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) nicht messbar oder aber sie ist in „pro-demokratische Akteure“ bzw. „Veto-Player“ enthalten.
Fehlen von Marktwirtschaft	Potentielle Condition ist in der Struktur der Reformsequenzen enthalten.
Fehlende Talente	Potentielle Condition ist in „sozioökonomischer Entwicklung“ und „Wirtschaftsstruktur“ enthalten und teilweise auch durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die einen ähnlichen Systemtyp aufweisen, d.h. ähnliche Institutionen und damit „Talente“ haben.
Funktionierende Staatsinstitutionen	Potentielle Condition ist teilweise in der Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die auch tatsächlich den Reformschritt Demokratie durchführen und die ein Mindestmass an Staatlichkeit aufweisen, d.h. ein gewisses Mass an funktionierenden Staatsinstitutionen haben. Zudem ist sie teilweise in „sozioökonomische Entwicklung“ enthalten („an effective state bureaucracy that can carry out the many functions demanded of a modern state“ (Carothers 2007a: 19)).
Geographische und topographische Schwierigkeiten	Potentielle Condition ist in „Wirtschaftsstruktur“ und „sozioökonomische Entwicklung“ enthalten.
Grösse des Legitimationsverlustes	Potentielle Condition ist zum einen teilweise mit der Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die auch tatsächlich den Reformschritt Demokratie durchführen, d.h. delegitimiert bzw. destabilisiert wurden, und zum anderen ist sie in „pro-demokratische Akteure“ enthalten.
Grösse des politischen Freiraums	Potentielle Condition ist durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle untersucht, die einen ähnlichen Systemtyp haben, d.h. einen ähnlich grossen politischen Freiraum aufweisen, und sie ist in „pro-demokratische Akteure“ enthalten.
Internationales Umfeld	Potentielle Condition ist in „pro-demokratische Akteure“ und „Veto-Player“ enthalten bzw. teilweise auch durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die keine realistische EU-Beitrittsperspektive haben oder nicht zu stark von der Hilfe und Unterstützung anderer Staaten profitieren (zudem bezweifeln einige Autoren, ob das internationale Umfeld tatsächlich einen so bedeutenden Einfluss auf Transformationen hat (Fukuyama 2007: 10; Zecchini 1997b: 32-33; vgl. Wiesenthal et al. 2001: 20; Brusis 2001)).
Interne Umverteilung / Sozialstaat	Die relevanten Auswirkungen der potentiellen Condition sind direkt in „gesellschaftliche Konflikte“ abgebildet.
Kontinuität der alten Eliten	Potentielle Condition ist im Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar.

Konzentration von Bodenschätzen	Potentielle Condition ist durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, bei denen der Anteil der gesamten Bergbauproduktion am Total des BIP nicht zu gross ist.
Länge und Intensität eines nicht-demokratischen Regimes	Potentielle Condition ist in „politischer Kultur“ enthalten und teilweise auch durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die auch tatsächlich den Reformschritt Demokratie durchführen, d.h. wo sich eine entsprechende „Abnützung“ bereits manifestiert hat.
Macht der alten Eliten	Potentielle Condition ist durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die auch tatsächlich den Reformschritt Demokratie durchführen (d.h. bereits an Macht eingebüsst haben), bzw. sie ist auch in „pro-demokratische Akteure“ und „Veto-Player“ enthalten.
Medien	Potentielle Condition ist in „pro-demokratische Akteure“ bzw. „Veto-Player“ enthalten.
Mittelschicht	Das Bestehen einer Mittelschicht entspricht je nach Definition der „sozio-ökonomischen Entwicklung“ oder dem Bestehen einer freien Marktwirtschaft, also der Umsetzung der Wirtschaft-Reformen, entsprechend muss diese potentielle Condition nicht speziell berücksichtigt werden.
Modernisierungsgrad der Gesellschaft	Potentielle Condition ist Bestandteil der „sozioökonomischen Entwicklung“ resp. wird durch diese ausgedrückt.
Neue Institutionen	Potentielle Condition ist im Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar.
Ökonomische Abhängigkeit vom Ausland	Potentielle Condition muss nicht speziell berücksichtigt werden, da sich die Art der Abhängigkeit in der „Wirtschaftsstruktur“ widerspiegelt und die tatsächliche Nutzung dieser Abhängigkeiten in Form von Einflussnahme in „internationales Umfeld“ enthalten ist.
Qualität der Reformen	Potentielle Condition ist im Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar und ist teilweise auch in der Fallauswahl enthalten, denn es werden nur solche Fälle untersucht, die den Reformschritt Demokratie durchführen.
Reformwilligkeit des Regimes	Potentielle Condition ist in „pro-demokratische Akteure“ und „Veto-Player“ enthalten bzw. ist durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die auch tatsächlich den Reformschritt Demokratie durchführen, d.h. ein gewisser „Wille“ zu Reformen ist vorhanden.
Regimeart	Potentielle Condition ist durch die Fallauswahl abgedeckt, denn es werden nur solche Fälle berücksichtigt, die einen ähnlichen Systemtyp aufweisen, d.h. eine ähnliche Regimeart haben. Zusätzlich sind die Auswirkungen der Regimeart auch in „pro-demokratische Akteure“ bzw. „Veto-Player“ enthalten.
Säkularismus	Potentielle Condition ist in „politische Kultur“ enthalten.
Schlechte Infrastruktur	Der Zustand der Infrastruktur ist Bestandteil der „sozioökonomischen Entwicklung“ und der „Wirtschaftsstruktur“, weshalb diese potentielle Condition nicht speziell berücksichtigt werden muss.
Soziale Struktur	Die soziale Struktur zeigt sich in der „sozioökonomischen Entwicklung“ und muss deshalb nicht speziell berücksichtigt werden.
Struktur des Landbesitzes	Die Auswirkung dieser potentiellen Condition auf die Gesellschaftsstruktur widerspiegelt sich in der „sozioökonomischen Entwicklung“ (Stichwort Agrargesellschaft), die daraus resultierenden (Verteilungs-) Konflikte werden in den „gesellschaftlichen Konflikten“ berücksichtigt und die allenfalls daraus hervorgehenden Widerstände gegen Reformen zeigen sich in den „Veto-Player“ bzw. ebenfalls in der „sozioökonomischen Entwicklung“.
Urbanisierung	Potentielle Condition ist Bestandteil der „sozioökonomischen Entwicklung“.

Verteilung der Machtressourcen	Die Wirkung dieser potentiellen Condition ist identisch zu derjenigen der „sozioökonomischen Entwicklung“. Bezieht sie sich hingegen auf die klassischen politischen Machtmittel wie Sicherheitskräfte oder Institutionen, so ist dies auch in „Veto-Player“ und „pro-demokratische Akteure“ enthalten.
Wirtschaftswunder	Potentielle Condition ist im Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar.
Wohlstand	Potentielle Condition ist in der „sozioökonomischen Entwicklung“ enthalten.
Zeitpunkt des Machtwechsels	Potentielle Condition ist zum Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar oder aber sie ist in „pro-demokratische Akteure“ bzw. „Veto-Player“ enthalten.
Zivile Kontrolle des Militärs	Potentielle Condition ist zum Zeitpunkt kurz vor dem Reformschritt Demokratie (t1) noch nicht messbar oder aber sie ist in „pro-demokratische Akteure“ bzw. „Veto-Player“ enthalten.

* Vgl. hierzu auch Tabelle 10-1 mit den Erläuterungen zu den verschiedenen potentiellen Conditions.

11 Anhang C: Ausprägungen der Fallauswahl

Tabelle 11-1: Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 1

Kriterium	EQG	ARG	ARM
nicht-demokratische Gesellschaft	-7 (Polity IV) 7 (Freedom House) -> 0 (fsQCA-Wert)	-9 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.06 (fsQCA-Wert)	-4 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.17 (fsQCA-Wert)*
Verlust des staatlichen Gewaltmonopols	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)
Reformschritt Demokratie	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Transformation abgeschlossen	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Möglichst junge/aktuelle Fälle	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Keine EU-Beitrittsperspektive	ja (Encyclopaedia Britannica 2009e)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009a)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009b)
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	ja (World Development Indicators) ja, Spanien unterhält bis 1994 eine Fliegerbasis in Äquatorialguinea; trotz dieser Truppen ist es Spanien aber nicht möglich, substantiell Einfluss auf die Innenpolitik zu nehmen oder gar den Transformationsprozess zu steuern (Encyclopaedia Britannica 2009e; vgl. Liniger-Goumaz 1999: u.a. 10-17).	ja (World Development Indicators) ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (vgl. Hofmann 2006: 150-160) ja, Russland unterhält zwar seit der Unabhängigkeit zwei Militärbasen in Armenien (1995 wurde die Vertragsverlängerung für 25 Jahre unterzeichnet) (Encyclopaedia Britannica 2009b; Manutscharjan 1999: 52), der Einfluss Russlands auf Armenien aufgrund dieser Truppenstationierung ist aber vernachlässigbar klein (u.a. Hofmann 2006: 146-147).
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	ja, zur Zeit des Wechsels waren die Erdöl- und Erdgasfelder noch unentdeckt (erst 1991) und unerschlossen (erst 1996) (Encyclopaedia Britannica 2009e; vgl. IMF 1999a: 6, 7, 12).	ja (u.a. World Bank 1985a)	ja (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009b)
Ähnlicher Systemtyp	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Keine chronische Instabilität	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Zeitlich möglichst eng beieinander	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)

* Da Armenien 1989 noch kein souveräner Staat war, beziehen sich diese Werte auf die Sowjetunion 1989.

Tabelle 11-2: Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 2

Kriterium	BRA	CHL	GHA
nicht-demokratische Gesellschaft	-4 (Polity IV) 4.5 (Freedom House) -> 0.29 (fsQCA-Wert)	-6 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.1 (fsQCA-Wert)	-7 (Polity IV) 6 (Freedom House) -> 0 (fsQCA-Wert)
Verlust des staatlichen Gewaltmonopols	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)
Reformschritt Demokratie	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Transformation abgeschlossen	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Möglichst junge/aktuelle Fälle	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Keine EU-Beitrittsperspektive	ja (Encyclopaedia Britannica 2009c)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009d)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009f)
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	ja (u.a. World Bank 1985b)	ja (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009d)	ja (IMF 1999b; World Bank 1995)
Ähnlicher Systemtyp	nein, 0.04 Punkte ausserhalb der Bandbreite*	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Keine chronische Instabilität	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Zeitlich möglichst eng beieinander	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)

* Da es sich um eine relativ kleine Abweichung von der Bandbreite handelt und gleichzeitig alle übrigen Kriterien der Fallauswahl ohne Vorbehalte gegeben sind, wird der Fall trotzdem mitberücksichtigt; bei der Interpretation wird dies aber speziell vermerkt (vgl. Kapitel 7.1.2).

Tabelle 11-3: Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 3

Kriterium	GNB	GUY	KYR
nicht-demokratische Gesellschaft	-8 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.06 (fsQCA-Wert)	-7 (Polity IV) 5 (Freedom House) -> 0.13 (fsQCA-Wert)	-4 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.17 (fsQCA-Wert)*
Verlust des staatlichen Gewaltmonopols	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)
Reformschritt Demokratie	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Transformation abgeschlossen	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Möglichst junge/aktuelle Fälle	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Keine EU-Beitrittsperspektive	ja (Encyclopaedia Britannica 2009g)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009h)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009i)
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	ja (vgl. Esim 1996: 139)	ja (World Bank 1993a: 91)	ja (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009i)
Ähnlicher Systemtyp	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Keine chronische Instabilität	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Zeitlich möglichst eng beieinander	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)

* Da Kirgisistan 1989 noch kein souveräner Staat war, beziehen sich diese Werte auf die Sowjetunion 1989.

Tabelle 11-4: Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 4

Kriterium	MAG	MLI	MON
nicht-demokratische Gesellschaft	-6 (Polity IV) 4.5 (Freedom House) -> 0.22 (fsQCA-Wert)	-7 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.06 (fsQCA-Wert)	-7 (Polity IV) 7 (Freedom House) -> 0 (fsQCA-Wert)
Verlust des staatlichen Gewaltmonopols	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)
Reformschritt Demokratie	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Transformation abgeschlossen	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Möglichst junge/aktuelle Fälle	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (vgl. Hanke 2001: 99)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Keine EU-Beitrittsperspektive	ja (Encyclopaedia Britannica 2009j)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009k)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009l)
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	ja (World Development Indicators)	ja (World Development Indicators)	Ja, die finanzielle Unterstützung durch die UdSSR fällt ab 1991 vollständig weg (Jeffries 2001: 307; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009l; vgl. Agwaandorjiin 1999).
	ja (u.a. Brown 2000: 345)	ja (es gibt keinen Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja, die Truppen der UdSSR bzw. Russlands werden alle bis 1992 abgezogen (Encyclopaedia Britannica 2009l; vgl. Agwaandorjiin 1999).
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	ja (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009j)	ja (u.a. IMF 1999d: 9)	ja (u.a. World Bank 1994b)
Ähnlicher Systemtyp	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Keine chronische Instabilität	ja (Polity IV)	ja (Polity IV), zwischen 1956 und 1986 kommt es allerdings zu 131 Putschversuchen, wovon 60 erfolgreich verlaufen (Hanke 2001: 94).	ja (Polity IV)
Zeitlich möglichst eng beieinander	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)

Tabelle 11-5: Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 5

Kriterium	PAR	ZAM	TAZ
nicht-demokratische Gesellschaft	-8 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.06 (fsQCA-Wert)	-9 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.06 (fsQCA-Wert)	-7 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.06 (fsQCA-Wert)
Verlust des staatlichen Gewaltmonopols	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)
Reformschritt Demokratie	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Transformation abgeschlossen	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Möglichst junge/aktuelle Fälle	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Keine EU-Beitrittsperspektive	ja (Encyclopaedia Britannica 2009m)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009r)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009n)
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators) ja (keine Hinweise, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators; vgl. Ofcansky und Yeager 1997: XXVIII) ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	ja (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009m)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009r)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Ähnlicher Systemtyp	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Keine chronische Instabilität	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Zeitlich möglichst eng beieinander	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)

Tabelle 11-6: Die Ausprägungen in den Kriterien der Fallauswahl – Teil 6

Kriterium	TOG	URU	UZB
nicht-demokratische Gesellschaft	-7 (Polity IV) 6 (Freedom House) -> 0 (fsQCA-Wert)	-7 (Polity IV) 4.5 (Freedom House) -> 0.19 (fsQCA-Wert)	-4 (Polity IV) 5.5 (Freedom House) -> 0.17 (fsQCA-Wert)*
Verlust des staatlichen Gewaltmonopols	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)	nein (Polity IV)
Reformschritt Demokratie	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Transformation abgeschlossen	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Möglichst junge/aktuelle Fälle	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Grundlegende Verwaltungsstrukturen	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Keine EU-Beitrittsperspektive	ja (Encyclopaedia Britannica 2009o)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009p)	ja (Encyclopaedia Britannica 2009q)
Keine zu grosse Hilfe und Unterstützung durch andere Staaten (Hilfsgelder und Militärhilfe)	ja (World Development Indicators) ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators) ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)	ja (World Development Indicators) ja (kein Hinweis, dass es anders sein könnte)
Kein grosser Anteil der Bergbauproduktion am BIP	ja (Encyclopaedia Britannica 2009o; IMF 1994: 3).	ja (Encyclopaedia Britannica 2009p)	ja (u.a. Weltgeschehen 1996: 59; World Bank 1993b: VI)
Ähnlicher Systemtyp	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)
Kein Bürgerkrieg in unmittelbarer Vergangenheit	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Keine chronische Instabilität	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)	ja (Polity IV)
Zeitlich möglichst eng beieinander	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)	ja (siehe Datenerhebung)

* Da Usbekistan 1989 noch kein souveräner Staat war, beziehen sich diese Werte auf die Sowjetunion 1989.

12 Anhang D: Grund- und Rohdaten

a) Grunddaten zu den einzelnen Fälle

Tabelle 12-1: Grunddaten zu Äquatorialguinea (EQG)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	Dezember 1991
t2	Dezember 1991/Januar 1992 (exaktes Datum nicht bekannt): 1991 (November) wird eine neue Verfassung in einer Volksabstimmung angenommen (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: XXXIV; vgl. Liniger-Goumaz 1999: 38, 44), zwei Monate später werden auch neue Gesetze über politische Parteien und politische Rechte erlassen (Liniger-Goumaz 2000: XXXIV).
t2b	1993 (siehe unten)
T3	1998
T3-stab	<p>1998 – zwischen 1994 und 1998 wird die Bedingung erfüllt: 1993 wird das Wahlgesetz verschärft, in dem es viele Bürger von der Teilnahme ausschliesst (Liniger-Goumaz 2000: XXXV; Liniger-Goumaz 1999: 42); auch sonst unterminiert das Regime jegliche politischen Liberalisierungen und geht weiter gegen Oppositionelle vor (u.a. auch Todesopfer), trotz ausländischer Druckversuche (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: XXXV-XXXVI; Liniger-Goumaz 1999: 44-45).</p> <p>1993 finden die ersten Parlamentswahlen unter der neuen Verfassung statt, allerdings werden diese von der Mehrheit der Oppositionsparteien boykottiert und die Wahlbeteiligung fällt entsprechend sehr tief aus; die Wahl ist weder frei noch fair (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: XXXVI; Liniger-Goumaz 1999: 45).</p> <p>Allg.: Die Repression des Regimes hält auch nach Inkrafttreten der neuen Verfassung 1992 über die kommenden Jahre an bzw. nimmt gar noch weiter zu (u.a. in der Zeit kurz vor Wahlen); die Wahlen sind nur reine Farcen und die Opposition hat kaum die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren (u.a. Liniger-Goumaz 2000: XXXVI-XLII; Liniger-Goumaz 1999: 15-16, 45, 48). Entsprechend ist auch der Wahlboykott der Opposition in den Präsidentschaftswahlen 1996 nicht von Relevanz (wenn nicht gar kontraproduktiv, da die letzte Möglichkeit für politischen Einfluss aufgegeben wird) (vgl. Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 1999: 14-15). Das Regime behauptet immer wieder, dass Putsche geplant waren, diese aber jeweils vereitelt werden konnten; es gibt allerdings keine neutrale Belege für diese Behauptung, vielmehr muss vermutet werden, dass dies jeweils als Vorwand für Unterdrückung der Opposition verwendet wurde (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 1999: u.a. 4-5).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1995 wird der Führer einer Oppositionspartei (sowie weitere Oppositionelle) unter fadenscheiniger Anklage zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt, später dann aber vom Präsidenten begnadigt; er lebt seither im spanischen Exil (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 1999: 14).</p> <p>1996 wird der Präsident wiedergewählt, die Wahl ist allerdings weder frei noch fair (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 1999: 14-15).</p> <p>1997 wird die wichtigste Oppositionspartei verboten (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: XXXIX).</p> <p>1998 wird eine kleine Gruppe von Separatisten, die eine Militärkaserne angriffen, hart bestraft; ihr Anführer und mehrere weitere Beteiligte sterben im Gefängnis (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: XXXIX, 66-67; Liniger-Goumaz 1999: 51).</p>
T3-verl	--
t0	Ab 1990 und dann vor allem 1991 steigt der Druck auf das Regime, politische Reformen einzuleiten (u.a. dank der Exilgemeinde, der Opposition im Land selbst und der veränderten Weltlage) (vgl. Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: XXXIV).
Reformen	
DR1	U.a. Durchführung der Parlamentswahlen 1993, allerdings sind dies keine freie und faire Wahlen (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009e).

DR2	In der neuen Verfassung von 1991/1992 (Encyclopaedia Britannica 2009e). 1993 wird das Wahlgesetz revidiert: Viele Bürger werden von der Teilnahme ausgeschlossen (Liniger-Goumaz 2000: XXXV; Liniger-Goumaz 1999: 42).
DR3	In der neuen Verfassung von 1991/1992 (Encyclopaedia Britannica 2009e).
DR4	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1991/1992)
DR5	In der neuen Verfassung von 1991/1992 (Liniger-Goumaz 2000: XXXIV).
DR6	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1991/1992)
DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1991/1992)
DR8	In der neuen Verfassung von 1991/1992 (Encyclopaedia Britannica 2009e).
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1991/1992)
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1991/1992)
WR2	1994 werden Preis- und Handelsliberalisierungen in Angriff genommen, allerdings werden sie nur bedingt umgesetzt (IMF 1999a: 25, vgl. 26; vgl. Liniger-Goumaz 2000: XXXVI).
WR3	(keine Angaben)
WR4	1993 wird ein Privatisierungsprogramm gestartet, allerdings kommt es immer wieder zu längeren Verzögerungen bzw. gar zu einem Stopp (IMF 1999a: 25, vgl. 26).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 37% (Baratta 1991: 220)
lebex	48 Jahre (World Development Indicators)
fert	5.9 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	51% (World Development Indicators)
bip	2254 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0.67 (fsQCA-Wert) Es bestehen mehrere verschiedene Ethnien/Clans, was auch einhergeht mit einer grossen Vielfalt an gesprochenen Sprachen (Encyclopaedia Britannica 2009e; vgl. IMF 1999a: 7). Bei einer Ethnie, primär auf einer Insel angesiedelt, gibt es seit langem Bestrebungen für die Erlangung der Unabhängigkeit (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: 66).
gini	-- (World Development Indicators) 0.67 (fsQCA-Wert) Zu diesem Indikator konnten keine Daten gefunden werden (verschiedene Quellen geprüft). Aufgrund der Analyse kann vermutete werden, dass es sich hier um eine ähnliche Situation wie in den Staaten bzw. Fälen Guyana und Sambia handelt; entsprechend wurde hier als Annäherung ein ähnlicher fsQCA-Wert (gerundet) verwendet.
C3	0 (fsQCA-Wert) Es gibt nur wenige Oppositionelle im Land; diejenigen Bürger, die sich aktiv für eine Demokratisierung einsetzen, befinden sich mehrheitlich im Exil (Encyclopaedia Britannica 2009e; Liniger-Goumaz 2000: XXXIV; Liniger-Goumaz 1999: u.a. 30, 34).
C4	1 (fsQCA-Wert) Die herrschende Partei hält die Kontrolle über alle Sicherheitskräfte und staatlichen Institutionen und versucht, eine Veränderung der Machtstrukturen zu verhindern (vgl. oben).

Reformsequenz (W)

W	-- (Index of Economic Freedom) -- (Economic Freedom (Fraser Institute)) 0 (fsQCA-Wert) Es liegen keine Daten für den Zeitraum 1991/1992 vor. Aufgrund der Reformentwicklung nach 1992 (siehe oben) und den Werten der ökonomischen Freiheit 1999 und 2000 (45.1 bzw. 45.6, Index of Economic Freedom) kann aber von einem fsQCA-Wert von 0 für 1992 ausgegangen werden. Dies korrespondiert auch mit der politischen Entwicklung (siehe u.a. oben).
---	--

Outcome (Y)

Y	-5 (Polity IV)
	7 (Freedom House)

Tabelle 12-2: Grunddaten zu Argentinien (ARG)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	Juli 1982
t2	Juli 1982 (exaktes Datum nicht bekannt): 1982 (Juli) werden die politischen Parteien offiziell wieder zugelassen (die sofort grossen Zulauf erfahren) und die verfassungsmässige Ordnung wieder hergestellt (Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 129). Die Verfassung von 1853 bleibt in ihren Grundzügen bis 1994 bestehen (Muno 2005: 45; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a).
t2b	1984 (siehe unten)
T3	1995
T3-stab	<p>1995 – zwischen 1991 und 1995 wird die Bedingung erfüllt:</p> <p>1987 kommt es zu einer Rebellion innerhalb des Militärs, die sich sowohl gegen die oberste Militärführung als auch gegen die Regierung richtet (Heinz 2001: 97-99; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 138-139). Insbesondere wird die Suspension der Gerichtsverfahren gegen ranghohe Offiziere wegen Menschenrechtsverletzungen und eine Auswechslung der obersten Militärführung verlangt (Heinz 2001: 97-99; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 138-139). Den Befehl der Regierung, den Aufstand militärisch niederzuschlagen, wird von den mittleren und unteren Offiziersrängen nicht befolgt (Heinz 2001: 99, 100). Hingegen zeigt die Bevölkerung mit einer Grossdemonstration ihre Unterstützung für die Regierung und die Demokratie (Heinz 2001: 99). Schlussendlich kommt die Regierung den Aufständischen in mehreren Punkten entgegen (u.a. neue Armeeführung und Amnestie für mittlere und untere Offiziersränge) (Heinz 2001: 100; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a).</p> <p>1988 erfolgt bereits eine weitere Rebellion, da die Regierung angeblich die alte Abmachung von 1987 nicht eingehalten habe (Heinz 2001: 100; vgl. Davis 1995: 138-139). Diesmal wird die Rebellion niedergeschlagen, die Beteiligten aber nur milde bestraft (Heinz 2001: 101). Nur wenige Monate später kommt es zur dritten Militärrebellion; diese kann durch Verhandlungen und dank Zugeständnisse der Regierung unblutig beendet werden (Heinz 2001: 102-103; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 138-139).</p> <p>1989 kommt es zu gewalttätigen Unruhen wegen der desolaten Wirtschaftslage (mehrere Todesopfer) (Muno 2005: 74; Davis 1995: 140).</p> <p>1990 führen Offiziere, die bei den früheren Rebellionen beteiligt waren, erneut eine Rebellion durch, da sich die Regierung und Militärführung angeblich nicht an die alte Vereinbarung gehalten haben (Heinz 2001: 109). Dieses Mal geht der Präsident mit Gewalt gegen die Aufständischen vor und lässt sich auf keine Verhandlungen ein; das Militär bleibt loyal und führt den Befehl aus (Heinz 2001: 109).</p> <p>Allg.: Das Militär bleibt lange ein Risikofaktor für die junge Demokratie, da die Militärs nicht für von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden wollten und gleichzeitig aufgrund der Niederlage im Falkland-Krieg 1982 das Selbstverständnis des Militärs stark in Frage gestellt war (Heinz 2001: u.a. 93-94, 103-104; vgl. Davis 1995: 130-131).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium):</p> <p>1983 wird ein neuer, ziviler Präsident und ein neues Parlament in freien Wahlen gewählt (Muno 2005: 62, 64-66; Davis 1995: 130, 131, 132).</p> <p>1983 strebt der neue Präsident die juristische Aufarbeitung der Verbrechen des Militärregimes an; hierzu wird auch ein Amnestiegesetz aus der Zeit der Militärdiktatur aufgehoben (Encyclopaedia Britannica 2009a; Heinz 2001: 95; Davis 1995: 133, vgl. 132, 137).</p> <p>1985 werden ranghohe Offiziere wegen Menschenrechtsverletzungen rechtskräftig verurteilt; in den Offiziersrängen wird darüber Kritik an den Urteilen laut (Heinz 2001: 95-96; Davis 1995: 137-138).</p>

	1989 werden bereits verurteilte Militärs vom neuen Präsidenten wieder begnadigt, damit die Versöhnung vorangetrieben werden könne; es geht aber vor allem darum, angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage auch die Militärs zu besänftigen (Encyclopaedia Britannica 2009a; Heinz 2001: 105; Davis 1995: 142). 1994 wird eine neue Verfassung verabschiedet, die die Macht des Präsidenten tendenzielle verringert und diejenige der Legislative, der Judikative und des Volkes stärkt, ansonsten aber keine wesentlichen Änderungen zur alten Verfassung aufweist (Muno 2005: 131-132; Heinz 2001: 116-118; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 147). 1995 kommt es wegen der schlechten Wirtschaftslage zu einem Streik und zu Protesten (Encyclopaedia Britannica 2009a).
T3-verl	--
t0	1978 signalisiert das Regime Bereitschaft für einen langsamen Übergang zu Demokratie, allerdings unter strikter Kontrolle durch das Militär und nur mit ausgesuchten zivilen Partnern (Davis 1995: 124).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Präsidentschaftswahlen 1983 (Muno 2005: 62).
DR2	In der Verfassung von 1853 (Encyclopaedia Britannica 2009a).
DR3	In der Verfassung von 1853 (Encyclopaedia Britannica 2009a). 1994 wird eine neue Verfassung verabschiedet, die die Macht des Präsidenten zu Gunsten der Legislativen, der Judikativen und des Volkes stärkt (Muno 2005: 131-132; Heinz 2001: 116-118; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 147).
DR4	In der Verfassung von 1853 (Encyclopaedia Britannica 2009a).
DR5	(vermutlich in der Verfassung von 1853)
DR6	(vermutlich in der Verfassung von 1853)
DR7	In der Verfassung von 1853 (Encyclopaedia Britannica 2009a).
DR8	In der Verfassung von 1853 (Encyclopaedia Britannica 2009a).
DR9	In der Verfassung von 1853 (Encyclopaedia Britannica 2009a).
WR1	(vermutlich in der Verfassung von 1853)
WR2	1984 sieht sich die Regierung gezwungen, regulierte Preise zu liberalisieren (Muno 2005: 70; Davis 1995: 135; vgl. World Bank 1985a: XXIV). 1988 werden wiederum umfassende Reformen angekündigt, allerdings werden diese nur halbherzig umgesetzt (Muno 2005: 73). 1989 werden unter der neuen Regierung die staatlichen Kontrollen über den Wechselkurs und die Preise radikal aufgegeben (Muno 2005: 90-92, vgl. 89; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 141, 143-146).
WR3	(keine Angaben)
WR4	1988 werden Privatisierungen angekündigt, allerdings werden diese nur halbherzig umgesetzt (Muno 2005: 73). 1989 wird die Privatisierung von der neuen Regierung langsam aber ernsthaft und umfassend angegangen; die Umsetzung gewinnt ab 1991 an Fahrt (Muno 2005: 89-92; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 141, 143-146).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 93% (Haefs 1985: 240) Dieser Wert bezieht sich auf das Jahr 1985, da für die früheren Jahre keine Daten vorliegen. Es gibt aufgrund der Analyse keinen Anhaltspunkt, dass sich dieser Wert innerhalb des Zeitraums zwischen 1982 und 1985 signifikant geändert hätte.
lebex	70 Jahre (World Development Indicators)
fert	3.2 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	10% (World Development Indicators)
bip	8773 US\$ (World Development Indicators)

konf1	0.33 (fsQCA-Wert)
	Obwohl es sich um ein klassisches Einwanderungsland handelt, kann von einer ziemlich homogenen Gesellschaft gesprochen werden, da die Mehrheit der Immigranten aus den gleichen Ursprungsländern stammen und sich allgemein sehr schnell assimilieren (Encyclopaedia Britannica 2009a). Es besteht nur eine kleine Minderheit aus Indios bzw. Nachfahren der Ureinwohner (Encyclopaedia Britannica 2009a). Hingegen besteht eine Spannung zwischen den Bewohnern der Küstenregionen und denjenigen im Landesinneren, die unter anderem auch auf unterschiedliche soziale Schichten zurückzuführen ist (Encyclopaedia Britannica 2009a).
gini	0.45 (World Development Indicators)
	Dies ist der Wert von 1986, da vor diesem Zeitpunkt keine Daten vorliegen. Aufgrund der Fallanalyse und der Zeitreihe dieses Werts kann angenommen werden, dass diese Schätzung relativ zuverlässig ist.
C3	0.67 (fsQCA-Wert)
	Ab 1976 versammeln sich regelmässig die Mütter von „Verschwundenen“ (d.h. durch das Militär verhaftete Personen) und fordern Aufklärung dieser Fälle; zu Massenkundgebungen kommt es aber nicht (Encyclopaedia Britannica 2009a; Davis 1995: 122-123, 125). 1978 signalisiert das Regime Bereitschaft für einen langsamen Übergang zu Demokratie, allerdings unter strikter Kontrolle durch das Militär und nur mit ausgesuchten zivilen Partnern (Davis 1995: 124) (die Umsetzung gewisser Reformschritte zeigt sich ab 1980, vgl. die Index-Werte bei Freedom House). 1981 beginnen sich dann die Gewerkschaften und Oppositionsparteien neu zu formieren (Muno 2005: 61, 62) und 1982 kommt es wegen der Niederlage im Falkland-Krieg, der Menschenrechtslage und der miserablen Wirtschaft mehrmals zu massiven Demonstrationen gegen das Regime (Muno 2005: 61, 62; Davis 1995: 128, 130).
C4	0.67 (fsQCA-Wert)
	Es gibt keine Hinweise, dass Teile der Sicherheitskräfte oder andere Akteure sich aktiv gegen den Übergang zur Demokratie wehren. Das Militär behält sich aber trotz ihrem Entscheid, die Macht an eine zivile Regierung zu übertragen (vgl. u.a. Davis 1995: 128), ein Recht zur Einflussnahme vor (vgl. u.a. Heinz 2001: 93) (siehe oben).
Reformsequenz (W)	
W	-- (Index of Economic Freedom) 4.35 (1980) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 3.93 (1985) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 41.4
	Das Militärregime führte mit der Machtergreifung Preis- und Handelsliberalisierungen durch, allerdings bleibt weiterhin eine substantielle Kontrolle durch den Staat bestehen (Muno 2005: 60, 62-63; World Bank 1985a: XLII, XXIII-XXV, 2, 21-22, 158-164; vgl. Davis 1995: 119-121, vgl. 128-129). Auch werden nur kleinere Firmen privatisiert, die grossen, bedeutenden Staatsbetriebe bleiben in staatlicher Hand (Muno 2005: 60-61; Heinz: 2001: 88; World Bank 1985a: 49-51). Entsprechend stehen die umfassenden Wirtschafts-Reformen erst noch an (siehe oben).
Outcome (Y)	
Y	7 (Polity IV) 2.5 (Freedom House)

Tabelle 12-3: Grunddaten zu Armenien (ARM)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	04.07.1995
t2	05.07.1995: 1995 (05.07.) wird in einem Referendum die neue Verfassung angenommen (Manutscharjan 1999: 28, vgl. 19, 43; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009b).
t2b	1996 (siehe unten)
T3	2001
T3-stab	<p>2001 – zwischen 1997 und 2001 wird die Bedingung erfüllt: 1996 kommt es wegen angeblichen Wahlbetrugs bei den Präsidentschaftswahlen zu Massenprotesten und einem Sturm auf das Parlament (Encyclopaedia Britannica 2009b; vgl. Manutscharjan 1999: 48); in Folge beordert die Regierung Truppen in die Hauptstadt und bringt so die Lage wieder unter Kontrolle (Manutscharjan 1999: 48); es kommt zu Repressionen gegen die Oppositionspartei und ihrer Parlamentarier sowie zu vorübergehenden Festnahmen (Hofmann 2006: 249); die federführende Oppositionspartei gelangt danach mit einer Klage ans Verfassungsgericht, scheitert aber dort (Manutscharjan 1999: 49). Allg.: In der gesamten Zeit nach Inkrafttreten der neuen Verfassung fanden harte politische Auseinandersetzungen im Parlament und in der Regierung statt, allerdings immer im verfassungsmässigen Rahmen und immer mit einer Lösung der Konflikte (Encyclopaedia Britannica 2009b; Manutscharjan 1999: 49-51, 60).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1997 fordert die Oppositionsparteien den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen, da sie gegen Verhandlungen um Nagorno-Karabakh sind (Encyclopaedia Britannica 2009b). 1998 tritt aufgrund von tiefen Differenzen um die Nagorno-Karabakh-Verhandlungen zwischen dem Präsident und dem Premierminister ersterer zurück; die Nachfolge erfolgt gemäss der Verfassung, auch wenn die Wahl nicht frei und fair ist (Encyclopaedia Britannica 2009b; Hofmann 2006: 150; Manutscharjan 1999: 53-54). 1998 gibt es zwei politisch motivierte Morde, die – gemäss Manutscharjan (1999: 58) – auf das Konto eines Parlamentariers mit Mafia-Verbindungen geht; dieser wird deswegen verurteilt (Encyclopaedia Britannica 2009b; Manutscharjan 1999: 58-59). 1998 wird ein neues Wahlgesetz vom Parlament verabschiedet; die Opposition droht mit Wahlboykott, da sie befürchten, das neue Gesetz würde Wahlbetrug begünstigen (Encyclopaedia Britannica 2009b). Das Gesetz selbst führt aber – neutral betrachtet – zu keiner Veränderung des Systemtyps (vgl. Hofmann 2006: 160). 1999 gewinnt bei den Parlamentswahlen eine Oppositionspartei (Encyclopaedia Britannica 2009b). 1999 (27. Oktober) werden der neu gewählte Premierminister, der ebenfalls neue Parlamentspräsident sowie 5 weitere Parlamentarier im Parlament erschossen; es werden in diesem Zusammenhang mehrere Personen festgenommen, der Fall an sich aber nie richtig aufgeklärt (Encyclopaedia Britannica 2009b; Hofmann 2006: 164, 249); dieser Vorfall führt zu einem Machkampf zwischen dem Präsident und dem Verteidigungsminister (Hofmann 2006: 164, 249). 2001 strebt eine neu gegründete Oppositionspartei ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten an (Encyclopaedia Britannica 2009b).</p>
T3-verl	--
t0	1989 beginnen Proteste für die Unabhängigkeit Armeniens und in diesem Zusammenhang auch für eine politische Öffnung (Encyclopaedia Britannica 2009b; Hofmann 2006: 137-143; Manutscharjan 1999: 19, 20-22). Am 23. Sept. 1991 folgt die Erklärung der Unabhängigkeit (Encyclopaedia Britannica 2009b).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Präsidentschaftswahlen 1996, allerdings sind dies nur bedingt freie und faire Wahlen (Encyclopaedia Britannica 2009b).
DR2	In der neuen Verfassung von 1995 (Encyclopaedia Britannica 2009b; Manutscharjan 1999: 29, 30). 1998 wird ein neues Wahlgesetz vom Parlament verabschiedet (Encyclopaedia Britannica 2009b; vgl. Hofmann 2006: 160).

DR3	In der neuen Verfassung von 1995, allerdings mit einem sehr starken Präsidenten (Encyclopaedia Britannica 2009b; vgl. Manutscharjan 1999: 29, 34-42).
DR4	In der neuen Verfassung von 1995 (Manutscharjan 1999: 30-31).
DR5	In der neuen Verfassung von 1995 (Manutscharjan 1999: 29, 31), allerdings explizit kein Erwähnung der Pressefreiheit und eines Zensurverbots (Manutscharjan 1999: 31, 42).
DR6	In der neuen Verfassung von 1995 (Manutscharjan 1999: 31, 32).
DR7	In der neuen Verfassung von 1995 (Manutscharjan 1999: 29, 30, 32).
DR8	In der neuen Verfassung von 1995 (Encyclopaedia Britannica 2009b).
DR9	In der neuen Verfassung von 1995 (Manutscharjan 1999: 29).
WR1	In der neuen Verfassung von 1995 (Manutscharjan 1999: 29, 31-32).
WR2	1996/1997 wird ein neues Monopol- und Wettbewerbsrecht eingeführt (IMF 1998c: 40, vgl. 47; vgl. Vertlib 1999: 176).
WR3	1996/1997 erfolgt die Reform des Schuld- und Konkursrechts (IMF 1998c: 40, vgl. 47).
WR4	Nach 1995 erfolgt eine umfassende Privatisierung, sowohl von KMUs als auch von grösseren Firmen (Vertlib 1999: 170; IMF 1998c: 34; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009b).

Conditions (C1-C4)

alph	99% (World Development Indicators) Für 1995 liegt kein Wert vor, da aber 1989 ein Anteil von 98.8% und 2001 ein solche von 99.4% bestand (World Development Indicators), kann stark vermutet werden, dass auch im Zeitpunkt t1 ein Anteil von rund 99% zutreffend ist.
lebex	70 Jahre (World Development Indicators)
fert	2.0 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	42% (World Development Indicators)
bip	1703 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0 (fsQCA-Wert) Von Konflikten innerhalb der Gesellschaft ist nichts bekannt; das Volk wird als sehr homogen beschrieben (Vertlib 1999: 165). Die grosse Mehrheit der in Armenien lebenden Aserbeidschaner flohen, bzw. wurden vertrieben, während des Konflikts um Nagorno-Karabakh (Encyclopaedia Britannica 2009b).
gini	0.44 (World Development Indicators) Dies ist der Wert für 1996, da für 1994 und 1995 keine Zahlen vorliegen (World Development Indicators). Der tatsächliche Wert dürfte tendenziell eher höher liegen, da erst ab rund 1994 die Inflation unter Kontrolle war und ein Wirtschaftswachstum langsam einsetzte (Hofmann 2006: 152, 154); dies würde auch mit Aussage übereinstimmen, dass rund die Hälfte der Armenier unter der Armutsgrenze lebten und 80% bedürftig waren (Vertlib, 1999: 171, vgl. Hofmann 2006: 154-155). Es handelt sich somit um eine vorsichtige bzw. konservative Schätzung.
C3	1 (fsQCA-Wert) Ein Elitenwechsel fand bereits 1990 mit dem Wahlsieg der Nicht-Kommunisten für den Obersten Sowjet und der anschliessenden Regierungsbildung durch nicht-kommunistische Politiker statt (Manutscharjan 1999: 19, vgl. 23; vgl. Hoffmann 2006: 248; Vertlib 1999: 166). Vorgängig fanden bereits Massenproteste für eine Unabhängigkeit Armeniens von der UdSSR statt, bei denen mehr und mehr auch der Ruf nach Demokratie und freier Marktwirtschaft laut wurde (Manutscharjan 1999: 19, 20-21, 22; vgl. Hofmann 2006: 137-143); entsprechend bestanden schon 1989 mehrere Oppositionsparteien und ein hoch politisiertes Volk (Hofmann 2006: 139, 141, 143). Mit der Unabhängigkeit bildeten sich relativ schnell viele neue Parteien und Organisationen (Manutscharjan 1999: 20), so dass bereits zwischen 1992 und 1994 sich ein breites Parteienspektrum etabliert hatte (Manutscharjan 1999: 24, vgl. 24-26). Ebenfalls bestanden früh (mehr oder weniger) unabhängige Medien und eine grosse Meinungs- und Pressefreiheit (Manutscharjan 1999: 20, 27, vgl. 27-28). Auch nach dem Elitenwechsels bestand eine aktive Opposition, sowohl im Parlament als auch auf der Strasse (Demonstrationen) (Encyclopaedia Britannica 2009b).

C4	0.33 (fsQCA-Wert)
	Die neue Regime-Elite weist autoritäre Züge auf. So verbietet sie 1994 die bedeutendste Oppositionspartei wegen angeblichem Terrorismus (Encyclopaedia Britannica 2009b; vgl. Manutscharjan 1999: 48); auch kommt es zu Verhaftungen von Parteimitgliedern und Anhängern der Opposition und die Pressefreiheit wird eingeschränkt bzw. die Repressionen gegen Medienvertreter nimmt zu (Hofmann 2006: 161-162, 163, 249; vgl. Vertlib 1999: 166). Ebenso werden kleinere Oppositionsparteien von der Regime-Elite in ihrer Tätigkeit behindert (Encyclopaedia Britannica 2009b) und die Parlamentswahlen 1995 sind gemäss OSZE und UNO nicht fair (wohl aber frei) (Manutscharjan 1999: 46, vgl. 19, 28, 43).

Reformsequenz (W)

W	42.2 (1996) (Index of Economic Freedom) -- (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 42.2
	Bereits vor der Unabhängigkeit 1990 beschliesst das neu gewählte Parlament ein Gesetz „über die Zulassung privaten Unternehmertums in Handel und Gewerbe“ (Manutscharjan 1999: 23) und 1994 folgt ein „sehr liberales Gesetz für ausländische Investitionen“ (Vertlib 1999: 176). In diesem Sinne werden dann auch bereits ab 1991 die Liberalisierung der Preise angegangen (teilweise mit Unterstützung des IMF) (Encyclopaedia Britannica 2009b; Hofmann 2006: 152; Vertlib 1999: 167, 169). Entsprechend ist die grosse Mehrheit der Preise 1995 liberalisiert (IMF 1998c: 8; vgl. u.a. Vertlib 1999: 167). Das Zins- und Kreditwesen wird ebenfalls in diesem Zeitraum mehrheitlich liberalisiert (vgl. IMF 1998c: 22, 33, 36); 1993 wird eine eigene Zentralbank gegründet (Vertlib 1999: 169; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009b), die allerdings nur bedingt unabhängig ist (Vertlib 1999: 173). Bis 1995 werden auch Zölle und anderweitige Handelsbeschränkungen mehrheitlich abgebaut (Vertlib 1999: 177; vgl. IMF 1998c: 25-27, 33-34). Andererseits besteht aber auch eine sehr grosse Schattenwirtschaft* von rund 37-40% (Wert 1996) (Hofmann 2006: 152). Und im Bereich der Privatisierungen werden die Reformen nur beschränkt umgesetzt: Zwar wird 1992 ein Gesetz für die Entstaatlichung und Privatisierung von Gebäuden und Baustellen verabschiedet, sowie eine Privatisierungsbehörde eingerichtet (Vertlib 1999: 170) und erste Privatisierungen von KMUs wie auch von grösseren Firmen tatsächlich durchgeführt (Vertlib 1999: 170-171; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009b; Hofmann 2006: 151). Im Endeffekt sind gemäss IMF aber 1995 erst je rund 15% der Kleinunternehmen und der mittleren und grossen Unternehmen privatisiert (1994 lagen diese Anteile sogar bei nur je rund 2%) (IMF 1998c: 76; vgl. 8; vgl. Vertlib 1999: 170, 172, 175, 176). Nur die Privatisierung der Landwirtschaft kann als abgeschlossen bezeichnet werden (Hofmann 2006: 151; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009b; Vertlib 1999: 141). So stehen dann auch 1995 noch umfassend Privatisierungsprojekte an (siehe oben).

Outcome (Y)

Y	5 (Polity IV)
	4 (Freedom House)

* Eine Schattenwirtschaft weist darauf hin, dass die Wirtschaft gegen Aussen relativ geschlossene ist (Burnside und Dollar 2000: 849-850).

Tabelle 12-4: Grunddaten zu Brasilien (BRA)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	04.10.1988
t2	05.10.1988: 1988 (05.10.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Encyclopaedia Britannica 2009c; Luna und Klein 2006: 27-28; Heinz 2001: 156-158).
t2b	1990 (siehe unten)
T3	1995
T3-stab	1995 – zwischen 1991 und 1995 wird die Bedingung erfüllt: Allg.: Der Einfluss der Militärs auf die Politik bleibt auch nach dem Machtwechsel noch relativ gross (Heinz 2001: u.a. 159-161, 162). Erst mit der neuen Regierung von 1990 wird der politische Einfluss der Militärs nach und nach zurückgedrängt und die neue Rollenverteilung zwischen Militär und Zivilregierung von beiden Seiten akzeptiert (Heinz 2001: 163-169). Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1990 wird erstmals der Präsident in direkter Wahl bestimmt (Luna und Klein 2006: 30). 1992 wird der Präsident wegen Korruption seines Amtes enthoben; das Verfahren erfolgt gemäss den Verfassungsbestimmungen (Encyclopaedia Britannica 2009c; Luna und Klein 2006: 31; Heinz 2001: 163). 1993 bestätigt das Stimmvolk in einer Abstimmung das Regierungssystem und damit indirekt auch die Verfassung von 1988 (Encyclopaedia Britannica 2009c; Heinz 2001: 158). 1994 wird in einer Verfassungsänderung die Amtsdauer des Präsidenten reduziert (Encyclopaedia Britannica 2009c).
T3-verl	--
t0	1977/78 zeigen die Streiks, dass Teile der Gesellschaft die Legitimität des Militärregimes klar in Frage stellen; zudem weisen diese Oppositionsgruppen nun einen relativ hohen Organisationsgrad auf und unterstützen sich gegenseitig (vgl. u.a. Luna und Klein 2006: 23-24).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Präsidentschaftswahlen 1990 (Luna und Klein 2006: 30).
DR2	In der neuen Verfassung von 1988 (Luna und Klein 2006: 28; Heinz 2001: 157).
DR3	In der neuen Verfassung von 1988 (Heinz 2001: 157). 1994 wird in einer Verfassungsänderung die Amtsdauer des Präsidenten reduziert (Encyclopaedia Britannica 2009c).
DR4	In der neuen Verfassung von 1988 (Luna und Klein 2006: 28; Heinz 2001: 157).
DR5	In der neuen Verfassung von 1988 (Luna und Klein 2006: 28; Heinz 2001: 157).
DR6	In der neuen Verfassung von 1988 (Luna und Klein 2006: 28; Heinz 2001: 157).
DR7	In der neuen Verfassung von 1988 (Heinz 2001: 157).
DR8	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1988)
DR9	In der neuen Verfassung von 1988 (Heinz 2001: 157).
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1988)
WR2	1990 bricht die neue Regierung mit der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit und beginnt mit radikalen Wirtschaft-Reformen (Encyclopaedia Britannica 2009c; Luna und Klein 2006: 31, 32-33, 61-63). Diese Reformpolitik wird von allen nachfolgenden Regierungen weitergeführt (Luna und Klein 2006: u.a. 63-67, 75-77).
WR3	1994 wird eine neue Währung eingeführt (Encyclopaedia Britannica 2009c).
WR4	1990 beginnt die neue Regierung mit einer umfassenden Privatisierung (Encyclopaedia Britannica 2009c; Luna und Klein 2006: 31, 32-33, 61-63). Diese Reformpolitik wird von allen nachfolgenden Regierungen weitergeführt (Luna und Klein 2006: u.a. 63-67, 72-74, 75-77).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 76% (Haefs 1988: 100)
------	--

lebex	65 Jahre (World Development Indicators) Dies entspricht dem Wert von 1987, aufgrund der vorliegenden Zeitreihe und den Informationen aus der Fallanalyse kann aber davon ausgegangen werden, dass dieser Wert auch für das Jahr 1988 zutreffend ist.
fert	3.0 Geburten pro Frau (World Development Indicators) Dieser Wert basiert auf den Zahlen für 1987 (3.1 Geburten pro Frau), wurde aber auf der Grundlage seiner weiteren zeitlichen Entwicklung leicht angepasst.
agr	10% (World Development Indicators)
bip	7583 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0.33 (fsQCA-Wert) Die Gesellschaft weist zwei klare Gruppen auf – die Nachkommen der Einwanderer aus Europa („Weisse“) vs. die Nachkommen der Einwanderer (bzw. Sklaven) aus Afrika und der Ureinwohner („Schwarze“) –, es bestehen aber keine Konflikte (Encyclopaedia Britannica 2009c).
gini	0.61 (World Development Indicators) Da für das Jahr 1988 keine Werte vorliegen, wurde der Durchschnitt aus den Zahlen für 1987 und 1989 gebildet.
C3	1 (fsQCA-Wert) Bereits 1974 gewinnt die Opposition Regionalwahlen und stellt damit das Militärregime gewissermassen in Frage; dies wiederholt sich in Gemeindewahlen von 1976 (Luna und Klein 2006: 21, 22). Gleichzeitig bilden sich wieder unabhängige Gewerkschaften (Luna und Klein 2006: 23). Allerdings werden u.a. 1977 neue Wahlgesetze erlassen, die ein Sieg der Opposition zukünftig verhindern sollte (Luna und Klein 2006: 22). 1978 kommt es zu grösseren Streiks, die zwar primär eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziel hatten, indirekt aber auch eine Ablehnung des Regimes manifestieren; die Streikenden werden, wie auch alle anderen Oppositionsbewegungen, von der katholischen Kirche unterstützt (Luna und Klein 2006: 23-24). 1979 werden zwar die meisten politischen Gefangenen amnestiert und dadurch die Opposition als ganzes gestärkt (u.a. Formierung von Oppositionsparteien); Streiks werden aber weiterhin gewaltsam unterdrückt (Luna und Klein 2006: 24-25; vgl. Heinz 2001: 148-149). 1982 nehmen die Demonstrationen für einen Übergang zur Demokratie zu und erfahren immer grössere Unterstützung; die Opposition gewinnt ein weiteres Mal in Regionalwahlen (Luna und Klein 2006: 25-26; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009c). 1985 wird dann ein neuer, ziviler Präsident durch ein Wahlgremium gewählt (Encyclopaedia Britannica 2009c; Luna und Klein 2006: 26-27) und die politischen Parteien legalisiert (Encyclopaedia Britannica 2009c). 1986 wählt das Volk einen neuen Kongress, der u.a. auch die Aufgabe hat, eine neue Verfassung auszuarbeiten (Encyclopaedia Britannica 2009c). Es kann daher von einem Elitenwechsel gesprochen werden und allgemein von starken pro-demokratischen Akteuren.
C4	0.33 (fsQCA-Wert) Von Beginn der Militärdiktatur weg stehen sich innerhalb des Regimes Hardliner (Nationalismus, langfristige Beibehaltung der Militärherrschaft) und eher gemässigte Militärs (Öffnung gegen Aussen, baldige Rückkehr zur Demokratie) gegenüber (Heinz 2001: 141-143). 1974 beginnt der neu ernannte Präsident gegen den Widerstand der Hardliner unter den Militärs, das Land zu reformieren (Luna und Klein 2006: 22-23; Heinz 2001: 146); dieser Prozess kann 1978 noch intensiviert werden, da die Hardliner mehr und mehr zurückgedrängt werden (Luna und Klein 2006: 24; vgl. Heinz 2001: 148). 1980 führen Hardliner des Militärs einen Anschlag durch, dies zwingt das Regime gegen die extremsten Elemente in den eigenen Reihen vorzugehen (Luna und Klein 2006: 25). Entsprechend marginalisiert sind diese Akteure 1988. Die Frage nach der juristischen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen durch Militärs wird hingegen bereits vor dem Wechsel zur Demokratie zu einem wichtigen und sehr umstrittenen Thema zwischen Militärführung und ziviler Regierung bzw. Opposition (Heinz 2001: 154-155). Auch unter Zivilregierungen versuchen die Militärs folglich diesbezüglich immer wieder ihren politischen Einfluss auszuüben resp. üben ihn auch effektiv aus (Heinz 2001: 155-156).

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (Index of Economic Freedom) 3.63 (1985) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 4.24 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 39.4</p> <p>In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wird der Import stark reguliert bzw. eingeschränkt und für gewisse Güter sogar verboten; auch in anderen Bereichen werden Liberalisierungen rückgängig gemacht (World Bank 1985b: 1-2). Und in den Folgejahren konzentrieren sich die Anstrengungen primär auf die Stabilität des Haushalts und die Überwindung der Rezession, nicht aber auf Liberalisierungen (World Bank 1985b: 7-20; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009c). Viele Firmen sind weiterhin in staatlicher Hand, darunter auch sehr bedeutende Konzerne (World Bank 1985b: 47-48, vgl. 1-2, 63-81). Entsprechend umfassend und radikal nimmt sich dann auch der Katalog an Reformempfehlungen aus (World Bank 1985b: 63-81).</p>
---	---

Outcome (Y)

Y	<p>8 (Polity IV) 3 (Freedom House)</p>
---	---

Tabelle 12-5: Grunddaten zu Chile (CHL)**(Mess-) Zeitpunkte**

T1	Juli 1989
t2	<p>Juli 1989 (exaktes Datum nicht bekannt): 1989 (Juli) werden in einem Referendum verschiedenen Verfassungsänderungen angenommen (u.a. werden ehemals verbotene Parteien und Gruppen wieder zugelassen, die demokratische Wahl des Senats gestärkt, das Notstandsrecht des Präsidenten und die Machbefugnisse des Nationalen Sicherheitsrats eingeschränkt, das präsidiale Recht zur Auflösung der Legislative abgeschafft, der Schutz der Menschenrechte ausgebaut bzw. gestärkt) und damit die Verfassung von 1981 „demokratisiert“ (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 173; vgl. Martínez und Díaz 1996: 39). Gleichzeitig werden die Suspendierung des Parlaments (seit 1973) aufgehoben (Encyclopaedia Britannica 2009d; vgl. Martínez und Díaz 1996: 13) und sowie alle durch die Militärdiktatur eingeschränkten Verfassungsartikel wieder vollumfänglich angewendet (vgl. Martínez und Díaz 1996: 17).</p>
t2b	--
T3	2000
T3-stab	<p>2000 – zwischen 1996 und 2000 wird die Bedingung erfüllt: 1993 werden zwei hochrangige Offiziere wegen Mordes während der Diktatur verurteilt, weitere Anklagen gegen Militärs werden hingegen (politisch) blockiert (Encyclopaedia Britannica 2009d). 1994 weigert sich ein Polizeioffizier trotz Befehl des Präsidenten zurückzutreten (Encyclopaedia Britannica 2009d). 1995 kritisiert der ehemalige Präsident der Militärdiktatur öffentlich ein Gerichtsurteil gegen zwei Offiziere, die einen Oppositionellen ermordet hatten; ebenfalls kommt es zu einer kleinen Demonstration von Offizieren gegen die juristische Aufarbeitung der Diktatur (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 193). Allg.: Alle Parlaments- und Präsidentschaftswahlen verlaufen friedlich, frei und fair; die Regierungswechsel erfolgen gemäss der Verfassung (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 184-185). Das Verhältnis der Militärs gegenüber dem neuen, demokratischen System ist aber vor allem zu Beginn noch sehr kritisch.</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1993 kommt es zu gewalttätigen Protesten wegen der Menschenrechtsverletzungen des alten Regimes (Encyclopaedia Britannica 2009d).</p>

	<p>1994, 1996 und 1997 blockiert der Senat eine Verfassungsreform, die den Einfluss des Militärs auf die Politik zurückbinden sollte (Encyclopaedia Britannica 2009d).</p> <p>1997 wird eine umfassend Justizreform durchgeführt, die die Demokratie stärkt und den Einfluss der Militärs zurückdrängt (Rinke 2007: 184).</p> <p>1998 tritt der Oberkommandierende der Streitkräfte und ehemaliger Präsident der Militärdiktatur zurück; der Nachfolger an der Spitze der Streitkräfte bekennt sich klar zur Demokratie und der Unterordnung der Sicherheitskräfte unter die demokratische Regierung; dadurch wird das Verhältnis zwischen Regierung und Militär definitiv und eindeutig geklärt (Encyclopaedia Britannica 2009d; vgl. Rinke 2007: 194), das insbesondere bezüglich der Frage nach einer (juristischen) Aufarbeitung der Vergangenheit in den 1990er Jahre sehr kritisch war (Rinke 2007: u.a. 192-194). (Die Verfassungsreform zur vollständigen Unterstellung des Militärs unter die zivile Regierung folgt allerdings erst 2005 (Rinke 2007: 185)).</p> <p>2000 beginnt ein Prozess wegen Menschenrechtsverletzungen und Betrug gegen den ehemaligen Präsidenten des Militärregimes (so wie gegen weitere Militärs), der sich über mehrere Jahre hinzieht (ausgelöst durch eine spanische Anklage 1998) (Encyclopaedia Britannica 2009d).</p>
T3-verl	--
t0	1983 kommt es erstmals zu wirklich grossen öffentlichen Protesten breiter Bevölkerungsschichten gegen das Regime (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 168-170; Martínez und Díaz 1996: 18, vgl. 20).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1989 (Dezember) (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 173-174; Martínez und Díaz 1996: 39-40).
DR2	In der Verfassung von 1981 (Encyclopaedia Britannica 2009d).
DR3	In der Verfassung von 1981 (Encyclopaedia Britannica 2009d).
DR4	In der Verfassungsrevision von 1989 (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 173).
DR5	In der Verfassungsrevision von 1989 (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 173).
DR6	In der Verfassungsrevision von 1989 (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 173).
DR7	(vermutlich in der Verfassung von 1981 bzw. in der Verfassungsrevision von 1989 oder 1997) 1997 wird eine umfassend Justizreform durchgeführt, die die Demokratie stärkt und den Einfluss der Militärs zurückdrängt (Rinke 2007: 184).
DR8	(vermutlich in der Verfassung von 1981 bzw. in der Verfassungsrevision von 1989 oder 1997) 1997 wird eine umfassend Justizreform durchgeführt, die die Demokratie stärkt und den Einfluss der Militärs zurückdrängt (Rinke 2007: 184).
DR9	(vermutlich in der Verfassung von 1981 bzw. in der Verfassungsrevision von 1989 oder 1997) 1997 wird eine umfassend Justizreform durchgeführt, die die Demokratie stärkt und den Einfluss der Militärs zurückdrängt (Rinke 2007: 184).
WR1	(vermutlich in der Verfassung von 1981)
WR2	Die liberale Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur wird von den demokratischen Regierungen fortgeführt (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009d; Martínez und Díaz 1996: 47-56).
WR3	(erfolgte vermutlich bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen)
WR4	1994 werden verschiedene Staatsbetriebe privatisiert (Encyclopaedia Britannica 2009d; vgl. Rinke 2007: 176).

Conditions (C1-C4)

alph	<p>94% (World Development Indicators)</p> <p>Dies ist der Wert für 1992, da keine früheren Werte vorliegen; aufgrund der Analyse kann aber angenommen werden, dass dieser Wert auch für das Jahr 1989 korrekt ist.</p>
------	--

lebex	74 Jahre (World Development Indicators) Dies entspricht dem Wert von 1990, da für 1989 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der weiteren zeitlichen Entwicklung dieses Werts und der Erkenntnisse aus der übrigen Analyse kann aber davon ausgegangen werden, dass der hier angenommene Wert zutreffend ist.
fert	2.6 Geburten pro Frau (World Development Indicators) Dies entspricht dem Wert von 1990, da für 1989 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der zeitlichen Entwicklung dieses Werts kann aber davon ausgegangen werden, dass der hier angenommene Wert zutreffend ist.
agr	9% (World Development Indicators)
bip	6501 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0 (fsQCA-Wert) Die Gesellschaft setzt sich primär aus europäischen Einwanderern zusammen und ist entsprechend homogen; daneben besteht eine relativ kleine Minderheit indigener Urvölker (Encyclopaedia Britannica 2009d; vgl. Rinke 2007: 181-182).
gini	0.56 (World Development Indicators) Dies ist der Durchschnittswert der Jahre 1989 und 1990, da für das Jahr 1989 keine Zahlen vorliegen.
C3	0.67 (fsQCA-Wert) 1978 finden anlässlich des Jahrestags der Machtergreifung durch die Militärs erstmals kleinere Demonstrationen gegen das Regime statt; diese Demonstrationen erfahren von Jahr zu Jahr mehr Zulauf (Rinke 2007: 167-168; vgl. Martínez und Díaz 1996: 20). 1982 gibt das Regime den Protesten etwas nach und lockert u.a. die Pressezensur und das Versammlungsverbot (Rinke 2007: 171). 1983 kommt es dann mehrmals zu grossen öffentlichen Protesten breiter Bevölkerungsschichten (und Ausschreitungen) gegen das Regime (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 168-170; Martínez und Díaz 1996: 18, vgl. 20); die katholische Kirche schliesst sich dieser Kritik am Regime an (welche sich schon früher dezidiert gegen das Regime stellte; Rinke 2007: 167; Martínez und Díaz 1996: 17-18) und fordert 1985 zusammen mit rechten Parteien einen baldigen Übergang zur Demokratie (Encyclopaedia Britannica 2009d; Martínez und Díaz 1996: 38, vgl. 35-36; vgl. Rinke 2007: 170). Bereits 1983 schliessen sich verschiedenen Oppositionsparteien zu einer Allianz zusammen, die sich aktiv für eine Demokratisierung einsetzen (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 170). 1988 werden Parteien unter Einschränkungen auch offiziell wieder zugelassen (Rinke 2007: 172), was deren Spielraum massiv vergrössert. Im gleichen Jahr tritt die grosse Mehrheit der Parteien trotz politischer bzw. ideologischer Differenzen in ihrer Ablehnung einer weiteren Amtszeit des herrschenden Militärdiktators geeint auf (Martínez und Díaz 1996: 38-39). Im Oktober 1988 unterliegt dann das Regime in einem Plebiszit über ein neues Regierungsmandat (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 172; Martínez und Díaz 1996: 39) und nimmt in Folge dessen mit der Allianz der Opposition Verhandlungen auf (Encyclopaedia Britannica 2009d).
C4	0.67 (fsQCA-Wert) Die Militärs kontrollieren weiterhin alle Sicherheitskräfte und haben die Regierungsmacht inne (u.a. Martínez und Díaz 1996: 19), sie akzeptieren aber den Referendumsentscheid von 1988 und damit den Übergang zur Demokratie (siehe oben). Andererseits behält sich das Militär wichtige Einflussmöglichkeiten auf die Politik vor (Encyclopaedia Britannica 2009d; vgl. Rinke 2007: 172-173), und verteidigt diese aktive (siehe oben). Zudem kann das alte Regime auch in gewissen Teilen der Gesellschaft weiterhin auf Sympathie zählen (vgl. Rinke: 171, 174).

Reformsequenz (W)

W	-- (Index of Economic Freedom) 6.59 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 65.9 Ab 1973 werden mehrere umfassende Liberalisierungsreformen durchgeführt und auch die grosse Mehrheit der Staatsbetriebe privatisiert (Encyclopaedia Britannica 2009d; Rinke 2007: 178; Martínez und Díaz 1996: 43, 47-56), so dass bereits 1989 von einer vollumfänglich freien Marktwirtschaft gesprochen werden kann (Encyclopaedia Britannica 2009d; vgl. Rinke 2007: u.a. 175; Martínez und Díaz 1996: 43, 50-51; IMF 1995).
---	---

Outcome (Y)

Y	9 (Polity IV) 2 (Freedom House)
---	------------------------------------

Tabelle 12-6: Grunddaten zu Ghana (GHA)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	Mai 1992
t2	Mai 1992 (exaktes Datum nicht bekannt): 1992 (Mai) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Encyclopaedia Britannica 2009f); Annahme der Verfassung in einer Volksabstimmung im April 1992 (Gocking 2005: 209; Haynes 1993: 455).
t2b	--
T3	2000
T3-stab	2000 – zwischen 1996 und 2000 wird die Bedingung erfüllt: 1994 kommt es zu gewalttätigen Konflikten zwischen verschiedenen Ethnien, die über 1000 Todesopfer fordern und grosse Flüchtlingsströme auslösen; um die Kontrolle wieder herzustellen, wird der Ausnahmezustand verhängt (Encyclopaedia Britannica 2009f; Gocking 2005: 224-225). 1995 brechen erneut Gewalttätigkeiten zwischen einzelnen Ethnien aus, die wiederum rund 100 Menschenleben fordern (Encyclopaedia Britannica 2009f). 1995 fordern Demonstrationen gegen die Einführung der Mehrwertsteuer mehrere Todesopfer; die Regierung macht diese daraufhin wieder rückgängig (Encyclopaedia Britannica 2009f; Gocking 2005: 222). Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1998 kommt es zu verschiedenen Demonstrationen wegen der weit verbreiteten Korruption und der schlechten Wirtschaftslage (Encyclopaedia Britannica 2009f). 2000 kommt es zum ersten Mal zu einem demokratischen Machtwechsel (Encyclopaedia Britannica 2009f; Gocking 2005: 251-253; Haynes 1993: 451, 464).
T3-verl	--
t0	1988 werden oppositionelle Stimmen immer lauter und das Regime beginnt mit ersten politischen Reformschritten (u.a. Wahlen auf Distriktebene) (Gocking 2005: 206-208; Haynes 1993: 451-454, 461).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Präsidentschafts- Parlamentswahlen 1992 und 1996 (Encyclopaedia Britannica 2009f; Gocking 2005: 211, 231; Haynes 1993: 451, 452, 462-463).
DR2	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009f).
DR3	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009f).
DR4	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009f).
DR5	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009f).
DR6	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)

DR8	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009f).
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992 bzw. erfolgte vermutlich bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen)
WR2	1995 werden weitere noch bestehende Import- und Exportrestriktionen aufgehoben (Gocking 2005: 221).
WR3	(erfolgte vermutlich bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen)
WR4	1993 folgte die Privatisierung weiterer kleiner Firmen (Pereira Leite 2000: 50, 52); ein umfassendes Privatisierungsprogramm wird 1994 eingeleitet (wenn auch hier teilweise mit Verzögerungen) (Encyclopaedia Britannica 2009f; Pereira Leite et al. 2000: 50, 51-52, vgl. 55-56; World Bank 1995: 1-2 vgl. VIII).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 60% (Baratta 1992: 363)
lebex	58 Jahre (World Development Indicators)
fert	5.5 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	45% (World Development Indicators)
bip	890 US\$ (World Development Indicators)
konf1	1 (fsQCA-Wert) Das Volk ist bezüglich Ethnie, Sprache und Religion sehr heterogen (Encyclopaedia Britannica 2009f). Es kam im Laufe der jüngeren Geschichte immer wieder zu gewalttätigen Konflikten zwischen den verschiedenen Ethnien und Sprachgruppen (die teilweise auch Tote forderten) (Encyclopaedia Britannica 2009f; Gocking 2005: 224).
gini	0.38 (World Development Indicators)
C3	0.33 (fsQCA-Wert) 1988 und 1989 finden auf Distriktebene erstmals Wahlen statt (Gocking 2005: 206-207; Haynes 1993: 451, 461); diese Institution spielt schnell eine wichtige politische Rolle im Alltag der Bürger und bildet eine gewisse unabhängige Instanz gegenüber dem Regime (Gocking 2005: 206-207; Haynes 1993: 461). Zu dieser Zeit sind vor allem die Gewerkschaften und die Kirchen wichtige Akteure der Opposition (die Zulassung von Parteien erfolgt erst im Herbst 1992) (Haynes 1993: 452-453). Zusätzlich existierte eine Sammelbewegung von Oppositionellen (Gocking 2005: 208; Haynes 1993: 454, vgl. 458-460), die allerdings im Vorfeld der Wahlen von 1992 auseinanderbricht (Haynes 1993: 454). Mit Beginn der 1990er Jahre wurden unabhängige Zeitungen zugelassen und die meisten politischen Gefangenen freigelassen (Gocking 2005: 208-209). Gesamthaft war die Stellung und Bedeutung der Opposition somit eher klein (Haynes 1993: u.a. 452).
C4	0 (fsQCA-Wert) Es gibt keine Hinweise, dass (starke) Veto-Player existieren; insbesondere das Militär steht geschlossen hinter den Entscheidungen des Regimes (z.B. bezüglich des Verfassungsreferendums) (Gocking 2005: 208).

Reformsequenz (W)

W	-- (1990) (Index of Economic Freedom) 55.6 (1995) (Index of Economic Freedom) 4.97 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 5.57 (1995) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 52.7 Bereits ab den frühen 1980er Jahre werden schrittweise aber umfassend u.a. die Preise und das Währungssystem liberalisiert, der Aussenhandel geöffnet und allgemein dank besserer Regulierung die Marktzutritte mehr und mehr gewährleistet (Encyclopaedia Britannica 2009f; Gocking 2005: 193-200; Pereira Leite et al. 2000: 57-59, vgl. 64-65; IMF 1999b: 31-32; World Bank 1995: 1, 2-3, 14, 18, 24, vgl. XII, 12-13; vgl. Haynes 1993: 451-452). Auch Privatisierungen werden früh eingeleitet (Encyclopaedia Britannica 2009f; Pereira Leite et al. 2000: 50, 52), so dass bei Inkrafttreten der neuen Verfassung bereits
---	---

knapp zwei Drittel des Wirtschaftsvolumens von Privaten erbracht wird (World Bank 1995: 21, 24, vgl. 22-23; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009f). Trotz dieser Reformen bestehen aber 1992 weiterhin gewisse Einschränkungen bei den Marktzutritten und im Aussenhandel (IMF 1999b: 34-41, 41-45; World Bank 1995: IX, 17) und u.a. der sehr bedeutende Coca-Export verbleibt weiterhin mehrheitlich in staatlicher Hand (World Bank 1995: X-XI, vgl. 18).

Outcome (Y)

Y	2 (Polity IV)
	2.5 (Freedom House)

Tabelle 12-7: Grunddaten zu Guinea-Bissau (GNB)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	Mai 1991
t2	Mai 1991 (exaktes Datum nicht bekannt): 1991 (Januar) wird die Einführung eines Mehrparteiensystems von der herrschenden Partei beschlossen und später (Mai) die Existenz von (Oppositions-) Parteien von der Legislative legalisiert (Forrest 2005: 251; East 1993: R12; East 1991: 37948). Damit wird faktisch die Verfassung von 1984 wieder voll respektiert und ihre grössten Demokratie-defizite ausgemerzt (vgl. Encyclopaedia Britannica 2009g; East 1995: R17; East 1992: R12; East 1991: 38665).
t2b	1993 (siehe unten)
T3	1998
T3-stab	Kein Datum – Bedingung wird nur für die Jahre 1994 bis 1997 erfüllt, nicht aber für 1998: 1998 (Juni) erfolgt eine Revolte des Militärs gegen den Präsidenten, die auch Unterstützung in der Bevölkerung findet (Encyclopaedia Britannica 2009g; Forrest 2005: 255-256). In der Folge kommt es zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden Parteien, bei dem auch Truppen aus Senegal und Guinea beteiligt sind (Encyclopaedia Britannica 2009g; vgl. Forrest 2005: 256). Dank internationaler Vermittlung kann im November des gleichen Jahres ein Waffenstillstand vereinbart werden (Encyclopaedia Britannica 2009g). Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1992 wird erstmals eine Demonstration (gegen die Regierung) bewilligt (East 1992: 38802); oppositionelle Medien werden zugelassen und allen Parteien der Zugang zu Radio und Fernsehen erlaubt (Forrest 2005: 253). 1993 wird der Präsident der wichtigsten Oppositionspartei verhaftet und vorübergehend in eine psychiatrische Klinik eingewiesen (Encyclopaedia Britannica 2009g; East 1993: 39452; East 1994: R15). 1994 werden nach mehrmaligem Verschieben Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt (Encyclopaedia Britannica 2009g; East 1994: 39901, 39949, 40130; vgl. East 1994: R15; East 1993: R13; East 1991: 38802); die Wahlen werden von ausländischen Beobachtern als frei und fair bezeichnet (East 1994: 40130). 1997 setzt der Präsident Truppen ein, um Proteste der Staatsangestellten wegen schlechter Bezahlung und Arbeitsbedingungen niederzuschlagen (Encyclopaedia Britannica 2009g). Im gleichen Jahr kommt es auch wegen der Einführung des Franc als Landeswährung zu einem landesweiten Streik (organisiert durch die Gewerkschaften) (Encyclopaedia Britannica 2009g).
T3-verl	1998 ist das staatliche Gewaltmonopol stark begrenzt (Polity IV, siehe auch oben) und wird die Kontrolle über das Staatsgebiet teilweise durch externe Akteure ausgeübt (siehe oben).
t0	1990 kommt es erstmals zu öffentlichem Druck, ein Mehrparteiensystem einzuführen (East 1991: 38033; vgl. Forrest 2005: 251).

Reformen

DR1	U.a. Durchführen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1994 (u.a. East 1994: 40130).
-----	---

DR2	In der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009g; vgl. Forrest 2005: 253).
DR3	In der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009g).
DR4	(vermutlich in der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991)
DR5	(vermutlich in der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991)
DR6	(vermutlich in der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991)
DR7	(vermutlich in der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991)
DR8	In der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009g).
DR9	(vermutlich in der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991)
WR1	(vermutlich in der Verfassung von 1984 bzw. in deren Revision 1991)
WR2	1993 und 1994 werden die in den späteren 1980er Jahre begonnen Reformvorhaben wieder (zaghaft) aufgenommen (Esim 1996: 140; vgl. East 1994: R15). 1995 wird mit dem IMF ein neues Reformprogramm vereinbart (Encyclopaedia Britannica 2009g; IMF 1998a: 7).
WR3	(es besteht eine Zentralbank (vgl. IMF 1998a: 16), allerdings darf aufgrund der allgemein sehr rigiden Regulierung angezweifelt werden, dass diese unabhängig ist)
WR4	1993 und 1994 wird die in den späten 1980er Jahre begonnene Privatisierung wieder (zaghaft) aufgenommen (Esim 1996: 140). 1995 und in den folgenden Jahren folgt dann eine umfassende Privatisierung (IMF 1998a: 11).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 37% (Baratta 1991: 398)
lebex	43 Jahre (World Development Indicators) Dies ist der Durchschnitt aus den Werten der Jahre 1990 und 1992, da für 1991 keine Daten vorliegen.
fert	7.1 Geburten pro Frau (World Development Indicators) Dies ist der Durchschnitt aus den Werten der Jahre 1990 und 1992, da für 1991 keine Daten vorliegen.
agr	54% (World Development Indicators)
bip	639 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0.33 (fsQCA-Wert) Das Volk ist bezüglich Ethnie, Religion und Sprache sehr heterogen (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009g).
gini	0.47 (World Development Indicators) Dies ist der Wert von 1993, da für 1991 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der Ergebnisse der Analyse kann davon ausgegangen werden, dass dieser Wert auch für 1991 zutreffend ist.
C3	0.33 (fsQCA-Wert) Verschiedene Oppositionsparteien setzten sich für eine politische Öffnung ein, allerdings arbeiten diese nur bedingt miteinander zusammen und erfahren auch nur mässige Unterstützung aus der Bevölkerung (vgl. Forrest 2005: 246-247, 252, 254). Innerhalb der herrschenden Partei gibt es Stimmen, die dezidiert politische Reformen fordern (Forrest 2005: 251).
C4	0.67 (fsQCA-Wert) Die Sicherheitskräfte halten sich zwar vordergründig aus den politischen Tagesgeschäften heraus (siehe oben), im Hintergrund – das zeigt auch der weitere Verlauf der Geschichte – bestehen sie aber auf eine „angemessene“ politische Einflussnahme (vgl. u.a. Encyclopaedia Britannica 2009g; Forrest 2005: 257-264).

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (Index of Economic Freedom) 2.99 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 29.9</p> <p>Nach der Unabhängigkeit 1974 wurde eine rigide Planwirtschaft errichtet (Esim 1996: 139; Schiefer und Sigrist 1992: 121-122; vgl. IMF 1998a: 7). Zwar werden dann von 1987 bis 1989 erste Liberalisierungs- und Privatisierungsreformen durchgeführt (Encyclopaedia Britannica 2009g; Forrest 2005: 250-251; IMF 1998a: 7; Esim 1996: 140; Schiefer und Sigrist 1992: 131), die u.a. die Freigabe gewisser Preise, das Recht, Handel zu betreiben, und eine gewisse Öffnung des Aussenhandels (inkl. Devisen) beinhalten (Schiefer und Sigrist 1992: 123, 124, vgl. 129; vgl. Esim 1996: 140). Trotz dieser Reformen, bleibt die Wirtschaft 1991 aber noch sehr stark reguliert und kontrolliert (vgl. Schiefer und Sigrist 1992: 123, 124-125, 137), und die meisten Betriebe befinden sich weiterhin in Staatsbesitz (Schiefer und Sigrist 1992: 137; vgl. Esim 1996: 140). Auch die Schattenwirtschaft* ist relativ bedeutend (vgl. Esim 1996: 140-142).</p>
---	---

Outcome (Y)

Y	-77 (Polity IV)
	0 (fsQCA-Wert)

* Eine Schattenwirtschaft weist darauf hin, dass die Wirtschaft gegen Aussen relativ geschlossen ist (Burnside und Dollar 2000: 849-850).

Tabelle 12-8: Grunddaten zu Guyana (GUY)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	09.06.1992
t2	10.06.1992: 1992 (10.06.) wird mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes wieder die alte Verfassung von 1980 in Kraft gesetzt (East 1991: 38673, vgl. 38571; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009h).
t2b	1993 (siehe unten)
T3	2004
T3-stab	<p>2004 – zwischen 2000 und 2004 wird die Bedingung erfüllt: 1997 wird das Resultat der Präsidentschaftswahlen angezweifelt, es kommt zu gewalttätigen Demonstrationen, die auch ethnische Differenzen zu Tage bringen; erst 1998 kehrt dank eines Übereinkommens zwischen den Parteien wieder Ruhe ein (Encyclopaedia Britannica 2009h). 1999 flammen die gewalttätigen Protest der Opposition wieder auf (Encyclopaedia Britannica 2009h). Allg.: Die Regierungswechsel erfolgen gemäss der Verfassung (u.a. Griffith 1997: 281).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1992 werden Wahlreformen durchgeführt; diese sind mit dem demokratischen System vereinbar (Carter 1993: 12, 14, 18-27). 2000 wird eine unabhängige Wahladministration gegründet (Encyclopaedia Britannica 2009h). 2001 kommt es zu vereinzelt Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit der Parlamentswahl (Encyclopaedia Britannica 2009h). 2002 kommt es zu einer Zunahme an (Banden-) Kriminalität und an Gewalt zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen (u.a. wird ein Regierungsgebäude gestürmt, es gibt zwei Tote) (Encyclopaedia Britannica 2009h).</p>
T3-verl	--

t0	1987/1988 erfolgen die ersten Demokratie-Reformen und vor allem Wirtschaft-Reformen, die Ablehnung des herrschenden Systems durch Teile der Elite zeigt sich hingegen nicht sehr ausgeprägt (vgl. weiter unten).
----	--

Reformen

DR1	U.a. Durchführen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009h; Carter 1993: 14). 2000 wird eine unabhängige Wahladministration gegründet (Encyclopaedia Britannica 2009h).
DR2	In der Verfassung von 1980 (Encyclopaedia Britannica 2009h; Griffith 1997: 272) 1992 werden weitere Wahlreformen durchgeführt (Carter 1993: 12, 14, 18-27).
DR3	In der Verfassung von 1980 (Encyclopaedia Britannica 2009h).
DR4	In der Verfassung von 1980 (Griffith 1997: 272).
DR5	In der Verfassung von 1980 (Griffith 1997: 272).
DR6	In der Verfassung von 1980 (Griffith 1997: 272).
DR7	(vermutlich in der Verfassung von 1980)
DR8	In der Verfassung von 1980 (Encyclopaedia Britannica 2009h).
DR9	(vermutlich in der Verfassung von 1980)
WR1	(vermutlich in der Verfassung von 1980 oder aber im Zuge der Wirtschaft-Reformen)
WR2	1994 wird ein Liberalisierungsprogramm mit dem IMF vereinbart (Encyclopaedia Britannica 2009h; vgl. Egoumé-Bossogo 2003).
WR3	1992 besteht zwar eine Zentralbank, sie ist aber nicht unabhängig (World Bank 1993a: XVI).
WR4	1993 werden einzelne Firmen privatisiert (Egoumé-Bossogo et al. 2003: 26, vgl. 27-29; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009h). 1994 beginnt ein umfassendes Privatisierungsprogramm (Egoumé-Bossogo et al. 2003: 27-29, vgl. 26). 1996 werden 6 weitere Firmen privatisiert (Encyclopaedia Britannica 2009h).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 96% (Baratta 1992: 382)
lebex	63 Jahre (World Development Indicators)
fert	2.6 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	41% (World Development Indicators)
bip	2273 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0.67 (fsQCA-Wert) Es gibt verschiedene ethnische Gruppen, die nicht immer spannungsfrei zusammenleben; zudem widerspiegeln sich die Ethnien im Parteiensystem resp. den Wahlergebnissen (Encyclopaedia Britannica 2009h; Griffith 1997: 272, vgl. 278-279; vgl. Premdas 1995) (vgl. dazu auch weiter oben).
gini	0.52 (World Development Indicators)
C3	0.33 (fsQCA-Wert) 1985 schliessen sich 5 der 6 Oppositionsparteien zu einer Koalition zusammen, mit dem Ziel einer Demokratisierung (Carter 1993: 17). Zwar erfolgen in den späteren 1980er Jahre und zu Beginn der 1990er Jahre verschiedene Reformen (u.a. Medienfreiheit und Wahlreformen) (Griffith 1997: 270, 276; Carter 1993: 12, 14, 18-27, vgl. East 1991: 38142, 38247), da weiterhin ein autokratisches Regime herrscht (u.a. Ausnahmezustand) (East 1991: 38673, vgl. 38571), ergeben sich daraus aber keine Spielräume für pro-demokratische Akteure.

C4	0.33 (fsQCA-Wert)
	Die Sicherheitskräfte wurden ab 1985 de-politisiert, d.h. ihre Verbindung zur regierenden Partei wurde aufgehoben und ihre Loyalität auf den Staat „ausgerichtet“; zum Zeitpunkt der Wahlen war aber nicht ganz klar, wie weit sich die Sicherheitskräfte auch tatsächlich neutral verhalten würden - insbesondere bei einem Sieg der Opposition (Griffith 1999: 275).

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (1990) (Index of Economic Freedom) 45.7 (1995) (Index of Economic Freedom) -- (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 4.81 (1995) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 46.9 (Wert von 1995 statt 1992) 0.33 (fsQCA-Wert)</p> <p>Bis 1988 ist der Staatssektor sehr dominant, d.h. über 80% der Wirtschaft wird staatlich kontrolliert, alle Preise sind reguliert und der internationale Finanzverkehr ist praktisch unterbunden (Encyclopaedia Britannica 2009h; IMF 1999c: 5; vgl. Egoumé-Bossogo et al. 2003: 32; World Bank 1993a: XI, 3). 1988 wird zwar ein umfassendes Privatisierungsprogramm lanciert (primär die Privatisierung kleinerer Firmen; Egoumé-Bossogo 2003: 28, vgl. 26) und allgemein der Staatssektor limitiert (IMF 1999c: 5; World Bank 1993a: XI, 4; vgl. Egoumé-Bossogo 2003: 26, 27-29), trotzdem bleibt 1992 insbesondere der Finanzsektor und die Zucker- und Bergbauindustrie (Bauxit) grösstenteils noch immer in staatlicher Hand, und auch viele Landwirtschaftsflächen sind noch in Staatsbesitz (World Bank 1993a: XIII, XVI; vgl. Egoumé-Bossogo 2003: 26, 27-29). Hingegen werden dank radikaler Liberalisierungsschritte u.a. die Preiskontrollen mehrheitlich abgeschafft, ein freier Wechselkurs zugelassen, und die Import- und Exportbeschränkungen reduziert (IMF 1999c: 5; World Bank 1993a: XI, 4, 7-8, vgl. XV-XVI, 37-49; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009h). Aufgrund der erhobenen Daten kann einen fsQCA-Wert von 0.33 angenommen werden; diese Einschätzung stimmt auch mit den Index-Werten von 1995 überein.</p>
---	--

Outcome (Y)

Y	6 (Polity IV)
	2 (Freedom House)

Tabelle 12-9: Grunddaten zu Kirgisistan (KYR)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	04.05.1993
t2	05.05.1993: 1993 (05.05.) stimmt das Parlament einer neuen Verfassung zu (Encyclopaedia Britannica 2009i; Weltgeschehen 1996: 109).
t2b	1994 (siehe unten)
T3	1999
T3-stab	<p>1999 – zwischen 1995 und 1999 wird die Bedingung erfüllt: 1994 kommt es in der (richtungsentscheidenden) Frage der Wirtschaftspolitik zu einem offenen Machtkampf zwischen Parlament und Präsident (Encyclopaedia Britannica 2009i; Weltgeschehen 1996: 118). Bis 1995 kann der Präsident diesen Machtkampf für sich entscheiden (u.a. Volksmehr in einem Referendum Ende 1994, Wahl eines neuen Parlaments, Bestätigung im Amt) (Mangott 1996b: 105-107; Weltgeschehen 1996: 115, 120-123; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009i).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1994 wird in einer Verfassungsänderung (Referendum) eine zweite Parlamentskammer geschaffen (Encyclopaedia Britannica 2009i).</p>

	<p>1996 wird in einem Verfassungsreferendum dem Präsidenten mehr Macht zugesprochen; allgemein trägt der Regierungsstil des Präsidenten immer mehr autokratische Züge (Encyclopaedia Britannica 2009i; Mangott 1996b: u.a. 109-111; Weltgeschehen 1996: 125-126).</p> <p>1997 werden mehrere Oppositionspolitiker und Medienschaffende wegen verschiedener Delikte verurteilt, um so ihren politischen Einfluss zu hintertreiben (Encyclopaedia Britannica 2009i).</p> <p>1998 wehren sich Teile des Parlaments und Oppositionspolitiker erfolglos gegen eine erneute Verfassungsrevision, die den Präsidenten weiter stärken würden (an sich aber noch mit dem Systemtyp übereinstimmen würde) (Encyclopaedia Britannica 2009i).</p> <p>1999 kommt es zu lokalen Kämpfen zwischen den Sicherheitskräften und in das Land infiltrierten Islamisten; Ende des Jahrs verlassen die Kämpfer das Land (Encyclopaedia Britannica 2009i).</p>
T3-verl	--
t0	<p>1989 formiert sich ein Reform-bereiter Flügel innerhalb der herrschenden Partei (Mangott 1996b: 101), und oppositionelle Gruppen beginnen in der Öffentlichkeit zu operieren (Mangott 1996b: 100-101). 1991 (31. 8.) erklärt sich das Land als unabhängig (Encyclopaedia Britannica 2009i; Weltgeschehen 1996: 105).</p>

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1995 (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009i), allerdings sind dies kaum freie und faire Wahlen.
DR2	In der neuen Verfassung von 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009i, Weltgeschehen 1996: 109).
DR3	<p>In der neuen Verfassung von 1993, allerdings mit einem sehr starken Präsidenten (Encyclopaedia Britannica 2009i; Weltgeschehen 1996: 109)</p> <p>1994 wird in einer Verfassungsänderung eine zweite Parlamentskammer geschaffen (Referendum) (Encyclopaedia Britannica 2009i).</p> <p>1996 wird in einem Verfassungsreferendum dem Präsidenten mehr Macht zugesprochen (Encyclopaedia Britannica 2009i; Mangott 1996b: u.a. 109-111; Weltgeschehen 1996: 125-126).</p> <p>1998 tritt eine Verfassungsrevision in Kraft, die den Präsidenten weiter stärkt (Encyclopaedia Britannica 2009i).</p>
DR4	In der neuen Verfassung von 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009i, Weltgeschehen 1996: 109, 110).
DR5	In der neuen Verfassung von 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009i, Weltgeschehen 1996: 109, 110).
DR6	In der neuen Verfassung von 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009i, Weltgeschehen 1996: 109, 110).
DR7	In der neuen Verfassung von 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009i, Weltgeschehen 1996: 109).
DR8	In der neuen Verfassung von 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009i, Weltgeschehen 1996: 109).
DR9	In der neuen Verfassung von 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009i, Weltgeschehen 1996: 109).
WR1	<p>In der neuen Verfassung von 1993 (Weltgeschehen 1996: 109, 110) (bereits ein erstes Mal erwähnt im neuen Privatisierungsgesetz von 1992; Weltgeschehen 1996: 106).</p> <p>1998 wird in einem Referendum der Privatbesitz von Boden legalisiert (Encyclopaedia Britannica 2009i).</p>
WR2	1994 wird der 1993 gestoppte Reformprozess im Bereich Preis- und Handelsliberalisierung wieder aufgenommen (World Bank 1994a: II, III, IV, 17, 20).
WR3	1993 (Mai) wird eine eigene Währung eingeführt (Encyclopaedia Britannica 2009i; Havlik und Vertlib 1996: 205; World Bank 1994a: 1) und eine Zentralbank gegründet (die aber nicht unabhängig ist, sondern primär der Regierung als Instrument dient) (World Bank 1994a: 4-5).
WR4	1994 wird die Privatisierung der Staatsbetriebe, insbesondere der grösseren Firmen, (wieder) in Angriff genommen (World Bank 1994a: II-III, 8-9, 20; vgl. IMF 1998b: 5, vgl. 7).

Conditions (C1-C4)

alph	99% (World Development Indicators)
	Dies ist der Wert von 1999, da für die älteren Jahre keine Daten vorliegen. Aufgrund der Analyse kann aber davon ausgegangen werden, dass sich dieser Wert in den 90er Jahren nicht dramatisch verändert hat und somit dieser geschätzte Wert als korrekt angenommen werden kann.
lebex	67 Jahre (World Development Indicators)
fert	3.3 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	39% (World Development Indicators)
bip	1636 US\$ (World Development Indicators)
konf1	1 (fsQCA-Wert)
	Das Volk ist bezüglich Ethnie sehr heterogen (Mangott 1996b: 97-100; Weltgeschehen 1996: 103). Insbesondere das Verhältnis zwischen Kirgisen und Usbeken ist nicht spannungsfrei, so kommt es 1990 zu länger andauernden blutigen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Volksgruppen mit Hunderten Toten (Havlik und Vertlib 1996: 201; Mangott 1996b: 99; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009i; Weltgeschehen 1996: 114). Aber auch gegenüber den im Land lebenden Russen (und anderen Einwanderern) bestehen Vorbehalte, so wird beispielsweise Russisch nicht als zweite Amtssprache anerkannt (u.a. Mangott 1996b: 102, 103; Weltgeschehen 1996: 106-107, vgl. 113).
gini	0.54 (World Development Indicators)
C3	0.33 (fsQCA-Wert)
	Bereits vor der Unabhängigkeit formieren sich erste, von der kommunistischen Partei unabhängige Gruppen (Mangott 1996b: 100-101). Und auch in der herrschenden Partei sind Anzeichen für einen Wechsel sichtbar, welche sich dann konkret 1990 in deren Wahl eines gemässigten Präsidenten zeigen (Mangott 1996b: 101). 1990 werden politische Parteien offiziell zugelassen (Weltgeschehen 1996: 105) und 1991 wird der amtierende Präsident in einer demokratischen Volkswahl im Amt bestätigt (Weltgeschehen 1996: 106). Diese Wahl ist aber nur bedingt ein Elitewechsel, da weiterhin die alten Eliten an der Macht sind (insbesondere das Parlament wurde nicht neu konstituiert).
C4	0.33 (fsQCA-Wert)
	Eine Mehrheit der Parlamentarier ist sehr kritisch, wenn nicht gar offen ablehnend gegenüber Wirtschaft-Reformen und Demokratie-Reformen eingestellt (siehe oben). Der Präsident zeigt (ab 1992) autokratische Züge, in dem er immer mehr Macht bei sich konzentriert (u.a. Mangott 1996b: 102).

Reformsequenz (W)

W	-- (Index of Economic Freedom) -- (Economic Freedom (Fraser Institute)) 0.33 (fsQCA-Wert)
	1991 wird die Privatisierung eingeleitet (vor allem KMUs) (IMF 1998b: 5; Havlik und Vertlib 1996: 203, 204; World Bank 1994a: II, 7; Deutschland 1993: 22) und 1992 wird ein umfassendes Privatisierungsgesetz erlassen (Weltgeschehen 1996: 106; Deutschland 1993: 22). Allerdings kommt die Umsetzung nur schleppend voran resp. wird im Landwirtschaftsbereich sogar gestoppt, so dass 1993/1994 noch immer die Mehrheit der Betriebe nicht privatisiert ist (gemäss Weltbank rund zwei Drittel; World Bank 1994a: II, 7) (Havlik und Vertlib 1996: 204; World Bank 1994a: II, 7-8, 14; vgl. EBRD 2009b; Weltgeschehen 1996: 127-128; Deutschland 1993: 22). Parallel dazu wird ein Grossteil der Preise liberalisiert (World Bank 1994a: II, 15; Deutschland 1993: 22; vgl. IMF 1998b: 5; Weltgeschehen 1996: 106) und auch bei der Handelsliberalisierung und dem Kapitalverkehr werden bereits sehr früh grosse Fortschritte gemacht (IMF 1998b: 5; World Bank 1994a: II, 15; vgl. Weltgeschehen 1996: 106). Aufgrund der negativen Auswirkungen dieser Reformen werden aber viele dieser Reformen 1993 gestoppt oder sogar vielfach wieder rückgängig gemacht (insbesondere bei der Preisliberalisierung) (World Bank

1994a: II, III, IV, 15-16) und noch ausstehende Reformen werden nicht mehr umgesetzt (vgl. IMF 1998b: 5, 7). Der Handel mit Grund und Boden bleibt weiterhin verboten (Havlik und Vertlib 1996: 204).
Auch die Transformation Indicators der EBRD zeigen, dass Reformen in mehr oder weniger allen Bereichen in Angriff genommen wurden, diese aber nur langsam umgesetzt bzw. abgebrochen wurden (EBRD 2009b).

Outcome (Y)

Y	-3 (Polity IV)
	5 (Freedom House)

Tabelle 12-10: Grunddaten zu Madagaskar (MAG)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	18.08.1992
t2	19.08.1992: 1992 (19.08.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Encyclopaedia Britannica 2009j; vgl. Joël Harison 2006: 117).
t2b	1994 (siehe unten)
T3	1999
T3-stab	1999 – zwischen 1995 und 1999 wird die Bedingung erfüllt: 1992 und 1993 setzen sich die Anhänger des ehemaligen Präsidenten für eine Verfassungsänderung ein (föderales Staatswesen) (Encyclopaedia Britannica 2009j); gemäss Joël Harison (2006: 133) kommt es dabei auch zu gewalttätigen Protesten und Übergriffen der Anhänger des alten Regimes, und die Wahlen werden vereinzelt gestört. Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1995 kommt es zu Protesten wegen der wirtschaftlichen Situation (Encyclopaedia Britannica 2009j). 1995 wird eine Verfassungsänderung in einer Volksabstimmung angenommen, die dem Präsidenten mehr Macht zuschlägt, sie führt aber zu keiner Veränderung des Systemtyps (Joël Harison 2006: 143-144). 1996 kommt es zu Massenprotesten und Streiks gegen die neue Regierung (u.a. wegen der erwarteten negativen Folgen der Wirtschaftspolitik); in einem Amtsenthebungsverfahren wegen Nichteinhaltens der Verfassung wird der Präsidenten entmachtet (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 161-162). 1996 gewinnt zwar der ehemalige Präsident des alten Regimes die Präsidentschaftswahlen, aber auch er sieht sich einer Protestbewegung gegenüber (Encyclopaedia Britannica 2009j). 1998 wird ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten eingeleitet, allerdings ohne Erfolg (Encyclopaedia Britannica 2009j). 1998 tritt eine Verfassungsänderung in Kraft, die einen föderaleren Staat vorsieht (in einem Referendum angenommen) (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 148-149); damit wird ein wesentlicher Kritikpunkt an der neuen Verfassung entschärft (siehe oben).
T3-verl	--
t0	1989 (März) formt sich im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen eine breite Protestbewegung gegen die Autokratie, unterstützt von den Kirchen und einer Allianz aus Oppositionsgruppen, wodurch sich die Regierung mehr und mehr zu Konzessionen genötigt sieht (Encyclopaedia Britannica 2009j).
Reformen	
DR1	U.a. Durchführung der Präsidentschaftswahlen 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009j).
DR2	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 136).

DR3	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 135, 136-140). 1995 wird eine Verfassungsänderung in einer Volksabstimmung angenommen, die dem Präsidenten mehr Macht zuschlägt (Joël Harison 2006: 143-144; vgl. Hofmann 2006: 160). 1998 tritt eine Verfassungsänderung in Kraft, die einen föderaleren Staat vorsieht (in einem Referendum angenommen) (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 148-149).
DR4	In der neuen Verfassung von 1992 (Joël Harison 2006: 136).
DR5	In der neuen Verfassung von 1992 (Joël Harison 2006: 136).
DR6	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR8	In der neuen Verfassung von 1992 (Joël Harison 2006: 139-140).
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992, oder bereits in den 1980er Jahre mit den ersten Wirtschaft-Reformen)
WR2	1994 beginnen Reformen zur Freigabe des Wechselkurses und der Importpreise (IMF 1997a: 7, 13, vgl. 14); weitere Liberalisierungsreformen sind von der Regierung geplant (IMF 1997a: 13). 1995 wird das Zinssystem schrittweise liberalisiert (IMF 1997a: 14; vgl. 25). 1996 wird ein neues Reformprogramm zwecks Liberalisierung mit dem IMF vereinbart (u.a. Abschaffen der Handelsschranken) (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 171; IMF 1997a: 12, 34, 36).
WR3	1994 wird die Zentralbank unabhängig (IMF 1997a: 13).
WR4	1994 plant die Regierung ein Privatisierungsprogramm (IMF 1997a: 13). 1996 wurde ein neues Reformprogramm zwecks Privatisierung mit dem IMF vereinbart (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 171; IMF 1997a: 12, 36).

Conditions (C1-C4)

alph	71% (World Development Indicators) Dies ist der Wert von 2000, da keine früheren Daten vorhanden sind (auch nicht aus anderen Quellen); der Vergleich mit den Ausprägungen der übrigen Indikatoren zur sozio-ökonomischen Entwicklung zeigen zumindest, dass dieser Wert kein „Ausreisser“ ist.
lebex	52 Jahre (World Development Indicators)
fert	6.1 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	29% (World Development Indicators)
bip	869 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0.67 (fsQCA-Wert) Das Volk ist bezüglich Ethnie sehr heterogen; diese Unterschiede zwischen den Ethnien wird u.a. in der Ablehnung der neuen Verfassung durch gewisse Gruppen manifest (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009j).
gini	0.46 (World Development Indicators) Dies ist der Wert von 1993, da für 1992 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der Analyse kann aber davon ausgegangen werden, dass dieser Wert auch für das Jahr 1992 seine Gültigkeit hat.
C3	0.67 (fsQCA-Wert) Bereits 1989 schliessen sich verschiedene Oppositionsgruppen zu einer Allianz zusammen, es kommt zu Massenprotesten, und auch die Kirchen beziehen Stellung gegen das Regime (Encyclopaedia Britannica 2009j; vgl. Joël Harison 2006: 117-126, 132; Brown 2000: 342). 1990 wird dann das Verbot politischer Gruppen gelockert, in dessen Folge u.a. weitere (wichtige) Oppositionsparteien gegründet werden (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 152-156; Brown 2000: 345), zudem wird die Zensur abgeschafft und die Medienfreiheit zugelassen (Brown 2000: 346). 1991 folgen weitere Proteste und Streiks gegen das Regime und eine Oppositionspartei bildet ein „Schattenkabinett“ (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 116; Brown 2000: 347). Im

	August des gleichen Jahres einigt sich die Regierung mit der Opposition auf eine Machtteilung und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung (durch ein Verfassungsrat), der Chef der wichtigsten Oppositionspartei wird eine Art Premierminister (Encyclopaedia Britannica 2009j; Joël Harison 2006: 117, 129-132; Brown 2000: 349-350).
C4	0.33 (fsQCA-Wert)
	Die Sicherheitskräfte verhalten sich während der ganzen Zeit neutral (Brown 2000: 343, 349); 1991 ignorieren diese sogar die Verhängung des Ausnahmezustandes (Brown 2000: 347-348) (auch die damit zusammenhängende Wiedereinführung der Zensur wird nicht eingehalten (Brown 2000: 347-348)). Die Präsidentengarde erschießt aber 1991 mehrere, wenn nicht gar über 100 Demonstranten (Encyclopaedia Britannica 2009j; Brown 2000: 348). Und während der Ausarbeitung der neuen Verfassung 1991 kommt es zu gewaltsamen Protesten von Seiten der Befürworter des alten Regimes, so dass der Verfassungsrat gezwungen ist, unter Schutz des Militärs zu tagen (Encyclopaedia Britannica 2009j; Brown 2000: 351). Auch mit gewalttätigen Attacken auf Kirchen etc. machen sich die Anhänger des alten Regimes „bemerkbar“, die Vorbereitungen für das Verfassungsreferendum werden gestört und gewalttätige Proteste folgen dem Abstimmungsergebnis (Brown 2000: 351, 352).

Reformsequenz (W)

W	-- (1990) (Index of Economic Freedom) 51.6 (1995) (Index of Economic Freedom) 4.62 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 4.70 (1995) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 47.8
	Während der Diktatur wurden alle private Firmen verstaatlicht und Landwirtschaftsbetriebe kollektiviert (Encyclopaedia Britannica 2009j; vgl. IMF 1997a: 36); ab 1982 folgen zwar Privatisierungen von Staatsbetriebe (IMF-Programm), allerdings sehr langsam und mit Unterbrüchen, so dass diese kaum einen grossen Umfang annehmen (Encyclopaedia Britannica 2009j; vgl. IMF 1997a: 7). Auch sonst erfolgen die ab 1982 eingeleiteten Liberalisierungsreformen nur schleppend (Encyclopaedia Britannica 2009j; Brown 2000: 340; IMF 1997a: 7), so dass gemäss IMF (1997a: 7) die Preise vieler Produkte weiterhin subventioniert bzw. reguliert sind, und auch andere wichtige Reformen (u.a. Aussenhandel und Finanzsystem) ausstehenden sind (IMF 1997a: u.a. 36).

Outcome (Y)

Y	7 (Polity IV) 3 (Freedom House)
---	------------------------------------

Tabelle 12-11: Grunddaten zu Mali (MLI)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	24.02.1992
t2	25.02.1992: 1992 (25.02.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Encyclopaedia Britannica 2009k; Hanke 2001: 114, vgl. 118); Annahme der Verfassung in einem Referendum am 12.1.1992 (Villalón und Idrissa 2005: 59; Hanke 2001: 123; Clark 2000: 260).
t2b	--
T3	2002
T3-stab	2002 – zwischen 1998 und 2002 wird die Bedingung erfüllt: 1993 kommt es zu länger andauernden (auch gewalttätigen) Studentenprotesten wegen der schlechten Wirtschaftslage; es folgen mehrere Regierungsumbildungen, bis sich die Lage 1994 wieder entspannt (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 61; Hanke 2001: 139, 141-145; vgl. Clark 2000: 261). Zudem steigt mit Wegfallen des alten Regimes (vor allem 1992) die Kriminalitätsrate massiv (Plünderungen, Morde, Selbstjustiz) (Hanke 2001: 115).

	<p>1994 flammt der Konflikt mit den Tuaregs erneut auf, da viele Versprechen der Regierung nicht gehalten wurden; es kommt immer wieder zu Kämpfen zwischen den Aufständischen, sogenannten Selbstverteidigungskräften und der Armee (Encyclopaedia Britannica 2009k; Hanke 2001: 165-166). Der Konflikt kann 1996 erfolgreich beigelegt werden (Encyclopaedia Britannica 2009k; Hanke 2001: 167; Clark 2000: 261).</p> <p>1997 werden Parlamentswahlen durchgeführt, allerdings werden deren Ergebnisse wegen miserabler Organisation vom Verfassungsgericht annulliert (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 50, 65; Hanke 2001: 139, 173-174; Clark 2000: 261). Die Wiederholung der Wahl wird von vielen Oppositionsparteien ebenso boykottiert wie die Präsidentschaftswahlen und es kommt zu gewalttätigen Ausschreitungen (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 50, 65; Hanke 2001: 139, 173-174, 184-186; vgl. Clark 2000: 261). Erst bei den Kommunalwahlen 1998 wird der Wahlboykott nicht mehr aufrecht erhalten und ein Grossteil der Oppositionsparteien nimmt daran teil (Hanke 2001: 194-195; vgl. Imperato und Imperato 2008: LXI, vgl. S LXII; Clark 2000: 261).</p> <p>Allg.: Bei allen Konflikten versucht die Regierung und die gemässigte Opposition einen Kompromiss zu finden und so die Probleme zu lösen (und nicht die Konfrontation) (u.a. Imperato und Imperato 20008: LX-LXII; vgl. Hanke 2001).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium):</p> <p>1992 (Februar bis April) wird ein neues Parlament gewählt (Sieg der Opposition) und ein ehemaliger Oppositioneller gewinnt die Präsidentschaftswahlen (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 59-60; Hanke 2001: 128-129, vgl. 127; Clark 2000: 253, 260).</p> <p>1992 kann mit den aufständischen Tuaregs eine Friedensvertrag mit beidseitigen Konzessionen geschlossen werden (Hanke 2001: 118, 139; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 60-61).</p> <p>1993 beginnt der Prozess gegen den ehemaligen Präsidenten und seine Mitstreiter; dies stösst in weiten Teilen des Landes auf grosse Zustimmung (Encyclopaedia Britannica 2009k; Hanke 2001: 116, 135; vgl. Clark 2000: 261).</p> <p>1997 wird ein leicht modifiziertes Wahlsystem eingeführt (u.a. eine neue Wahlkommission und Abschwächung des Majorzprinzips) (Villalón und Idrissa 2005: 64; vgl. Imperato und Imperato 2008: LIX).</p> <p>1996 scheitert ein Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten (Encyclopaedia Britannica 2009k).</p> <p>1998 und 1999 erfolgen verschiedene Streiks wegen ungenügender Sozialleistungen (Encyclopaedia Britannica 2009k).</p> <p>2001 gibt der Präsident wegen zu grossen Widerstandes seinen Plan auf, ein neues Immunitätsgesetz mittels Referendum einzuführen (Encyclopaedia Britannica 2009k; Imperato und Imperato 2008: LXIII).</p> <p>2002 werden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten; die Wahlbeteiligung ist jeweils sehr tief (Encyclopaedia Britannica 2009k; Imperato und Imperato 2008: LXIII-LXIV; vgl. Villalón und Idrissa 2005: 68-70).</p>
T3-verl	--
t0	<p>1990 formiert sich erstmals eine breite Opposition, die sich auch öffentlich Gehör verschaffen kann (zudem kommt es zu offener Opposition innerhalb des Regimes) (Hanke 2001: 102-103; vgl. Clark 2000: 257).</p>

Reformen

DR1	Im neuen Wahlgesetz von 1992 (Hanke 2001: 123-124, vgl. 177-180).
DR2	<p>In der neuen Verfassung von 1992 und im neuen Wahlgesetz von 1992 (Hanke 2001: 121, 123-124; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009k).</p> <p>1997 wird ein leicht modifiziertes Wahlsystem eingeführt (u.a. eine neue Wahlkommission und Abschwächung des Majorzprinzips) (Villalón und Idrissa 2005: 64; vgl. Imperato und Imperato 2008: LIX).</p>
DR3	In der neuen Verfassung von 1992, allerdings mit einem sehr starken Präsidenten (Hanke 2001: 121-122; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009k).
DR4	In der neuen Verfassung von 1992 (Hanke 2001: 121).
DR5	In der neuen Verfassung von 1992 (Hanke 2001: 121).
DR6	In der neuen Verfassung von 1992 (Hanke 2001: 121).

DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR8	In der neuen Verfassung von 1992 (Hanke 2001: 121; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009k).
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992 bzw. erfolgte vermutlich bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen)
WR2	(erfolgte bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen, siehe unten)
WR3	(erfolgte vermutlich bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen)
WR4	(erfolgte bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen, siehe unten)

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 32% (Baratta 1992: 455)
lebex	48 Jahre (World Development Indicators)
fert	7.4 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	46% (World Development Indicators)
bip	787 US\$ (World Development Indicators)
konf1	1 (fsQCA-Wert) Die Bevölkerung weist sehr viele verschiedene Ethnien, Sprachen und Religionen auf; trotz dieser Vielfalt ist das Zusammenleben in der Vergangenheit praktisch ohne Konflikte abgelaufen (Hanke 2001: 71-72; Clark 2000: 254; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009k). Einzige Ausnahme davon bilden die Tuareg: Diese wollten sich nicht in den unabhängig gewordenen Staat integrieren, wurden aber vom Regime brutal bekämpft und letztendlich erfolgreich unterdrückt (Hanke 2001: 91-92; Clark 2000: 254, 257). Dieser Konflikt bricht 1991 erneut aus und das Militär versucht ihn mit Gewalt zu lösen (Hanke 2001: 117-118).
gini	0.44 (World Development Indicators) Dies entspricht dem Durchschnittswert der Jahre 1989 und 1994, da für 1992 keine Daten vorliegen. Es gibt in der Analyse keine Anhaltspunkte, dass dieser Wert signifikant vom tatsächlichen Wert abweichen sollte.
C3	1 (fsQCA-Wert) Die ersten Oppositionsparteien formierten sich in den 1980er Jahre in den Nachbarländern und in Frankreich; diese waren zu Beginn noch stark marxistisch orientiert und setzten sich erst mit der Zeit für eine Demokratisierung ein (Hanke 2001: 101; vgl. Clark 2000: 256). In Mali selbst protestieren primär die Studenten, diese Proteste wurden aber schnell und blutig unterdrückt (Hanke 2001: 101; vgl. Villalón und Idrissa 2005: 53-54; Clark 2000: 256). In den späteren 1980er Jahre wurden informelle Oppositionsgruppen mehr und mehr stillschweigend toleriert und 1988 wurden auch einige der politischen Gefangenen freigelassen (Hanke 2001: 102; vgl. Villalón und Idrissa 2005: 54; Clark 2000: 257). 1990 weicht die dem Regime nahestehende Gewerkschaft von der Parteilinie ab und verlangt eine Demokratisierung (Hanke 2001: 102; vgl. Clark 2000: 257). In Folge dessen fordern auch andere gesellschaftliche Gruppen politische Reformen und beginnen sich untereinander zu organisieren (Hanke 2001: 102-103; vgl. Clark 2000: 257). 1991 folgen weitere Proteste bzw. Streiks, die in blutige Unruhen mit Todesopfern ausarten (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 54-55; Hanke 2001: 103-104; Clark 2000: 258). Das Militär stellt sich letztendlich gegen ein gewaltsames Eingreifen und verhaftet stattdessen die Präsidentenfamilie und Mitglieder der Regierung (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 55; Hanke 2001: 104, 134; Clark 2000: 258-259). Die Militärs formen danach zusammen mit Vertretern der Opposition eine Übergangsregierung (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 55, vgl. 56-57; Hanke 2001: 114, 135; Clark 2000: 259). 1991 findet eine Nationalkonferenz mit rund 1'500 Beteiligten statt (Vertreter aus der gesamten Gesellschaft) zwecks Ausarbeitung einer neuen Verfassung und Vorbereitung von Wahlen (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 55, vgl. 57; Hanke 2001: 199; Clark 2000: 253, 259-260).

C4	0.33 (fsQCA-Wert)
	In der Nationalkonferenz zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung sind auch etliche Stimmen vertreten, die den Status quo bzw. möglichst viel Privilegien des alten Regimes beibehalten wollen (Hanke 2001: 120). Die Streitkräfte stehen auf der Seite der Opposition (siehe oben).

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (1990) (Index of Economic Freedom) 52.4 (1995) (Index of Economic Freedom) 5.46 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 5.25 (1995) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 53.5</p> <p>In den 1980er Jahre führt das Land mit Hilfe des IMF und der Weltbank umfassende Marktreformen durch (u.a. Privatisierungen, Aufhebung der Preiskontrollen und Zölle, makroökonomische Stabilisierung) (Encyclopaedia Britannica 2009k; Villalón und Idrissa 2005: 52-53; Hanke 2001: 71, 105, 106; IMF 1999d: 9, 10-11, 12-19). So bestehen 1992 praktisch keine staatlichen Preiskontrollen mehr, Import- und Export-Beschränkungen sind minimiert, und im Bereich der Privatisierung sind bereits substantielle Reformen erfolgt (müssen aber noch fortgesetzt werden) (IMF 1999: 11, u.a. 13-14, vgl. 20-21). In ihren Grundzügen besteht 1992 bereits eine freie Marktwirtschaft (IMF 1999d: 10).</p>
---	---

Outcome (Y)

Y	6 (Polity IV) 2.5 (Freedom House)
---	--------------------------------------

Tabelle 12-12: Grunddaten zu Mongolei (MON)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	11.02.1992
t2	12.02.1992: 1992 (12.02.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Encyclopaedia Britannica 2009l).
t2b	1993 (siehe unten)
T3	1998
T3-stab	<p>1998 – zwischen 1994 und 1998 wird die Bedingung erfüllt: Allg.: Obwohl es immer wieder zu Konflikten zwischen den Parteien bzw. dem Parlament und der Präsidentschaft kommt (ehemalige Herrschaftspartei vs. Opposition), werden diese von allen Beteiligten immer im Rahmen der Verfassung ausgetragen; das Verfassungsgericht wird jeweils zur Überprüfung der Verfassungskonformität als dritte, neutrale Partei beigezogen (vgl. u.a. Jeffries 2001: 284). Wechsel im Präsidentenamt und der Parlamentsmehrheit erfolgen immer gemäss Verfassung und werden von den jeweiligen Verlierern anerkannt.</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1993 wird ein neuer, „oppositioneller“ Präsident gewählt (Encyclopaedia Britannica 2009l; Jeffries 2001: 283). 1994 demonstriert die Opposition gegen die „korrupte“ Parlamentsmehrheit; mittels eines Kompromisses wird der Konflikt gelöst (Encyclopaedia Britannica 2009l; Jeffries 2001: 283-284). 1996 gewinnt die Opposition erstmals die Parlamentswahlen (Encyclopaedia Britannica 2009l; Jeffries 2001: 284). 1998 wird lange zwischen Präsidentenamt und Parlamentsmehrheit um die Ernennung eines neuen Premierministers gekämpft, es kann schlussendlich aber eine einvernehmliche Lösung gefunden werden (Encyclopaedia Britannica 2009l; Jeffries 2001: 288, 290). In diesem Zusammenhang wird auch einer der möglichen Kandidaten für das Premierministeramt ermordet, von dem eine harte Hand im Kampf gegen die Korruption erwartet wurde (Encyclopaedia Britannica 2009l; Jeffries 2001: 289-290, 291).</p>

T3-verl	--
t0	1989 kommt es zu weitreichenden Demonstrationen gegen das Regime, dank denen der herrschenden Partei erste Konzessionen abgerungen werden können (Encyclopaedia Britannica 2009I).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Parlamentswahlen 1992 und der Präsidentschaftswahlen 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009I).
DR2	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009I).
DR3	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009I).
DR4	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009I).
DR5	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009I).
DR6	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009I).
DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR8	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009I).
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR1	In der neuen Verfassung von 1992; allerdings ist der Besitz von Boden eingeschränkt, was erst 2003 etwas gelockert wird (Encyclopaedia Britannica 2009I).
WR2	1993 werden der Aussenhandel und der Wechselkurs liberalisiert (Jeffries 2001: 305; vgl. Davis 2005: 52; World Bank 1994b: 11-12; vgl. Davis 2005: 49-62), zudem werden mit wenigen Ausnahmen alle Preise liberalisiert und der Arbeitsmarkt geöffnet (World Bank 1994b: 8; vgl. Davis 2005: 49-62). 1996 plant die neue Parlamentsmehrheit umfassende Liberalisierungen der Wirtschaft (Encyclopaedia Britannica 2009I; Jeffries 2001: 285).
WR3	(erfolgte bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen, siehe unten)
WR4	Die Privatisierung wird nach der Inkraftsetzung der neuen Verfassung 1992 fortgesetzt (Rossabi 2005: 84; Jeffries 2001: 302-305; vgl. Davis 2005: 49-62; World Bank 1994b: 9-11). 1996 plant die neue Parlamentsmehrheit eine umfassende Privatisierung (Jeffries 2001: 286; Encyclopaedia Britannica 2009I).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 96% (World Bank 1994b: 1; vgl. Jeffries 2001: 281)
lebex	64 Jahre (World Development Indicators)
fert	3.6 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	30% (World Development Indicators)
bip	1854 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0 (fsQCA-Wert) Das Volk wird als relativ homogen bezüglich Ethnie und Sprache beschrieben; es ist von keinen Konflikten die Rede (Encyclopaedia Britannica 2009I; Jeffries 2001: 281).
gini	0.33 (World Development Indicators) Dies ist der Wert von 1995, da für 1992 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der Analyse kann aber davon ausgegangen werden, dass sich dieser Wert in der Zeitspanne zwischen 1992 und 1995 kaum oder nur leicht verändert hat (vgl. u.a. Encyclopaedia Britannica 2009I).
C3	0.67 (fsQCA-Wert) 1989 kommt es zu weitreichenden, von verschiedenen Oppositionsparteien organisierten Demonstrationen gegen das Regime; aufgrund dieses Druckes tritt die Führungsspitze der Kommunistischen Partei zurück (Encyclopaedia Britannica 2009I). Im März 1990 wird das Monopol der Kommunistischen Partei formell aufgehoben und im Juli des gleichen Jahres finden erstmals Wahlen statt; aus dieser Wahl geht eine Koalitionsregierung hervor – dominierend aber bleibt die Kommunistische Partei (Encyclopaedia Britannica 2009I; Jeffries 2001: 282-283). Es kann somit (noch) nicht von einem umfassenden Elitenwechsel gesprochen werden.

C4	0 (fsQCA-Wert)
	Es ist nichts von Veto-Player bekannt (vgl. u.a. Jeffries 2001: 297).

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (1990) (Index of Economic Freedom) 47.8 (1995) (Index of Economic Freedom) -- (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 47.8 (Wert von 1995 statt 1992) 0.33 (fsQCA-Wert)</p> <p>Dem Modell der UdSSR folgend hatte die Mongolei eine rigide Planwirtschaft (vgl. World Bank 1994b: 1, 3). Ab 1990 werden erste Reformen durchgeführt (u.a. Bankensystem, ausländische Investitionen, Privatisierungen) (Encyclopaedia Britannica 2009I) und 1991 wird die Zentralbank unabhängig und Privatbanken dürfen die Arbeit aufnehmen (Jeffries 2001: 296; Pomfret 1996: 82-83; vgl. World Bank 1994b: 9). Diese Reformen werden aber nur langsam umgesetzt und teilweise wird die staatliche Kontrolle auch wieder verstärkt (Jeffries 2001: 296). So etabliert sich z.B. ein marktwirtschaftliches Finanzsystem erst 1995 (Jeffries 2001: 296; Pomfret 1996: 82-83; vgl. World Bank 1994b: 9). Und auch die Preise sind bei Inkrafttreten der Verfassung ca. zur Hälfte weiterhin staatlich kontrolliert, viele der sogenannten liberalisierten Preise werden anderweitig staatlich reguliert (Jeffries 2001: 298-299; Pomfret 1996: 81-82; vgl. Davis 2005: 52; World Bank 1994b: 8). Der Aussenhandel ist 1992 noch sehr stark reguliert und der Wechselkurs ist nicht frei (Jeffries 2001: 305, vgl. 308-309; Pomfret 1996: 85-87; World Bank 1994b: 11-12). Bis 1992 sind auch höchstens 80% aller KMUs (inkl. Farmen/ Herden) privatisiert, und die Privatisierung der grösseren Firmen hat zu diesem Zeitpunkt noch kaum richtig begonnen (Rossabi 2005: 49-52, 82, 83, 84; Jeffries 2001: 300-302, vgl. 310; vgl. Pomfret 1996: 82; World Bank 1994b: 9). Entsprechend kann trotz erster Reformen noch nicht von einer freien Marktwirtschaft gesprochen werden (Rossabi 2005: 84; Jeffries 2001: 296; vgl. World Bank 1994b).</p> <p>Aufgrund der erhobenen Daten kann ein fsQCA-Wert von 0.33 angenommen werden; diese Einschätzung stimmt auch mit den Index-Werten von 1995 überein.</p>
---	--

Outcome (Y)

Y	10 (Polity IV)
	2.5 (Freedom House)

Tabelle 12-13: Grunddaten zu Paraguay (PAR)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	21.06.1992
t2	22.06.1992: 1992 (20.06.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Encyclopaedia Britannica 2009m).
t2b	--
T3	2005
T3-stab	<p>2005 – zwischen 2001 und 2005 wird die Bedingung erfüllt: 1996 wird der Oberbefehlshaber der Armee wegen eines Verstosses gegen ein neues Gesetz, das Militärangehörigen die politische Tätigkeit verbietet, vom Präsidenten entlassen und wegen seines Widerstandes gegen diesen Entscheid (es gibt einen Putschversuch) angeklagt (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 390; Abente-Brun 1999: 95). 1999 obwohl das Oberste Gericht die Begnadigung des ehemaligen Oberbefehlshabers der Armee durch den neu gewählten Präsidenten als illegal erklärt, hält der Präsident an der Begnadigung fest; die Legislative leitet daraufhin ein Amtsenthebungsverfahren ein (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 391; Abente-Brun 1999: 96-97). Auch innerhalb der Partei des Präsidenten formiert sich Widerstand gegen diesen (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 391; Abente-Brun 1999: 96). Anhänger</p>

	<p>des Präsidenten gehen wiederum gewaltsam gegen Opponenten vor (Abente-Brun 1999: 96). Der Vizepräsident und parteiinterner Gegner des Präsidenten wird, vermutlich von Anhängern des Präsidenten, ermordet; in der Folge kommt es zu umfangreichen, anhaltenden Protesten (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 380, 391-392; Abente-Brun 1999: 97). Anhänger der Hardliner gehen daraufhin gegen die Demonstranten mit Gewalt vor; es kommt zu mehreren Toten; die Armee greift ein, trennt die Protestparteien und schützt das Parlamentsgebäude, womit sie ermöglicht, dass das Amtsenthebungsverfahren verfassungsgemäss ablaufen kann (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 392; Abente-Brun 1999: 97-98). Der Präsident tritt letztendlich zurück und der ehemalige Oberbefehlshaber der Armee flieht ins Ausland (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 380, 392; Abente-Brun 1999: 97-98). Der Parlamentspräsident wird entsprechend der Verfassung zum Präsidenten bestimmt (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 392; Abente-Brun 1999: 98).</p> <p>2000 kommt es zu einem Putschversuch durch Anhänger des ehemaligen Präsidenten, der allerdings scheitert (Verhängung des Ausnahmezustandes) (Encyclopaedia Britannica 2009m). Es kommt zu Streiks und Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik (Encyclopaedia Britannica 2009m). In diesem Jahr wird erstmals ein Mitglied einer Oppositionspartei in ein Exekutivamt gewählt (Vizepräsident) (Encyclopaedia Britannica 2009m).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium):</p> <p>1994 verhindern die Militärs und die Regierung ein Gesetz, das Militärangehörigen die politische Tätigkeit verbieten würde (Encyclopaedia Britannica 2009m). Im gleichen Jahr kommt es wegen Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage bzw. Wirtschaftspolitik zu heftigen Demonstrationen gegen die Regierung bzw. zu einem Streik (Encyclopaedia Britannica 2009m).</p> <p>1995 ersetzt der Präsident mehrere angeblich unloyale Militäroffiziere (Encyclopaedia Britannica 2009m) und er stärkt die Unabhängigkeit der Judikative (Abente-Brun 1999: 95). In einem Kompromiss zwischen den Parteien wird das Gesetz, das Militärangehörigen die politische Tätigkeit verbietet, doch noch vom Parlament genehmigt (Encyclopaedia Britannica 2009m).</p> <p>1998 wird der ehemalige Oberbefehlshaber der Armee verurteilt und kann damit trotz Nomination durch seine Partei nicht an der Präsidentschaftswahl teilnehmen (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 390). Einer seiner Weggefährten gewinnt allerdings 1998 die Präsidentschaftswahlen und begnadigt den General nur 3 Tage nach Amtsantritt (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 391).</p> <p>2001 kommt es immer wieder zu Protesten wegen der miserablen Wirtschaftslage; die Regierungspolitik ist aufgrund der Gegensätze zwischen Präsident, Vizepräsidentschaft und Parlament blockiert (Encyclopaedia Britannica 2009m).</p> <p>2002 hält die politische Blockade von 2001 an (u.a. ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten); bei Protesten kommt es zu Todesopfern und der Notstand wird ausgerufen (Encyclopaedia Britannica 2009m).</p> <p>2003 ein weiteres Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten scheitert (Encyclopaedia Britannica 2009m); ein neuer Präsident wird gewählt, die herrschende Partei verliert die Mehrheit (Encyclopaedia Britannica 2009m).</p>
T3-verl	--
t0	1986 werden auch in der Öffentlichkeit die parteiinternen Machtkämpfe offensichtlich (vgl. Encyclopaedia Britannica 2009m; Abente-Brun 1999: 93-94); zudem kommt es immer wieder zu Protesten gegen das Regime (Lambert 2000: 381).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1993 (Encyclopaedia Britannica 2009m), allerdings ist die Wahladministration zu Beginn nur bedingt politisch neutral und unabhängig (Abente-Brun 1999: 95).
DR2	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009m).
DR3	In der neuen Verfassung von 1992 (Wiederwahl des Präsidenten ist ausgeschlossen) (Encyclopaedia Britannica 2009m).
DR4	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009m).
DR5	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009m).
DR6	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009m).

DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR8	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992 bzw. erfolgte vermutlich bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen)
WR2	(erfolgte bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen, siehe unten)
WR3	(erfolgte vermutlich bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen)
WR4	Zwischen 1993 und 1998 wird ein Privatisierungsprogramm lanciert (Encyclopaedia Britannica 2009m).

Conditions (C1-C4)

alph	90% (World Development Indicators)
lebex	69 Jahre (World Development Indicators)
fert	4.6 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	25% (World Development Indicators)
bip	3954 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0 (fsQCA-Wert)
	Das Volk ist ethnisch, religiös und sprachlich sehr homogen; es besteht eine kleine Minderheit indigener Völker, die starkem Druck ausgesetzt ist, ihre Lebensweise und -grundlage aufzugeben (Encyclopaedia Britannica 2009m).
gini	0.48 (World Development Indicators)
	Dieser Wert entspricht der linearen Entwicklung der Zeitreihe zwischen 1990 und 1995, da für 1992 keine Zahlen vorliegen. Zwischen 1990 und 1995 ist dieser Wert dramatisch angestiegen: von 39.7 zu 59.1. Aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung kann davon ausgegangen werden, dass dieser Wert zwischen 1990 und 1992 ebenfalls zugenommen hat (vgl. insbesondere Lambert 2000: 385-389); mangels besserer Informationen wird als beste Annäherung eine lineare Entwicklung zwischen 1990 und 1995 angenommen.
C3	0.67 (fsQCA-Wert)
	Seit ca. Mitte der 1980er Jahre kommt es immer wieder zu Protesten (Lambert 2000: 381). Trotz dieser Proteste sind die pro-demokratischen Akteure aufgrund ihrer Schwäche aber kaum am Übergangsprozess beteiligt (Lambert 2000: 281-282; Abente-Brun 1999: 93). Dies zeigt sich auch darin, dass die meisten Oppositionellen im Exil festsitzen (Encyclopaedia Britannica 2009m). 1989 (Mai) wird der Putschgeneral in einer Volkswahl zum Präsidenten gekürt (Encyclopaedia Britannica 2009m, Abente-Brun 1999: 94); da allerdings die Oppositionsparteien keine Zeit und Möglichkeit hatten, aktiv an diesem Wahlkampf teilzunehmen, und die Legislative weiterhin von der herrschenden Partei kontrolliert wird, kann nicht von einem Elitenwechsel gesprochen werden (auch die Justiz blieb weiterhin im Einflussbereich der Partei) (Encyclopaedia Britannica 2009m; vgl. Lambert 2000: u.a. 382, 384); das politische Klima ist trotzdem massiv offener geworden (Abente-Brun 1999: 94). 1991 wählen die Bürger einen Rat zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung und zum ersten Mal auch die Legislative und Exekutive auf Provinzebene, wobei bei letzterem die Opposition wichtige Erfolge verbuchen kann (Encyclopaedia Britannica 2009m; Abente-Brun 1999: 94).
C4	0.67 (fsQCA-Wert)
	Bereits in den frühen 1980er Jahre bilden sich innerhalb der herrschenden Partei zwei Lager, die sich bezüglich politischer und ökonomischer Öffnung diametral gegenüberstehen (Encyclopaedia Britannica 2009m; Abente-Brun 1999: 93-94). 1987 gewinnen die Hardliner die Oberhand und säubern die Partei (Encyclopaedia Britannica 2009m; Abente-Brun 1999: 93-94). Beim Versuch, auch die Kontrolle über das Militär zu erlangen, provozieren sie 1989 (03.02.) einen Putsch, und ein General übernimmt die Macht, der den Übergang zur Demokratie verkündet (Encyclopaedia Britannica 2009m; Abente-Brun 1999: 94). Die Rivalitäten innerhalb der Partei halten aber weiterhin an (Lambert 2000: 382-383; Abente-Brun 1999: 94) und stellen eine ständige Gefahr für den weiteren Verlauf der Demokratisierung dar (siehe weiter oben). Das Militär ist personell stark in die Regierung eingebunden und höhere Offiziere müssen

	der herrschenden Partei angehören/beitreten; die Militärs üben also einen grossen Einfluss auf die Politik aus (Encyclopaedia Britannica 2009m; vgl. Lambert 2000: 380, 381, 383, 385). In der Übergangsregierung des Putschgenerals besetzen mehrere Militärs Ministerposten (Encyclopaedia Britannica 2009m). Es ist lange nicht klar, ob die Sicherheitskräfte gegenüber der herrschenden Partei oder gegenüber der neuen Verfassungsordnung loyal sind (siehe oben).
--	--

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (1990) (Index of Economic Freedom) 65.9 (1995) (Index of Economic Freedom) 6.07 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 7.00 (1995) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 64.3</p> <p>Zwischen 1989 und 1993 wurden Liberalisierungsreformen angegangen (primär Abbau von Subventionen an Staatsfirmen, Aufhebung von Handelsbeschränkungen und Einführung eines freien Wechselkurses) (Encyclopaedia Britannica 2009m; Lambert 2000: 385-386). 1992 bzw. 1993 hat das Land gemäss Weltbank nur wenige Freihandelsbeschränkungen (World Bank 1992: XV, 41, 49). Auch bezüglich der Preisliberalisierung (bzw. allg. des Zustands der freien Marktwirtschaft) sieht die Weltbank keinen Handlungsbedarf (World Bank 1992: 41-82; vgl. IMF 1999e: 5; World Bank 1994c). Dies gilt auch für die Privatisierung staatlicher Betriebe (World Bank 1992: 58, vgl. 41-82; vgl. Lambert 2000: 386; IMF 1999e: 12; World Bank 1994c), weshalb davon ausgegangen werden kann, dass es sich um eine freie Marktwirtschaft handelt.</p>
---	--

Outcome (Y)

Y	5 (Polity IV) 3 (Freedom House)
---	------------------------------------

Tabelle 12-14: Grunddaten zu Sambia (ZAM)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	23.08.1991
t2	24.08.1991: 1991 (24.08.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Mbao 1996: 10; Chikulo und Sichone 1996a: 4).
t2b	1992 (siehe unten)
T3	1998
T3-stab	<p>1998 – zwischen 1994 und 1998 wird die Bedingung erfüllt: In den ersten Jahren nach dem Machtwechsel 1991 finden verschiedene tatsächliche oder angebliche Putschversuche statt (alle verliefen unblutig und genossen kaum Unterstützung durch die Bevölkerung oder breite Eliten) (Encyclopaedia Britannica 2009r).</p> <p>1993 wird der Notstand für 2 Monate verhängt, da ein angeblicher Putschplan der Opposition aufgedeckt wurde (Encyclopaedia Britannica 2009r). Mehrere Mitglieder der Regierungspartei (u.a. Minister) wechseln daraufhin in die Opposition (Encyclopaedia Britannica 2009r).</p> <p>Allg.: Trotz verschiedener Zwischenfälle in den ersten Jahren nach dem „Wechsel“, konnte die Regierung sehr schnell, die Kontrolle über das Land herstellen und das System als Ganzes stabilisieren. Dazu trägt bei, dass die Opposition immer wieder mit mehr oder weniger legalen Mitteln behindert wird (u.a. Verhaftung von Oppositionellen und Unterdrückung der Pressfreiheit) (Encyclopaedia Britannica 2009r; Meyns 1995: 19) und die Politikapathie in der Bevölkerung weit verbreitet ist (Chikulo und Sichone 1996b: 224-227, 228). Auch die Parlamentsmehrheit der Regierungspartei bleibt faktisch unangetastet (Encyclopaedia Britannica 2009r; Meyns 1995: 19, vgl. 130). Entsprechend werden die demokratischen Institutionen auch nicht weiter vertieft und erweitert, sondern im Gegenteil immer stärker ausgehöhlt (Chikulo und Sichone 1996b: 224-227, 228).</p>

	<p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium):</p> <p>1991 (Oktober) finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt (Encyclopaedia Britannica 2009r).</p> <p>1994 finden verschiedene Proteste und Streiks wegen der schlechten Wirtschaftslage statt (Encyclopaedia Britannica 2009r; vgl. Meyns 1995: 104).</p> <p>1996 wird in der Verfassung festgeschrieben, dass Ausländer und Personen mit ausländischer Herkunft nicht mehr für die Präsidentschaft kandidieren dürfen (Encyclopaedia Britannica 2009r); dadurch wird der ehemalige Präsident von der Wahl ausgeschlossen; seine Partei boykottiert die Wahlen (Encyclopaedia Britannica 2009r). Diese Veränderung festigt den undemokratischen Charakter des neuen Systems.</p> <p>1997 bringen ein paar Militärs die nationale Radiostation unter ihre Kontrolle, bereits nach ein paar Stunden werden sie aber überwältigt und verhaftet (Encyclopaedia Britannica 2009r).</p>
T3-verl	--
t0	1990 löst ein – zwar letztendlich fehlgeschlagener – Putsch Massenproteste gegen die Wirtschaftslage und das Einparteiensystem aus (welche auch Tote fordern); der Präsident erklärt sich in Folge zu Konzessionen bereit (u.a. Zulassung von anderen Parteien) (Chikulo und Sichone 1996a: 1, 2, 3; Meyns 1995: 16-17).

Reformen

DR1	U.a. Durchführen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009r), allerdings sind dies kaum freie und faire Wahlen.
DR2	In der neuen Verfassung von 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009r) 1996 wird in der Verfassung festgeschrieben, dass Ausländer und Personen mit ausländischer Herkunft nicht mehr für die Präsidentschaft kandidieren dürfen (Encyclopaedia Britannica 2009r).
DR3	In der neuen Verfassung von 1991, allerdings mit einem sehr starken Präsidenten (Encyclopaedia Britannica 2009r; Mbao 1996: 14-22).
DR4	In der neuen Verfassung von 1991 (Mbao 1996: 11).
DR5	In der neuen Verfassung von 1991 (Mbao 1996: 11).
DR6	In der neuen Verfassung von 1991 (Mbao 1996: 11, 12, 13).
DR7	In der neuen Verfassung von 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009r, Mbao 1996: 12, vgl. 21).
DR8	In der neuen Verfassung von 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009r; Mbao 1996: 21).
DR9	In der neuen Verfassung von 1991 (Encyclopaedia Britannica 2009r; Mbao 1996: 21).
WR1	In der neuen Verfassung von 1991 (Mbao 1996: 12).
WR2	1991 und den folgenden Jahren werden Preisliberalisierungen und weitere Liberalisierungsreformen durchgeführt (Encyclopaedia Britannica 2009r; World Bank 2004: 7; IMF 1997c: 18; Meyns 1995: 103). 1992 wird der Wechselkurs freigegeben (World Bank 200: 11; vgl. Meyns 1995: 103).
WR3	(keine Angaben)
WR4	1991 beginnt die Regierung mit der Privatisierung (Encyclopaedia Britannica 2009r; World Bank 2004: 7; Chikulo und Sichone 1996b: 223; vgl. IMF 1997c: 18; Meyns 1995: 102), das Ganze verläuft aber sehr schleppend (u.a. Meyns 1995: 105).

Conditions (C1-C4)

alph	65% (World Development Indicators)
	Dies entspricht dem Wert von 1990, da für 1991 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der weiteren zeitlichen Entwicklung dieser Rate und der Erkenntnisse aus der übrigen Analyse kann aber davon ausgegangen werden, dass der hier angenommene Wert zutreffend ist.
lebex	47 Jahre (World Development Indicators)
	Dieser Wert entspricht dem Durchschnitt der Werte von 1990 und 1992.
fert	6.4 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
	Dieser Wert entspricht dem Durchschnitt der Werte von 1990 und 1992.

agr	17% (World Development Indicators)
bip	1192 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0.67 (fsQCA-Wert)
	Das Volk ist aufgrund verschiedener Einwanderungsbewegungen bezüglich Ethnie und Sprache sehr heterogen (Encyclopaedia Britannica 2009r; Sichone und Simutanyi 1996). Zumindest von einer Volksgruppe wird gesagt, dass sie sich vom Staat abspalten möchte (Encyclopaedia Britannica 2009r; Sichone und Simutanyi 1996).
gini	0.50 (World Development Indicators)
C3	0.33 (fsQCA-Wert)
	Im Zusammenhang mit den Protesten 1990 und der Aufhebung des Parteienverbots formiert sich eine erste Oppositionspartei (Chikulo und Sichone 1996a: 2; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009r; Mbao 1996: 9), weitere zivilgesellschaftliche Gruppen beteiligten sich an den Protesten sowie an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung (Mbao 1996: 9, 10; Meyns 1995: 17, 25).
C4	0 (fsQCA-Wert)
	Die Regierungspartei kontrolliert weiterhin alle Sicherheitskräfte und übt die Regierungsmacht aus; sie hält sich an den versprochenen Übergang hin zur Demokratie und anerkennt den Machtwechsel an der Urne. Von potenten Akteuren, die gegen die (beschlossene) Rückkehr zur Demokratie ankämpfen, ist nichts bekannt.

Reformsequenz (W)

W	-- (Index of Economic Freedom) 3.26 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 32.6
	Die meisten Firmen sind 1991 im Staatsbesitz (vor allem die grossen Bergbauunternehmen) (Encyclopaedia Britannica 2009r; IMF 1997c: 18-19; Meyns 1995: 102); gemäss Meyns (1995: 105) ist gar „über 80% der formalen Ökonomie des Landes in staatlicher Hand“. Erste Preisliberalisierung wurden zwar bereits ab Mitte der 1980er Jahre durchgeführt, wegen der dadurch ausgelösten sozialen Unruhen werden diese aber wieder rückgängig gemacht (Encyclopaedia Britannica 2009r; World Bank 2004: 3). In diesem Zusammenhang wird auch die Zusammenarbeit mit dem IMF aufgekündigt (Encyclopaedia Britannica 2009r; World Bank 2004: 3). 1989 wird dann ein neues Abkommen zwecks Liberalisierung und Privatisierung mit dem IMF geschlossen (Chikulo und Sichone 1996a: 3) und ab 1990 wird der Aussenhandel teilweise liberalisiert (IMF 1997c: 19), die eigentliche Umsetzung der geplanten Reformen erfolgt aber erst ab 1991 (World Bank 2004: 3; vgl. 7). Entsprechend ist die Wirtschaft noch sehr rigide reguliert (IMF 1997c: 18-19; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009r); der Anteil des Schwarzmarktes* ist sehr gross (Meyns 1995: 107).

Outcome (Y)

Y	1 (Polity IV)
	4.5 (Freedom House)

* Eine Schattenwirtschaft weist darauf hin, dass die Wirtschaft gegen Aussen relativ geschlossene ist (Burnside und Dollar 2000: 849-850).

Tabelle 12-15: Grunddaten zu Tansania (TAZ)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	30.06.1992
t2	01.07.1992: 1992 wird in einer Verfassungsrevision das Einparteiensystem durch ein Mehrparteiensystem ersetzt (Inkraftsetzung per 01.07.) (Encyclopaedia Britannica 2009n; Pinkney 1997: 196, vgl. 194-195; Ofcansky und Yeager 1997: XXVIII); damit wird die Verfassung von 1977 (Teilrevision 1984) wieder in Kraft gesetzt und „demokratisiert“ (Encyclopaedia Britannica 2009n; vgl. Pinkney 1997: 196, vgl. 96-104, 123-126).
t2b	1993 (siehe unten)
T3	2006
T3-stab	<p>2006 – zwischen 2002 und 2006 wird die Bedingung erfüllt: 1993 geht die Regierung gegen Islamisten vor, denen sie vorwirft, einen Umsturz zu planen (Encyclopaedia Britannica 2009n). 1996 boykottiert die Opposition die Eröffnung der neuen Legislatur, da sie dem Präsidenten und seiner Partei Wahlbetrug in den Wahlen von 1995 vorwerfen; dies gilt auch für das regionale Parlament auf Sansibar (Encyclopaedia Britannica 2009n). 2000 kommt es im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen vor allem auf der halbauto-nomen Insel Sansibar zu gewalttätigen Protesten wegen angeblichen Wahlbetrugs, die 2001 sogar Todesopfer fordern (Encyclopaedia Britannica 2009n; Lewis 2000: 43784, 43838; Lewis 2001: 43934-43935). Die Regierung lässt daraufhin mehrere Oppositions-führer wegen ihrer Beteiligung an den Demonstrationen verhaften (Encyclopaedia Britannica 2009n; Lewis 2001: 43934-43935); letztendlich kann der Konflikt auf Sansibar zwischen der Regierungspartei und der Opposition aber doch gelöst werden (Encyclopaedia Britannica 2009n; Lewis 2001: 44384).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1993 kommt es zwischen der Zentralregierung und Sansibar zu Irritationen, da Sansibar der Organisation Islamische Konferenz beigetreten ist; das Problem kann aber einvernehmlich gelöst werden (Encyclopaedia Britannica 2009n). 1994 wird in einem Referendum eine Verfassungsreform bezüglich der Wahl des Vizepräsidenten angenommen (Inkrafttreten nach den Wahlen 1995) (Encyclopaedia Britannica 2009n). 1994 und 1995 fliehen hundert Tausende aus Rwanda über die Grenze nach Tansania; dieses ist kaum in der Lage, die Flüchtlinge angemessen aufzunehmen (Encyclopaedia Britannica 2009n; Ofcansky und Yeager 1997: XXIX, XXX). 1995 werden erstmals Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt; dies verlaufen sehr chaotisch und verschiedene Stimmen sprechen von Wahlbetrug (Encyclopaedia Britannica 2009n; Pinkney 2005: 204, vgl. 205; Ofcansky und Yeager 1997: XXXI). Das Oberste Gericht weist aber alle Wahlbeschwerden ab (Ofcansky und Yeager 1997: XXXI). 1998 führen Islamisten einen Terroranschlag auf die US-Botschaft aus (Encyclopaedia Britannica 2009n; Lewis 1998: 42434). 1999 ist Tansania erneut mit einem Flüchtlingsproblem konfrontiert, diesmal aufgrund von Kämpfen in Kongo (Encyclopaedia Britannica 2009n). 2005 verlaufen die regionalen und nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf dem Festland ungestört, auf Sansibar kommt es zwar wieder zu Unruhen, am (angeb-lichen) Sieg der Regierungspartei auf regionaler wie auch nationaler Ebene ändert dies aber wie in der Vergangenheit nichts (Encyclopaedia Britannica 2009n; Lewis 2005: 46558, 46865, 46919-46920, 46972). 2006 versucht ein Gruppe von Sansibar den Unionsvertrag mit dem Festland per Gerichtsurteil als nichtig erklären zu lassen, sie scheitern allerdings (Encyclopaedia Britannica 2009n).</p>
T3-verl	--
t0	1990 signalisiert die herrschende Partei, dass sie politische Reformen (hin zu einer Demokratie) durchzuführen gedenkt (Ofcansky und Yeager 1997: XXVII).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1995 (u.a. Encyclopaedia Britannica 2009n), allerdings sind dies nur bedingt freie und faire Wahlen.
DR2	In der Verfassung von 1977/1984 (Encyclopaedia Britannica 2009n).
DR3	In der Verfassung von 1977/1984 (Encyclopaedia Britannica 2009n). 1994 wird in einem Referendum eine Verfassungsreform bezüglich der Wahl des Vizepräsidenten angenommen (Inkrafttreten nach den Wahlen 1995) (Encyclopaedia Britannica 2009n).
DR4	In der Verfassung von 1977/1984 (Encyclopaedia Britannica 2009n).
DR5	(vermutlich in der Verfassung von 1977/1984; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009n)
DR6	(vermutlich in der Verfassung von 1977/1984)
DR7	(vermutlich in der Verfassung von 1977/1984)
DR8	In der Verfassung von 1977/1984 (Encyclopaedia Britannica 2009n).
DR9	(vermutlich in der Verfassung von 1977/1984)
WR1	(vermutlich in der Verfassung von 1977/1984)
WR2	1992/1993 werden die verschiedenen 1986 begonnen Reformen im Wirtschaftssystem weitergeführt, allerdings verlaufen diese nur schleppend (Encyclopaedia Britannica 2009n; IMF 1999f: u.a. 41, 43); teilweise wurden sie auch wieder rückgängig gemacht (IMF 1999f: 44). Trotzdem finden bis 1998 relativ grosse Fortschritte statt (IMF 1999f: 46-47). 1995 führt der neu gewählte Präsident die Wirtschaft-Reformen weiter (Encyclopaedia Britannica 2009n).
WR3	(keine Angaben)
WR4	1993 gründet das Regime eine Agentur, die die bereits angelaufene Privatisierung fortsetzen und ausweiten soll (IMF 1999f: 13-14, vgl. 15). Bis 1998 können so rund 60% der Staatsbetriebe privatisiert werden (IMF 1999f: 15, vgl. 16, 17-18).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 90% (Baratta 1992: 578)
lebex	50 Jahre (World Development Indicators)
fert	5.9 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	48% (World Development Indicators)
bip	739 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0.67 (fsQCA-Wert) Das Land ist bezüglich Ethnie, Clans, Sprache und Religion sehr stark fragmentiert (vgl. Bakari 2001: 61-99). Auf der halbautonomen Insel Sansibar gibt es Bewegungen, die grössere Autonomie oder gar die Selbständigkeit verlangen (Encyclopaedia Britannica 2009n).
gini	0.34 (World Development Indicators) Dies ist der Wert von 1991, da für das Jahr 1992 keine Daten vorliegen. Es kann aber aufgrund der Analyse angenommen werden, dass dieser Wert auch für 1992 Gültigkeit hat.
C3	0.33 (fsQCA-Wert) 1990 formiert sich erstmals eine ernsthafte Oppositionsorganisation mit klar pro-demokratischen Zielen, die schnell breite Unterstützung aus den Eliten erfährt (Pinkney 1997: 190-191). Gleichzeitig erscheinen unabhängige Presseerzeugnisse (u.a. Baregu 1994: 171). Die Opposition ist aber zu schwach (u.a. mangelnde Unterstützung durch die Bevölkerung), um wirklichen Druck aufzubauen, so dass die Initiative immer beim Regime liegt (Pinkney 1997: u.a. 195-196, vgl. 112-118, 206; Baregu 1994: 171-173; vgl. Ofcancsky und Yeager 1997: XXVII-XXVIII).

C4	0 (fsQCA-Wert)
	Das alte Regime bzw. die Einparteiherrschaft kann weiterhin auf eine relativ breite Unterstützung in Teilen der Bevölkerung bzw. der Parteibasis sowie in der Administration zählen (Pinkney 1997: 189, vgl. 194; Baregu 1994: 170, 171), es gibt aber keine Stimmen, die fundamental gegen eine Änderung der Machtstrukturen sind.

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (1990) (Index of Economic Freedom) 57.3 (1995) (Index of Economic Freedom) 4.90 (1995) (Economic Freedom (Fraser Institute)) 4.01 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 48.9</p> <p>1986 wurden als Bedingung für einen IMF-Kredit verschiedene Wirtschaft-Reformen begonnen, so u.a. die Abschaffung von Preiskontrollen und verschiedener Subventionen und die Zulassung von privaten Unternehmen (Encyclopaedia Britannica 2009n; IMF 1999f: 4, vgl. 41; Ofcancsky und Yeager 1997: XXVII; Baregu 1994: 166-167, 168). Allerdings blieb u.a. der Exportmarkt noch bis 1994/95 stark reguliert (IMF 1999f: 41, 43, 47). Erst zu Beginn der 1990er folgten Privatisierungen (IMF 1999f: 4, 13), entsprechend sind bis Ende 1992 erst vereinzelt Staatsbetriebe privatisiert worden (IMF 1999f: 15). 1991 kündigt das Regime an, dass ausländische (private) Banken ab 1993 geschäftlich tätig werden können (Ofcancsky und Yeager 1997: XXVIII; vgl. IMF 1999f: 4-5).</p>
---	---

Outcome (Y)

Y	<p>1 (Polity IV) 3.5 (Freedom House)</p>
---	---

Tabelle 12-16: Grunddaten zu Togo (TOG)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	13.10.1992
t2	<p>14.10.1992: 1992 (14.10.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (angenommen in einem Referendum am 27.9.1992) (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 149, 154).</p>
t2b	1993 (siehe unten)
T3	2003
T3-stab	<p>2003 – zwischen 1999 und 2003 wird die Bedingung erfüllt: 1992, kurz nach Inkrafttreten der neuen Verfassung, fordern Militärs bereits wieder erfolgreich einzelne Institutionen heraus, die von der Opposition kontrolliert werden (Helm 2004: 157). Als Gegenreaktion kommt es zu einem monatelangen Generalstreik (Helm 2004: 158). Zudem werden die einzelnen Errungenschaften der demokratischen Verfassung Schritt um Schritt wieder rückgängig gemacht, bzw. neu in der Verfassung vorgesehene Institutionen werden gar nie etabliert (Helm 2004: 158, 159-160, 231-232). 1993 kommt es zu einer „Säuberungswelle“ innerhalb der Armee, nachdem ein angeblicher Coup aufgedeckt wurde (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 163-164). 1993 finden Präsidentschaftswahlen statt, mehrere Oppositionskandidaten nehmen aber nicht daran teil, da der Wahlkampf – und auch die anschließende Wahl – weder frei noch fair ist (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 168-169, 170-172, 231; Hagen und Spearing 2000: 5). Es kommt zu Demonstrationen wegen des Wahlbetrugs (Helm 2004: 172). 1994 wird (erfolglos) ein Anschlag auf den Staats- bzw. Regimechef verübt; als Folge davon geht das Militär brutal gegen Oppositionelle und „Abweichler“ in den eigenen Reihen vor (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 174). 1995 boykottiert die von der Regierung ausgeschlossene Opposition die Legislatur; dieser Boykott wird erst aufgehoben, als die Regierung verspricht, die Wahlkommission neutral zusammenzusetzen (Encyclopaedia Britannica 2009o).</p>

	<p>1998 kommt es während der Präsidentschaftswahlen erneut zu Wahlbetrug, in Folge dessen kommt es zu Protesten und Demonstrationen der Opposition und ein Teil der Wahlkommission tritt aus Protest zurück; das Regime geht gewaltsam gegen die Demonstranten vor (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 168-169, 177-180; vgl. Hagen und Spearing 2000: 5-6).</p> <p>Allg.: Trotz dieser häufigen Proteste kann die Opposition doch nie zu einer wirklich ernsthaften Kraft gegen das Regime heranwachsen (u.a. Helm 2004: 214-216; Hagen und Spearing 2000: 10). Spätestens mit der Wahl von 1999 wird offensichtlich, dass die Opposition keine Chance hat, das politische Geschehen im Land zu kontrollieren: Im Parlament ist sie nicht (mehr) vertreten (siehe unten), in der Öffentlichkeit wird sie vom Militär unterdrückt (und so marginalisiert) (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: u.a. 203-207).</p> <p>Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium):</p> <p>1993 geht die Polizei und das Militär mehrmals gewaltsam gegen Demonstranten und Oppositionspolitiker vor, wobei es auch zu Todesopfern kommt (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 162-163, 231; Hagen und Spearing 2000: 5).</p> <p>1994 gewinnt die Opposition die Wahlen, der Präsident kann die beteiligten Oppositionsparteien aber erfolgreich gegeneinander ausspielen: Die Koalition zwischen den Oppositionsparteien bricht auseinander und die Partei des Präsidenten wird zur Königsmacherin (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 175-176).</p> <p>1996 stellt die Partei des Präsidenten dank Siegen in einzelnen Nachwahlen wieder alleine die Mehrheit in der Legislative; der Präsident ernennt einen neuen, Regime-treuen Regierungschef (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 176, vgl. 168-169).</p> <p>1999 boykottieren die Oppositionsparteien mehrheitlich die Parlamentswahlen, damit ermöglichen sie aber der Präsidenten-Partei einen überwältigenden Sieg (wobei die Wahlen erneut nicht frei und fair sind) (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 182-183).</p> <p>1999 finden Gespräche zwischen der Regierungspartei und Teilen der Opposition statt; es kommt aber zu keiner Vereinbarung (Encyclopaedia Britannica 2009o; vgl. Hagen und Spearing 2000: 8).</p> <p>2000 wird das Mediengesetz noch restriktiver; das Militär unterdrückt jegliche Versuche von Protest (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 186-187; vgl. Hagen und Spearing 2000: 10). Das Regime hält die Opposition mit Scheinverhandlungen hin und verschiebt die vereinbarten Parlamentswahlen auf einen unbestimmten Zeitpunkt (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 186, vgl. 184-186).</p> <p>2002 boykottieren die Oppositionsparteien erneut die Parlamentswahlen (und die Zusammensetzung der Wahlkommission), wodurch die Partei des Präsidenten fast alle Sitze im Parlament gewinnt und wieder die Regierung bilden kann (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 189-192).</p> <p>2002 wird die Limitierung der Präsidentschaft auf zwei Legislaturen aus der Verfassung gestrichen und die Anforderungen an die Kandidaten der Präsidentschaft so geändert, dass gewisse Oppositionspolitiker nicht mehr an der Wahl teilnehmen können (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 194, vgl. 187-189).</p> <p>2003 erfolgt eine weitere Anpassung des Wahlgesetzes zu Gunsten des Regimes (Helm 2004: 194-195); die Opposition wird gewaltsam unterdrückt (Helm 2004: 196-197).</p> <p>2003 wird der Präsident ohne ernsthafte Konkurrenz durch die Opposition wiedergewählt (Oppositionspolitiker sind von der Wahl ausgeschlossen, der Wahlkampf ist unfair und es kommt zu Wahlbetrug) (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 199-202, 206).</p>
T3-verl	--
t0	<p>1989/1990 nehmen die Aktionen und Proteste der verschiedenen, teilweise seit längerem bestehenden Oppositionsbewegungen, die sich für die Einführung von Demokratie stark machen, merklich zu (Helm 2004: 142; Hagen und Spearing 2000: 2). Das Regime wiederum sieht sich zu Aktivismus gezwungen (ohne aber substantiell etwas zu ändern) (Helm 2004: 142-143).</p>

Reformen

DR1	U.a. Durchführen der Präsidentschaftswahlen 1993, allerdings sind dies nicht freie und faire Wahlen (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 168-169, 170-172, 231; Hagen und Spearing 2000: 5).
-----	---

DR2	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009o; Held 2004: 154-155). 2002 wird das Wahlrecht revidiert (autoritäre Tendenz) (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 194, vgl. 187-189). 2003 erfolgt eine weitere Anpassung des Wahlgesetzes (autoritäre Tendenz) (Helm 2004: 194-195).
DR3	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009o; Held 2004: 155). 2002 wird die Limitierung der Präsidentschaft auf zwei Legislaturen aus der Verfassung gestrichen (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 194, vgl. 187-189).
DR4	In der neuen Verfassung von 1992 (Held 2004: 154-155).
DR5	In der neuen Verfassung von 1992 (Held 2004: 154-155). 2000 wird das Mediengesetz revidiert; es wird (noch) restriktiver (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 186-187; vgl. Hagen und Spearing 2000: 10).
DR6	In der neuen Verfassung von 1992 (Held 2004: 154-155).
DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR8	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009o).
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR2	1994 und 1995 wird der Baumwaldhandel und die Baumwollverarbeitung liberalisiert (IMF 1997b: 11). 1995 werden die Preiskontrollen gewisser, noch nicht liberalisierter Branchen aufgehoben (IMF 1997b: 18).
WR3	(keine Angaben)
WR4	Die IMF- und Weltbankprogramme werden 1992 mehr oder weniger ohne Unterbruch weitergeführt (u.a. Privatisierungen) (Helm 2004: 208; IMF 1994: 22-23). 1994 und 1995 wird z.B. der Baumwaldhandel und die Baumwollverarbeitung liberalisiert (IMF 1997b: 11).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 43% (Baratta 1992: 582)
lebex	58 Jahre (World Development Indicators)
fert	6.2 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	35% (World Development Indicators)
bip	766 US\$ (World Development Indicators)
konf1	1 (fsQCA-Wert) Das Volk besteht aus vielen verschiedenen Ethnien; viele Parteien sind ethnische definiert (Encyclopaedia Britannica 2009o; Helm 2004: 218; Hagen und Spearing 2000: 1, 2, 6). Insbesondere zwischen den Ethnien des Nordens und den Ethnien des Südens bestehen Gegensätze, die sich auch in der politischen Herrschaft und der Zusammensetzung des Militärs manifestieren (Helm 2004: 139, 217-219). Vereinzelt kommt es zu Gewalttätigkeiten zwischen den Ethnien (vor allem im Zusammenhang mit Landkonflikten) (Helm 2004: 218-219).
gini	-- (World Development Indicators) 0.67 (fsQCA-Wert) Zu diesem Indikator konnten keine Daten gefunden werden (verschiedene Quellen geprüft). Aufgrund der Analyse kann vermutete werden, dass es sich hier um eine ähnliche Situation wie in den Staaten bzw. Fällen Guyana und Sambia handelt (vgl. Helm 2004: 208); entsprechend wurde hier als Annäherung ein ähnlicher fsQCA-Wert (gerundet) verwendet.
C3	0.67 (fsQCA-Wert) Aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten formiert sich in den 1980er Jahre gewisser Widerstand gegen das Regime, der mehr und mehr auch auf eine politische Öffnung zielt (Helm 2004: 142-145, vgl. 126-132; Hagen und Spearing 2000: 2, 4). Diese Opposition ist zwar relativ zahlreich und breit unterstützt durch die verschiedenen Eliten, gleichzeitig aber auch stark zerstritten bezüglich Zielen und Vorgehen (Hagen und Spearing 2000: 5);

	eine geeintes, starkes Oppositionsbündnis kommt nie wirklich zustande (Held 2004: 225). 1989/1990 verstärkt sich dieser Protest gegen das Regime und es kommt nun auch zu öffentlichen Aktionen (Helm 2004: 142-144). Zusammenstösse zwischen Demonstranten und dem Militär fordern Todesopfer (Helm 2004: 144). 1991 wird wegen des Drucks der Oppositionsgruppen eine Nationale Konferenz zwischen dem Regime und der Opposition gebildet, die allgemeine Wahlen für 1992 vorbereiten sowie eine Übergangsregierung einsetzen sollen (Held 2004: 145-146, 147-149; Hagen und Spearing 2000: 5). Das alte Regime kann dabei aber nur bedingt von der Macht verdrängt und nur etwas in der Machtfülle eingeschränkt werden (Held 2004: 148-149). Oppositionsparteien werden nun wieder offiziell zugelassen; entsprechend kehren viele exilierte Politiker ins Land zurück und gründen Parteien (Encyclopaedia Britannica 2009o; Held 2004: 145). Das Militär geht aber immer wieder gewaltsam gegen oppositionelle Stimmen und von Oppositionellen kontrollierte Institutionen vor (Helm 2004: 149-153; Hagen und Spearing 2000: 5, 6).
C4	1 (fsQCA-Wert)
	Das Regime versucht, eine Änderung der Machtstrukturen zu verhindern; so wehrt es sich beispielsweise erfolgreich gegen den Beschluss der Nationalen Konferenz, die regierende Partei aufzulösen (Helm 2004: 148-149, 151, 152). Hierbei kann sich das Regime auf die Unterstützung durch die verschiedenen Sicherheitskräfte, insbesondere das Militär verlassen (Helm 2004: 221-223; Hagen und Spearing 2000: u.a. 2-3, 4). Da die Militärs von den Pfründen der Macht profitieren und zugleich Angst davor haben, bei einem Machtwechsel nicht nur diese Pfründen zu verlieren, sondern auch für verschiedene (Menschenrechts-) Vergehen abgestraft zu werden, ist die Treue zum Regime und dem Status quo sehr gross (Helm 2004: 160, 221-223). Dies zeigt sich auch darin, dass das Militär immer wieder gewaltsam gegen Oppositionsgruppen vorgeht (u.a. Helm 2004: 142-146, 149-153).

Reformsequenz (W)

W	<p>-- (Index of Economic Freedom)</p> <p>4.95 (1990) (Economic Freedom (Fraser Institute))</p> <p>4.56 (1995) (Economic Freedom (Fraser Institute))</p> <p>Durchschnitt: 47.6</p> <p>Togo hat gemäss IMF (1994: 1, 1997b: 9) eine kleine, relativ offene Volkswirtschaft, da nur wenige Preise staatlich reguliert bzw. festgelegt werden und auch bei den Importen und Exporten relativ wenige Handelsschranken bestehen (IMF 1997b: 17-18; IMF 1994: 8, 11, 40). Die von IMF und Weltbank initiierten Reformprogramme ab 1979 konzentrieren sich somit primär auf die Stabilisierung der Staatsfinanzen und die Privatisierung von (grossen) Staatsbetrieben (Helm 2004: 120-122, 208; Hagen und Spearing 2000: 3-4; IMF 1994: 11, 13, 20-23). Allerdings beschränkt sich die Privatisierung auf einige wenige Betriebe; insbesondere solche Firmen, von denen das Regime besonders stark profitiert, werden nicht privatisiert (Helm 2004: 121-122; vgl. IMF 1994: 20-23, 77). Der öffentliche Sektor ist als Arbeitgeber auch weiterhin sehr bedeutend (IMF 1997b: 18).</p>
---	---

Outcome (Y)

Y	<p>-2 (Polity IV)</p> <p>5.5 (Freedom House)</p>
---	--

Tabelle 12-17: Grunddaten zu Uruguay (URU)

(Mess-) Zeitpunkte	
T1	Februar 1985
t2	Februar 1985 (exaktes Datum nicht bekannt): 1985 (Februar) tritt die Verfassung von 1967 wieder in Kraft (Wagner 1991: 48).
t2b	--
T3	1990
T3-stab	1990 – zwischen 1986 und 1990 wird die Bedingung erfüllt: Allg.: Alle Regierungswechsel (u.a. 1989) erfolgen gemäss der Verfassung, und auch der Widerstand gegen die Wirtschaftsreformen in den 1990er verlaufen in verfassungsmässigen Bahnen (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1997: 256; González 1991: 155-164); der Staat kann als sehr stabil angesehen werden (Wagner 1997: 242, 265-266), auch wenn das Militär weiterhin einen gewissen Einfluss auf die Regierung hat (u.a. ein General als Verteidigungsminister) (Wagner 1997: 255). Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1986 wird ein Amnestiegesetz zugunsten der Militärs verabschiedet; dieses hilft, die latente Drohung der Militärs, bei „ungerechter“ Behandlung wegen begangener Menschenrechtsverletzungen wieder in die Politik einzugreifen, abzuschwächen (Wagner 1987: 253-254; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009p; The Economist 1987). Dieses Amnestiegesetz wird 1989 an der Urne vom Volk gutgeheissen, und damit definitiv ein Strich unter das Kapitel Militärdiktatur gezogen; der Wahlkampf dazu verläuft ruhig und der Abstimmungsausgang wird von den Verlierern nicht in Frage gestellt (Wagner 1997: 254; vgl. 254-255). Mitte der 1990er wird das Thema Militärdiktatur wieder aktuell, allerdings dreht sich diesmal weniger um die Schuld- als um die Opfer-Frage bzw. um die Wahrheitsfindung, was politisch weniger brisant ist (Wagner 1997: 265).
T3-verl	--
t0	1983 nimmt das Militär offiziell Verhandlungen mit den Parteien bezüglich eines Übergangs zur Demokratie auf (diese werden bereits 1982 faktisch wieder legalisiert) (Wagner 1997: 251), zudem finden immer wieder Demonstrationen gegen die Militärdiktatur statt (Wagner 1997: 252).

Reformen

DR1	Durchführung verschiedener Wahlen und Abstimmungen (Encyclopaedia Britannica 2009p).
DR2	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; Wagner 1991: 51-65, 249).
DR3	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1991: 249).
DR4	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1991: 249).
DR5	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1991: 249).
DR6	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1991: 249).
DR7	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1991: 249).
DR8	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1991: 249).
DR9	In der Verfassung von 1967 (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1991: 249).
WR1	Vermutlich bereits mit den Wirtschaft-Reformen der 1970er Jahre (vgl. Illert 1998: 159-160, 165-166).
WR2	1985 akzeptiert die neue Regierung ein IMF-Programm (Budgetbeschränkungen, freier Wechselkurs) (Encyclopaedia Britannica 2009p). Ab 1990 werden weiter ökonomische Liberalisierungen in Angriff genommen, den Wirtschaftsreformen erwächst aber grosser Widerstand, weshalb diese nur bedingt realisiert werden können (Encyclopaedia Britannica 2009p; Wagner 1997: 259) resp. erst ab 1995 mit Bestehen der „grossen Koalition“ erfolgen (u.a. Reform der Sozialversicherung, des Steuersystems, des Bildungswesens und der Verwaltung) (Wagner 1997: 263). Die Reformen betreffen die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität, die Sanierung des Sozialsystems und eine Vertiefung der marktwirtschaftlichen Reformen (World Bank 1996b: 2-10; vgl. 23-25; vgl. Illert 1998: 174-178). 1991 gründet Uruguay zusammen mit Argentinien, Brasilien und Paraguay den Mercosur (Umsetzung per Beginn 1995) (Encyclopaedia Britannica 2009p; Wagner 1997: 259).
WR3	(erfolgte bereits früher im Zuge erster Wirtschaft-Reformen, siehe unten)

WR4	In den 1990er versucht die Regierung, die noch bestehenden Staatsbetriebe zu privatisieren (Encyclopaedia Britannica 2009p). Diesen Privatisierungsprogrammen erwächst aber grosser Widerstand (u.a. Ablehnung eines Privatisierungsgesetzes an der Urne 1992), weshalb sie nur bedingt realisiert werden können (Encyclopaedia Britannica 2009p; Wagner 1997: 259-260; vgl. World Bank 1996b: 18). Wobei es sich hierbei ohnehin nur noch um eine kleine Anzahl staatlicher Firmen geht, die mehrheitlich in Bereichen mit natürlichen Monopolen operativ sind (World Bank 1996b: 19; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009p).
-----	--

Conditions (C1-C4)

alph	95% (World Development Indicators)
lebex	72 Jahre (World Development Indicators)
fert	2.5 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	28% (World Development Indicators) Dies entspricht dem Wert von 1987, da für 1985 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der weiteren zeitlichen Entwicklung dieses Anteils und der Erkenntnisse aus der übrigen Analyse kann aber davon ausgegangen werden, dass der hier angenommene Wert zutreffend ist.
bip	5971 US\$ (World Development Indicators)
konf1	0 (fsQCA-Wert) Das Volk wird als sehr homogen beschrieben; es ist von keinen Konflikten die Rede (Encyclopaedia Britannica 2009p; Wagner 1997: 243).
gini	0.43 (World Development Indicators) Dies entspricht dem Mittelwert aus den Zahlen für 1981 und 1989, da für 1985 kein Wert vorliegt. Da die Werte von 1981 und 1989 kaum voneinander abweichen und aus der Literatur nicht bekannt ist, dass sich die Einkommensverteilung innerhalb dieser Zeitspanne nach oben oder unten verändert hat, kann davon ausgegangen werden, dass der hier verwendete Mittelwert angemessen ist.
C3	1 (fsQCA-Wert) Obwohl die neue, demokratisch gewählte Regierung offiziell erst nach Inkrafttreten der neuen Verfassung die Arbeit aufnimmt (im März 1985) (Wagner 1997: 252), bereiten verschiedene Organisationen (u.a. Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände) bereits im Vorfeld die Machtübergabe an eine zivile Regierung vor (Wagner 1991: 49-50). Faktisch kann also von einem Elitenwechsel gesprochen werden. Die Parteien sind zudem die Verhandlungspartner der Militärs bei der Aushandlung des „Pacto del Club Naval“ von 1984, der den Übergang zur Demokratie festlegt (u.a. soll die Verfassung von 1967 wieder in Kraft gesetzt und Wahlen durchgeführt werden) (Wagner 1997: 252). Auch die Unterstützung durch die Bevölkerung ist sehr gross, was sich insbesondere an der Teilnahme und dem Ausgang der Abstimmung von 1980 (Ablehnung einer „pseudo-demokratischen“ Verfassung) und den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1984 zeigt, sowie bei verschiedenen Demonstrationen gegen die Militärdiktatur (u.a. 1983) (Encyclopaedia Britannica; Wagner 1997: 250-251; 252, vgl. 257). Vor der Militärdiktatur (ab 1973) bestand eine relativ gut entwickelte Demokratie, die sich auch in der politischen Kultur niederschlug (Wagner 1997: 242, 244, vgl. 245-246, 252); die politischen Parteien, die 1983/84 den Übergang zur Demokratie mit den Militärs verhandeln und ab 1984 wieder zur Wahl stehen, sind praktisch identisch zu denjenigen vor der Militärdiktatur (Wagner 1991: 67-69), entsprechend können sie auf bestehende Organisationen, Knowhow und Personal zurückgreifen und sind bereits in der Bevölkerung bekannt.
C4	0.33 (fsQCA-Wert) Zwar kontrollieren die Militärs noch alle Sicherheitskräfte und haben formell auch noch die Regierungsmacht inne, sie haben sich aber auf einen Übergang zur Demokratie entschieden, an den sie sich halten (Encyclopaedia Britannica 2009p; vgl. Wagner 1997: 250; González 1991: 53); allerdings hängt anfangs ihre Loyalität dem neuen System gegenüber vom Umgang mit von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen ab (siehe oben).

Reformsequenz (W)

W	-- (Index of Economic Freedom) 5.96 (1985) (Economic Freedom (Fraser Institute)) Durchschnitt: 59.6 In den 1970er und 1980er Jahre erfolgen umfassende marktwirtschaftliche Reformen (Encyclopaedia Britannica 2009p; Illert 1998: 159-160, 165-166) und schon 1967 wird eine Zentralbank gebildet und eine eigene Währung eingeführt (Encyclopaedia Britannica 2009p). Aus den Reformempfehlungen von The Economist (1984) kann zudem abgeleitet werden, dass eine freie Marktwirtschaft zumindest in ihren Grundzügen besteht (vgl. World Bank 1996b: 23-25). Diese Einschätzung geht auch aus den Werten der einzelnen Reformen hervor (siehe oben).
---	--

Outcome (Y)

Y	10 (Polity IV) 1.5 (Freedom House)
---	---------------------------------------

Tabelle 12-18: Grunddaten zu Usbekistan (UZB)**(Mess-) Zeitpunkte**

T1	07.12.1992
t2	08.12.1992: 1992 (08.12.) tritt eine neue Verfassung in Kraft (Yalcin 2002: 145).
t2b	1993 (siehe unten)
T3	1998
T3-stab	1998 – zwischen 1994 und 1998 wird die Bedingung erfüllt: Allg.: Das Land wird als eines der stabilsten in der Region beschrieben (Encyclopaedia Britannica 2009q). Weitere Ereignisse (ohne Relevanz für das Kriterium): 1993 werden Oppositionsparteien und deren Mitglieder und Politiker noch verstärkt unterdrückt (u.a. tätliche Übergriffe, Gerichtsverfahren, Verbote) (Encyclopaedia Britannica 2009q). 1995 (27.03.) wird die Amtszeit des Präsidenten in einem Referendum verlängert (Weltgeschehen 1996: 81); der Präsident nimmt mit Oppositionellen (auch solchen im Exil) das Gespräch auf (Yalcin 2002: 56-57). 1996 gesteht der Präsident gewisse Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit ein und verspricht Besserung (Encyclopaedia Britannica 2009q). 1997 werden vier Polizisten ermordet, worauf (1998) die Regierung gegen „Islamisten“ vorgeht (Yalcin 2002: 58, 59). 1998 wird das Wahlrecht überarbeitet und damit den autoritären Machtanspruch des Präsidenten noch weiter gestärkt (Encyclopaedia Britannica 2009q). 1998 die Regierung geht aus Furcht vor Islamisten massive gegen tatsächliche oder vermeintliche Terrororganisationen vor (Encyclopaedia Britannica 2009q).
T3-verl	--
t0	1989 beginnen sich Gruppen und Parteien zu formieren, die die Unabhängigkeit anstreben; der Ruf nach Unabhängigkeit geht dabei oft zusammen mit dem Ruf nach politischer Veränderung (Yalcin 2002: 143; Weltgeschehen 1996: 71). 1991 (31. 8.) erklärt sich Usbekistan unabhängig (Yalcin 2002: 53).

Reformen

DR1	U.a. Durchführung der Parlamentswahlen 1994/1995 (Yalcin 2002: 56), allerdings ist die Wahladministration nicht politisch neutral und unabhängig (vgl. u.a. Mangott 1996: 135; Weltgeschehen 1996: 79-81).
-----	--

DR2	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009q; Yalcin 2002: 145). 1998 wird das Wahlrecht überarbeitet (autoritäre Tendenz) (Encyclopaedia Britannica 2009q).
DR3	In der neuen Verfassung von 1992, allerdings mit einem sehr starken Präsidenten (Encyclopaedia Britannica 2009q; Yalcin 2002: 146-147, 149; vgl. Mangott 1996: 132-133). 1995 wird die Amtszeit des Präsidenten in einem Referendum verlängert (Weltgeschehen 1996: 81).
DR4	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009q; Yalcin 2002: 145).
DR5	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009q; World Bank 1993b: 4).
DR6	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009q; Yalcin 2002: 145).
DR7	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
DR8	In der neuen Verfassung von 1992 (Encyclopaedia Britannica 2009q).
DR9	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992)
WR1	(vermutlich in der neuen Verfassung von 1992; allerdings nennt die Weltbank 1993 die Etablierung einer Eigentumsgarantie eines der nötigen Reformziele (World Bank 1993b: XIII))
WR2	1993 werden erstmals gewisse Preise liberalisiert, eine umfassende Reform folgt aber erst 1994 (Havlik und Vertlib 1996: 30; vgl. Weltgeschehen 1996: 61; World Bank 1993b: XII). 1996 werden die Liberalisierungsreformen gestartet (Yalcin 2002: 57, 195, 196).
WR3	1993 (November) wird eine eigene Währung eingeführt (Yalcin 2002: 54).
WR4	1992 bis 1994 werden Häuser und Wohnungen, sowie KMUs und grössere Firmen privatisiert (Yalcin 2002: 190-191; Havlik und Hertlib 1996: 191, 192; Weltgeschehen 1996: 61-62; World Bank 1993b: XII). In dieser Zeit wird auch der grösste Teil der Landwirtschaftsbetriebe privatisiert (Yalcin 2002: 191-195; Havlik und Hertlib 1996: 192; Weltgeschehen 1996: 61). 1995 folgt ein zweites Privatisierungsprogramm (Yalcin 2002: 195-196).

Conditions (C1-C4)

alph	-- (World Development Indicators) 97% (Baratta 1995: 702)
lebex	69 Jahre (World Development Indicators)
fert	4.0 Geburten pro Frau (World Development Indicators)
agr	35% (World Development Indicators)
bip	1697 US\$ (World Development Indicators)
konf1	1 (fsQCA-Wert) Das Volk ist bezüglich Ethnie, Religion und Sprache sehr heterogen (Encyclopaedia Britannica 2009q; Yalcin 2002: 105-107; Havlik und Vertlib 1996: 186; Mangott 1996: 129-131); bis zur Unabhängigkeit blieben diese Beziehungen aber ohne grössere Konflikte (Yalcin 2002: 130-131). 1989 und 1990 kommt es dann aber zu ethnischen Konflikten zwischen Usbeken und Turkmenen bzw. Kirgisen, welche mehrere hundert Tote fordern (Yalcin 2002: 55, 131; Havlik und Vertlib 1996: 186; Mangott 1996: 132; Weltgeschehen 1996: 69-70).
gini	0.33 (World Development Indicators) Dies entspricht dem Wert von 1993, da für 1992 keine Zahlen vorliegen. Aufgrund der Analyse kann aber davon ausgegangen werden, dass dieser Wert als korrekt angesehen werden kann.
C3	0.33 (fsQCA-Wert) 1989 beginnen sich Gruppen und Parteien zu formieren, die die Unabhängigkeit anstreben; der Ruf nach Unabhängigkeit geht dabei oft zusammen mit dem Ruf nach politischer Veränderung (Yalcin 2002: 143; Weltgeschehen 1996: 71). Allerdings werden die meisten dieser Organisationen bis 1992 wieder verboten und allgemein Oppositionelle sehr stark unter Druck gesetzt (Yalcin 2002: 54-56; Havlik und Vertlib 1996: 186; Weltgeschehen 1996: 71-76; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009q). 1991 wird der

	Präsident in einer Volkswahl in seinem Amt bestätigt (Yalcin 2002: 53), gleichzeitig findet das Referendum zur Unabhängigkeit statt (Weltgeschehen 1996: 68); es kommt zu keinem Elitenwechsel (vgl. Yalcin 2002: 54-55; Havlik und Vertlib 1996: 186; Weltgeschehen 1996: 68).
C4	0.67 (fsQCA-Wert) Die neue Regierung geht brutal gegen Oppositionelle vor und lässt diesen nur wenig Spielraum (Yalcin 2002: 54-56; Havlik und Vertlib 1996: 186; Weltgeschehen 1996: 71-76; vgl. Encyclopaedia Britannica 2009q); sie zeigt damit, dass sie die Machtapparate kontrolliert und nicht gewillt ist, diese Kontrolle abzugeben bzw. zu teilen.

Reformsequenz (W)

W	-- (Index of Economic Freedom) -- (Economic Freedom (Fraser Institute)) 0 (fsQCA-Wert) Die Empfehlungen der Weltbank zeigen, dass es sich noch um keine Marktwirtschaft handelt, sondern diese erst noch gebildet werden muss – es fehlen die grundlegenden marktwirtschaftlichen Institutionen (World Bank 1993b: XII-XIV, XV-XVII; 12, 29-34, 35; vgl. IMF 1998d: 6, 13-14; Havlik und Vertlib 1996: 190; Weltgeschehen 1996: 60). 1990 werden zwar zwei Reformprogramme ausgearbeitet, diese werden aber nie umgesetzt (u.a. World Bank 1993b: 1-2). Und noch 1992/1993 liegt kein umfassendes Programm für Marktwirtschaftsreformen vor (World Bank 1993b: 11). Diese Einschätzung teilt auch die EBRD: Ausser einer begrenzten Preisliberalisierung fanden bis Ende 1992 keine substantiellen Reformen hin zu einer freien Marktwirtschaft statt (EBRD 2009b).
---	--

Outcome (Y)

Y	-9 (Polity IV) 6.5 (Freedom House)
---	---------------------------------------

b) Rohdaten aller Fälle

Tabelle 12-19: Rohdaten, unkalibriert

Fälle	outcome1 (Polity IV)	outcome2 (Freedom House)	alph (%)	lebex (Jahre)	fert (Geburten/ Frau)	agr (%)	bip (US\$)	konf1 (fsQCA- Wert)	gini (Gini-Koeff- fizient)	prodem (fsQCA- Wert)	veto (fsQCA- Wert)	rsequ (Index- Wert)
EQG	-5	7	37	48	5.9	51	2254	0.67	0.67*	0	1	0*
ARG	7	3	93	70	3.2	10	8773	0.33	0.45	0.67	0.67	41.4
ARM	5	4	99	70	2.0	42	1703	0	0.44	1	0.33	42.2
BRA	8	3	76	65	3.0	10	7583	0.33	0.61	1	0.33	39.4
CHL	9	2	94	74	2.6	9	6501	0	0.56	0.67	0.67	65.9
GHA	2	3	60	58	5.5	45	890	1	0.38	0.33	0	52.7
GNB	0*	0*	37	43	7.1	54	639	0.33	0.47	0.33	0.67	29.9
GUY	6	2	96	63	2.6	41	2273	0.67	0.52	0.33	0.33	0.33*
KYR	-3	5	99	67	3.3	39	1636	1	0.54	0.33	0.33	0.33*
MAG	7	3	71	52	6.1	29	869	0.67	0.46	0.67	0.33	47.8
MLI	6	3	32	48	7.4	46	787	1	0.44	1	0.33	53.5
MON	10	3	96	64	3.6	30	1854	0	0.33	0.67	0	0.33*
PAR	5	3	90	69	4.6	25	3954	0	0.48	0.67	0.67	64.3
ZAM	1	5	65	47	6.4	17	1192	0.67	0.50	0.33	0	32.6
TAZ	1	4	90	50	5.9	48	739	0.67	0.34	0.33	0	48.9
TOG	-2	6	43	58	6.2	35	766	1	0.67*	0.67	1	47.6
URU	10	2	95	72	2.5	28	5971	0	0.43	1	0.33	59.6
UZB	-9	7	97	69	4.0	35	1697	1	0.33	0.33	0.67	0*

* fsQCA-Wert

Tabelle 12-20: Rohdaten, kalibriert

Fälle	outcome1 (fsQCA- Wert)	outcome2 (fsQCA- Wert)	alph (fsQCA- Wert)	lebex (fsQCA- Wert)	fert (fsQCA- Wert)	agr (fsQCA- Wert)	bip (fsQCA- Wert)	konf1 (fsQCA- Wert)	gini (fsQCA- Wert)	prodem (fsQCA- Wert)	veto (fsQCA- Wert)	rsequ (fsQCA- Wert)
EQG	0.11	0.01	0.01	0.03	0.04	0	0.48	0.67	0.67	0	1	0
ARG	0.95	0.82	0.89	0.73	0.38	0.86	0.99	0.33	0.73	0.67	0.67	0.07
ARM	0.89	0.5	0.95	0.73	0.89	0.01	0.28	0	0.69	1	0.33	0.09
BRA	0.97	0.82	0.39	0.41	0.43	0.86	0.99	0.33	0.99	1	0.33	0.04
CHL	0.98	0.95	0.9	0.91	0.57	0.88	0.97	0	0.96	0.67	0.67	0.99
GHA	0.7	0.82	0.09	0.16	0.06	0.01	0.1	1	0.4	0.33	0	0.69
GNB	0	0	0.01	0.01	0.01	0	0.07	0.33	0.8	0.33	0.67	0
GUY	0.93	0.95	0.93	0.32	0.57	0.02	0.49	0.67	0.92	0.33	0.33	0.33
KYR	0.22	0.18	0.95	0.5	0.36	0.03	0.26	1	0.94	0.33	0.33	0.33
MAG	0.95	0.82	0.26	0.06	0.04	0.17	0.1	0.67	0.77	0.67	0.33	0.34
MLI	0.93	0.82	0	0.03	0.01	0.01	0.09	1	0.69	1	0.33	0.74
MON	0.99	0.82	0.93	0.36	0.3	0.14	0.33	0	0.2	0.67	0	0.33
PAR	0.89	0.82	0.83	0.66	0.14	0.31	0.79	0	0.83	0.67	0.67	0.99
ZAM	0.61	0.18	0.15	0.02	0.03	0.66	0.15	0.67	0.88	0.33	0	0.01
TAZ	0.61	0.5	0.83	0.04	0.04	0	0.08	0.67	0.23	0.33	0	0.42
TOG	0.3	0.05	0.01	0.16	0.03	0.06	0.08	1	0.67	0.67	1	0.33
URU	0.99	0.95	0.91	0.84	0.65	0.2	0.95	0	0.65	1	0.33	0.95
UZB	0.02	0.01	0.94	0.66	0.22	0.06	0.28	1	0.2	0.33	0.67	0

Tabelle 12-21: Rohdaten, kalibriert und zu Indizes verrechnet (sofern notwendig)

Fälle	Outcome (Y) (fsQCA-Wert)	Sozioökonomische Entwicklung (C1) (fsQCA-Wert)	Gesellschaftliche Konflikte (C2) (fsQCA-Wert)	Pro-demokratische Akteure (C3) (fsQCA-Wert)	Veto-Player (C4) (fsQCA-Wert)	Reformsequenz (W) (fsQCA-Wert)
EQG	0.06	0.112	0.67	0	1	0
ARG	0.885	0.77	0.463	0.67	0.67	0.07
ARM	0.695	0.572	0.23	1	0.33	0.09
BRA	0.895	0.616	0.55	1	0.33	0.04
CHL	0.965	0.846	0.32	0.67	0.67	0.99
GHA	0.76	0.084	0.8	0.33	0	0.69
GNB	0	0.02	0.487	0.33	0.67	0
GUY	0.94	0.466	0.753	0.33	0.33	0.33
KYR	0.2	0.42	0.98	0.33	0.33	0.33
MAG	0.885	0.126	0.703	0.67	0.33	0.34
MLI	0.875	0.028	0.897	1	0.33	0.74
MON	0.905	0.412	0.067	0.67	0	0.33
PAR	0.855	0.546	0.277	0.67	0.67	0.99
ZAM	0.395	0.202	0.74	0.33	0	0.01
TAZ	0.555	0.198	0.523	0.33	0	0.42
TOG	0.175	0.068	0.89	0.67	1	0.33
URU	0.97	0.71	0.217	1	0.33	0.95
UZB	0.015	0.432	0.733	0.33	0.67	0

13 Anhang E: Weitere Ergebnisse der fsQCA-Datenauswertungen

Tabelle 13-1: Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“ unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Wirtschaft

Zeile	Conditions				Outcome Y	Empirische Fälle	Consi- stency*
	C1	C2	C3	C4			
1	1	0	1	1	1	CHL, PAR	1
2	0	1	0	0	1	GHA	1
3	0	1	1	0	1	MLI	1
4	1	0	1	0	1	URU	1

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Tabelle 13-2: Truth Table der Datenauswertung nach dem Outcome „demokratisches System“ bzw. „erfolgreiche Demokratisierung“ unter ausschliesslicher Berücksichtigung der Fälle mit einer Reformsequenz Demokratie

Zeile	Conditions				Outcome Y	Empirische Fälle	Consi- stency*
	C1	C2	C3	C4			
1	1	0	1	0	1	ARM	0.904455
2	1	0	1	1	1	ARG	0.860254
3	1	1	1	0	1	BRA	0.828582
4	0	0	1	0	1	MON	0.827909
5	0	1	1	0	1	MAG	0.781731
6	0	1	0	0	0	KYR, ZAM, GUY**, TAZ**	0.638286
7	0	1	1	1	0	TOG	0.59164
8	0	0	0	1	0	GNB	0.485927
9	0	1	0	1	0	EQG, UZB	0.409202

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

14 Anhang F: Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen

a) Sensitivitätsanalyse 1 – Ergebnisse

Tabelle 14-1: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 1

Zeile	Conditions					Outcome	Empirische Fälle	Consistency*
	C1	C2	C3	C4	W	Y		
1	1	0	1	0	1	1	URU	1
2	1	0	1	1	1	1	CHL, PAR	1
3	0	1	1	0	1	1	MLI	0.960049
4	0	1	0	0	1	1	GHA	0.951079
5	1	0	1	0	0	1	ARM	0.910203
6	1	0	1	1	0	1	ARG	0.866961
7	0	0	1	0	0	0	MON	0.845027
8	1	1	1	0	0	0	BRA	0.83936
9	0	1	1	0	0	0	MAG	0.815065
10	0	1	0	0	0	0	KYR, ZAM, GUY**, TAZ**	0.668705
11	0	1	1	1	0	0	TOG	0.630814
12	0	0	0	1	0	0	GNB	0.490984
13	0	1	0	1	0	0	EQG, UZB	0.412788

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-2: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 1

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C1*c2*C3	0.442823	0.295346	0.947311	ARG, ARM, CHL, PAR, URU
c1*C2*c4*w	0.324025	0.176549	0.964903	GHA, MLI

Solution Coverage 0.619371

Solution Consistency 0.944470

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.85 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle BRA, MAG und MON fehlen).

Tabelle 14-3: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 1

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.562557	0.268208	0.933083	CHL, GHA, MLI, PAR, URU
C1*c2	0.449169	0.154820	0.938676	ARG, ARM

Solution Coverage 0.717377

Solution Consistency 0.911457

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.85 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle BRA, MAG und MON fehlen).

Tabelle 14-4: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 1

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.409791	0.176549	0.972043	GHA, MLI
C1*c2*C3	0.442823	0.209580	0.947311	ARG, ARM, CHL, PAR, URU

Solution Coverage 0.619371

Solution Consistency 0.944470

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.85 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle BRA, MAG und MON fehlen).

b) Sensitivitätsanalyse 2 – Ergebnisse

Tabelle 14-5: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold

Fälle	C1	C2	C3	C4	W	Y
EQG	0,07	0,67	0,0	1,0	0,0	0,06
ARG	0,716	0,413	0,67	0,67	0,07	0,885
ARM	0,516	0,173	1,0	0,33	0,09	0,695
BRA	0,562	0,55	1,0	0,33	0,04	0,895
CHL	0,81	0,32	0,67	0,67	0,99	0,965
GHA	0,074	0,76	0,33	0,0	0,69	0,76
GNB	0,02	0,453	0,33	0,67	0,0	0,0
GUY	0,386	0,746	0,33	0,33	0,33	0,94
KYR	0,374	0,98	0,33	0,33	0,33	0,2
MAG	0,104	0,663	0,67	0,33	0,34	0,885
MLI	0,026	0,84	1,0	0,33	0,74	0,875
MON	0,354	0,05	0,67	0,0	0,33	0,905
PAR	0,454	0,253	0,67	0,67	0,99	0,855
ZAM	0,156	0,727	0,33	0,0	0,01	0,395
TAZ	0,182	0,503	0,33	0,0	0,42	0,555
TOG	0,062	0,89	0,67	1,0	0,33	0,175
URU	0,652	0,157	1,0	0,33	0,95	0,97
UZB	0,368	0,717	0,33	0,67	0,0	0,015

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-6: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold

Zeile	Conditions					Outcome Y	Empirische Fälle	Consi- stency*
	C1	C2	C3	C4	W			
1	1	0	1	0	1	1	URU	1
2	1	0	1	1	1	1	CHL	1
3	0	0	1	1	1	1	PAR	1
4	0	1	1	0	1	1	MLI	0.959248
5	0	1	0	0	1	1	GHA	0.951005
6	1	0	1	0	0	1	ARM	0.898427
7	1	0	1	1	0	1	ARG	0.861733
8	0	0	1	0	0	1	MON	0.855777
9	1	1	1	0	0	1	BRA	0.829379
10	0	1	1	0	0	1	MAG	0.816583
11	0	1	0	0	0	0	KYR, ZAM, GUY**, TAZ**	0.669071
12	0	1	1	1	0	0	TOG	0.630528
13	0	0	0	1	0	0	GNB	0.501684
14	0	1	0	1	0	0	EQG, UZB	0.418426

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-7: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.483137	0.905369
c1	0.677244	0.616642
C2	0.568903	0.635980
c2	0.622998	0.844877
C3	0.770172	0.822362
c3	0.398005	0.572360
C4	0.402538	0.579634
c4	0.710789	0.758221
W	0.562557	0.933083
w	0.590662	0.574009

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-8: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C3*c4*w	0.439256	0.107344	0.862100	ARM, BRA, MAG, MON
C1*c2*C3	0.414778	0.052463	0.940713	ARG, CHL, URU
c1*C2*c4*W	0.318223	0.079782	0.964286	GHA, MLI
c2*C3*C4*W	0.248716	0.023935	1.000000	CHL, PAR

Solution Coverage 0.726534

Solution Consistency 0.911818

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-9: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.562557	0.106226	0.933083	CHL, GHA, MLI, PAR, URU
C3*c4	0.593382	0.055002	0.894126	BRA, MAG, MLI , MON
c2*C3	0.573285	0.025536	0.896503	ARG, ARM, MON

Solution Coverage 0.812481

Solution Consistency 0.880033

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-10: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, höherer Threshold

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.409791	0.040798	0.972043	GHA, MLI, URU
C3*c4	0.593382	0.108250	0.894126	ARM, BRA, MAG, MLI, MON
c2*C3*W	0.378362	0.039650	1.000000	CHL, PAR, URU
C1*c2*C3	0.414778	0.023270	0.940713	ARG, CHL

Solution Coverage 0.744787

Solution Consistency 0.913793

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-11: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold

Fälle	C1	C2	C3	C4	W	Y
EQG	0,128	0,67	0,0	1,0	0,0	0,06
ARG	0,844	0,487	0,67	0,67	0,07	0,885
ARM	0,63	0,26	1,0	0,33	0,09	0,695
BRA	0,746	0,547	1,0	0,33	0,04	0,895
CHL	0,906	0,32	0,67	0,67	0,99	0,965
GHA	0,106	0,857	0,33	0,0	0,69	0,76
GNB	0,02	0,503	0,33	0,67	0,0	0,0
GUY	0,566	0,757	0,33	0,33	0,33	0,94
KYR	0,534	0,98	0,33	0,33	0,33	0,2
MAG	0,172	0,723	0,67	0,33	0,34	0,885
MLI	0,028	0,927	1,0	0,33	0,74	0,875
MON	0,532	0,1	0,67	0,0	0,33	0,905
PAR	0,632	0,29	0,67	0,67	0,99	0,855
ZAM	0,242	0,747	0,33	0,0	0,01	0,395
TAZ	0,21	0,563	0,33	0,0	0,42	0,555
TOG	0,084	0,89	0,67	1,0	0,33	0,175
URU	0,782	0,25	1,0	0,33	0,95	0,97
UZB	0,516	0,767	0,33	0,67	0,0	0,015

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-12: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold

Zeile	Conditions					Outcome	Empirische Fälle	Consistency*
	C1	C2	C3	C4	W	Y		
1	1	0	1	0	1	1	URU	1
2	1	0	1	1	1	1	CHL, PAR	1
3	0	1	1	0	1	1	MLI	0.959901
4	0	1	0	0	1	1	GHA	0.950832
5	1	0	1	0	0	1	ARM, MON	0.927558
6	1	0	1	1	0	1	ARG	0.883399
7	1	1	1	0	0	1	BRA	0.848764
8	0	1	1	0	0	1	MAG	0.808642
9	1	1	0	0	0	0	KYR, GUY**	0.745627
10	0	1	0	0	0	0	ZAM, TAZ**	0.678019
11	1	1	0	1	0	0	UZB	0.627461
12	0	1	1	1	0	0	TOG	0.61747
13	0	1	0	1	0	0	EQG, GNB	0.407822

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-13: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.612421	0.879786
c1	0.564370	0.603081
C2	0.613629	0.636321
c2	0.574192	0.860118
C3	0.770172	0.822362
c3	0.398005	0.572360
C4	0.402538	0.579634
c4	0.710789	0.758221
W	0.562557	0.933083
w	0.590662	0.574009

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-14: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C1*c2*C3	0.480598	0.228407	0.956974	ARG, ARM, CHL, MON, PAR, URU
c1*C2*c4*w	0.322937	0.079782	0.964789	BRA, MAG
c2*C3*c4*W	0.339226	0.045452	0.828413	GHA, MLI

Solution Coverage 0.695648

Solution Consistency 0.908262

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-15: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.562557	0.117588	0.933083	CHL, GHA, MLI, PAR, URU
C3*c4	0.593382	0.054034	0.894126	ARM, MAG, MON
C1*C3	0.548413	0.037715	0.928615	ARG, BRA

Solution Coverage 0.824660

Solution Consistency 0.892990

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-16: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 2, tieferer Threshold

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.409791	0.040798	0.972043	GHA, MLI
C3*c4	0.593382	0.073678	0.894126	ARM, BRA, MAG, MLI, MON
C1*c2*C3	0.480598	0.089695	0.956974	ARG, CHL, PAR, URU

Solution Coverage 0.723874

Solution Consistency 0.911523

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

c) Sensitivitätsanalyse 3 – Ergebnisse

Tabelle 14-17: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 3

Fälle	C1	C2	C3	C4	W	Y
EQG	0,112	0,67	0,0	1,0	0,0	0,06
ARG	0,77	0,43	0,67	0,67	0,07	0,885
ARM	0,572	0,173	1,0	0,33	0,09	0,695
BRA	0,616	0,495	1,0	0,33	0,04	0,895
CHL	0,846	0,24	0,67	0,67	0,99	0,965
GHA	0,084	0,85	0,33	0,0	0,69	0,76
GNB	0,02	0,448	0,33	0,67	0,0	0,0
GUY	0,466	0,733	0,33	0,33	0,33	0,94
KYR	0,42	0,985	0,33	0,33	0,33	0,2
MAG	0,126	0,695	0,67	0,33	0,34	0,885
MLI	0,028	0,923	1,0	0,33	0,74	0,875
MON	0,412	0,05	0,67	0,0	0,33	0,905
PAR	0,546	0,208	0,67	0,67	0,99	0,855
ZAM	0,202	0,723	0,33	0,0	0,01	0,395
TAZ	0,198	0,56	0,33	0,0	0,42	0,555
TOG	0,068	0,918	0,67	1,0	0,33	0,175
URU	0,71	0,163	1,0	0,33	0,95	0,97
UZB	0,432	0,8	0,33	0,67	0,0	0,015

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-18: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 3

Zeile	Conditions					Outcome Y	Empirische Fälle	Consi- stency*
	C1	C2	C3	C4	W			
1	1	0	1	1	1	1	CHL, PAR	1
2	1	0	1	0	1	1	URU	1
3	0	1	1	0	1	1	MLI	0.958253
4	0	1	0	0	1	1	GHA	0.949446
5	1	0	1	0	0	1	ARM, BRA	0.932332
6	1	0	1	1	0	1	ARG	0.89874
7	0	0	1	0	0	1	MON	0.859001
8	0	1	1	0	0	1	MAG	0.811733
9	0	1	0	0	0	0	KYR, ZAM, GUY**, TAZ**	0.669118
10	0	1	1	1	0	0	TOG	0.624538
11	0	0	0	1	0	0	GNB	0.496879
12	0	1	0	1	0	0	EQG, UZB	0.417755

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome Y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-19: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.536627	0.893030
c1	0.632004	0.612997
C2	0.563917	0.618290
c2	0.612421	0.850756
C3	0.770172	0.822362
c3	0.398005	0.572360
C4	0.402538	0.579634
c4	0.710789	0.758221
W	0.562557	0.933083
w	0.590662	0.574009

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-20: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C1*c2*C3	0.452266	0.188123	0.960528	ARG, ARM, BRA, CHL, PAR, URU
c1*C3*c4*w	0.374887	0.056573	0.842159	MAG, MON
c1*C2*c4*W	0.311333	0.079782	0.963524	GHA, MLI

Solution Coverage 0.683953

Solution Consistency 0.906840

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-21: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.562557	0.109248	0.933083	CHL, GHA, MLI, PAR, URU
C3*c4	0.593382	0.049637	0.894126	BRA, MAG, MON
c2*C3	0.556437	0.024025	0.904569	ARG, ARM, MON

Solution Coverage 0.810970

Solution Consistency 0.879764

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-22: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 3

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.409791	0.040798	0.972043	GHA, MLI
C3*c4	0.593382	0.088758	0.894126	ARM, BRA, MAG, MLI, MON
C1*c2*C3	0.452266	0.081958	0.960528	ARG, CHL, PAR, URU

Solution Coverage 0.723874

Solution Consistency 0.911523

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

d) Sensitivitätsanalyse 4 – Ergebnisse

Tabelle 14-23: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 4

Fälle	C1	C2	C3	C4	W	Y
EQG	0,112	0,67	0,0	1,0	0,0	0,06
ARG	0,77	0,463	0,67	0,67	0,33	0,885
ARM	0,572	0,23	1,0	0,33	0,33	0,695
BRA	0,616	0,55	1,0	0,33	0,04	0,895
CHL	0,846	0,32	0,67	0,67	0,99	0,965
GHA	0,084	0,8	0,33	0,0	0,69	0,875
GNB	0,02	0,487	0,33	0,67	0,0	0,0
GUY	0,466	0,753	0,67	0,33	0,67	0,94
KYR	0,42	0,98	0,67	0,33	0,67	0,2
MAG	0,126	0,703	0,67	0,33	0	0,885
MLI	0,028	0,897	1,0	0,33	1	0,875
MON	0,412	0,067	0,67	0,0	0	0,905
PAR	0,546	0,277	0,67	0,67	0,99	0,855
ZAM	0,202	0,74	0,33	0,0	0,01	0,395
TAZ	0,198	0,523	0,33	0,0	0	0,555
TOG	0,068	0,89	0,67	1,0	0,33	0,175
URU	0,71	0,217	1,0	0,33	0,95	0,97
UZB	0,432	0,733	0,33	0,67	0,0	0,015

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-24: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 4

Zeile	Conditions					Outcome	Empirische Fälle	Consistency*
	C1	C2	C3	C4	W	Y		
1	1	0	1	0	1	1	URU	1
2	1	0	1	1	1	1	CHL, PAR	1
3	0	1	0	0	1	1	GHA	0.935022
4	1	0	1	0	0	1	ARM	0.909364
5	0	1	1	0	1	1	GUY, MLI, KYR**	0.883839
6	1	0	1	1	0	1	ARG	0.865111
7	0	0	1	0	0	1	MON	0.840639
8	1	1	1	0	0	1	BRA	0.837791
9	0	1	1	0	0	1	MAG	0.803333
10	0	1	0	0	0	0	ZAM, TAZ**	0.697406
11	0	1	1	1	0	0	TOG	0.600629
12	0	0	0	1	0	0	GNB	0.490984
13	0	1	0	1	0	0	EQG, UZB	0.412788

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-25: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.531090	0.893030
c1	0.635801	0.623109
C2	0.594287	0.643042
c2	0.588754	0.852165
C3	0.792732	0.802452
c3	0.363392	0.579399
C4	0.398385	0.579634
c4	0.713773	0.769342
W	0.546433	0.870000
w	0.550471	0.557727

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-26: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C3*c4*w	0.412292	0.123822	0.855680	ARM, BRA, MAG, MOL
C1*c2*C3	0.438253	0.139375	0.947311	ARG, CHL, PAR, URU
c1*C2*c4*W	0.291730	0.110005	0.895355	GHA, GUY, MLI, KYR**

Solution Coverage 0.715986

Solution Consistency 0.886170

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-27: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.546433	0.114551	0.870000	CHL, GHA, GUY, MLI, PAR, URU, KYR**
C3*c4	0.617766	0.059518	0.860625	BRA, GUY, MAG, MON, KYR**
c2*C3	0.543442	0.020787	0.902185	ARG, ARM, MON

Solution Coverage 0.834156

Solution Consistency 0.850824

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-28: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 4

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.383131	0.032302	0.900844	GHA, GUY, MLI KYR**
C3*c4	0.617766	0.123822	0.860625	ARM, BRA, GUY, MAG, MLI, MON, KYR**
C1*c2*C3	0.438253	0.078122	0.947311	ARG, CHL, PAR, URU

Solution Coverage 0.723874

Solution Consistency 0.911523

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

e) Sensitivitätsanalyse 5 – Ergebnisse

Tabelle 14-29: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 5

Fälle	C1	C2	C3	C4	W	Y
EQG	0,112	0,67	0,0	1,0	0,0	0,06
ARG	0,77	0,463	0,67	0,67	0,07	0,885
ARM	0,572	0,23	1,0	0,33	0,09	0,695
BRA	0,616	0,55	1,0	0,33	0,04	0,895
CHL	0,846	0,32	0,67	0,67	0,99	0,965
GHA	0,084	0,8	0,33	0,0	0,69	0,76
GUY	0,466	0,753	0,33	0,33	0,33	0,94
KYR	0,42	0,98	0,33	0,33	0,33	0,2
MON	0,412	0,067	0,67	0,0	0,33	0,905
PAR	0,546	0,277	0,67	0,67	0,99	0,855
ZAM	0,202	0,74	0,33	0,0	0,01	0,395
TOG	0,068	0,89	0,67	1,0	0,33	0,175
URU	0,71	0,217	1,0	0,33	0,95	0,97
UZB	0,432	0,733	0,33	0,67	0,0	0,015

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert: Die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen.

Tabelle 14-30: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 5

Zeile	Conditions					Outcome	Empirische Fälle	Consistency*
	C1	C2	C3	C4	W	Y		
1	1	0	1	0	1	1	URU	1
2	1	0	1	1	1	1	CHL, PAR	1
3	0	1	0	0	1	1	GHA	0.931842
4	0	0	1	0	0	1	MON	0.906559
5	1	0	1	0	0	1	ARM	0.905151
6	1	0	1	1	0	1	ARG	0.865275
7	1	1	1	0	0	1	BRA	0.823599
8	0	1	0	0	0	0	KYR, ZAM, GUY**	0.646072
9	0	1	1	1	0	0	TOG	0.626984
10	0	1	0	1	0	0	EQG, UZB	0.415658

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert: Die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen.

Tabelle 14-31: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.638784	0.889866
c1	0.535513	0.602660
C2	0.514247	0.582791
c2	0.652324	0.900951
C3	0.759610	0.827500
c3	0.402180	0.584167
C4	0.433735	0.597156
c4	0.682157	0.775098
W	0.539874	0.913592
w	0.578313	0.569492

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-32: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C1*c2*C3	0.520061	0.197361	0.947394	ARG, CHL, PAR, URU
c2 *C3*c4*w	0.336393	0.047504	0.920942	ARM, MON
C1 *C3*c4*w	0.324842	0.019048	0.864164	BRA
c1*C2* c3 *c4*W	0.203940	0.053930	0.931842	GHA

Solution Coverage 0.684070

Solution Consistency 0.930541

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen).

Tabelle 14-33: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.539874	0.115701	0.913592	CHL, GHA, PAR, URU
c2	0.652324	0.060432	0.900951	ARG, ARM, MON
C3*c4	0.559380	0.033276	0.916353	BRA

Solution Coverage 0.846433

Solution Consistency 0.866823

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen).

Tabelle 14-34: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 5

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.354561	0.056225	0.959627	GHA
c2*C3*c4	0.480971	0.047504	0.943361	ARM, MON
C1*c2*C3	0.520061	0.099904	0.947394	ARG, CHL, PAR, URU
C1*C3*c4	0.469420	0.019048	0.901896	BRA

Solution Coverage 0.686364

Solution Consistency 0.930757

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen).

f) Sensitivitätsanalyse 6 – Ergebnisse

Tabelle 14-35: Rohdaten – Sensitivitätsanalyse 6

Fälle	C1	C2	C3	C4	W	Y
EQG	0,128	0,67	0,0	1,0	0,0	0,06
ARG	0,844	0,487	0,67	0,67	0,33	0,885
ARM	0,63	0,26	1,0	0,33	0,33	0,695
BRA	0,746	0,495	1,0	0,33	0,04	0,895
CHL	0,906	0,32	0,67	0,67	0,99	0,965
GHA	0,106	0,857	0,33	0,0	0,69	0,875
GUY	0,566	0,757	0,67	0,33	0,67	0,94
KYR	0,534	0,98	0,67	0,33	0,67	0,2
MON	0,532	0,1	0,67	0,0	0	0,905
PAR	0,454	0,29	0,67	0,67	0,99	0,855
ZAM	0,242	0,747	0,33	0,0	0,01	0,395
TOG	0,084	0,89	0,67	1,0	0,33	0,175
URU	0,782	0,25	1,0	0,33	0,95	0,97
UZB	0,516	0,767	0,33	0,67	0,0	0,015

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen)

Tabelle 14-36: Truth Table – Sensitivitätsanalyse 6

Zeile	Conditions					Outcome Y	Empirische Fälle	Consi- stency*
	C1	C2	C3	C4	W			
1	0	0	1	1	1	1	PAR	1
2	1	0	1	1	1	1	CHL	1
3	1	0	1	0	1	1	URU	1
4	0	1	0	0	1	1	GHA	0.941177
5	1	0	1	0	0	1	ARM, BRA, MON	0.928076
6	1	1	1	0	1	1	GUY, KYR**	0.886549
7	1	0	1	1	0	1	ARG	0.881779
8	0	1	0	0	0	0	ZAM	0.694946
9	1	1	0	1	0	0	UZB	0.627461
10	0	1	1	1	0	0	TOG	0.584967
11	0	1	0	1	0	0	EQG	0.407822

* Consistency der Condition-Kombination als hinreichende Bedingung für Outcome y (vgl. Schneider und Wagemann 2007: 223)

** Widersprüchliche Fälle

Legende: 0 = Condition bzw. Outcome ist nicht vorhanden; 1 = Condition bzw. Outcome ist vorhanden

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen)

Tabelle 14-37: Auswertung nach notwendigen Bedingungen für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6

Conditions	Consistency	Coverage
C1	0.698414	0.872277
c1	0.482446	0.614719
C2	0.527746	0.592247
c2	0.634013	0.913020
C3	0.788222	0.801843
c3	0.358437	0.594925
C4	0.428086	0.597156
c4	0.686297	0.790091
W	0.590600	0.869167
w	0.531710	0.586875

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert.

Tabelle 14-38: Die komplexeste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
C1*c2*C3	0.539600	0.204681	0.956184	ARG, ARM, BRA, CHL, MON, URU
C1*C3*c4*w	0.329785	0.026727	0.897104	GUY, KYR**
c2*C3*c4*w	0.198188	0.027407	1.000000	CHL, PAR
c1*C2*c3*c4*W	0.203940	0.063873	0.930851	GHA

Solution Coverage 0.687807

Solution Consistency 0.916637

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, keine Simplifying Assumptions für Logical Remainders, Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen).

Tabelle 14-39: Die einfachste Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
W	0.590600	0.186070	0.869167	CHL, GHA, GUY, PAR, URU, KYR**
C1*C3	0.645187	0.240657	0.897731	ARG, ARM, BRA, MON

Solution Coverage 0.831257

Solution Consistency 0.869668

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (allg.), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen).

Tabelle 14-40: Die mittlere Lösungsformel für Outcome Y – Sensitivitätsanalyse 6

Lösungspfad	Raw Coverage	Unique Coverage	Consistency	Fälle*
c4*W	0.407701	0.130615	0.884521	GHA, GUY, KYR**
c2*C3*W	0.375613	0.027407	1.000000	CHL, PAR, URU
C1*c2*C3	0.539600	0.195621	0.956184	ARG, ARM, BRA, CHL, MON, URU

Solution Coverage 0.701850

Solution Consistency 0.900034

* Die Fälle werden demjenigen Lösungspfad zugewiesen, in dem sie die höchste Mitgliedschaft haben.

** Widersprüchliche Fälle

Anmerkungen: Quine Algorithmus, Simplifying Assumptions für Logical Remainders (C1, c2, C3, c4 für Outcome Y), Consistency-Richtwert von 0.8 für eine hinreichende Bedingung für Outcome Y

Relevante Abweichungen gegenüber den Originaldaten sind gelb markiert (die Fälle GNB, MAG, MLI und TAZ fehlen).

15 Anhang G: Darstellung der drei Konstellationen

Abbildung 15-1: Darstellung der 1. Konstellation für eine erfolgreiche Demokratisierung

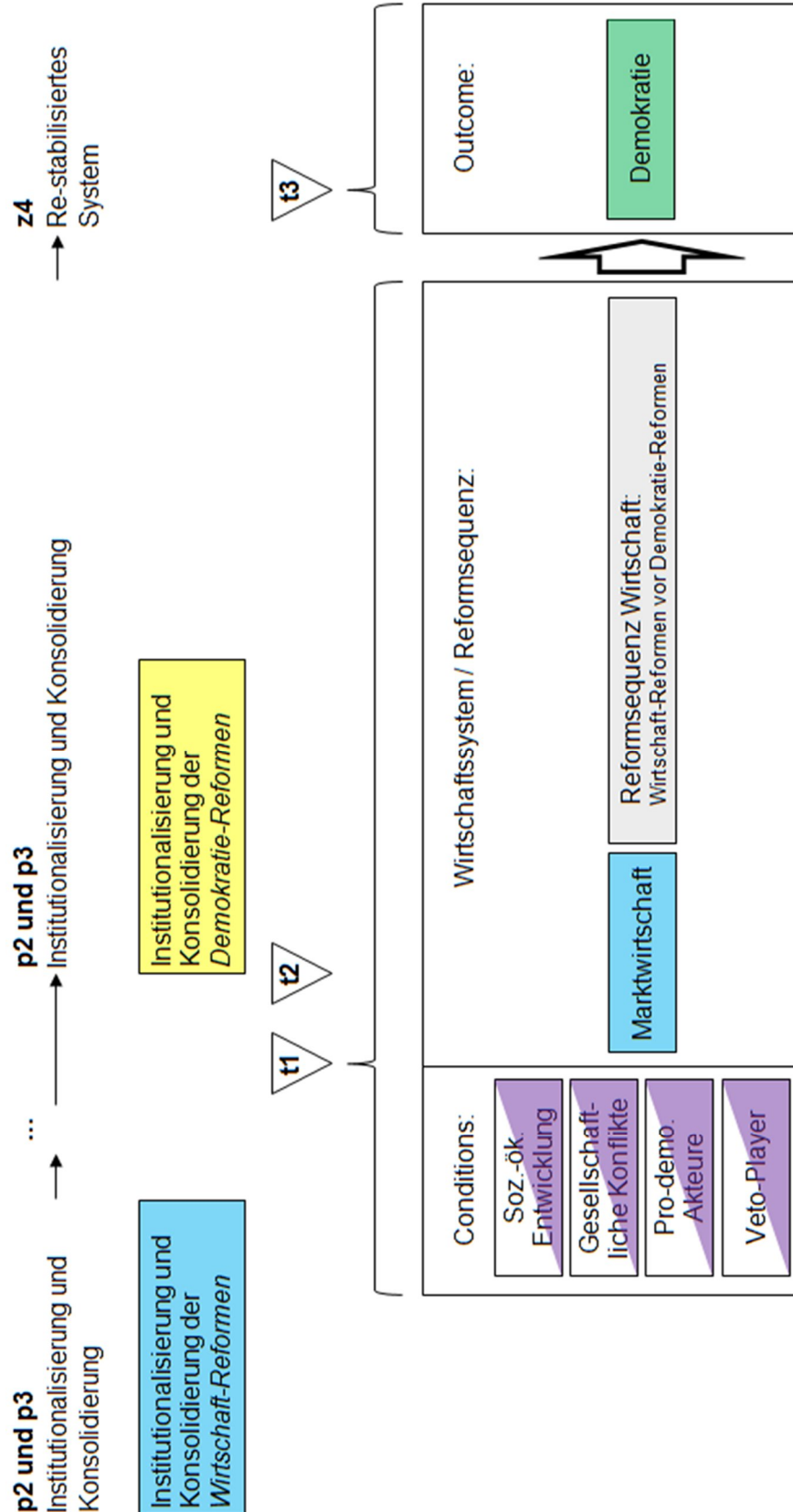


Abbildung 15-2: Darstellung der 2. Konstellation für eine erfolgreiche Demokratisierung

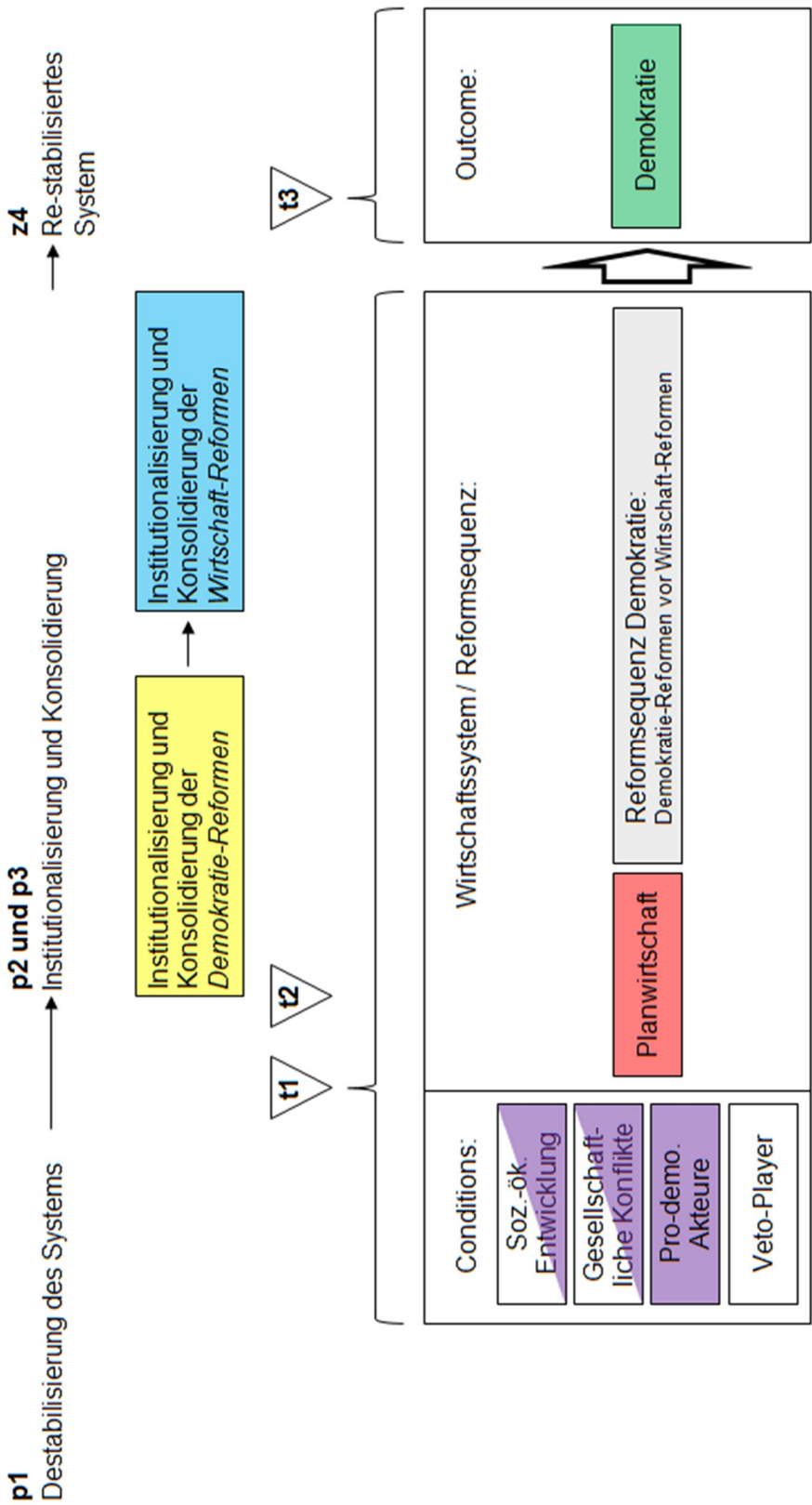
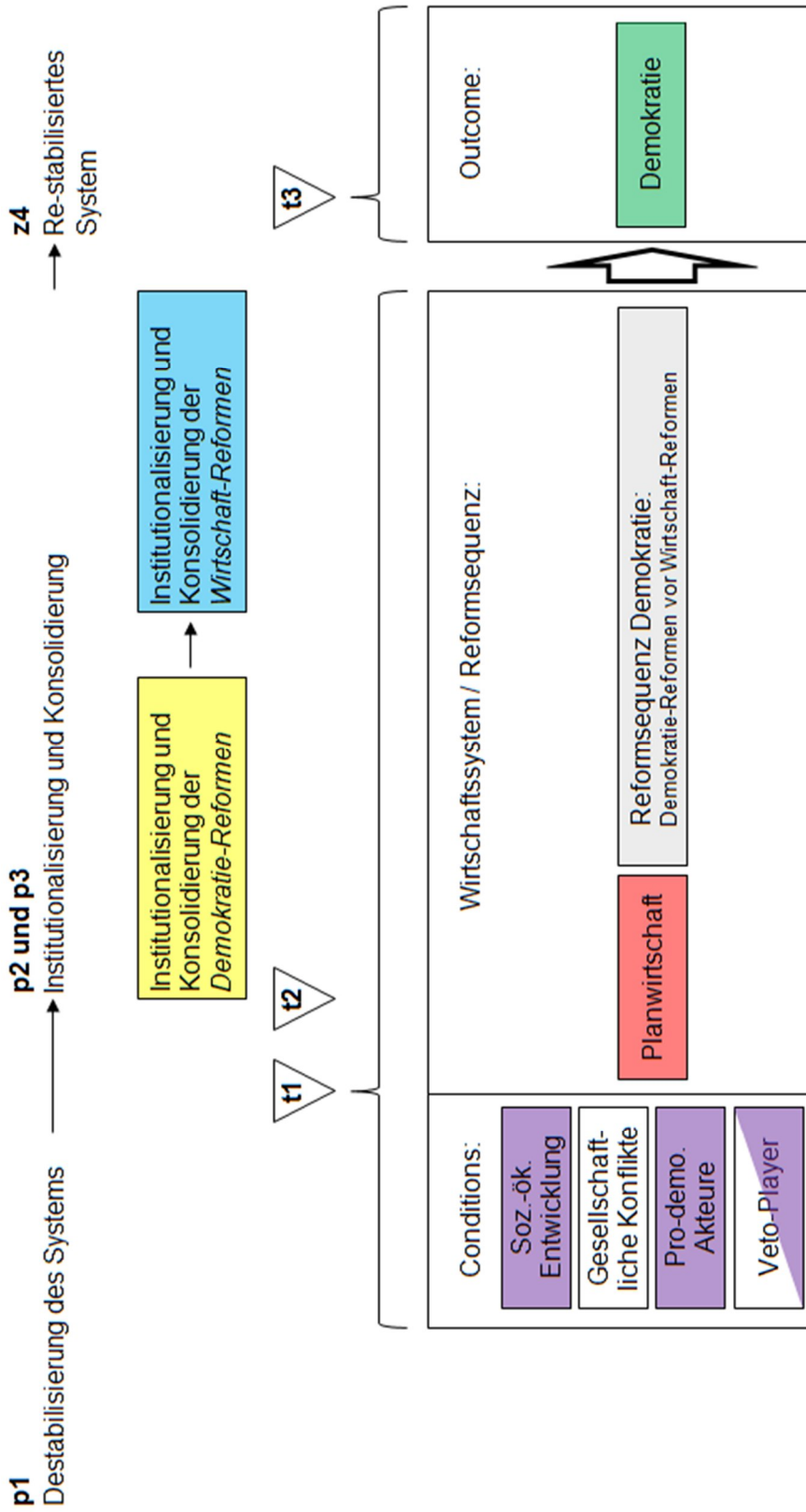


Abbildung 15-3: Darstellung der 3. Konstellation für eine erfolgreiche Demokratisierung



Literaturverzeichnis

- „A modest undertaking. Economics focus“, *The Economist*, 4. 3. 2004, <http://www.economist.com/displaystory.cfm?story_id=2478902> (Stand: 27. 11. 2008).
- „Above the law“, *The Economist*, Nr. 7479, 3. 1. 1987: 35-36.
- „Argentina“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009a. <<http://search.eb.com/eb/article-9109725>> (Stand: 23. 6. 2009).
- „Armenia“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009b. <<http://search.eb.com/eb/article-9108699>> (Stand: 14. 4. 2009).
- „Brazil“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009c. <<http://search.eb.com/eb/article-9106094>> (Stand: 23. 6. 2009).
- „Burgeoning bourgeoisie. A special report on the new middle classes in emerging markets“, *The Economist*, Vol. 390, Nr. 8618, 14. 2. 2008: 1-20.
- „Chile“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009d. <<http://search.eb.com/eb/article-9106240>> (Stand: 21. 5. 2009).
- „Equatorial Guinea“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009e. <<http://search.eb.com/eb/article-9110779>> (Stand: 7. 7. 2009).
- „Erste freie Präsidentenwahlen auf den Malediven. Asiens dienstältester Autokrat, Gayoom, stellt sich der Konkurrenz“, *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 236, 9. 10. 2008: 7.
- „Ghana“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009f. <<http://search.eb.com/eb/article-9110781>> (Stand: 5. 6. 2009).
- „Guinea-Bissau“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009g. <<http://search.eb.com/eb/article-9110789>> (Stand: 20. 5. 2009).
- „Guyana“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009h. <<http://search.eb.com/eb/article-9106274>> (Stand: 7. 5. 2009).
- „Kyrgyzstan“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009i. <<http://search.eb.com/eb/article-9108342>> (Stand: 22. 5. 2009).
- „Madagascar“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009j. <<http://search.eb.com/eb/article-9108476>> (Stand: 5. 5. 2009).
- „Mali“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009k. <<http://search.eb.com/eb/article-9110785>> (Stand: 29. 6. 2009).
- „Mittelasien. Die Entwicklung in Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kyrgystan seit der Unabhängigkeit“, *Weltgeschehen*, Analyse und Berichte zur Weltpolitik für Unterricht und Studium, Nr. IV/95, 1996: Siegler & Co.
- „Mongolia“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009n. <<http://search.eb.com/eb/article-9108737>> (Stand: 16. 6. 2009).
- „Paraguay“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009m. <<http://search.eb.com/eb/article-9110463>> (Stand: 22. 5. 2009).
- „Tanzania“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009n. <<http://search.eb.com/eb/article-37573>> (Stand: 29. 6. 2009).

- „Togo“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009o. <<http://search.eb.com/eb/article-9110797>> (Stand 28. 7. 2009).
- „Uruguay“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009p. <<http://search.eb.com/eb/article-9108699>> (Stand: 30. 4. 2009).
- „Uzbekistan“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009q. <<http://search.eb.com/eb/article-9108345>> (Stand: 26. 5. 2009).
- „You, too, Uruguay“, *The Economist*, Nr. 7370, 1. 12. 1984: 58.
- „Zambia“, *Encyclopaedia Britannica*, 2009r. <<http://search.eb.com/eb/article-44123>> (Stand: 4. 5. 2009).
- AAREBROT, Frank H. und Pal H. BAKKA (1997). *Die Vergleichende Methode in der Politikwissenschaft*. In Berg-Schlosser und Müller-Rommel 1997: 49-66. Englische Übersetzung.
- ABENTE-BRUN, Diego (1999). „People Power‘ in Paraguay“, *Journal of Democracy*, Vol. 10, Nr. 3, 1999: 93-100.
- ACEMOGLU, Daron und James A. ROBINSON (2006). *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. Cambridge und New York: Cambridge University Press.
- ACEMOGLU, Daron, Simon JOHNSON und James A. ROBINSON (2005). *Institutions as a Fundamental Cause of Long-Run Growth*. In Aghion und Durlauf 2005: 386-472.
- ACEMOGLU, Daron, Simon JOHNSON, James A. ROBINSON und Pierre YARED (2007). *Reevaluating the Modernization Hypothesis*. NBER Working Paper Series. Working Paper 13334.
- AGHION, Philippe und Steven N. DURLAUF (Hrsg.) (2005). *Handbook of Economic Growth. Volume 1A*. Handbooks in Economics Nr. 22. Amsterdam et al.: Elsevier North-Holland.
- AGWAANDORJIIN, Saruul (1999). *Demokratisierungschancen in der Mongolei*. Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Politikwissenschaft, Band 7. Marburg: Tectum Verlag.
- ANDERSEN, Uwe (2005a). *Markt*. In Nohlen und Schultze 2005: 533-534.
- ANDERSEN, Uwe (2005b). *Marktwirtschaft*. In Nohlen und Schultze 2005: 539-540.
- ANDERSEN, Uwe (2005c). *Planwirtschaft*. In Nohlen und Schultze 2005: 687-688.
- ARAT, Zehra F. (1988). „Democracy and Economic Development. Modernization Theory Revisited“, *Comparative Politics*, Vol. 21, Nr. 1, Oktober 1988: 21-35.
- AZARIADIS, Costas und John STACHURSKI (2005). *Poverty Traps. Chapter 5*. In Aghion und Durlauf 2005: 295-384.
- BAKARI, Mohammed Ali (2001). *The Democratisation Process in Zanzibar: A Retarded Transition*. Hamburg African Studies, Nr. 11. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- BALCEROWICZ, Leszek (1997). *The interplay between economic and political transition*. In Zecchini 1997a: 153-167.

- BARATTA, Mario von (Hrsg.) (1991). *Der Fischer Weltalmanach. Zahlen, Daten, Fakten*. 1992. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- BARATTA, Mario von (Hrsg.) (1992). *Der Fischer Weltalmanach. Zahlen, Daten, Fakten*. 1993. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- BARATTA, Mario von (Hrsg.) (1995). *Der Fischer Weltalmanach. Zahlen, Daten, Fakten*. 1996. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- BAREGU, Mwesiga (1994). *The Rise and Fall of the One-Party State in Tanzania*. In Widner 1994: 158-181.
- BARRO, Robert J. (1997). *Determinants of Economic Growth. A Cross-Country Empirical Study*. Cambridge und London: MIT Press.
- BARRO, Robert J. und Xavier SALA-I-MARTIN (2004). *Economic Growth*. 2. Auflage. Cambridge und London: MIT Press.
- BEETHAM, David (1999). *Democracy and Human Rights*. Cambridge: Polity Press.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk (1998). „Conditions of authoritarianism, fascism, and democracy in inter-war Europe. A cross-sectional and longitudinal analysis“, *International Journal of Comparative Sociology*, Vol. 39, Nr. 4, 1998: 335-377.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk (Hrsg.) (2004a). *Democratization. The State of the Art*. The World of Political Science: The Development of the Discipline Book Series, vol. 1. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk (2004b). *Introduction*. In Berg-Schlosser 2004a: 12-29.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk (2004c). *Concepts, Measurements and Sub-Types in Democratization Research*. In Berg-Schlosser 2004a: 52-64.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk (2005). *Politische Kultur/Kulturforschung*. In Nohlen und Schultze 2005: 743-748.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk und Ferdinand MÜLLER-ROMMEL (Hrsg.) (1997). *Vergleichende Politikwissenschaft*. 3. Auflage. Opladen: Leske und Budrich.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk und Gisèle DE MEUR (1994). „Conditions of Democracy in Interwar Europe: A Boolean Test of Major Hypotheses“, *Comparative Politics*, Vol. 26, Nr. 3, 1994: 253-279.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk und Gisèle DE MEUR (2009). *Comparative Research Design: Case and Variable Selection*. In Rihoux und Ragin 2009: 19-32.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk und Jeremy MITCHELL (Hrsg.) (2000). *Conditions of Democracy in Europe, 1919-1939. Systematic Case Studies*. London: Macmillan Press Ltd.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk und Jeremy MITCHELL (Hrsg.) (2002). *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919-1939. Comparative Analyses*. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk, Gisèle DE MEUR, Benoît RIHOUX und Charles C. RAGIN (2009). *Qualitative Comparative Analysis (QCA) as an Approach*. In Rihoux und Ragin 2009: 1-18.
- BERMAN, Sheri (2007a). „How Democracies Emerge: Lessons from Europe“,

- Journal of Democracy*, Vol. 18, Nr. 1, Januar 2007: 28-41.
- BERMAN, Sheri (2007b). „The Vain Hope for ‚Correct‘ Timing“, *Journal of Democracy*, Vol. 18, Nr. 3, Juli 2007: 14-17.
- BERNHARD, Thibant (1998a). *Reform*. In Nohlen et al. 1998: 543-544.
- BERNHARD, Thibant (1998b). *Regimewechsel*. In Nohlen et al. 1998: 549-550.
- BERNHARD, Thibant (1998c). *Systemwandel*. In Nohlen et al. 1998: 638.
- BERNHARD, Thibant (1998d). *Systemwechsel*. In Nohlen et al. 1998: 638-639.
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.) (2006a). *Bertelsmann Transformation Index 2006*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.) (2006b). *Schlüsselsequenzen der Transformation*. In Bertelsmann Stiftung 2006a: 66-82.
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.) (2008). *Bertelsmann Transformation Index 2008: Politische Gestaltung im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- BETZ, Joachim und Stefan BRÜNE (Hrsg.) (1997). *Jahrbuch Dritte Welt. 1998. Daten, Übersicht, Analysen*. München: Verlag C. H. Beck.
- BEYER, Jürgen (2001). *Beyond the Gradualism-Big Bang Dichotomy: The Sequencing of Reforms and Its Impact on GDP*. In Beyer et al. 2001: 23-39.
- BEYER, Jürgen, Jan WIELGOHS und Helmut WIESENTHAL (Hrsg.) (2001). *Successful Transitions. Political Factors of Socio-Economic Progress in Postsocialist Countries*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- BEYME, Klaus von und Dieter NOHLEN (1995). *Systemwechsel*. In Nohlen und Schultze 1995: 636-649.
- BILLET, Bret L. (1993). *Modernization Theory and Economic Development. Discontent in the Developing World*. Westport und London: Praeger.
- BINGEN, James R., David ROBINSON und John M. STAATZ (Hrsg.) (2000). *Democracy and Development in Mali*. East Lansing: Michigan State University Press.
- BOESCH, Hans-Jakob (2005). *Zivilgesellschaftliche Akteure in Transformationsprozessen. Die „relative Macht“ als Ausdruck ihres Einflusses, untersucht am Beispiel China 1989*. Lizentiatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
- BOS, Ellen (1994). *Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen*. In Merkel 1994a: 81-109.
- BROWN, Mervyn (2000). *A History of Madagascar*. Princeton: Markus Wiener Publishers.
- BRUGGER, Ernst Alois, Bruno MESSERLI, Thomas STRAUBHAAR und Markus WYSS (Hrsg.) (1993). *Schwarze Schafe oder Weisse Ritter? Zur Öko-Effizienz multinationaler Unternehmungen in Entwicklungsländern*. Bern: Geographisches Institut Universität Bern.
- BRUSIS, Martin (2001). *Institution Building for Regional Development: A Comparison of the Czech Republic, Estonia, Hungary, Poland, and Slovakia*. In

- Beyer et al. 2001: 223-242.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK (2009). *Definitionen*. <<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/06/11/def.html>> (Stand: 16. 1. 2009).
- BURNSIDE, Craig und David DOLLAR (2000). „Aid, Policies, and Growth“, *The American Economic Review*, Vol. 90, Nr. 4, September 2000: 847-868.
- BUSCH, Christian (2007). *Democracy and economic development: How the interaction of political institutions and the structure of production influences policies and growth*. Hochschulschrift, Dissertation Universität St. Gallen, Nr. 3329. St. Gallen.
- BYRNE, David und Charles C. RAGIN (Hrsg.) (2009). *Handbook of Case Based Methods*. London et al.: Sage Publications.
- CAROTHERS, Thomas (2002). „The End of the Transition Paradigm“, *Journal of Democracy*, Vol. 13, Nr. 1, Januar 2002: 5-21.
- CAROTHERS, Thomas (2007a). „The ‚Sequencing‘ Fallacy“, *Journal of Democracy*, Vol. 18, Nr. 1, Januar 2007: 12-27.
- CAROTHERS, Thomas (2007b). „Misunderstanding Gradualism“, *Journal of Democracy*, Vol. 18, Nr. 3, Juli 2007: 18-22.
- CARTER, Jimmy (Hrsg.) (1993). *Observing Guyana's electoral process, 1990-1992. Report of the Council of Freely Elected Heads of Government*. The Carter Center of Emory University special report no. 3. Atlanta: Carter Center of Emory University.
- CENTER FOR APPLIED POLICY RESEARCH und BERTELSMANN STIFTUNG (2008). *Bertelsmann Transformation Index 2008. Manual for Country Assessments*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- CERVELLATI, Matteo, Piergiuseppe FORTUNATO und Uwe SUNDE (2006). *Consensual and Conflictual Democratization*. IZA Discussion Paper No. 2225. Bonn: IZA.
- CHIKULO, Bornwell C. und Owen B. SICHONE (1996a). *Introduction: Creation of The Third Republic*. In Sichone und Chikulo 1996: 1-8.
- CHIKULO, Bornwell C. und Owen B. SICHONE (1996b). *Transition to Democracy: Prospects and Problems*. In Sichone und Chikulo 1996: 223-230.
- CHUA, Amy (1998). „Markets, Democracy, and Ethnicity: Toward a New Paradigm for Law and Development“, *The Yale Law Journal*, Vol. 108, Nr. 1, Oktober 1998: 1-107.
- CLARK, Andrew F. (2000). *From Military Dictatorship to Democracy: The Democratization Process in Mali*. In Bingen et al. 2000: 251-264.
- COLLIER, Paul (2007). *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries Are Failing and What Can Be Done About It*. Oxford: Oxford University Press.
- COLLIER, Paul (2009) *Wars, Guns and Votes. Democracy in Dangerous Places*. London: The Bodley Head.
- COPPEDGE, Michael (1997). *Modernization and thresholds of democracy: evidence for a common path and process*. In Midlarsky 1997: 177-201.

- COPPEDGE, Michael (1999). „Thickening Thin Concepts and Theories: Combining Large N and Small in Comparative Politics“, *Comparative Politics*, Vol. 31, Nr. 4, 1999: 465-476.
- CRONQVIST, Lasse und Dirk BERG-SCHLOSSER (2009). *Multi-Value QCA (mvQCA)*. In Rihoux und Ragin 2009: 69-86.
- CZADA, Roland (2005). *Institutionen/Institutionentheoretische Ansätze*. In Nohlen und Schultze 2005: 381-387.
- DAHL, Robert A. (1989). *Democracy and Its Critics*. New Haven und London: Yale University Press.
- DAVIS, William Columbus (1995). *Warnings from the far south. Democracy versus Dictatorship in Uruguay, Argentina, and Chile*. Westport, London: Praeger.
- DE MEUR, Gisèle, Benoît RIHOUX und Sakura YAMASAKI (2009). *Addressing the Critiques of QCA*. In Rihoux und Ragin 2009: 147-165.
- DELREUX, Tom und Delphine HESTERS (2010). *Solving contradictory simplifying assumptions in QCA: presentation of a new best practice*. Compasss Working Paper 2010-58.
- DEUTSCHLAND, Irina (1993). *Die zentralasiatischen GUS-Republiken Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan. Ausgangssituation und Ansatzpunkte für die Entwicklungszusammenarbeit*. Berichte und Gutachten 6/1993. Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- DIAMOND, Larry (1990). „Three Paradoxes of Democracy“, *Journal of Democracy*, Vol. 1, Nr. 3, Sommer 1996: 48-60.
- DIAMOND, Larry (1992). „Economic Development and democracy reconsidered“, *American Behavioral Scientist*, Vol. 35, Nr. 4/5, März/Juni 1992: 450-499.
- DIAMOND, Larry (1995). *Promoting Democracy in the 1990s. Actors and Instruments, Issues and Imperatives*. A Report to the Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict. New York: Carnegie Corporation.
- DIAMOND, Larry (1999). *Developing Democracy. Toward Consolidation*. Baltimore und London: The John Hopkins University Press.
- DIAMOND, Larry (2008). *The Spirit of Democracy. The Struggle to Build Free Societies Throughout the World*. New York: Times Books.
- DIAMOND, Larry und Marc F. PLATTNER (Hrsg.) (2001). *The Global Divergence of Democracies*. Baltimore und London: The John Hopkins University Press.
- DOMÍNGUEZ, Jorge I. (1987). *Political Change: Central America, South America, and the Caribbean*. In Weiner und Huntington 1987: 65-99.
- DOORENSPEET, Renske (2004). „The Structural Context of Recent Transitions to Democracy“, *European Journal of Political Research*, Vol. 43, 2004: 309-336.
- DURTH, Rainer, Heiko KÖRNER und Katharina MICHAELOWA (2002). *Neue Entwicklungsökonomik*. UTB für Wissenschaft 2306. Stuttgart: Lucius und Lucius.
- EAST, Roger (Hrsg.) (1986). *Keesing's Contemporary Archives. Record of World Events*. Vol. 32, 1986. Essex: Longman.
- EAST, Roger (Hrsg.) (1991). *Keesing's record of world events. 1991*. Vol. 37,

1991. Harlow: Longman.
- EAST, Roger (Hrsg.) (1992). *Keesing's record of world events*. 1992. Vol. 38, 1992. Harlow: Longman.
- EAST, Roger (Hrsg.) (1993). *Keesing's record of world events*. 1993. Vol. 39, 1993. Harlow: Longman.
- EAST, Roger (Hrsg.) (1994). *Keesing's record of world events*. 1994. Vol. 40, 1994. Harlow: Longman.
- EAST, Roger (Hrsg.) (1995). *Keesing's record of world events*. 1995. Vol. 41, 1995. London: Cartermill Publishing.
- EASTON, David (1979). *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago und London: University of Chicago Press.
- EGOUMÉ-BOSSOGO, Philippe, Ebrima FAAL, Raj NALLARI und Ethan WEISMAN (2003). *Guyana. Experience with Macroeconomic Stabilization, Structural Adjustment, and Poverty Reduction*. Washington: International Monetary Fund.
- ELSTER, Jon (1993). *Constitution-Making in Eastern Europe: Rebuilding the boat in the open sea*. In Hesse 1993a: 169-217.
- ESIM, Simel (1996). *Guinea-Bissau*. In Webster und Fidler 1996: 139-151.
- ESSER, Josef (2005). *Kapitalismus*. In Nohlen und Schultze 2005: 428-429.
- EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT (2009a). *Transition indicators methodology*. <<http://www.ebrd.com/country/sector/econo/stats/timeth.htm>> (Stand: 8. 1. 2009).
- EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT (2009b). *Transition Indicators*. <<http://www.ebrd.com/country/sector/econo/stats/index.htm>> (Stand: 26. 5. 2009).
- FENG, Yi (2003). *Democracy, governance, and economic performance: theory and evidence*. Cambridge: MIT Press.
- FISCHER, Stanley und Alan GELB (1991). „The Process of Socialist Economic Transformation“, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 5, Nr. 4, 1991: 91-105.
- FISCHER, Stanley und Ratna SAHAY (2000). *The Transition Economies After Ten Years*. IMF Working Paper No. 00/30. Washington: International Monetary Fund.
- FISCHER, Stanley, Ratna SAHAY und Carlos A. VÉGH (1997). *From transition to market: evidence and growth prospects*. In Zecchini 1997a: 79-101.
- FORREST, Joshua B. (2005). *Democratization in a Divided Urban Political Culture: Guinea-Bissau*. In Villalón und VonDoepp 2005: 246-266.
- FRASER, Robert (Hrsg.) (1984). *Keesing's Contemporary Archives. Record of World Events*. Vol. 30, 1984. Essex: Longman.
- FRASER, Robert (Hrsg.) (1985). *Keesing's Contemporary Archives. Record of World Events*. Vol. 31, 1985. Essex: Longman.
- FREEDOM HOUSE (2009). *Freedom in the World. Country Ratings. 1973-2009*. <<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>> (Stand: 2. 4. 2009).
- FRIED, Charles (2001). *Markets, Law, and Democracy*. In Diamond und Plattner

2001: 231-244.

FUKUYAMA, Francis (2005). *State Building: Governance and World Order in the Twenty-First Century*. London: Profile.

FUKUYAMA, Francis (2007). „Liberalism versus State-Building“, *Journal of Democracy*, Vol. 18, Nr. 3, Juli 2007: 10-13.

GASIOROWSKI, Mark J. (1996). „An Overview of the Political Regime Change Dataset“, *Comparative Political Studies*, Vol. 29, Nr. 4, August 1996: 469-483.

GASIOROWSKI, Mark J. und Timothy J. POWER (1998). „The Structural Determinants of Democratic Consolidation: Evidence from the Third World“, *Comparative Political Studies*, Vol. 31, Nr. 6, 1998: 740-771.

GELB, Alan H. und Cheryl W. GRAY (1991). *The Transformation of Economies in Central and Eastern Europe. Issues, Progress, and Prospects*. World Bank Policy and Research Series No. 17. Washington: World Bank.

GLOBERMAN, Steven und Daniel SHAPIRO (2002). „Global Foreign Direct Investment Flows: The Role of Governance Infrastructure“, *World Development*, Vol. 30, Nr. 11, November 2002: 1899-1919.

GLOTZ, Peter und Rainer-Olaf SCHULTZE (1995). *Reform*. In Nohlen und Schultze 1995: 519-526.

GOCKING, Roger S. (2005). *The History of Ghana*. The Greenwood Histories of the Modern Nations. Westport und London: Greenwood Press.

GÖHLER, Gerhard (Hrsg.) (1997a). *Institutionenwandel*. Leviathan, Sonderheft. Opladen: Westdeutscher Verlag.

GÖHLER, Gerhard (1997b). *Einleitung*. In Göhler 1997a: 7-17.

GÖHLER, Gerhard (1997c). *Wie verändern sich Institutionen? Revolutionärer und schleichender Institutionenwandel*. In Göhler 1997a: 21-56.

GONZÁLEZ, Francisco E. (2008). *Dual Transitions from Authoritarian Rule. Institutionalized Regimes in Chile and Mexico, 1970-2000*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.

GONZÁLEZ, Luis E. (1991). *Political Structures and Democracy in Uruguay*. Notre Dame: University of Notre Dame Press.

GRIFFITH, Ivelaw L. (1997). „Political change, democracy, and human rights in Guyana“, *Third World Quarterly*, Vol. 18, Nr. 2, 1997: 267-285.

GUGGENBERGER, Bernd (2005). *Demokratietheorie*. In Nohlen und Schultze 2005: 135-143.

GWARTNEY, James, Robert LAWSON und Seth NORTON (2008). *Economic Freedom on the World: 2008 Annual Report*. Vancouver: The Fraser Institute. <<http://www.freetheworld.com/release.html>> (Stand 14. 4. 2009).

HABERMAS, Jürgen (1996). *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

HADENIUS, Axel und Dirk BERG-SCHLOSSER (2004). *Successes and Failures of the New Democracies*. In Berg-Schlosser 2004a: 98-113.

HAEFS, Hanswilhelm (1985). *Der Fischer Weltalmanach. Zahlen, Daten, Fakten*.

1986. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- HAEFS, Hanswilhelm (1988). *Der Fischer Weltalmanach. Zahlen, Daten, Fakten.* 1989. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- HAEFS, Hanswilhelm (1990). *Der Fischer Weltalmanach. Zahlen, Daten, Fakten.* 1990. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- HAGEN, Morten und Michelle SPEARING (2000). *Togo: Stalled Democratic Transition.* Centre for Democracy and Development, Working Papers No. 2. London: Centre for Democracy and Development.
- HALLER, Walter und Alfred KÖLZ (1999). *Allgemeines Staatsrecht.* 2. Auflage. Basel et al.: Helbling & Lichtenhahn.
- HANKE, Stefanie (2001). *Systemwechsel in Mali. Bedingungen und Perspektiven der Demokratisierung eines neopatrimonialen Systems.* Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, Nr. 64. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- HAVLIK, Peter und Vladimir VERTLIB (1996). *Die wirtschaftliche Lage der zentralasiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR.* In Mangott 1996a: 147-239.
- HAVRYLYSHYN, Oleh (2006). *Divergent Paths in Post-Communist Transformation. Capitalism for All or Capitalism for the Few?* London: Palgrave Macmillan.
- HAYNES, Jeff (1993). „Sustainable Democracy in Ghana? Problems and prospects“, *Third World Quarterly*, Vol. 14, Nr. 3, 1993: 451-467.
- HEINZ, Wolfgang S. (2001). *Neue Demokratien und Militär in Lateinamerika. Die Erfahrungen in Argentinien und Brasilien (1983-1999).* Frankfurt am Main: Vervuert Verlag.
- HELM, Renate (2004). *Politische Herrschaft in Togo. Das Problem der Demokratisierung.* Demokratie und Entwicklung, Band 56. München: Lit Verlag.
- HESSE, Joachim Jens (Hrsg.) (1993a). *Administrative Transformation in Central and Eastern Europe – Towards Public Sector Reform in Post-Communist Societies.* Oxford: Blackwell.
- HESSE, Joachim Jens (1993b). *Introduction.* In Hesse 1993a: V-VII.
- HESSE, Joachim Jens (1993c). *From Transformation to Modernization: Administrative Change in Central and Eastern Europe.* In Hesse 1993a: 219-257.
- HILLENBRAND, Olaf (2001). *Systemtransformation – Überblick über Verlauf und Ergebnisse der Recherche.* In Weidenfeld 2001a: 29-46.
- HOFMANN, Tessa (2006). *Annäherung an Armenien. Geschichte und Gegenwart.* 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. München: Verlag C. H. Beck.
- HOROWITZ, Donald L. (2000). *Ethnic Groups in Conflict.* Berkeley: University of California.
- HUNTINGTON, Samuel P. (1987). *The Goals of Development.* In Weiner und Huntington 1987: 3-32.
- HUNTINGTON, Samuel P. (1991). „How Countries Democratize“, *Political Science Quarterly*, Vol. 106, Nr. 4, 1991: 579-616.
- ILLERT, Jutta (1998). *Nichtregierungsorganisationen und Demokratisierung in*

- Lateinamerika. Länderstudie Uruguay*. Demokratie und Entwicklung, Band 36. Münster et al.: Lit Verlag.
- IMPERATO, Pascal James und Gavin H. IMPERATO (2008). *Historical Dictionary of Mali*. Historical Dictionaries of Africa, Nr. 107. 4. Auflage. Lanham et al.: The Scarecrow Press.
- INGLEHART, Ronald und Christian WELZEL (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1994). *Togo: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 94/3. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1995). *Chile: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 95/102. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1997a). *Madagascar – Recent Economic Developments and Selected Issues*. IMF Staff Country Report No. 97/106. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1997b). *Togo – Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 97/13. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1997c). *Zambia – Selected Issues and Statistical Appendix*. IMF Staff Country Report No. 97/118. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1998a). *Guinea-Bissau: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 98/40. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1998b). *Kyrgyz Republic: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 98/116. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1998c). *Republic of Armenia: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 98/22. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1998d). *Republic of Uzbekistan: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 98/22. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1999a). *Equatorial Guinea: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 99/113. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1999b). *Ghana: Selected Issues*. IMF Staff Country Report No. 99/3. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1999c). *Guyana: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 99/52. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1999d). *Mali: Selected Issues and*

- Statistical Appendix*. IMF Staff Country Report No. 99/20. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1999e). *Paraguay: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 99/10. Washington: International Monetary Fund.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (1999f). *Tanzania: Recent Economic Developments*. IMF Staff Country Report No. 99/24. Washington: International Monetary Fund.
- JARQUÍN, Edmundo und Koldo ECHEBARRÍA (2007). *The Role of the State and Politics in Latin American Development (1950-2005)*. In Payne et al. 2007: 1-14.
- JEFFRIES, Ian (2001). *Economies in Transition. A guide to China, Cuba, Mongolia, North Korea and Vietnam at the turn of the twenty-first century*. London und New York: Routledge.
- JOËL HARISON, Marie Aimé (2006). *Vier Jahrzehnte Unabhängigkeit Madagaskars. Eine Bilanz der politischen Entwicklung 1960-1998*. Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI Politikwissenschaft, Band 538. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang.
- KANT, Immanuel (1988). *Rechtslehre: Schriften zur Rechtsphilosophie*. Herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Berlin: Akademie-Verlag.
- KARL, Terry Lynne und Philippe C. SCHMITTER (1991). „Modes of Transition in Latin America, South and Eastern Europe“, *International Social Science Journal*, Vol. 128, 1991: 269-284.
- KERSTING, Wolfgang (1996). *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*. Darmstadt: Primus Verlag.
- KLEINSTEUBER, Hans J. (2005). *Öffentlichkeit*. In Nohlen und Schultze 2005: 669-670.
- KNACK, Stephan (Hrsg.) (2003a). *Democracy, governance, and growth*. Michigan: The University of Michigan Press.
- KNACK, Stephan (2003b). *Predation or Production? The Impact of Political, Legal, and Social Institutions*. In Knack 2003a: 1-24.
- KOCH, Walter A. S. (Hrsg.) (1994). *Ökonomische Aspekte der Demokratisierung in Afrika*. Afrika Studien 123. München et al.: Weltforum Verlag.
- KOEN, Vincent (1997). *Comments*. In Zecchini 1997a: 189-192.
- KOHLER, Georg (1999). „Was ist Öffentlichkeit? Zur Bestimmung eines unübersichtlichen Wortfeldes“, *Studia Philosophica*, Band 58, 1999: 197-217.
- KOHLER, Georg (2001). *Die philosophischen Grundlagen der liberalen Rechtsstaatsidee*. In Thürer et al. 2001: 247-264.
- KRAUS, Peter (1996). *Südeuropa: Die erfolgreiche Institutionalisierung der Demokratie und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen*. In Merkel 1996a: 261-285.
- KRIZ, Jürgen, Dieter NOHLEN und Rainer-Olaf SCHULTZE (Hrsg.) (1994). *Lexikon der Politik. Band 2. Politikwissenschaftliche Methoden*. München: Verlag

- C. H. Beck.
- KROPP, Sabine und Michael MINKENBERG (Hrsg.) (2004). *Vergleichen in der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- KUMAR, Krishna und Jeroen de ZEEUW (2006). *Democracy Assistance to Postconflict Societies*. In Zeeuw und Kumar (2006): 1-21.
- LAMBERT, Peter (2000). „A decade of electoral democracy: continuity, change and crisis in Paraguay“, *Bulletin of Latin American Research*, Vol. 19, 2000: 379-396.
- LASKI, Kazimierz (1997). *Lessons to be drawn from main mistakes in the transition strategy*. In Zecchini 1997a: 103-121.
- LEININGER, Julia (2005). *State-building*. In Nohlen und Schultze 2005: 966-967.
- LESCHKE, Martin und Dirk SAUERLAND (1993). *Der Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie: eine ordnungstheoretischer Konzeption und ihre Anwendung auf den Transformationsprozess in Polen*. Ökonomische Theorie der Institutionen, Nr. 4. Münster: Lit Verlag.
- LEWIS, D. S. (Hrsg.) (1997). *Keesing's record of world events*. 1997. Vol. 43, 1997. London: Cartermill Publishing.
- LEWIS, D. S. (Hrsg.) (1998). *Keesing's record of world events*. 1998. Vol. 44, 1998. Harlow: Longman.
- LEWIS, D. S. (Hrsg.) (2000). *Keesing's record of world events*. 2000. Vol. 46, 2000. Harlow: Longman.
- LEWIS, D. S. (Hrsg.) (2001). *Keesing's record of world events*. 2001. Vol. 47, 2001. Harlow: Longman.
- LEWIS, D. S. (Hrsg.) (2005). *Keesing's record of world events*. 2005. Vol. 51, 2005. Harlow: Longman.
- LINDBERG, Steffan I. (2006). *Democracy and Elections in Africa*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- LINDBLOM, Charles E. (1959). „The Science of ‚Muddling Through‘“, *Public Administration Review*, Vol. 19, 1959: 79-88.
- LINDER, Wolf (2003). *Zur Zähmung der politischen Gewalt in Entwicklungsstaaten*. Vortrag vom 17. Dezember 2003, Collegium Generale, Universität Bern. <<http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/linder/default.asp?inhalt=publikationen.htm>> (Stand 24. 5. 2006).
- LINDER, Wolf und André BÄCHTIGER (2005). „What drives democratisation in Asia and Africa?“, *European Journal of Political Research*, Vol. 44, Nr. 6, Oktober 2005: 881-898.
- LINIGER-GOUMAZ, Max (1999). *Äquatorialguinea. 30 Jahre nguemistischer Verbrecherstaat*. Übersetzung aus dem Spanischen von Natasa Circović. University of Leipzig Papers on Africa Politics and Economics Series No. 21. Leipzig.
- LINIGER-GOUMAZ, Max (2000). *Historical Dictionary of Equatorial Guinea*. African Historical Dictionaries, Nr. 21. 3. Auflage. Lanham und London: The Scarecrow Press.

- LIPSET, Seymour Martin (1959). „Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy“, *American Political Science Review*, Vol. 53, 1959: 69-105.
- LIPSET, Seymour Martin (1994). „The Social Requisites of Democracy Revisited“, *American Sociological Review*, Vol. 59, Februar 1994: 1-22.
- LIPTON, David und Jeffrey SACHS (1990). „Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland“, *Brooking Papers on Economic Activity*, Vol. 1, 1990: 75-147.
- LOVELL, David W. (2001). „Trust and the politics of postcommunism“, *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 34, 2001: 27-38.
- LUNA, Francisco Vidal und Herbert S. KLEIN (2006). *Brazil. Since 1980*. Cambridge: Cambridge University Press.
- MACKÓW, Jerzy (2005). *Totalitarismus und danach: Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation*. Extremismus und Demokratie, Band 13. Baden-Baden: Nomos.
- MAHONEY, James (2000). „Strategies of Causal Inference in Small-N Analysis“, *Sociological Methods and Research*, Vol. 28, Nr. 4, Mai 2000: 387-424.
- MAHONEY, James (2001). *The legacies of liberalism: Path Dependence and Political Regimes in Central America*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- MALLE, Silvana (1997). *Comments*. In Zecchini 1997a: 194-197.
- MANGLAPUS, Raul S. (1987). *Will of the People. Original Democracy in Non-Western Societies*. Studies in Freedom, Nr. 4. New York et al.: Greenwood Press.
- MANGOTT, Gerhard (Hrsg.) (1996a). *Bürden auferlegter Unabhängigkeit. Neue Staaten im post-sowjetischen Zentralasien*. Laxenburger Internationale Studien, LIS 10. Wien: Wilhelm Braumüller.
- MANGOTT, Gerhard (1996b). *Die innere Dimension*. In Mangott 1996a: 5-146.
- MANGOTT, Gerhard (Hrsg.) (1999). *Brennpunkt Südkaukasus. Aufbruch trotz Krieg, Vertreibung und Willkürherrschaft?* Laxenburger Internationale Studien Nr. 14. Wien: Wilhelm Braumüller.
- MANGOTT, Gerhard und Hanspeter NEUHOLD (1995). *Six Reformist Countries on the Road to Transformation*. In Neuhold et al. 1995: 329-354.
- MANSFIELD, Edward D. und Jack SNYDER (2007). „The Sequencing ‚Fallacy‘. Exchange“, *Journal of Democracy*, Vol. 18, Nr. 3, Juli 2007: 5-9.
- MANUTSCHARJAN, Aschot (1999). *Das Regierungs- und Parteiensystem Armeniens*. In Mangott 1999: 19-60.
- MARSHALL, Monty G. und Keith JAGGERS (2007). *Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2006. Dataset Users' Manual*. Center for Global Policy der George Mason University und Center for Systemic Peace.
- MARTÍNEZ, Javier und Alvaro DÍAZ (1996). *Chile. The Great Transformation*. Washington und Genf: The Brookings Institution und The United Nations Research Institute for Social Development.

- MATTHES, Claudia-Yvette und Peggy TERLETZKI (2005). „Tripartite Bargaining and its Impact on Stabilisation Policy in Central and Eastern Europe“, *The International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations*, Vol. 21, Nr. 3, Herbst 2005: 369-403.
- MBAO, Melvin L. M. (1996). *The Third Republic and its 1991 Constitution*. In Sichone und Chikulo 1996: 9-23.
- MELO, Martha de und Alan GELB (1997). *Transition to date: a comparative overview*. In Zecchini 1997a: 59-78.
- MELO, Martha de, Cevdet DENIZER und Alan GELB (1996). „Patterns of Transition from Plan to Market“, *World Bank Economic Review*, Vol. 10, Nr. 3, September 1996: 397-424.
- MERKEL, Wolfgang (Hrsg.) (1994a). *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske und Budrich.
- MERKEL, Wolfgang (1994b). *Einleitung*. In Merkel 1994a: 9-20.
- MERKEL, Wolfgang (Hrsg.) (1996a). *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*. Opladen: Leske und Budrich.
- MERKEL, Wolfgang (1996b). *Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa*. In Merkel 1996a: 73-112.
- MERKEL, Wolfgang (1999). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: Leske und Budrich.
- MERKEL, Wolfgang (2004). „Embedded and Defective Democracies“, *Democratization*, Vol. 11, Nr. 5, 2004: 33-58.
- MERKEL, Wolfgang (2010). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- MERKEL, Wolfgang und Aurel CROISSANT (2000). „Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien“, *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 41, Nr. 1, 2000: 3-30.
- MERKEL, Wolfgang und Hans-Jürgen PUHLE (1999). *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MERKEL, Wolfgang, Eberhard SANDSCHNEIDER und Dieter SEGERT (1996). *Einleitung: Die Institutionalisierung der Demokratie*. In Merkel 1996a: 9-36.
- MERKEL, Wolfgang, Hans-Jürgen PUHLE, Aurel CROISSANT, Claudia EICHER und Peter THIERY (2003). *Defekte Demokratie. Theorie*. Band 1. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- MERKEL, Wolfgang, Hans-Jürgen PUHLE, Aurel CROISSANT, Claudia EICHER und Peter THIERY (2006). *Defekte Demokratie. Regionalanalysen*. Band 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- MEYER, Gerd (Hrsg.) (2006a). *Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe: Hungary, Poland, Russia and Ukraine*. Opladen: Leske und Budrich.
- MEYER, Gerd (2006b). *Formal und informal politics: Questions, Concepts and*

- Subjects*. In Meyer 2006a: (13-144).
- MEYNS, Peter (Hrsg.) (1992). *Demokratie und Strukturreformen im portugiesischsprachigen Afrika. Die Suche nach einem Neuanfang*. Freiburg in Breisgau: Arnold-Bergstraesser-Institut.
- MEYNS, Peter (1995). *Zambia in der 3. Republik. Demokratische Transition und politische Kontinuität. Analyse und Dokumentation*. Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, Nr. 48. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- MIDLARSKY, Manus I. (1997). *Inequality, democracy, and economic development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- MUELLER, Dennis C. (2003). *Capitalism and Democracy. Challenges and Responses in an Increasingly Interdependent World*. Economists of the Twentieth Century. Cheltenham und Northampton: Edward Elgar.
- MÜLLER, Jörg Paul und Markus SCHEFER (2008). *Grundrechte in der Schweiz. Im Rahmen der Bundesverfassung, der EMRK und der UNO-Pakte*. 4. Auflage. Bern: Stämpfli Verlag.
- MÜLLER, Klaus (1999). „Sequenzentheorien der postkommunistischen Transformation“, vorläufige Fassung, *International Politics and Society*, Nr. 1, 1999. <http://www.fes.de/ipg/ipgl_99/artmueller.html> (Stand: 2. 10. 2008).
- MULLER, Edward N. (1997). *Economic determinants of democracy*. In Midlarsky 1997: 133-155.
- MUNCK, Gerardo L. (2004). *Democracy Studies: Agendas, Findings, Challenges*. In Berg-Schlosser 2004a: 68-97.
- MUNO, Wolfgang (2005). *Reformpolitik in jungen Demokratien. Vetospieler, Politikblockaden und Reformen in Argentinien, Uruguay und Thailand*. Politik in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- NEUHOLD, Hanspeter, Peter HAVLIK und Arnold SUPPAN (Hrsg.) (1995). *Political and economic transformation in East Central Europe*. Boulder: Westview Press.
- NOHLEN, Dieter (1994). *Politisches System*. In Kriz et al. 1994: 388-389.
- NOHLEN, Dieter (1998a). *Demokratisierung*. In Nohlen et al. 1998: 117-118.
- NOHLEN, Dieter (1998b). *System*. In Nohlen et al. 1998: 635-636.
- NOHLEN, Dieter (2005a). *Systemwechsel*. In Nohlen und Schultze 2005: 1006-1009.
- NOHLEN, Dieter (2005b). *Transformationsforschung*. In Nohlen und Schultze 2005: 1037-1039.
- NOHLEN, Dieter und Bernhard THIBAUT (2005). *Politisches System*. In Nohlen und Schultze 2005: 776-778.
- NOHLEN, Dieter und Rainer-Olaf SCHULTZE (Hrsg.) (1995). *Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien*. München: Verlag C. H. Beck.
- NOHLEN, Dieter und Rainer-Olaf SCHULTZE (Hrsg.) (2005). *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. Band 1 und 2. 3. Auflage.

- München: Verlag C. H. Beck.
- NOHLEN, Dieter, Rainer-Olaf SCHULTZE und Suzanne S. SCHÜTTMEYER (Hrsg.) (1998). *Lexikon der Politik. Band 7: Politische Begriffe*. München: Verlag C. H. Beck.
- NOLTE, Detlef (1996). *Südamerika: Reinstitutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie*. In Merkel 1996a: 287-314.
- NUSCHELER, Franz (2005). *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt*. 6. Auflage. Bonn: Dietz.
- OBINGER, Herbert (2001). „Demokratie und Wirtschaftswachstum. Theoretische Ansätze und empirische Befunde des quantitativen internationalen Vergleichs“, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Vol. 8, Nr. 2, 2001: 321-344.
- OFCANSKY, Thomas P. und Rodger YEAGER (1997). *Historical Dictionary of Tanzania*. African Historical Dictionaries, Nr. 72, 2. Auflage. Lanham und London: The Scarecrow Press.
- OFFE, Claus (1994). *Der Tunnel am Ende des Lichts*. Frankfurt am Main: Campus.
- OPITZ, Peter J. (Hrsg.) (1997). *Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. München: Verlag C. H. Beck.
- ORENSTEIN, Mitchell (2001). *Out of the Red. Building Capitalism and Democracy in Postcommunist Europe*. Development and Inequality in the Market Economy. Michigan: University of Michigan Press.
- OWENS, Edgar (1987). *The Future of Freedom in the Developing World. Economic Development as Political Reform*. New York: Pergamon Press.
- PARIS, Roland (2004). *At war's end. Building peace after civil conflict*. Cambridge: Cambridge University Press.
- PAYNE, J. Mark, Daniel ZOVATTO und Mercedes Mateo DÍAZ (Hrsg.) (2007). *Democracies in Development. Politics and Reform in Latin America*. Erweiterte und aktualisierte Auflage. Washington: Inter-American Development Bank.
- PEREIRA LEITE, Sérgio, Anthony PELLECHIO, Luisa ZANFORLIN, Girma BEGASHAW, Stefania FABRIZIO und Joachim HARNACK (2000). *Ghana: Economic Development in a Democratic Environment*. Washington: International Monetary Fund.
- PETERS, Guy B. (2001). *Institutional Theory in Political Science. The „New Institutionalism“*. Reprinted. London und New York: Continuum.
- PINKNEY, Robert (2003). *Democracy in the Third World*. 2. Auflage. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- POLITY IV (2009). *Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2007*. <<http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm>> (Stand: 7. 1. 2009).
- POMFRET, Richard (1996). *Asian Economies in Transition. Reforming Centrally Planned Economies*. Cheltenham und Brookfield: Edward Elgar.

- POTTER, David (1997). *Explaining democratization*. In Potter et al. 1997: 1-40.
- POTTER, David, David GOLDBLATT, Margaret KILOH und Paul LEWIS (Hrsg.) (1997). *Democratization*. Cambridge und Milton Keynes: Polity Press und The Open University.
- PREMDAS, Ralph R. (1995). *Ethnic Conflict and Development: The Case of Guyana*. Aldershot et al.: Avebury.
- PRZEWORSKI, Adam (1991). *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- PRZEWORSKI, Adam und Fernando LIMONGI (1997). „Modernization: Theories and Facts“, *World Politics*, Vol. 49, Nr. 2, 1997: 155-183.
- PRZEWORSKI, Adam, Michael E. ALVAREZ, José Anonio CHEIBUB und Fernando LIMONGI (2000). *Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*. Cambridge studies in the theory of democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- PUTNAM, Robert (1993). *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- PUTNAM, Robert (1995). „Bowling Alone“, *Journal of Democracy*, Vol. 6, Nr. 1, 1995: 65-78.
- RAGIN, Charles C. (1987). *The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkeley: University of California Press.
- RAGIN, Charles C. (2000). *Fuzzy-Set Social Science*. Chicago: University of Chicago Press.
- RAGIN, Charles C. (2006). „Set Relations in Social Research: Evaluating Their Consistency and Coverage“, *Political Analysis*, Vol. 14, 2006: 291-310.
- RAGIN, Charles C. (2008a). *Redesigning Social Inquiry. Fuzzy Sets and Beyond*. Chicago: University of Chicago Press.
- RAGIN, Charles C. (2008b). *User's Guide to Fuzzy Set / Qualitative Comparative Analysis*. Unterstützt von Sarah Ilene Strand und Claude Rubinson. <<http://www.u.arizona.edu/~cragin/fsQCA/download/fsQCAManual.pdf>> (Stand 10.8.2010).
- RAGIN, Charles C. (2009). *Qualitative Comparative Analysis Using Fuzzy Sets (fsQCA)*. In Rihoux und Ragin 2009: 87-121.
- RAGIN, Charles C. und John SONNETT (2004). *Between Complexity and Parsimony: Limited Diversity, Counterfactual Cases, and Comparative Analysis*. In Kropp und Minkenberg 2004. Vorabdruck.
- RAVICH, Samantha Fay (1996). *Marketization and Prosperity. Pathways to East Asian Democracy*. Dissertation. RAND Graduate School. Santa Monica: RAND.
- RIHOUX, Benoît und Bojana LOBE (2009). *The case for Qualitative Comparative Analysis (QCA): adding leverage for thick cross-case comparison*. In Byrne und Ragin 2009: 472-493. Vorabdruck.
- RIHOUX, Benoît und Charles C. RAGIN (Hrsg.) (2009). *Configurational Comparative Methods. Qualitative Comparative Analysis (QCA) and Related*

- Techniques*. Applied Social Research Methods Series, Vol. 51. London et al.: Sage Publications.
- RIHOUX, Benoît und Gisèle DE MEUR (2009). *Crisp-Set Qualitative Comparative Analysis (csQCA)*. In Rihoux und Ragin 2009: 33-68.
- RIHOUX, Benoît, Charles C. RAGIN, Sakura YAMASAKI und Damien BOL (2009). *Conclusions – The Way(s) Ahead*. In Rihoux und Ragin 2009: 167-177.
- RINKE, Stefan (2007). *Kleine Geschichte Chiles*. München: Verlag C. H. Beck.
- RODRIK, Dani (1996). „Understanding Economic Policy Reform“, *Journal of Economic Literature*, Vol. 34, Nr. 1, 1996: 9-41.
- ROKKAN, Stein (2000). *Staat, Nation und Demokratie in Europa*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- ROLAND, Gérard (1997). *Political constraints and the transition experience*. In Zecchini 1997a: 169-187.
- ROSE, Richard und William MISHLER (2002). „Comparing Regime Support in Nondemocratic and Democratic Countries“, *Democratization*, Vol. 9, Nr. 2, 2002: 1-20.
- ROSS, Michael (2006). „Is Democracy Good for the Poor?“, *American Journal of Political Science*, Vol. 50, Nr. 4, Oktober 2006: 860-874.
- ROSSABI, Morris (2005). *Modern Mongolia. From Khans to Commissars to Capitalists*. Berkeley et al.: University of California Press.
- RÜB, Friedbert W. (1994). *Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen*. In Merkel 1994a: 111-137.
- RÜB, Friedbert W. (1996). *Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung*. In Merkel 1996a: 37-72.
- RUESCHEMEYER, Dietrich, Evelyne HUBER und John D. STEPHENS (1996). *Capitalist development and democracy*. Cambridge: Polity Press.
- RULOFF, Dieter (2004). *Wie Kriege beginnen. Ursachen und Formen*. 3., neu bearbeitete Auflage. München: Verlag C. H. Beck.
- RUSTOW, Dankwart A. (1970). „Transitions to Democracy. Toward a Dynamic Model“, *Comparative Politics*, Vol. 2, Nr. 3, April 1970: 337-363.
- SANDSCHNEIDER, Eberhard (1994). *Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*. In Merkel 1994a: 23-45.
- SANDSCHNEIDER, Eberhard (1996). *Institutionalisierungsprobleme im Reformparadox der Volksrepublik China*. In Merkel 1996a: 417-435.
- SCHIEFER, Ulrich und Christian SIGRIST (1992). *Von der fiktiven Planwirtschaft zur simulierten Marktwirtschaft – Betrachtungen zur Wirtschaftsreform in Guinea-Bissau*. In Meyns 1992: 121-139.
- SCHMELZER, Patrick (1997). „Afrika erntet die Früchte der Reformen: die höchsten Wachstumsraten seit Jahrzehnten, immer mehr Staaten schwenken um zu Demokratie und Marktwirtschaft“, *Pressespiegel Entwicklungspolitik*, Nr. 10, 1997: 309-310.

- SCHMIDT, Manfred G. (2000). *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 3. Auflage. Opladen: Leske und Budrich.
- SCHNEIDER, Carsten Q. (2009). *The Consolidation of Democracy. Comparing Europe and Latin America*. Democratization Studies. London und New York: Routledge.
- SCHNEIDER, Carsten Q. und Claudius WAGEMANN (2007). *Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen*. Opladen und Farmington Hills: Barbara Budrich.
- SCHNELL, Rainer, Paul B. HILL und Elke ESSER (1999). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 6. Auflage. München und Wien: R. Oldenbourg Verlag.
- SCHRAEDER, Peter J. (2003). „The State of the Art in International Democracy Promotion: Results of a Joint European-North American Research Network“, *Democratization*, Vol. 10, Nr. 2, 2003: 21-44.
- SCHUBERT, Gunter und Mark R. THOMPSON (1996). *Demokratische Institutionalisierung in Ost- und Südostasien: Verlaufsmuster und Perspektiven in Taiwan, Südkorea, Thailand und den Philippinen*. In Merkel 1996a: 381-415.
- SCHUBERT, Klaus (1998a). *Polit-administratives System*. In Nohlen et al. 1998: 495-496.
- SCHUBERT, Klaus (1998b). *Polity*. In Nohlen et al. 1998: 513-514.
- SCHÜTTEMEYER, Suzanne S. (1998). *Öffentlichkeit*. In Nohlen et al. 1998: 434-435.
- SCHULTZE, Rainer-Olaf (2005). *Institutionenpolitik*. In Nohlen und Schultze 2005: 387-388.
- SEGERT, Dieter (1996). *Institutionalisierung der Demokratie am balkanischen Rand Osteuropas*. In Merkel 1996a: 113-141.
- SICHONE, Owen B. und Bornwell C. CHIKULO (Hrsg.) (1996). *Democracy in Zambia: Challenges for The Third Republic*. State and Democracy Series. Harare: Sapes Book.
- SICHONE, Owen B. und Neo R. SIMUTANYI (1996). *The Ethnic and Regional Questions, Ethnic Nationalisms and the State in Zambia: The Case of Bulozzi, 1964-1994*. In Sichone und Chikulo 1996: 173-196.
- SIMPSON, Miles (1997). *Informational inequality and democracy in the new world order*. In Midlarsky 1997: 156-176.
- SØRENSEN, Georg (1990). *Democracy, Dictatorship and Development. Economic Development in Selected Regimes of the Third World*. New York: St. Martin's Press.
- STERN, Nicholas (1997). *The Transition in Eastern Europe and the former Soviet Union: some strategic lessons from the experience of 25 nations over six years*. In Zecchini 1997a: 35-57.
- SUNDE, Uwe (2006). *Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie: Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?* IZA Discussion Paper Nr. 2244.

- TACQ, Jacques (1997). *Multivariate Analysis Techniques in Social Science Research. From Problem to Analysis*. London et al.: Sage Publications.
- TANG, Min (2008). „Examining the Lagged Effect of Economic Development on Political Democracy: A Panel-VAR Model“, *Democratization*, Vol. 15, Nr. 1, Februar 2008: 106-122.
- THE HERITAGE FOUNDATION und THE WALL STREET JOURNAL (2009). *Index of Economic Freedom. 1995-2009*. <<http://www.heritage.org/index/>> (Stand: 14. 4. 2009).
- THIERY, Peter (2006). *Lateinamerika*. In Merkel et al. 2006: 21-161.
- THOMPSON, Mark R. (2004). *Democratic Revolutions. Asia and Eastern Europe*. New York und London: Routledge.
- THÜRER, Daniel, Jean-François AUBERT und Jörg P. MÜLLER (Hrsg.) (2001). *Verfassungsrecht der Schweiz*. Zürich: Schulthess Juristische Medien.
- TILLY, Charles (2009). „Astonishing Switzerland“, *Swiss Political Science Review*, Vol. 15, Nr. 2, 2009: 321-331.
- TOONEN, Theo A. J. (1993). *Analysing Institutional Change and administrative Transformation: a Comparative View*. In Hesse 1993a: 151-168.
- TREIBEL, Annette (1993). *Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart*. Opladen: Leske und Budrich.
- TSEBELIS, George (2000). „Veto Players and Institutional Analysis“, *Governance, An International Journal of Policy and Administration*, Vol. 13, Nr. 4, Oktober 2000: 441-474.
- TURAN, Ilter (1997). *The democratic anomalies: why some countries that have passed Vanhanen's democratic threshold are not democracies*. In Vanhanen 1997: 284-300.
- VANDEBORGHT, Yannick und Sakura YAMASAKI (2003). *The Problem of Contradictory Simplifying Assumptions in Qualitative Comparative Analysis (QCA)*. Paper presented at the conference of the European Consortium for Political Research (ECPR), Marburg (Germany), September 2003.
- VANHANEN, Tatu (1997). *Prospects of democracy. A Study of 172 Countries*. London und New York: Routledge.
- VANHANEN, Tatu (2003). *Democratization. A Comparative Analysis of 170 Countries*. Routledge research in comparative politics no. 7. London und New York: Routledge.
- VERTLIB, Vladimir (1999). *Die wirtschaftliche Dimension des Kaukasus*. In Mangott 1999: 139-213.
- VILLALÓN, Leonardo A. und Abdourahmane IDRISSE (2005). *The Tribulations of a Successful Transition: Institutional Dynamics and Elite Rivalry in Mali*. In Villalón und VonDoepp 2005: 49-74.
- VILLALÓN, Leonardo A. und Peter VONDOEPP (Hrsg.) (2005). *The Fate of Africa's Democratic Experiments. Elites and Institutions*. Bloomington und Indianapolis: Indiana University Press.
- VOGEL, Heinrich (1997). *Comments*. In Zecchini 1997a: 200-202.

- WAGEMANN, Claudius und Carsten Q. SCHNEIDER (2007). *Standards of Good Practice in Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy-Sets*. Compasss Working Paper, 51.
- WAGNER, Christoph (1991). *Politik in Uruguay 1984 – 1990. Probleme der demokratischen Konsolidierung*. Politikwissenschaftliche Perspektiven Band 4. Münster und Hamburg: Lit Verlag.
- WAGNER, Christoph (1997). *Uruguay – die Musterdemokratie Südamerikas?* In Betz und Brüne 1997: 242-267.
- WAISMAN, Carlos H. (1992). „Capitalism, the Market, and Democracy“, *American Behavioral Scientist*, Vol. 35, Nr. 4/5, März/Juni 1992: 500-516.
- WASCHKUHN, Arno (1987). *Politische Systemtheorie: Entwicklung, Modelle, Kritik. Eine Einführung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- WASCHKUHN, Arno (1994). *Institutionentheoretische Ansätze*. In Kriz et al. 1994: 188-195.
- WASCHKUHN, Arno (1998). *Demokratiethorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*. München und Wien: R. Oldenbourg Verlag.
- WASMUTH, Ulrike (2005). *Politische Sozialisation*. In Nohlen und Schultze 2005: 761.
- WEBSTER, Leila und Peter FIDLER (Hrsg.) (1996). *The Informal Sector and Microfinance Institutions in West Africa*. Regional and Sectoral Studies. Washington: The World Bank.
- WEIDENFELD, Werner (Hrsg.) (2001a). *Den Wandel gestalten – Strategie der Transformation. Band 1: Ergebnisse der internationalen Recherche*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- WEIDENFELD, Werner (2001b). *Einführung: Entwicklung und Transformation als Thema des Carl Bertelsmann-Preises 2001*. In Weidenfeld 2001a: 11- 25.
- WEINER, Myron und Samuel P. HUNTINGTON (Hrsg.) (1987). *Understanding Political Development*. Boston: Little, Brown Book Group.
- WEISS, Ulrich (1998). *Revolution/Revolutionstheorie*. In Nohlen et al. 1998: 563-564.
- WEISS, Ulrich (2005). *Revolution/Revolutionstheorien*. In Nohlen und Schultze 2005: 868-870.
- WELZEL, Christian (1994). *Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch*. In Merkel 1994a: 47-75.
- WHITEHEAD, Laurence (2002). *Democratization. Theory and Experience*. Oxford Studies in Democratization. Oxford und New York: Oxford University Press.
- WHITEHEAD, Laurence (2004). *Significant Recent Developments in the Field of Democratization*. In Berg-Schlosser 2004a: 30-51.
- WIDNER, Jennifer A. (Hrsg.) (1994). *Economic Change and Political Liberalization in Sub-Saharan Africa*. Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press.
- WIESENTHAL, Helmut (2002). „Politics Against Theory: On the Theoretical

- Consequences of Successful Large-Scale Reforms in Postcommunist Europe“, *Perspectives on European Politics and Society*, Vol. 3, Nr. 1, 2002: 1-22.
- WIESENTHAL, Helmut und Peggy TERLETZKI (2002). *The Opportunity Structure of Large-Scale Reforms: Good News from Post-Communist Central Europe*. Prepared for delivery at the panel ‚Great Policy Issues in the 21st Century‘ organized by the Policy Studies Organization at the 98th Annual Meeting of the American Political Science Association, August 29 - September 1, 2002.
- WIESENTHAL, Helmut, Jürgen BEYER und Jan WIELGOHS (2001). *Introduction: Postcommunism as an Example of Successful Large-Scale Reform*. In Beyer et al. 2001: 7-22.
- WÖHLCKE, Manfred (1997). *Die ökologische Problematik der Entwicklungsländer und deren Position im Rahmen der internationalen Entwicklungspolitik*. In Opitz 1997: 152-168.
- WOLF, Dieter und Michael ZÜRN (1995). *Revolutionstheorie*. In Nohlen und Schultze 1995: 552-561.
- WOLF, Martin (2004). *Why Globalization works*. New Haven und London: Yale University Press.
- WOLFF, Jürgen H. (1998). *Entwicklungspolitik – Entwicklungsländer. Fakten - Erfahrungen - Lehren*. Geschichte und Staat, Band 308. München: Olzog.
- WORLD BANK (1985a). *Argentina. Economic Memorandum*. A World Bank Country Study. Report No. 26817. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1985b). *Brazil. Country Economic Memorandum*. Report No. 5373-BR. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1992). *Paraguay. Country Economic Memorandum*. Report No. 11122. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1993a). *Guyana. From Economic Recovery to Sustained Growth*. A World Bank Country Study. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1993b). *Uzbekistan. An Agenda for Economic Reform*. A World Bank Country Study. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1994a). *Kyrgyz Republic. Economic Report*. Report No. 12942-KG. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1994b). *Mongolia. Country Economic Memorandum. Priority in Macroeconomic Management*. Report No. 13612-MOG. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1994c). *Paraguay. Country Economic Memorandum*. Report No. 11723-PA. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1995). *Ghana. Growth, Private Sector, and Poverty Reduction. A Country Economic Memorandum*. Report No. 14111-GH. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1996a). *From Plan to Market*. World Development Report 1996. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (1996b). *Uruguay. Country Economic Memorandum*. Report No. 14263-UR. Washington: The World Bank.

- WORLD BANK (2002). *Building Institutions for Markets*. World Development Report 2002. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (2004). *Zambia. Country Economic Memorandum. Policies for Growth and Diversification*. Volume I: Main Report. Report No. 28069-ZA. Washington: The World Bank.
- WORLD BANK (2008). *World Development Indicators 2008*. Washington: The World Bank.
- YALCIN, Resul (2002). *The Rebirth of Uzbekistan. Politics, Economy and Society in the Post-Soviet Era*. Reading: Garnet Publishing.
- YAMASAKI, Sakura und Benoît RIHOUX (2009). *A Commented Review of Applications*. In Rihoux und Ragin 2009: 123-145.
- ZECCHINI, Salvatore (Hrsg.) (1997a). *Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s*. Paris: OECD.
- ZECCHINI, Salvatore (1997b). *Transition approaches in retrospect*. In Zecchini 1997a: 1-34.
- ZEEUW, Jeroen de (2005). „Projects Do Not Create Institutions: The Record of Democracy Assistance in Post-Conflict Societies“, *Democratization*, Vol. 12, Nr. 4, August 2005: 481-504.
- ZEEUW, Jeroen de und Krishna KUMAR (Hrsg.) (2006). *Promoting Democracy in Postconflict Societies*. Boulder und London: Lynne Rienner.
- ZHAO, Suisheng (2006). *Debating political reform in China: rule of law vs. democratization*. Armonk und New York: Sharpe.
- ZÜRN, Michael (1998). *Regime/Regimeanalyse*. In Nohlen et al. 1998: 548-549.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name, Vorname	Boesch, Hans-Jakob
Geburtsdatum	29. April 1979
Bürgerort	Zürich (ZH), Ebnet-Kappel (SG), St. Gallen (SG)

Universitätsausbildung

April 2006 - April 2011	Ph.D.-Studium in Politikwissenschaft, Universität Zürich Dissertation zum Thema „Ist eine erfolgreiche Demokratisierung nur bei Bestehen einer freien Marktwirtschaft möglich?“
April 2006 - Juni 2009	Doctoral School im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms NCCR Democracy, Universität Zürich
Okt. 1999 - Dez. 2005	Studium an der Universität Zürich, Lizenziat (lic. phil.) Politikwissenschaft (Hauptfach), Wirtschaftswissenschaften (1. Nebenfach), Allgemeines Staatsrecht (2. Nebenfach) Lizenziatsarbeit zum Thema „Zivilgesellschaftliche Akteure in Transformationsprozessen. Die ‚relative Macht‘ als Ausdruck ihres Einflusses, untersucht am Beispiel China 1989“
Sept. 2002 - März 2003	Austauschsemester an der University of Exeter , England (UK)

Anstellungen

Seit Mai 2007	Consultant/Ökonom bei Ecoplan, Forschung und Beratung in Politik und Wirtschaft, Bern/Altdorf
Juni 2006 - Mai 2007	Praktikum als Projektbetreuer bei der Coop Allgemeine Versicherung AG, Wallisellen
Dez. 2005 - Mai 2006	Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Wirtschaftsgeographie und Raumordnungspolitik, Universität St. Gallen
April 2002 - Juli 2002	Freier Journalist für die Lokalredaktion Zürich des „Tages-Anzeigers“
März 2002 - April 2002	Journalistisches Praktikum bei der Lokalredaktion Zürich des „Tages-Anzeigers“
Nov. 2000 - Feb. 2002	Teilzeitstelle als Journalist bei der Lokalredaktion Zürich der „20 Minuten“-Zeitung
Aug. 2000 – Okt. 2000	Journalistisches Praktikum bei der Lokalredaktion Zürich der „20 Minuten“-Zeitung